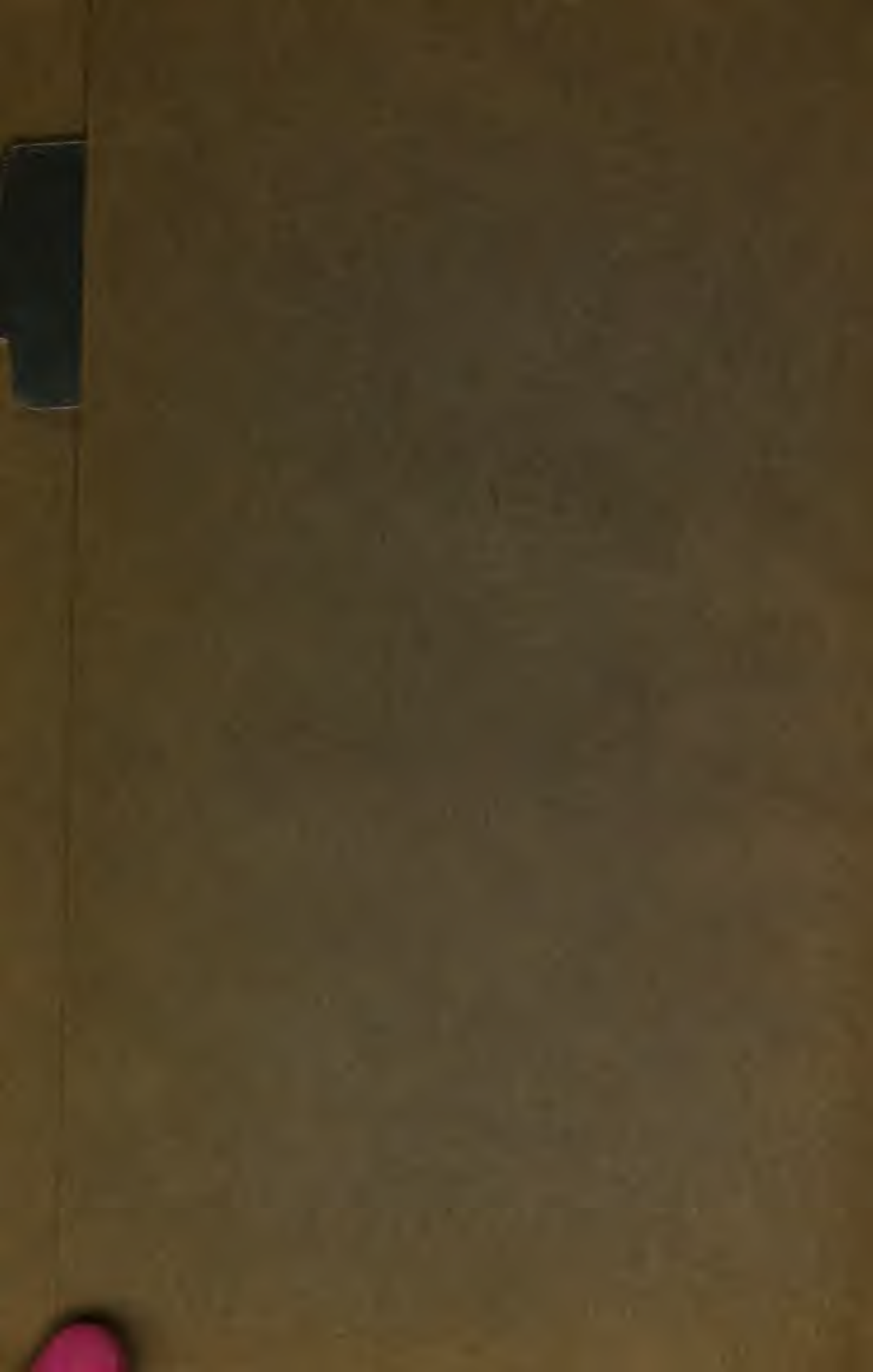


UC-NRLF
$B 319 509





Ludwig Kulczycki:

Geschichte der Russischen Revolution

Einzig autorisierte Übersetzung
aus dem Polnischen
von
A. Schapire-Neurath





Gotha 1910.
Friedrich Andreas Perthes A.-G.

Geschichte der russischen Revolution.

Von

Ludwig Kulczycki.

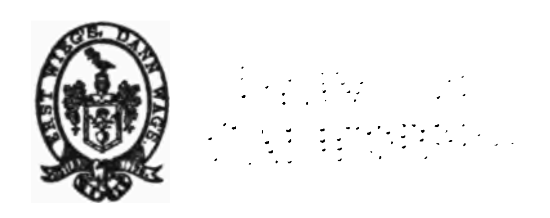
Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Polnischen

von

Anna Schapire-Neurath.

Band I.

Von den Dekabristen bis zu dem Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen (1825 bis 1870).

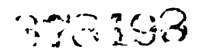


Gotha 1910.

Friedrich Andreas Perthes A.-G.

Meinem Sohne Georg.

Der Verfasser.



Vorrede.

Die gegenwärtige Revolution in Rußland ist von ungeheurer Bedeutung, nicht allein für Rußland als Staatswesen, auch nicht für das russische Volk und die von Rußland unterjochten Völker allein; die Ereignisse im heutigen Rußland sind für die gesamte Menschheit von der größten Wichtigkeit.

In der Tat, die Veränderungen, die sich im Zarenreich auf politischem und sozialem Gebiet vielleicht abspielen werden, werden auch auf die internationalen Beziehungen und ebenso auf die inneren Verhältnisse in den einzelnen Ländern von großem Einfluß sein. Das läßt sich schon heute beobachten. So haben die Ereignisse in Rußland viel dazu beigetragen, daß in Österreich die Wahlreform aktuell wurde. Wenn sich aber die konstitutionelle Verfassung in Rußland rasch festigt, so werden sicherlich auch große Reformen, namentlich auf dem Gebiete des Agrarwesens, zur Durchführung gelangen; unstreitig werden dann auch die anderen europäischen Staaten den Weg wichtiger sozialer Veränderungen beschreiten, namentlich diejenigen, in denen das Elend der Volksmassen groß ist.

Die russische Revolution hat erst begonnen, aber sie hat die menschliche Erfahrung schon bereichert; Soziologen und Politiker können allgemeine wissenschaftliche Sätze aus ihr ableiten und auch praktische Lehren aus ihr für den Kampf selbst ziehen.

Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, wie sich im einzelnen das Schicksal der russischen Revolution weiter gestalten wird; sie hat noch viele Aufgaben zu erfüllen; aber nur, wenn wir uns über die Gegenwart klar sind, werden wir auch imstande sein, die Zukunft in ihren Hauptzügen vorauszusehen.

Die Gegenwart ist ein Kind der Vergangenheit. Man kann die gegenwärtige Lage nicht verstehen, kann nicht die einzelnen politischen und sozialen Strömungen, die taktischen Mittel usw. beurteilen, wenn man nicht tiefer in Epochen eindringt, die diesem Augenblick vorausgingen.

Die Freiheitsbewegung in Rußland, im weitesten Sinne dieses Wortes, hat vor mehr als achtzig Jahren eingesetzt und sie hat heute bereits ihre Geschichte. Sie hat im Laufe dieser Jahre verschiedene Formen durchgemacht und sich verschiedene Ziele gestellt, aber diese Ziele hatten stets viel Gemeinsames.

Die absolute Regierung und die sozialen Gruppen, auf die sie sich stützte, haben sich ihrerseits einer bestimmten, ihnen eigentümlichen Taktik bedient, um die revolutionären Tendenzen zu bekämpfen. Diese Taktik war zwar gleichfalls veränderlich, zeigte jedoch wiederholt die gleichen Züge.

Auch in anderer Beziehung noch ist die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung von großem Interesse: niemals noch in der Weltgeschichte haben sich Menschen so große, so entfernte und so mannigfaltige Ziele unter derartig schwierigen Verhältnissen gestellt. Niemals noch war der Gegensatz zwischen der Wirklichkeit und den Wünschen der besten sozialen Elemente so groß, wie in Rußland in der Zeit der früheren oder der gegenwärtigen revolutionären Bewegung.

Dieser Kampf, der unter ungewöhnlich schwierigen Bedingungen geführt werden muß, den einst ein kleines Häuflein Menschen wagte und den heute eine ungeheure Masse wagt; dieser Kampf, der um allgemein menschlicher Ziele willen ausgefochten wird und der sich doch wieder in so Vielem von Kämpfen ähnlicher Art in anderen Ländern unterscheidet, dieser Kampf ist nicht nur für Künstler, Denker, Ethiker, Psychologen, Soziologen, Historiker und Politiker belehrend, interessant und anziehend, er ist auch noch für die weiten Leserkreise von großem Interesse, soweit sie überhaupt für soziale und politische Dinge empfänglich sind.

Bisher fehlt ein Werk, das die gesamte Geschichte der russischen revolutionären Bewegung umfaßt. Das bekannte Buch von Thun, das noch vor wenigen Jahren eine nützliche Arbeit

genannt werden konnte, weist eine Reihe von Mängeln auf; die revolutionäre Bewegung gegen Ende der Regierung Alexanders I. sowie diejenige von 1860 bis 1870 ist nur oberflächlich behandelt; die ganze Epoche vom Verfall der „Volksfreiheit" bis zur Mitte der neunziger Jahre fehlt überhaupt; die Zeiten, wo man die Agitation ins Volk trug, die Zeiten von „Land und Freiheit" und der „Volksfreiheit" sind zwar gut bearbeitet, erheischen aber jetzt, seitdem neues historisches Material zutage gefördert wurde, eine neue Darstellung.

Die Lücken in Thuns Werk wurden teilweise von kompetenten Verfassern in russischen Ausgaben ergänzt [1]). Die neueste Epoche der russischen revolutionären Bewegung wurde hierbei jedoch noch nicht berücksichtigt. Überdies wurden auch späterhin noch in einzelnen Werken, in Aufsätzen, Zeitschriften und Memoiren eine Reihe von Tatsachen veröffentlicht, die auf verschiedene Momente der revolutionären Bewegung ein neues Licht werfen.

Die neuere Arbeit des Finnländers Konni Ciliakus „Das revolutionäre Rußland", die auch in deutscher und russischer Übersetzung erschienen ist, enthält häufig sehr richtige Bemerkungen, ist aber allzu allgemein gehalten und gibt dem Leser keinen Begriff von den verschiedenen Richtungen der revolutionären Bewegung in Rußland.

Ich erinnere hier noch an die bekannte Arbeit des Paters Zalenski „Die Entstehung und Entwicklung des Nihilismus in Rußland" [2]) und ebenso an die Arbeit von Stepniak (Krawtschinski) „Das unterirdische Rußland" [3]). Das Buch von Zalenski weist alle Fehler von Thuns Werk auf, ohne mit den gleichen Vorzügen ausgestattet zu sein, d. h. ohne die verhältnismäßige Objektivität zu besitzen, deren Thun sich befleißigt, auch vermeidet Zalenski nicht gefährliche Hypothesen, während für Thun gerade das Gegenteil gilt. Stepniak gibt überhaupt keine

---

1) Es gibt zwei russische Ausgaben: eine sozialdemokratische mit einer langen Einleitung von Plechanow und einem Anhang von Kolzow; die zweite ist von den Sozialrevolutionären gemacht und bringt einen Anhang von Schischko.

2) In polnischer Sprache.

3) Auch deutsch erschienen, Internationale Bibliothek, Dietz, Stuttgart.

Gesamtdarstellung der Revolution, sondern bringt nur eine Reihe schöner, mitunter tiefer Charakteristiken der einzelnen Revolutionäre.

An Monographien und Memoiren zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung ist heute kein Mangel mehr, doch umfassen sie nicht alle Epochen. In der letzten Zeit sind auch Neudrucke solcher alter revolutionärer Zeitschriften erschienen, die bereits eine bibliographische Seltenheit bilden; ebenso werden Regierungsdokumente über politische Prozesse neu herausgegeben. Das alles erleichtert die Aufgabe des Geschichtschreibers beträchtlich. Die Literatur über die Dekabristen ist heute schon so reich, daß die Zukunft schwerlich noch bedeutendes Neues über diese Epoche bringen wird.

Dagegen sind die Jahre von 1860 bis 1870 erst sehr wenig bearbeitet. Die Nachrichten, die wir über diese Zeit besitzen, sind allgemein und unzusammenhängend; fast alle hervorragenden Führer aus dieser Epoche sind tot, und die Hoffnung ist nur gering, daß man über ihre Geschichte und die Bewegung, die sie leiteten, je sehr viel erfahren wird. Die Veröffentlichung von geheimen Regierungsdokumenten, die auf diese Epoche Licht werfen könnten, ist in der nächsten Zeit nicht zu erwarten; überdies wäre diese Beleuchtung eine sehr einseitige.

Die Zeit von 1870 bis 1887 ist in einzelnen Monographien und Memoiren von Leuten, die damals tätig waren, verhältnismäßig gut bearbeitet.

Der Beginn der sozialdemokratischen Bewegung ist wieder sehr wenig bekannt. Gegenwärtig ist eine Arbeit von Ladow unter dem Titel „Grundriß einer Geschichte der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ im Druck [1]), aber auch sie enthält aus begreiflichen Gründen Lücken.

Die sozialdemokratische Bewegung wird erst dann genau bekannt sein, wenn die Leute, die in ihr arbeiten, ihre Tätigkeit in den einzelnen Städten und Kreisen Rußlands beschreiben werden. Aber bis dahin wird sicherlich noch viel Zeit vergehen. Die Ereignisse sind noch allzu gegenwärtig, die persön-

---

1) In russischer Sprache.

lichen Gegensätze noch allzu scharf, als daß man heute schon ein erschöpfendes Bild von der revolutionären Arbeit aus jener Zeit erhalten könnte.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und Mängel habe ich mich entschlossen, schon jetzt die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung zu schreiben; werden doch die Lücken, die heute in der bezüglichen Monographienliteratur herrschen, in absehbarer Zeit nicht ausgefüllt werden, während das Bedürfnis nach einem solchen Buch im gegenwärtigen Augenblick groß ist. Wenn daher meine Arbeit aus den angegebenen Gründen auch nicht erschöpfend und im allgemeinen unzureichend sein muß, soweit es sich um die Gesamtgeschichte der Bewegung handelt, so kann sie in mancher Hinsicht doch wieder völlig genügen und dem Ziel, das ich mir gesetzt habe, entsprechen.

Denn was vermag uns heute die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung zu geben? Meiner Ansicht nach können wir in ihr eine befriedigende Antwort auf folgende Fragen finden:

1) Welches war der Ursprung der revolutionären Bewegungen in verschiedenen Zeiten seit der Verschwörung der Dekabristen an?

2) Welche Ziele hatten diese Bewegungen und welche Taktik schlugen die Führer ein?

3) Welchen Einfluß übten die revolutionären Bewegungen auf die verschiedenen sozialen Kreise und die Regierung aus und welche Ergebnisse zeitigten diese Bewegungen?

Alle diese Fragen lassen sich nur dann beantworten, wenn man auch ein klares Bild der sozialen und politischen Verhältnisse Rußlands gewinnt; aus diesem Grunde soll in meinem Buche jeder Schilderung der revolutionären Bewegungen in den verschiedenen Epochen eine allgemeine Charakteristik der Zustände vorausgehen.

Sicherlich sind wir heute schon imstande, die oben angedeuteten Fragen ganz genau zu beantworten. Dagegen vermögen wir gegenwärtig noch nicht alle einzelnen Erscheinungen klar darzustellen; wir sind noch nicht in der Lage, die allgemeinen revolutionären Strömungen in den einzelnen Teilen Rußlands

eingehend zu beschreiben; wir können nichts Sicheres über die Kräfte aussagen, die innerhalb dieser Strömungen überall wirkten, mit einem Worte: es ist uns heute unmöglich, schon alle Einzelheiten des Mechanismus darzustellen, den die revolutionäre Bewegung bildete und heute noch bildet.

Ich bin daher von den Mängeln meiner Arbeit von vornherein überzeugt; gleichzeitig aber hege ich die Hoffnung, daß es mir gelingen wird, die Aufgabe zu erfüllen, die ich mir gestellt und die ich in den obigen Fragen grundsätzlich formuliert habe.

Diese Arbeit beschäftigt sich in erster Reihe mit Geschehnissen und Strömungen, nicht mit Personen; daher wird der Schwerpunkt auch stets in der Entstehung der verschiedenen sozialen und politischen Richtungen, in der Untersuchung ihrer Lehren und in der Beschreibung der Kämpfe liegen, deren Ausdruck sie waren, nicht aber in den Lebensbeschreibungen der Helden der betreffenden Bewegung. Selbstverständlich werden auch ihre Charakteristiken einen Platz in unserer Arbeit finden, aber sie sollen erst an zweiter Stelle kommen.

Die revolutionäre russische Bewegung ist nur im Zusammenhang mit bestimmten philosophischen und kulturellen Strömungen zu verstehen; ich werde im folgenden daher auch diese berühren müssen, ohne ihnen jedoch übermäßig viel Platz einzuräumen.

Die grusische, armenische, lettische und jüdische Bewegung vermag ich hier nicht zu schildern. Ich werde sie von Zeit zu Zeit berühren, ohne jedoch auf die Einzelheiten einzugehen. Übrigens habe ich über die polnische Bewegung ein eigenes ausführliches Buch unter dem Titel „Die Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung in Russisch-Polen" verfaßt [1]).

In der vorliegenden Arbeit sollen alle revolutionären Strömungen, selbst die anscheinend sehr schwachen, berücksichtigt werden; ich erachte dies als notwendig, da wir in der Geschichte oft beobachten können, daß irgendeine politische und soziale Richtung, die wenig ausgesprochene Anhänger besitzt, allmäh-

---

1) Das Buch ist im Jahre 1904 in polnischer Sprache unter dem Decknamen Mieczyslaw Mazowiecki erschienen.

lich doch einen bedeutenden Einfluß erlangt, der sich mittelbar, wenn auch nicht unmittelbar, stark geltend macht.

Eines der wichtigsten soziologischen Rätsel besteht darin, in welchem Verhältnis in großen sozialen Bewegungen bewußte und planmäßige Elemente zu den elementaren und Massenprozessen im Volksleben stehen. Die „Geschichte der russischen Revolution" kann einen Beitrag zur Lösung dieser großen wissenschaftlichen Frage bilden, und ich hoffe, daß sie es tun wird. Ich werde mich auch bemühen, in jedem einzelnen Falle — soweit dies möglich sein wird — zu untersuchen, in welchem Maße die Führer und Publizisten der verschiedenen revolutionären Richtungen die Lage zu übersehen vermochten und wie weit es ihnen gelang, die nächste Zukunft vom sozialen und politischen Standpunkt aus vorauszusehen.

Ich erachte es als notwendig, der Darstellung der ersten revolutionären russischen Bewegung einen allgemeinen Abriß der sozialen und politischen Entwicklung des russischen Volkes vorauszuschicken. Es ist dies um so wichtiger, als, wie wir noch sehen werden, verschiedene revolutionäre Gruppen bemüht waren, ihre sozialen und politischen Theorien auf der einen oder anderen Auffassung der Geschichte des russischen Volkes aufzubauen.

Diesem Gegenstande ist die Einleitung gewidmet.

Der erste Teil umfaßt die Zeit von dem ersten Auftauchen eines sozialen Kritizismus unter dem Einfluß der Französischen Revolution zur Zeit Katharinas II. und die Epoche der ersten revolutionären Verschwörungen unter Alexander I. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In dieser Epoche war die revolutionäre Bewegung noch sporadisch, noch fehlten eine einheitliche Theorie und Kontinuität, wenn auch gewisse gemeinsame Ziele bereits vorhanden waren. Sie wies damals liberal-demokratische radikale Merkmale auf, entsprechend der Zeit, den Gruppen und einzelnen Personen.

Der zweite Teil umfaßt die Ereignisse vom Beginn der siebziger bis zur Mitte der achtziger Jahre. In dieser Zeit weist die revolutionäre Bewegung keine Unterbrechungen mehr auf und ist auch bereits von ziemlicher Bedeutung, obgleich zwischen den Programmen der einzelnen Parteien und Gruppen Unter-

schiede vorhanden sind. Im großen ganzen aber stützen sie sich alle auf eine gemeinsame grundsätzliche Theorie und zwar auf eine eigentümliche Auffassung der sozialen Entwicklung des russischen Volkes und des russischen Staatswesens. Ebenso gemeinsam ist ihnen eine bestimmte Auffassung des Sozialismus.

Im dirtten Teil behandle ich die Zeit von der Mitte der achtziger bis zum Beginn der neunziger Jahre. Es war eine Epoche der Reaktion; eine revolutionäre Bewegung war fast überhaupt nicht vorhanden, neue geistige Strömungen entstanden; gleichzeitig aber erzeugte eine ganze Reihe von elementar wirkenden Ursachen tiefgehende Veränderungen innerhalb der russischen Gesellschaft; in dieser Zeit entstand oder besser gesagt entwickelte sich eine neue revolutionär-sozialistische Weltanschauung — die sozialdemokratische.

Der vierte Teil ist der Entstehung der Massenbewegung unter den russischen Arbeitern und der Ausdehnung der sozialdemokratischen Bewegung gewidmet. Er umfaßt die Epoche vom Beginn des neunziger Jahre bis zum Jahre 1901; in dieser Zeit nimmt die Bewegung einen scharfen und ausgeprägt politischen Charakter an, was in der vorhergehenden Epoche nicht der Fall war.

Der fünfte Teil behandelt die Zeit von 1901 bis zum 30. September 1905. Es ist eine stürmische revolutionäre Zeit, die mit dem Übergang zur eigentlichen Revolution schließt.

In dieser Zeit wächst die sozialdemokratische Bewegung immer mehr an; anfangs in einige Sonderrichtungen gespalten, vereinigt sie sich fast völlig für kurze Zeit, um sich dann von neuem zu zersplittern; neben der sozialdemokratischen Richtung taucht jetzt eine zweite, ziemlich kräftige auf: wir meinen die sozialistisch-revolutionäre Partei.

Endlich bildet auch die liberale Opposition in dieser Zeit ein ziemlich wichtiges Element der freiheitlichen Bewegung in Rußland.

Zum Schluß gebe ich eine allgemeine Charakteristik der Jahre nach der Bekanntmachung des konstitutionellen Manifests.

Die Zeit für eine eingehende Behandlung dieses historischen Moments ist noch nicht gekommen. Eine Menge neuer Kräfte

tauchten damals auf. In verschiedenen Teilen des Landes waren die revolutionären Erscheinungen damals so mannigfaltig und zahlreich, die Kenntnisse, die wir über sie besitzen, sind jedoch noch so dürftig, daß eine eingehende Darstellung zurzeit noch unmöglich ist. Was sich jedoch heute beschreiben läßt, das sind die Hoffnungen und Enttäuschungen, die heldenhaften Versuche und die taktischen Fehler nach dem konstitutionellen Manifest.

Die Geschichte der revolutionären russischen Bewegung beschäftigt mich seit langer Zeit; seit 20 Jahren verfolge ich die verschiedenen revolutionären Zeitschriften, die Memoiren und Monographien, die sich mit dieser Materie befassen; ebenso lange stehe ich in persönlicher Beziehung zu den russischen Revolutionären. Ich gehe auch aus dem Grunde noch an die Arbeit, weil ich der Meinung bin, daß ich sie eher als jemand anders unter den Ausländern, namentlich aber unter den Polen, ausführen kann.

Ludwig Kulczycki.

Vorrede zur deutschen Ausgabe.

Für die deutsche Ausgabe meines Buches beabsichtigte ich, die neuesten Ergebnisse der russischen historischen Literatur, soweit sie die Entwicklung der revolutionären Bewegung betreffen, zu berücksichtigen. Ich habe aus diesem Grunde die Werke und Aufsätze, die über diese Materie in den letzten zwei Jahren erschienen sind, eingesehen. Ich kam jedoch nach dieser Durchsicht zu der Überzeugung, daß der erste Band meiner Arbeit keinerlei Änderungen oder Erweiterungen bedürfe, da die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der russischen revolutionären Bewegung nur Einzelheiten von geringfügiger Bedeutung gezeitigt haben. So haben die neuesten Arbeiten über die „Dekabristen" zwar viel Licht auf den Charakter und die Überzeugung einzelner Persönlichkeiten geworfen, die nicht einmal zu den wichtigsten gehörten; sie haben aber keine neuen Momente dieser Bewegung aufgedeckt, noch ihren Ursprung schärfer hervortreten lassen.

Selbst die Veröffentlichung der Aufzeichnungen über den Aufstand, die Kaiser Nikolaus I. und sein Bruder, der Großfürst Michael, hinterlassen haben, brachte nichts Neues, da einige Historiker schon vorher in diese Dokumente Einsicht nehmen durften.

Ich beschränke mich daher im ersten Band auf einige wenig umfangreiche Beilagen, die in erster Linie bibliographischer Natur sind.

Dagegen weist der zweite Band einige beträchtliche Erweiterungen auf, die namentlich die polnisch-russischen Beziehungen nach dem Jahre 1863 betreffen und ebenso die revolutionäre

Bewegung im Königreich Polen; über die letztere habe ich vor sechs Jahren ein polnisches Spezialwerk erscheinen lassen. Ich nehme an, daß diese beiden Punkte den deutschen Leser ganz besonders interessieren, einmal weil sie politisch bedeutsam sind, dann aber auch, weil diese Ereignisse sich in der unmittelbaren Nachbarschaft des Deutschen Reiches abspielten.

Lemberg, am 8. Mai 1910.

Ludwig Kulczycki.

Die deutsche Ausgabe, die wir dem Publikum vorlegen, ist eine wortgetreue ungekürzte Übersetzung des polnischen Originals. Der Autor hat der deutschen Ausgabe einige Beilagen hinzugefügt, die hinter dem Text abgedruckt sind; auch wurden hier und da Jahreszahlen eingeschaltet. Das erste Kapitel des zweiten Bandes der polnischen Ausgabe erscheint hier auf Wunsch des Autors als elftes Kapitel des ersten Bandes.

Die Übersetzerin.

Inhalt

Einleitung.

Die soziale und politische Entwicklung Rufslands bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.

Der bekannte russische Historiker Milukow bemerkt mit Recht in seinen berühmten „Skizzen zur russischen Kulturgeschichte“, in Rußland sei im Gegensatz zu Westeuropa „die politische Organisation schon zu einer Zeit entstanden, wo der Prozeß der inneren ökonomischen Entwicklung sie noch nicht schaffen konnte . . . Die europäische Gesellschaft und Regierung baute sich von unten hinauf . . . die zentralisierte politische Gewalt trat dort wirklich als ein Überbau zutage, den eine schon vorher entstandene Schicht feudaler Grundbesitzer bildete. Die Gruppe der Feudalherren selber aber war aus einer festgegründeten Schicht seßhafter Landbevölkerung emporgewachsen. In Rußland, namentlich im nördlichen und östlichen Rotrußland hatte die Gesellschaft sich von oben hinunter gebildet: die politische Zentralgewalt fesselte die Kriegerklasse an sich, welche die Stelle einer nichtvorhandenen oder zu schwachen örtlichen Landaristokratie einnahm . . . Diese dienende Heeresklasse wieder fesselte die Bauernschaft an sich, die längst im Kolonisationsprozeß ihre Stammeszusammengehörigkeit eingebüßt hatte und noch immer ein Wanderleben im Lande führte.

„. . . Die Entstehung dieses Überbaues eines militärischen Volksstaates, die sich nicht durch eine innere Entwicklung erklären läßt, findet ihre Erklärung in äußeren Gründen: das russische Reich entstand teils aus einem elementaren Bedürfnis der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung, teils als das Resultat einer be-

wußten Politik der territorialen Eroberer, die der Gedanke einer nationalen Vereinigung erfüllte ...

„... Wir werden noch sehen, wie dieses Überwiegen eines äußeren Wachstums über das innere tatsächlich alle Erscheinungen der russischen Geschichte erklärt [1]".

Ich habe diesen ganzen Absatz wörtlich zitiert, da er meiner Ansicht nach wirklich den Hauptunterschied in der Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse in Rußland und Westeuropa aufdeckt.

Milukows Theorie wurde jedoch nicht von allen russischen Historikern angenommen. Einer der hervorragendsten russischen Gelehrten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung, Roschkow, der verschiedene wertvolle historische Arbeiten verfaßt hat, bekämpft in seinem neuesten Werk „Die Entstehung der Selbstherrschaft in Rußland" (1906) diese Ansicht in folgender Weise: Kriege seien in Rußland bis zum 16. Jahrhundert nicht seltener, sondern eher häufiger gewesen als später und doch wären die russischen Großfürsten bis dahin nicht Selbstherrscher gewesen; ebenso hätten Litauen und Polen, die im 16. Jahrhundert endgültig vereinigt wurden, zur gleichen Zeit eine Periode ebenso häufiger Kriege durchgemacht wie das moskowitische Reich und doch sei die Selbstherrschaft in Polen nicht aufgekommen, im Gegenteil, die Macht der Könige sei immer mehr zurückgegangen. Die Tudors und Stuarts in England, die Valois und ersten Bourbonen in Frankreich, haben gleichfalls Kriege geführt, sagt Roschkow, aber diese Kriege waren weder das wichtigste, das treibende Moment in der Politik dieser Herrscher, noch die Ursachen ihrer Macht. Ebenso entwickeln die bürgerlichen konstitutionellen Monarchien einen möglichst kräftigen Militarismus, ohne daß dadurch eine Selbstherrschaft entstünde.

Roschkow führt weiter aus, Kriege, wie überhaupt die äußere Politik des Staates seien ein Spiegelbild der inneren sozialen Kräfte sowie der wirtschaftlichen Bedürfnisse, die diesen Kräften eine bestimmte Form verleihen.

---

1) Milukow, Skizzen zur russischen Kulturgeschichte, Teil I, S. 143—144, 5. Auflage, in russischer Sprache; auch in deutscher Übersetzung (Leipzig 1900).

Nach Roschkow ist die Eroberung der Wolga-Ufer und Sibiriens, die Verteidigung des Südens durch das moskowitische Reich und die Ausdehnung des Reiches nach der Krim und dem Kaukasus hin nichts weiter als der Ausdruck des Bedürfnisses, neues Land zu erobern, das an die dienende Schicht verteilt wurde [1]).

Den Ursprung der russischen Selbstherrschaft sieht Roschkow in der Entstehung eines großen Marktverkehrs auf dem Boden der Geldwirtschaft in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und einer namentlich im Zentrum des Reiches besonders heftig auftretenden wirtschaftlichen Krise, die diese Neuerscheinung auf wirtschaftlichem Gebiete begleitete. Neben der Selbstherrschaft ist nach Roschkow für den sozialen und politischen Organismus, der damals in Rußland aus den oben angegebenen Gründen entstand, auch der Zwang charakteristisch, den die Regierung damals auf verschiedene gesellschaftliche Schichten ausübte. Zur Unterstützung seiner Theorie führt Roschkow Tatsachen aus der Geschichte Westeuropas an, die eine Erstarkung der monarchischen Gewalt in der Epoche der beginnenden Geldwirtschaft bestätigen.

Wollen wir uns über diesen theoretisch sehr interessanten und wichtigen Streitpunkt klar werden, so müssen wir zweierlei auseinanderhalten: einmal müssen wir uns fragen, ob tatsächlich die staatliche Organisation in Rußland der ständischen vorausging und sich die letztere unterwarf, weiter müssen wir die Ursachen dieser Erscheinung untersuchen, soweit dies möglich ist.

Die von Milukow angeführten, übrigens allgemein bekannten, aber von ihm eindringlich beleuchteten Tatsachen zeigen mit aller Bestimmtheit, daß im moskowitischen Reiche die Stände dem Staat unterstanden und keine selbständige Bedeutung neben dem Staat hatten. Weder die hohe Aristokratie, noch der niedere Adel, noch das Bürgertum besaßen genau normierte Privilegien, die mit großer politischer Macht verbunden gewesen wären. Der Staat selbst war es, der später von oben her den niederen Adel

1) Roschkow, Die Entstehung der Selbstherrschaft in Rußland (in russischer Sprache), 1906, S. 212—213.

und das Bürgertum schuf. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß sich die Entwicklung im Westen anders vollzog. Übrigens bestreitet auch Roschkow nicht grundsätzlich, daß der Staat das Übergewicht über die Stände hatte. Er kämpft einzig und allein gegen die Behauptung, Kriege und die Richtung der äußeren Politik hätten diesen Zustand der Dinge bedeutsam beeinflußt. Die Tatsachen, die er zur Bekräftigung seiner Theorie anführt, widerlegen jedoch meiner Ansicht nach Milukow nicht.

Daß Verteidigungskriege, mögen sie noch so große Anstrengungen erheischen, nicht zum Absolutismus führen müssen, läßt sich daraus ersehen, daß die Selbstherrschaft in Rußland trotz der vielen Kriege nicht schon zur Zeit der Teilfürsten, sondern erst später entstand, als Fehden sogar seltener geworden waren. Die Selbstherrschaft entwickelte sich erst in jüngerer Zeit. Die Macht der Volksversammlung stand nämlich ursprünglich ebenbürtig neben der des Fürsten, und der Übergang von dieser Organisation zur Selbstherrschaft konnte sich nur langsam vollziehen. Je häufiger aber die Kriege waren und je länger sie währten, desto rascher vollzog sich dieser Prozeß.

In Polen wie in anderen Staaten führten solche Kriege nicht zum Absolutismus, weil die höheren Stände schon vorher große Macht und einen beträchtlichen Grad von Unabhängigkeit gegenüber dem Staate erlangt hatten, sie besaßen bereits einen großen Einfluß auf die Politik, also auch auf die Kriegführung; waren Kämpfe auch häufig, so lag darin doch kein Grund für die Entstehung des Absolutismus.

In Rußland wurde der Absolutismus dadurch besonders gefestigt, daß die Oberherrschaft des tatarischen Khans sich über das ganze Land erstreckte. Lange Zeit hindurch sammelte der Großfürst von Moskau für den Khan den Tribut von allen Fürsten ein, selbst von jenen, die nicht unter der unmittelbaren Gewalt Moskaus standen. Diese Tatsache stärkte den Einfluß des Großfürsten und trug selbstverständlich viel zur Bildung eines hohen Begriffs von der allerhöchsten Gewalt bei.

Neben diesen Einflüssen zugunsten des Absolutismus machten sich auch die in der orthodoxen Kirche gelehrten monarchischen Theorien geltend. Im Gegensatz zur römisch-katholischen unter-

warf sich jene stets der weltlichen Macht; nur ausnahmsweise beseelten höhere politische Aspirationen einzelne, besonders hervorragende Vertreter dieser Kirche.

Roschkow hat in der Tat recht, wenn er die wirtschaftliche Grundlage für Rußlands Kriege und Eroberungstendenzen hervorhebt. Doch dieser Ursprung hindert nicht, daß die Kriege als solche einen wichtigen, ja entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Staates und sein Verhältnis zu den einzelnen sozialen Schichten ausübten.

Wuchsen aber auch die Bedürfnisse des Staates in Rußland so rasch, daß ihre Befriedigung die Energie des Volkes ganz in Anspruch nahm, was bewirkte außerdem noch, daß die einzelnen Volksschichten sich so lange Zeit hindurch nicht entwickelten, sich nicht organisierten und keine gewichtige politische Macht schufen?

Für diese Erscheinung lassen sich mehrere Ursachen anführen: das weite Flachland, welches Kriege erleichterte, die Häufigkeit dieser Kriege, die zahlreichen einander befehdenden Fürsten, das Hin- und Herziehen der Bojaren, einzelner Krieger und ganzer Gruppen, von einem Fürstentum ins andere; ein Handel, der ausgebreitete Gebiete umspannte, die Möglichkeit, von einem Ort zum andern zu gelangen, die großen und zahlreichen Flüsse, welche den Verkehr erleichterten, das alles zusammen schuf in jener Zeit einer geringen Differenzierung der sozialen Schichten, in der sich soziale und politische Institutionen noch nicht recht kristallisiert hatten, ein Zwischenstadium, in dem fast noch kein Platz war für systematische, lokalisierte, soziale Kulturarbeit; ebensowenig war der Boden bereit für eine politische Betätigung sozialer Schichten, deren Mitglieder unter solchen Umständen verstreut und unorganisiert lebten.

Infolge dieser Verhältnisse mußte die politische Gewalt, als die einzige, die dieses Chaos wenigstens teilweise meisterte und die ständig über eine gewisse materielle, namentlich aber über eine militärische Macht verfügte, sich immer mehr ausbreiten. In Westeuropa waren die höhere Geistlichkeit und der grundbesitzende Adel bei der Gestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse von schwerwiegender Bedeutung. In Rußland war

die Sachlage eine ganz andere. Die einzelnen russischen Fürsten lagen miteinander in ständiger Fehde, die einen verloren ein Reich, die anderen gewannen es. Ihr Gefolge zog mit ihnen von Ort zu Ort. Diese Umstände aber blieben nicht ohne Folgen; da die höhere gesellschaftliche Schicht nicht ständig an eine Örtlichkeit gebunden war, arbeitete sie auch nicht an der Verbesserung ihrer Landwirtschaft. Sie suchte nicht die lokale Bodenkultur zu erhöhen; sie strebte ebensowenig danach, entsprechende politische Rechte zu erringen, mit denen sie sich die gewonnene Beute hätte sichern können. Fühlten sich die einzelnen Vertreter der höheren Schichten unter einem Herrn unbehaglich, so gingen sie eben zu einem andern usw. Nach Änderungen in der politischen Organisation strebten sie nicht.

In dieser Epoche war die Gewalt in Rußland noch zwischen dem Fürsten und der Volksversammlung geteilt. Der Fürst unternahm keine wichtigen Schritte ohne die Volksversammlung und ebenso umgekehrt. Im allgemeinen gab es jedoch keine Rechtsnormen, welche die Machtausübung jeder dieser beiden Faktoren des politischen Lebens hätten regeln können.

Der Rat der Bojaren war eine Institution, die dem Fürsten beratend zur Seite stand.

Übrigens war das Verhältnis der Fürstenmacht zur Gesellschaft im damaligen Rußland nicht überall gleich.

Größer als anderswo war die Macht des Fürsten im Nordosten, in Wladimir an der Kljazma und später in Moskau. Die Fürsten, die mit großer Macht ausgestattet aus dem Südwesten dorthin gekommen waren, fanden weder eine einheitlich organisierte Gesellschaft vor, noch starke Institutionen, die eine solche Gesellschaft hätten repräsentieren können. So entwickelte sich denn dort im Laufe der Zeit eine starke fürstliche Gewalt, die sich auf die mittleren und niedrigen Volksschichten stützte und die höheren bekämpfte.

Anders lagen die Verhältnisse im Nordwesten, in den großen Städten und Handelszentren, in Nowgorod und Pskow: hier war die fürstliche Macht schwach und engumgrenzt; tatsächlich ruhte die Gewalt in den Händen der höheren Volksschichten.

Im übrigen Rußland war das Verhältnis zwischen Fürsten und Volksversammlung verschieden. An manchen Orten gestalteten sich die Beziehungen ähnlich wie in Nowgorod, an anderen wieder war Moskau das Vorbild.

Dank seiner geographischen Lage, seiner bewaffneten Macht und anderen Umständen von geringerer und nur vorübergehender Wichtigkeit wuchs die Bedeutung Moskaus immer mehr. Allmählich geriet ein Fürstentum nach dem andern unter seine Herrschaft. Eine große Rolle spielte in diesem Prozeß die tatarische Oberherrschaft und ebenso die orthodoxe Kirche, welche die Bestrebungen des Großfürsten von Moskau unterstützte. Innere soziale Kämpfe in Nowgorod und Pskow untergruben die Macht dieser beiden Städte, und das erleichterte ihre Eroberung.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, unter dem Zaren Iwan III. (1462—1505) war die Macht des moskowitischen Reiches bereits sehr groß: es umspannte ein weites Territorium, besaß ein großes Heer und noch größere Aspirationen. Viel Glanz verlieh dem Reich noch die Ehe Iwans III. mit einer Fürstin aus der Dynastie der Paläologen, die bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Türken in Byzanz herrschte. Schon vorher waren durch die Vermittlung der Geistlichkeit byzantinische Einflüsse in das Großfürstentum gelangt, jetzt verstärkten sie sich noch um ein bedeutendes. Iwan III. begann sich als Erbe der griechischen Kaiser zu betrachten. Am Hof von Moskau wurde ein neues, bis dahin unbekanntes Zeremoniell eingeführt, für das eine besonders unterwürfige, hündische Ergebenheit gegenüber der Person des Herrschenden charakteristisch war.

Iwan III. war ein absoluter Monarch; der Bojarenrat, eine Institution mit beratender Gewalt, die ihm zur Seite stand, läßt sich nicht als ein völlig selbständiger Faktor im Leben des Staates ansehen, der die Macht des Herrschers hätte beschränken können.

Nichtsdestoweniger besaß die russische hohe Aristokratie unstreitig großen politischen Einfluß, bekleideten doch Vertreter des Adels hohe Ämter im Staate. Der hohe Adel strebte nicht nach einer genau umschriebenen Konstitution, er erachtete es jedoch als sein ihm gehöriges und unumstößliches Recht, vom Zaren gehört zu werden. Der Zar sollte mit Hilfe des hohen Adels

regieren. Diese Forderungen der hohen Aristokratie wuchsen mit der Zeit immer mehr an, und die neuen byzantinischen Gewohnheiten bei Hofe wurden mit scheelem Auge angesehen.

Unter Wasilij III., namentlich aber während der Minderjährigkeit seines Sohnes, des späteren Iwans IV., des Grausamen, wurde der Einfluß des hohen Adels immer größer. So entstand ein Antagonismus zwischen der unbegrenzten Macht des Zaren und den Tendenzen der Aristokratie.

Von großer Bedeutung für Rußland wurde die Regierung Iwans des Grausamen (1534—1584). Unter ihm wurde der Ausbau des Staates vollendet und eine Gesetzeskodifikation geschaffen. Neue Institutionen entstanden während seiner Herrschaft, von denen die wichtigste, der Landestag [1]), eine Art von Ständevertretung war.

Die Rolle der Landestage wird heute noch von den verschiedenen russischen Historikern verschieden gedeutet. Die einen behaupten, der Landestag habe dem Zaren gegenüber nur eine geringfügige Bedeutung gehabt, die andern schreiben ihm eine große Macht zu. Doch läßt sich heute schwer etwas Genaues über die Grenzen ihrer Befugnisse ermitteln; nicht einmal die Art ihrer Zusammensetzung steht fest. Tatsache ist nur, daß die Bedeutung dieser Institution im Laufe des Jahrhunderts wechselte, sie war anfangs geringer, dann größer; selbst ihre Zusammensetzung unterlag noch Veränderungen. Die Landestage schwächten den Einfluß der Bojarenversammlung, verdrängten sie aber nicht ganz. Vertreter breiterer sozialer Schichten wurden in politischen Angelegenheiten zugelassen, doch kam es nicht zu einer dauernden Vertretung der Stände.

Jedenfalls war die Entstehung der Landestage ein Beweis dafür, daß der Staat zu seiner Weiterentwicklung die Unterstützung der Gesellschaft in Regierungsangelegenheiten bedurfte. Im 17. Jahrhundert traten die Landestage viermal zusammen und zwar in den Jahren 1550, 1566, 1584 und 1598.

Von dem ersten Landestag wissen wir sehr wenig, da die

---

1) Der russische Ausdruck „Sobor Ziemski" ist schwer zu übersetzen. In die geschichtliche Fachliteratur ist das deutsche Wort „Landestag" zur Unterscheidung von dem gebräuchlicheren „Landtag" für diese Art der Ständevertretung eingeführt worden, und dieses Wort wird deshalb auch hier beibehalten.

Protokolle der Sitzungen nicht erhalten sind. In den Jahren 1566 und 1598 bestand die Institution nach Klutschewski, der die einzelnen Elemente der Landestage und deren Funktionen sehr eingehend untersucht hat, aus folgenden vier Bestandteilen: der höchsten regierenden weltlichen Institution im Staate, der Bojarenduma, der höchsten kirchlichen Institution, dem sogenannten „Oswiaschtschennyi Sobor", aus Leuten, die Kriegsdienst leisteten, und endlich aus Mitgliedern der Handel- und Gewerbetreibenden, welch letztere verschiedene innere finanzielle Funktionen im Staate hatten.

Die Vertreter der dienenden Kriegerklasse, die in den Landestagen Sitze hatten, teilten sich in zwei Gruppen: in Kriegsleute von höherem Dienstrang, den niederen Adel von Moskau, und in solche von geringerem Grad, den niederen Adel aus der Provinz.

Der niedere Adel von Moskau bildete Korporationen, welche die verschiedenen Aufträge der Zentralregierung in Heeres- und administrativen Angelegenheiten ausführten. Er wurde von dem niederen Adel aus der Provinz unterstützt, der im Dienste der Regierung stand. In Kriegsfällen befehligten gewöhnlich Mitglieder des niederen Adels von Moskau die Heeresabteilungen, die sich aus dem niederen Adel je eines Kreises zusammensetzten. Zum Kriegsdienste war der niedere Adel verpflichtet. Im 16. Jahrhundert waren die Anführer dieser Heeresabteilungen gewöhnlich Mitglieder des niederen Adels aus der Hauptstadt, die in dem betreffenden Kreis Dörfer besaßen.

Auf dem Landestag von 1566 wurde nach Klutschewski der niedere Adel der Provinz ausschließlich von Mitgliedern des Moskauer niederen Adels vertreten, die Anführer der Heeresabteilungen waren.

Nach denselben Grundsätzen war im Landestag von 1566 die örtliche Vertretung des Handels- und Gewerbestandes zusammengesetzt. Nur die Kaufmannschaft der Hauptstadt, oder genauer ausgedrückt nur die obere Schicht dieser Kaufmannschaft war vertreten. Nach Klutschewski ist es unwahrscheinlich, daß diese Kaufleute von einzelnen Korporationen gewählt wurden; es waren sicherlich nicht Abgeordnete, sondern die Gesamtheit der höheren Kaufmannschaft der Hauptstadt, die im Landestag zusammentrat.

Durch sie aber war die gesamte Gewerbe- und Handelswelt des Reiches vertreten, so wie der niedere Adel von Moskau den gesamten niederen Adel vertrat.

Auch diese Ältesten der Kaufmannschaft hatten wie der niedere Adel eine Funktion im Staatsdienst und zwar im Bereich der staatlichen Finanzverwaltung. Sie hatten auf diesem Gebiete eine führende Stellung geradeso wie der niedere Adel von Moskau im Kriegsdienst.

Auf dem Landestage von 1598 finden wir unter dem niederen Provinzadel und der Kaufmannschaft aus der Provinz schon eine gewisse, wenn auch relativ noch geringe Anzahl von Abgesandten, die bereits von den betreffenden lokalen Interessentengruppen gewählt sind. Klutschewski sieht hierin den Beginn einer tatsächlichen Vertretung.

„Die Vertretung im Landestag beruhte nicht auf gesellschaftlicher Wahl, die sich auf das Vertrauen stützt, sondern auf der staatlichen Einberufung nach Amt oder Stand. ... Im 16. Jahrhundert waren die Landestage eine beratende Körperschaft der Regierung mit eigenen Funktionären. Genau genommen vertraten die Landestage im 16. Jahrhundert nur die Hauptstadt, in der sich die einflußreichen sozialen Elemente des ganzen Reiches konzentrierten. Man kann daher sagen, die Landestage haben das Land nur durch die Vermittlung der Hauptstadt vertreten, und die Hauptstadt selbst nur insofern, als sie das Land vertrat."

Nach Klutschewski ist der Landestag im moskowitischen Reich nicht das Ergebnis eines politischen Kampfes, wie es die Volksvertretungen im Westen sind; der Landestag war vielmehr ein Ergebnis administrativer Bedürfnisse des Staates. Er war keine ständige Institution, ebensowenig war er von bindender Autorität für die oberste Gewalt, die durch die Person des Monarchen repräsentiert wurde. Aber wenn auch ohne eigentliche rechtliche Bedeutung, so besaßen die Landestage doch selbst im 16. Jahrhundert eine wichtige tatsächliche Bedeutung. Im folgenden Jahrhundert spielten sie eine noch größere Rolle und näherten sich immer mehr einer wirklichen Volksvertretung.

Um die Umwandlungen zu begreifen, die der Landestag im 17. Jahrhundert durchmachte, müssen wir uns über die sozialen

Kämpfe klar werden, die sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts im moskowitischen Reich abspielten. Doch bedarf es hierzu einer Übersicht über die gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes im allgemeinen.

Betrachten wir zunächst die einzelnen gesellschaftlichen Schichten im Staate Moskau.

In der gesellschaftlichen Hierarchie nahmen die Bojaren den ersten Platz ein. Diese Schicht bestand ursprünglich aus den Mitgliedern der alten Geschlechter, die in der Epoche der Teilfürsten die ersten im Gefolge des Fürsten gewesen waren; als das Großfürstentum Moskau die einzelnen Fürstentümer aufzusaugen begann, also namentlich in der Zeit vom 15. bis zum 16. Jahrhundert, traten auch die Mitglieder der fürstlichen Geschlechter, die nicht mehr zur Herrschaft in ihren früheren Ländern gelangen konnten, in die Gruppe der Bojaren ein. Der ganze Charakter dieser Gruppe erfuhr hierdurch eine Änderung. Die höheren politischen Ambitionen, die die früheren Fürsten besaßen, brachten es notwendigerweise mit sich, daß das Streben der Bojaren nach immer größerem Einfluß im Staate verstärkt wurde. In der Schicht der Bojaren mußte so der Plan reifen, die Macht in ihren Händen zu monopolisieren.

Wie schon oben erwähnt, erreichte die Stellung der Bojaren ihren Höhepunkt in der Zeit der Minderjährigkeit (bis 1547) Iwans des Grausamen. Er war es, der einen unerbittlichen Kampf gegen die Bojaren begann, als er zur Regierung gelangte. Einen beträchtlichen Teil von ihnen rottete er im wahren Sinne dieses Wortes aus. Aber nicht einmal seiner furchtbaren Regierung gelang es, die Bedeutung dieser Schicht völlig zu untergraben.

Die Bedeutung der Bojaren verlor erst später, als sich eine andere gesellschaftliche Schicht immer mehr hob und entwickelte, der im Staatsdienst stehende niedere Adel.

Die Bojaren, welche die russische Aristokratie bildeten, waren nicht zum Staatsdienst verpflichtet; ihre materielle Macht stützte sich auf Landbesitz, die sogenannten „Wottschiny“, die im moskowitischen Staat etwas Ähnliches waren, wie der Allodialbesitz im Westen. Die Wottschiny stellten ein freies Eigentum an Grund und Boden dar.

Anders war die Lage des dienenden Adels. Er war zum Staatsdienst verpflichtet und erhielt dafür vom Staate Grundbesitz, aus dem er seinen Unterhalt bestritt, eine Einrichtung, die an die westeuropäischen Lehen erinnert. Der Grundbesitz verblieb in der Familie, soweit sie zum Staatsdienst tauglich war.

Der moskowitische Staat führte viel Krieg, er brauchte daher nicht nur einen zahlreichen niederen Adel, sondern auch viel Land zur Verteilung. Dieser Umstand bewog ihn zu einer fortwährenden Erweiterung seiner Grenzen.

Zur Weiterentwicklung des Staates war eine mittlere Schicht notwendig, die der damalige niedere Adel und die Kaufmannschaft bildeten. Letztere hatte, wie wir bereits sahen, gleichfalls gewisse staatliche Aufgaben zu erfüllen.

Die steigende Bedeutung und wachsende Anzahl des dienenden Adels konnte nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der bäuerlichen Bevölkerung bleiben. Diese Schicht, der damalige Kern des Volkes, bildete zur Zeit der Teilfürsten die riesige Mehrheit der Bevölkerung und lebte zur Zeit der Oberherrschaft Kijews über Rotrußland in Wohlstand und Freiheit.

Unter der Bauernschaft stand noch eine unfreie Bevölkerung, die sogenannten „Cholopy“, die von ihren Herren zu persönlichen Dienstleistungen oder Arbeiten auf dem Felde benutzt wurden.

Die in dieser Epoche herrschenden Verhältnisse entwickelten sich auf Grund folgender Bedingungen: die Masse der Bevölkerung genoß unmittelbar die mannigfachen materiellen Reichtümer und lebte hauptsächlich von Jagd, Fischfang und Bienenzucht; Ackerbau existierte bereits, spielte jedoch im wirtschaftlichen Leben nur eine untergeordnete Rolle.

Im Laufe der Zeit machte die freie Bauernschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung, der vermehrten Kriege und der infolgedessen erhöhten Anforderungen des Staates gewaltige Veränderungen durch. Die Mehrheit der freien Bevölkerung ging allmählich zum Ackerbau über, der der wichtigste Faktor im wirtschaftlichen Leben wurde. Diese neue Lebensweise erheischte mehr Arbeit und größere Mittel in Gestalt von Werkzeugen und Inventar als die frühere. Die immer häufigeren

Kämpfe entvölkerten das Land und schufen eine Unsicherheit, die die Bauern zwang, den Schutz der mächtigen Bojaren und der Diener der Fürsten überhaupt zu suchen. Hier fanden sie Schutz vor den Feinden und erhielten alles, was jetzt zur Führung einer bäuerlichen Wirtschaft und zur Befriedigung der staatlichen Anforderungen notwendig geworden war.

Auf diese Weise geriet ein bedeutender Teil einer früher freien und wohlhabenden Bevölkerung freiwillig in die Abhängigkeit der Machthaber. Diese Abhängigkeit war anfangs gering, da sich kaum jemand den Machthabern auf Gnade und Ungnade in die Hände gab, aber sie wuchs allmählich an, da alle Lebensumstände danach angetan waren, den Bauern in diese Richtung zu drängen.

Überdies brauchte der Staat immer mehr Menschen, namentlich zum Kriegsdienst, und da er keine andern Mittel besaß, gab er ihnen Land. Ohne Arbeitskräfte hatte Landbesitz damals jedoch keinen Wert. Versah also der Staat seine Diener mit Land, so mußte er gleichzeitig die ansässigen Bauern zwingen, ihnen bestimmte Dienste zu leisten.

Die bäuerliche Bevölkerung, die zur Zeit der Teilfürsten in Freiheit und Wohlstand lebte, geriet so unter der moskowitischen Herrschaft in Abhängigkeit und mußte sich immer mehr Pflichten gegen die neuen Herren aufbürden lassen. Anfangs war diese Bevölkerung jedoch noch deutlich von der unfreien Schicht gesondert, bis sich auch diese Unterschiede später völlig verwischten.

Das Bedürfnis nach Arbeitskräften war allgemein, zwischen den großen Besitzern der „Wotschiny und Pomiestje" und den kleinen Grundbesitzern tobte denn auch ein beständiger Kampf um die Bauern, die von den einen Herren an die anderen fielen.

In diesen Kampf mußte der Staat selbst eingreifen. Zu Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts erließ die Regierung eine Reihe von Verordnungen, die jedoch nicht immer konsequent und gut durchdacht waren. Schließlich wurden die Interessen der mittleren Schicht, des dienenden Adels, für die Politik des Staates maßgebend.

Nach Aussage der zeitgenössischen Geschichtschreiber wurden

die Bauern erst nach und nach an die Scholle gefesselt; es geschah das also nicht infolge eines einzigen Rechtsaktes der Regierung. Soweit die Bauern noch das Recht der Freizügigkeit besaßen, machten sie jedoch infolge ihrer Beschäftigung nur zu bestimmten Zeiten davon Gebrauch. Mit der steigenden Abhängigkeit der Bauernschaft von den Grundbesitzern wurde diese Freizügigkeit mehr und mehr erschwert.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts ließen sich die Grundbesitzer immer häufiger von den Bauern, die ihre Hilfe benötigten, schriftliche Erklärungen abgeben. In diesen Erklärungen verzichteten die Bauern ein für allemal auf das Recht, die ihnen vom Herrn vorgestreckten Darlehen zurückzuerstatten, weiter verpflichteten sie sich, ihre Wohnorte nicht zu verlassen, und erklärten sich von vornherein damit einverstanden, daß sie, im Falle der Flucht, überall, wo immer sie sich befinden sollten, gesucht und aufgegriffen werden konnten.

Nach und nach betrachtete auch der Staat die gesamte Bauernschaft als an die Scholle gefesselt. Die Bauern wurden so dem mittleren und großen Grundbesitz zugewiesen.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte sich dieser Prozeß bereits allgemein vollzogen.

Mit der Fesselung des Bauern an die herrschaftliche Scholle verschlimmerte sich seine Lage. Er verlor langsam seine Rechte und fiel der unbeschränkten Gewalt seines Herrn anheim. Durch nichts mehr gehindert, zwang der Herr den Bauern, jetzt den Grund und Boden, den er bisher für sich bearbeitet hatte, zu verlassen. Der Bauer kam jetzt auf den Hof des Herrn oder mußte das Feld bearbeiten, das zur unmittelbaren Benutzung des Herrn bestimmt war. Jetzt begann auch der Verkauf einzelner, von ihren Familien getrennter Individuen usw.

Die Verschlimmerung der bäuerlichen Lage begann auf Grund der Geldwirtschaft, die der Arbeitsausbeutung neue Möglichkeiten eröffnete. War doch der Austausch der Arbeitsprodukte gegen Geld jetzt erst ermöglicht.

Schon im 16. Jahrhundert vielleicht war der Grundbesitzer zugleich bäuerlicher Richter, im 17. Jahrhundert, sagt Milukow[1]),

1) Milukow, Skizzen usw., Bd. I, S. 247—248.

kann man auf den Herrenhöfen schon Gefängnisse und Fesseln finden; bei den richterlichen Beweisführungen beginnen die ausgesuchtesten Moskauer Folterwerkzeuge aufzutauchen. Das Strafrecht der Herren über die Bauern war unbegrenzt. Das Strafgesetz verbietet zwar an einer bestimmten Stelle dem Grundbesitzer, die Bauern zu töten oder zu verletzen, aber diese Forderung blieb rein platonisch, da sie denen, welche sie schützen sollte, keinerlei Garantien bot.

In bezug auf die Bauernschaft strotzte die russische Gesetzgebung von Widersprüchen. So konnte z. B. der Bauer von seinem Herrn verkauft werden, gleichzeitig besaß er jedoch selber das Recht, Leibeigene zu kaufen; er unterstand der Gerichtsbarkeit des Gutsherrn und konnte gleichzeitig vor dem gewöhnlichen Gericht als verantwortliche und Verpflichtungen eingehende Persönlichkeit erscheinen; sein Vermögen gehörte zum Gute seines Herrn, aber er konnte mit dem Fiskus und Privatpersonen in geschäftliche Beziehungen treten.

Die Lage der Bauern, die dem Staate gehörten, war verhältnismäßig besser, da sie bis auf bestimmte Leistungen gegen den Staat keinerlei Verpflichtungen gegen Privatpersonen hatten und keiner Privatjurisdiktion unterstanden.

Als jedoch der Staat zu Kriegszwecken weitläufige Arbeiten auf dem Gebiete der Kommunikation begann, als er zahlreiche Gebäude, Städte und Festungen errichten ließ, verschlimmerte sich auch die Lage dieser Schicht; außerdem hatten sie unter den Übergriffen der Beamten zu leiden.

Interessant und von großer Bedeutung ist die Entstehung der gegenwärtigen Wirtschaftsgemeinde in Großrußland, der sogenannten „Obschtschina“.

Die neuesten Untersuchungen in dieser Richtung sprechen für einen verhältnismäßig späten Ursprung und beweisen, daß die Obschtschina nichts weniger als das Überbleibsel eines primitiven Kommunismus ist.

Es unterliegt allerdings keinem Zweifel, daß der Stammeskommunismus in Rußland in der ganzen vorstaatlichen Zeit herrschte. Noch später stoßen wir auf zahlreiche Überbleibsel, sowohl im geltenden Recht, als in den Sitten des Volkes. Die

Entwicklung jedoch der Produktion und des Marktes einerseits, die Kriege anderseits differenzierten die Gesellschaft in Schichten und gaben den Anstoß zur Bildung des Privateigentums im allgemeinen und des Grundbesitzes im besonderen. Die großrussische Gemeinde in ihrer heutigen Form, wobei der Grund und Boden gemeinsamer Besitz ist und an die einzelnen bäuerlichen Familien zur Benutzung übergeben wird, entstand erst viel später.

Früher vertrat Tschitscherin allein diese Ansicht; in der letzten Zeit aber sieht die Mehrzahl der hervorragenden russischen Historiker in der Obschtschina ein relativ neues Produkt der Finanzpolitik der Regierung. Noch einige andere Faktoren kamen hinzu.

„Im alten Rußland“, sagt Klutschewski, „hieß die Dorfgemeinde ‚Mir‘; der Ausdruck ‚Obschtschina‘, der im 19. Jahrhundert zur Bezeichnung der Dorfgemeinden diente, wie sie sich in der Zeit der bäuerlichen Reform herausbildete, war damals unbekannt. Als prinzipielle Merkmale ihrer Organisation kann man bezeichnen: 1) die zwangsweise Ausgleichung der Teile, 2) die streng ständische Bedeutung der ‚Obschtschina‘, 3) die solidarische Haftung. Der Boden wurde nach Maßgabe der Arbeitskraft und der Steuerzahlung der Bauern verteilt . . . der Boden war nicht die Quelle der Verpflichtung, sondern unterstützte nur deren Erfüllung. In den Dorfgemeinden des 15. und 16. Jahrhunderts finden wir weder die zwangsweise Ausgleichung der Teile, noch diesen ständigen Charakter der bäuerlichen Pflichten. Der Bauer nahm sich damals seinen Anteil entsprechend ‚seiner Kraft‘, d. h. nach seinem Dafürhalten; er verhandelte darüber . . . mit seinem Herrn oder dem Verwalter, ohne daß die Dorfgemeinde mitzureden hatte. Die Steuerpflicht . . . hing von dem Anteil ab: der Boden war also die Quelle der bäuerlichen Abgaben, nicht nur eine Beigabe zur Erfüllung dieser Pflichten . . . Der Bauer selbst war nicht[1]) an seinen Anteil gefesselt, ebensowenig an die Dorfgemeinde, nicht einmal an den Grundbesitz des Herrn; es stand ihm frei, seine Rolle zu wechseln,

1) Gesetzlich.

aus der Reihe der Dorfbewohner, ja selbst aus der Bauernschaft auszutreten ... So vermissen wir in den Dorfgemeinden des 15. und 16. Jahrhunderts zwei prinzipielle Bedingungen des Gemeindebesitzes am Grund und Boden [1]."

Nicht nur Klutschewski, sondern auch Milukow und andere sind der Meinung, die sogenannte „Obschtschina" mit dem Besitz der Gemeinde an Grund und Boden sei das Produkt späterer Zeiten.

„Es ist nicht nur unmöglich", sagt Milukow, „die moderne Obschtschina aus primitiven Gesellschaftsformen irgendwelcher Art abzuleiten, wir haben auch die völlige Möglichkeit, ihre relativ späte Entstehung nachzuweisen und die Ursachen aufzudecken, die sie geschaffen haben. Ihrem Wesen nach ist die russische Obschtschina eine Zwangsorganisation, die ihre Mitglieder durch die Haftpflicht bei der Leistung der Zahlungen und Pflichten verbindet und die Leistungspünktlichkeit durch die Ausgleichung der Pflichten mit den Zahlungsmitteln jedes Mitgliedes sichert [2]."

Milukow weist weiter nach, wie die finanziellen Interessen des Staates jene gegenseitige Verpflichtung der Gemeindegenossen zu einer genauen und regelmäßigen Steuerleistung ins Leben gerufen haben. Doch hätte diese solidarische Haftung an sich noch nicht zum Gemeindeeigentum an Grund und Boden führen müssen, wenn diese Form auch unstreitig den Interessen des Fiskus am besten entsprach. Zu verschiedenen Leistungen gezwungen, ging die Dorfgemeinde anfangs nicht so weit, den Besitz ihrer Mitglieder zur Erleichterung der Steuerzahlung und anderer Leistungen in gleiche Teile zu zerlegen. Sie begnügte sich vielmehr anfangs damit, den Grundbesitz der einzelnen Bauern zu messen und ihnen entsprechende Lasten aufzuerlegen. Erst im Laufe der Zeit entstand das Gemeindeeigentum an Grund und Boden.

Wie sich jedoch dieser Prozeß in seinen Einzelheiten vollzog, ist uns unbekannt.

Die „Obschtschina" entstand anfangs innerhalb des großen privat-herrschaftlichen Grundeigentums; ebenso dehnte sie sich

---

1) Klutschewski, Kursus russischer Geschichte (in russischer Sprache), II, S. 378, 379, 380.

2) Milukow, Skizzen, Teil I, S. 238.

auf klösterlichem und fürstlichem Boden aus und verbreitete sich zuletzt auch über das Staatseigentum. Nach Milukow fand dieser Prozeß erst im 19. Jahrhundert sein Ende.

Da die russischen Revolutionäre und Sozialisten der großrussischen Obschtschina lange Zeit hindurch große Bedeutung beilegten, fand ich es notwendig, so lange bei diesem Punkt zu verweilen.

* * *

Die Entwicklung der Städte und des Bürgertums vollzog sich in Rußland ganz anders als in Westeuropa.

Im Westen, bemerkt Milukow mit Recht, entstanden die Städte in erster Reihe unter dem Einfluß wirtschaftlicher Faktoren; sie bildeten Zentren des wirtschaftlichen Lebens, in ihnen vereinigte sich die handel- und gewerbetreibende Bevölkerung. Verschiedene Gruppen dieser Bevölkerung bildeten starke Korporationen, in denen ein freiheitlicher Geist herrschte. Wer einer Korporation beitrat, erhielt die Freiheit. Hunderte von mittelalterlichen Städten gingen von dem allgemeinen Prinzip aus: Stadtluft macht frei.

Bei der Entwicklung freiheitlicher politischer Theorien und der Entstehung repräsentativer Institutionen spielte das Bürgertum in Westeuropa eine scharf ausgeprägte Rolle.

Anders lagen die Verhältnisse in Rußland.

Einige Städte in Rotrußland und später auch im moskowitischen Reich waren allerdings das Ergebnis einer Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse, zum größten Teil waren sie jedoch als Waffenplätze für das Heer entstanden. Mit anderen Worten, die Mehrzahl der russischen Städte wurde gegründet, weil der Staat ihrer bedurfte; daher spielte auch das Bürgertum, im eigentlichen Sinne dieses Wortes, in ihnen nur eine untergeordnete Rolle.

Selbst Moskau, die einzige große Stadt im russischen Staat, war genau genommen nur ein riesiger Herrensitz des Zaren, wie Milukow sich ausdrückt; ein bedeutender Teil der Einwohner stand in einem unmittelbaren Verhältnis zum Hofe. Moskau hatte im 16. Jahrhundert 5—600000 Einwohner. Nach der

Zählung von 1701 hatte die Stadt 16000 Häuser, von denen jedoch nur 7000, also 44 Prozent Kaufleuten und Handwerkern gehörten; die übrigen 9000 waren im Besitz der Geistlichkeit, der Bojaren und des niederen Adels.

Was den Warenumsatz jener Zeit betrifft, so meinte damals ein Fremder, man fände in einer ganzen Reihe von Kaufläden in Moskau weniger Waren, als in einem einzigen Gewölbe in Venedig [1]. Im Laufe der Zeit veränderte sich das Aussehen der russischen Städte, das wirtschaftliche Leben in ihnen mußte sich allmählich entwickeln, aber diese Entwicklung vermochte, nach Milukow, den wachsenden Bedürfnissen der staatlichen Verwaltung nicht nachzukommen.

Ich füge hinzu, daß diese Erscheinung späterhin eine neuerliche Veränderung erfuhr; unter dem Einfluß des sich entwickelnden Kapitalismus wuchsen die Städte, allerdings erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, fast in fieberhafter Eile.

Bis dahin dienten die Städte, wie schon erwähnt, in erster Reihe militärischen und administrativen Zwecken. Aus diesem Grunde fehlten ihnen nicht nur mächtige selbständige Korporationen, sondern es gab überhaupt keine derartigen Gebilde. Sie konnten daher auch keine Freiheitsbewegung hervorbringen, wie in Westeuropa, wo die Städte mit den Feudalherren und den Herrschern im Kampfe lagen.

Derart war der soziale Hintergrund im moskowitischen Reich.

Wie wir bereits wissen, führte Iwan der Grausame einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Bojaren, vermochte aber die Bedeutung dieser sozialen Schicht nicht völlig zu untergraben, obwohl er einen Teil der Bojaren geradezu ausrottete. Unter seinen Nachfolgern, seinem Sohne Feodor und Boris Godunow, währte der Kampf der Zarenmacht mit den Bojaren fort. Boris Godunow, der unter Feodor eine große Rolle spielte, verfolgte eine ausgesprochen antibojarische Politik, nur bediente er sich im ganzen weniger gewaltsamer Mittel als der Zar Iwan.

Doch besaßen die Bojaren, namentlich diejenigen, die den Fürstentitel hatten, also Nachkommen von Rurik und Gedimin waren, noch immer einen starken Einfluß. Noch immer spielte

1) Milukow, Skizzen usw. I, S. 227.

der „Bojarenrat“ eine große Rolle im Staate, außerdem verfügten diese Geschlechter über bedeutende materielle Mittel.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts verschärfte sich der Gegensatz zwischen den einzelnen sozialen Schichten im moskowitischen Reich bedeutend. Den Ausdruck dieses Antagonismus finden wir in der damaligen politischen Literatur. Am deutlichsten traten zwei Richtungen in ihr hervor: die bojarische, die gegen die Selbstherrschaft war, und eine andere, in welcher der niedere Adel seine Anschauungen niederlegte und die Selbstherrschaft forderte; die letztere Richtung vertrat die Interessen der im Staatsdienst stehenden sozialen Schicht.

Im Volke selbst murrten die Bauern, die Unfreien („Cholopy“), die Kosaken; auch die Kaufleute waren unzufrieden.

Die bäuerliche Bevölkerung litt immer mehr unter den neuen Verhältnissen: die Freizügigkeit wurde immer mehr erschwert, die Leibeigenschaft nahm immer härtere Formen an. Die Lage der „Cholopy“ war noch schwieriger und drückender als die der Bauern. Die Kaufleute waren teilweise über die Bojaren aufgebracht.

Demetrius I., jener falsche Kronprätendent und angeblich jüngere Bruder Feodors I., der sich kurze Zeit auf dem Thron behauptete, verdankte seine Herrschaft zwar nicht ausschließlich, aber doch hauptsächlich der Hilfe der Bojaren. Seine Hauptanhänger waren Bohdan Bielski, die Romanows und der Fürst Tscherkaski, später traten noch Schujski und die Golizyns zu ihm über.

Außer den Bojaren hatte Demetrius I. noch einen Teil der breiten Volksmassen für sich, die mit dem immer stärker werdenden Druck unzufrieden waren, der sich entsprechend den steigenden Bedürfnissen des Staates entwickelte. Bedurfte der Staat doch einer immer wachsenden Zahl Glieder des niederen Adels für seinen Dienst.

Demetrius nahm nach seiner Thronbesteigung den Bojaren gegenüber eine unabhängige Stellung ein; die Folge war, daß sie eine Verschwörung gegen ihn anzettelten und ihn ermordeten. Auf den Thron beriefen sie jetzt einen der Ihren, Wasilij Schujski, der sich formell verpflichtete, keinen Menschen vom Leben zum Tode zu bringen, wenn er nicht zuvor mit seinen Bojaren Rats ge-

pflogen hätte. Ebenso mußte er sich verpflichten, nie den Besitz von Bojaren (die „Wotschiny") zu konfiszieren, deren Verwandte Staatsverbrechen begangen hatten, vorausgesetzt natürlich, daß sie selbst keinen Anteil an den Verbrechen hatten. Das gleiche galt für die Kaufleute. Endlich mußte er das Versprechen abgeben, sich nie um Denunziationen zu bekümmern.

Über die Tragweite dieser Abmachungen sind die Ansichten unter den russischen Historikern geteilt. Die einen meinen, sie hätten die Selbstherrschaft tatsächlich beschränkt [1]), die anderen sind gegenteiliger Ansicht. Ich glaube, daß die letzteren recht haben. Unstreitig war Schujski kein absoluter Monarch, war er doch von den Bojaren abhängig. Aber diese Abhängigkeit war das Resultat der tatsächlichen Verhältnisse und nicht der oben angeführten Verpflichtungen, denn diese hinderten ihn weder daran neue Gesetze zu erlassen, noch Steuern einzutreiben. Diese Verpflichtungen waren nur ein schüchterner Schritt, die Gewalt des Zaren einzuengen, aber sie bedeuteten noch nicht die rechtliche Einschränkung seiner Gewalt.

Schujski führte eine rein bojarische Politik; deshalb brachen sehr bald Aufstände aus, an denen sich die verschiedensten sozialen Elemente beteiligten.

„Unter diesen Umständen", sagt Roschkow, „begann eine Massenbewegung, die in ihren Schlagworten weniger die Selbstherrschaft als vielmehr soziale Erleichterungen forderte. Unter sozialen Erleichterungen verstand die Masse die Erneuerung der alten Freiheiten . . ., die Freigabe von Grund und Boden, die Rückkehr zu der alten sozialen Gleichheit. Zu den Aufrührern gesellten sich die mittleren Grundbesitzer, der niedere Provinzadel, der mit der politischen Oligarchie unzufrieden war, und endlich die unteren Diener des Staates, die die Selbstherrschaft und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage forderten. Jede dieser drei Gruppen hatte ihre eigenen Führer: die Masse des Volkes, die Kosaken, die Bauern und die sogenannten ‚Cholopy',

---

1) Roschkow, Die Entstehung usw. S. 194. Ohne in diesem speziellen Punkt mit dem Autor übereinzustimmen, halte ich doch seine Erklärung der einzelnen sozialen und politischen Bewegungen dieser Epoche für richtig und stütze mich auf seine trefflichen Auseinandersetzungen.

wurden von Bolotnikow angeführt, der mittlere Provinzadel scharte sich um Lapunow und Sumbulow zusammen, der niedere Adel um Paschkow. Alle drei Gruppen aber vereinigten sich und belagerten Moskau. Neben diesem großen und wichtigsten Aufstand bildete sich noch eine Reihe kleiner Bewegungen, die hier und da sozialen, meist aber politischen Charakter hatte. In Wiatka, Perm und überhaupt im Norden forderte man die Rückkehr zur Selbstherrschaft [1]): hier war die Bewegung rein politisch und wandte sich gegen die aristokratische Form der Regierung; in Nishnij Nowgorod und in den südlichen Städten handelte es sich vorwiegend um soziale Forderungen.

Schujski und die in seinem Namen regierende Klasse entgingen in diesem Falle dank dem Antagonismus ihrer Feinde der Gefahr. Lapunow, Sumbulow und Paschkow trennten sich von Bolotnikow, da die Interessengegensätze der von ihnen vertretenen Klassen allzu groß waren. Bolotnikow wurde später in Tula gefangen genommen und hingerichtet, die Feinde der bojarischen Oligarchie wurden zu Tausenden getötet. Ein Regierungsterrorismus begann [2])."

Ich habe diesen kurzen Absatz zitiert, da sich schwerlich eine kürzere und gleichzeitig deutlichere Charakteristik der besprochenen Ereignisse geben ließe.

In Verbindung mit einer neuen Volksbewegung, an deren Spitze wieder Bolotnikow stand, trat ein zweiter Demetrius auf. Im Gefolge dieses neuen Kronprätendenten finden wir in der Tat wieder Kosaken, Bauern und unfreie „Cholopy". Nichtsdestoweniger verfolgte dieser zweite Pseudo-Demetrius auch aristokratische Bestrebungen, die eine Folge polnischen Einflusses waren. Dieser Umstand bewirkte, daß die aufrührerischen nördlichen Städte zu Schujski übergingen.

Der zweite Pseudo-Demetrius wurde geschlagen. Doch rettete dies Schujski nicht vor dem Untergang, da das polnische Heer in das moskowitische Reich einrückte. Die Bojaren gerieten untereinander in Streitigkeiten, wodurch sie ihre eigene Stellung und die Schujskis schwächten. Die mittlere Klasse,

1) D. h. zur faktischen Selbstherrschaft, da, wie wir schon sahen, auch Schujski gesetzlich ein absoluter Monarch war.

2) Roschkow, Die Entstehung usw., S. 195—196.

d. h. die Kaufmannschaft und der niedere Adel, erhob sich und führte den Sturz der herrschenden Gruppe herbei. In den Verhandlungen Soltikows mit den Polen traten die Tendenzen der damaligen mittleren Schichten zutage. An Wladislaw, der Zar von Moskau werden sollte, wurden bekanntlich folgende Bedingungen gestellt. Die Bauern sollten streng an die Scholle gefesselt werden und die „Cholopy“ keine Freiheit erhalten. Wer sich im Staatsdienst hervorgetan hatte, sollte die gleichen Privilegien erhalten wie der hohe Adel; dem niederen Adel sollte es freistehen, Bildungsreisen ins Ausland zu unternehmen; ebenso sollten die Kaufleute das Land zu Handelszwecken verlassen dürfen. Der moskowitische Staat sollte von Polen und Litauen vollkommen unabhängig sein, seine soziale und administrative Organisation sowie seine Religion behalten, die den bestehenden Zustand der Dinge sanktionierte. Endlich sollte Wladislaws Macht nicht nur durch die „Bojarenduma“, sondern durch einen Rat „des ganzen Landes“ eingeschränkt werden.

Tatsächlich bedeutete dieser Rat nicht eine Vertretung aller sozialen Schichten, sondern nur derjenigen, welche in den Landestagen vertreten waren. Die Verhandlungen über die Thronbesteigung Wladislaws mit dessen Vater, Siegmund III., König von Polen, wurden am 4. Februar 1610 abgeschlossen, doch kamen die Abmachungen nie zur Ausführung.

Wie der von mir schon zitierte Historiker Roschkow sehr richtig bemerkt, waren die mittleren Schichten der Bevölkerung, der niedere Adel und die Kaufmannschaft, zu jener Zeit noch nicht genügend organisiert. Die Bojaren aber waren mit den Abmachungen unzufrieden und begannen eine energische Gegenaktion. Am 17. August einigte man sich dahin, daß die „Bojarenduma“ allein die Befugnis haben sollte, Wladislaws Macht zu beschränken. Diese Veränderung der Sachlage bewirkte eine Unzufriedenheit der mittleren Volksschichten und ihrer Führer, die jetzt beschlossen, König Siegmund selbst als Kandidaten für den moskowitischen Thron vorzuschlagen. Die widerstreitenden Tendenzen zeitigten Wirren, unter denen der niedere Adel, die Kaufmannschaft, die Handwerker und der reichere Teil der Bauern am meisten zu leiden hatten.

„Die genannten sozialen Gruppen“, sagt Roschkow, „hatten in erster Reihe Interesse an der Geldwirtschaft, der Leibeigenschaft und dem Sturz der bojarischen Oligarchie.“ Für diese mittleren Volksschichten war die Rückkehr geordneter Zustände eine Lebensfrage.

„Für die Ordnung“, sagt Roschkow, „sprachen sich gerade die nördlichen und nordwestlichen Städte aus, ebenso die Städte, die an der nördlichen, westlichen und südlichen Grenze des Reiches lagen.“ Die Geistlichkeit unterstützte diese Tendenzen der mittleren Schichten.

Das Endergebnis war die Erhebung Michails, der ein Sohn Feodor Romanows war, auf den Thron. Die mittleren Schichten der Gesellschaft gewannen das Übergewicht, doch ging es nicht ohne Kompromisse ab.

Es erscheint jedoch fast gewiß, daß sich der neue Zar, der Begründer einer neuen Dynastie, bei der Thronbesteigung zur Einhaltung gewisser Satzungen verpflichtete. Er sollte nicht ohne Gericht strafen und ohne die Einwilligung der Landestage nicht neue Steuern ausschreiben und neue Gesetze verkünden dürfen. Wichtige zeitgenössische Daten sprechen dafür, daß eine solche Verpflichtung eingegangen wurde, doch fehlt der Text der Abmachungen.

Wie auch immer die Dinge gestanden haben, es unterliegt keinem Zweifel, daß Zar Michail tatsächlich kein Selbstherrscher war und daß die Landtage unter seiner Regierung eine wichtige Rolle spielten.

Die Organisation der Landestage selbst unterlag einer Veränderung: vor allen Dingen wurden sie jetzt eine wirklich gewählte Körperschaft, wir wissen sogar, daß die Wähler ihren Abgeordneten manchmal Instruktionen mitgaben, wie es 1648/49 geschah.

Im 17. Jahrhundert hatte der Landtag nicht nur an der Entstehung von Gesetzen teil, auch Fragen über Krieg und Frieden wurden auf ihm besprochen und er griff in die verschiedensten Angelegenheiten der Staatsverwaltung ein. Auch die neue moskowitische Gesetzeskodifikation genehmigte der Landtag in diesem Jahrhundert.

Nichtsdestoweniger wurde nach dem Jahre 1653 kein Landes-

tag mehr einberufen; die Regierung begnügte sich seitdem damit, von Fall zu Fall Sachkundige zur Beratung besonderer Angelegenheiten heranzuziehen.

Das gleiche Los traf die Bojarenduma.

Wie erklärt sich nun der Verfall der Institution in einem Augenblick, wo ihre Lebensfähigkeit keinem Zweifel unterliegen konnte?

Beginnen wir mit den Landestagen.

Wir haben bereits gesehen, daß sie den größten Einfluß zu jener Zeit besaßen, als die mittleren Gesellschaftsschichten, also der niedere Adel und die Kaufmannschaft, die relativ größte Bedeutung besaßen. Diese Schichten waren es denn auch, die, unterstützt von der Geistlichkeit, im Landestag die größte Rolle spielten.

Mit der Thronbesteigung der neuen Dynastie der Romanows ging ein beträchtlicher Teil der Forderungen der mittleren gesellschaftlichen Schichten in Erfüllung: die Bauern wurden völlig an die Scholle gefesselt und der Gewalt des Adels überlassen; die Privilegien der Bojaren im Staatsdienst und ihr Übergewicht über den niederen Adel verloren immer mehr an Bedeutung; schließlich war auch im Innern des Landes Ruhe eingekehrt, die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelten sich ungestört und sicherten den Kaufleuten und Grundbesitzern ihre Gewinne.

Die mittleren gesellschaftlichen Schichten, namentlich der niedere Adel, übten jetzt auch ohne Landestag einen beträchtlichen Einfluß auf die Regierung aus. Der niedere Adel bekleidete hohe Stellen im Verwaltungs- und Heeresdienst. Die Kaufmannschaft war durch eine Reihe wirtschafter Interessen an den Staat geknüpft, schon allein durch ihren tätigen und unmittelbaren Anteil an der Finanzverwaltung. Im Grunde genommen hatten es also diese mittleren Schichten der Gesellschaft nicht nötig, wenigstens nicht vom Gesichtspunkt ihrer nächsten Interessen aus, mit dem Zaren in einen Kampf um die konstitutionelle Verfassung zu treten. Zu einem Kampf um das konstitutionelle Prinzip war der niedere Adel auch nicht vorbereitet. Selbst in den „wirren Zeiten“ zu Beginn des 17. Jahrhunderts hatten die ziemlich kräftigen konstitutionellen Bestrebungen keine ausgeprägten Formen angenommen; sie drückten damals nichts anderes aus, als die Augenblicksinteressen der verschiedenen Gesellschaftsschichten,

die in den Verhandlungen mit den einzelnen Herrschern Vorteile für sich erringen wollten. Überdies erschwerten auch objektive Ursachen den Kampf. Das moskowitische Reich war von ungeheurer Ausdehnung, und die Durchführung einer weitläufigen politischen Aktion war dadurch mit großen Schwierigkeiten verknüpft. In außerordentlichen Zeitläuften überwand man sie, trat aber nach langjährigen Unruhen und chaotischen Zuständen der Friede ein, so dachte man nur unwillig an neuen Kampf.

Der Verfall der Bojarenduma findet seine Erklärung in erster Reihe in der unleugbaren Tatsache, daß die Aristokratie damals, sowohl von den Zaren, als auch von den mittleren Gesellschaftsschichten angegriffen, verfiel. Nach Roschkow spielte die ökonomische Krise, die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im moskowitischen Reiche herrschte und viele Magnaten ruinierte, in diesem Prozeß eine bedeutsame Rolle. Der gleiche Historiker erklärt den endlichen Sieg und die Festigung der Selbstherrschaft in Rußland damit, daß in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein großer Marktverkehr auf dem Boden der Geldwirtschaft in Rußland entstanden sei. Gerade dieser Umstand war die Veranlassung zu der oben erwähnten Wirtschaftskrise, der gleiche Grund gab aber auch den Anstoß zu der zentralistischen Richtung des Staates.

Es ist allerdings richtig, und in diesem Falle ist es Roschkow auch gelungen, seine Behauptung zu beweisen, daß Rußland beim Übergang zur Geldwirtschaft sofort einen großen Markt besaß, was sonst in keinem andern Lande der Fall war; ich glaube jedoch nicht, daß diese Tatsache bei der Festigung und Entwicklung des Absolutismus von entscheidender Bedeutung gewesen ist.

In einer bestimmten Epoche führt die Geldwirtschaft namentlich dort zu einer Zentralisation der Staatsgewalt, wo die wirtschaftlich-kulturellen und nationalen Bedingungen überall gleichartig sind; die Geldwirtschaft führt auch eine Stärkung der Zentralgewalt herbei. Wo aber bestimmte soziale Schichten schon vorher der monarchischen Gewalt gegenüber eine starke politische Position gewonnen haben, führt die Geldwirtschaft nicht immer zum Absolutismus. In England, in Ungarn, in Polen rief die

Geldwirtschaft keinen Absolutismus hervor. Wenn also im moskowitischen Reich ein stärkerer Absolutismus der Zaren Platz griff, als in irgendeinem anderen Staate, so mußten noch andere Faktoren zu dieser Tatsache beitragen. Welcher Art diese Faktoren waren, sahen wir bereits.

Der russische niedere Adel setzte sich aus zwei Elementen zusammen: dem im Staatsdienst stehenden Adel und dem grundbesitzenden. Die historischen Bedingungen im moskowitischen Reich hatten bewirkt, daß der erstere mächtiger wurde als der letztere. Diese Erscheinung ist von großer Bedeutung und erklärt die auf den ersten Blick sonderbare Tatsache, daß es dem Adel nicht gelang, den schon bestehenden Landestag für seine Zwecke auszunützen.

In der weiteren historischen Entwicklung des russischen Volkes spielten diese Umstände eine große Rolle und waren einer der Hauptgründe für den starken Absolutismus.

Wollen wir die sozialen und politischen Verhältnisse im moskowitischen Reich völlig begreifen, so müssen wir auch einen Blick auf das Verhältnis der orthodoxen Kirche zur Regierung werfen. Dieses Verhältnis ist in der ganzen Geschichte Rußlands von so großer Wichtigkeit, daß wir es hier nicht umgehen können. Die orthodoxe Kirche war seit ihrem Beginn in Rußland der weltlichen Macht in hohem Grade untertan, ein Zustand, der völlig den Verhältnissen in Byzanz entsprach und mit der Theorie der orthodoxen Kirche selbst im Einklang stand. Daher beobachten wir auch weder in Rotrußland zur Zeit der Einzelfürsten, noch im moskowitischen Reich jenen Kampf zwischen den zwei Herrschaftsgewalten, der im Westen tobte. Die orthodoxe russische Kirche besaß keinen mächtigen Beschützer außerhalb der Landesgrenzen, im Gegensatz zur katholischen Kirche in den einzelnen Ländern, die ihren Stützpunkt in Rom hatte. Der orthodoxen Kirche fehlte es daher auch an Selbständigkeit in ihren Beziehungen zu den Herrschern, sie mußte sich vielmehr ihnen anpassen. Der Fall Konstantinopels und seine Besetzung durch die Türken trug noch mehr dazu bei, die Machtstellung des moskowitischen Staates der orthodoxen Kirche gegenüber zu festigen, waren doch von diesem Zeitpunkt an die Großfürsten von Moskau

und die Zaren die einzigen unabhängigen und starken orthodoxen Herrscher.

Die höhere orthodoxe Geistlichkeit besaß tatsächlich einen gewissen Einfluß, doch war er bis zum 17. Jahrhundert nicht von Bedeutung. Erst in der Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts und unter den beiden ersten Romanows wuchs die Bedeutung der orthodoxen Kirche im Staate, gerade weil die Zarengewalt damals geschwächt war. Das ganz ausnahmsweise Verhältnis zwischen dem Zaren Michail und dem orthodoxen Patriarchen Philaret festigte diese Bedeutung noch mehr[1]).

Unter Alexei (1645—1676), dem Sohne Michails und zweiten Zaren aus der Dynastie Romanow, entwickelte sich in der orthodoxen Kirche noch mächtiger die Tendenz, völlige Unabhängigkeit von der weltlichen Macht zu erringen, ja selbst das Übergewicht über sie zu erlangen. Träger dieser Bestrebungen war der Patriarch Nikon. Aber gerade zu dieser Zeit hatte die monarchische Gewalt, die sich auf die mittleren Volksschichten stützte, nicht nur ihre frühere Machtstellung wiedererlangt, sondern sie noch bedeutend verstärkt. Nikon erreichte sein Ziel nicht. Unter Peter dem Großen wurde dann die Patriarchenwürde abgeschafft und die Institution des Heiligen Synods geschaffen, in dem die höhere Geistlichkeit Sitz und Stimme hatte.

So ging in Rußland die monarchische Gewalt aus dem Kampf mit der Kirche siegreich hervor. Die Geistlichkeit unterschied sich nicht mehr von den Beamten: sie diente in erster Reihe dem Staat in der Person des Monarchen, und in zweiter Reihe der Bureaukratie, die der Staat geschaffen hatte.

Die offizielle Kirche vermochte jedoch nicht die ungeteilte Herrschaft über das religiöse Bedürfnis des russischen Volkes zu erlangen. Schon im 15. Jahrhundert bildeten sich Sekten, die aber in der Gesellschaft nicht recht Boden faßten.

Im 17. Jahrhundert unternahm die orthodoxe Geistlichkeit eine Revision der theologischen, in Rußland herausgegebenen Bücher; die Texte wurden mit den griechischen Originalen verglichen, woraus sich die Notwendigkeit ergab, in den Zeremonien

1) Bekanntlich war Philaret der Vater Michails und wurde nach dessen Thronbesteigung Patriarch.

der Kirche gewisse Änderungen vorzunehmen. Ein Teil der Gläubigen wollte sich diesen Änderungen nicht fügen und beharrte bei den alten Gebräuchen. So entstand eine eigene Gruppe, der sogenannte „Raskol".

Unabhängig von dieser Gruppe begann in Rußland unter dem Volke eine rationalistische Bewegung in Anlehnung an die religiöse Vorstellungswelt; auch sie führte zu immer zahlreicheren Sekten.

Da ich hier nicht auf die einzelnen Doktrinen dieser Sekten eingehen kann, bemerke ich nur, daß die meisten bemüht waren, ein asketisches Element in das Leben der Gläubigen einzuführen; andere wieder kämpften gegen die Geistlichkeit und die Art, wie verschiedene Sakramente, z. B. das der Ehe, gespendet wurden. Es gab Sekten, die in ihrer Opposition gegen die Autorität so weit gingen, daß sie den Zaren Peter den Großen, das Haupt der offiziellen Kirche, als den Antichrist und Urheber des Bösen ansahen. Die Regierung begann jetzt gegen die kirchliche Sondergruppe und gegen die rationellen Sekten zu Repressalien zu greifen. Düstere Dramen spielten sich in jener Zeit der religiösen Verfolgungen ab; es kam vor, daß die Bekenner bestimmter Sekten sich in größerer Anzahl in ihren Häusern einschlossen, sie dann selbst in Brand steckten und in den Flammen untergingen.

Die Lage des Volkes wurde gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts immer drückender. Die wachsenden Bedürfnisse des Staates heischten große Opfer an Menschen und Geld; all das machte sich bei den Massen der bäuerlichen Bevölkerung in immer höherem Maße fühlbar.

Peter der Große führte seine Reformen auf Kosten des Volkes durch, dem ungeheure Lasten auferlegt wurden; namentlich die Bauern gerieten in eine verzweifelte Lage. Selbst die privaten Leibeigenen auf den Gütern großer Grundbesitzer waren außerdem noch zu Leistungen an den Staat verpflichtet, sie mußten Heerdienst tun und verschiedene schwere Arbeiten verrichten.

Noch unter dem Zaren Alexei Michajlowitsch brach der bekannte Bauern- und Kosakenaufstand unter Stenka Razin aus.

Die Empörung richtete sich damals gegen den Adel, die Magnaten und die Beamten, aber nicht gegen den Zaren. Die Bewegung war kurze Zeit hindurch von größerem Umfang, wurde aber verhältnismäßig rasch und blutig unterdrückt. Doch blieb eine ständige, starke Unzufriedenheit in den Massen bestehen, die verschiedene Formen annahm.

Diese Unzufriedenheit zeitigte größere und kleinere Aufstände und trat auch in der Bildung religiöser Sekten zutage. Ebenso flüchteten immer mehr Menschen von ihrem Wohnort in die Wälder und Steppen an den Grenzen des Reiches. Der russische Bauer war zwar an die Scholle gefesselt, aber er rettete sich gern durch die Flucht vor seinem Herrn, vor den Steuern und vor der Kriegspflicht. Die riesige Ausdehnung des russischen Reiches, die ungeheuren sibirischen Ebenen, die großen Wälder kamen dieser Bewegung zugute. Die tatkräftigsten Elemente der Bauernschaft gewannen so faktisch ihre Freiheit, da die Regierung kaum fähig war, sie einer Kontrolle zu unterwerfen. Diese Tatsache hatte für die soziale und politische Entwicklung Rußlands eine ungeheure Bedeutung. Hätten diese unternehmungsfreudigen und tatkräftigen Elemente dem gesellschaftlichen staatlichen Leben in Rußland nicht den Rücken gewandt, wären sie, statt entfernte und öde Strecken zu kolonisieren, in ihrer engeren Heimat geblieben und hätten sie sich an die Spitze der Massen gestellt, so hätten sie dem Kampfe der Massen gegen den bestehenden Zustand viel Kraft verliehen und hätten ihn entsprechend organisiert.

Gerade diese Umstände bewirkten eine gewisse Auslese zugunsten der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse, da die relativ schwachen, passiven Elemente im Lande an Ort und Stelle verblieben, während die energischen, tatkräftigen in die Ferne schweiften.

Die Reformen, die Peter der Große durchführte, waren sehr einseitig und hatten einen, ich möchte sagen ausschließlich technisch-militärisch-bureaukratischen Charakter. Peter dem Großen war es in erster Reihe um die Erstarkung der Staatsgewalt zu tun. Um diesen Zweck zu erreichen, brauchte er den Zugang zum Meer und eine nach europäischem Muster organisierte Militär-

macht zu Wasser und zu Lande; wichtig war für seine Zwecke auch ein geschultes Handwerk und die Verbreitung technischen Wissens usw. Ein starker Staat brauchte auch gute Verkehrsmittel, also Städte, die als Vorratskammern dienen konnten, Festungen und schließlich eine gewandte und energische Beamtenschaft.

Die ganze Tätigkeit Peters des Großen, die der Ausdruck der wachsenden Bedürfnisse eines großen zentralisierten Staates war, bewegte sich in dieser Richtung.

Rußland machte unter ihm in der Tat als Staatswesen in militärischer und administrativer Beziehung große Fortschritte. Der Absolutismus wurde gestärkt und erhielt nicht nur organisatorische Stützen, sondern auch moralischen Halt. Die Tatsache, daß der Zar in eigener Person es war, der die Bedürfnisse des Staates begriff und sie in ausgedehnterem Maße befriedigen konnte, hob die monarchische Gewalt auf eine vorher unbekannte Höhe und umgab sie mit neuem Glanz; selbst die wenigen kritischen Köpfe gaben sich unter diesem Eindrucke der Hoffnung hin, die monarchische Gewalt werde allein, ohne andere Hilfe, die Gesellschaft auf eine höhere Stufe heben können.

Die Reformen Peters verfolgten zwar nur praktisch-staatliche Zwecke; aber zu ihrer Durchführung war eine gewisse Anzahl technisch gebildeter Leute notwendig. Sie brachten Rußland mit anderen Staaten in Berührung, von denen es lernen mußte, und schon diese Tatsachen allein eröffneten neuen politischen und sozialen Gedankenströmungen Westeuropas den Zugang in die russische Gesellschaft. Einzelne Kreise und Schichten begannen sich ihrer Interessen bewußt zu werden.

Innerhalb der Gesellschaft allerdings stieß das Reformwerk Peters auf starken Widerspruch, aber da es den Interessen des Staates entsprach und ein Ausfluß von Lebensnotwendigkeiten war, hörte es mit seinem Tode nicht auf, sondern erfuhr in mancher Beziehung sogar noch eine Weiterbildung.

Im Jahre 1730, nach dem Tode seines Enkels Peter II., entstand jedoch im Kreise der höchsten russischen Aristokraten der Gedanke, die Zarenmacht zu beschränken.

Der Höchste Geheime Rat, der die obersten Würdenträger und Räte des Herrschers umschloß, faßte unter dem Einfluß des Fürsten

Dmitrij Golizyn, der selbst zum russischen Hochadel gehörte, den kühnen Plan, die kurländische Fürstin Anna, die Tochter Iwans und Schwester Peters, zur Kaiserin zu proklamieren und ihr gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen, die ihre Macht beschränken sollten.

Die Institution zur Einschränkung der kaiserlichen Gewalt sollte in erster Linie der Höchste Geheime Rat sein. Ich sage in erster Linie, da der Fürst Golizyn sich mit dem Gedanken trug, auch noch andere Körperschaften zu bilden, die den niederen Adel und die Kaufmannschaft vertreten sollten. Doch hätten er und seine Gefährten, die Fürsten Dolgurukij, sich für den Anfang mit dem Geheimen Rat allein begnügt, da sie der Ansicht waren, alles Weitere würde sich nach einem ersten Erfolg leichter erringen lassen.

Der russische niedere Adel, der dem Staat im Heerwesen und in der Beamtenschaft diente, verhielt sich diesem Plan der hohen Aristokratie gegenüber mißtrauisch; ein Teil zog sogar den Absolutismus dem aristokratischen Regime vor. Ein anderer Teil wieder war allerdings für eine Begrenzung der monarchischen Gewalt, wollte aber auch selber unmittelbare Vorteile davontragen. Mit anderen Worten: dieser Teil des niederen Adels forderte eine auf breiterer Basis angelegte repräsentative Körperschaft.

Fürst Golizyn, Dolgorukij und andere waren nicht abgeneigt, dem niederen Adel gewisse Zugeständnisse zu machen; sie wollten zwar sowohl ihm als auch der Kaufmannschaft eine Repräsentativverfassung geben, aber doch dem engeren Kreis des Höchsten Geheimen Rats den entscheidenden Einfluß wahren.

Das Ergebnis war ein Kampf zwischen der fortschrittlichen höheren Aristokratie und dem dienenden niederen Adel.

Unterdessen unterschrieb Anna Iwanowna in Mitau das ihr vorgelegte Schriftstück. Sie verpflichtete sich damit, ohne Einwilligung des Höchsten Geheimen Rats weder Krieg zu führen, noch Frieden zu schließen, keine neuen Steuern aufzuerlegen, weder im Zivildienst noch in der Armee zu Wasser und zu Lande ohne Hinzuziehung des Höchsten Geheimen Rats Stellen zu besetzen, vom Oberstenrang aufwärts; ohne Einwilligung des Rats keinen Grundbesitz für besondere, dem Staate geleistete

Dienste zu verleihen, noch Grund und Boden als völligen Besitz zu vergeben; weder Bauern, noch Ausländer zum Hofdienst heranzuziehen; keine staatlichen Ausgaben aus den Einnahmen zu machen. Die Garde und andere Regimenter sollten dem Höchsten Geheimen Rat unterstehen. Schließlich mußte die Kaiserin sich noch verpflichten, ihren Untertanen eine gnädige Herrscherin zu sein. Bei Nichteinhaltung all dieser Punkte sollte sie den Thron verlieren.

Der Kampf zwischen der hohen Aristokratie und dem niederen Adel spitzte sich immer mehr zu. Anna Iwanowna kam endlich nach Moskau. Die reaktionären Elemente bekamen inzwischen die Oberhand und überreichten der Kaiserin eine Adresse mit der Bitte, zur Selbstherrschaft zurückzukehren und dem niederen Adel einige Erleichterungen zuteil werden zu lassen. In der Adresse war sogar von einer Art Vertretung für diesen die Rede, ohne daß die Kompetenz einer solchen Vertretung genauer abgegrenzt worden wäre.

Die fortschrittliche Aristokratie hatte das Spiel verloren und mußte schwer büßen. Die Selbstherrschaft feierte einen neuen Triumph.

Wäre es damals gelungen, der absolutistischen Macht einen ersten Stoß zu versetzen, so wären die Folgen wahrscheinlich bedeutungsvoll gewesen, und es hätte zu weiteren Schritten kommen können. Aber es kam anders.

Der Absolutismus erreichte nach diesem Siege den höchsten Gipfel der Willkür. Das Regime von Annas Günstling Biron war furchtbar.

Die monarchische Gewalt blieb unbeschränkt, geriet aber tatsächlich in die Abhängigkeit ihrer nächsten Umgebung. Vom Tode der Kaiserin Anna (1740) bis zur Thronbesteigung Katharinas (1762) mit einer einzigen Unterbrechung während der Regierung von Peters des Großen Tochter Elisabeth waren Palastrevolutionen an der Tagesordnung.

Die Staatsmacht entwickelte sich, die Regierungstechnik vervollkommnete sich und das Ergebnis war, daß das Übergewicht des Staates über die Gesellschaft wuchs.

In ihren höchsten Schichten begann die russische Gesell-

schaft westeuropäischen Einflüssen zugänglich zu werden. Die Aufklärung drang immer stärker in Rußland ein. Höhere wissenschaftliche Anstalten wurden gegründet, eine literarische Bewegung begann.

Diese aufgeklärten Schichten bildeten jedoch nur kleine Oasen in einer Wüste von Unwissenheit und Rückständigkeit.

Die Bedürfnisse des niederen Adels wuchsen, und dadurch nahm auch der Druck zu, den er auf das Volk ausübte. Der Abgrund vertiefte sich, der das Volk nicht nur von den höheren Klassen, sondern auch von den mittleren Gesellschaftsschichten trennte.

Mit einem Ukas vom 18. Februar 1762 wurde der niedere Adel vom Zwange des Staatsdienstes befreit und war nun ein privilegierter Stand. Damit hörte der Unterschied zwischen dem Grundbesitz des hohen und des niederen Adels, zwischen den sogenannten „Wotschiny“ und „Pomiestje“ auf.

Dieser Ukas blieb auch nicht ohne Einfluß auf das Schicksal eines ungeheuren Teiles der Bauernschaft; seitdem nämlich der niedere Adel Grund und Bauern als Eigentum, nicht mehr als Entgelt für dem Staate geleistete Dienste (Lehen) besaß, war das Band zwischen Regierung und Bauern nicht nur tatsächlich, sondern auch rechtlich gelöst. So verbot denn auch schon ein Ukas von 1767 den leibeigenen Bauern, die auf privatem Grund und Boden saßen, sich über schlechte Behandlung seitens ihrer Herren selbst bei den niedrigeren Instanzen zu beschweren.

Der große Aufstand unter Pugatschew, der die Volksmassen in vielen Gouvernements in Bewegung setzte, war der Ausdruck eines Protestes der Kosaken, Soldaten und Bauern gegen den Druck der Kosakenältesten und des niederen Adels. Die Massen verlangten Land und Freiheit, zwei traditionelle Forderungen der Bauernbewegungen in Rußland. Der Aufstand erreichte sein Ziel nicht und wurde mit furchtbarer Grausamkeit und unter Aufwendung bedeutender Machtmittel unterdrückt.

Der niedere Adel hatte unterdessen unter Katharina II. eine völlig korporative Organisation und gewisse Privilegien errungen, die freilich den Absolutismus gar nicht berührten, aber ihm die Möglichkeit gaben, innere Standesangelegenheiten in einzelnen

Teilen des Reiches korporativ zu ordnen. Ebenso konnte der niedere Adel jetzt der Regierung oder der Person des Herrschers gemeinsame Bedürfnisse eines Bezirks, also etwa eines Gouvernements, in gemeinsamer Petition vortragen.

Unter Katharina II. gestaltete sich das soziale Leben in Rußland lebhafter. Zu Beginn ihrer Regierung berief die Kaiserin eine Kommission, die aus den Vertretern der verschiedenen Stände mit Ausnahme der in Privatbesitz befindlichen Leibeigenen bestand und deren Aufgabe es war, die Bedürfnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu formulieren. Die Arbeit der Kommission verlief allerdings fast ergebnislos; sie brachte nur eine Bestätigung des furchtbaren in Rußland herrschenden Zustandes. Die Delegierten aus der Provinz wiesen nach, daß die Provinzgerichte überhaupt nicht oder sehr schlecht funktionierten. Eine regelmäßige Verwaltung fehlte; statt dessen herrschte Regellosigkeit und die Willkür der Beamten, so daß mitunter selbst die primitivsten Sicherheitsbedürfnisse der niedrigsten Kultur unbefriedigt blieben.

Die fortschrittlichen Bestrebungen in der Kommission waren sehr schwach und zaghaft. Überdies wurden die Arbeiten der Kommission durch den Krieg Rußlands mit der Türkei unterbrochen, und so blieb im allgemeinen alles beim alten. Die Regierung Katharinas II. erinnert in mancher Beziehung an die Zeiten Peters des Großen; wie damals wuchs die Macht Rußlands um bedeutend und wie damals trugen die Reformen einen vorwiegend äußerlichen Charakter.

Gegen Ende ihrer Regierung gab es jedoch in Rußland schon einige soziale Gruppen, die sich über die Schattenseiten des russischen Lebens völlig klar waren und tiefergehende Veränderungen wünschten. Sie entstanden unter dem Einfluß westeuropäischer Strömungen. Von ihren Ansichten und Bestrebungen soll noch die Rede sein.

* * *

Dies ist in allgemeinen Zügen die Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse in Rußland bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Die charakteristischen Merkmale dieser Entwick-

lung sind: eine übermäßige Staatsgewalt, die der Gesellschaft gegenübersteht. Oder, besser gesagt: ein übermäßiger Absolutismus der monarchischen Gewalt ruht schwerer als sonstwo auf dem Lande; dazu kommt eine entsetzliche Unfreiheit des Volkes und ein Mangel an starken selbständigen sozialen Verbänden, d. h. ständischen oder territorialen Organisationen. Der russische Absolutismus wurde gerade deswegen so stark, weil er nicht traditionellen organisierten gesellschaftlichen Kräfte gegenüber stand.

Wenn auch in Frankreich vor der großen Revolution von 1789 Absolutismus herrschte, so war er doch tatsächlich nicht entfernt so stark und rücksichtslos wie in Rußland. Vereinzelte Provinzen besaßen ihre Generalstände, welche die Macht des Königs einschränkten; auch hatte Frankreich juristische Organisationen — Parlamente, die sich aus Beamten zusammensetzten. Ihre Plätze waren ihnen durch Erbfolge gesichert, was ihnen eine gewisse Unabhängigkeit von der Regierung verlieh; mehr als einmal widersetzten sich die Parlamente der Registrierung bestimmter königlicher Befehle und besaßen so einen gewissen Einfluß. Endlich existierte der völlige Absolutismus in Frankreich nicht lange, keine vollen 200 Jahre.

In Spanien war der Absolutismus im 18. Jahrhundert sehr mächtig und zerstörte die alten berühmten Freiheiten der Stände und Provinzen; aber auch dort war er wenigstens durch die Traditionen einer mächtigen Aristokratie gemäßigt, die eine ziemliche Bedeutung behielt und ein starkes Standesgefühl besaß. Schließlich standen zwischen dem Individuum und dem Staat die Provinzen, von denen jede ihre gesonderte soziale und politische Physiognomie hatte und von einer Bevölkerung bewohnt war, die dem absolutistisch-bureaukratischen Staat das Gefühl einer inneren Solidarität entgegenstellte. Übrigens währte auch in Spanien der Absolutismus nicht so lange wie in Rußland.

Was hier von dem Absolutismus in Frankreich und Spanien gesagt ist, gilt auch in stärkerem oder geringerem Maße für die anderen absolutistischen Staaten Westeuropas gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Man darf daher die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der Absolutismus nirgends so stark war wie in Rußland.

Das russische Reich umfaßte gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts Provinzen, die von verschiedenen Völkern und Stämmen bewohnt waren. Dieser Umstand war wieder ein Vorteil für den Absolutismus, konnte er doch so die einen gegen die anderen ausspielen.

Die Leibeigenschaft nahm in Rußland die ungeheuerlichsten Formen an; unstreitig war die Lage der auf privatem Grundbesitz ansässigen Bauern noch ungünstiger als in Polen, wo es der Bauernschaft gleichfalls sehr schlecht ging, von anderen europäischen Staaten wie England, Frankreich und selbst einigen deutschen Staaten ganz abgesehen.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war der leibeigene Bauer in Rußland, der einem Privatherrn gehörte, diesem auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Daneben hatte er noch Verpflichtungen gegen den Staat und mußte Kriegsdienst leisten, der wieder in Rußland schwerer war als irgend sonst wo.

Die übrigen gesellschaftlichen Gruppen in Rußland besaßen keine freiheitlichen Traditionen; die alten Zeiten der Einzelfürsten mit der Einrichtung der Volksversammlung waren nicht nur dem Bewußtsein der Massen entschwunden, auch die mittleren und höheren Schichten hatten keine Erinnerung mehr an jene Zeiten. Der Landtag war nur ein undeutliches und schwaches Zeichen gewesen, um so mehr, als diese Institution nicht festen Boden hatte fassen können.

Der Despotismus, der in Rußland überall herrschte, von den höchsten bis zu den niedrigsten Machthabern hinab, hatte eine furchtbare Willkür zur Folge. Die Mächtigen und Starken bedrückten in grausamer Weise die Armen uud Schwachen. Lange Zeit waren selbst Mitglieder der höheren Schichten nicht vor Strafen sicher, die wie die Züchtigung mit der Knute die Würde des Menschen verletzen.

Die Folter wurde überall angewandt, die Sitten waren von barbarischer Roheit, das Leben des einzelnen war fast wertlos.

In der Zeit der Palastrevolutionen behandelte die siegreiche Hofpartei, der es gelungen war, ihren Kandidaten auf den Thron zu bringen, ihre Gegner, die Mitglieder der anderen Gruppe, in der Regel mit raffinierter Grausamkeit.

Unter diesen Bedingungen konnte ein Gefühl von Menschen- und Bürgerwürde in der Gesellschaft nicht entstehen. Der stolze Magnat, der staatliche Würdenträger, der seine Bauern und Untergebenen drückte, der überhaupt alle Menschen verachtete, die einen niedrigeren Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie innehatten, als er selbst, beugte seinen Nacken und erniedrigte sich vor seinem Kollegen, der vielleicht mehr Einfluß bei Hofe hatte als er selbst.

Das Dasein einzelner und ganzer Geschlechter hatte so in Rußland nur einen vorübergehenden und zufälligen Charakter. Von der alten russischen Aristokratie hatte sich kaum mehr als ein Dutzend alter einflußreicher Fürstengeschlechter erhalten. Der jüngere Adel entstand rasch und verfiel ebenso rasch. Ein glücklicher Wurf brachte oft einfache Leute, wenn sie Hofämter bekleideten, zu den höchsten Ehren und Reichtum. Sie scharrten in kurzer Zeit ungeheuer viel Reichtümer zusammen und legten den Grundstein zu neuen Magnatengeschlechtern, die aber bald wieder verfielen. Oft war in der dritten oder vierten Generation nichts mehr von der alten Macht übrig.

Und doch zeigten sich schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Keime einer späteren oppositionellen und revolutionären Bewegung.

Rußland und das russische Volk entwickelten sich in vielen Beziehungen anders als die anderen europäischen Staaten und Völker. Aber auch im russischen Volk traten Tendenzen zutage, wie wir sie in anderen Ländern finden. Nur der Grad und die Stärke dieser Tendenzen war verschieden.

Nirgends im Westen traf die freiheitliche Bewegung auf solche Hindernisse wie in Rußland und doch mußte sie hier mit der gleichen Notwendigkeit entstehen und sich entwickeln wie dort, denn sie entsprang den gleichen Ursachen.

Erster Teil.

Von den ersten Anfängen sozialer und politischer Kritik gegen Ende des 18. Jahrhunderts und der Verschwörung der Dekabristen bis zu dem Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen, zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Erstes Kapitel.

Die ersten Anfänge sozialer und politischer Kritik gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

I.

Die großen philosophischen, sozialen und politischen Ideen des 18. Jahrhunderts gewannen unter der Regierung Katharinas II. in Rußland nicht wenig Anhänger; doch war die Kluft zwischen den Lehren der Aufklärungsphilosophie einerseits und der Wirklichkeit des russischen Lebens anderseits allzu groß. So konnte denn zu jener Zeit noch nicht eine große Schar von Männern entstehen, die sich die Theorien, die damals in Westeuropa herrschten, völlig aneignen und ihnen ständig hätten dienen können. Die Gedanken Voltaires, der Enzyklopädisten und anderer Schriftsteller der „Aufklärung" nahmen denn auch nur vorübergehend, namentlich während der ersten Periode Katharinas II. den Sinn der gebildeten Russen gefangen, um bald anderen Strömungen Platz zu machen. Milukow bemerkt sehr richtig, daß häufig dieselben Menschen, die in ihrer Jugend den damaligen radikalen französischen Strömungen huldigten, sich später von ihnen abwandten und Freimaurer wurden. In der Tat mußte es auch Elemente geben, die zu der alten, von den Vätern ererbten Weltanschauung zurückkehrten. Wir wollen sie hier nicht weiter berücksichtigen, da wir uns nur mit jenem Teil der damaligen russischen Gesellschaft beschäftigen, der die fortschrittliche Bewegung ins Leben rief.

Das Freimaurertum hatte auch schon vor der Regierung Katharinas II. in Rußland existiert, aber es war bis dahin eine bloße Mode gewesen und hatte keinen wichtigen Einfluß auf

die Gesellschaft ausgeübt. Die Lehren der Freimaurer bildeten eine Vermittlung zwischen der alten und der neuesten Weltanschauung, deren Wortführer die französischen Enzyklopädisten waren. Brach doch das Freimaurertum nicht mit der christlichen Weltanschauung, sondern stützte sich im Gegenteil auf das Christentum, aus dem es ethische Anschauungen schöpfte, um sie dann auf seine Weise zu verwerten.

Die Freimaurer strebten keine sozialen und politischen Reformen an: die Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit erblickten sie in der inneren Vervollkommnung des einzelnen Menschen. Sie konnten daher nur mittelbar zu gewissen Veränderungen staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen beitragen: indem sie die Standesvorurteile und den religiösen oder nationalen Fanatismus bekämpften, sich gegen die Grausamkeiten des Krieges aussprachen und die Entwicklung altruistischer Gefühle förderten. Schließlich war auch ihre philanthropische Wirksamkeit von Bedeutung.

Das Freimaurertum hatte nach Milukows Ansicht eine gewisse Verwandtschaft mit den Ideen, die heute Tolstoi vertritt. Es forderte weder einen harten Kampf mit der politischen und sozialen Umgebung, noch trat es in scharfer Weise gegen Gewohnheiten auf, die von den Vorfahren übernommen waren. Dagegen gab es jenen Bestrebungen Form, die eine Veredelung des Lebens und die Entwicklung des Individuums anstrebten; außerdem hatte es eine organisatorische Bedeutung, da es gewisse gesellschaftliche Kräfte zusammenschweißte.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts existierten unter den Freimaurern Europas mehrere Strömungen: in Deutschland hatte die Bewegung einen mystischen Charakter, in Frankreich spielten dagegen mehr die äußeren Zeremonien und eine komplizierte Hierarchie eine Rolle. Manchmal diente das Freimaurertum auch als Maske bei Intrigen in Regierungskreisen oder bei politischen Aktionen.

In Rußland lag die Bedeutung des Freimaurertums vorwiegend in der ethischen und organisatorischen Betätigung. In den Freimaurerlogen fanden sich hier unabhängige Leute zusammen, unter denen eine gewisse brüderliche Stimmung entstand, so daß sie nun eher Einfluß auf die Allgemeinheit ge-

winnen konnten. Gerade in dieser Hinsicht war die Bedeutung des Freimaurertums in Rußland groß. Unter Katharina II. gewann die Bewegung dank der hinzuströmenden Jugend aus den verschiedenen Bildungsanstalten noch an Umfang.

Im Jahre 1775 trat einer der Petersburger Freimaurergesellschaften, in welcher der Mystizismus nicht gern gesehen wurde, der Literat Nowikow bei. Er besaß eine ungeheure Energie und war von dem Gedanken beseelt, ethische Kulturarbeit zu leisten. Von einer kleinen Gruppe von Jünglingen unterstützt, gründete er 1777 in der Hauptstadt zwei Schulen für den Mittelstand. Die Mittel zu seinem Unternehmen mußte ihm eine Zeitschrift bringen, „Das Morgenrot" (Utrennij Swiet), die er gleichzeitig gründete. In dieser Zeitschrift, die eine moralisierende Richtung hatte, veröffentlichte Nowikow in erster Reihe Übersetzungen. Das Blatt hatte in der Hauptstadt Abonnenten, aber auch einige Dutzend Leser außerhalb Petersburgs, was den Herausgeber in den Stand setzte, Beziehungen mit der Provinz anzuknüpfen.

Katharina II. war dem Freimaurertum nicht gewogen, sie unterstützte daher auch Nowikows Tätigkeit nicht. Dieser entschloß sich schon nach kurzer Zeit, von Petersburg nach Moskau überzusiedeln, da die Hauptstadt seinen Bestrebungen nicht günstig war. Die Anwesenheit des Hofes hatte in der Gesellschaft eine spezifische Stimmung zur Folge: ein fortwährendes Ringen um Einfluß und Beförderung, Intrigen usw. Das alles störte die ruhige Arbeit, die Versenkung in das eigene Gefühls- und Gedankenleben, die innere Vervollkommnung, das Streben nach größerer Sittenreinheit usw.

Im Jahre 1779 siedelte Nowikow in das uralte Moskau über, wo er die Universitätsdruckerei pachtete; er begann jetzt eine Verlagstätigkeit großen Stils, von der er von jeher geträumt hatte.

Den Titel seiner Zeitschrift änderte er 1781: sie hieß nun „Moskauer Ausgabe" (Moskowskoje Izdanie). In dem ersten einleitenden Artikel dieses neuen Organs erklärte er, sein Ziel sei der Kampf gegen die Leute, die mit großen Fähigkeiten begabt und mit weltlichem Wissen und weltlicher Erziehung ausgestattet, in ihrer Blindheit und Hoffart Gottes Gebote mit

Füßen treten und verhöhnen. Die Anspielung auf Katharina II. war klar. Aber Nowikow blieb nicht bei dieser ethisch-christlichen Kritik stehen, sondern ging noch weiter. Er polemisierte z. B. gegen den Eroberungskrieg, was einer Kritik der äußeren Politik der Kaiserin gleichkam. Nicht Ruhmgier und der Ehrgeiz dürfen die Veranlassung zum Kriege sein, predigte Nowikow, sondern die Liebe zum Vaterland und das Wohl der Allgemeinheit; der Krieg, soweit er nicht Verteidigungskrieg ist, bedeutet nur Blutvergießen und weckt deshalb Entsetzen. Die schrecklichsten und größten Aufstände haben in nichts anderem ihre Quelle, als in der Willkür und Grausamkeit der Herrscher. Der Herrscher darf nicht von Leidenschaften abhängig sein. Von zwei Übeln, die den Staat treffen können, ist das kleinere ein fauler Monarch, das größere ein tätiger, aber leidenschaftlicher. Der untätige Regent kann einen guten Minister haben, dann bringt seine Faulheit dem Volke noch Nutzen; dagegen handelt der leidenschaftliche Monarch nach dem Willen seiner Geliebten. Gibt sich der Herrscher einmal der Liebe hin, so entdecken bald auch die Minister, die Günstlinge und Hofleute ihre zärtlichen Herzen. Ihre Geliebten verbinden sich untereinander, verteilen Belohnungen nach Gutdünken und lenken die Angelegenheiten des Staates, wie es ihnen gefällt. Übrigens, fügt Nowikow hinzu, ist es auch schon vorgekommen, daß ein solches Regime unter Monarchen einriß, die zu Beginn ihrer Regierung große Hoffnungen weckten. Die letzte Bemerkung war ein deutlicher Hinweis auf Katharina II.

Neben Nowikow trat bald als zweiter Kämpfer ein anderer Mann auf, Schwarz, der einen eigenen psychologischen Typus repräsentierte.

Nowikow war in erster Linie ein Mann der praktischen Tätigkeit; Mystizismus und Metaphysik lagen ihm völlig fern. Schwarz dagegen besaß eine reiche Phantasie, beschäftigte sich mit Philosophie und huldigte dem Mystizismus. Er besaß in hohem Grade die Fähigkeit, auf andere zu wirken, und scharte infolgedessen viele Jünglinge um sich. Seinem Einfluß unterlag selbst Nowikow, der Schwarz sogar gestattete, den Charakter der „Moskauer Ausgabe“ zu ändern. Als Schwarz' kurzes Leben schon dem Erlöschen nahe war, trat jedoch der Gegensatz zwischen den Charakteren und

der geistigen Verfassung dieser beiden Menschen so stark zutage, daß ihre gegenseitigen Beziehungen etwas kühler wurden. Schwarz war ein Deutscher aus Siebenbürgen, der 1776 nach Moskau gekommen war, sich gleichzeitig mit Nowikow daselbst niederließ und sich ihm anschloß. Schwarz träumte davon, in Rußland eine Anstalt zur Verbreitung von Bildung zu gründen. Zu diesem Zwecke wollte er erstens die Grundsätze einer guten Erziehung popularisieren, zweitens nützliche Bücher herausgeben, drittens gute Pädagogen aus dem Auslande herbeiziehen, namentlich aber solche in Rußland selbst unter Benutzung der vorhandenen Kräfte heranbilden.

Schwarz hatte sich ein Ziel von großer Tragweite gesteckt, es erforderte viel Arbeit und große Mittel.

Er wurde Professor in Moskau. Obgleich er kein Vermögen besaß und bis dahin Hauslehrer gewesen war, gelang es ihm doch, 5000 Rubel, eine für jene Zeit ziemlich bedeutende Summe, aufzubringen, die er seinen geliebten Plänen opferte. Das Geld übergab er der Universität Moskau zu dem bestimmten Zwecke, damit künftige Lehrer nach einem bestimmten System heranzubilden.

Die Anzahl der Jünglinge, die in der pädagogischen Anstalt ihre Ausbildung erhielten, stieg in den letzten Jahren seiner Tätigkeit bis auf 30 Personen. Der sogenannte „Freundschaftskreis“, der aus seinen jungen Freunden und Verehrern bestand, sammelte Geld und kaufte ein Haus, wo die Stipendiaten der Gesellschaft untergebracht wurden. Ihr jährlicher Unterhalt kostete 3000 Rubel.

Schwarz begnügte sich nicht mit der Organisation von Vorträgen für die jungen Leute; er suchte vielmehr auch durch persönliche Beziehungen im täglichen Leben und freundschaftliche Unterredungen Einfluß auf sie zu gewinnen.

Im Jahre 1781 gründete er für die Universitätsjugend im allgemeinen die „Gesellschaft der Universitätszöglinge“. Zweck dieser Korporation war: Bildung des Verstandes und des Geschmacks der Mitglieder, die zusammenkamen, um über ihre Arbeiten zu sprechen, namentlich aber um literarische Übungen zu pflegen. Zu Beginn jeder Versammlung hielten die Mitglieder hintereinander Reden moralischen Inhalts.

Schwarz bemühte sich, die Jugend an unmittelbare philan-

thropische Arbeit zu gewöhnen. Durch diese Tätigkeit gewann er Popularität und selbst Liebe, so daß die Jünglinge, die mit ihm in Berührung kamen, sein Andenken noch lange nach seinem Tode ehrten.

Im Jahre 1782 organisierte Schwarz ein „Seminar für Übersetzungen"; hier sollte die Jugend, die die oben genannten Kurse bereits absolviert hatte, Erzeugnisse des europäischen Denkens der nationalen Literatur zugänglich zu machen lernen.

Durch Schwarzens Tätigkeit entstanden in Rußland verschiedene intelligente Kreise, in denen man humanitäre, philanthropische Gesinnung pflegte und nach Erkenntnis rang. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts äußerte sich die Wirkung dieser Kreise bereits deutlich im Schulwesen, in der Erziehung und in der Presse.

Ich gebe hier kein eingehendes Bild von Schwarzens philosophischer Weltanschauung, da sie nichts Originelles enthält und überdies die Entwicklung des philosophischen Denkens in Rußland nicht Gegenstand dieser Arbeit ist. Ich begnüge mich vielmehr mit der allgemeinen Bemerkung, daß Schwarz ein Eklektiker war: er entnahm vielen Philosophen vieles; auch überschritt er in seinen Konstruktionen die Grenzen der Wissenschaft und drang in metaphysisch-mystisches Gebiet ein; er glaubte, die Freimaurerei könne das Geheimnis der Einswerdung Gottes mit der Natur aufdecken, indem sie die tiefsten, geheimnisvollsten Vorgänge der Natur untersuche. Die Seele, sagte Schwarz, ist das Produkt einer Vereinigung von Geist und Körper und so etwas von beiden Verschiedenes. Nach dem Tode des Menschen kehren Geist und Materie in ihre ursprüngliche reine Form zurück. Nur das Produkt ihrer Vereinigung geht verloren, d. h. die Eigenschaften, welche die Materie dem Geist aufgedrückt hat. Schwarz zieht jedoch keine Folgerungen aus seiner Lehre und erklärt nirgends deutlich, daß die Seele zugrunde geht, mit anderen Worten, daß es keine persönliche Unsterblichkeit gibt. Er läßt diese Frage einfach unberührt. Die eigentliche Sphäre des Geistes ist der Verstand, die empirische Sphäre der Seele ist die Vernunft. Nach der Trennung von Geist und Körper geht die Vernunft zugrunde, während der Verstand bestehen bleibt. Die Vernunft operiert nur in den Grenzen sinnlicher Wahrnehmung.

Der berühmte Ukas Katharinas II. vom 15. Januar 1782, mit dem jedermann gestattet wurde, eine private Druckerei zu errichten, eröffnete der Verlagstätigkeit Nowikows, der ohnedies schon viel in dieser Richtung getan hatte, ein weites Feld. Seine Zeitschrift bekam immer mehr Abonnenten; schon damals betrug ihre Zahl 4000, hatte sich also um das Fünffache vergrößert.

Im Jahre 1784 wandelte sich die „Gesellschaft gelehrter Freunde" in die „Verlagsgesellschaft" um. Das Kapital der Gesellschaft war für jene Zeit ungeheuer groß: es betrug einige hunderttausend Rubel. Die anfangs herausgegebenen Werke beschäftigten sich vorwiegend mit moralischen Fragen in der Art der Freimaurer. Allmählich aber wurde der Verlag auch vielseitiger; die Kreise des lesenden Publikums wurden immer größer, und ihr Geschmack, der entsprechende Bedürfnisse nach Büchern zeitigte, blieb nicht ohne Einfluß auf den Verlag selbst. Im ganzen gab Nowikow 440 verschiedene Bücher heraus, eine für jene Zeit riesige Anzahl. Vor der Gründung der „Verlagsgesellschaft" waren im ganzen nach Ausweis des Katalogs nur 576 Bücher verkauft worden.

Die Organisation des Büchervertriebs in der Provinz war ausschließlich Nowikows Werk, der sich zu diesem Zwecke der Freimaurerlogen in den verschiedenen Städten bediente.

Schwarz erlebte diese günstige Entwicklung der Verlagstätigkeit nicht mehr. Er war 1782 mit den Universitätsbehörden in Konflikt geraten und hatte seine Stelle als Professor niederlegen müssen. Ein Jahr darauf erkrankte er, im Februar 1784 starb er. Nach seinem Tode gewann sowohl im Verlage selbst, als auch in der Tätigkeit der oben besprochenen Kreise die praktische, vom Mystizismus unberührte Richtung Nowikows wieder die Oberhand. Auch die philanthropische Tätigkeit erweiterte sich bedeutend; den größten Eifer entwickelten Nowikow und seine Freunde während der Hungersnot von 1787.

Das Bild, das Nowikow von dem Elend der bäuerlichen Bevölkerung entwarf, hatte überall Sammlungen zur Folge, deren Ergebnisse zugunsten der Notleidenden in seine Hände flossen. Mit den nicht unbedeutenden Summen, die er erhielt, organisierte er in Moskau und in den umliegenden Dörfern Brotverteilungen

in großem Maßstabe. Sie kamen mehr als hundert Dörfern zugute, die von leibeigenen, teils Privaten, teils dem Staate gehörigen Bauern bewohnt waren.

Schon begannen Nowikow und die Leute, die sich um ihn scharten, eine gewisse gesellschaftliche Macht zu werden, die sich der Unterstützung durch die öffentliche Meinung erfreute. Dieser Umstand machte Katharina II. stutzig; sie war Nowikow und seinen Freunden seit langem feindlich gesinnt und hatte sie in einer anonymen Broschüre und in einem ebensolchen Lustspiel ins Lächerliche gezogen. Als nun 1786 in verschiedenen Freimaurerlogen des Auslands politische Tendenzen zutage traten, befahl sie die Schließung der russischen. Aber auch jetzt hielt sie Nowikow und seine Gesellschaft, von deren privaten Zusammenkünften sie Kenntnis hatte, noch nicht für gefährlich. Erst ein Jahr später beschloß sie Nowikows Verderben. Ein Verzeichnis der von ihm herausgegebenen Bücher wurde zusammengestellt und dem Moskauer Metropoliten Platon zur Durchsicht übergeben; Nowikow selbst mußte sich von Platon in Religion examinieren lassen.

Katharina begann plötzlich um die „Glaubensreinheit" ihrer Untertanen besorgt zu werden. Aber Platon enttäuschte die Kaiserin, denn sein Urteil über Nowikow fiel günstig aus. Augenblicklich also war die Gefahr geschwunden, aber die Sicherheit währte nicht lange. Nach dem Ausbruch der Französischen Revolution begann Katharina sich noch mehr vor allen Manifestationen selbständigen sozialen Denkens zu fürchten: 1791 erhielt denn auch Besborodkow den Befehl, Nowikow zu verhaften. Er führte den Befehl jedoch nicht aus, da er ihn des großen Ruhmes der Kaiserin unwürdig fand. Erst ein Jahr später kam Nowikow durch allerlei Schliche der Regierung in die Festung Schlüsselburg und wurde der Untersuchung des furchtbaren und grausamen Scheschkowski ausgeliefert. Jedes Gerichtsverfahren unterblieb; Katharina verurteilte einfach den damals schon bejahrten Nowikow zu 15 Jahren Festung. Die Strafe bedeutete tatsächlich ein Todesurteil. Entscheidend für diese ungewöhnliche Strenge der Kaiserin und ihr zähes Festhalten an dem einmal gefaßten Plan war die Entwicklung der Dinge in Frank-

reich und überdies ihr Verdacht, Nowikows Kreis stünde mit ihrem Sohn Paul in Verbindung und plane eine Verschwörung gegen sie.

Die von Nowikow begonnene Bewegung war von großer Bedeutung für die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Zustände. Zwar war das Programm dieser Bewegung noch unklar und arbeitete nicht im mindesten auf eine Reorganisation der Gesellschaft und des Staates hin; aber eine bedeutsame geistige Richtung war entstanden, die von den Machthabern unabhängig war und sich auf gewisse Kreise der Bevölkerung stützte. Ein großer Teil der russischen Intelligenz verdankte dieser Richtung ihre Bildung; Humanitätsgedanken wurden verbreitet und eine unabhängige öffentliche Meinung geschaffen.

Nicht eine politische und Klassenbewegung hatte sich entwickelt, sondern nur eine philanthropisch-humanitäre und ethisch-intellektuelle. Hier lag der Ursprung einer unabhängigen und fortschrittlichen russischen Intelligenz.

Aus diesem Grunde ist diese Bewegung für uns von Bedeutung. Aber schon in der zweiten Hälfte der Regierung Katharinas stoßen wir auf schwache Keime einer politischen und sozialen Bewegung im wirklichen Sinne dieses Wortes. Im nächsten Abschnitt wollen wir des näheren darauf eingehen.

II.

Katharina II. war bei ihrem Regierungsantritt geneigt, einige Reformen im Sinne des „aufgeklärten Absolutismus“ durchzuführen. Die Kaiserin war bekanntlich belesen und schrieb selbst mehrere Werke. Ihre reformatorischen Bestrebungen waren aber nicht der Ausfluß einer tiefen Überzeugung, auch nicht der Ausdruck eines humanitären Gefühls; sie entsprangen vielmehr ihrer Ruhmsucht und dem Wunsche, den Staat zu festigen. Nie dachte sie im Ernste daran, die Willkür der Bureaukratie einzuschränken und für eine strenge Befolgung der Gesetze Sorge zu tragen. Das kleinste Hindernis schreckte sie von der Durchführung auch der geringsten Reformen zurück. Unstreitig war es ihr aber, namentlich in der ersten Zeit ihrer Regierung, darum zu tun, wenigstens in den mittleren und höheren Schichten der Be-

völkerung Bildung zu verbreiten. Erst später, nach dem Ausbruch der Französischen Revolution, begann sie vor der westeuropäischen Wissenschaft Angst zu bekommen. Ganz abgesehen von ihrer persönlichen Vorliebe für geistige Tätigkeit zwangen schon die Bedürfnisse des Staates, der Beamte brauchte, Katharina dazu, für die Bildung der Jugend zu sorgen.

Im Jahre 1766 beschloß die Kaiserin, zwölf junge Adlige auf Staatskosten auf die Universität Leipzig zu schicken. Man suchte die Begabtesten aus, unter ihnen befanden sich auch einige gewesene Pagen. Zu diesen Zwölfen gehörte auch der später berühmte A. N. Radischtschew, unstreitig die hervorragendste Individualität unter jenen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts Rußland in politischer und sozialer Beziehung von Grund aus reformieren wollten. A. N. Radischtschew war am 20. September 1749 im Gouvernement Saratow in einer wohlhabenden adligen Familie zur Welt gekommen; seine erste Erziehung erhielt er im Elternhause, später kam er zu einem Vetter nach Moskau, wo ein französischer Pädagoge seine weitere Ausbildung leitete; gleichzeitig hörte er die Vorträge an der eben eröffneten Universität. Mit dreizehn Jahren brachte ihn der Vater nach Petersburg in das Pagenkorps, wo er bis 1766 verblieb.

Der Aufenthalt in Leipzig wurde für Radischtschews ganzes späteres Leben entscheidend: gemeinsam mit den Kollegen, unter der Führung des ältesten von ihnen, Uschakow, lernte er die neuesten Strömungen in der damaligen Philosophie und den Staatswissenschaften kennen. Alle diese jungen Leute lernten gut und machten große Fortschritte in der Wissenschaft. Katharina hatte in eigener Person festgestellt, was die jungen Leute alles an der Universität hören mußten; neben diesen Pflichtfächern durften sie nach freier Wahl auch andere Vorlesungen besuchen. Für den Aufenthalt der jungen Leute in Leipzig war viel Geld bewilligt worden, aber das Leben, das sie führten, war dennoch nicht angenehm; man hatte ihnen nämlich einen Aufseher und Führer mitgegeben, der sie nicht nur bestahl, sondern auch quälte; er schlug sie und sperrte die Schuldigen in einen speziell für diesen Zweck angefertigten Käfig, in dem sie nur in gebückter Stellung weilen konnten. Die jungen Leute führten gegen diesen

Aufseher einen erbitterten Kampf; endlich erfuhr Katharina II. den Sachverhalt und ließ ihm einen scharfen Verweis zukommen, dann wurde er von seinem Posten entfernt und durch einen anderen ersetzt.

Die Mitglieder des Leipziger Kreises waren hauptsächlich Anhänger der materialistisch-sensualistischen Theorie; sie nahmen diese Lehren jedoch nicht ohne Vorbehalt an, sondern bemühten sich unter dem Einfluß des deutschen Idealismus, die Lehre dahin abzuändern, daß sie dem psychischen Faktor im Verhältnis zu den sinnlichen Eindrücken eine aktive Rolle zuschrieben.

Die sozialen Anschauungen der Mitglieder des Leipziger Kreises waren sehr liberal. Ihr geliebter Lehrer war Mably, und mit ihm vertraten sie die Anschauung, die höchste Macht im Staate habe im Volke zu wurzeln; ebenso waren sie gegen die Leibeigenschaft. Kommunistische Tendenzen lagen ihnen jedoch fern.

Der älteste von diesen Jünglingen, Uschakow, starb bald darauf mit 23 Jahren; auf ihn hatte man große Hoffnungen gesetzt. Radischtschew trat nach seiner Rückkehr nach Rußland in den Staatsdienst, und seine sowie seiner Freunde Träume von einer ausgebreiteten publizistischen Tätigkeit welkten allmählich. Nach einigen Jahren gab er die Beamtenlaufbahn auf, um nach einer gewissen Pause wieder in den Staatsdienst zurückzukehren, und nahm schließlich eine ziemlich hohe Stelle an der Petersburger Kammer ein. Seine literarische Tätigkeit begann er mit einer Übersetzung von Mablys „Observations sur l'histoire de la Grèce", zu der er auch Erläuterungen schrieb.

Katharina II. hatte eine „Gesellschaft" zur Übertragung der Werke hervorragender europäischer Schriftsteller ins Russische gegründet. Auch Radischtschew wurde aufgefordert, sich an ihren Arbeiten zu beteiligen. Seine Bemerkungen zu Mably waren zwar nicht originell, aber charakteristisch und kühn. Er führte unter anderem den Gedanken aus, die Menschen unterwürfen sich freiwillig der Autorität der Gesetze, in der Erwartung, aus diesem Verhältnis Vorteil zu ziehen; es ist also ein stillschweigender Vertrag, den sie schließen; in dem Augenblick

jedoch, wo der Vertrag von denen nicht eingehalten wird, die die Gesetze handhaben, hört auch die Verpflichtung der anderen Partei auf. Der Herrscher ist nach Radischtschews Ansicht der erste Bürger des Staates. Die Selbstherrschaft erfreute sich nicht seiner Anerkennung.

Katharina teilte diese Ansichten nicht, tolerierte sie jedoch in wissenschaftlichen Traktaten, solange sie sich nur in abstrakter Form äußerten. In seiner weiteren publizistischen Tätigkeit begnügte sich Radischtschew jedoch nicht mit allgemeinen, unzusammenhängenden Erwägungen, sondern begann die russische Wirklichkeit einer zeitgenössischen Kritik zu unterziehen. Von diesem Augenblick an wurde Katharina seine unerbittliche Feindin.

Radischtschew scheint der tatsächliche Herausgeber der satirischen Zeitschrift „Die Geisterpost" (Potschta Duchow) gewesen zu sein. Für diese Hypothese spricht die ausdrückliche Bestätigung eines Zeitgenossen, der die Verhältnisse gut kannte. In späteren Zeiten wurde die Herausgabe dieser Zeitschrift und der Hauptanteil an ihrem Inhalt Kirlow zugeschrieben. Vieles jedoch spricht dafür, daß Radischtschew der Autor der kühnsten sozialen Satiren war. Im Jahre 1789 gab er ein kleines Buch heraus, das dem Andenken des verstorbenen Kollegen aus der Leipziger Zeit, Uschakow, gewidwet war. Wir lernen in dieser Schrift nicht nur Uschakow kennen, sondern auch die Weltanschauung des ganzen Kreises. Das wichtigste Werk Radischtschews aber war das größere Werk „Eine Reise von Petersburg nach Moskau", das anonym erschien und einem Freunde des Schriftstellers Kutuzow gewidmet war, der sich hinter den Buchstaben A. M. K. verbarg. Das Buch erschien mit Erlaubnis des Polizeimeisters von Petersburg, Rilejew, im Juni 1790 und fand sofort eine ungeheure Verbreitung unter dem lesenden Publikum; nach wenigen Tagen schon wurde es jedoch dem Buchhandel wieder entzogen.

Fassen wir den Inhalt etwas näher ins Auge.

Das ganze Werk ist in der Form von Reiseberichten geschrieben. In diesen Berichten ist eine vielseitige und gründliche Kritik der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse Rußlands enthalten und ebenso die positive Anschauung des Verfassers.

Radischtschew war Deist; den Mystizismus verwarf er und verhöhnte daher auch die russischen Mystiker. Das Anwachsen der mystischen Strömungen war seiner Ansicht nach der unstreitige Beweis eines Verfalls der Menschheit.

Er war ein rücksichtsloser Anhänger der Religionsfreiheit und ging in dieser Hinsicht weiter als Rousseau. Überhaupt war für den Autor der „Reise von Petersburg nach Moskau" Gedankenfreiheit, ohne den Zwang äußerer Normen, eine Notwendigkeit für das Glück der Menschheit.

Die moralische Persönlichkeit des Menschen stützt sich auf seine sinnlichen Eigenschaften, daher kann auch die völlige Unterdrückung des Sinnlichen nicht das Ideal sein. Ein Mensch, dem alles Sinnliche fehlen würde, wäre ein Dummkopf.

Das Familienband zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern kann sich nur auf ein moralisches Verhältnis, die gegenseitige Liebe, stützen und bedarf keiner anderen Fesseln. Die Eltern sollten keinerlei Gewalt über die erwachsenen Kinder haben und diese keine Pflichten gegen die Eltern, nicht einmal zur Dankbarkeit könnte man sie zwingen; denn alles, was die Eltern für ihre Nachkommenschaft tun, entspringt egoistischen Motiven. Die Eltern sollten ihre Kinder selbst erziehen und sie nicht gemieteten Erziehern anvertrauen. Die körperliche Beschaffenheit der Kinder müßte durch entsprechende Übungen und Arbeit gestärkt, ihr Gedankenleben sollte entwickelt werden, ohne das Gedächtnis zu belasten, auch das Gefühl der eigenen Würde wäre notwendig in den Kindern zu wecken ... So erzogene Menschen würden selbst Richter über ihre Handlungen sein, sie würden selbst den Schein vermeiden, vor anderen auf dem Boden zu kriechen, sie würden nützliche Mitglieder der Gesellschaft und wahrhaft tugendhaft werden.

Es gibt persönliche und soziale Tugenden: die ersteren entspringen stets der Nächstenliebe, die anderen können egoistische Motive haben, z. B. Eitelkeit und Ehrgeiz; aber auch die sozialen Tugenden erhalten ihren höchsten Glanz, wenn Menschenliebe ihre Quelle ist; daher bereitet auch die Übung der persönlichen Tugenden den Boden für die sozialen Tugenden. Im sozialen Leben hat es der Mensch mit Sitten zu tun, mit Vorschriften

des Rechts und Anforderungen, die die Tugend stellt. Die moralischen Verpflichtungen, die aus diesen drei Quellen fließen, haben nicht die gleiche Bedeutung. Man kann das Recht nicht zugunsten der Sitten antasten, da es in jedem Falle ein soziales Band bildet: selbst auf den unmittelbaren Wunsch der allerhöchsten Macht darf man das Recht nicht vergewaltigen, solange es nicht abgeändert ist. Wichtiger als das Recht sind jedoch die Anforderungen, die die Tugend stellt, die Verpflichtungen. die sie auferlegt: weder die Befehle der Gewalt, noch die Autorität des Rechts können schwerer wiegen und nichts darf die Menschen davon abbringen, diesen Anforderungen der Tugend nachzukommen; weder boshafte Witze, noch Drohungen, noch die Angst vor Strafe, nicht einmal der Tod. Die Tugend kennt keine Kompromisse. Ein hohes Ideal kann mitunter unerreichbar sein, und der Mensch, der es verwirklichen wollte, kann zermalmt werden. Machen es die Umstände dem einzelnen unmöglich, den Anforderungen der Tugend nachzukommen, muß er Verfolgungen erleiden, denen er nicht entgehen kann, so bleibt ihm noch ein einziges Mittel: der freiwillige Tod, der Selbstmord.

Radischtschew glaubte, alle Menschen seien ihrer Natur nach gleich. Die Gewalt, welche die völlige Freiheit des einzelnen beschränkt, entsteht zum allgemeinen sozialen Wohl, d. h. zum Wohl der Menschen, aus denen die Gesellschaft sich zusammensetzt. Man kann ein Land nicht glücklich nennen, wenn hundert Menschen in ihm in Üppigkeit leben und Tausende nicht die Mittel zum Leben haben, wenn es Tausenden an eigenem Obdach gegen Kälte und Hitze gebricht.

Aus der natürlichen Gleichheit der Menschen, die die Bedingungen des ursprünglichen Gesellschaftsvertrags schuf, leitet Radischtschew unmittelbar die Gleichheit der Bürger im Staat und das Recht des Volkes der allerhöchsten Macht gegenüber ab. Verletzt die allerhöchste Gewalt die eine oder andere Anforderung des normalen gesellschaftlichen Lebens, so können die Bürger ihr natürliches Verteidigungsrecht gegen sie geltend machen. Von diesem Gesichtspunkt aus verkörpert sich in Cromwell wie Franklin in gleichem Maße die Bürgertugend.

Die oben dargelegten Anschauungen waren völlig revolutionär, rechtfertigen sie doch den Widerstand gegen die allerhöchste Gewalt, den Ungehorsam, den Aufruhr und die gewaltsame Umwälzung politischer und sozialer Zustände. Die Ansichten, die Radischtschew in seinem Buche niederlegte, waren nicht originell, sondern stützten sich ganz allgemein auf die Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts. Doch hat Miakotin recht, wenn er behauptet, der russische Schriftsteller habe sich die Ansichten der westeuropäischen Denker bewußt angeeignet, um sie in ganz bestimmter Weise in seinem Sinne umzuformen und so ein organisches Ganzes zu bilden. Die Eigentümlichkeit Radischtschews zeigt sich dort am deutlichsten, wo er die übernommenen Gedanken auf die russischen Verhältnisse anwendet.

„Die Reise von Petersburg nach Moskau" enthält eine Menge von Stellen, die deutlich zeigen, wie sehr der Verfasser mit den russischen Verhältnissen vertraut ist. Mit sicherer Hand zeichnet er überaus interessante sittengeschichtliche und soziale Bilder aus dem russischen Leben; mit großem realistischen Gefühl geschildert, interessieren sie den Leser heute noch durch ihre Wahrhaftigkeit und Einfachheit.

Ich kann hier aus Raummangel keine Zitate aus diesem interessanten Buch bringen; es sei nur darauf hingewiesen, daß der Verfasser mit besonderer Wucht die Grausamkeit der Zustände schildert, unter denen die leibeigenen Bauern zu leiden hatten. Das gewalttätige Vorgehen der Gutsbesitzer gegen die Bauern wird mit voller Deutlichkeit gezeichnet: wir sehen Herren, die die Bauern zwingen, sechs Tage der Woche auf dem herrschaftlichen Grund und Boden zu arbeiten, so daß den Bauern für die Arbeit auf ihren eigenen Feldern nur die Sonntage bleiben; Bauern werden uns vorgeführt, denen der Herr ihren ganzen Grund und Boden weggenommen hat, um ihn dem herrschaftlichen Besitz einzuverleiben, denen harte Strafen auferlegt und deren Frauen und Töchter entehrt werden. Wir lernen einen adligen Gutsherrn kennen, der das Recht der ersten Nacht auf seinem Gute eingeführt hat; einen andern, der seine Leibeigenen verkauft, unter denen seine Amme, seine Geliebte und sein eigener Sohn sich befinden; wir sehen einen Bauern, dem sein Herr erst

aus Laune Bildung angedeihen und den er später alle Grausamkeiten der Leibeigenschaft ertragen läßt, Staatsbauern, die private Leibeigene kaufen und ins Heer stecken, um der eigenen Dienstpflicht zu entgehen.

Die anderen gesellschaftlichen Schichten beschreibt Radischtschew nicht mehr so ausführlich wie die Bauernschaft. Relativ viel Raum widmet er in seinem Buche auch den Übergriffen der russischen Bureaukratie, angefangen von den untersten Beamten bis hinauf zu den höchsten. Die Bilder, die er aus diesen Kreisen entwirft, stehen denen aus dem Leben der Leibeigenen an Lebhaftigkeit und Fülle der Tatsachen nicht nach.

Mit einer ungeheuren plastischen Kraft schildert Radischtschew die rechtlose Stellung der Russen und den Mangel an Rechtsgefühl in der russischen Gesellschaft ... Gerade darin sieht er das furchtbare Übel seines Vaterlandes, das er energisch bekämpft.

Der Verfasser der „Reise von Petersburg nach Moskau" beschränkte sich jedoch nicht auf die bloße Schilderung des sozialen Lebens in Rußland, er schlug vielmehr auch diejenigen Maßregeln vor, die Abhilfe schaffen konnten.

Radischtschew tritt eifrig für die Aufhebung der Leibeigenschaft ein und verlangt, daß die Bauern mit Land ausgestattet werden. Schon dieser Umstand allein zeigt, wie weit er, im Vergleich mit seinen Zeitgenossen, in seinem Radikalismus ging. Der Herrscher, sagt Radischtschew, sollte dem Adel klar machen, daß die Leibeigenschaft und die Abgaben der Bauern an ihre Herren schlecht sind und sie zum freiwilligen Verzicht bewegen. Im entgegengesetzten Falle würden Bauernaufstände die Folge sein. Schließlich knüpft er seine Hoffnungen an die ursprünglichen, immer wieder entstehenden Volksbewegungen und die Initiative der einzelnen besseren Individuen aus den gebildeten Schichten, die sich über die Vorurteile der Menge zu erheben vermögen. Um dem Vorwurf zu entgehen, er hetze zum Aufruhr auf, drückt Radischtschew sich nur vorsichtig aus. Die Reform der bäuerlichen Leibeigenschaft muß drei Phasen durchmachen, sagt er; in der ersten verlieren die Grundbesitzer das Recht, die Bauern zu persönlichen Diensten auf dem Herrenhof

zu zwingen, ihre Gerichtsbarkeit über die Bauern hört auf, ebenso ihr Recht über die bäuerliche Habe, endlich sollen sie sich nicht mehr in die Eheschließung ihrer Leibeigenen einmischen dürfen; in der zweiten Phase haben die Bauern bereits Eigentumsrecht, sie erhalten den Grund und Boden, den sie bisher zu ihrer Nutznießung hatten, als Eigentum und werden mit gewissen bürgerlichen Rechten ausgestattet, sie dürfen sich auch aus der Leibeigenschaft loskaufen; in der dritten endlich werden sie völlig freie Staatsbürger. Die Bauern sollen das Land auf Grund persönlicher Eigentumsrechte besitzen. Diese Bemerkung zeigt, daß Radischtschew das Gemeindecigentum bekämpfte. Er trat auch gegen die höfische Rangordnung auf, riet, sie völlig aufzuheben oder wenigstens mit den Zivil- und militärischen Rangklassen nicht gleichzusetzen. Rein politische Reformen schlug er nicht vor, wahrscheinlich weil er überzeugt war, der Rat, den Absolutismus aufzuheben und konstitutionelle Institutionen einzuführen, würde den Zorn der Kaiserin, also die Konfiskation des Buches und seine eigene Verfolgung bewirken. Aus allen Anschauungen dieses Verkünders des Fortschritts geht jedoch hervor, daß er ein Gegner der unumschränkten Herrschergewalt war.

Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln entging Radischtschew der Verfolgung Katharinas nicht.

Wie schon oben bemerkt, wurde sein Werk bereits wenige Tage, nachdem es erschienen war, konfisziert. Eine der ersten Leserinnen war Katharina selbst. „Die Reise von Petersburg nach Moskau" empörte sie gewaltig; sie sah darin eine persönliche Beleidigung und erkannte den Einfluß der gefährlichen französischen Ideen. Radischtschew wurde für sie, wie man heute annehmen kann, auf Grund gewisser Tatsachen, zum Vertreter einer ganzen Gruppe, die revolutionären Ansichten huldigte und eine positive Tätigkeit in Rußland plante.

Katharina hatte Radischtschews Arbeit noch nicht zu Ende gelesen, als man schon mit ihrem Wissen und Willen nach dem Verfasser zu fahnden begann. Das Buch war anonym erschienen. Der Besitzer der Buchhandlung, in der „Die Reise von Petersburg nach Moskau" verkauft wurde, und ebenso der Diener aus der Kammer, der das Buch zum Oberpolizeimeister

Rilejew zur Zensur gebracht hatte, wurden verhaftet, verrieten den Namen des Autors jedoch nicht. Bei der weiteren Lektüre des Buches kam Katharina selbst auf den Gedanken, der Verfasser müsse einer jener zwölf Adligen sein, die zur Ausbildung nach Leipzig geschickt worden waren; aus den eingehenden und richtigen Beschreibungen der Betrügereien seitens der russischen Kaufleute schloß sie weiter, er müsse in der Kammer dienen.

Radischtschew wurde verhaftet und seine Angelegenheit dem furchtbaren Scheschkowski übergeben. Die Nachricht machte einen so entsetzlichen Eindruck auf ihn, daß er das Bewußtsein verlor. Während des Verhörs fand er nicht den Mut, die Ansichten, die er in seinem Buche ausgesprochen hatte, zu verteidigen oder Scheschkowski mit verächtlichem Schweigen in die Enge zu treiben; er gab zu, manche Gedanken in seinem Werke seien falsch, erklärte sich selbst für schuldig und sein Buch als schädlich und von frechen Gedanken erfüllt. Doch war der Widerruf seiner Ansichten weder aufrichtig, noch trug er einen vollständigen und formellen Charakter; während der Verhandlungen noch versicherte er nämlich von neuem, die Lage der russischen Bauern sei sehr schlecht und müsse abgeändert werden.

Radischtschew wollte mit seinem Buche das soziale Denken in Rußland aufrütteln und teilweise Katharina selbst zu gewissen Reformen bewegen; er war also weder zum Märtyrertum vorbereitet, noch hatte er sich auf einen ständigen energischen Kampf gegen das alte Regime gefaßt gemacht. Sein Verhalten während der Untersuchung ist also nicht so sonderbar, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Um so mehr, als die Willkür des Gerichtsverfahrens in politischen Angelegenheiten damals unvergleichlich größer war als heutzutage.

Es war nicht leicht, auf Radischtschews „Verbrechen" einen bestimmten Paragraphen des Strafgesetzes anzuwenden. Doch wußte die diensteifrige Gerichtsbehörde auch in diesem Falle Rat. Das Kriminalgericht und der Senat verurteilten Radischtschew zur Todesstrafe durch Hinrichtung. Katharina übergab die Sache noch einer dritten Instanz für Angelegenheiten von besonderer

Wichtigkeit, dem Rat Ihrer Kaiserlichen Majestät, die das Todesurteil bestätigte. Doch Katharina wollte ihre Großmut beweisen und wandelte das Todesurteil in Verbannung um: Radischtschew wurde für zehn Jahre nach Sibirien verschickt. Er kam nach Ilimsk in das Gouvernement Irkutsk.

Radischtschews unmittelbarer Vorgesetzter, der Graf Woronzow, nahm sich des Unglücklichen an; er erwirkte auch einige Erleichterungen für ihn während der Reise und befahl seinen Untergebenen in den verschiedenen Städten, die Radischtschew passierte, dem Verbannten kleine Dienste zu erweisen; er half ihm auch bei der Ordnung seiner Familienangelegenheiten und schickte ihm später Bücher und ausländische Zeitschriften nach Ilimsk.

Radischtschew war Witwer und hatte mehrere Kinder, für deren Erziehung seine Schwägerin sorgte, die er später in Sibirien heiratete. Der tätige Geist ließ ihn auch in der Verbannung nicht unbeschäftigt. Er las fortwährend Bücher und in Westeuropa erscheinende Zeitschriften. Er beschäftigte sich auch mit Arzneikunde und leistete den Bauern medizinische Hilfe; überdies schrieb er sozialpolitische und wissenschaftliche Abhandlungen.

In einer Arbeit „Über den chinesischen Markt“ führte er einen Gedanken aus, der noch lange bei den russischen Volksfreunden der verschiedensten Richtungen nachhallte: daß nämlich die Entwicklung der kleinbäuerlichen Industrie mehr im Interesse der Massen läge, als eine große Fabrikindustrie.

Eine andere Abhandlung Radischtschews trägt den Titel „Kurze Erzählung von der Eroberung Sibiriens“. Er schrieb auch ein großes philosophisches Werk in Ilimsk unter dem Titel: „Der Mensch, sein Tod und seine Unsterblichkeit“, in dem er seine speziellen Gedanken über diese Materie entwickelte. Das Werk erschien wie alles andere, was der „Reise von Petersburg nach Moskau“ folgte, nach dem Tode des Verfassers im Jahre 1809.

Nach seiner Thronbesteigung gestattete Kaiser Paul mit Reskript vom 23. November 1796 Radischtschew, nach dem europäischen Rußland zurückzukehren und auf seinem Gut zu

verbleiben. Er wurde nur unter die Aufsicht des Gouverneurs gestellt.

Radischtschew kehrte mit tausend Freuden ins Vaterland zurück. Unterwegs machte er fleißige Beobachtungen, zeichnete seine Eindrücke auf und machte kritische Notizen. Mit Freuden überzeugte er sich, daß sein Werk „Die Reise von Petersburg nach Moskau“ im stillen gelesen und abgeschrieben wurde und Einfluß gewann.

Kaiser Alexander gab Radischtschew seinen Adelsrang und Titel wieder. Am 6. August 1801 wurde er in die Kommission berufen, an deren Spitze Graf Zawadowski stand. Die Aufgabe der Kommission war, einen allgemeinen Plan für die Justizgesetzgebung auszuarbeiten. In der Kommission stellte Radischtschew liberal-fortschrittliche Anträge und bekämpfte die konservativen. Er begnügte sich nicht mit der Mitarbeit an dieser Sammlung, sondern trat auch selbst mit juristischen Projekten hervor; doch waren sie für jene Zeit so radikal, daß ihm der Präsident der Kommission heftige Vorwürfe machte und ihm wieder mit Sibirien drohte. Genaueres über diese Vorschläge wissen wir jedoch nicht.

Radischtschew war von den Widerwärtigkeiten des Lebens angeekelt und entmutigt; noch immer hielt er an seinen Idealen fest, aber er hatte nicht mehr die Kraft, weiter zu kämpfen, und so griff er denn zu dem Mittel, das er schon in seinem Buche Menschen in ähnlicher Lage empfohlen hatte: in der Nacht des 12. Septembers 1802 machte er seinem Leben ein Ende.

Ein ähnliches Schicksal wie ihn traf bis in die letzte Zeit in Rußland alle Menschen seines Schlages.

Radischtschew war der Typus des russischen fortschrittlichen Radikalen, der freiheitliche Ideen eng mit sozialen und politischen Reformen verband. Er schuf keinerlei geheime Organisation, keine Partei; er war nur der Träger der Anschauungen eines kleinen Kreises von Menschen, die sich die Lehren des zeitgenössischen sozialen, politischen und philosophischen Wissens von Westeuropa zu eigen gemacht hatten.

III.

Gegen Ende der Regierung Katharinas II. tauchte noch ein Mann auf, der von gründlichen Reformen in Rußland träumte und der seine Träume mit langjähriger Gefängnishaft büßen mußte: es war der lange Zeit hindurch unbekannte ehemalige Leutnant Theodor Kretschetow.

Im Aprilheft 1907 der Monatsschrift „Vergangenes“ (Biloje), die der Geschichte der Freiheitsbewegung in Rußland gewidmet ist, versucht Herr M. Korolkow auf Grund neuentdeckter archivalischer Quellen die Gestalt Kretschetows zu rekonstruieren. Die sozialen und politischen Abhandlungen, die er hinterlassen hat, sind noch nicht gedruckt. Da er in seiner Zeit keine eigentliche Rolle gespielt hat und seine Arbeiten zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlicht wurden, brauchen wir uns nicht lange bei ihm aufzuhalten. Ich bemerke nur, daß er ein Gegner des Despotismus war und für die Gleichheit der Bürger und für allgemeine Bildung eintrat.

Von einem Bekannten denunziert, wurde er 1793 verhaftet. Er saß bis 1801 erst in der Peter-Pauls-Festung (Alexejewski-Turm) und dann in Schlüsselburg gefangen. Als er seine Freiheit wiedererlangte, war seine Gesundheit völlig zerrüttet. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in jener Zeit noch mehr Menschen wegen politischer Vergehen bestraft wurden. Ihr Andenken ist vergessen, aber sie waren Symptome einer neuen Zeit.

Der Sturm auf die Bastille erfüllte die meisten der ziemlich zahlreichen Ausländer in Petersburg mit Freuden, und auch einige Russen teilten diese Gefühle. Die weitere Entwicklung der Revolution in Frankreich blieb ebenfalls auf die gebildetsten Kreise der russischen Gesellschaft nicht ohne Einfluß. Unter der Volksmenge, die die Bastille stürmte, befanden sich auch zwei junge Fürsten Golizyn.

Aber die Anhänger dieser neuen Richtung gingen in den konservativen oder gleichgültigen Massen unter. Und doch war die Entwicklung des Staates und der Gesellschaft gegen Ende des 18. Jahrhunderts schon weit gediehen; die Beziehungen zu Westeuropa waren sehr lebhaft und die Bedürfnisse des Staates

hatten sich konsolidiert. In immer größerer Zahl bedurfte Rußland gebildeter Beamten, Techniker, Offiziere, Handwerker und Handeltreibende; als europäische Macht ersten Ranges mußte es auch in den allgemeinen europäischen Angelegenheiten eine wichtige Rolle spielen; auf diese Weise kam Rußland in immer häufigere Beziehungen zum Westen, und auch die neuen westeuropäischen Geistesströmungen wurden im Lande notwendig immer stärker. Dieser Umstand mußte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Anhängern der neuen Gedanken und den Vertretern des alten Regime führen.

Zweites Kapitel.

Die sozialen und politischen Verhältnisse in Rußland unter Alexander I.

Wollen wir die Entstehung und den Charakter der ersten revolutionären Bewegung in Rußland, deren Ausdruck die Verschwörung der Dekabristen war, in allen ihren Einzelheiten verstehen, so müssen wir vorerst einen Blick auf die sozialen und politischen Verhältnisse werfen, unter denen jene Bewegung begann.

Die Thronbesteigung des Kaisers Alexander I. hatte unter den fortschrittlichen Elementen der russischen Gesellschaft große Hoffnungen geweckt. Die schweren Zeiten unter Paul hatten nicht nur auf den ihm besonders verhaßten Liberalen schwer gelastet, sie hatten sich allen Untertanen fühlbar gemacht. Niemand war sicher gewesen, ob nicht die Launen des Monarchen in der einen oder andern Weise plötzlich in sein Leben eingreifen könnten.

Für die fortschrittlichen Kreise in Rußland war es kein Geheimnis geblieben, daß Alexander die Aufklärungsliteratur des 18. Jahrhunderts schätzte und in seiner nächsten Umgebung Menschen litt, die von konstitutionellen Gedanken erfüllt waren; endlich wußte man, daß er sich persönlich der schlechten Seiten des alten Regime bewußt war, wie es in Rußland im allgemeinen, am Hofe aber im besonderen herrschte. Bekanntlich weigerte sich Alexander I., den konstitutionellen Akt zu unterschreiben, den Panin und Pahlen, zwei hohe Würdenträger und Hauptanstifter der Ermordung des Kaisers Paul, vorbereitet hatten. Seine abschlägige Antwort begründete der junge Monarch mit der Er-

klärung, Rußland sei für einen plötzlichen Übergang zu einer konstitutionellen Verfassung noch nicht reif; eine so tiefgehende Änderung des Staatslebens müsse mit einer Reihe kleinerer Reformen beginnen, die sich vorerst auf einzelne Angelegenheiten des sozialen und politischen Lebens beschränken sollten.

Alexander begann seine Regierung mit einer liberalen Politik innerhalb der Grenzen des Absolutismus; gleichzeitig befahl er unter dem Einfluß seiner Umgebung die Ausarbeitung verschiedener konstitutioneller Pläne. Aber schon damals zeigte der Kaiser selbst in Sachen von geringer Bedeutung ein schwankendes Verhalten. Später wurde dieses Schwanken immer stärker, bis der Kaiser schließlich eine ausgesprochen reaktionäre Richtung einschlug.

Zu Beginn seiner Herrschaft erteilte Alexander eine Amnestie, die mehr als 150 Personen zugute kam; es waren Menschen, die wegen politischer Vergehen und Majestätsbeleidigungen teils gefangen saßen, teils in Verbannung lebten. Außerdem erließ der junge Monarch eine Reihe von Ukasen. So verbot ein Ukas vom 19. März 1801 den Polizeibeamten, den Kreis ihrer Machtbefugnis zu überschreiten, namentlich wurde ihnen untersagt, das Publikum zu beleidigen und tätlich gegen dasselbe vorzugehen.

Am 31. des gleichen Monats und Jahres wurde Privatpersonen von neuem gestattet, eigene Druckereien zu errichten; auch wurde die Einfuhr von Büchern aus dem Auslande erlaubt.

Am 2. April wurde die sogenannte „Geheimexpedition" aufgehoben, eine Einrichtung, die bis dahin besonders zur Untersuchung politischer Angelegenheiten gedient hatte.

Am 28. Mai verbot ein Ukas, Ankündigungen über den Verkauf von Bauern ohne Land durch den Druck zu verbreiten (den Verkauf selbst hinderte dieses Verbot nicht).

Am 27. September wurde durch einen speziellen Befehl die Folter aufgehoben.

Auch begann die Regierung, allerdings anfangs nur zaghaft, mit einer Reform der bäuerlichen Verhältnisse.

Die Personen, welche die nächste Umgebung Alexanders I. ausmachten: Graf Strogonow, Fürst Tschartoriski, Kotschubej und Nowosilzow, waren Gegner der Leibeigenschaft und beein-

flußten den immer noch schwankenden Kaiser nach dieser Richtung. Um diese Zeit trat Graf S. P. Rumianzow mit einem Vorschlag hervor, wonach es den Gutsbesitzern freistehen sollte, ihre Bauern aus der Leibeigenschaft zu entlassen und sie mit Land auszustatten. Der Plan fand Alexanders I. Billigung. 1803 kam der Ukas, die sogenannten „freien Landleute" (wolnije chliebopaschtschi) betreffend, mit welchem den Besitzern von Grund und Boden gestattet wurde, mit ihren Bauern dreierlei Verträge abzuschließen: 1) konnten die Bauern, die Land und Freiheit erlangten, dem Grundbesitzer eine einmalige Geldsumme, die sogenannte „Entschädigung" entrichten; 2) konnte diese Bezahlung auf eine gewisse Anzahl von Jahren verteilt werden, während welcher Zeit die Bauern den Gutsbesitzern noch zu bestimmten Leistungen verpflichtet bleiben sollten; 3) konnten die Bauern Leibeigene bleiben und sich für eine gewisse Zeit, bis zum Tode des Grundbesitzers oder für immer, zu bestimmten Leistungen oder zur Zahlung von Abgaben in Geld oder in natura verpflichten.

Befreiten die Grundbesitzer die Bauern aus der Leibeigenschaft, so waren sie verpflichtet, den gesamten Grund und Boden, den sie den Bauern zuwiesen, in einzelne Parzellen aufzuteilen, die der persönliche Besitz der betreffenden Bauern werden sollten. Die Reform untergrub also das Gemeindeeigentum an Grund und Boden. Nach Ansicht des Historikers Siemiewski [1]) wurde diese Bedingung jedoch nicht erfüllt, unter Nikolaus I. überließ man die Verteilung des Grund und Bodens den Bauern selbst; sie nahmen sie aber nicht gleich nach Erlangung der Freiheit, sondern etwas später vor. In den meisten Fällen zeigte sich damals, daß die Bauern nicht gesonnen waren, das Gemeindeeigentum an Grund und Boden aufzugeben.

Unter der Regierung Alexanders I. wurden 47153 männliche „Seelen" aus der Leibeigenschaft entlassen und mit Grund und Boden ausgestattet. Siebzehn Gutsbesitzer wiesen damals ihren Bauern Grundbesitz ohne jede Entschädigung zu.

---

1) „Bäuerliche Zustände", herausgegeben vom Fürsten Dolgorukow und Grafen Tolstoi, S. 170, Aufsatz von Siemiewski (in russischer Sprache).

Mit diesem gesetzgeberischen Akt war die reformatorische Tätigkeit Alexanders I. in der Sache der Bauernbefreiung abgeschlossen. Von Zeit zu Zeit tauchten noch Pläne auf, die Leibeigenschaft zu mildern und allmählich ganz aufzuheben; sie hatten fortschrittlich gesinnte Beamte und Privatpersonen zu Urhebern, blieben aber ohne jeden Einfluß auf die Regierung. Für eine Reform der bäuerlichen Verhältnisse sprachen sich auch in Literatur und Presse verschiedene fortschrittlich gesinnte Personen aus. Aber die Zensur stellte derartigen Erörterungen immer größer werdende Schwierigkeiten in den Weg, bis es gegen Ende der Herrschaft Alexanders I. einfach unmöglich wurde, für die Sache der Bauern reformatorisch in der Presse zu wirken.

Die Gewalt der Gutsherren über die Bauern erfuhr unter Alexander I. keinerlei Beschränkung; ebensowenig wurden von der Regierung die Leistungen geregelt, zu denen die Bauern ihren Herren gegenüber verpflichtet waren.

So nahm denn auch die Leibeigenschaft in Rußland gerade im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts und späterhin ihre wildesten, ausschweifendsten Formen an.

Die Regierung tat unter Alexander I. gar nichts, um die Leibeigenschaft im ganzen Reich auch nur zu erleichtern, noch viel weniger dachte sie an die Aufhebung der Leibeigenschaft; ja sie unterdrückte sogar jede private und soziale Initiative in dieser Richtung. Namentlich war das in der zweiten Hälfte der Herrschaft dieses Monarchen der Fall. Als z. B. im Januar 1818 der Kreis-Adelsmarschall Zawischa auf einer Adelsversammlung des Gouvernements Wilna vor einem zahlreichen Publikum eine Rede über die Befreiung der Bauern hielt, bekam der Gouverneur von Wilna auf Befehl Alexanders I. einen Verweis vom Ministerrat, weil er eine Erörterung der bäuerlichen Verhältnisse zugelassen hatte.

Einige Mitglieder der Aristokratie und des reichen niederen Adels, so Graf Woroncow, Fürst Mienschikow, Graf Potocki, Fürst Wiaziemski und die Brüder Turgenief, bemühten sich 1820 eine Gesellschaft zu gründen, deren Ziel die allmähliche Befreiung der Leibeigenen jedes einzelnen Mitgliedes sein sollte. Kaiser Alexander willfahrte diesen Wünschen jedoch nicht und

entschied: jedermann möge seine Angelegenheiten mit seinen Bauern für sich allein erledigen; freilich mußte jeder derartige Plan erst der Regierung vorgelegt werden.

Dagegen genehmigte der Kaiser 1819 einen Plan des Adels des Dünaburger (heute Dzwinsker) Kreises, wonach die Leibeigenschaft aufgehoben werden sollte, ohne die Bauern mit Land auszustatten. Die Einwilligung des Kaisers findet ihre Erklärung in dem Umstand, daß die Regierung damals selber in den baltischen Provinzen eine derartige Reform durchführte. Aber selbst dieses Projekt wurde nicht verwirklicht.

Unter Alexander I. erließ die Regierung auch ein Verbot: Leibeigene auf Jahrmärkten oder an Fabrikbesitzer zur Arbeit zu verkaufen (was nicht ihren Verkauf im allgemeinen ausschloß); ferner sollten die Besitzer von Leibeigenen diese nicht mehr in die Zwangsarbeit schicken dürfen. Schließlich wurde das Gesetz aufgehoben, wonach ein Freier, der eine Bäuerin heiratete, Leibeigener wurde.

Die Lage der Bauern, die privaten Gutsbesitzern gehörten, war unter Alexander entsetzlich. Die Besitzer verhängten nach Willkür Strafen über ihre Leibeigenen: Ruten, Stockschläge, Peitschen (Knuty) wurden überall angewendet. Todesfälle infolge dieser Strafen waren unter der Bauernschaft häufig.

Die Grundbesitzer unterhielten nicht selten Harems aus ihren weiblichen Leibeigenen, in welche auch die Ehefrauen der Bauern geschleppt wurden, wenn sie dem Geschmack der Herren entsprachen. Die Vergewaltigung unmündiger Mädchen war an der Tagesordnung.

Der Frondienst wuchs immer mehr an; die Arbeit der Leibeigenen wurde nach jeder Richtung immer mehr ausgenutzt; auf den Landgütern wurden Fabriken angelegt, wo die Bauern lange und schwer arbeiten mußten.

Versuchen wir die Fabrikzustände im damaligen Rußland mit einigen allgemeinen Zügen zu schildern.

Nach Tugan-Baranowski [1]) gab es in Rußland vor Peter dem

1) M. Tugan-Baranowski, Die russische Fabrik in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. I, S. 9 (auch deutsch erschienen, Sozialgeschichtliche Forschungen, Berlin 1900).

Großen fast gar keine umfangreichen industriellen Unternehmen, während nach seinem Tode ihre Anzahl auf 233 gestiegen war. Es waren dies teils private, teils staatliche Unternehmungen.

Die Umwandlung des Kleinbetriebes in Fabrikbetrieb war einfach deswegen unmöglich, sagt der eben angeführte Nationalökonom, weil bei der primitiven Technik, dem billigen Preis und der ordinären Qualität der angefertigten Produkte der Kleinbetrieb vorteilhafter war.

Der Entstehung spezieller Unternehmungen, die sich mit der Produktion von Gegenständen hätten befassen können, die das Kleingewerbe nicht hervorbrachte, wie feine Tuche und Leinen, Seiden- und andere Stoffe, standen zwei Hindernisse im Wege: einmal fehlte eine gelernte tüchtige Arbeiterschaft, weiter war der Absatz für solche Waren schwierig; waren doch die ausländischen Produkte, die mit einem kleinen Zoll eingeführt wurden, dank ihrer besseren Qualität der einheimischen Konkurrenz überlegen [1]). Erst die Bedürfnisse des Staates schufen in Rußland eine Großindustrie. Wir sehen denn auch, wie sich die Industrie entfaltet, je machtvoller der Staat wird. Manche Fabriken gründete der Staat selbst, um sie nach einer gewissen Zeit Privatpersonen zu übergeben; auch gewährte er bei der Gründung industrieller Unternehmen bedeutende Unterstützungen.

Große Handelskapitalien hatten in Rußland schon vor Peter dem Großen existiert; unter dem Einfluß der eben angeführten Umstände entwickelte sich später allmählich auch eine große Industrie, die sich auf diese Kapitalien stützte. Die bedeutende Mehrzahl der Fabrikanten unter Peter dem Großen waren geborene Russen, die zu der Gruppe der reichen Kaufleute gehörten.

Erleichterte der Staat auch Privatpersonen die Gründung neuer Fabriken, indem er beträchtliche Summen für diesen Zweck auswarf, so war diese Tätigkeit der Regierung allein doch nicht ausreichend. Die Tatsache, daß schon im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts eine beträchtliche Anzahl von Fabriken entstand, läßt sich nur dadurch erklären, daß schon das damalige Rußland eine wirtschaftlich kräftige Schicht kapitalistischer Kaufleute umfaßte.

1) Ebenda S. 9.

Aus welchen Elementen setzten sich nun die russischen Fabrikarbeiter damals zusammen?

Anfangs waren in den Fabriken Bauern beschäftigt, die ihren Herren davongelaufen waren und sich jetzt freiwillig zur Arbeit verdingten, und weiter Leute, die die Regierung zu dieser Arbeit bestimmt hatte. Mitunter wurden neugegründeten Fabriken ganze Dörfer mit ihrer leibeigenen Bevölkerung zugewiesen. Zu Beginn der Regierung Peters des Großen ging jedoch der Staat meist von dem Grundsatz aus, es sei Sache der Fabrikanten, sich ihre Arbeiter selbst zu beschaffen. Doch erwies sich bald, daß die freien Arbeiter für die Besitzer bei weitem unvorteilhafter waren, als die unfreien. In erster Reihe fehlte es an Arbeitern, die ihr Fach beherrschten; diejenigen, die durch längere Fabrikarbeit eine gute Übung erlangt hatten, waren mithin für die Fabrikanten eine wertvolle Erwerbung, die sie zu verlieren befürchteten. Auch vertrug sich die geringe Produktivität der damaligen Arbeit vorzüglich mit ihrem Zwangscharakter. Endlich fehlte es an Arbeitskräften überhaupt. Die Regierung suchte diesem Mangel dadurch abzuhelfen, daß sie Vagabunden und Verbrecher bestimmter Kategorien in die Fabriken schickte. Aber das genügte nicht. So gestattete denn Peter der Große mit einem Ukas vom Jahre 1721 den Kaufleuten, Dörfer mit den dazu gehörigen Leibeigenen zu kaufen. Die Bauern sollten zur Fabrikarbeit verwendet werden dürfen, doch unter der Bedingung, sie nie von den Fabriken zu trennen. Doch damit nicht genug: 1736 erlangten die Fabrikanten einen Ukas der Zarin Anna Iwanowna, wonach alle Fabrikarbeiter, die im Jahre 1736 in Arbeit standen, mitsamt ihren Familien an die Fabriken gefesselt, d. h. leibeigen wurden, aus welchen sozialen Gruppen sie immer hervorgegangen sein mochten.

Der russische Adel betrachtete das den Kaufleuten und Fabrikanten von Peter dem Großen verliehene Recht, Dörfer mit leibeigenen Bauern zu kaufen, mit scheelen Augen; das Resultat war ein Ukas Peters III. vom Jahre 1762, den einige Monate später Katharina II. bestätigte und wonach dieses Recht wieder aufgehoben wurde. Kaiser Paul gestattete 1798 mit einem neuen Ukas den Ankauf von Leibeigenen zur Beschäftigung in Fabriken

und Alexander I. hob endlich diese Verfügung im Jahre 1816 endgültig auf.

Als unter Katharina II. der Einfluß des Adels auf die Regierung immer stärker wurde, begann der Staat das kleine bäuerliche Gewerbe zu fördern, welches man damals für den Staat als nützlicher erachtete, denn die Großindustrie; nichtsdestoweniger wuchs die Anzahl der Fabriken damals beträchtlich. Zur Zeit der Thronbesteigung Katharinas II. zählte man 984 Fabriken, in ihrem Todesjahr 3161. Wir sehen also, wie sich die Fabrikindustrie in Rußland auch ohne besondere Unterstützung durch die Regierung schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts günstig entwickelte. Um diese Zeit begann auch der Adel Fabriken zu gründen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich die unfreie Arbeit in Fabriken als immer weniger vorteilhaft erwiesen: die industrielle Entwicklung verlangte immer dringender produktivere und bessere Leistungen. Diesen Anforderungen entsprach die Arbeit der an die Fabrik gefesselten Leibeigenen nicht mehr, und wir sehen denn auch, wie die freie Arbeit in den Fabriken allmählich mehr und mehr in Verwendung kommt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bildeten die freien Arbeiter, die sich auf Zeit verdingten, bereits 48 Prozent der überhaupt in Fabriken beschäftigten Arbeiterschaft.

Es ist äußerst charakteristisch, daß die Fabriken, die vom Staate gegründet oder unterstützt wurden und die in erster Reihe den Bedürfnissen des Staates Rechnung trugen, hauptsächlich mit unfreien Leuten arbeiteten, während die selbständig entstandenen Fabriken, die einem Bedürfnis der Gesellschaft ihren Ursprung verdankten, meist eine freie Arbeiterschaft hatten.

Gegen Ende der Regierung des Kaisers Alexander I. gab es in Rußland 5621 Fabriken, die 210568 Arbeiter beschäftigten; davon waren 96053 leibeigen, während 114515 der freien Bevölkerung angehörten. Die leibeigenen Arbeiter teilten sich wieder in zwei Kategorien, in die „Erbguts"-Arbeiter (Wotschinny), die den Grundbesitzern gehörten, und in die „Possessions"-Arbeiter. Letztere arbeiteten auf den „Possessions"-Fabriken, d. h. solchen, die vom Staate Unterstützungen in der Form von Grund und

Boden, Gebäuden und leibeigenen Arbeitern erhielten oder auf Regierungskosten erbaut worden waren; „Possessions"-Fabriken nannte man auch solche, deren Besitzer das besondere Recht erhalten hatten, Leibeigene zu kaufen, wozu sie von Standes wegen nicht berechtigt waren.

Die erstere Kategorie, die leibeigenen „Erbguts"-Arbeiter, waren ihren Herren nicht nur tatsächlich, sondern auch rechtlich auf Gnade und Ungnade preisgegeben, wie die Bauern, die privaten Herren gehörten; die zweite Kategorie der unfreien Arbeiter (die „Possessions"-Arbeiter) waren tatsächlich in der gleichen Lage, theoretisch aber hatte sich der Staat das Recht vorbehalten, ihre Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, und er verbesserte sie mitunter unter dem Druck von Aufständen, Revolten und Klagen.

Im Jahre 1825 gab es 66725 leibeigene „Erbguts"- (Wotschinny) Fabrikarbeiter und 29328 „Possessions"-Fabrikarbeiter. Im Todesjahre Alexanders I. war die Anzahl der freien Fabrikarbeiter die weithin größte, sie betrug damals 114515 Arbeiter, an zweiter Stelle standen die „Erbguts"-Fabrikarbeiter, an dritter Stelle erst die „Possessions"-Fabrikarbeiter.

Wie schon oben angedeutet, war die Fabrikarbeit für die bäuerliche Bevölkerung der Schrecken der Schrecken; die Arbeitsbedingungen waren entsetzlich. Der Arbeitstag war sehr lang, an Lohn erhielten die unfreien Arbeiter meist viel weniger als die freien; mitunter bekamen sie auch gar nichts, in anderen Fällen wurden sie mit Naturalien entlohnt.

Die Aufstände der Fabrikarbeiter waren häufig und hatten namentlich für die „Possessions"-Arbeiter schwere Strafen zur Folge. Die Widerspenstigen wurden unbarmherzig, oft bis zu Tode geprügelt. Die Arbeiter überschwemmten die Zentralregierung mit Klagen; in solchen Fällen wurde gewöhnlich eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt, die sich in der Regel aus rückschrittlichen, den Fabrikanten freundlichen Elementen zusammensetzte. So kamen diese Kommissionen denn auch meistens zu dem Ergebnis, der Aufruhr habe seinen Grund in der „Faulheit" oder dem „Ungehorsam" der Arbeiter. Die Arbeiter wieder ließen sich durch solche Mißerfolge nicht

abschrecken und führten ihren Kampf gegen die Fabrikanten oft jahrelang; mitunter gelang es ihnen auch, eine Verkürzung des Arbeitstages, bessere Löhne oder eine bessere Behandlung usw. durchzusetzen. Die Geschichte dieser Kämpfe ist als ein Beispiel der ungewöhnlichen Energie der Arbeiter interessant, die sie trotz ihrer furchtbaren Leiden sowie der unmenschlichen Ausbeutung, der Grausamkeit und Habgier der Fabrikanten entwickelten. Die Regierung stand fast immer auf seiten der Fabrikanten und befahl diesen nur mitunter einige Konzessionen zu machen, wenn die Gefahr bestand, daß der Aufruhr auf die umliegenden Dörfer übergreifen könne.

Die Kämpfe und Aufstände der Fabrikarbeiter waren länger, hartnäckiger und energischer als die entsprechenden Ausbrüche von Unzufriedenheit bei der bäuerlichen Bevölkerung. Aber die einen wie die anderen traten sporadisch auf und blieben auf bestimmte Ortschaften beschränkt. Sie umfaßten nie größere Volksmassen und waren so nur wichtige Symptome der späteren Kämpfe; damals bildeten sie weder für die Regierung, noch für die besitzenden Klassen eine besondere Gefahr.

Zu einer furchtbaren Plage Rußlands waren in der zweiten Hälfte der Regierung Alexanders I. die militärischen Ansiedlungen, die sogenannten soldatisch-landwirtschaftlichen Kolonien geworden. Das Leben in diesen Ansiedlungen war bis auf die kleinsten Einzelheiten von der Regierung geregelt und die Beschäftigung äußerst hart und mühevoll, die Sterblichkeit stieg bis auf 10 Prozent. Sehr häufig waren Schlaganfälle und Melancholie [1]).

Auf den ersten Blick war die Ordnung in den militärischen Kolonien bewunderungswürdig. Die Dörfer waren nach einem bestimmten Plan gebaut; die Stuben in den Häusern waren sauber, hatten alle das gleiche Aussehen und waren nach den Begriffen der damaligen Zeit sogar mit einem gewissen Luxus ausgestattet. In den Ansiedlungen gab es Boulevards, Siechenhäuser, Schulen und kleine Kreditbanken.

---

1) Downar-Zapolski, Die Ideale der Dekabristen, S. 20 (in russischer Sprache).

Doch hatten die Ansiedlungen auch zahlreiche Mängel rein wirtschaftlicher Natur; bei ihrer Gründung wurde niemals der Charakter der Bodenbeschaffenheit und die Tauglichkeit der Gegend zum Ackerbau in erster Reihe berücksichtigt; häufig mußten Sümpfe erst trockengelegt und mit Gestrüpp bewachsene Strecken erst gerodet werden; auch wurden unverhältnismäßig viel Menschen an einer Stelle zusammengepfercht; wo 720 Personen hätten existieren können, wurden tausend angesiedelt. Auch lagen die Ackerparzellen von den Ansiedlungen weit entfernt.

Der Grund und Boden sowie die bewegliche Habe wurde den Kolonisten als Besitz übergeben, doch mußte der Soldat, der in dieser Weise angesiedelt wurde, sich gut führen und verheiratet sein; im entgegengesetzten Falle konnten seine Vorgesetzten ihm „den Besitz“ wieder entziehen. Dieser Umstand bewirkte frühe Heiraten und eine zahlreiche Nachkommenschaft.

In den Ansiedlungen brachen mehr als einmal Aufstände aus, die tragisch endeten. So wurden nach dem Tschugujewski-Aufstand 245 Personen zum Tode verurteilt. Man „begnadigte“ sie jedoch und ließ die Schuldigen dafür zwölfmal hintereinander durch eine Reihe von tausend Soldaten Spießruten laufen. Viele von ihnen starben während der furchtbaren Strafe.

Die Übergriffe der Beamten waren unter Alexander I. ungeheuerlich. So wurde der Gouverneur des Kostromer Gouvernements, Pasynkow, in zweiundzwanzig Fällen der Bestechung und unrechtmäßigen Erhebung von Geldbeträgen bei der Einwohnerschaft überführt; ein gleiches widerfuhr dem Gouverneur von Tula, Bogdanow, in acht Fällen. Eine Revision des Senators Miasojedow im Gouvernement Nowogrod[1]) ergab, daß die Verordnungen des Zaren dort zehn Jahre nach ihrer Ausgabe noch nicht befolgt wurden. Der gleiche Senator mußte dreihundert Beamte aus dem Gouvernement Kursk dem Gericht übergeben.

Kaiser Alexander I. beschäftigte sich wenig mit den inneren Angelegenheiten Rußlands, da die auswärtige Politik seine ganze Aufmerksamkeit fesselte. Er war im allgemeinen viel auf Reisen und beschäftigte sich auch, wenn er in Rußland war, in erster

1) Ebenda S. 21.

Reihe mit militärischen Übungen. Seine Anforderungen in dieser Hinsicht waren so groß, daß sie sogar seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, der selbst ein großer Pedant war, zu boshaften Bemerkungen reizten. Während der zweiten Hälfte der Regierungszeit Alexanders I. lag die Herrschaft über Rußland tatsächlich in den Händen eines kaiserlichen Günstlings. Araktschejew war ein beschränkter und grausamer Mensch und ein Tyrann. Alexander kannte ihn von klein auf und liebte ihn wegen seiner hündischen Anhänglichkeit. Araktschejew war von einem blinden Gehorsam beseelt und erfüllte alle Befehle seines Herrn genau; er war auch nicht habgierig wie die anderen. Sein Regime wurde für Rußland zu einer entsetzlichen Landplage. Die „Militärkolonien" waren zum großen Teil sein Werk; Araktschejews Streben ging lediglich dahin, im ganzen Lande soldatische Strenge einzuführen und das Aufkommen von Bildung und Aufklärung zu hindern.

In gleichem Maße wie Alexander I. in der ersten Zeit seiner Herrschaft die Entwicklung der Bildung im allgemeinen förderte und für die Pflege von Literatur und Wissenschaft eintrat, war in der zweiten Hälfte seiner Regierung jeder freie Gedanke völlig unterdrückt. Die Universitäten wurden der Aufsicht von Menschen ausgeliefert, die bestrebt waren, jeden wissenschaftlichen Geist an ihnen auszurotten. Die Regierung fürchtete sich vor jeder Kritik der staatlichen Ordnung und war in beständiger Sorge, die Religion könne untergraben werden.

Kaiser Alexander I. hatte einen komplizierten Charakter, der viele Gegensätze nebeneinander barg. Man kann allerdings heute ruhig den Satz aufstellen, daß er niemals ein aufrichtiger Anhänger der politischen Freiheit war; nichtsdestoweniger läßt sich nicht leugnen, daß er wenigstens zu Beginn dem „aufgeklärten Absolutismus" zuneigte, die Wissenschaft schützte und bereit war, gewisse wichtige Reformen durchzuführen. Doch verschwand das später alles. Alexander I. scheint viel Gewicht auf die Meinung Westeuropas gelegt zu haben; er hatte offenbar den Wunsch, dort als ein humaner Regent mit weitem Blick und als ein Freund geistiger Bestrebungen zu gelten. Unvergleichlich weniger lag ihm wohl an der Meinung seines eigenen Volkes.

Die neuen Forschungen von Simon Aschkenasy haben ergeben, daß die Konstitution im Königreich Polen nicht völlig das Ergebnis einer freiwilligen Handlung Alexanders I. war; bis zu einem gewissen Grade handelte er dabei auch unter dem Drucke jener Kreise der polnischen Gesellschaft, hinter denen das Heer des früheren Fürstentums Warschau stand. Das Königreich Polen erhielt zwar eine Konstitution, wurde aber gleichzeitig auf Gnade und Ungnade dem Großfürsten Konstantin, einem Bruder des Kaisers, ausgeliefert, der das Heer befehligte. Auch Finnland bekam eine Konstitution, die im allgemeinen die früheren schwedischen Gesetze anerkannte und dadurch sicherte sich der Kaiser die Sympathien der Bevölkerung. Finnland hatte keine besondere politische Bedeutung für Rußland, schützte jedoch die Hauptstadt im Norden. In Rußland selbst gab der Absolutismus dem Kaiser die Möglichkeit, nach Gutdünken vorzugehen, und dieser Punkt war für ihn der wichtigste. Er dachte selbst hin und wieder fast auch an eine Konstitution für Rußland und befahl sogar die Ausarbeitung entsprechender Entwürfe, aber keiner der vorgelegten Pläne vermochte ihn zu befriedigen, vermutlich weil er in den Grundprinzipien der staatlichen Ordnung unmögliche Widersprüche vereinigen wollte: einerseits sollte die Gesellschaft an der Regierung teilnehmen, anderseits sollte sein eigener unumschränkter Wille herrschen. So ergab sich ein politisches Problem, dessen Lösung ausgeschlossen war.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine immer stärkere Reaktion auf der russischen Gesellschaft oder wenigstens ihren höheren Kreisen lastete. Die Gründe für diese Erscheinung lassen sich nur mutmaßen.

Rußland selbst war nicht der Schauplatz von gewaltsamen revolutionären Bewegungen, die eine rückschrittliche Gegenströmung hätten erzeugen können. Aber die europäischen Ereignisse, namentlich Napoleons russischer Feldzug wirkten im entgegengesetzten Sinne auf die Meinung der entscheidenden Kreise. In gleicher Weise wurde ein sehr beträchtlicher Teil der höheren und mittleren Schichten der Bevölkerung beeinflußt.

Nach 1815, als Alexander sich an Metternich anschloß, erstarkte die Reaktion noch mehr; allerdings wurden auch nach

diesem Zeitpunkt noch Reformprojekte, ja selbst der Plan einer Konstitution für Rußland ausgearbeitet.

Der russisch-französische Krieg im Jahre 1812 weckte starke patriotische Gefühle im russischen Volke und zwar im gleichen Maße in den höheren, wie in den niederen Schichten. In der Intelligenz wuchs die Liebe zu Rußland, die Tradition der Vergangenheit wurde stärker als zuvor, ein allgemeiner Unwille gegen das Nachäffen westeuropäischer Gebräuche machte sich geltend.

Die Bauernschaft zeigte 1812 im Kampf mit der französischen Armee viel Vaterlandsliebe und Opferfähigkeit, auch hegten die Bauern die Hoffnung, sie würden nach dem Krieg durch die Aufhebung der Leibeigenschaft belohnt werden. Aber diese Hoffnungen wurden getäuscht. Die allgemeine Reaktion war vielmehr einer Reform der bäuerlichen Zustände nicht günstig.

Ein Ausdruck der konservativen Anschauungen war die berühmte Denkschrift, die der bekannte russische Historiker Karamzin Alexander I. überreichte. Karamzin versuchte die Notwendigkeit des Absolutismus für Rußland darzulegen. Er trat für die Leibeigenschaft der Bauern und andere Eigentümlichkeiten der alten Ordnung im Staate ein und formulierte auch Prinzipien einer „vaterländischen Politik", die die Regierung befolgen sollte. Kaiser Nikolaus I. führte dieses Programm vollständig aus.

Die Konstitution im Königreich Polen reizte die höheren und mittleren Schichten in Rußland; die Konservativen nahmen an der Tatsache Anstoß, daß überhaupt Länder, die unter Alexanders Herrschaft standen, eine Konstitution besaßen; die fortschrittlich Gesinnten fanden es beleidigend, daß die „eroberten Länder" sich einer politischen Freiheit erfreuten, die dem eigentlichen Rußland nicht zuteil wurde.

In geistiger Beziehung fand die Reaktion ihren Ausdruck in einer Neubelebung des religiösen Gefühls, pietistische und mystische Richtungen entstanden; auch die orthodoxe Kirche gewann damals an Macht und Einfluß.

Doch diese politisch-sozial-geistige Reaktion erstreckte sich durchaus nicht auf die ganze Gesellschaft: ein gewisser Teil der

Bevölkerung stand unter dem Einfluß fortschrittlicher westeuropäischer Gedanken; eine andere Gruppe wieder, die sich aus Mitgliedern der Aristokratie und des niederen Adels zusammensetzte und vorwiegend aus Offizieren bestand, hatte während der Napoleonischen Kriege außerhalb der Grenzen Rußlands in unmittelbarer Nähe politische und soziale Zustände ganz anderer Art, als sie im Vaterlande herrschten, kennen gelernt und hatte sich dadurch gleichfalls jener westeuropäischen Gedankenwelt genähert.

Auch dieser Umstand mußte dazu beitragen, die freiheitlichen Bestrebungen in Rußland selbst zu festigen.

Infolge all dieser Verhältnisse entwickelte sich während der Herrschaft Alexanders I. eine größere Differenzierung der politischen, sozialen und intellektuellen Welt, als sie bis dahin bestanden hatte. Diese Differenzierung selbst aber gab wieder den Anstoß zur Entstehung der ersten politischen Geheimgesellschaften, die sich den Umsturz der bestehenden politischen und teilweise auch der sozialen Ordnung (Aufhebung der Leibeigenschaft) zum Ziel setzten.

Drittes Kapitel.

Die geheimen politischen Gesellschaften in Rußland unter Alexander I.

I.

Die Offizierskreise Rußlands, sowohl die dem hohen, als auch die dem niederen Adel angehörigen, hatten unter Alexander I. eine recht eingehende Kenntnis der zeitgenössischen westeuropäischen Verhältnisse; die russische Armee hatte sich lange Zeit in verschiedenen europäischen Staaten, namentlich in Frankreich aufgehalten, und die Offiziere waren so in der Lage gewesen, das politische und soziale Leben des Auslandes in seinen verschiedenartigen Formen aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Sie hatten auch Gelegenheit gehabt, die ausländische Literatur kennen zu lernen, die sich mit sozialen und politischen Fragen beschäftigte. Außerdem gab es Leute, die teils zu ihrer Ausbildung, teils zu ihrem Vergnügen längere Zeit im Auslande gelebt hatten. Der ungeheure Gegensatz zwischen Rußland und Westeuropa mußte in dem aufgeklärteren und vorgeschritteneren Teil der russischen Gesellschaft den heißen Wunsch nach Veränderungen erwecken; Bestrebungen nach dieser Richtung mußten auftauchen. Auch diese Bemühungen fanden im politischen Leben Westeuropas fertige brauchbare Vorbilder: die politischen Geheimgesellschaften mit dem Zwecke gesellschaftlicher Reform.

Unter dem Einfluß unserer zeitgenössischen Zustände in Staaten mit gefestigter konstitutioneller Ordnung und weiter unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Theorie und Praxis hat man sich daran gewöhnt, Verschwörungen im allgemeinen geringschätzig zu behandeln; sie gelten als völlig verfehlte Formen

der sozialen und politischen Bewegung, die niemals etwas Wichtiges geleistet hätten, noch leisten könnten. Nur die Massenbewegungen sind es, die sich heute der allgemeinen Anerkennung erfreuen. Aber dieser Gesichtspunkt ist ein äußerst enger, da er sich bemüht, die Formen der sozialen und politischen Bewegung einer bestimmten Epoche als die für alle Zeiten und Staaten überhaupt allein gültigen und vernünftigen hinzustellen. Für eine historisch-evolutionistische Betrachtung der sozialen und politischen Ereignisse ist dieser Standpunkt verfehlt. Überdies beweist die Geschichte, daß in gewissen Zeiten gesellschaftlicher Entwicklung Verschwörungen als allgemeine Erscheinung auftreten und somit eine notwendige Manifestation des Massenlebens sind; die Geschichte beweist auch, daß Verschwörungen durchaus nicht immer mit einer Niederlage endeten oder nur oberflächliche Veränderungen zur Folge hatten: im Gegenteil, sie bereiteten oft eine Massenbewegung vor und bildeten oft die Veranlassung zu wichtigen politischen Umgestaltungen.

Die Verschwörungen in der Zeit der Restauration und der der Juli-Monarchie bereiteten in Frankreich die Revolution von 1830 und 1848 vor, deren Folgen durchaus nicht vorübergehend und oberflächlich waren. Die militärischen Verschwörungen spielten in der Geschichte Spaniens im 19. Jahrhundert eine ungeheure, ja sogar ausschlaggebende Rolle, als es sich darum handelte, den staatlich-rechtlichen Zustand des Landes vom Absolutismus zur Konstitution hinüberzuleiten. Die Einheit Italiens war das Ergebnis einer langjährigen Verschwörertätigkeit, die geschickt die internationalen politischen Zustände auszunutzen wußte; ohne die Aktion der Karbonari, ohne die Verschwörungen von Mazzini und die Kämpfe der Verschwörer unter Garibaldi wäre dieses große historische Ereignis überhaupt nicht denkbar. Verschwörungen bereiteten den berühmten griechischen Aufstand vor. Diese Beispiele genügen, um die sehr bedeutende Rolle von Verschwörungen in gewissen Phasen der sozialen Entwicklung zu beweisen.

Wo das geistige Niveau der breiten Volksmassen sehr niedrig und das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft wenig differenziert ist, wo große Industriezentren fehlen, in denen sich

eine zahlreiche Fabrikarbeiterschaft ansammeln könnte, wo die Möglichkeit fehlt, offen vorzugehen, wo die Verkehrsmittel schlecht sind und die Gesellschaft infolgedessen nicht als Gesamtheit rasch auf politische und soziale Ereignisse reagieren kann, dort sind Verschwörungen die einzig mögliche Form politischer und sozialer Kämpfe gegen den bestehenden Zustand der Dinge.

Wo andere Verhältnisse herrschen, dort fehlen die Bedingungen, unter denen sich Verschwörungen bilden und bestehen können. Wo aber die politischen und sozialen, sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Zustände einen Übergang von den eben geschilderten zu den jetzt in Westeuropa herrschenden Verhältnissen bilden, dort haben Verschwörungen eine gewisse Bedeutung. Indes sie sind in diesem Falle weder die einzig mögliche, noch die allein genügende Form der politischen und sozialen Bewegung: neben ihnen muß in diesem Falle eine Massenbewegung bestehen, sie müssen sich auf eine solche stützen und ihr gegebenenfalls Ausdruck verleihen, wenn aus den einen oder anderen Gründen diese Massenbewegung in einem bestimmten Augenblick keine scharfen Formen annehmen kann oder will, aber doch existiert und verschiedene Zeichen ihrer Lebensfähigkeit gibt. Endlich kann eine Verschwörung einen späteren, organisierten Ausfluß der Massenbewegung vorbereiten.

Wir werden im Verlauf dieser Arbeit verschiedene Formen von Verschwörungen kennen lernen, die es in Rußland gab. Hier lag mir nur daran, die Einseitigkeit und das Verfehlte der herrschenden Ansichten über politische Verschwörungen im allgemeinen nachzuweisen. Ich bemerke noch, daß Verschwörungen fast immer in Zeiten absoluter oder halbabsoluter Regierungen entstehen, wenn die sozialen Kräfte weder frei organisiert sind noch es sein können, wenn das Volk keine Einheit bildet und eine starke zentralisierte Staatsgewalt die Herrschaft besitzt.

Eben diese Bedingungen herrschten in Rußland unter Alexander I., und so mußte denn auch der Kampf um die politische Freiheit, um die Aufhebung der Leibeigenschaft und andere Reformen notwendig die Formen der revolutionären Verschwörung und keine anderen annehmen.

Solange Kaiser Alexander I. selbst liberalen Gedanken zugänglich schien, solange die Regierung nach verschiedenem Hin- und Herschwanken von Zeit zu Zeit einen Schritt in der Richtung einer fortschrittlichen Politik machte, so lange traten auch freiheitliche und demokratische Bestrebungen nur in stillen und lauten Wünschen, in Reden im Freundeskreise und in privaten Briefwechseln hervor; mitunter machten sie sich auch in Zeitungen und Büchern geltend, soweit die Zensur es gestattete. Als 1812 der französische Einfall zurückgeworfen wurde, hoffte man allgemein auf einschneidende Reformen; aber diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Nach dem Wiener Kongreß von 1815 wurde die Politik Alexanders I. mit jedem Jahre konservativer; so entstanden denn auch gerade damals in Rußland die ersten Geheimgesellschaften, die sich mit Politik beschäftigten und den Charakter einer Verschwörung annahmen.

II.

Fast gleichzeitig bildete sich in vielen russischen Köpfen, die mit den bestehenden Zuständen unzufrieden waren, die Idee einer geheimen politischen Gesellschaft. Als erster trat General M. Orlow für diesen Gedanken ein. Er kehrte 1814 nach Rußland zurück, voller Bewunderung für den deutschen Tugendbund, eine politische Gesellschaft von halb geheimem Charakter, die sich die Befreiung Deutschlands vom fremden Joch, sowie die nationale, politische und moralische Wiedergeburt des Landes zum Ziel gesetzt hatte. Die Gesellschaft bestand mit Wissen des Königs und der preußischen Regierung und spielte tatsächlich in der Geschichte Deutschlands eine wichtige Rolle. General Orlow träumte davon, einen ähnlichen Bund in Rußland zu gründen. Die Gründung des Königreichs Polen im Jahre 1815 hatte in zahlreichen Kreisen der russischen Gesellschaft große Unzufriedenheit erzeugt. Orlow schrieb in dieser Angelegenheit einen Brief an Alexander I., um sein Bedauern über diesen Schritt der Regierung auszudrücken. Dieser Brief wurde zwar dem Kaiser nicht zugestellt, aber der Monarch erfuhr seinen Inhalt und war über Orlows Vorgehen sehr aufgebracht. Das neuentstandene Königreich Polen war für Orlow ein Grund mehr geworden, zur Verwirk-

lichung seines Planes zu schreiten; um so mehr als er befürchtete, eine geheime polnische Gesellschaft beeinflusse den Kaiser. Orlow wollte diese polnischen Einflüsse auf die Person des Herrschers, die er mutmaßte, dadurch lähmen, daß er ihnen den Einfluß einer geheimen russischen Gesellschaft gegenüberstellte. Da er die Jahre 1815 und 1816 vorwiegend in Paris verbrachte, konnte er seine Absicht zunächst nicht ausführen. Erst Ende 1816 und zu Beginn des Jahres 1817 beschäftigte er sich von neuem mit seinem Plane. Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, ob er wirklich eine politische Geheimgesellschaft gründete; doch geht aus den Aussagen von Nikita Murawjew hervor, daß er schon 1817 eine „Gesellschaft der russischen Ritter“ [1]) gegründet haben muß. Es gelang jedoch dieser Vereinigung offenbar nicht, sich durchzusetzen, da wir keinerlei Spuren ihrer Tätigkeit haben. Im Grunde genommen war diese Vereinigung nur der Keim einer wichtigeren Organisation.

Zur selben Zeit wie Orlow dachte auch der Oberst und spätere General M. I. von Wizin an die Gründung einer geheimen Gesellschaft; doch beschränkte er sich auf den Eintritt in eine von anderen gebildete Vereinigung.

Downar-Zapolski ist nicht ohne Grund geneigt, den Beginn dieser Gesellschaft in dem kleinen Verein der Gardeoffiziere des Siemionower Regiments [2]) zu sehen, von dem Jakuschkin in seinen Memoiren erzählt. Der Verein entstand nach der Rückkehr der Garde aus dem Auslande und hatte gemeinsame Beratungen zum Zweck; außerdem sollten die Mitglieder sich mit Lektüre, Diskussionen und Schachspiel beschäftigen. Für die obige Annahme spricht der Umstand, daß an den späteren Geheimgesellschaften verhältnismäßig viele Offiziere des Siemionower Regiments teilnahmen. Der Verein der Gardeoffiziere des Siemionower Regiments wurde noch 1815 gegründet und umfaßte 15 bis 20 Offiziere. General Potomkin, dem das Regiment

---

1) Siehe in den von Downar-Zapolski herausgegebenen „Memoiren der Dekabristen“ die Aussagen von Nikita Murawjew S. 47. 48 (auch deutsch in der Bibliothek wertvoller Memoiren, Hamburg 1907).

2) Downar-Zapolski, Die Geheimgesellschaft der Dekabristen (in russischer Sprache) S. 5.

unterstand, war ein Gönner des Vereins; als jedoch der Kaiser Alexander I. von dessen Bestehen Kenntnis bekam, befahl er, die gemeinsamen Beratungen, die gemeinsame Lektüre und die Diskussionen einzustellen. Im Verein der Offiziere waren viele ausländische Zeitungen gelesen worden und man hatte die mannigfaltigsten politischen und sozialen Ereignisse besprochen; ein ernster Geist hatte sich so unter den Mitgliedern verbreitet und hatte die Gedanken der einzelnen dahin gebracht, sich mit der Lösung wichtiger Probleme zu befassen. Die Offiziere begnügten sich nicht mit vereinzelten Diskussionen, man besprach vielmehr im Verein eingehend die Bedürfnisse des russischen Volkes sowie diejenigen einzelner sozialer Schichten und die staatliche Organisation des Landes.

Eine Reihe von Offizieren war 1816 für den Gedanken einer geheimen politischen Gesellschaft völlig reif. Die Initiative ergriff Alexander Murawjew, den sein Vetter Nikita von Anfang an unterstützte. Zu ihnen gesellten sich bald der Fürst Sergius Trubezkoj, Jakuschkin und die Brüder Sergius und Matthäus Murawjew Apostol. Das letzte Ziel der Gesellschaft war zweifellos die Umwandlung der russischen Staatsordnung in eine Konstitution. Manche Beweise sprechen dafür, daß von Anfang an die Forderung einer konstitutionellen Monarchie klar formuliert wurde [1]); andere wieder gehen dahin, daß man zu Beginn das Wohl Rußlands als Hauptziel hinstellte; zu diesem Zwecke wollte man zunächst den Einfluß der Ausländer auf die staatlichen Angelegenheiten ausschalten [2]), die Umwandlung der staatlichen Ordnung dagegen sollte erst später in Angriff genommen werden.

Bald nach Entstehung der Gesellschaft wurde eines ihrer ersten Mitglieder, Jakuschkin, zu einem Regiment versetzt, das erst im Gouvernement Tschernichow und später in Moskau lag. Hier gewann er den Kommandierenden seines Regiments M. I. von Wizin für die Gesellschaft. Von Wizin hatte, wie wir bereits wissen, bereits selbst an die Gründung einer Geheimgesellschaft gedacht; er war eine populäre Persönlichkeit von schätzenswertem Charakter und großer Bildung.

1) Dies die Ansicht von Nikita Murawjew.

2) Nach Jakuschkin.

Gleichzeitig gewann die Gesellschaft in Petersburg neue Mitglieder. Nikita Murawjew knüpfte Beziehungen mit P. I. Pestelj, dem Adjutanten des Fürsten Witgenstein, an und vermittelte auch dessen Bekanntschaft mit Alexander Murawjew. Pestelj trat der Gesellschaft bei. Er war vielleicht die hervorragendste Persönlichkeit in den russischen Geheimverbänden zur Zeit Alexanders I. Immer neue Mitglieder wurden für die Gesellschaft geworben, doch trug man Sorge, daß sie alle in hohem Maße mit geistigen und moralischen Eigenschaften ausgestattet waren. In kurzer Zeit traten der Gesellschaft folgende Offiziere bei: Nikolaus Nowikow, Ilia Bibikow, Ilia Dolgorukow, Sergius und Iwan Schipowow, Fürst Theodor Schachowskoj, Leo Perowski, Michael Lunin, Paul Lopuchin.

Anfangs hatte die Vereinigung keine bestimmte Organisation. Man unterschied zu Beginn einfach zwei Gruppen: die Führer und die Geführten, d. h. solche, denen die letzten Ziele der Gesellschaft bekannt waren, und die anderen, die man nicht völlig aufklärte.

Die Tätigkeit der Vereinigung bestand in der Verbreitung von humanen und freiheitlichen Anschauungen innerhalb der Gesellschaft, in der Kritik der allgemeinen Politik des Staates und einzelner Maßnahmen der Regierung und in dem Bestreben, eine öffentliche Meinung zu bilden. Übergriffe der Beamten wurden aufgedeckt, und Handlungen, die der Habgier, dem Despotismus, gemeinen Gefühlen und niedrigen Instinkten entsprangen, wurden einer scharfen Kritik unterworfen.

Gegen Ende des Jahres 1816 schritt man an die Ausarbeitung von Satzungen, welche die Ziele der Vereinigung festlegen sollten. Es handelte sich darum, welcher Mittel sich die Gesellschaft bei ihrer Tätigkeit bedienen sollte; auch sollte eine innere Organisation geschaffen und entsprechende Regeln aufgestellt werden.

Tatsächlich lag die Leitung der Vereinigung in den Händen von Paul Pestelj und Nikita Murawjew. Mit der endgültigen Ausarbeitung der Satzungen befaßten sich Pestelj, Trubezkoj und Dolgorukow; Sekretär dieser nicht gerade zahlreichen Kommission war der Fürst Schachowskoj. Die Arbeit war folgendermaßen verteilt: Dolgorukow sollte die Ziele der Vereinigung und die

Mittel zu deren Erreichung formulieren, Pestelj die Bedingungen aufstellen, unter denen Mitglieder in die Vereinigung aufzunehmen waren, ebenso wurde ihm die Ausarbeitung der inneren Geschäftsordnung übertragen; Trubezkoj hatte die Regeln auszuarbeiten, die bei der Werbung neuer Mitglieder beobachtet werden sollten, und den Umfang ihrer Tätigkeit zu bestimmen [1]).

Anfang Januar waren die Satzungen fertig und wurden von den Mitgliedern angenommen. Sie sind uns leider nicht erhalten geblieben; nur die allgemeinen Umrisse, die Organisation der Vereinigung und ihr politischer Charakter sind uns bekannt.

Die Vereinigung erhielt den Titel „Bund der Erlösung oder der wirklichen und treuen Söhne des Vaterlandes“ (Sojuz Spasienia ili istinnich i wiernich sinow Otietschestwa).

Die Mitglieder der Vereinigung waren in drei Kategorien geteilt, in die der Brüder, Männer und Bojaren (Bratja, Muschi, Bojare). Bojaren waren die Gründer der Vereinigung, die Höchstgestellten in der Hierarchie des Bundes; Männer waren diejenigen, die in die Geheimnisse der Vereinigung eingeweiht waren (wahrscheinlich die näheren und ferneren Ziele) und die endlich auf die Satzungen verpflichtet wurden; die Brüder endlich standen auf der untersten Stufe der Hierarchie, sie schworen der Gesellschaft Treue, kannten aber nicht alle, namentlich nicht die letzten Ziele.

Bojaren waren Alexander, Nikita und Matthäus Murawjew, Pestelj, Trubezkoj, Schachowskoj, Glinka, Nowikow, Lumin, Ilja Bibikow, W. A. Perowskij und der Fürst Lopuchin. Die Liste ist vielleicht nicht vollständig; sie ist den Aussagen der Teilnehmer an der revolutionären Bewegung vom Dezember 1825 und den Protokollen der Untersuchungskommission entnommen.

Die Bojaren wählten jeden Monat aus ihrer Mitte den Präsidenten, einen Aufseher und einen Sekretär. Die wirkliche Leitung des Bundes unterstand jedoch der Gesamtheit der Bojaren, dem „Höchsten Rat der Bojaren“. Bei einer Ausdehnung des Bundes sollten die einzelnen Kreise je von einer Duma geleitet werden, an deren Spitze wieder Abgeordnete stehen sollten,

1) Downar-Zapolski, Die Geheimgesellschaft usw., S. 10.

die vom „Höchsten Rat der Bojaren" zu bestimmen waren[1]. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund wurde eine Reihe komplizierter Formalitäten beobachtet, die ein wenig an das Zeremoniell der Freimaurer erinnerten. Zahlreiche und scharfe Diskussionen fanden gerade über diesen Punkt statt, ehe die Satzungen angenommen wurden. Endlich entschloß man sich auf beiden Seiten zu einem Kompromiß[2]). Die Mitglieder des Bundes mußten sich völlig an die Weisungen halten, die ihnen von den in der Hierarchie des Bundes Höherstehenden zuteil wurden. Die Bojaren mußten genau die Beschlüsse der Mehrheit ihrer eigenen Gruppe ausführen. Die Satzungen der Organisation waren offenbar streng, denn gerade dieser Umstand bewirkte die Unzufriedenheit mehrerer Mitglieder. Überhaupt müssen Ziele und Mittel in einer gewaltsamen und revolutionären Sprache formuliert gewesen sein — zum mindesten für die Eingeweihten —, da sich einige unschlüssige Mitglieder späterhin auch hierüber beklagten.

Schon 1816 oder 1817 sagte nach Pesteljs Aussagen Lunin, man werde im gegebenen Augenblick mit dem Zarenmord beginnen müssen.

Die humanitären, ethischen und kulturellen Ziele des Bundes bildeten nur die eine Seite seiner Tätigkeit, von der nur ein Teil der Satzungen handelte. Ein anderer befaßte sich mit der Umwandlung der russischen Staatsordnung in eine Konstitution. Die Mitglieder des Bundes, selbst Pestelj, betrachteten anfangs dieses letztere Ziel als in weiter Ferne liegend; später glaubten sie an eine bedeutend raschere Verwirklichung.

Die Mitglieder des Bundes gingen in ihren Ansichten auseinander; schon damals hatte die Republik in Nowikow und Pestelj entschiedene Anhänger. Auch in bezug auf die Taktik war man sich nicht einig; die einen wollten rasch und energisch auf die letzten Ziele des Bundes losgehen, andere mahnten zur Vorsicht und hielten die Vorbereitung der Gesellschaft und die Zusammenfassung der Kräfte für die wichtigste Aufgabe.

Der Bund breitete sich immer mehr aus; die einzelnen Mit-

1) Downar-Zapolski ebenda S. 12 und 13.

2) Downar-Zapolski behauptet zwar, die Gegner des Freimaurertums hätten das Übergewicht behalten (S. 11), beweist aber selber S. 10 das Gegenteil.

glieder waren infolge ihres militärischen Dienstes über ganz Rußland verstreut. Auch Orlow näherte sich der Organisation, nachdem er sich von der ungünstigen Entwicklung seiner Gründung überzeugt hatte.

Die Mitglieder des Bundes legten großes Gewicht darauf, hervorragende Stellungen im Staatsdienst, sowohl bei den Zivilbehörden, als beim Militär, einzunehmen; die Satzungen verboten sogar freiwillig aus dem Dienst zu scheiden.

Doch erschwerten die Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern eine weitere Entwicklung; die Organisation mußte entweder auseinanderfallen oder sich umwandeln. Eine allgemeine Zusammenkunft wurde nötig, um die strittigen Angelegenheiten zu besprechen. Der September 1817 brachte eine äußerst günstige Gelegenheit. Der Hof begab sich mitsamt der Garde, die viele Mitglieder des Bundes zählte, nach Moskau zur feierlichen Gründung des Klosters zum Erlöser auf den Worobjower Bergen. Auf diese Weise befanden sich gleichzeitig in Moskau: Alexander und Nikita Murawjew, Matthäus und Sergius Murawjew-Apostol, Glinka, von Wizin, Michael Murawjew, Koloschin, Burzew, Fürst Schachowskoj, Jakuschkin und Lunin.

Bei den Zusammenkünften der Mitglieder begannen die Streitigkeiten einen immer schärferen Charakter anzunehmen; die einen wollten dem „Bund der Erlösung“ einen gemäßigteren Charakter geben, als er derzeit trug. Die Tätigkeit der Organisation sollte sich ihrer Ansicht nach stärker der humanitären und ethischen Seite zuwenden und mehr von sozialer und friedlicher Art sein, als revolutionär-politisch; die anderen vertraten den entgegengesetzten Standpunkt. Unterdessen erhielt Michael Murawjew durch den Fürsten Lopuchin die Satzungen des deutschen Tugendbundes, die ihm ganz außerordentlich zusagten; die Anhänger der gemäßigten Richtung teilten sein Entzücken. Auf einer Versammlung schlug denn auch Michael Murawjew vor, die Gesellschaft möge die Satzungen des Tugendbundes an Stelle derjenigen des Bundes der Erlösung annehmen. Der Vorschlag stieß anfangs auf starken Widerspruch, so daß Michael Murawjew und Peter Koloschin aus dem Bund austraten. Nach langen Erörterungen wurde jedoch ein neues Statut angenommen, das sich

stark an die Verfassung des Tugendbundes anlehnte. Infolgedessen hatte der „Bund der Erlösung“ als solcher aufgehört, die neue Vereinigung erhielt den Namen „Bund des Glücks“ (Soiuz Blagodienstwia) oder „Grünes Buch“, so genannt nach der Farbe des Umschlages der neuen Satzungen der Vereinigung. Nikolaus Murawjew schlug vor, diese Statuten Alexander I. zur Bestätigung vorzulegen. Der Antrag fand jedoch Widerspruch und ging nicht durch.

Die Umwandlung des „Bundes der Erlösung“ in den „Bund des Glücks“, der im Vergleich mit dem früheren in seinen Zielen unbestimmt war, beweist, daß schon das damalige Rußland selbst in den Kreisen, wo man der Politik der Regierung und der ganzen absolutistischen Staatsordnung Rußlands sehr kritisch gegenüberstand, nur wenige Köpfe zählte, die zu einem energischen, rücksichtslosen, revolutionären Kampf gegen den bestehenden Zustand der Dinge entschlossen waren. Der „Bund der Erlösung“ hatte kaum eine größere Ausdehnung gewonnen, als auch schon die schwankenden Elemente Oberhand bekamen. Vielleicht hatte ein Teil der radikalen Mitglieder ihre Einwilligung zu der Änderung der Satzungen und der Umwandlung der Organisation nur in der Hoffnung gegeben, auf diese Weise eine größere Gruppe zu gewinnen, der man allmählich ein mehr revolutionäres Gepräge würde geben können. Man begreift sonst schwer, warum Michael Murawjew und Koloschin anfangs eine nur unbedeutende Minderheit für sich hatten.

Ende 1817 und Anfang 1818, als die Mitglieder der geheimen Gesellschaft in Moskau weilten, gründete Alexander Murawjew, wahrscheinlich weil ihn der Charakter der neuen Organisation nicht befriedigte, die „Militärische Gesellschaft“, deren Absichten denen des früheren „Bundes der Erlösung“ sehr nahe standen. Neben einigen früheren Mitgliedern traten nach Jakuschkins Aussagen der „Militärischen Gesellschaft“ die beiden Perowskis, Katenon und Fürst Theodor Schachowskoj bei. Die Gesellschaft existierte jedoch nur ganz kurze Zeit, da sich die Mitglieder später dem „Bund des Glücks“ anschlossen.

Während des Aufenthalts der Mitglieder der Geheimgesellschaft in Moskau spielte sich eine charakteristische Episode ab.

Fürst Trubezkoj sandte aus Petersburg die Nachricht, Kaiser Alexander I. wolle angeblich die ruthenisch-litauischen Gouvernements an das Königreich Polen angliedern. Die Berichte über die Einzelheiten dieser Nachricht gehen auseinander. Sie rief aber unter den Verschwörern große Empörung hervor, und Jakuschkin erbot sich, Kaiser Alexander zu ermorden. Die anderen, obgleich ebenso empört, hielten ihn davon zurück; einige empfahlen abzuwarten, ob das Gerücht sich bewahrheite. Jakuschkin zog seinen Plan zurück, trat jedoch aus dem Bund aus, da ihn nach seiner eigenen Versicherung die Zaghaftigkeit der Mitglieder anwiderte.

III.

Dank der Unbestimmtheit in seinen Zielen gewann der „Bund des Glücks" rasch viele Anhänger. Ein Teil der Satzungen in der ersten Fassung, wie sie von den Mitgliedern angenommen wurde, ist noch erhalten [1]). Dieser auf uns gekommene Teil ist recht umfangreich und umfaßt die Formulierung der Aufgaben des Bundes nach den verschiedensten Richtungen. Diese Richtungen selber sind wieder so weit gefaßt, daß man sie nach Gutdünken auf die verschiedenste Weise auslegen kann. Das angenommene Programm war von einem Humanismus durchtränkt, der sich auf jene ethischen Grundsätze stützt, wie sie wenigstens in der Theorie allgemein die Gebildeten der Zeit anerkannten.

Ich habe schon oben darauf hingewiesen, daß sich der „Bund des Glücks" nach dem Muster des Tugendbundes gebildet hatte. Doch betonten die Satzungen des russischen „Bundes des Glücks" weniger deutlich als die des deutschen Vorbildes die praktische soziale Tätigkeit. Der Tugendbund verlangte von seinen Mitgliedern, die Landgüter mit leibeigener Bauernschaft besaßen, die Befreiung der Bauern. Auch sollten die früheren Leibeigenen Grund und Boden als Eigentum erhalten. Der „Bund des Glücks" verlangte nur menschliche Behandlung der Bauern und Fürsorge für ihren Unterricht.

Überhaupt trugen die Satzungen dieser Vereinigung einen mehr allgemeinen Charakter, doch gilt das natürlich nur für den

1) Vgl. Pipin, Die soziale Bewegung in Rußland unter Alexander I. (in russischer Sprache).

uns bekannten ersten Teil; nach einigen Angaben[1]) existierte unzweifelhaft auch ein zweiter handschriftlicher Teil, den nur die ganz eingeweihten Mitglieder des Bundes kannten, den sie aber nicht formell angenommen hatten. Die einander widerstreitenden Angaben über die Existenz dieses zweiten Teils erklären sich damit, daß die fernerstehenden Mitglieder überhaupt nichts von ihm wußten und daher versicherten, ein zweiter Teil existiere gar nicht.

Offenbar verhinderten wichtige Gründe die formale Anerkennung dieses zweiten Teils; denn sogar innerhalb der Organisation erhob sich ein starker Widerspruch gegen alle Absichten, dem „Bund des Glücks" einen genau formulierten politisch-revolutionären Charakter zu verleihen, während der zweite Teil der Statuten gerade in diesem Sinne gehalten sein sollte.

Alle Mitglieder des Bundes stimmten darin überein, das allerdings noch in der Ferne liegende Ziel des Bundes in einer Umwandlung der staatlich-rechtlichen Ordnung Rußlands in eine Konstitution zu sehen, doch konnten sie sich nicht darüber einigen, in welcher Weise der Bund für den politischen Kampf zu organisieren sei. Gerade in diesem Punkt traten die Unterschiede in den Ansichten und Temperamenten der Mitglieder zutage.

Der erste Teil der Satzungen weist dem „Bunde des Glücks" eine Tätigkeit auf vier Gebieten zu und zwar auf dem Gebiet der Menschenliebe, der Moral und des Wissens, der Gerechtigkeit und der sozialen Wirtschaft. Nach dem Plane seiner Begründer sollte der Bund die Aufsicht über Spitäler, Siechenhäuser und Gefängnisse übernehmen und sich überhaupt philanthropischen Werken zuwenden; diese Beschäftigungen fielen in die erste Kategorie. Zur zweiten zählte man die Verbreitung gesunder moralischer Grundsätze, das Beispiel, das man den übrigen Menschen durch den eigenen moralischen Lebenswandel geben sollte, ferner die Verfeinerung der Sitten, die Verbreitung von Wissen und den Kampf mit Vorurteilen. Auf dem Gebiet der Gerechtigkeit waren die Mitglieder verpflichtet, gegen Be-

1) Siehe die Aussagen von Alexander Murawjew, sowie die in den „Memoiren der Dekabristen" mitgeteilte Briefstelle von Padzio an den General Lewaschow S. 201.

stechlichkeit und Rechtsverletzung zu kämpfen, sie sollten den Grundsatz verbreiten, daß alle Stände und Stämme im Staate notwendig und der Gesamtheit nützlich seien, sie sollten darauf achten, daß Zivil- und Militärbeamte ihre Macht nicht mißbrauchten, daß die Gesetze durchgeführt würden usw. Auf dem Gebiet der sozialen Wirtschaft endlich hatten sie dafür zu sorgen, daß sich Handelsunternehmungen auf einer ehrlichen Grundlage aufbauten; weiter sollten sie in der Gesellschaft nützliche wirtschaftliche Grundsätze verbreiten, die wirtschaftliche Kultur des Staates, namentlich aber den Ackerbau heben. Dieser erste Teil der Satzungen eröffnete also den Mitgliedern ein weites Gebiet für ihre Betätigung.

Jedes Mitglied der Geheimgesellschaft trug sich in eine der aufgezählten vier Abteilungen ein. Ehe man einem zum Beitritt vorgeschlagenen Mitglied die Satzungen vorlegte, mußte es sich schriftlich verpflichten, im Falle des Nichteintritts niemand die Satzungen der Vereinigung und die Tatsache ihrer Existenz zu verraten. Wurde die betreffende Person in den Bund aufgenommen, so mußte sie eine zweite schriftliche Erklärung abgeben, mit welcher es sich verpflichtete, im Sinne der Geheimgesellschaft zu wirken und ihren Satzungen Gehorsam zu leisten.

Die Mitglieder der Organisation waren verpflichtet, der Leitung die nicht gutzuheißenden oder schlechten Taten der Genossen zu hinterbringen und durch ihr eigenes Vorgehen ein gutes Beispiel zu geben; sie hatten ferner die Pflicht, genau die Befehle der Leitung auszuführen und den fünfundzwanzigsten Teil ihres Einkommens in die Kasse der Organisation zu zahlen.

Downar-Zapolski, dessen Werk sich auf sämtliche Aussagen der Dekabristen stützt, während nur ein Teil derselben veröffentlicht werden durfte und das übrige unzugänglich ist, schildert die Organisation des Bundes folgendermaßen.

Die Gründer des Bundes bildeten den „Stamm des Bundes" (Korennoj Sojuz), der aus seiner Mitte den „Stammesrat" (Korennoj Sowiet) wählte; dieser wieder bestand aus sechs Mitgliedern. Ein Mitglied des „Stammesrats" wurde zum Aufseher (Blustitiel) des Bundes gewählt, die übrigen bekleideten das Amt von Schöppen (Zasiedateli). Aus der Mitte des „Stammesrats" wurde

alle zwei Monate der Präsident des Bundes gewählt. Die Schöppen (d. h. die gewöhnlichen Mitglieder, die im Rate saßen) gingen alle vier Monate durch Abstimmung aus dem Rate hervor und wurden nach Ablauf dieser Zeit durch andere Mitglieder, die dem Stamme des Bundes angehören mußten, ersetzt. Der Stammesrat war das ausführende Organ des Bundes. Der Stamm des Bundes und der Stammesrat bildeten zusammen „die Stammesbehörde“[1], die folgende Funktionen hatte: die gesetzgebende Gewalt des „Bundes des Glücks“, das höchste Gericht und das Recht, neue Mitglieder in die Organisation aufzunehmen. Derart waren die Zentralgewalten der Vereinigung.

Jedes Mitglied der Stammesbehörde war verpflichtet, im Laufe der Zeit aus den neu hinzugekommenen Mitgliedern, die es persönlich aufgenommen hatte, eine eigene Gruppe zu bilden, die offenbar dem betreffenden Mitglied der Stammesbehörde unterstand. Die neuen Gruppen dieser Art wurden folgendermaßen gebildet: so oft ein Mitglied der Stammesbehörde zehn neue Mitglieder aufgenommen hatte, bildete er eine neue Gruppe, der er das Recht übertrug, wieder neue Mitglieder aufzunehmen.

Die Stammesbehörde (Uprawa) setzte sich aus zehn bis zwanzig Mitgliedern zusammen. Fünf Mitglieder der Stammesbehörde mußten ihren festen Wohnsitz an dem Orte haben, wo sich die Stammesbehörde befand. Es gab drei Kategorien von Behörden: die wirklichen (dielowije), die Neben- (Pobotschnije) und die Haupt- (Glawnije) Behörden. Die Unterschiede zwischen diesen drei Gruppen lassen sich nur schwer erkennen; die Nebenbehörde scheint eine Gruppe gewesen zu sein, die nicht das vorgeschriebene Minimum von Mitgliedern — 10 Personen — erreichte; war die Zahl aber voll, so scheint sich die Nebenbehörde als unabhängige und wirkliche Behörde organisiert zu haben, die ihrerseits wieder zur Gründung von Nebenbehörden schritt. Die Nebenbehörden konnten unter gewöhnlichen Umständen nicht mit der obersten Leitung des „Bundes des Glücks“

1) Woraus folgt, daß der Stamm des Bundes in seiner Gesamtheit die Stammesbehörde bildete, da der Stammesrat sich nur aus 6 Mitgliedern zusammensetzte, die dem Stamme des Bundes angehörten und aus der Mitte seiner Mitglieder gewählt wurden.

verkehren, sondern nur mit der „wirklichen" Behörde, die sie organisiert hatte.

Eine Behörde, die drei Nebenbehörden organisiert hatte, wurde zu einer Hauptbehörde.

Neben der eigentlichen Organisation, die den „Bund des Glücks" ausmachte, gab es noch Vereinigungen, die nur lose mit dem Bunde zusammenhingen, aber ähnliche Ziele verfolgten. Eine Behörde, die drei derartige Vereinigungen organisiert hatte, wurde gleichfalls Hauptbehörde. Frauen wurden in den „Bund des Glücks" nicht aufgenommen.

Die Organisation der Vereinigung war also, wie wir sehen, kompliziert; es ist wahrscheinlich, daß sie in der Praxis nicht jene ausgearbeiteten Formen annahm, die die Satzungen vorschrieben. Wir haben sogar deutliche Anzeichen dafür, daß wenigstens in Moskau die Angelegenheiten der Vereinigung einfacher erledigt wurden, ohne genaue Einhaltung der Bestimmungen. Der Bund vergrößerte sich rasch. Daß es in Moskau zwei Behörden gab, steht fest. An der Spitze der ersten stand Fürst Theodor Schachowskoj, die zweite leitete Alexander Murawjew. Vielleicht existierte sogar noch eine dritte, die in Jurjews Wohnung tagte, doch wissen wir über diese dritte nichts Genaues. In Moskau soll es 1818 und 1819 dreißig Mitglieder gegeben haben.

In Petersburg existierten einige Behörden und Gesellschaften, die mit dem „Bunde des Glücks" in Verbindung standen.

In Poltawa gründete Nowikow eine Freimaurerloge, die ihre Mitglieder für den „Bund des Glücks" vorbereiten sollte. Endlich existierte auch eine Behörde in Tultschin, wo der berühmte Pestelj tätig war.

Hat nun der „Bund des Glücks" wirklich eine so mannigfaltige Tätigkeit nach so verschiedenen Seiten entfaltet, wie seine Satzungen es verlangten?

Wir können diese Frage mit voller Sicherheit verneinen. Der „Bund des Glücks" hat keinerlei philanthropische oder allgemein humanitäre Anstalten gegründet; ebensowenig hat er Schulen errichtet. Von einer Tätigkeit des Bundes, die sich eine genaue Beaufsichtigung der schon vorhandenen öffentlichen Insti-

tutionen zum Ziel gesetzt hätte, wissen wir auch nichts. Dagegen gelang es ihm unstreitig, in den höheren Kreisen eine öffentliche Meinung heranzubilden; er milderte sicherlich die Sitten, regte einzelne zu guten Taten an und verbreitete liberale politische Anschauungen: in den Salons der Hauptstädte wurde jetzt die Regierung und ihre verschiedenen Vertreter laut kritisiert. Die einzelnen Mitglieder der Vereinigung erleichterten das Los der Bauern auf ihren Gütern. Jakuschkin z. B. wollte seinen Bauern die Freiheit geben, wurde aber durch verschiedene rein formelle Schwierigkeiten gehindert, die die Regierung ihm immer wieder in den Weg legte. Die Offiziere, die dem „Bunde des Glücks" angehörten, gingen menschlich mit den Soldaten um; manchmal verbreiteten sie selbst demokratische Grundsätze unter ihnen und kritisierten die Regierung.

Das Los der Soldaten war damals ein hartes; schon der Dienst allein, der damals 25 Jahre dauerte, war eine furchtbare Last; dazu kamen noch Schikanen und Quälereien, unter denen die Soldaten ständig zu leiden hatten.

Im Jahre 1820 brach im Siemionower Garderegiment ein offener Aufstand aus, den die furchtbaren Soldatenmißhandlungen des Regimentskommandeurs Schwarz hervorgerufen hatten. Die erste Rotte, die sich empörte, stand unter dem bekannten Verschwörer Sergius Murawjew. Wir haben zwar keine Anhaltspunkte dafür, daß die Offiziere in diesem Falle unmittelbar auf die Soldaten eingewirkt hätten, es ist jedoch möglich, daß hier mehr mittelbare Einflüsse der Mitglieder des Bundes im Spiele waren. Die Offiziere konnten den Aufruhr nicht empfehlen, da ihnen der unglückliche Ausgang im vorhinein klar sein mußte; aber die Revolte brach vielleicht gerade deswegen aus, weil die unter ihnen stehenden Soldaten ein stärker entwickeltes Gefühl für ihre Würde besaßen, als die übrigen.

Über die Tätigkeit des Bundes wissen wir verhältnismäßig wenig. Gegen Ende des Jahres 1819 brachen in Moskau zwischen zwei hervorragenden Mitgliedern der Organisation, Alexander Murawjew und dem Fürsten Schachowskoj, erhebliche Meinungsverschiedenheiten aus. Das Ergebnis war eine Erklärung Alexander Murawjews, er sehe seinen Irrtum ein und trete aus der Organi-

sation aus; ein gleiches empfahl er allen anderen. Die Mitglieder des Bundes beeilten sich nun, Alexander Murawjew mitzuteilen, sie hätten seinen Rat befolgt und die Organisation aufgelöst. Es handelte sich bei dieser Mitteilung um eine reine Fiktion: der Austretende sollte von der Auflösung des Bundes überzeugt sein.

Die Organisation entwickelte sich tatsächlich unterdessen immer mehr; Jakuschkin trat wieder ein, andere neue Mitglieder kamen hinzu.

Die politische Richtung setzte sich im „Bunde des Glücks" immer mehr durch. Im Januar 1820 kam Pestelj aus Tultschin nach Petersburg; gerade er bemühte sich besonders, der Vereinigung in erster Reihe einen politischen Charakter zu geben. Um diese Zeit fand in der Wohnung Glinkas eine sehr charakteristische Sitzung der Stammesbehörde statt, bei welcher der Vorsitzende des Bundes, Graf Tolstoi, der Aufseher Fürst Dolgoruki, Nikolaus Turgenjew, Semenow, Iwan Schipow, Koloschin, Lunin, von der Briggen, Sergius, Matthäus und Nikita Murawjew und Pestelj anwesend waren. Man diskutierte über den Wert der verschiedenen Staatsformen. Pestelj sprach sich für eine republikanische Staatsordnung aus, wobei er von Sergius Murawjew und Dolgoruki unterstützt wurde; mit Ausnahme von Glinka schlossen sich alle unzweideutig dieser Meinung an. Pestelj berührte auch die Notwendigkeit, nach dem Sturze der Monarchie eine provisorische Regierung einzusetzen. So waren denn schon zu Beginn des Jahres 1820 die wichtigsten Führer des Bundes Republikaner. Wir werden noch sehen, daß in den Anschauungen der Verschwörer im Laufe der nächsten Jahre eine Änderung vor sich ging, da ein bedeutender Teil von ihnen später die konstitutionelle Monarchie über die Republik stellte. Pestelj gab später beim Verhör zu Protokoll, die Sitzung von 1820 sei eine offizielle Sitzung der Behörde der Organisation gewesen, während die anderen behaupteten, sie habe einen solchen Charakter nicht gehabt. Wie immer die Sache lag, beide Parteien gaben zu, daß republikanische Anschauungen zu jener Zeit unter den hervorragendsten Mitgliedern der Organisation herrschten.

Nach der Versammlung bei Glinka fand unmittelbar darauf

eine zweite bei Iwan Schipow statt, die aber einen rein kameradschaftlichen und nicht einen offiziellen Charakter trug, wie Downar-Zapolski meint. Auf dieser zweiten Versammlung besprach man die wichtige Angelegenheit, wie der Absolutismus zu stürzen sei. Pestelj stellte den Zarenmord als ein notwendiges Mittel hin. Einige unterstützten, andere bekämpften ihn. Die Versammelten kamen zu keinem bestimmten Ergebnis. Im allgemeinen aber wurde die praktische Frage, wie der bestehende Zustand der Dinge in Rußland zu ändern sei, immer aktueller. Vorher schon waren Jakuschkin und von Wizin, angesichts der immer traurigeren Wirklichkeit um sie her, auf den Gedanken gekommen, die Mitglieder des Bundes sollten eine Adresse an Alexander I. ausarbeiten und unterschreiben, worin das Elend des russischen Volkes dargelegt und der Kaiser gebeten werden sollte, einen Landestag einzuberufen, um der Not zu steuern. Doch überzeugte Grabbe die Kollegen, daß dieser Plan nur zur Verhaftung der Mitglieder führen würde. In allen war das Gefühl mächtig, daß man sich in irgendeiner Weise zum Handeln entschließen müsse; aber hier wiederholte sich, was schon vor Auflösung des „Bundes der Erlösung“ zutage getreten war. Im „Bund des Glücks“ konnten die Mitglieder sich ebensowenig wie damals über die Art des Vorgehens einigen. Die einen verlangten stürmisch gewaltsame Taten und politische Umwälzungen, die anderen schreckten schon vor diesem Gedanken allein zurück.

Pestelj, der in Tultschin einen ungeheuren Einfluß auf seine Kollegen hatte, fand jedoch an Burzew und anderen entschiedene Gegner. Sein Antrag, im Bund diktatorische Gewalt einzuführen, fiel durch. Eine abermalige Zusammenkunft der Bundesmitglieder wurde zur Notwendigkeit. Sie fand zu Beginn des Jahres 1821 in Moskau statt. An dieser Zusammenkunft nahmen die Brüder von Wizin, Grabbe, Jakuschkin, Koloschin, Glinka, Turgenjew, Burzew, Komarow, Orlow und Fürst Wolkonski teil; nach Jakuschkins Aussagen traf auch Michael Murawjew etwas später ein.

Bei dieser Zusammenkunft wurde den Mitgliedern des Bundes bekannt, die Regierung wisse um ihre Organisation und beobachte jeden einzelnen von ihnen. Die Nachricht hatte Theodor

Glinka, der Adjutant des Petersburger Generalgouverneurs Miloradowitsch, mitgebracht, der genau über das Vorgehen der Regierung orientiert war. Seine Mitteilungen beruhten auch völlig auf Wahrheit.

Dieser Umstand hatte wichtige Folgen. Für die schwankenden Bundesmitglieder war er ein Grund, die Auflösung der Organisation zu verlangen oder selbst auszutreten, den tatkräftigen erleichterte diese Trennung von den Unentschiedenen ein energisches revolutionäres Vorgehen.

Pestelj nahm an der Zusammenkunft nicht teil: die Regierung wußte, daß er keinerlei Beziehungen oder Geschäfte in Petersburg hatte, und seine Anwesenheit dort hätte nur Verdacht erwecken können.

IV.

Der „Bund des Glücks" wurde nur formell aufgelöst. Jakuschkin erzählt, daß man sofort an die Ausarbeitung neuer Satzungen schritt, welche die Mitglieder in zwei Kategorien einteilten und die Aufnahme neuer Mitglieder an besondere Vorsichtsmaßregeln knüpften.

Doch sollte die neue Vereinigung ihre Tätigkeit nicht in der Form beginnen, welche die Satzung vorschrieb. Diese selbst wurde nach Jakuschkins Ansicht 1822 vernichtet.

Tatsache ist, daß die Verschwörer in Tultschin nach der Zusammenkunft von 1821 ihre Tätigkeit nicht aufgaben, sondern sie in der „Südlichen Vereinigung" fortsetzten, während in Petersburg bald darauf der „Nördliche Bund" entstand.

Die Nachricht, daß der „Bund des Glücks" aufgelöst sei, hatte unter den zurückgebliebenen Kollegen in Tultschin eine begreifliche Unzufriedenheit geweckt. Auf einer bald darauf stattfindenden Versammlung bemühte sich General Juschniewski, nach einer vorhergegangenen Verständigung mit Pestelj, die Schwierigkeiten zu zeigen, die der weiteren Entwicklung einer Geheimgesellschaft im Wege ständen, namentlich wenn es sich darum handle, praktische Ziele zu verfolgen. Diese Rede sollte unentschlossene Mitglieder abstoßen, doch ließ sich wider Erwarten niemand abschrecken. Man beschloß daher, die Organi-

sation beizubehalten. Ihre Satzungen sollten ähnlich jenen sein, die für den alten „Bund der Erlösung" gegolten hatten. Die Mitglieder teilten sich wieder in drei Kategorien: in Bojaren, Männer und Brüder; außerdem gab es noch Freunde, d. h. Leute, die nicht der Organisation angehörten, aber Beziehungen zu der Vereinigung hatten und als künftige Mitglieder angesehen wurden. Die Vereinigung teilte sich in Behörden. An der Spitze der ganzen Organisation stand das Direktorium (Direktorja).

Die „Südliche Vereinigung" hatte drei Behörden in den Städtchen Tultschin, Wasilkow und Kamionka.

Bis November 1825 gab es nur zwei Direktoren: Juschniewski und Pestelj, später kam Sergius Murawjew-Apostol als dritter hinzu.

Der Charakter der „Südlichen Vereinigung" war vollkommen und ausgesprochen politisch; in taktischer Beziehung war die Vereinigung revolutionär. Auf der ersten Versammlung, auf der auch die Moskauer Zusammenkunft besprochen und ein Weiterbestehen der Organisation beschlossen wurde, erklärte sich Pestelj für den Zarenmord, falls Alexander I. eine Konstitution verweigern sollte. Diese Anschauung stieß nicht auf Widerspruch. Trotz der scheinbaren Übereinstimmung und des guten Willens der Mitglieder, in der eingeschlagenen Richtung weiterzuarbeiten, gab es tatsächlich auch unter ihnen noch weniger energische Persönlichkeiten, die sich später von der Vereinstätigkeit zurückzogen. Pestelj hatte übrigens die geheimen Gedanken dieser schwankenden Kollegen erraten und ihnen nichts anvertraut.

Eine Zeitlang beschränkte sich die Tätigkeit der Organisation nur auf die Werbung neuer Mitglieder. Offenbar wollte Pestelj erst abwarten und seine eigentliche Arbeit dann nur mit jenen beginnen, zu denen er volles Vertrauen hatte. Kurz vor den Kijewer Kontrakten — einem jährlichen Jahrmarkt, auf dem die Gutsbesitzer der Umgegend zusammenzukommen pflegten — hatte er eine Verabredung mit zuverlässigen Leuten und traf mit diesen in Kijew während der Zeit des Jahrmarkts zusammen. An dieser Zusammenkunft nahmen teil: Fürst Wolkonski und Dawidow aus Kamionka, Juschniewski, Pestelj und Sergius Murawjew-Apostol. Man besprach die künftige russische Konstitution, die Wahlsysteme und die Reorganisation des Staates im allgemeinen. Endgültige

Entschlüsse wurden nicht gefaßt, man verschob sie auf das nächste Jahr, da Pestelj seine Gedanken über die rechtlich-staatliche Ordnung in Rußland erst noch weiter ausarbeiten sollte. Tatsächlich schrieb er damals schon an seiner „Russischen Wahrheit“, die einen eingehenden Plan der staatlichen Reorganisation enthalten und auch die sozialen Reformen besprechen sollte, die nach der politischen Umwälzung einzutreten hatten.

Auf der Zusammenkunft in Kijew kamen die Verschwörer überein, man müsse den Plan einer Konstitution fertig haben und sich über alle nötigen Änderungen klar sein, ehe man an die politische Umwälzung schreite; bezüglich der Form dieser politischen Umwälzung wurde nur beschlossen, daß sie durch die Armee vollzogen werden müsse.

Im Jahre 1823 fand eine neuerliche Zusammenkunft in Kijew statt, an der außer den früheren Mitgliedern auch noch der Leutnant Bestiushew-Riumin teilnahm, den Sergius Murawjew-Apostol inzwischen in die Organisation aufgenommen hatte. Die Beratungen trugen bereits einen spezielleren Charakter als im Jahre vorher; auch in bezug auf die Taktik traten die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern deutlicher hervor als früher.

Pestelj stellte zu Beginn der Beratungen die Frage, ob die Mitglieder der Vereinigung damit einverstanden seien, Rußland nach einer vorhergegangenen Revolution in eine Republik umzuwandeln. Diese Frage wurde von den Anwesenden bejaht. Pesteljs zweite Frage ging dahin, ob die Mitglieder die Notwendigkeit anerkannten, die ganze kaiserliche Familie umzubringen, um so der neuen Ordnung der Dinge den völligen Sieg zu sichern. In diesem Punkte waren die Meinungen geteilt. Gegen Pestelj traten Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin auf. Nach einer langen Erörterung stimmten sie der Mehrheit darin bei, daß die Ermordung des Zaren selbst notwendig sei. So wurde die Frage, ob alle Mitglieder des kaiserlichen Hauses umgebracht werden sollten, nicht endgültig gelöst.

Weiter wurde besprochen, in welcher Weise die Wahlen in die zukünftige gesetzgebende Körperschaft Rußlands vorgenommen werden sollten; Pestelj trat für indirekte Wahlen ein, Sergius Murawjew-Apostol verlangte direktes Wahlsystem mit

Vermögenszensus. Auch die Glaubensfrage wurde besprochen und einstimmig anerkannt, die orthodoxe Kirche habe die herrschende Religion zu sein. Pestelj hatte auch noch die Beratung der Gemeindeorganisation, die Verteilung des Grund und Bodens unter die Gemeinden, die Frage nach der provisorischen Regierung und andere Angelegenheiten, die er in seiner „Russischen Wahrheit“ erörterte, auf die Tagesordnung gesetzt. Wir wissen jedoch nicht, ob bindende Beschlüsse gefaßt wurden.

Auch taktische Fragen wurden bei der Zusammenkunft erörtert. In der Diskussion lassen sich zwei Strömungen unterscheiden: die eine, von Pestelj und seinen Anhängern vertreten, riet zur langsamen Vorbereitung der Revolution; man sollte erst Kräfte sammeln, weitere Einzelheiten der künftigen Staatsordnung ausarbeiten und eine Gelegenheit abwarten, die der Revolution günstig sein würde. Dagegen traten Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin für ein Vorgehen ein, das die unmittelbare Vorbereitung der politischen Umwälzung zum Ziel hatte. Ihrer Ansicht nach war es Aufgabe der Vereinigung, die der Revolution günstigen Bedingungen zu schaffen, statt zu warten, bis solche Bedingungen von selbst entstehen würden.

Doch wurden noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, bis auf den einen, daß man mit dem „Nördlichen Bund“ nähere Beziehungen anknüpfen müsse. Pestelj empfahl, die „Südliche Vereinigung“ möge sich mit dieser Organisation über prinzipielle Angelegenheiten in Sachen eines künftigen revolutionären Vorgehens einigen. Die beiden Organisationen sollten gemeinsam handeln, sich über die Einsetzung einer provisorischen Regierung nach dem Sturz der bestehenden einig werden, sie sollten weiter verkünden, daß die Mitglieder des kaiserlichen Hauses auf den Thron zu verzichten hätten, und eine Volksversammlung einberufen, auf welcher die Formen der neuen Regierung besprochen werden sollten.

Auf dieser zweiten Zusammenkunft in Kijew erfuhren die Mitglieder der „Südlichen Vereinigung“ zum erstenmal, daß ein politischer Geheimbund im Königreich Polen existiere. Die Nachricht wurde von Bestiushew-Riumin überbracht. Die Versammlung trug ihm und Sergius Murawjew-Apostol auf, Be-

ziehungen mit den polnischen Verschwörern anzuknüpfen [1]. Die beiden versuchten den Zusammenhang zwischen der russischen und der polnischen Organisation mit Hilfe des Grafen Alexander Chodkiewitsch anzubahnen, der zwar nicht selbst Mitglied der polnischen Organisation war, aber ihre Existenz ahnte und ausgebreitete Beziehungen besaß. Der erste Versuch Chodkiewitschs, die russischen Verschwörer durch Prozor mit den polnischen zusammenzubringen, mißlang jedoch. Die Angelegenheit wurde auf die nächsten „Kontrakte" im Jahre 1824 verschoben.

V.

Die revolutionären patriotischen geheimen Vereinigungen im Königreich Polen hatten sich aus den volkstümlichen Freimaurerlogen (Wolnomularstwo Narodowe) herausgebildet. Im Jahre 1821 entstand die „Patriotische Gesellschaft".

Die volkstümlichen Freimaurerlogen wurden von ihren eigenen Mitgliedern aufgelöst, als diese merkten, daß die Regierung gut über sie unterrichtet sei. Begründer der „Patriotischen Gesellschaft" waren: Lukasinski, Uminski, Prondzinski, Kozakowski, Schröder, Oborski, Sobanksi, Morawski, Kicinski und Jordan. Sie waren am 1. Mai am frühen Morgen im Bielaner Wäldchen bei Warschau zusammengekommen. Als erster sprach General Uminski, der aus dem Posenschen gekommen war, um im Königreich einen Bund in der Art zu gründen, wie ihn der preußische Teil Polens in der Organisation der „Sensenmänner" besaß; nachdem Unminski geschlossen hatte, übergab Morawski die Satzungen der „Sensenmänner" an Lukasinski. Es sollte wahrscheinlich für diejenigen der neugegründeten Organisation als Grundlage dienen.

Am gleichen Tage versammelten sich die Verschwörer abends in der Wohnung Kosakowskis, wo sich außer den bereits Genannten noch Wierzbolowitsch und Dobrogojski einfanden. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, ein provisorisches Zentralkomitee zu wählen; das Komitee hatte folgende Zusammen-

---

1) Siehe hierüber Downar-Zapolski, Die Geheimgesellschaft der Dekabristen, S. 79 und 100.

setzung: Wierzbolowitsch (als Präsident), Lukasinski, Kozakowski, Prondzinski, Schröder, Kicinski, Morawski und Sobanski, der bald durch Machnicki ersetzt wurde. Die Seele der neuen Organisation, die den Namen „Patriotische Gesellschaft“ annahm, war Lukasinski, der Präsident Wierzbolowitsch spielte eine untergeordnete und mehr formale Rolle.

Die Geheimorganisation im Königreich Polen entstand infolge der Politik Alexanders I. gegen die Polen, namentlich aber war sie durch die zahlreichen Vergewaltigungen, die die Konstitution seitens der Regierung erfuhr, hervorgerufen. Diese Ungesetzlichkeiten der russischen Regierung waren wieder in erster Linie das Werk des Großfürsten Konstantin, der die Gesetze des Landes nicht achtete und die polnische Gesellschaft durch sein Vorgehen reizte.

Das letzte Ziel der „Patriotischen Gesellschaft“ war die Wiederherstellung eines unabhängigen Landes Polen; doch erachteten die Mitglieder dieses Ziel nicht als ihre nächstliegende Aufgabe. Es handelte sich zunächst um eine Organisation der Gesellschaft, Kräfte sollten gesammelt werden, die bei entsprechenden politischen Umständen ihr Gewicht schwer in die Wagschale der Ereignisse werfen könnten.

Die „Patriotische Gesellschaft“ begann sich günstig zu entwickeln, doch schon 1822 gelang es den Vereinigten Regierungen, die das Königreich Polen untereinander geteilt hatten und die mit verschärfter Aufmerksamkeit alle geheimen Organisationen der studierenden Jugend verfolgten, auch einige Fäden dieser Verschwörung im Königreiche Polen aufzudecken; das Ergebnis waren Verhaftungen, denen Lukasinski, Machnicki und andere zum Opfer fielen. Diese Verhaftungen hielten jedoch die Entwicklung der Organisation nicht auf, die weitere Fortschritte machte. Sie wurde erst nach dem Ausbruch der Dezemberrevolution in Petersburg völlig aufgedeckt; die Ereignisse in Rußland hatten dann wieder zahlreiche Verhaftungen in Polen zur Folge.

Die „Patriotische Gesellschaft“ war im Stadium einer fortschreitenden Entwicklung, als die russischen Verschwörer Beziehungen mit ihr anzuknüpfen begannen. Nach den sehr zutreffenden

Mutmaßungen von Aschkenasy zählte sie jedoch niemals mehr als einige hundert wirkliche Mitglieder [1]).

VI.

Im Sommer des Jahres 1823 kamen Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin auf den Gedanken, sich Alexanders I. in Bobruisk zu bemächtigen. Veranlassung zu diesem Plan bot der Umstand, daß die neunte Division, in der sie zusammen mit Norow und Powalo-Schwejkowski dienten, für den Sommer zur Ausführung verschiedener Arbeiten nach Bobrujsk verlegt wurde, wohin auch der Zar kommen sollte. Die Verschwörer beabsichtigten, Alexander I., den Großfürsten Michael und den General Dibitsch zu verhaften, sich dann der Festung Bobrujsk zu bemächtigen, das Heer zu gewinnen und mit ihm nach Moskau zu marschieren; gleichzeitig sollte der Aufstand in Petersburg verkündet werden. Auf diese Weise wollte man eine Änderung der Staatsordnung in Rußland erzwingen und eine neue Epoche der Entwicklung des Landes einleiten.

Die Mitglieder der Organisation in Moskau und Tultschin erhoben jedoch gegen diesen gewagten Plan Widerspruch. Er konnte übrigens schon deswegen nicht zur Ausführung gelangen, weil Alexander gar nicht nach Bobruisk kam.

Als Pestelj durch Bestiushew-Riumin von dem nicht zustande gekommenen Plan erfuhr, erklärte er, das Unternehmen hätte auf keinen Fall gelingen können; nach seiner Ansicht würde sich doch niemand zum Handeln entschließen können, solange der Kaiser am Leben bleibe; dagegen würden sich in einem solchen Falle viele finden, die in Erwartung einer Belohnung des Kaisers Befreiung unternehmen könnten.

Unter dem Einfluß dieser Ausführungen Pestelјs gaben Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin schließlich zu, daß der Zar umzubringen sei, doch bestanden sie darauf, die anderen Mitglieder der kaiserlichen Familie zu schonen.

---

1) Aschkenasy veröffentlichte 1906 in der „Biblioteka Warschowska" (Warschauer Bibliothek, Zeitschrift) einen sehr wertvollen Artikel über Lukasinski. In Kürze soll ein umfangreiches Werk dieses Autors über die damaligen polnischen Verschwörungen erscheinen.

Noch im gleichen Jahre kamen die Mitglieder der „Südlichen Vereinigung“ ein zweites Mal in Kamionka zusammen: einen günstigen Vorwand bot diesmal der Geburtstag von Dawidows Mutter. Außer ihm und Fürst Wolkonski, die beide ihren ständigen Wohnort in Kamionka hatten, waren anwesend: Pestelj, Juschniewski, Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin. Wieder wurden taktische und konstitutionelle Fragen besprochen. Der Streit drehte sich abermals darum, wie mit der kaiserlichen Familie vorzugehen sei. Pestelj bestand immer wieder von neuem darauf, daß man sie ganz ausrotten müsse, Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin widersetzten sich dem. Doch gewann Pesteljs Ansicht die Oberhand und wurde von jetzt ab, wie Downar-Zapolski mit Recht bemerkt, für die ganze „Südliche Organisation“ maßgebend. Weiter wurde die künftige Konstitution noch besprochen, nämlich das Ein- und Zweikammersystem, ein Punkt, über den keine Streitigkeiten entstanden. Die Anschauungen, die Pestelj in seiner „Russischen Wahrheit“ niederlegte, wurden allgemein angenommen.

Die darauf folgende gewöhnliche Jahresversammlung während der „Kontrakte“ in Kijew im Jahre 1824 war nicht sonderlich lebhaft. Die Versammelten hörten lediglich die widersprechenden Berichte über den „Nördlichen Bund“ an. Dawidow schilderte dessen Tätigkeit und die Stimmung der Mitglieder sehr optimistisch; Podzio behauptete das Gegenteil. Pestelj verließ die Zusammenkunft ziemlich frühzeitig.

Um dieselbe Zeit fanden bemerkenswerte Verhandlungen Krzyschanowskis, als Vertreters der polnischen Geheimorganisation, mit Bestiushew-Riumin statt. Bei diesen Unterredungen, die bereits nach der Abreise Pesteljs gepflogen wurden, war auch Sergius Murawjew-Apostol anwesend. Bestiushew-Riumin führte aus, Polen und Russen müßten das alte Mißtrauen gegeneinander aufgeben und sich zu gemeinsamem Handeln gegen die Regierung verbinden. Krzyschanowski stimmte zu, wies aber gleichzeitig auf den Einfluß hin, den die früheren Kämpfe noch immer auf die Stimmung der Polen hätten, und die daraus folgenden Schwierigkeiten für die Polen, sich mit den Russen zu verständigen. Bestiushew-Riumin erklärte, die Organisation, der er angehöre,

erkenne die Unabhängigkeit Polens an. Von den Grenzen Polens wollte er nicht reden, da dieser Punkt von der „Südlichen Vereinigung" nicht besprochen worden sei; sein Vorschlag ging dahin, die polnische Organisation möge die russische aktiv unterstützen. Krzyschanowski soll sich damit einverstanden erklärt und nur verlangt haben, die polnische Gesellschaft müsse zwei Wochen vor Beginn der Ereignisse benachrichtigt werden. Im Namen der Russen verlangte Bestiushew-Riumin: 1. die Polen haben alle möglichen Mittel anzuwenden, um den Großfürsten Konstantin in dem Augenblicke, wo die russische Organisation ihre revolutionäre Aktion beginnt, an der Rückkehr nach Rußland zu hindern; 2. für den Fall, daß sich das litauische Korps für den Großfürsten erklärt, haben sie ihn auf irgendeine Weise für die Bewegung unschädlich zu machen.

Endgültige Beschlüsse über Einzelheiten scheint man nicht gefaßt zu haben, um so mehr, als Krzyschanowski von der polnischen Organisation mit keiner eigentlichen Vollmacht ausgestattet war; wahrscheinlich gab er jedoch die allgemein gehaltene Versicherung ab, die Forderungen würden günstig aufgenommen werden und seien durchführbar. Beim Verhör leugnete Krzyschanowski später, den Russen in Angelegenheit des Großfürsten irgend etwas versprochen zu haben; aber dies geschah vielleicht nur infolge der Verhältnisse, in welche das Verhör ihn gebracht hatte. Man besprach auch die Form der künftigen Regierung in Polen; die Russen drängten darauf, man möge sich für eine Republik entscheiden; Krzyschanowski konnte nichts Bestimmtes angeben, da man in der polnischen Organisation über diesen Punkt noch nicht gesprochen hatte. Schließlich wurde Krzyschanowski seitens der russischen Organisation versprochen, Polen, die nach Petersburg kommen sollten, mit Ratschlägen und Informationen zu unterstützen. Künftige Verhandlungen sollten auf Krzyschanowskis Wunsch ohne Chodkiewitschs Vermittlung geführt werden. Auf polnischer Seite sollten Grodecki und Czarkowski als Mittelspersonen dienen.

Sowohl auf polnischer, als auch auf russischer Seite waren die Beratungen durch einen Mangel an völliger Offenheit gekenn-

zeichnet; zu einer ganz klaren Aussprache kam es nicht. Nach Abschluß dieser Verhandlungen legte Bestiushew-Riumin in einem Referat die genauen Bedingungen dar, auf Grund welcher die polnische und russische Organisation ein Bündnis eingehen könnten. Dieses Schriftstück übergab er dem General Juschniewski, als einem der Leiter der „Südlichen Organisation". Obgleich nun die von Bestiushew-Riumin formulierten Bedingungen nicht als ein Ausdruck der Anschauungen innerhalb der Organisation gelten können, der er angehörte, so sind sie doch so charakteristisch und wichtig, daß wir ihnen Aufmerksamkeit widmen wollen. Bestiushew-Riumin führte aus, Rußland müsse, wenn es dankbare Verbündete statt heimlicher Feinde haben wolle, Polen seine staatliche Unabhängigkeit wiedergeben und ihm neben den ursprünglich polnischen Gebieten auch jene Gouvernements zuweisen, die zurzeit noch nicht völlig russifiziert seien. Die Polen sollten also das Gouvernement Grodno und Teile der Gouvernements Wilna, Minsk und Wolhynien wiedererhalten. Nach Abschluß des Bündnisses mit den Polen würde die russische Vereinigung die gerechten Ansprüche der Polen in Rußland unterstützen und auch versuchen, den Unwillen und Haß zu mildern, der zwischen beiden Völkern herrschte. Für die nächste Zeit sind die Polen verpflichtet: 1. beim Ausbruch der revolutionären Bewegung in Rußland auf irgendeine Weise die Rückkehr des Großfürsten Konstantin dorthin zu verhindern; 2. gleichzeitig mit den Russen in den Aufstand einzutreten; 3. gegen das litauische Korps vorzugehen, wenn dieses sich gegen die neue Bewegung in Rußland erklären sollte; 4. dieser Bewegung jede nur mögliche Hilfe zu leisten; 5. der russischen Organisation alle wichtigen Nachrichten zu hinterbringen; 6. Beziehungen zwischen der russischen Organisation und ähnlichen Organisationen in Westeuropa anzubahnen; 7. während der Revolution nach den Weisungen der russischen Organisation zu handeln, welcher sich die polnische unterzuordnen hat; 8. die republikanische Regierungsform anzunehmen. Diese von Bestiushew-Riumin aufgestellten Bedingungen spiegelten sich später noch in den Unterhandlungen wieder, die Pestelj selbst mit den Polen führte. Der siebente Punkt der Forde-

rungen ging offenbar zu weit und wurde späterhin den polnischen Delegierten nicht einmal mehr vorgeschlagen.

Im Jahre 1824 kam Bestiushew-Riumin noch dreimal mit Grodezki zusammen, den Krzyschanowski als denjenigen bezeichnet hatte, der die Unterhandlungen seitens der polnischen Organisation führen würde. Bestiushew-Riumin beklagte sich über den Mangel an Vertrauen bei den Polen und über ihre Abneigung, ihn über den Stand der Angelegenheiten in Polen zu unterrichten. Dagegen machte er selber übertriebene Angaben über die Kräfteverhältnisse in der russischen Organisation. Er gab während des Prozesses an, Grodezki habe auf den Vorschlag, die polnische Organisation möge nach dem Ausbruch der Revolution den Großfürsten Konstantin töten, seine Bereitwilligkeit erklärt, diese Nachricht dem Warschauer Zentralkomitee zu übermitteln; gleichzeitig habe Grodezki versichert, das Komitee würde sich mit diesem Vorschlag wahrscheinlich einverstanden erklären. Grodezki leugnete später alles ab.

Wie schon im vorhergehenden Jahre, plante Sergius Murawjew-Apostol, den es zur Tat drängte, auch 1824 einen Anschlag auf den Kaiser Alexander I., der nach Bielaja Zerkow im Gouvernement Kijew kommen sollte. Wieder konnte der Plan nicht ausgeführt werden, da der Monarch auch diesmal nicht kam. Später zeigte sich, daß die Verschwörer bei diesem Plan auf die Hilfe von Menschen gerechnet hatten, die sich schließlich als Denunzianten und Verräter entpuppten.

In der „Südlichen Organisation" machte sich immer deutlicher die Meinungsverschiedenheit geltend, die hinsichtlich der Taktik zwischen Sergius Murawjew-Apostol und Pestelj herrschte. Der erstere drang immer hartnäckiger auf ein revolutionäres Vorgehen, der zweite empfahl Geduld und arbeitete an der Vollendung seiner „Russischen Wahrheit", die einen eingehenden Plan einer vollkommenen Reorganisation Rußlands enthalten sollte.

Auf der Zusammenkunft in Kijew im Jahre 1825 zur Zeit der „Kontrakte" wurden Organisationsfragen nicht berührt. An den Beratungen nahmen teil: Pestelj, Dawidow, Fürst Bariatinski, General Juschniewski, Podzio, Powalo-Schwejkowski, Fürst Wolkonski, Tyzenhausen und Oberst Wranicki. Sergius Murawjew-

Apostol und Bestiushew-Riumin fehlten, da ihnen der Kommandierende des Korps keinen Reiseurlaub gewährt hatte. Die Stimmung war diesmal pessimistisch, wozu in bedeutendem Maße die Nachricht beitrug, Pestelj habe in Petersburg, wohin er gegangen war, um Beziehungen mit dem „Nördlichen Bund“ anzuknüpfen, kein Glück gehabt. Auf diese Mission Pestelјs kommen wir noch zurück. Es war Pestelj nicht gelungen, die Petersburger Verschwörer für alle seine Pläne zu gewinnen, sowohl was die Aktion selbst als auch was die künftige Umgestaltung Rußlands betraf.

Bei der Zusammenkunft wurde die Frage erörtert, ob man im nächsten Jahre mit der Revolution schon beginnen solle; in diesem letzteren Vorschlag traten die Bestrebungen der nicht anwesenden Mitglieder Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin zutage. Pestelj sprach sich gegen diese Pläne aus, da er von ihrem Mißlingen überzeugt war.

In Kijew führte Pestelj, in Vertretung der abwesenden Genossen, selber die Verhandlungen mit dem Vertreter der polnischen Organisation, Fürsten Jablonowski, weiter. Im Grunde genommen wurden dabei weder neue Angelegenheiten berührt, noch die gegenseitigen Forderungen endgültig formuliert, die bis dahin Gegenstand der Unterhandlungen gewesen waren.

Pestelj versuchte dem Fürsten Jablonowski zu beweisen, das Bündnis der beiden Brüderorganisationen, der polnischen und russischen, sei für die erstere notwendiger als für die zweite, da sich die Russen ihre Freiheit auch allein erkämpfen könnten; die Polen dagegen würden nie die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes erlangen, es sei denn, daß sie die Möglichkeit ergriffen, gemeinsam mit den russischen Verschwörern vorzugehen. Pestelj bemühte sich auch, die Notwendigkeit einer republikanischen Staatsverfassung für das befreite Polen darzutun; nach den persönlichen Anschauungen des Fürsten Jablonowski wäre eine Republik unmöglich gewesen, doch fügte er hinzu, die Frage sei von der polnischen Organisation nicht entschieden, das Volk selbst würde darüber zu beschließen haben; jedenfalls würde eine provisorische Regierung notwendig sein.

Seinerseits verlangte Jablonowski von Pestelj eine offene

Aussprache darüber, wie sich die russische Organisation zur Unabhängigkeit Polens verhalte. Pestelj versicherte ihm im Namen der „Südlichen" und der „Nördlichen Vereinigung" die russischen Verschwörer seien mit der Selbständigkeit des künftigen Polens einverstanden; was die ruthenisch-polnischen Gegenden betreffe, so werde man den Polen was immer möglich davon abtreten.

Auch die Art des gemeinsamen Vorgehens wurde besprochen, und zwar sollten die Polen mit ihrer revolutionären Aktion nicht einsetzen, ehe sie nicht von den russischen Verbündeten entsprechende Nachrichten erhalten hätten.

Fürst Wolkonski, der die Zusammenkunft Pestelјs mit dem Fürsten Jablonowski bewirkte, erklärte während des Prozesses, Fürst Jablonowski habe im Namen der Warschauer Organisation zugesagt, man werde sich zu Beginn der gemeinsamen Revolution bemühen, die Mitglieder der kaiserlichen Familie, die sich zu der Zeit im Königreich Polen befinden sollten, gefangen zu nehmen und alle Versuche zu ihrer Befreiung zu vereiteln. Pestelj sagte später aus, die Polen hätten den Großfürsten Konstantin so zu behandeln gehabt, wie die Russen die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie. Doch leugnete Fürst Jablonowski diese Zusage je gemacht zu haben, ebenso wie er alles andere bezüglich der kaiserlichen Familie Gesagte später bestritt.

Bei der Schilderung dieser Unterhandlungen macht Downar-Zapolski die treffende Bemerkung, die erstere der beiden Versionen sei die wahrscheinlichere, da der Gedanke des Zarenmordes in der russischen Organisation, ebenso wie andere analoge Pläne, völlig ausgereift war.

Der russische und der polnische Delegierte erkundigten sich auch beieinander nach den Kräfteverhältnissen ihrer beiderseitigen Organisationen. Fürst Wolkonski gab später, während des Prozesses, zu, Pestelj habe ein übertriebenes Bild von der Stärke der russischen Verschwörer entworfen und sich als Mitglied der Behörden sowohl der südlichen als der nördlichen Organisation hingestellt; seinerseits trat auch Jablonowski als der offizielle Bevollmächtigte der polnischen Organisation auf, was er in Wirklichkeit nicht war.

Jablonowski wollte erfahren, wer von bekannten Persönlichkeiten an der nördlichen Organisation teilnehme. Pestelj schlug jedoch die Auskunft hierüber ab, da er diese Tatsache nicht ohne Vorwissen seiner Organisation enthüllen konnte.

Wie wir sehen, brachten die Beratungen nichts Neues. Nach ihrem Abschluß traf Fürst Wolkonski noch im gleichen Jahre in Berditschew mit Moschtschenski zusammen, doch hatte auch diese Zusammenkunft keine wichtigen Folgen.

Damit waren die Beziehungen zwischen den polnischen und russischen Verschwörern vor dem Ausbruch der Dezemberbewegung abgeschlossen.

Im Jahre 1825 wurde Schwejkowski, einem Mitglied der südlichen Organisation, das Regimentskommando entzogen. Wieder tauchte, durch dieses Ereignis veranlaßt, der Gedanke auf, den bewaffneten Aufstand zu beschleunigen, und wieder wurde er verworfen. Doch wurde der Beginn der Revolution beständig „für das nächste Jahr" angekündigt.

Im gleichen Jahre erfuhren die Führer der südlichen Organisation von der Existenz einer anderen Geheimgesellschaft, die sich die „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" nannte. Bald darauf erfolgte die Verschmelzung der beiden Vereinigungen; es war das wichtigste Ereignis im Leben der „Südlichen Vereinigung".

VII.

Die Mitglieder der Geheimgesellschaften, mit denen wir uns bisher beschäftigten, gehörten den höheren Schichten des russischen niederen Adels und der russischen Aristokratie an; es waren in erster Reihe Gardeoffiziere und höhere Staatsbeamte.

Die „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" (Obschtschestwo sojedinionnych slowian) bestand dagegen hauptsächlich aus Vertretern des armen niederen Adels; es waren Offiziere des Pensensker Infanterieregiments und Kavallerieoffiziere der ersten Grenadierbrigade. Die rührigsten unter ihnen waren die Brüder Andreas und Peter Borisow.

Der erstere trug sich nach seinen eigenen Aussagen, schon ehe er Offizier wurde, mit dem Gedanken, eine geheime politische Gesellschaft zu gründen. Das Ziel dieser Gesellschaft

sollte darin bestehen, vom Kaiser eine rechtliche Grundlage für den russischen Staat zu verlangen, den einmal gegebenen Gesetzen sollte er sich dann selbst unterwerfen. Offenbar schwebte ihm eine Konstitution vor. Den Anstoß zur Gründung einer derartigen Organisation gaben Andreas Borisow die fortwährenden Ungerechtigkeiten und Willkürakte, deren Augenzeuge er war, und ebenso die ungenügende Berücksichtigung der Interessen des russischen Volks.

Doch gelang es ihm erst am 13. Mai 1817, zusammen mit seinem Bruder eine Geheimgesellschaft zu organisieren, die den Namen der „Freunde der Natur" trug (Druzia Prirody). Neben den Gründern gehörten der Gesellschaft als Mitglieder Wolkow, Korsun und Lukjanowitsch an. Ihr Ziel war persönliche moralische Vervollkommnung und Reinigung der Religion von Vorurteilen; Satzungen für die Gesellschaft wurden ausgearbeitet, aber späterhin vernichtet.

Wir wissen heute nicht, ob diese Ziele der Gesellschaft nur ein Vorwand waren, um neue Mitglieder heranzuziehen, welche die Begründer allmählich in der Richtung ihrer eigenen politischen Anschauungen bekehren wollten, oder ob die Brüder Borisow angesichts der sie umgebenden Apathie wirklich anfangs auf ihre konstitutionellen Bestrebungen verzichteten. Von einer Tätigkeit der Gesellschaft der „Brüder der Natur" ist gar nichts bekannt. Sehr wahrscheinlich klingt die Hypothese Downar-Zapolskis [1]), die Organisation habe keine Tätigkeit im weiteren Sinne entfaltet und sich auf die eigene weitere Ausbildung der Mitglieder und Diskussionen unter ihnen beschränkt.

Die Begründer dieser Organisation waren offenbar mit ihr unzufrieden; vielleicht hörte die Gesellschaft sogar nach einiger Zeit tatsächlich auf zu existieren. Wenigstens gründeten die Brüder Borisow zusammen mit dem polnischen Edelmann Lublinski 1823 eine neue Gesellschaft, deren Ziel die Vereinigung der slawischen Völker und Stämme zu einer Republik sein sollte. Die neue Organisation erhielt den Namen der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen". Ein Katechismus der Mitglieder oder eine Art bin-

---

1) Downar-Zapolski a. a. O. S. 137.

dender Satzungen, sowie eine Eidesformel für die Neueintretenden wurde ausgearbeitet.

Andreas Borisow sagte aus, die Gesellschaft hätte nur den Zweck gehabt, eine größere Anzahl von Menschen zu vereinigen, um so die Möglichkeit zu schaffen, später eine Konstitution vom Kaiser zu verlangen.

Das Organisationssystem dieser Gesellschaft ist uns unbekannt. Die Zahl der Mitglieder wuchs fortwährend. Die ersten Eintretenden waren Gorbatschewski und Betschasnyj. Von den neuen Mitgliedern wurde die Anerkennung einiger bestimmter moralischer Grundsätze und ein starker Charakter verlangt.

Weder die Eidesformel der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“, noch der oben erwähnte Katechismus, der nur moralische und sittliche Anweisungen enthält, geben uns einen klaren Begriff von dieser politischen Organisation. Wertvolle Nachrichten enthalten dagegen die Tagebücher des oben erwähnten Mitglieds der Gesellschaft, Gorbatschewskis. Er behauptet, Zweck der Gesellschaft sei gewesen, gegen den Unwillen und den Haß anzukämpfen, der zwischen den slawischen Völkern und Stämmen herrsche; weiter ihre Befreiung von fremdem Joch und die Vereinigung zu einem Staatswesen föderativer Art, in welchem jedes Volk seine inneren Angelegenheiten selbst ordnen sollte; jedes territorial geschlossene Gebiet, das dem Staate beitrat, sollte seine eigene Gerichtsbarkeit haben; ein Kongreß sollte die Angelegenheiten der Gesamtheit entscheiden: die politische Verfassung sollte demokratisch sein. Die Organisation legte großes Gewicht auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Entwicklung der Industrie; beide Punkte standen in erster Reihe; ebenso sollte sich die Gesellschaft um die Hebung des allgemeinen moralischen Niveaus und die Entwicklung der Aufklärung bemühen. Vorurteile sollten ausgerottet und in der Gesellschaft Toleranz gegen die verschiedenen Religionen geweckt werden; die Standesunterschiede sollten verschwinden.

Wie Downar-Zapolski mit Recht bemerkt [1]), traten die Mitglieder der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ für eine völlige

1) Downar-Zapolski a. a. O. S. 148.

Gleichstellung aller Stände ein und waren bereit, wichtige Opfer auf sich zu nehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir erwähnten bereits, daß die Mitglieder der Gesellschaft ärmere Offiziere waren, und doch beschlossen sie, den zehnten Teil ihres kleinen Einkommens herzugeben; Summen sollten so gesammelt werden, um Bauern aus der Leibeigenschaft loskaufen und Dorfschulen gründen zu können.

Die Organisation empfahl ihren Mitgliedern Mäßigung, Bescheidenheit, Nächstenliebe namentlich gegen die Vereinsmitglieder, Enthaltung von heftigen Leidenschaften. Man sollte sich mit Kleinem begnügen, sich bilden und arbeitsam sein. Aus dem ganzen Programm sprach ein etwas asketischer Geist und ein demokratisches, sittenstrenges Puritanertum.

Das politische Endziel der Gesellschaft war eine Änderung der Regierungsform in Rußland, d. h. an Stelle des Absolutismus sollte die Konstitution und eine slawische Föderation treten.

Aus Kirejews Aussagen geht hervor, daß die Organisation jedes ihrer Mitglieder zum ewigen Haß gegen den Thron verpflichtete; das republikanische Element wurde also stark betont. Doch scheint man von den neuen Mitgliedern nicht die unbedingte Anerkennung der republikanischen Gleichheitsprinzipien verlangt zu haben, da, wie sich aus den späteren Verhandlungen zwischen der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ und der „Südlichen Vereinigung“ ergibt, gerade eines der hervorragendsten Mitglieder der Gesellschaft, Spiridow, durchaus nicht, wenigstens zu Anfang nicht, begeisterter Republikaner oder Anhänger einer völligen Aufhebung der Stände war. Spiridow war allerdings das relativ konservativste Mitglied der Organisation, aber die Tatsache allein, daß er einen bedeutenden Einfluß ausübte, beweist, daß unter den Mitgliedern in politischer Beziehung keine völlige Einigkeit herrschte.

Im Jahre 1824 muß sich in der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ das Bedürfnis nach einer mehr systematischen und energischen Tätigkeit fühlbar gemacht haben; offenbar tauchte damals der Wunsch auf, den Augenblick des Kampfes um politische Reformen zu beschleunigen. Am 6. Dezember dieses Jahres berieten Gorbatschewski und Peter Borisow lange miteinander

über neue Satzungen für die Organisation, die der letztere auch schließlich verfaßte. Sie sind leider nicht erhalten. Wir wissen nur, daß danach die Leitung der Gesellschaft in der Hand eines Vorsitzenden lag, der für ein Jahr gewählt wurde. Zu seinen Obliegenheiten gehörte: Zeit und Ort der gewöhnlichen und außergewöhnlichen Zusammenkünfte zu bestimmen und die Tätigkeit der Organisation zu leiten. Neben dem Präsidenten sollte auch der Sekretär für die Dauer eines Jahres gewählt werden; dieser hatte die Beiträge der Mitglieder zu sammeln, über die Ausgaben der Organisation mit Zustimmung des Präsidenten zu verfügen, die Beziehungen der Mitglieder untereinander und zum Präsidenten zu erleichtern. Präsident und Sekretär waren natürlich der Organisation gegenüber verantwortlich.

Im März 1825 kamen die Mitglieder der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" in dem Städtchen Tschernigow, 25 Werst von Zytomierz entfernt, zusammen. Bei dieser Zusammenkunft wurden die von Borisow ausgearbeiteten Satzungen einstimmig angenommen. Er wurde zum Präsidenten gewählt und zwar bis zu der Zeit, wo die verschiedenen Regimenter sich im Städtchen Leschtschin im Gouvernement Wolhynien im Sommerlager einfinden sollten. Anfang August begann sich das Heer dort zu sammeln. Um dieselbe Zeit erfuhren die „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" und die „Südliche Gesellschaft" voneinander. Eine Vereinigung beider Organisationen erschien auf beiden Seiten ebenso erwünscht wie notwendig. Die „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" fand eine Mittelsperson in Kapitän Tiutschew, einem Bekannten von Sergius Murawjew-Apostol.

Ich bringe hier nicht alle Einzelheiten dieser Unterhandlungen, die Downar-Zapolski in seinem bereits mehrfach zitierten Werke eingehend beschreibt. Ich werde nur einen Augenblick bei ihren Ergebnissen und der Taktik der „Südlichen Vereinigung" verweilen; bezüglich des Charakters der künftigen Umwälzung herrschten unter den Mitgliedern der beiden Verschwörungsgesellschaften weitgehende Unterschiede.

Die Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" bemühten sich sehr energisch und erfolgreich um die Vereinigung der beiden Organisationen, bedienten sich mitunter dabei aber auch ungeeig-

neter Mittel. Vor allen Dingen suchten sie in den Mitgliedern der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ die Vorstellung zu nähren, sowohl die südliche als die nördliche Organisation seien sehr stark und hätten nicht nur in Rußland, sondern selbst im Ausland ausgebreitete Beziehungen; sie gingen selbst so weit, zu behaupten, einige europäische Höfe seien mit ihren Plänen einer staatlichen Umwälzung Rußlands einverstanden. Bei dieser Gelegenheit erwähnten sie auch ihre Beziehungen zu den Polen. Um die „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ zu gewinnen, suchten andere wieder den Mitgliedern mit den Namen von Personen zu imponieren, die hohe Stellungen einnahmen und die angeblich der Organisation angehörten. Bei dieser Gelegenheit wurden selbst, ohne daß es nötig gewesen wäre, die Namen vieler Personen genannt, die man nicht zu den Verschwörern zählen konnte.

Anfang September war die Vereinigung der beiden Bruderorganisationen eine vollendete Tatsache; doch ist damit nicht gesagt, daß auch alle Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Mitglieder aufgehoben waren. Spirydow war z. B. nicht mit allen in der „Russischen Wahrheit“ niedergelegten Anschauungen Pesteljs einverstanden, namentlich widersetzte er sich den russifizierenden Tendenzen Pesteljs [1]). Er selbst wieder war gegen eine völlige Gleichstellung der Juden; die Frage, ob alle Mitglieder der kaiserlichen Familie zu Beginn der künftigen revolutionären Bewegung ermordet werden sollten, wurde nicht endgültig gelöst, obgleich sie viel besprochen wurde.

Auch die Ermordung Alexanders I. erörterte man; ja Bestiushew-Riumin ließ sich sogar über die praktischen Einzelheiten dieser Angelegenheit aus und besprach mit anderen, wer diese Aufgabe am besten erfüllen könne und dazu zu erwählen sei.

Tiefgehende Unterschiede zeigten sich auch zwischen den früheren Mitgliedern der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ und denen der „Südlichen Vereinigung“ bezüglich der revolutionären Taktik.

Die mehr demokratisch gesinnten Mitglieder der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen“ waren nicht für eine ausschließlich

1) Auf diesen Gegenstand komme ich in einem der nächsten Abschnitte ausführlich zu sprechen.

militärische Revolution; ihrer Meinung nach sollten auch weitere gesellschaftliche Kreise, ja das Volk selbst hineingezogen werden. Auch wollten sie für den künftigen Umsturz so viel Offiziere und Soldaten wie möglich zusammenscharen.

Von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachteten Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin die künftige Revolution. Sie wollten keine große Volksbewegung, sondern eine Militärrevolution, die, von oben geleitet, sich ohne bewußten Anteil der Soldaten und ohne des einen Teiles der Offiziere vollziehen sollte. Die Mehrzahl des Heeres sollte den Verschwörern lediglich eine physische Unterstützung leihen und dabei nur von ihrer Sympathie und Ergebenheit für jene geleitet sein, die an der Spitze der Verschwörung standen.

In einer der Erörterungen[1]) sprach Bestiushew-Riumin die Ansicht aus, in der großen Französischen Revolution hätte der „Mob" durch seine Beteiligung an den Ereignissen viel Böses angestiftet, höher stünde die spanische Revolution das Jahres 1823, die einen rein militärischen Charakter gehabt habe. In Spanien habe man nur den Fehler begangen, den König am Leben zu lassen, wodurch alle Errungenschaften der Bewegung wieder verloren gegangen seien. Die russische Revolution müsse sich von diesem verhängnisvollen Irrtum der Spanier freihalten, könne aber im übrigen unblutig verlaufen.

Ähnliche Gedanken sprachen Sergius Murawjew-Apostol und andere Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" aus.

Sergius Murawjew-Apostol riet davon ab, die Soldaten in die Ziele der Verschwörung einzuweihen, dagegen empfahl er, sie persönlich zu gewinnen und an sich zu fesseln, was ihm selbst vorzüglich gelang, wie die Ereignisse später zeigten. Auch glaubte er, man würde die Soldaten und Volksmassen durch eine zu diesem Zwecke vorzunehmende Deutung der christlichen Religion dahin bringen können, sich der Bewegung anzuschließen.

Gorbatschewski, ein früheres Mitglied der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen", bekämpfte diese Ansicht und erklärte mit Recht, die Religion als Stütze einer revolutionären Bewegung

1) Downar-Zapolski a. a. O. S. 160.

heranziehen, heiße sich eines zweischneidigen Schwertes bedienen.

Die Meinungsverschiedenheit über den Anteil der Massen an der revolutionären Bewegung ging aus der sozialen Stellung der verschiedenen Mitglieder hervor; wie wir schon wissen, waren die einen Aristokraten und Würdenträger, die keinerlei Zusammenhang mit dem Volke hatten; die anderen gehörten den mittleren Schichten an und kamen auch mit dem Volke in Berührung.

Wir haben keinerlei Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Maße die Mitglieder der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" imstande gewesen wären, auf die Soldaten einzuwirken. Man leitete später auch unter den Soldaten selbst eine Untersuchung ein, ohne aber hierbei besonderen Eifer an den Tag zu legen; offenbar wünschte die Regierung selbst keine Ausbreitung des Prozesses. Die vorgeladenen Soldaten hielten sich im allgemeinen sehr gut und sagten nicht zuungunsten der Offiziere aus.

Auf diese Weise vergrößerte sich die „Südliche Vereinigung" beträchtlich gegen Ende des Sommers und zu Anfang des Herbstes des Jahres 1825. Aus den früheren Mitgliedern der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" wurde eine Behörde gebildet.

Im nächsten Abschnitt wollen wir uns mit der „Nördlichen Vereinigung" in Petersburg beschäftigen.

VIII.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau hatte Turgenjew die früheren Mitglieder benachrichtigt, der „Bund des Glücks" sei aufgelöst worden. Bald darauf aber berief er einige von ihnen zu sich und schlug ihnen vor, eine neue Geheimgesellschaft zu gründen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Bei dieser Versammlung waren anwesend: Siemionow, Fürst Obolenski, Narischkin; drei andere, Jakob Tolstoi, Oberst Milkow und Miklaschewski waren von Turgenjew eingeladen worden. Doch entwickelte sich die neue Organisation nicht, da die Garde aus Petersburg nach den westlichen Gouvernements verlegt wurde; übrigens zeigte Turgenjew selbst keinen besonderen Eifer. Wir besitzen auch nicht Angaben genug, um uns einen klaren Begriff von dem Charakter der neuen Vereinigung zu machen. Bei der

Untersuchung schilderte Siemionow Turgenjews Ansichten, die dieser sich bemüht haben soll, in der Organisation geltend zu machen, folgendermaßen: Emanzipation der Bauern und ihre Ausstattung mit Grund und Boden, Verbreitung von Bildung, Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Einführung von Geschworenengerichten, Freigabe des Buchverlags und schließlich irgendeine Repräsentativverfassung [1]).

Die Organisation hörte jedoch bald tatsächlich auf zu existieren, ohne je irgendeine Tätigkeit entfaltet zu haben.

Erst im Herbst 1822 erwachte sie zu neuem Leben. Es läßt sich kaum sagen, was gerade jetzt diesen neuen Anstoß gab: vielleicht die Nachricht über die „Südliche Vereinigung“, vielleicht war auch einfach unter den alten Mitgliedern der Wunsch nach Betätigung von neuem erwacht. Die Initiative ging diesmal von Nikita Murawjew aus. Downar-Zapolski nimmt an, sein Zusammentreffen mit dem Fürsten Obolenski und Narischkin um diese Zeit in Minsk und Lida sei vielleicht von Einfluß auf diesen Entschluß gewesen. So konstituierte sich die „Nördliche Vereinigung“ mit Nikita Murawjew an der Spitze, der seine Anschauungen inzwischen etwas geändert hatte: er war Republikaner gewesen, bekannte sich aber jetzt zur konstitutionellen Monarchie.

Auch die neue Organisation entfaltete anfangs fast gar keine Tätigkeit. Man kam nur langsam vorwärts; unterdessen war jedoch die „Südliche Vereinigung“ ungeduldig geworden und wünschte sich so rasch wie möglich der nördlichen Gruppe zu nähern. Sie hoffte die brüderliche Gruppe für ihre Grundsätze begeistern und sie zu gemeinsamem Vorgehen an sich fesseln zu können. Zu diesem Zwecke wurden Abgeordnete nach Petersburg geschickt. Im Jahre 1823 erschienen Dawidow, Fürst Bariatinski und Fürst Wolkonski in Petersburg, auch Matthias Murawjew-Apostol und Podzio hielten sich längere Zeit in der Hauptstadt auf. Diese Einwirkungen blieben nicht ohne Erfolg, sie spornten sogar die „Südliche Vereinigung“ zu einer immer neuen Tätigkeit an. Unter dem Einfluß der „Südlichen Vereinigung“ konstituierte die

1) Downar-Zapolski a. a. O. S. 195.

Nördliche sich endgültig im Herbst 1823, doch gelang es den Abgesandten der „Südlichen Vereinigung" nicht, ihr Hauptziel zu erreichen. Die „Nördliche Vereinigung" schloß sich nicht in allen Punkten dem in der „Russischen Wahrheit" niedergelegten Programm der „Südlichen Vereinigung" an.

Nikita Murawjew studierte die Auszüge aus der „Russischen Wahrheit", die ihm übersandt wurden, erklärte sich aber mit vielem nicht einverstanden und schickte seinerseits Pestelj einen eigenen Plan einer Konstitution, der wieder diesen nicht befriedigte.

Im Oktober 1823 fanden zwei wichtige Versammlungen der „Nördlichen Vereinigung" statt; ein System der Organisation wurde damals ausgearbeitet und drei Direktoren gewählt: Nikita Murawjew, Fürst Obolenski und Trubezkoj. Die Organisation der Vereinigung war folgende: die Mitglieder zerfielen in zwei Kategorien: die „Überzeugten" (Ubieschdonnije) d. h. die Gründer und von ihnen Gewählten, sie bildeten zusammen die „Duma", die manchmal auch als die „Höhere Duma" bezeichnet wurde; die zweite Gruppe von Mitgliedern dagegen bestand aus den „Einmütigen" (Soglasnije) oder „Vereinigten" (Sojedinionnije), die in der Organisationshierarchie etwas niedriger standen als die „Überzeugten".

Die „überzeugten" Mitglieder wählten die Mitglieder der Duma und konnten Rechenschaft und Erklärungen von ihr fordern; ohne Zustimmung aller „Überzeugten" (soweit sie zugegen waren) konnte kein Entschluß dieser Körperschaft bindend sein; die Gesamtheit der „Überzeugten" hatte auch darüber zu entscheiden, ob und wer von den Mitgliedern der niedrigeren Gruppe in ihre Mitte aufgenommen werden sollte; ebenso wählten sie die Direktoren. Diese sollten anfangs ihr Amt ständig behalten, später trat jedoch alljährlich einer zurück, worauf eine Neuwahl stattfand. Aufgabe der Direktoren war: die Tätigkeit der ganzen Organisation zu lenken, die Mitglieder zur Arbeit aufzumuntern und neue zu gewinnen, endlich die Sitzungen der Duma einzuberufen.

Wer sich dem Kartenspiel, Ausschweifungen und der Trunksucht hingab, wurde aus der Vereinigung ausgeschlossen. Die

Mitglieder sollten nur aus Leuten bestehen, die sich mit keiner niedrigen Handlung befleckt hatten und uneigennützigen und starken Charakters waren; sie sollten Leute von Entschlossenheit sein und die Beweise für diese Eigenschaften im Krieg oder im Duell erbracht haben. Endlich sollten sie auch eine gute Gesundheit besitzen.

Den neueintretenden Mitgliedern wurden nicht die Ziele der Organisation und die Pläne zur Verwirklichung dieser Ziele bekanntgegeben, statt dessen wurde jeder einzelne entsprechend seiner Gemütsart, seinem Charakter und seiner Denkungsweise aufgeklärt.

Die „Überzeugten" konnten bei gemeinsamen Versammlungen miteinander verkehren. Im Bedarfsfalle wandte sich das Mitglied nur an die Person, die ihn aufgenommen hatte, und diese erst gab die Angelegenheit dorthin weiter, wo sie ihre Erledigung fand.

Die Mitglieder der untergeordneten Gruppe kannten nur das Mitglied, das sie aufgenommen hatte, gemeinsame Versammlungen fanden nicht statt, auch hatten sie nicht das Recht, neue Mitglieder aufzunehmen. Verreiste ein „Überzeugter" für längere Zeit, so ernannte er einen Stellvertreter, der die Beziehungen zwischen dem Mitglied, das der erstere aufgenommen hatte, und der Organisation aufrecht erhielt.

Schriftliche Mitteilungen waren unter den Mitgliedern verboten, ebenso alle äußeren Zeichen der Zugehörigkeit zur Vereinigung.

Den neueintretenden Mitgliedern wurde das Ziel der Vereinigung nur undeutlich und sehr allgemein mitgeteilt. Die Mitglieder, wurde ihnen erklärt, hätten sich für eine Änderung der Regierung oder eher eine Änderung in der Tätigkeit der Regierung einzusetzen; man verstand darunter eine genau einzuhaltende rechtliche Ordnung im Staate und eine Konstitution. Allmählich wurden jedoch die Ziele der Vereinigung immer genauer festgelegt.

Titow, den Narischkin in die „Nördliche Vereinigung" aufgenommen hatte, formulierte beim Verhör die Anschauungen und Aufgaben der Vereinigung folgendermaßen:

1) eine Konstitution durchzusetzen in der Art der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika;
2) Befreiung der Sklaven aus der Leibeigenschaft — es handelt sich hierbei offenbar um die Bauern;
3) die Lage der leibeigenen Bauern zu erleichtern und zu verbessern [1];
4) mit den Untergebenen menschlich umzugehen;
5) den Vorgesetzten mit Achtung zu begegnen und sich eines taktlosen Benehmens und spöttischer Bemerkungen zu enthalten; so genau als möglich seine Pflichten zu erfüllen;
6) auf Befehl sich mit seinem Kommando an den bezeichneten Ort zu begeben;
7) den fünfundzwanzigsten Teil des eigenen Einkommens zu opfern (für die Zwecke der Organisation);
8) nichts Schriftliches bei sich zu haben (in Sachen der Organisation), sondern sich nur mündlich zu verständigen;
9) keine unbefähigten Leute heranzuziehen;
10) Frauen können tätig sein (sicherlich aber nicht der eigentlichen Organisation angehören?) [2].

Diese Punkte geben uns schon einen etwas klareren Begriff von den Zielen der besprochenen Organisation. Was wir aus den Aussagen der anderen über die Versammlungen und die Gespräche der Mitglieder wissen, vervollständigt unsere Kenntnisse noch um ein bedeutendes.

Die „Nördliche Vereinigung" strebte eine Konstitution von mehr oder weniger föderativem Charakter an, doch war die Frage der Regierungsform eigentlich strittig; einige Mitglieder waren Republikaner, andere wieder traten für eine konstitutionelle Monarchie ein, unter ihnen namentlich Nikita Murawjew, der zwar nicht energisch war, aber einen großen Einfluß hatte und die anderen zu überzeugen verstand.

Einen ganz bestimmten Plan über die Durchführung der Ziele der Organisation gab es nicht. Podzio und Matthias Murawjew bemühten sich, die neue Organisation zur Taktik der

---

1) Der dritte Punkt wird durch den zweiten aufgehoben, sofern die Leibeigenschaft aufhören sollte.

2) Downar-Zapolski a. a. O. S. 220.

„Südlichen Vereinigung" zu bekehren, es gelang ihnen auch bis zu einem gewissen Grade, da sie verschiedene Mitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen vermochten, die kaiserliche Familie müsse ausgerottet werden.

Im allgemeinen war jedoch die nördliche Organisation nicht sonderlich zu einem energischen Vorgehen aufgelegt; als Ganzes war sie wenig geeignet, die Pläne Pestelјs und der südlichen Organisation auszuführen. Nikita Murawjew bezeichnete diese Pläne direkt als unmöglich; er war überhaupt der Führer der gemäßigten Richtung.

Die „Nördliche Vereinigung" entwickelte eine nur saumselige Tätigkeit; bis gegen Ende des Jahres 1823 machte die Organisation nur sehr langsame Fortschritte.

Auf einer der Oktoberversammlungen wurde der Dichter Rilejew in die Organisation aufgenommen. Dieser war eine empfängliche Natur, die auf alle Eindrücke sofort stark reagierte und stürmisch nach Betätigung verlangte. Dabei war er kein ausdauernder Verschwörer, ging zu wenig auf die Einzelheiten ein und arbeitete auch den ganzen Plan gedanklich zu wenig durch; doch war er kameradschaftlich, hatte im Verkehr etwas sehr Einnehmendes und war lebhaft und feurig. Er verstand es, die Menschen zu vereinigen, sie an sich zu ziehen und auch zu fesseln. Er brachte ein neues, starkes Ferment in die Organisation und spornte die anderen zu neuer Tätigkeit an.

Von den drei Direktoren der „Nördlichen Vereinigung" stand Fürst Obolenski den Theorien und der Taktik der „Südlichen Vereinigung" freundlich gegenüber; Fürst Trubezkoj und Nikita Murawjew dagegen waren viel gemäßigter.

Die südliche Organisation fuhr fort, die nördliche durch verschiedene Persönlichkeiten zu beeinflussen, doch ohne sonderlichen Erfolg. Schließlich beschloß Pestelj, selbst nach Petersburg zu gehen, um den Boden zu prüfen und sich davon zu überzeugen, wie weit man auf die „Nördliche Vereinigung" rechnen könne.

Pestelj verzögerte seine Abreise bis gegen Ende des Jahres 1824. Downar-Zapolski nimmt an, sein persönlicher Ehrgeiz habe bei diesem fortwährenden Hinausschieben eine große Rolle

gespielt: Pestelj war gewohnt, die „Südliche Vereinigung" nach seinem Willen zu lenken, und wußte, daß er in der Nördlichen prinzipielle wie auch persönliche Gegner besaß; sollte seine Mission in der Hauptstadt nicht von Erfolg gekrönt sein, so konnten die gegenseitigen Beziehungen der beiden Organisationen einen für beide Teile schädlichen Charakter annehmen.

Um der Aufgabe, die er sich gestellt hatte, eine größere Wichtigkeit beizulegen und um zu zeigen, daß er im genauen Einvernehmen mit seinen Kameraden vorgehe, beschloß Pestelj, in Gesellschaft des Obersten Powalo-Schwejkowski und des Fürsten Wolkonski nach der Hauptstadt zu reisen. Sie brachen jedoch nicht gleichzeitig auf, sondern fuhren in kleinen Abständen, da sie sonst die Aufmerksamseit der Regierung auf sich hätten lenken können.

Pesteljs Bestreben war, die beiden Organisationen eng zu verknüpfen. Zu diesem Zwecke wollte er beide Gesellschaften unter einem gemeinsamen Oberhaupt vereinigen, außerdem sollte die Leitung das Strafrecht über die Mitglieder erhalten und die „Nördliche Vereinigung" die sozialen und staatsrechtlichen Grundsätze annehmen, die er selbst in der „Russischen Wahrheit" niedergelegt hatte. Auch in taktischer Beziehung wollte er beide Gesellschaften zu einer Einheit gestalten. Hauptsächlich ging es ihm um die prinzipielle Anerkennung der Republik; die „Nördliche Vereinigung" sollte sich in aller Schärfe für eine ausgesprochen politische Tätigkeit erklären, d. h. für eine Tätigkeit, deren Zweck eine staatliche Umwälzung war, sie sollte ferner die Erklärung abgeben, daß nach Ausbruch der Revolution gegen die Mitglieder der kaiserlichen Familie energisch vorzugehen sei. Um all diese Punkte bei der „Nördlichen Vereinigung" durchzusetzen, beschloß Pestelj, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen. Er wollte seine Pläne erst einzelnen Mitgliedern, Nikita Murawjew, den Fürsten Trubezkoj und Obolenski, sowie einigen weiteren hervorragenden Persönlichkeiten der Organisation vortragen, um erst später auf einer allgemeinen entscheidenden Versammlung offiziell seine Theorien und Pläne vorzubringen.

Die beiden anderen Mitglieder der „Südlichen Vereinigung"

sollten Pestelj behilflich sein und die Mitglieder der nördlichen Organisation günstig stimmen.

Wir wissen bereits, daß unter den Direktoren der „Nördlichen Vereinigung" Obolenski der südlichen Organisation am nächsten stand; es war daher für Pestelj ein leichtes, ihn ganz zu gewinnen. Obolenski gestand später offen, es sei für ihn schwer gewesen, sich nicht dem Reiz hinzugeben, den Pestelj auf ihn ausübte. Er rühmte besonders die logische Beweisführung, die Belesenheit und den lebhaften Geist Pesteljs.

Pesteljs Sendung schien anfangs den gewünschten Erfolg zu haben, obgleich sich einzelne einflußreiche Mitglieder der nördlichen Organisation seinem Plan widersetzten. Auf der ersten allgemeinen Versammlung, bei der Nikita Murawjew nicht zugegen war, riß Pestelj seine Zuhörer dermaßen fort, daß einer Vereinigung der beiden brüderlichen Gruppen nichts mehr im Wege zu stehen schien. Doch war dieser Erfolg nur scheinbar: Pesteljs Triumph dauerte nicht lange. Nikita Murawjew gelang es, alle Annäherungen wieder zu zerstören, es blieb dabei, daß jede der beiden Organisationen nach wie vor ein unabhängiges Dasein behalten sollte, wenn sie auch miteinander in Verbindung bleiben und keine einen entscheidenden Schritt allein unternehmen sollte.

Charakteristisch ist auch die Ansicht der „Nördlichen Vereinigung", die Südliche hätte den Polen zu weitgehende Zugeständnisse gemacht, als sie nicht nur die Rückgabe der polnischen Gebiete, sondern auch noch die eines Teiles der litauisch-ruthenischen Gouvernements versprach. Rilejew stellte sich in diesem russisch-polnischen Streit auf den ethnographischen Standpunkt. Schließlich erklärte sich die „Nördliche Vereinigung" jedoch bereit, in diesem Punkte nachzugeben.

Da Pestelj seine Aufgabe nicht vollkommen erfüllt hatte, beschloß er, in der Hauptstadt eine Art Filiale der „Südlichen Vereinigung" zu bilden, und gewann zu diesem Zwecke einige neue Mitglieder. Der Plan kam jedoch nicht zur Ausführung, da die Betreffenden sich für die Rolle, zu der er sie ausersehen hatte, wenig eigneten. Nur in einer Hinsicht war Pesteljs Aufenthalt in Petersburg nicht ohne Einfluß geblieben. Er hatte einen starken Ein-

druck auf Rilejew gemacht, der in der „Nördlichen Vereinigung“ eine immer größere Bedeutung erlangte.

Der Mißerfolg in Petersburg machte einen niederdrückenden Eindruck auf Pestelj; er fing an, die Zukunft der Verschwörung pessimistisch anzusehen, und verhielt sich jetzt in der ganzen Angelegenheit wesentlich kühler.

Bald nachdem er die Hauptstadt verlassen hatte, wurde einer der Direktoren der „Nördlichen Vereinigung“, Fürst Trubezkoj, nach Kijew versetzt. Er versuchte hier den Stand der Dinge in der südlichen Organisation genau kennen zu lernen und ging daran, Pesteljs Einfluß langsam entgegenzuarbeiten. Trubezkoj verkehrte am meisten mit Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin und begann seinerseits allmählich den Einflüssen der „Südlichen Vereinigung“ zu unterliegen.

Im April 1825 verließ auch Nikita Murawjew Petersburg. Das neue Direktorium der „Nördlichen Vereinigung“ setzte sich jetzt aus Obolenski, Rilejew und Alexander Bestiuschew zusammen, den Rilejew mit seinen beiden Brüdern in die Organisation aufgenommen hatte. Rilejew selbst schwankte in politischer Beziehung fortwährend zwischen der konstitutionellen Monarchie und der Republik. Er stand sowohl unter Nikita Murawjews, wie unter Pesteljs Einfluß; anfangs war er mehr in der Hand des ersteren gewesen, später neigte er sich mehr dem zweiten zu. Pesteljs Einfluß auf ihn wurde immer stärker. Rilejew war demokratischer gesinnt als Nikita Murawjew, zusammen mit Pestelj verlangte er bei einer Befreiung der Leibeigenen für die Bauern mehr Grund und Boden, als Nikita Murawjew zugestehen wollte. Auch wissen wir aus den Aussagen seiner Genossen, daß er mit Pesteljs Plänen bezüglich der Ausrottung der kaiserlichen Familie einverstanden war.

Rilejews Eifer und Tatkraft waren die Veranlassung zu einer stärkeren Bewegung von mehr revolutionärem Charakter innerhalb der „Nördlichen Vereinigung“.

Wie wir schon wissen, stand die nördliche Organisation lange Zeit hindurch hauptsächlich unter dem Einfluß Nikita Murawjews; die einzelnen Mitglieder nahmen fast alle seine Anschauungen an. Die Taktik, die er empfahl, bestand in folgendem.

Der Plan der von ihm schriftlich ausgearbeiteten Konstitution sollte in allen Gesellschaftschichten und zwar so stark wie möglich verbreitet werden; darauf sollte eine Militärrevolution ins Leben gerufen und diese Konstitution proklamiert werden; je nach den Erfolgen der revolutionären Bewegung sollten Wählerversammlungen einberufen werden, um Wahlmänner, Lokalbehörden und Richter zu wählen; für die einzelnen Teile des Staates wünschte Murawjew die Schaffung eigener Gerichtshöfe; für den Fall, daß die Revolution einen sehr großen Erfolg haben sollte, war auch die Einberufung der allgemeinen Volksversammlung vorgesehen. Falls die kaiserliche Familie sich weigern sollte, die Konstitution anzunehmen, sollte sie des Landes verwiesen und eine Republik proklamiert werden [1]).

Von diesem Programm begann die „Nördliche Vereinigung" unter Rilejews Einfluß und dem einiger neu hinzugekommener Persönlichkeiten langsam abzukommen, um so mehr, als Nikita Murawjew, wie wir wissen, Petersburg inzwischen verlassen hatte.

Gegen Ende des Jahres 1824 oder zu Beginn von 1825 war aus dem Kaukasus ein Gardeoffizier, namens Jakubowitsch nach der Hauptstadt gekommen. Er hatte männlich gegen die grusischen Bergbewohner gefochten und war bei einem dieser Zusammenstöße verwundet worden. Jetzt kam er zu seiner vollständigen Genesung nach Petersburg. Jakubowitsch grollte der Regierung und Alexander I.: er war mit der Politik nicht einverstanden und war auch der Ansicht, seine persönlichen Verdienste seien nicht genügend geschätzt worden.

Alexander Bestiushew vermittelte die Bekanntschaft zwischen Rilejew und Jakubowitsch, ebenso machte er Jakubowitsch mit dem Fürsten Obolenski und anderen weniger wichtigen Mitgliedern bekannt. In leidenschaftlichen vertraulichen Gesprächen gestand Jakubowitsch den Verschwörern, er sei gesonnen, den Kaiser zu ermorden; seiner Ansicht nach konnte ein Mensch, der sich zu einer entscheidenden Tat aufraffte, wie er sie eben plante, der Sache mehr nützen als eine ganze Schar von gewöhnlichen Verschwörern.

---

1) Downar-Zapolski, Dekabristen-Memoiren, S. 57.

Jakubowitschs Entschluß machte auf die Mitglieder der „Nördlichen Vereinigung“ einen niederschmetternden Eindruck; obgleich sie schon häufig den Zarenmord erörtert hatten, so hatte diese Angelegenheit für sie doch eine mehr theoretische als eine unmittelbar praktische Bedeutung. Man sprach davon, wie von etwas, das einmal geschehen mußte und womit am besten ein Mensch betraut werden sollte, der selbst außerhalb der Organisation stand. Pestelj hatte diesen Vorschlag gemacht, um die Organisation vor Vorwürfen zu schützen. Jetzt sprach Jakubowitsch von der ganzen Angelegenheit, wie von einer konkreten Sache, ja er wollte sofort zur Ausführung schreiten.

Rilejew, Obolenski und andere bemühten sich, ihn zurückzuhalten. Rilejew war fest entschlossen, ihn zu denunzieren, wofür die Worte sprechen, die er beim Abschied zu Alexander Bestiushew und dem Fürsten Obolenski sagte: „Ich bin zu allem bereit, morgen wird man ihn (Jakubowitsch) von hier fortschicken.“ Die Freunde brachten Rilejew von diesem Vorhaben ab und erklärten ihm, ein solcher Verrat würde ihn mit Schmach bedecken. Endlich gelang es, Jakubowitsch von einer sofortigen Ausführung seines Vorhabens abzubringen. Gleichzeitig beschloß jedoch die „Nördliche Vereinigung“ allen ihren Mitgliedern und der ihr nahestehenden Persönlichkeiten außerhalb Petersburgs diesen Plan zu übermitteln. Er wurde von allen einmütig verworfen.

Es ist charakteristisch, daß der General von Wizin in Moskau daran dachte, der Regierung alles aufzudecken. Daß er diese Absicht hatte, beweist der Entwurf eines Briefes, der nach dem Ausbruch der Dezemberrevolution in Petersburg bei ihm gefunden wurde. Bei der Untersuchung gab er selbst zu, er habe den Brief nur nicht abgeschickt, weil er noch nähere Einzelheiten über den geplanten Anschlag erwartet hätte.

Außer Jakubowitsch trug sich auch noch Kachowski mit dem Gedanken, Alexander I. zu töten. Er war eine verschlossene, aber tiefe Natur, ein überzeugter Revolutionär, der bereit war, sein Leben ohne Zögern der Wiedergeburt Rußlands zu opfern.

Rilejew, dem Kachowski seine Absicht anvertraute, hielt auch ihn von der Ausführung zurück. Er setzte ihm auseinander,

die Organisation sei noch nicht stark genug, um eine solche Tat in entsprechender Weise auszunutzen und die rechtliche und staatliche Ordnung Rußlands umzugestalten, ein Schritt, der ja unmittelbar auf die Ermordung des Kaisers folgen müßte[1]. Kachowski wollte in den Kreis der tätigen und leitenden Mitglieder der Organisation eingeführt werden, was aber wieder nicht in Rilejews Absicht lag. Rilejew wollte zwar Kachowskis Bereitwilligkeit ausnutzen, aber der Mord des Kaisers sollte nicht als die Tat der Organisation gelten, niemand sollte nachher sagen können, der Zarenmord sei von einem der tätigsten und wichtigsten Mitglieder der Organisation vollbracht worden. Doch Alexander Bestiuschew verriet Kachowski Rilejews Absichten, die ihn in seinen Gefühlen verletzten, so daß er sich von Rilejew zurückzog.

Gegen Mitte des Jahres 1825 knüpfte die nördliche Organisation Beziehungen mit einem Kreis junger Marineoffiziere an, die sich zu liberalen Ideen bekannten und bereit waren, an einer Verschwörung teilzunehmen.

Zu diesem kleinen Kreise gehörten: Zawilischin, Dikow, Arbuzow, die Brüder Bielajew, die Brüder Bidisko und andere. Die Existenz der „Nördlichen Vereinigung" war ihnen bekannt und sie selbst waren gerade im Begriff, eine Geheimgesellschaft zu gründen. Sie begannen sogar schon, Satzungen auszuarbeiten, deren erster Paragraph den folgenden Satz enthalten sollte: „Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaft seien unser Teil." Die jungen Leute waren überzeugte Republikaner, sie strebten eine Änderung der politischen und sozialen Zustände Rußlands an und verlangten eine Verbesserung der Sitten und eine innere Vervollkommnung der Mitglieder ihrer Vereinigung. Wir wissen nichts Näheres über die sozialen Anschauungen dieses Kreises, in politischer Hinsicht ist uns dagegen bekannt, daß die föderative Republik unter diesen jungen Leuten die meisten Anhänger hatte. Sie wollten aus Rußland etwas Ähnliches machen wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aus taktischen Grün-

---

1) Andere Mitglieder der Organisation waren aus prinzipiellen, nicht aus augenblicklichen Rücksichten gegen die Pläne von Jakubowitsch und Kachowski.

den hielten die jungen Seeleute es für notwendig, die Mitglieder der kaiserlichen Familie zu töten. Rilejew knüpfte Beziehungen mit den jungen Leuten an, die im Frühling 1825 aus Petersburg nach Kronstadt versetzt wurden. Auf diese Weise gewann die „Nördliche Vereinigung" neue und tüchtige Verbündete.

Fürst Trubezkoj, der inzwischen nach Petersburg gekommen war, erzählte Rilejew und den anderen von den Fortschritten der „Südlichen Vereinigung" und ihrem Wunsch, die Revolution bald zu beginnen, deren Ziel der politische Umsturz sein sollte. Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin schickten späterhin auch noch Kornilowitsch nach der Hauptstadt. Seine Aufgabe war, die „Nördliche Vereinigung" anzufeuern. Die theoretischen Streitigkeiten sollten endlich aufhören und beide Organisationen den Weg der Tat beschreiten. Die energischen Führer aus dem Süden ließen den Kameraden in der Hauptstadt sagen, sie könnten auf 60000 Mann rechnen und hätten auch Leute, die zur Ermordung Alexanders I. bereit seien.

Rilejew nahm diese Pläne günstig auf und neigte selbst immer mehr der Revolution zu, gleichzeitig war er sich jedoch der augenblicklichen Schwäche der „Nördlichen Vereinigung" bewußt.

Aber nicht die ganze „Südliche Vereinigung" blickte so klar und vertrauensvoll in die Zukunft wie Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin. Pestelj selbst wurde im Laufe des Jahres 1825 oft von Zweifeln an der ganzen Sache gequält; in solchen Augenblicken verfiel er mitunter in eine völlige Apathie oder heckte die merkwürdigsten Pläne aus.

Pestelj war ein vorzüglicher Theoretiker der Revolution, und ein gründlicher Kenner der Staatswissenschaften, aber er war nicht imstande, auf eine größere Anzahl von Mitgliedern propagandistisch einzuwirken. Vielleicht wollte er es auch gar nicht. Er besaß einen sehr logischen Verstand und war imstande, allgemeine Sätze von großer Tragweite auszuarbeiten, wobei er sich abstrakter Begriffe bediente; dagegen war es ihm schwer, die notwendigen revolutionären Schritte wirklich zu tun. Die Gefährten schätzten ihn, man gab seine geistige Überlegenheit zu und unterwarf sich seinem intellektuellen Einfluß, aber er war

nicht beliebt. Die Gefährten warfen ihm vor, er wolle alle Macht an sich reißen, und fürchteten sich vor ihm.

Für Pestelj blieb das alles kein Geheimnis. Er sah auch die Schwäche der Organisation, die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Verwirklichung seiner Pläne im Wege standen, die Gleichgültigkeit der Gesellschaft. Er hielt die Ausarbeitung eines genauen Planes für notwendig; erst wenn die Mitglieder der Organisation ihn angenommen hatten, dachte er, sei es Zeit, sich um die Ausbreitung der Vereinigung besonders zu kümmern. Für den Fall des Gelingens der Revolution wollte Pestelj die Synode oder den Senat dahin bringen oder auch zwingen, einen Aufruf an das Volk zu erlassen. Den einen Aufruf sollte die Synode erlassen und den Treuschwur der Bürger für die neue provisorische Regierung verlangen, mit einem zweiten Aufruf sollte der Senat bekanntgeben, die provisorische Regierung habe die Aufgabe, eine Konstitution einzuführen. Die provisorische Regierung soltte sich aus den Direktoren der Organisation zusammensetzen. Die Organisation selbst sollte erhalten bleiben, solange die provisorische Regierung währte, denn gerade aus ihrer Mitte sollte die provisorische Regierung die Leute für die verschiedenen Ämter wählen.

Alle diese Pläne hielt Pestelj selbst schließlich für unausführbar. In was für einen Geisteszustand er endlich geriet, beweist der Bericht seines intimen Freundes Lorer.

Pestelj gestand ihm, er gedenke sich nach Taganrog zu begeben, wo Alexander I. gerade weilte. Er wollte seinen Kopf in die Hände des Kaisers geben, ihn dazu bewegen, die Organisation zu zerstören und ihre weitere Entwicklung dadurch zu verhindern, daß er freiwillig Rußland die Gesetze gäbe, um welche die Verschwörer kämpften.

Lorer stellte dem Freunde vor,. wie gewagt ein solcher Schritt sei. Auch erklärte er ihm, er habe nicht das Recht, in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen, ohne sich mit den Genossen vorher zu verständigen.

Unterdessen hatte Murawjew-Apostol fest beschlossen, die Revolution zu beginnen; während der Besichtigung des dritten Armeekorps sollten die Verschwörer den dabei anwesenden Zaren

töten, dann zwei Proklamationen an das Heer und das Volk erlassen und den Kampf beginnen; gleichzeitig hatte die „Nördliche Vereinigung“ die Revolution in Petersburg zu beginnen, die kaiserliche Familie über die Grenze zu bringen und die Einsetzung einer provisorischen Regierung zu verkünden. Die aufständischen Regimenter hatten sich nach Kijew und Moskau zu begeben, auch befestigte Lager sollten errichtet werden. Pestelj hatten die Kameraden die bescheidene Rolle eines Kommandanten des Kijewer Lagers vorbehalten.

Sergius Murawjew-Apostol schickte Kornilowitsch nach Petersburg, ohne sich vorher mit Pestelj über diesen Schritt zu verständigen; er stand scheinbar auf gutem Fuße mit ihm, führte aber eine selbständige Politik. Er war ein edler, tatkräftiger und gebildeter Mensch, den es zur Tat drängte und der Menschen um sich zu scharen wußte.

Auf diese Weise kamen die „Südliche“ und „Nördliche Vereinigung“ dem Ausbruch einer Revolution immer näher. Aber sie waren den Ereignissen noch nicht gewachsen, Widersprüche innerhalb der Vereinigungen schwächten die Kraft der beiden Organisationen, und die meisten Mitglieder glaubten nicht an einen glücklichen Ausgang.

Ehe ich zu der Beschreibung der Ereignisse der Dezemberrevolution übergehe, werde ich die sozialen und politischen Anschauungen der Dekabristen schildern, eine Bezeichnung, die ihnen die Geschichte nach dem Monat[1]) gab, in welchem die von ihnen ins Leben gerufene Bewegung ausbrach.

1) Dezember = russisch Dekabr.

Viertes Kapitel.

Die sozialen und politischen Theorien der Dekabristen.

I.

Wie wir schon wissen, besaßen die russischen Geheimgesellschaften in der Zeit Alexanders I. selbst in der letzten Periode ihrer Entwicklung kein einheitliches, in allen Einzelheiten ausgearbeitetes Programm. In der „Südlichen Vereinigung" war Pesteljs theoretischer Einfluß mächtig, und seine „Russische Wahrheit" ist ein deutlicher Ausdruck der sozialen und politischen Anschauungen der Mitglieder, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Denn in theoretischen Fragen über die künftige Rechtsordnung Rußlands stieß Pestelj zwar auf keinen offenen Widerstand, aber dieses Verhalten der Genossen war weniger das Ergebnis einer allgemeinen Übereinstimmung mit seinen Ansichten, als die Folge seines ungeheuren geistigen Übergewichts über die Mitglieder der „Südlichen Vereinigung". Wir können daher heute nicht mit voller Sicherheit feststellen, welche von den in der „Russischen Wahrheit" ausgesprochenen Ansichten den Idealen aller Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" entsprachen und bei welchen dies nicht zutraf.

Von den einzelnen Ansichten der Mitglieder der „Nördlichen Vereinigung" können wir uns noch schwerer einen Begriff machen, da diese Organisation die Umgestaltung des russischen Staates nicht so eingehend besprach wie die „Südliche Vereinigung". Das hervorragendste Mitglied der nördlichen Gruppe, Nikita Murawjew, hat nur in allgemeinen Zügen die Konstitution beschrieben, die er für sein Vaterland wünschte.

Obgleich also ein allgemeines, in den Einzelheiten durch-

gearbeitetes Programm politischer und sozialer Art fehlt, das sowohl die „Südliche“ als die „Nördliche Vereinigung“ angenommen hätte, so können wir uns doch auf Grund der Aussagen der Verschwörer, ihrer Briefe und publizistischen Werke einen Begriff von ihren Anschauungen machen.

Betrachten wir zunächst die Anschauungen, denen die Gesamtheit der Mitglieder zustimmte, und wenden wir uns dann im besonderen den Theorien Pesteljs und Nikita Murawjews zu.

Man kann ruhig alle Dekabristen als russische Patrioten bezeichnen. Sie traten für eine konstitutionelle Staatsordnung ein, für die Emanzipation der Bauern und die Gleichheit der Bürger; alle Standesunterschiede sollten verschwinden.

Ihr Patriotismus war begründet in ihrer heißen Liebe zu Rußland, ihrem Wunsch nach äußerer Unabhängigkeit des Vaterlandes von fremden Staaten und seiner inneren Unabhängigkeit von den Ausländern, die hohe Stellungen einnahmen. Sie wünschten die Erhaltung und Festigung von Rußlands Machtstellung; dieser Patriotismus der Verschwörer stützte sich auf ihre Liebe zur Vergangenheit ihres Landes. Sie hatten eine besondere Vorliebe für bestimmte historische Erinnerungen, die sich an Augenblicke aus dem Leben des russischen Volkes knüpften, wo dieses als selbständiger Faktor im sozialen und politischen Leben hervorgetreten war; solche historische Reminiszenzen waren die Volksversammlungen in Rotrußland, die Macht des alten Nowgorod usw.

Obgleich die Dekabristen Rußland reformieren und westeuropäische Einrichtungen einführen wollten, so taten sie dies doch im vollen Bewußtsein, daß diese Einrichtungen für das Wohl des russischen Volkes und die Größe Rußlands, als Staatswesen, notwendig seien. Übrigens bemühten sie sich, in ihrem Streben nach Reformen nicht schablonenhaft zu werden und sich die spezifisch russischen Verhältnisse stets klarzumachen.

Der Patriotismus der Dekabristen zeigte sich auch in ihrem starken Glauben an das russische Volk, in ihrem Vertrauen in seine moralischen und physischen Qualitäten. Sie stellten zwar keine eigene Theorie von den Vorzügen und einer Mission des russischen Volkes auf, wie später die Slawophilen; doch lassen

sich bei einigen von ihnen, wenn auch nur schwache, Keime slawophiler Theorien nachweisen. Der Gedanke einer slawischen Solidarität begann sich, wie wir schon wissen, in der „Gesellschaft der Vereinigten Slawen" zu entwickeln.

Aber obgleich sie Rußland und seine Vergangenheit liebten, so bemühten sich die Dekabristen doch nicht, die dunkeln Seiten rosig zu färben, wie Karamsin es getan hatte. Nikita Murawjew schrieb vielmehr eine treffliche Kritik über die historisch-politischen Ansichten Karamsins.

Dank ihres Patriotismus kannten die Dekabristen die Zustände des Landes sehr eingehend, die Lage der verschiedenen Gesellschaftsschichten war ihnen vertraut (verhältnismäßig am fremdesten war ihnen das Bürgertum), ebenso der Mechanismus der administrativen staatlichen Ordnung, die wirtschaftlichen Zustände usw.

Man findet in der Geschichte selten Verschwörer, bei denen die Kenntnis des eigenen Landes sich so harmonisch mit einer allgemeinen Bildung auf politischem und sozialem Gebiete verband. Dieses wichtige Merkmal verdient bei einer Charakteristik der Dekabristen besonders hervorgehoben zu werden. Viele von ihnen hinterließen Abhandlungen, Briefe, selbst ganze Werke über Einzelheiten der russischen Zustände, in denen sich eine große Kenntnis dieser Verhältnisse und eine schöpferische Fähigkeit in reformatorischer Hinsicht zeigte. Die Vaterlandsliebe der Dekabristen ging mitunter in Nationalismus über [1]). Wir haben gesehen, daß ein großer Teil der Verschwörer, vielleicht sogar ihre Mehrheit, die Selbständigkeit des Königreichs Polen nicht gern sah und daß die „Nördliche Vereinigung" mindestens dem Gedanken Pesteljs nicht freundlich gegenüberstand, den Polen

1) In einer Skizze „Patriotismus und Nationalismus" in Band I der „Zeitgenössischen geistigen und politischen Strömungen" habe ich diese Begriffe auseinandergesetzt. Ich bemerke hier nur ganz allgemein, daß der Patriotismus in der Liebe zum Vaterland besteht, in dem Bestreben, es unabhängig zu machen und zu einer allseitigen Entwicklung zu bringen, sowie in dem Bemühen, den größten Teil des Volkes glücklich zu machen; der Nationalismus dagegen besteht in dem Wunsch, anderen Völkern seine eigene Nationalität aufzudrängen und sie zu beherrschen.

das Königreich Polen und einen kleinen Teil der westlichen Gouvernements abzutreten, um aus diesen Provinzen ein selbständiges polnisches Reich zu bilden. Wir werden noch sehen, daß selbst Pestelj russifikatorische Absichten verriet.

Es ist eine interessante Frage, wie unter den russischen Verschwörern, die im allgemeinen sehr liberal und freiheitsliebend waren, derartige Ansichten enstanden; gewöhnlich entsteht der Nationalismus in reaktionären Epochen, unter konservativen und rückschrittlichen Elementen.

Wahrscheinlich ging diese nationalistische Stimmung noch auf das Jahr 1812 zurück. Das russische Volk hatte jahrhundertelang in einer Absonderung von allen anderen Ländern gelebt, und seine Annäherung an die westlichen Völker war relativ neuen Datums. Die Neubelebung der patriotischen Gefühle, die durch den Krieg mit Frankreich verursacht worden war, brachte selbst liberale Menschen zu einem teilweisen Nationalismus. Auch der Unwillen gegen die Ausländer im russischen Staatsdienst war historisch begründet. Doch spielten auch noch andere Gründe mit: das deutsche Regime war in Zeiten der Palastrevolutionen ein sehr hartes gewesen, auch bedeuteten die Ausländer im höheren Zivil- und Militärdienst für die russische Aristokratie und den russischen niederen Adel jedenfalls eine Konkurrenz. Es war offenbar nicht der bewußte Wunsch, die Nebenbuhler zu beseitigen, der die Verschwörer in ihrem Kampf gegen die ausländischen Einflüsse beseelte; dazu standen sie moralisch viel zu hoch; aber der Kampf der früheren Generationen gegen die Konkurrenten hatte sich wohl bei den Nachkommen zu einem elementaren Unwillen gegen die Fremden verdichtet und brachte sie dahin, den schädlichen Einfluß dieser Ausländer zu überschätzen. Der Patriotismus mit nationalistischer Färbung nahm bei den einzelnen Mitgliedern der Geheimgesellschaften einen etwas verschiedenen Charakter an.

Der Kultus der politischen Freiheit war unter den Dekabristen ganz allgemein; in ihren Reden und Briefen spürt man noch heute ihren Enthusiasmus für dieses Lieblingsideal. Sie haßten den Absolutismus und kritisierten ihn scharf. Aber wenn sie auch mit vollem Bewußtsein und großem Eifer für eine Ver-

fassung eintraten, so zerfielen sie doch wieder in Republikaner und Anhänger der konstitutionellen Monarchie; selbst der Begriff der Bürgerfreiheit wurde von den einzelnen Mitgliedern der Geheimgesellschaften verschieden aufgefaßt. Wir werden noch sehen, daß bei Pestelj auch schon die Idee eines allmächtigen Reiches auftaucht. Gefestigt wurde dieser Gedanke überdies durch die Einflüsse jener Ereignisse, die noch im Gedächtnis aller fortlebten.

Aber nicht nur über die Staatsform waren die Dekabristen uneinig, sie gingen auch in anderen Fragen auseinander, welche die künftige russische Konstitution betrafen. Zu diesen gehörten in erster Reihe der Wahlzensus, die Frage der direkten oder indirekten Wahlen, die zentralisierte oder dezentralisierte Organisation des Staates. Wir werden noch sehen, daß gerade in diesem letzteren Punkte die Unterschiede nicht so groß waren, wie es den Anschein hat. Unter den Dekabristen waren radikale Demokraten und gemäßigte Liberale, die den besitzenden Klassen in dem künftigen russischen Parlament das Übergewicht sichern wollten. Doch waren fast alle Verschwörer entschiedene Gegner von Standesprivilegien und traten sogar für die Abschaffung aller Standesunterschiede ein. Ich sage fast alle Verschwörer, denn manche unter ihnen sprachen mitunter auch andere Ansichten aus, doch bildeten sie nur verschwindende Ausnahmen. In den Briefen der Dekabristen finden sich zahlreiche Beweise für ihr heißes Streben nach der Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz und der Beseitigung der Standesunterschiede. Die Privilegien des Adels wurden scharf kritisiert, ebenso kämpften sie gegen alle Beschränkungen, die den Bürgern des Staates verwehrten, den einen oder anderen Beruf zu ergreifen; in dieser Hinsicht verlangten sie die volle Freiheit des einzelnen.

Die Dekabristen wünschten heiß die Befreiung der Bauern und ihre Ausstattung mit Grund und Boden. Ihre Absichten in dieser Hinsicht waren ganz scharf formuliert; einige, so Turgenjew, wünschten sogar die Befreiung der Bauern und ihre Ausstattung mit Grund und Boden noch unter dem Absolutismus, da sie der Meinung waren, die Bauern würden hierbei besser fahren. Diese Ansicht war entschieden irrig.

Bezüglich des Grund und Bodens, den die Bauern bei der Emanzipation erhalten sollten, gingen die Dekabristen wieder in den Einzelheiten auseinander; die einen wollten den Bauern nur eine Hütte mit Gartenland zum Eigentum geben, die anderen wollten ihnen auch Felder zugestehen, die sie auf Grundlage der durch die Leibeigenschaft geschaffenen Rechtsstellung hätten bearbeiten sollen. Also auch hier traten zwei Strömungen zutage: eine demokratische, die das Wohlergehen der großen bäuerlichen Massen durch die Zuweisung von genügendem Grund und Boden sichern wollte, und eine liberale, die in erster Reihe die Freiheit der Bauern verlangte und die Entwicklung ihres materiellen Wohlstandes dem natürlichen Verlauf der Dinge überlassen wollte. Wir werden noch sehen, daß Pestelj in der Agrarfrage noch weiter ging als die Demokraten.

Ich kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen und verweise auf die Arbeit von Siemiewski „Die bäuerliche Verfassung“ [1]).

Obgleich die Dekabristen gegen die Standesunterschiede waren und für eine Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden eintraten, so verlangten sie doch weder die Aufhebung der sozialen Klassen noch gleichen Besitz für alle Bürger des Staates und eine sozialistische Staatsordnung. Für Pestelj, der in seinen sozialen Forderungen weiter ging als seine Genossen, war der Unterschied zwischen den Vermögensverhältnissen der Staatsbürger eine nebensächliche Erscheinung. Er verlangte einzig ein gewisses Wohlstandsminimum für die bäuerliche Bevölkerung.

Gegen den Sozialismus verhielten sich einige hervorragende Dekabristen direkt feindlich. So schrieb von Wizin im späteren Alter eine Abhandlung gegen sozialistische und kommunistische Theorien. Auch Turgenjew gehörte zu den Gegnern dieser Lehre.

Die meisten der Dekabristen waren gläubige und überzeugte Deisten, einige von ihnen sogar Christen in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes. In ihren Gesprächen beriefen sie sich häufig auf die Gebote Gottes. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß sie alle Dogmen blind annahmen; in dieser Beziehung gab es vielmehr große Gegensätze unter ihnen. Die orthodoxe

---

1) „Krestjanskij Stroj“ in russischer Sprache.

Kirche sollte nach ihren Plänen die leitende Stellung behalten, bei gleichzeitiger Duldung aller anderen Glaubensbekenntnisse.

In ihren Ansichten über das Recht, die Gerichtsbarkeit und administrative Gewalt fußten die Dekabristen auf dem Prinzip der Humanität. Sie traten für eine Verfeinerung der Sitten und die Aufrechterhaltung der Menschenwürde ein usw. Den Verfall der Sitten bekämpften sie, wo immer sie konnten.

In taktischer Beziehung erkannten sie die Notwendigkeit einer revolutionären Verschwörung an, sie waren überzeugt, die Einführung einer neuen politischen und sozialen Ordnung in Rußland sei nur unter Zwangsmaßregeln möglich. Doch waren ihre Meinungen über die Form geteilt, welche die Revolution annehmen sollte. Meinungsverschiedenheiten gab es auch in bezug auf die kaiserliche Familie, endlich waren sie sich auch nicht über die Grundsätze einig, die nach dem Siege Anwendung finden sollten. Die einen, so Pestelj und der größte Teil der Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" wollten nach dem Sturz des Absolutismus eine neue Ordnung nach vorher beschlossenem Plane einführen; die anderen verlangten, das Volk möge selbst nach eigenem Willen in einer gesetzgebenden Versammlung die konstitutionelle Grundlage des Staates schaffen.

Auch die Frage der provisorischen Regierung, nach dem glücklichen Verlauf der Revolution, rief unter den Verschwörern wichtige Meinungsverschiedenheiten hervor.

Die meisten Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" verlangten mit Pestelj an der Spitze die weitestgehende Vollmacht für die provisorische Regierung und eine lange Dauer derselben; man sprach sogar von einem Zeitraum von fünfzehn Jahren. Eine andere zahlreichere Gruppe, in der namentlich Mitglieder der „Nördlichen Vereinigung" vertreten waren, trug großes Bedenken gegen eine provisorische Regierung, die doch keinerlei Kontrolle unterliegen würde.

In der Phantasie der verschiedenen Mitglieder der einzelnen Organisationen nahm der Ausbruch der Revolution selbst verschiedene Formen an, wie wir schon im vorhergehenden Abschnitt sahen. Ich begnüge mich also an dieser Stelle damit, diesen Umstand zu erwähnen, ohne auf die Einzelheiten einzugehen.

Die russischen Geheimgesellschaften, deren Geschichte ich auf den vorhergehenden Seiten erzählte, zeigten die primitivste und gleichzeitig schlimmste Form der Verschwörung. Wir sahen, daß namentlich bei den ersten Organisationen nicht alle Mitglieder in die letzten Ziele eingeweiht waren. Die Folge war, daß die Gesellschaften von Zeit zu Zeit formell aufgelöst werden mußten, um sofort wieder neu zu erstehen, und zwar nur, um Mitglieder abzustoßen, die nicht ganz zuverlässig erschienen. Die „Südliche Vereinigung" arbeitete zwar den Plan der künftigen Verfassung Rußlands bis auf die Einzelheiten aus, aber sie bemühte sich prinzipiell durchaus nicht darum, alle Mitglieder mit den letzten Zielen der Vereinigung bekannt zu machen, ja sie wünschte dieses Wissen nicht einmal. Alle diese Umstände verhinderten eine harmonische Tätigkeit der Organisation; selbst wenn die Bewegung anfangs glücklich verlaufen wäre, die Gegensätze zwischen den Bestrebungen der einzelnen Gruppen und Mitglieder innerhalb der Organisationen hätten mit unerbittlicher Notwendigkeit zu einer Verwirrung geführt, an der die ganze Aktion vielleicht wieder gescheitert wäre.

Wir werden noch sehen, daß die späteren Verschwörungen in Rußland bereits einen anderen Charakter trugen und ihren Zielen besser angepaßt waren. Die Dekabristen zählten in erster Reihe auf das Heer und in diesem hauptsächlich auf die Offiziere, welche die Soldaten um sich scharen und anfeuern sollten; sie hofften, die große Masse des Volkes würde freudig die Reformen begrüßen, die sie im Staate durchführen wollten, wenn sie nur erst die Macht in Händen hatten. Sie unterschätzten den Einfluß der überlieferten Gewohnheiten im Volke, sie begriffen den Glauben nicht, der in der Masse herrschte, sie wußten nicht, wie sehr das Zarentum idealisiert wurde und wie stark die konservativen Einflüsse in den höheren sozialen Schichten waren, die ihnen bei der Beherrschung der Armee und der ganzen Staatsmaschinerie entgegenwirken mußten.

Ich habe bisher nur die Ansichten erwähnt, die allen Dekabristen oder doch der großen Mehrheit unter ihnen gemeinsam waren. Um dem Leser jedoch einen genauen Begriff von der Bewegung zu geben, die sie hervorriefen, um ihm die wirklichen

und möglichen Folgen zu zeigen, muß ich mich eingehend mit den politisch-konstitutionellen und sozialen Plänen jener führenden Dekabristen beschäftigen, deren Programm uns aus ihren hinterlassenen Werken bekannt ist.

Pestelj legte seine Gedanken in der „Russischen Wahrheit" nieder, welche die Frucht einer mehr als zehnjährigen Arbeit war; Nikita Murawjew hinterließ eine Skizze der Konstitution, die er für Rußland wünschte.

II.

Pestelj war ein genauer Kenner der Geschichte der Revolutionen. Die große Französische Revolution von 1789 schreckte ihn durch ihre inneren Erschütterungen und anarchischen Wirren ab und er bemühte sich, einen Weg zu finden, um diese Erscheinungen in Rußland zu vermeiden. Das Studium der Geschichte von politischen und sozialen Umwälzungen bei anderen Völkern brachte ihn schließlich zu der Überzeugung, ein eingehender Plan der Reorganisation Rußlands sei vorher schon auszuarbeiten und müsse von den Verschwörern angenommen werden. Nach der glücklich vollbrachten Umwälzung galt es dann, ihn allmählich durchzuführen. Gewaltsame momentane Umwälzungen im Staats- und Wirtschaftsleben hatten nach Pesteljs Ansicht manchem Volke schon bedeutenden Schaden zugefügt, Rußlands Umwandlung sollte daher allmählich und konsequent im Laufe von 15 Jahren von einer starken Macht, d. h. der provisorischen Regierung, durchgeführt werden.

Die Revolutionen in Südeuropa, in Spanien, Portugal und Neapel übten einen mächtigen Einfluß auf Pesteljs Taktik aus. Wir wissen aus der Untersuchung, daß die Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" sich diese Revolutionen zum Vorbild genommen hatten.

Namentlich die revolutionäre Bewegung in Spanien hatte auf Pestelj und seine Kollegen stark gewirkt. Weil sich diese Revolution nur mit Hilfe der Armee, ohne Anteil des Volkes und ohne soziale Erschütterungen vollzogen hatte, sah Pestelj die spanische Bewegung als ein nachahmenswertes Beispiel an. Wir wissen bereits, daß die Mitglieder der „Südlichen Ver-

einigung" geneigt waren, den schließlichen Mißerfolg der spanischen Revolution darauf zurückzuführen, daß man den König am Leben gelassen hatte. Pestelјs terroristische Pläne sowie die seiner Genossen knüpften gerade an diesen Punkt an.

Die Angst vor sozialen volkstümlichen Bewegungen, vor gewaltsamen Erschütterungen und anarchischen Zuständen bewirkte, daß Pestelj um jeden Preis die Ordnung im Staate aufrecht erhalten wollte. Zu diesem Zwecke war er sogar bereit, zu den schärfsten Gegenmaßregeln gegen alle Aufstände zu greifen, die möglicherweise entstehen könnten. Pestelj war Revolutionär, aber gleichzeitig ein Verteidiger der strengen Ordnung. Er wollte Rußland von Grund aus umgestalten, aber war dies Ziel einmal erreicht, so hätte er mit allen Mitteln danach gestrebt, das Vaterland vor allen künftigen revolutionären Bewegungen zu sichern. Deshalb sprach er sich auch in der „Russischen Wahrheit" sehr entschieden gegen alle öffentlichen und geheimen Gesellschaften aus, die ersten erklärte er für unnütz, da die Regierung für alle sozialen Bedürfnisse zu sorgen habe, die letzteren für schädlich. Pestelj war der Ansicht, die von ihm geplante Verfassung würde Rußland mit allen notwendigen Institutionen versehen, so daß in Zukunft alle Bestrebungen, einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen, überflüssig sein würden.

Er begriff nicht, daß selbst die besten und scharfsinnigsten Einrichtungen noch Fehler haben können, die eine Verbesserung erheischen, und daß jede Regierung an sich unfähig oder auch nicht gewillt ist, ihre eigenen Fehler einzugestehen, so daß die Gesellschaft die größtmögliche Freiheit besitzen muß, zu handeln, Verbände zu gründen, die Initiative bei notwendigen Reformen zu ergreifen usw.

Seine Vorliebe für Ordnung und Einheitlichkeit in Staatsangelegenheiten, seine Überzeugung, daß ein starker Staat ein Ganzes sein müsse, führten Pestelj zum Zentralismus. Er wurde so zum Anhänger des nationalen Staates: alle Völker, die innerhalb der staatlichen Grenzen wohnten, sollten zu einem einzigen Volk zusammenschmelzen. Pestelj verhehlte sich nicht, daß die Polen nie wirkliche Russen werden könnten. Gerade deswegen war er auch mit der Loslösung des Königreichs Polen

und eines Teiles von Litauen und Rotrußland einverstanden, aber mit um so größerer Energie trat er für eine Russifizierung der übrigen Völker ein, die zum russischen Staate gehörten. Er hatte einen konsequenten und theoretischen Verstand; seine politischen Pläne zeichnen sich daher durch eine gewisse architektonische Einheitlichkeit aus und stützen sich auf klare Beweisführungen.

Die Aufgabe der Regierung, sagt Pestelj, besteht darin, die gemeinsame Tätigkeit der Gesellschaft zu leiten und die besten Mittel zu erwählen, die nötig sind, um der Gesamtheit der Staatsbürger und jedem einzelnen das Glück zu sichern. Das Volk ist zum Gehorsam gegenüber der Regierung verpflichtet, es hat jedoch seinerseits das Recht, zu verlangen, daß die Regierung alle Maßnahmen treffe, um das Glück aller und jedes einzelnen sicherzustellen. Andere Ziele hat die Regierung sich überhaupt nicht zu setzen.

Auf diesen Rechten und Pflichten der Regierung und des Volkes, die sich einander die Wage halten, muß die Existenz jedes Staates beruhen [1]).

In der „Russischen Wahrheit" war Pestelj bemüht, einen politischen und sozialen Zustand zu schildern, der einem harmonischen Verhältnis zwischen Volk und Staat, sowie zwischen den Bürgern untereinander am besten entspricht. Das allgemeine Glück im Staate hängt von zwei Faktoren ab, lehrte Pestelj, von der allgemeinen Sicherheit und dem allgemeinen Wohlstand. Ohne öffentliche Sicherheit kann von einer menschlichen Existenz überhaupt nicht die Rede sein, die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist daher die erste Aufgabe der Regierung; ohne allgemeine Sicherheit ist der Wohlstand unmöglich. Die zweite Aufgabe der Regierung ist die Sorge für den Wohlstand der Bürger; aber unter Wohlstand kann man verschiedenes verstehen; deswegen muß sich die Rolle der Regierung darauf beschränken, die Hindernisse hinwegzuräumen, welche die Bürger in ihrem Bestreben nach Wohlstand stören können. Die Bürger können aus eigener Kraft wohl zum Wohlstand gelangen, aber sie können sich nicht selber die allgemeine Sicherheit verschaffen [2]).

1) „Russische Wahrheit" S. 3, § 4.
2) „Russische Wahrheit" S. 7, § 9.

Pestelj wünschte für Rußland innere Ordnung; jedermann sollte jederzeit sicher sein, sein Recht zu finden; die Standesunterschiede sollten verschwinden und ebenso alle Beschränkungen, die den Bürger behindern könnten, sich seinen Beruf nach Gutdünken zu wählen; jede produktive Arbeit, jeder Gedankenaustausch sollte frei sein. Jeder Bürger sollte ein Existenzminimum erhalten und daneben die Freiheit haben, soviel Wohlstand zu erwerben, wie er nur immer könnte. Dieser Gedanke zeigte sich in Pesteljs Agrarprogramm.

Ehe er es formuliert, gibt er eine genaue Kritik zweier Theorien, die sich gleichfalls mit dem Verhältnis des Menschen zur Erde befassen. Die erste will den Boden als Geschenk der Natur zum Besitz aller machen, die zweite erklärt, der Boden gehöre denen, die ihn bebauen und urbar machen. Um ihren Sätzen mehr Nachdruck zu verleihen, fügt die zweite noch hinzu: der Ackerbau kann sich nur dann günstig entwickeln, wenn der Landmann weiß, daß der Acker sein unteilbares Eigentum ist.

In dieser Form findet Pestelj beide Theorien einseitig und falsch; doch geht er davon aus, daß jede von ihnen ein Körnlein Wahrheit enthalte. Es ist wahr, sagt Pestelj, daß der Mensch nur auf Erden lebt und nur aus der Erde Nahrung schöpft. Folglich ist die Erde das Eigentum der ganzen Menschheit und niemand darf mittelbar oder unmittelbar von ihrem Besitz völlig ausgeschlossen werden. Bei fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung haben sich die Verhältnisse der Menschen differenziert und der Eigentumsbegriff ist entstanden. Der Schutz des Eigentums ist das Hauptziel der zivilisierten Gesellschaft und eine heilige Pflicht der Regierung. Die religiösen und natürlichen Rechte müssen vom politischen Recht sanktioniert, nicht vergewaltigt werden. Ja die ersteren müssen den Vorrang vor den letzteren haben, denn sie kommen von Gott und der Natur und sind unabänderlich. Dagegen sind die politischen Rechte Menschenwerk und unterliegen häufigen Änderungen. In erster Linie muß der Gesetzgeber daran denken, die Menschen mit allem auszustatten, was zu ihrem Dasein unbedingt notwendig ist, erst in zweiter Linie steht die Erwerbung von Reichtum. Auf die unbedingt

notwendigen Existenzmittel hat jedermann ein Recht, auf einen Überfluß an Reichtum nur der, der ihn geschaffen hat [1]).

Von diesen Grundsätzen ausgehend entwarf Pestelj den Plan einer sozialen Agrarreform für Rußland. Sein Entwurf ist leider in den Einzelheiten unvollendet geblieben, doch ist er von großem Interesse und für seinen Urheber charakteristisch. Die Hauptpunkte sind die folgenden.

Der Staat zerfällt in Gemeinden (Wolosti); in den von Staatsbauern bewohnten Gemeinden wird der Grund und Boden in zwei gleiche Hälften geteilt. Die eine bildet das Eigentum der Gemeinde, die zweite ist Privateigentum. Von Jahr zu Jahr unterliegt der Gemeindebesitz einer neuen Teilung; jedes Mitglied der Gemeinde hat das Recht, ein Stück Feld zur Bestellung zu verlangen, das zum Unterhalt von fünf Personen (Mann, Frau und drei Kindern) ausreicht. Dieses Minimum ist die Gemeinde verpflichtet, allen Mitgliedern anzuweisen, und zwar auch jenen, die selber Grundbesitzer sind. Die einzelnen Bauern können auch einige Parzellen statt einer einzigen verlangen; diese das Minimum überschreitenden Forderungen werden befriedigt, je nachdem, ob die Gemeinde überschüssigen Boden zur Verfügung hat oder nicht. Ist nicht entsprechend viel Land vorhanden, so erhalten diejenigen, die mehr als das Minimum verlangen, weniger und die Grundbesitzer gar nichts. Wer sich ausschließlich mit Ackerbau beschäftigt, hat das Vorrecht vor jenen, die auch noch einen andern Beruf betreiben. In den ersten zehn oder fünfzehn Jahren nach Durchführung der Reform zahlen die Bauern die alten Abgaben weiter, und zwar sowohl für die Benutzung des Bodens, der der Gemeinde gehört, als auch für jenen, der ihnen zu eigen ist (und den Pestelj noch Kronboden nennt). Später zahlen sie nur für den letzteren. Es war eigentlich eine Art Steuer, die Pestelj meinte.

Auch der Grund und Boden der freien Bauern wird nach Pestelj in die beiden oben angeführten Kategorien geteilt. Die Besitzer jener Grundstücke, die der Gemeinde übergeben werden, haben Anspruch auf Geldentschädigung oder auf entsprechenden Grund und Boden aus dem Besitz des Staates.

---

1) „Russische Wahrheit" S. 202, 203 und 204, § 9.

Die Grundstücke der freien Bauern, deren Nutznießung ihnen nach dem Gemeinderecht (Obschtschinnoje prawo) zusteht, unterliegen wieder der Teilung in zwei Teile, der eine wird Privatbesitz, der zweite verbleibt der Gemeinde.

Sehr kompliziert ist die Agrarreform, die sich mit den leibeigenen Bauern privater Grundbesitzer beschäftigt. Pestelj teilt den privaten Grundbesitz (den mittleren und großen) in drei Kategorien: in die erste fallen die Güter von weniger als 5000 Desjatinen, in die zweite die von 5000 bis 10000, in die dritte die über 10000 Desjatinen.

Die Besitzer der letzteren Kategorie treten die Hälfte ihres Bodens den Bauern ohne jede Entschädigung ab. Die Grundbesitzer der zweiten Kategorie erhalten eine teilweise Entschädigung, die der dritten werden ganz entschädigt.

Die Grundstücke, welche die großen und mittleren Gutsbesitzer den Bauern abtreten, werden nicht deren Privateigentum, sondern gehen in den Besitz der Gemeinde über [1]). Über die Art, wie diese Reform durchgeführt werden soll, enthält die „Russische Wahrheit" nichts. Pestelj spricht nur an einigen Stellen die Hoffnung aus, die Grundbesitzer würden selbst die Einzelheiten ausarbeiten.

Für den Verfasser der „Russischen Wahrheit" ist jeder Bürger Mitglied einer Gemeinde, seine Agrarreform war daher von allgemeiner Bedeutung und bezog sich nicht auf die Ackerbau treibende Bevölkerung allein. Pestelj versprach sich große Erfolge von dieser Reform: der Wohlstand würde sich erhöhen, die Bevölkerung sich vermehren, Handel und Gewerbe sich entwickeln. Er glaubte, die Reform würde die Mitglieder der Gemeinde zu solidarischen, starken politischen Familien zusammenschweißen, wodurch der einzelne Bürger im öffentlichen Leben eine feste Grundlage gewinnen würde. Den Reichtum erkannte Pestelj zwar als notwendig und auch nützlich an, aber er hatte Angst vor einer Geldaristokratie, die er für schädlicher hielt, als den Geburtsadel. Aus diesem Grunde war er auch ein entschiedener Gegner jedes Wahlzensus.

---

1) „Russische Wahrheit" S. 204—211, § 9. 10. 11. 12.

Innerhalb des Staates sollte Gewerbefreiheit herrschen: Aufgabe der Regierung ist nach Pestelj, das Gewerbe zu unterstützen und zu verteidigen, statt es zu fiskalischen Zwecken auszunützen. Er räumte einen Zollschutz zugunsten des heimischen Gewerbes ein, wollte aber kein Mittel zur Bereicherung der Staatskasse daraus machen.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß alle Bürger gleichberechtigt und frei sind, und aus Angst vor einer Reichtumsanhäufung in den Händen einzelner war Pestelj ein Gegner des Staats- und Privatmonopols. Vorübergehende Gemeinschaften (Kompagnien) wollte er gestatten, aber keine ständigen, wie die berühmte Amerikanische oder Ostindische. In der „Russischen Wahrheit" finden sich ausführliche Stellen über die Festsetzung und Bemessung der bürgerlichen Freiheiten in Rußland.

Die persönliche Freiheit ist für Pestelj das erste und wichtigste Recht jedes Bürgers und ihr Schutz die heiligste Pflicht der Regierung. Auf ihr beruht die ganze Verfassung des Staates, ohne sie ist weder Glück noch Ruhe möglich. Kein Bürger darf ohne gerichtliches Verfahren verhaftet und ins Gefängnis gebracht werden, alle Formalitäten, die das Gesetz vorschreibt, müssen eingehalten werden. Jeder Versuch, diesen Grundsatz anzutasten, ist aufs schärfste zu ahnden.

Der Polizei allein steht das Recht zu, einen Bürger zu verhaften, die Beamten der anderen administrativen Abteilungen sind nicht dazu berechtigt. Diese Bemerkung hängt, worauf Downar-Zapolski mit Recht hinweist, damit zusammen, daß im damaligen Rußland die Freiheit des Bürgers von jeder einflußreichen Persönlichkeit und jeder Behörde angetastet werden konnte.

Das Hausrecht des Staatsbürgers ist unverletzbar, niemand darf ohne Einwilligung des Hausvaters seine Behausung betreten. Die Polizei kann den Bürger in seiner Wohnung nur auf Befehl der zuständigen Macht unter Angabe der Gründe verhaften. Wer auf der Straße verhaftet wird, muß innerhalb 24 Stunden ein entsprechendes schriftliches Dokument von der Polizei erhalten.

Häftlinge dürfen nur in Staatsgebäuden untergebracht werden und können gegen entsprechende Sicherheit freigelassen wer-

den; während der Untersuchungshaft müssen sie das Recht haben, diejenigen Personen zu sehen, die sie besuchen wollen.

Rechtsprechung und Strafverfahren sind für alle gleich. Außerordentliche Gerichte dürfen in keinem Falle zugelassen werden; die Einführung von Geschworenengerichten ist notwendig.

Pestelj unterscheidet Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Der Glaube selbst ist das unbeschränkte Recht jedes Menschen als vernünftigen Wesens. Die Gewissensfreiheit im eigentlichen Sinne dieses Wortes besteht in nichts anderem. Die Religionsfreiheit erstreckt sich auf die äußerlichen Angelegenheiten der Religion, die mit dem Kultus, der Organisation der Kirche und den verschiedenen Tätigkeiten der Gläubigen zusammenhängen. Pestelj scheint der Ansicht gewesen zu sein, eine unumschränkte Freiheit könne zwar für den inneren Glauben zugelassen werden, dürfe jedoch auf dem Gebiete der Religion nicht herrschen, da er nicht allen Religionen den gleichen Wert zuerkannte. Die orthodoxe Kirche ist für ihn die herrschende Religion, doch bezeichnet er nicht näher, worin die privilegierte Stellung dieser Religion bestehen solle. Die anderen christlichen und nichtchristlichen Religionen, zu denen sich verschiedene Stämme des russischen Reiches bekennen, müssen anerkannt werden, jedoch unter einer Bedingung: sie dürfen den russischen Landesgesetzen, den geistigen und politischen Normen und der reinen Moral nicht widersprechen und die natürlichen Pflichten des Menschen nicht antasten [1]).

Diese Vorbehalte sind natürlich danach angetan, jedweder Beschränkung Tür und Tor zu öffnen, denn was läßt sich nicht alles unter Grundsätzen der reinen Moral oder den natürlichen Pflichten des Menschen verstehen?

Der Gottesdienst aller Kulte muß geachtet werden, sagt Pestelj, da er in jedem Falle ein Zeichen dafür ist, daß der Mensch sich innerlich dem höchsten Wesen zuwendet.

Pestelj bekannte sich zuletzt zur Preßfreiheit und wollte die Verantwortlichkeit der Presse nur dem Gericht gegenüber bestehen lassen. Zu dieser Ansicht bekehrte er sich jedoch erst

---

1) „Russische Wahrheit" S. 239.

später, in den ersten Kapiteln seiner Schrift erkennt er eine Zensur als berechtigt an.

Die Moral des Volkes wird gefestigt, wenn geistige, natürliche und politische Rechte nebeneinander wirken. Der Moral eine Stütze bieten, darin beruht eben die Aufgabe der „Russischen Wahrheit“. Pestelj tritt dafür ein, daß jede Propaganda, Wissenschaft und Beschäftigung überhaupt, die den Prinzipien der reinen Moral widersprechen oder gar ausschweifend sind, verboten werden [1]).

Die Durchführung derartiger Grundsätze kann viele Übergriffe mit sich bringen. Man bedarf also entsprechender Gesetze, die auf der einen Seite das Böse bekämpfen, auf der anderen Übergriffe der Regierung unmöglich machen.

Derartige allgemeine Hinweise sind leicht gemacht, aber um so schwerer ausgeführt. Schon der Grundsatz allein, den Pestelj hier aufstellt, ist gefährlich, da er schließlich dazu führt, der Gesellschaft gewisse subjektive Moralprinzipien aufzuzwingen, die den einzelnen in rein persönlichen Angelegenheiten hindern können.

Sehr charakteristisch ist Pesteljs Ansicht, Privatpersonen dürften nicht das Recht haben, private Lehranstalten zu eröffnen, da nur der Staat die Sicherheit einer entsprechenden Erziehung und Bildung zu geben vermöge [2]).

Jedem Bürger muß das Recht zugestanden werden, eine Druckerei zu besitzen und nach Gutdünken Druckwerke herauszugeben; die Behörden müssen nur benachrichtigt werden und jedes Druckwerk muß den Namen des Druckereibesitzers tragen. Der Verfasser ist für seine Werke vor Gericht verantwortlich.

Pestelj verlangte obligatorische und allgemeine Wehrpflicht, nur die einzigen Söhne und ebenso die Absolventen von Gymnasien und Universitäten sollten davon befreit sein. Der Dienst im Heere sollte 15 Jahre statt 25, wie damals in Rußland, dauern.

Der Verfasser der „Russischen Wahrheit“ stellte auch einen

1) „Russische Wahrheit“ S. 237.
2) „Russische Wahrheit“ S. 237.

ziemlich eingehenden Plan der politisch-administrativen Verfassung Rußlands auf, die er für die beste hielt. Er besprach auch die Nationalitätenfrage und die Festlegung der Reichsgrenzen. Seiner Ansicht nach muß man bei der Beurteilung von nationalen Angelegenheiten in Staaten, die sich aus verschiedenen Völkern zusammensetzen, von folgenden Gesichtspunkten ausgehen: Den Völkern ist das Recht zuzugestehen, ihren nationalen Charakter zu wahren, und der Staat muß das Recht haben, seine Interessen zu verteidigen. Die verschiedenen Völker entwickelten sich unter ungleichartigen Bedingungen; die einen besaßen einmal staatliche Unabhängigkeit und hatten auch die Fähigkeiten dazu, sie haben eine eigene Kultur, sind zahlreich und repräsentieren eine bedeutende Macht. Die anderen haben nie ein eigenes Reich gebildet, waren stets Teile eines größeren Ganzen, sind schwach und weisen nicht die Bedingungen einer politischen Selbsttätigkeit auf. Den ersten erkennt Pestelj das Recht auf Unabhängigkeit zu, den anderen nicht, ja die letzteren möchte er entnationalisieren und sie in größeren mächtigen Völkern aufgehen lassen, die einen eigenen Staat haben.

Pestelj läßt dabei folgende Umstände außer acht: 1) numerisch und kulturell schwache Völker heben mit der Zeit ihre Kultur und vermehren sich; 2) können sie unter günstigen Bedingungen einen eigenen Staat bilden, wenn sie auch bis dahin keinen besessen haben; 3) gibt es kein objektives Kriterium, wonach sich entscheiden ließe, ob irgendein Volk je eine wichtige politische Macht aus sich heraus schaffen könne oder nicht, ob es imstande sei, einen eigenen Staat zu bilden oder der autonome Teil eines andern Staates zu werden. Je demokratischer die Gesellschaft wird, je mehr die breiten Volksmassen in das politische Leben eingreifen, eine desto größere Bedeutung erhält auch die Nationalitätenfrage. Selbst relativ kleine und kulturell tiefstehende Völker, die weder eine historisch-politische, noch eine wissenschaftliche und künstlerische Vergangenheit haben, beginnen nach politischen Rechten und Bedingungen allgemeiner Entwicklung zu streben, sei es, daß sie sich um eine völlige Unabhängigkeit bemühen oder sich schon mit einer Autonomie begnügen. Die Geschichte der kleinen slawischen

und anderer Völker im 19. Jahrhundert beweist, daß dies tatsächlich der Fall ist.

Pestelj war jedoch anderer Ansicht und kam auf diese Weise, als er von abstrakten Theorien zu den konkreten Verhältnissen überging, zu durchaus irrigen Sätzen, die die Geschichte völlig Lügen gestraft hat. Unter den von Rußland unterworfenen Völkern wollte er einzig den Polen das Recht auf eine unabhängige Existenz zugestehen, die anderen waren seiner Meinung nach nicht nur unfähig, einen selbständigen Staat zu bilden, sie hatten nicht einmal die Fähigkeit, ihre eigene nationale Eigentümlichkeit zu wahren und zu entwickeln. Die Finnländer, Esten, Letten, Grusier, Kleinrussen, Weißrussen, Armenier, geschweige denn die andern haben nach Pesteljs Meinung ganz im russischen Volke aufzugehen, sie sollen nicht nur einen Staat mit ihm bilden, sondern eine große Nation.

Selbst von seinem Standpunkt aus hätte Pestelj den Finnländern, Grusiern und Armeniern nicht das Recht auf nationale und politische Eigentümlichkeit absprechen dürfen; diese Völker hatten entweder lange Zeit ein eigenes Reich gebildet und eine ziemlich hohe autochthone Kultur besessen oder sie hatten, wie die Finnländer, zwar nicht einen völlig selbständigen Staat gehabt, aber doch eine gewisse politische Selbständigkeit genossen.

Seit Pestelj seine Ansichten formuliert hat, sind bald hundert Jahre vergangen, seither haben die Völker, denen er nationale und politische Selbständigkeit absprach, viel Lebensfähigkeit bewiesen, so daß ihr Aufgehen in einer andern Nation nur schwer denkbar ist. Die Finnländer, Letten, Grusier und Armenier haben sich in kurzer Zeit die neuesten westeuropäischen politischen und sozialen Strömungen zu eigen gemacht, sie haben es auch verstanden, diese Gedanken ihren nationalen Verhältnissen so anzupassen, daß die Zukunft dieser Völker, was ihre politische und kulturelle Eigentümlichkeit anbelangt, gesichert ist. Sie werden allerdings keine unabhängigen Staaten bilden, aber innerhalb der Grenzen des russischen Reiches werden sie eigene politische Einrichtungen erringen, die ihnen eine selbständige innere Entwicklung sichern werden. Auch die Kleinrussen haben in der letzten Zeit ziemlich starke autonom-föde-

rative Tendenzen an den Tag gelegt und ebenso den Willen bewiesen, ihre nationalkulturelle Eigentümlichkeit zu bewahren. Nur an der Zukunft der weißrussischen Bewegung könnte man zweifeln, da sie bisher keinerlei Lebenszeichen gegeben hat.

Bezüglich der Juden war Pestelj der Ansicht, man müsse ihnen bei der Gründung eines selbständigen Staates in Kleinasien behilflich sein. Der Gedanke war nicht ganz neu, da schon Napoleon Bonaparte im Jahre 1799 an etwas Ähnliches dachte.

Pestelj geht in seinem Buche nicht darauf ein, welche Mittel man anwenden müsse, um ein vollständiges Aufgehen der von Rußland unterworfenen Völker im russischen Volke zu erreichen. Er spricht nur davon, daß Russisch die Amtssprache zu sein habe, daß russische Schulen gegründet und ein gemeinsames Recht für alle geschaffen werden müsse usw.

Die Polen aus dem Königreich Polen und einem Teil der litauisch-ruthenischen Gebiete haben einen eigenen unabhängigen Staat zu bilden, doch stellt Pestelj für diesen Fall noch verschiedene Bedingungen auf.

1) Der polnische Staat hat sich mit Rußland zu verbünden und es im Kriegsfalle gegen ein drittes Volk mit Waffengewalt zu unterstützen. Dafür garantiert Rußland Polen die Unantastbarkeit seiner Grenzen und vor allem die staatliche Unabhängigkeit.

2) Damit zwischen den beiden Staaten dauernd gute Beziehungen bestehen, muß ihre politische Verfassung einheitlich sein: in Polen hat daher wie in Rußland Staat und Verwaltung nach dem Plan organisiert zu sein, den die „Russische Wahrheit“ enthält; die Ernennung und die Wahl aller Beamten hat nach der Art zu erfolgen, die in Pestelјs Werk vorgeschlagen wird: alle Privilegien der Geburts- oder Geldaristokratie haben zu fallen, das ganze polnische Volk einen Stand zu bilden.

3) Der polnische Staat entsteht nicht durch selbständige Loslösung Polens von Rußland, die provisorische, oberste russische Regierung tritt vielmehr der entsprechenden polnischen Regierung die in Frage stehenden Gouvernements ab.

4) Die Grenzen zwischen Polen und Rußland gehen von der Polonka direkt bis nach Dünaburg, von dort entlang der Dwina

nach Polozk, weiter mit dem Fluß Umatsch zur Beresina, weiter dem Lauf dieser in der Richtung des Pripet folgend durch die Pripet-Sümpfe zur Stadt Ostrog im Gouvernement Wolhynien und schließlich bis zu den Karpathen. Auf diese Weise wäre ein beträchtlicher Teil der westlichen Gouvernements, das ganze ethnographische Litauen und ein Teil von Rotrußland [1]) zu Polen gekommen.

Polen sollte seine Unabhängigkeit jedoch nur erhalten, wenn es alle obigen Bedingungen einhielt, im entgegengesetzten Falle sollte es ein Teil des russischen Reiches werden. Pestelj war jedoch überzeugt, die Polen würden sich diesen Bedingungen fügen.

Man muß zugeben, daß Pestelj bei der Festlegung der polnischen Grenzen sehr weit ging. Er wollte den Polen Provinzen zuweisen, in denen sie nur eine geringere Minderheit bildeten und die vorwiegend von Litauern, Weiß- und Kleinrussen und in geringem Maße sogar von wirklichen Russen bewohnt waren.

Die Bereitwilligkeit Pestelјs, diese Provinzen den Polen abzutreten, ist um so bemerkenswerter, als er ein aufrichtiger Demokrat war und das Wohl der nichtpolnischen Bauern, die in den westlichen Gouvernements eine Million zählten, für ihn wichtiger sein mußte, als das des niederen Adels und des Bürgertums.

Ganz anderer Art sind die übrigen Bedingungen. Sie hätten dem neuen polnischen Staat tatsächlich jede politische Selbständigkeit von vornherein geraubt. Er hätte in der Tat nicht nur gewisse veraltete Privilegien der höheren Schichten aufgeben müssen, was nur vorteilhaft gewesen wäre, er hätte seinen ganzen staatlichen Organismus nach russischem Muster bilden und sich an allen Kriegen zwischen Rußland und anderen Staaten beteiligen müssen. Polen hätte leicht im Verhältnis zu Rußland das werden können, was die „Bundes"-Staaten Frankreichs unter Napoleon waren, d. h. es wäre in Wirklichkeit von Rußland völlig abhängig gewesen. Wäre Pestelјs Plan zur Ausführung gekommen, so hätte die Ausgestaltung dieser Verhältnisse davon

1) „Russische Wahrheit" S. 18—20.

abhängig werden müssen, ob Rußland eine entsprechende polnische Wehrmacht zugelassen hätte oder nicht. Wäre Polen in dieser Hinsicht frei gewesen, so hätte es auf seinem Territorium eine bedeutende militärische Organisation schaffen können, mit der die benachbarten Staaten hätten rechnen müssen.

Wir haben schon im vorhergehenden Kapitel gesehen, daß die Mitglieder der „Nördlichen Vereinigung" gegen diesen Plan waren. Beim Prozeß gegen die Verschwörer zeigte sich, daß auch nicht alle Mitglieder der „Südlichen Vereinigung" diese Ansichten billigten, ohne sich ihnen jedoch offen zu widersetzen.

Pestelj wollte den freien polnischen Staat, der begründet werden sollte, in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von Rußland bringen, gleichzeitig wollte er aber, getreu seinem Prinzip, die Grenzen des Reiches so ziehen, daß es sich entwickeln und eine beträchtliche Macht erringen konnte. Auch glaubte er, die Polen würden Rußland für die Neubegründung ihres Staates dankbar sein und würden schon aus diesem Grunde gern ein Bündnis mit Rußland schließen. Er sah also keinen Grund, die Machtstellung eines polnischen Staates zu scheuen.

Pestelj wünschte die Ausdehnung der russischen Grenzen, er wollte die Moldau zu Rußland schlagen, den ganzen Kaukasus besetzen, ein Plan, der sich später ja tatsächlich verwirklichte und schließlich ein großes Stück von Asien dem russischen Staat einverleiben. Auch dieses Gebiet wurde später fast in der ganzen Ausdehnung, die Pestelj vorschlug, von Rußland annektiert.

Pestelj war ein entschiedener Gegner des föderalistischen Prinzips und bekämpfte es eifrig. Seine Ansichten sind charakteristisch und schon aus dem Grunde interessant, weil die heutigen russischen Zentralisten, sowohl die konservativen wie die radikalen, oft analoge Gedanken aussprechen.

Wir wissen schon aus dem vorhergehenden Kapitel, daß es in den russischen Geheimgesellschaften unter Alexander I. Anhänger des föderalistischen Prinzips gab. Pestelj bekämpfte den Föderalismus nicht nur von theoretischen, sondern auch von praktischen Gesichtspunkten aus.

Rußland sollte seiner Ansicht nach ein einheitliches und unteilbares Reich werden. Um diese Ansicht zu festigen, ent-

wirft er erst das Bild eines einheitlichen und unteilbaren Staates und dann dasjenige eines föderativen Staates, um das Wesen des letzteren einer Kritik zu unterwerfen.

Ein unteilbarer Staat ist ein solcher, in dem alle Provinzen sowohl eine gemeinsame oberste Regierung haben, als auch eine einheitliche Regierungsform und ein einheitliches Recht.

Föderative Staaten sind solche, in denen die einzelnen Provinzen zwar eine gemeinsame oberste Regierung haben und auch verpflichtet sind, nach außen solidarisch vorzugehen, aber doch besondere Rechte für sich aufstellen und ihre eigene Regierung selbst organisieren können.

Auf den ersten Blick, sagt Pestelj, könnte es scheinen, der Föderalismus sei eine bequeme und angenehme staatliche Organisation, da er jeder Provinz die Möglichkeit gibt, nach ihrem eigenen Willen vorzugehen. Vertieft man sich aber mehr in diesen Gedanken, so kann man sich leicht überzeugen, daß ein einheitlicher Staat doch bedeutende Vorteile vor einer Föderation voraushat, das ist namentlich in bezug auf Rußland der Fall, da das Land eine riesige Ausdehnung besitzt und von zahlreichen Stämmen und Völkern bewohnt ist.

Die Nachteile einer föderativen Verfassung faßt Pestelj folgendermaßen zusammen:

1) Die oberste Gewalt kann bei einer solchen Staatsverfassung in Wirklichkeit nur Ratschläge geben und nicht Gesetze aufstellen, da sie keine entsprechenden ausführenden Organe besitzt, vielmehr nur durch Vermittlung der selbständigen provinziellen Behörden ihre Beschlüsse ausführen lassen kann. Leisten diese aber nicht Gehorsam, so ist der Bürgerkrieg nicht zu vermeiden.

2) Verschiedene Rechte und verschiedene Regierungsformen in den einzelnen Teilen des Staates führen notwendig zu verschiedenen Begriffen und einer verschiedenen Denkungsweise, was wieder den Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen des Staates schwächt. Die oberste Gewalt, welche die Gesamtheit repräsentiert, wird dann von den einzelnen Provinzialleitungen als etwas Unangenehmes und Überflüssiges angesehen, da sie gewöhnlich der Meinung sind, sie könnten auch ihre politischen Angelegenheiten selber ordnen.

3) Kann jeder einzelne Teil des Staates, da er bei einer föderativen Verfassung eigentlich einen kleinen Staat für sich bildet, der nur wenig mit dem Ganzen zusammenhängt, sich sogar im Kriegsfalle für die gemeinsame Sache nur wenig einsetzen, namentlich dann, wenn der Feind listig ist und die Provinz mit günstigen Versprechungen an sich zu locken sucht.

4) Bleibt bei einer föderativen Verfassung das Wort „Staat" ein leerer Klang, denn niemand sieht den „Staat", sondern nur die eigene Provinz. Die Liebe zum Gesamtvaterlande nimmt ab und jedermann denkt nur an seine Provinz.

Pestelj meint, die föderative Staatsverfassung habe noch eine Menge anderer Fehler, doch zählt er sie nicht mehr auf, um, wie er sagt, nicht allzu weitläufig zu werden.

Zu Pesteljs Zeiten waren die Erfahrungen, die man im Staatenleben mit dem föderativen Prinzip gemacht hatte, nur gering; jetzt liegen die Verhältnisse anders, wir sind daher imstande, die Frage tiefer und von mehreren Gesichtspunkten aus zu untersuchen.

Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten über die Bedeutung und den Wert einer föderativen Staatsverfassung eingehen, ich tat es übrigens schon an anderer Stelle [1]. Ich begnüge mich also mit einigen Bemerkungen.

Vor allen Dingen ist die Behauptung, der Föderalismus hebe im Grunde die ausführenden Zentralorgane auf, nicht richtig, noch weniger wahr ist die andere Behauptung, der obersten Zentralgewalt komme faktisch nur eine beratende Bedeutung zu. Bei einer föderativen Verfassung liegen die gemeinsamen Angelegenheiten völlig in den Händen der gemeinsamen staatlichen Behörden, die an der Spitze stehen und tatsächlich über diese Angelegenheiten entscheiden. Dieser Sachverhalt hätte Pestelj schon aus der Konstitution der Vereinigten Staaten von Nordamerika bekannt sein können.

Das heutige Deutsche Reich ist ein Föderativstaat mit einer Hegemonie Preußens und besitzt doch eine geschmeidige allge-

1) „Autonomie und Föderalismus", ebenso „Föderalismus und Sozialismus", in polnischer Sprache.

meine Organisation, die auch die militärische Macht umfaßt Gerade in der Organisation seiner Wehrkraft steht Deutschland unter den europäischen Staaten in erster Reihe; ebenso führt es eine energische wirtschaftliche Politik.

Der Föderalismus paßt sich als Staatsverfassung sehr leicht an und kann unter den mannigfaltigsten sozialen und politischen Bedingungen bestehen. Wo die Kulturhöhe der verschiedenen Teile eines Föderativstaates relativ gleich ist, dort existiert auch ein gemeinsames Straf- und Zivilrecht; wo der Kulturgrad in den einzelnen Teilen verschieden ist, pflegt auch die Rechtsordnung Unterschiede aufzuweisen.

Die Tatsachen sprechen nicht für Pesteljs Befürchtung, die einzelnen Teile eines föderativen Staates könnten eine für das Ganze nachteilige Politik treiben.

Auch die Angst vor inneren Reibungen ist nicht begründet. Die Vereinigten Staaten machten allerdings in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einen Bürgerkrieg durch, aber kannte denn das zentralisierte Frankreich keine Erschütterungen? Der Krieg zwischen den Nord- und Südstaaten entstand bekanntlich aus sozialen Ursachen, es handelte sich um die Sklaverei. Der Schwerpunkt des Streites lag also nicht in der Form der staatlichen Verfassung. Gingen übrigens die Vereinigten Staaten, als Staat, nicht siegreich aus dem Kampfe hervor?

Die negativen Seiten des Zentralismus zeigen sich immer deutlicher, die Tendenz der staatlichen Entwicklung geht unstreitig nach der Richtung der Dezentralisation und des Föderalismus.

Die heutigen Gegner des Föderalismus fügen der obigen Argumentation fast nichts hinzu.

Der Föderalismus wäre, nach Pesteljs Ansicht, besonders verhängnisvoll für Rußland, da es bei einer derartigen Staatsverfassung sicherlich wieder Wirren und Unglück allerart erleiden würde, wie in der Zeit der Teilfürsten.

Dieses Argument hält überhaupt keine Kritik aus, da Rußland in jener Zeit keine Föderation bildete, keine gemeinsamen obersten Institutionen besaß und keinerlei Rechtsnormen die gemeinsamen Angelegenheiten regelten.

Pestelj führt selbst aus, Rußland setze sich aus sehr verschiedenen Teilen zusammen, deren Bevölkerungen sich zu verschiedenen Religionen bekennen, verschiedene Sprachen reden und nach verschiedenen Gesetzen regiert werden, und doch gibt er sich der Täuschung hin, man könne ihnen allen ganz gleiche Gesetze, ganz gleiche Einrichtungen usw. aufdrängen [1]).

Man müßte Pesteljs Satz umdrehen und sagen: wenn irgendwo, so hat der Föderalismus gerade in Rußland eine ungeheure Berechtigung, denn gerade in diesem Staate sei es eine Unmöglichkeit, soziale Institutionen nach einer Schablone zu schaffen, allen die gleichen Rechte zu geben usw.

Übrigens besaßen die einzelnen Länder, die dem russischen Reiche einverleibt wurden, selbst unter dem allerstärksten absolutistischen Zentralismus gewisse ihnen allein eigentümliche Einrichtungen, Gesetze usw.

Der scharf betonte Zentralismus Pesteljs bildet eine der schwächsten, vielleicht die schwächste Seite seiner sozialen und politischen Theorie.

Pestelj ist der Vorläufer aller späteren russischen radikalen Zentralisten. Unter den radikalsten russischen Parteien finden sich heute noch überzeugte Zentralisten, die den Föderalismus im Interesse der proletarischen Einheit verwerfen. Auf diesen Punkt komme ich noch im letzten Teil dieser Arbeit zurück.

Pestelj teilt in der „Russischen Wahrheit" ganz Rußland, die Städte mit eingeschlossen, in Gemeinden (Wolosti), welche die einzelnen Zellen der Staatsorganisation bilden. Einmal im Jahre treten in allen Gemeinden die „Landesversammlungen" (Ziemskija wolostnija sobranja) zusammen, die sechs Tage dauern. Auf ihnen werden die Mitglieder des Gemeinderats, des Kreisrats und des Distriktsrats oder Gouvernementsrats (namiestnija, wolostinija, ujezdnija und okruschnija sobrania) gewählt. Diese Körperschaften haben folgende Funktionen. Sie nehmen die Berichte der Verwaltungsbehörden entgegen und besprechen sie, ebenso werden die Klagen einzelner Personen gegen die Lokalbehörden bei ihnen angebracht; sie besetzen die erledigten

1) Über seinen Föderalismus siehe „Russische Wahrheit" S. 20—24.

Stellen in der Verwaltung; endlich erledigen sie wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten ihres Bezirks.

Bei den Wahlen gibt es keinen Wahlzensus. Jeder volljährige Staatsbürger ist wählbar.

Die Einzelheiten dieser Organisation arbeitete Pestelj nicht mehr aus. Dem Gouvernementsrat sollte neben anderen Funktionen noch obliegen, die Abgeordneten für die Volksversammlung, d. h. für das Parlament, zu wählen. Wir sehen also, daß Pestelj ein indirektes Wahlsystem einführen wollte.

Über die Organisation dieser staatlichen Institutionen, wie Pestelj sie plante, erfahren wir nichts mehr aus der „Russischen Wahrheit“, da verschiedene Teile des Manuskriptes fehlen; wir entnehmen diese Ansichten Pesteljs vielmehr einer Wiederholung seiner Gedanken im „Staatstestament“ (Gosudarstwiennsje Zawieschtschanie), einer Art Broschüre, die die Mitglieder der Organisation mit den politischen und sozialen Gedanken der „Russischen Wahrheit“ bekannt machen sollte.

Die Volksversammlung sollte die gesetzgebende Gewalt repräsentieren und über Krieg und Frieden entscheiden. Die Abgeordneten sollten alle fünf Jahre gewählt werden, jedes Jahr sollte der fünfte Teil ausscheiden und durch neugewählte Mitglieder ersetzt werden.

Neben der Volksversammlung plante Pestelj noch eine Oberste Versammlung (Werchownij Sobor) als Kontroll- und Beaufsichtigungsorgan. Die Oberste Versammlung sollte die Beschlüsse des Parlaments vom formalen Standpunkt aus noch einmal untersuchen und bestätigen, ehe sie Gesetzeskraft bekamen.

Die Stellung dieser Institution zur Volksversammlung ist nicht klar. Wir wissen nämlich nicht, ob die Oberste Versammlung die Beschlüsse des Parlaments überhaupt verwerfen konnte, oder ob ihr dieses Recht nur im Falle einer Kollision mit den bestehenden Gesetzen zustand.

Pestelj unterscheidet die gewöhnlichen Gesetze von den grundsätzlich konstitutionellen; die letzten sollte die Volksversammlung nicht aus eigener Initiative ändern dürfen, sondern die Entscheidung über diese sollte einzig durch Plebiszit zustande

kommen. Wie der Mechanismus dieser Einrichtung sein sollte, wissen wir wieder nicht.

Die Oberste Versammlung hatte auch noch die Kontrolle über die ausführenden Organe, zu denen ich jetzt übergehe. An ihrer Spitze stand die Staatliche Duma (Dzierschawnaja Duma). Sie sollte sich aus fünf Personen zusammensetzen, die für fünf Jahre gewählt wurden. Jedes Jahr sollte ein Mitglied zurücktreten und ein neues gewählt werden. Die Wahl sollte folgendermaßen vor sich gehen: jeder Gouvernementsrat sollte Kandidaten aufstellen und die Volksversammlung (das Parlament) aus ihnen die Mitglieder der Duma wählen. Auf die gleiche Weise sollte die Wahl der 120 Mitglieder der Obersten Versammlung erfolgen. Doch sollte diese Würde lebenslänglich sein. Die Mitglieder dieser Institution konnten aber nicht Abgeordnete werden, noch irgendein Amt bekleiden.

An der Spitze der ausführenden Gewalt stand also die Duma, ihr unterstanden die Minister. Die Oberste Versammlung kontrollierte sie durch ihre Generalprokuratoren, von denen je einer jedem Minister zugeteilt war. Alle Verfügungen des Ministers sollten von dem entsprechenden Generalprokurator gegengezeichnet werden, wenn sie gültig sein sollten; indes sollte es nicht Aufgabe der Generalprokuratoren sein, zu erwägen, ob die Verfügungen der Minister richtig oder falsch wären, sie hatten nur deren Gesetzmäßigkeit, d. h. die Übereinstimmung mit den Gesetzen des Staates zu kontrollieren.

In zehn Provinzen, die je fünf Gouvernements umfaßten, sollte die Oberste Versammlung ihre Generalgouverneure haben, sie sollten der lokalen Verwaltung gegenüber die gleiche Funktion ausüben, wie die Generalprokuratoren gegenüber den Ministern. Vergehungen der Verwaltungsbehörden sollten vor die Duma kommen und von dieser der Obersten Versammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Oberste Versammlung ernannte auch noch den Höchstkommandierenden der Armee, sobald die Armee die Grenzen des Landes überschritt, nach seiner Rückkehr hatte er sein Amt wieder in die Hände der Obersten Versammlung niederzulegen.

Wir sehen, Pesteljs Bemühen ging dahin, eine möglichst

genaue Kontrolle im Staate einzuführen und Ausschreitungen der Behörden und Beamten unmöglich zu machen. Aber die Regierungsmaschinerie, die er vorschlug, war allzu schwerfällig. Die Erfahrung des parlamentarischen Lebens hat uns belehrt, daß die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament und die Gerichte, die für die Einhaltung der konstitutionellen Gesetze zu sorgen haben, die besten Garantien der Freiheit und einer genauen Beobachtung der Gesetze bieten.

Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten eingehen und die in der „Russischen Wahrheit" vorgeschlagene Form der einzelnen Verwaltungszweige beschreiben. Sie sind auch nicht wichtig. Ich möchte nur noch auf einige Einzelheiten der Organisation der öffentlichen Ordnung hinweisen, wie Pestelj sie sich ausmalt, da sie bestimmte Seiten seines Denkens beleuchten.

Er trat für eine starke Staatsmacht ein und wollte, daß nichts im Lande vor ihr verborgen bleibe; deshalb verlangte er neben der öffentlichen gewöhnlichen Polizei noch eine geheime, höhere, politische. Ihr Zweck sollte die Überwachung der Staatsbeamten, der Staatsbürger und der Ausländer sein. Die Überwachung der Beamten sei notwendig, führte Pestelj aus, um Übergriffe zu verhüten; die Staatsbürger müßten beobachtet werden, damit festgestellt werden könne, ob sie nicht an Aufruhr denken oder Geheimgesellschaften gründen, die für die Ordnung des Staates gefährlich werden können; die Fremden endlich müßten bewacht werden, damit Intrigen und Machinationen gegen Rußland verhindert würden, namentlich müßten die Lebensumstände der ausländischen Gesandten in der Hauptstadt beobachtet werden.

Pestelj begreift die Vorwürfe, die man gegen sein Spionagesystem erheben könne, und versucht es zu verteidigen, indem er seine Notwendigkeit darlegt. Er führt aus, die Kritik der Spionage könne sich nur gegen die Ausschreitungen wenden, woraus folge, daß man die Spionage eben rationell organisieren müsse. Zu diesem Zwecke empfiehlt er, bei der höheren Geheimpolizei nur verständige und ehrliche, wahrhaft moralische Menschen zu verwenden [1]. Sonderbar ist nur, daß er sich nicht

1) „Russische Wahrheit" S. 112.

klarmachte, daß derartige Menschen gemeinhin sich nicht mit Spionage beschäftigen wollen.

Die politische Polizei hat nach Pestelj geheim zu sein; nur ihr oberster Leiter und das Haupt der Regierung sind über sie orientiert [1]).

Wir sehen, wie Pesteljs übertriebene Sympathie für Ordnung und eine starke Staatsmacht ihm Gedanken nahelegte, welche, einmal verwirklicht, die Vorzüge seiner „Konstitution" ungeheuer geschwächt hätten; sie hätten Unterdrückung und Stillstand zugunsten eines allmächtigen Staates oder besser zugunsten seiner Vertreter mit sich gebracht.

Pestelj wandte sich auch gegen allzu strenge Strafen, namentlich gegen die Todesstrafe; doch verlangte er eine rasche und öffentliche Bestrafung. In Steuerfragen riet er von einer Besteuerung der zur Existenz unumgänglich notwendigen Mittel ab.

Petersburg sollte seiner Meinung nach nicht mehr Hauptstadt bleiben, geeigneter hierzu schien ihm Nishnij Nowgorod, das eine günstigere geographische Lage habe.

Ganz abgesehen davon, ob man Pesteljs politischen und sozialen Anschauungen zustimmt oder nicht, muß man anerkennen, daß sein Plan einer Neugestaltung Rußlands ein konsequentes und für seine Zeit großes Werk ist, in dem alle Einzelheiten geschickt verbunden sind und das von einer einheitlichen Theorie durchdrungen ist.

Pestelj besaß eine hohe Bildung; er kannte die Aufklärungsliteratur des 18. Jahrhunderts genau und ebenso die der ersten Jahrzehnte des 19. In erster Reihe beschäftigten ihn politische, wirtschaftliche und soziale Probleme, mit deren Literatur er sich besonders eingehend beschäftigt hatte. Doch war ihm kein Wissensgebiet völlig fremd: er trieb vielmehr auch Philosophie, Religion und Ethik. In seinen Anschauungen läßt sich leicht ein starker Einfluß der westeuropäischen Denker nachweisen. Aber wenn er auch gewisse Ideen anderer annahm, so beherrschte er sie doch und verarbeitete sie selbständig. Die „Russische

1) Pestelj sagt sogar „der Kaiser" (gosudar); offenbar schrieb er diese Stelle, als er noch nicht Republikaner war.

Wahrheit" ist daher keine Kompilation, sondern das Werk eines hervorragenden Geistes, das die eigenartige Persönlichkeit seines Verfassers widerspiegelt.

Unter den Schriftstellern hatten den größten Einfluß auf Pestelj Bentham, Montesquieu, der Graf Destutt de Tracy [1]) und Smith. Nicht weniger unterlag er den Einflüssen der großen historischen Ereignisse: also der Revolution im südlichen Europa, namentlich in Spanien; auch Napoleon wirkte mächtig auf ihn.

Napoleons zentralistische Tendenzen, die geschmeidige und starke Staatsmacht, die er geschaffen hatte und die keine freien sozialen Verbände neben sich duldete, blendeten Pestelj und drückten seiner Denkweise ein sichtbares Siegel auf. Unzweifelhaft war er aber auch ein aufrichtiger Anhänger der Konstitution und ein warmer Demokrat, was sich von Napoleon nicht sagen läßt.

Auch für seine Agrartheorie fand Pestelj manches im Westen, bei den Schriftstellern des 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts; wahrscheinlich wurde er aber gerade in dieser Hinsicht in erster Reihe von dem russischen Gemeindeeigentum an Grund und Boden angeregt.

Aus Raummangel muß ich hier eine genaue Analyse der Einflüsse, denen der Autor der „Russischen Wahrheit" ausgesetzt war, unterlassen, übrigens tat dies schon Siemiewskij in seinem interessanten Artikel [2]).

Zwei Gedanken Pesteljs jedoch verdienen unsere spezielle Aufmerksamkeit: die Ausarbeitung eines Verfassungsplans für Rußland vor der politischen Umwälzung, um jede Verwirrung zu vermeiden, und der Vorschlag, den russischen Staatsbürgern durch die geplante Agrarreform ein Existenzminimum zu sichern.

Der erste Gedanke war zwar kühn, auch unendlich schwer durchzuführen, aber deswegen in seiner Konzeption nicht weniger rationell. Pestelj löste seine Aufgabe nicht gut, weil dies damals fast unmöglich war. Heute ist es leichter. Die sozialistischen Parteien z. B. beschreiben schon eingehend die

---

1) Autor eines „Commentaire sur l'Esprit des Lois de Montesquieu".

2) W. Siemiewskij, Die Frage der staatlichen Umgestaltung Rußlands im 18. Jahrhundert und im ersten Viertel des 19., erschienen in den ersten drei Heften der russischen Zeitschrift „Biloje" (Vergangenheit), Jahrgang I.

Reformen, die sie in der gegenwärtigen Staatsordnung noch anstreben (das Minimalprogramm), während ihre Theoretiker immer häufiger die weiteren Ziele probeweise formulieren müssen, welche die künftige soziale Organisation betreffen.

Auch seinen anderen großen Gedanken vermochte Pestelj nicht entsprechend zu entwickeln. Doch glaube ich nicht, daß Pesteljs Theorie in starkem Maße von sozialistischen Ideen durchsetzt war, wie manche Schriftsteller meinen. Er wollte zwar die Stände aufheben, aber er dachte nicht an eine völlige Aufhebung der Klassen, er wollte allerdings keine Geldaristokratie im Sinne einer geschlossenen, genau festgelegten Korporation, aber er fand sich gleichzeitig mit dem Gedanken ab, daß die reichen Leute die Herrschaft im Parlament und in der Verwaltung haben, und daß diese Gruppe überhaupt in erster Reihe den Überfluß an Reichtum genießen würde. Ich mache Pestelj aus diesem Umstand durchaus keinen Vorwurf, ich stelle nur eine Tatsache fest.

III.

Nikita Murawjews konstitutioneller Plan ist in dreierlei Fassungen erhalten, die sich gegenseitig ergänzen [1]). Im Vergleich mit der „Russischen Wahrheit" scheint Murawjews Vorschlag viel weniger durchgearbeitet, auch fehlen in ihm die theoretischen Auseinandersetzungen, die wir in Pesteljs Werk finden. Murawjews Plan war allerdings gleichzeitig der Ausdruck der politischen Anschauungen der „Nördlichen Vereinigung", doch nicht in demselben Grade wie die „Russische Wahrheit" für die „Südliche Vereinigung" charakteristisch war. Pestelj und mit ihm vielleicht die Mehrzahl der Mitglieder seiner Organisation wollte Rußland nach der Revolution eine politische und soziale Verfassung nach den Plänen der „Russischen Wahrheit" geben. Die „Nördliche Vereinigung" stimmte zwar im allgemeinen mit den politischen Ansichten Nikita Murawjews überein, beabsichtigte aber nicht, der Gesellschaft den von ihm

1) Siehe die von Downar-Zapolski herausgegebenen „Memoiren der Dekabristen" S. 58—72. 96—120 und Jakuschkin, Die staatliche Gewalt und der Vorschlag einer staatlichen Reform in Rußland, S. 131—160.

ausgearbeiteten Plan einer Konstitution aufzudrängen. Das letzte Wort sollte ihrer Meinung nach die gesetzgebende Versammlung haben. Aus diesem Grunde legte sie wahrscheinlich den Einzelheiten von Nikita Murawjews Plan keine besondere Wichtigkeit bei.

Vergleichen wir diesen Plan mit demjenigen Pesteljs, so fallen uns sogleich tiefgreifende Unterschiede in politischer und sozialer Beziehung auf und zwar betreffen sie in erster Reihe das Prinzip des Zensuswahlrechts und des Föderalismus sowie die Vereinsfreiheit der Staatsbürger.

Nikita Murawjew war Föderalist, ein Anhänger des Zensuswahlrechts und der Vereinsfreiheit. Pestelj war Zentralist und bekämpfte Zensus und Vereinsfreiheit.

Die sozialen Unterschiede zwischen ihnen bestanden darin, daß Nikita Murawjew bei der Aufhebung der Leibeigenschaft anfangs die Bauern nur mit Haus und Garten ausstatten wollte; erst später vertrat er den Standpunkt, jeder Haushaltung müßten zwei Desjatinen Land zur Verfügung gestellt werden. Pestelj dagegen wollte jedem Bauern die zur Erhaltung einer Familie notwendigen Grundstücke sichern und überdies allen russischen Staatsbürgern, wie wir bereits sahen, ein Existenzminimum zugestehen.

Nikita Murawjews Plan einer Konstitution teilt die Einwohner Rußlands in zwei Gruppen: in Russen und Staatsbürger. Zu der ersteren zählt er die ursprüngliche [1]) einheimische Bevölkerung, sowie die Nachkommen von Ausländern, die in Rußland auch nach erlangter Volljährigkeit verbleiben wollen; die zweite Gruppe bildete er aus jenen, welche die politischen Rechte im eigentlichen Sinne dieses Wortes genießen sollten. Die zweite Gruppe sollte also die Abgeordneten wählen und selbst als Beamte und Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen wählbar sein.

Die Mitglieder der ersten Gruppe, die Russen, sollten alle persönlichen und Eigentumsrechte besitzen, nicht aber die oben angeführten politischen.

---

1) In territorialer Beziehung, d. h. die einheimische Bevölkerung des Staates, ohne Rücksicht auf Nationalität und Religion, also nicht nur Russen im nationalen Sinne.

Für Nikita Murawjew war die politische Verfassung der Vereinigten Staaten maßgebend. Er behielt zwar die Monarchie bei, aber der Monarch sollte nicht mehr Macht haben als der Präsident der Vereinigten Staaten; die Funktionen des Oberhauses waren in mancher Beziehung denen des amerikanischen Senats gleich. Doch muß man bemerken und ich lege besonderes Gewicht darauf, daß Nikita Murawjews Föderalismus undeutlich und sehr gemäßigt war. Man muß sich deshalb um so mehr wundern, daß Pestelj in so schroffer Weise gegen ihn Stellung nahm.

Nikita Murawjew wollte Rußland in mehr als ein Dutzend Provinzen teilen (in den verschiedenen Fassungen ist die Zahl verschieden angegeben), von denen jede ihre eigene Gerichtsbarkeit und Verwaltung haben und gleichzeitig Delegierte in ein gemeinsames Parlament entsenden sollte. Es ist interessant, daß wir unter diesen Provinzen das Königreich Polen überhaupt nicht antreffen. Nikita Murawjew wollte ihm also offenbar eine eigene Stellung im Reiche zuweisen, wie das Königreich Polen sie tatsächlich von 1815 bis 1830 besaß; er plante also eine Art Union [1]). Pestseljs Ansichten über Polen teilte Murawjew nicht. In einer dieser Fassungen fehlt auch Finnland, während es in einer anderen aufgezählt wird.

Nikita Murawjew trat für eine völlige Bürgerfreiheit ein; er verlangte persönliche Freiheit, Preßfreiheit und Vereinsfreiheit im weitesten Sinne, und er wollte dem Staatsbürger diese Rechte sichern, indem er sie auf ein sorgfältig ausgedachtes Gerichtswesen mit Geschworenengerichten stützte. Er hob Standes- und Rangunterschiede auf, verlangte die Gleichheit aller vor dem Gesetz in persönlichen und vermögensrechtlichen Angelegenheiten und hob die Beschränkungen hinsichtlich der Berufsausübung der Bürger auf.

Der Kaiser sollte das Recht haben, beide Häuser des Parlaments, die sogenannte Volksversammlung, einzuberufen. Ebenso sollte er beide Häuser auf drei Monate vertagen können, das

1) Jellinek sowie verschiedene Rechtsgelehrte sind anderer Ansicht und behaupten, das Königreich Polen hätte keine Union mit dem Kaiserreich gebildet, ihre Argumente sind jedoch nicht überzeugend. Die Frage ist zu weitläufig, um hier untersucht werden zu können.

Vetorecht gegen die Entschließungen beider Häuser haben, d. h. er sollte die von ihnen genehmigten Beschlüsse zur nochmaligen Beratung zurückschicken können (hielten die beiden Häuser auch dann noch an den Beschlüssen fest, so sollten sie Gesetz werden). Endlich sollte der Kaiser die Minister und andere Beamte ernennen und die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande befehligen.

Ohne Zustimmung der Volksversammlung (des Parlaments) sollte der Kaiser nicht das Recht haben, anderen Mächten Krieg zu erklären, oder Verhandlungen über die Abtretung einzelner Teile seines Territoriums einzuleiten; andere Verträge sollte er nur mit Einwilligung des Oberhauses, der sogenannten Obersten Duma, abschließen können. Nur mit Einwilligung der Volksversammlung sollte der Kaiser die Truppen zur Niederwerfung von Aufständen im Innern des Landes verwenden können.

Das Recht, Krieg zu erklären und Amnestien zu erlassen, wollte Nikita Murawjew ausschließlich der Volksversammlung vorbehalten. Die Persönlichkeit des Kaisers ist geheiligt, unverletzlich, aber verantwortlich. Minister und Beamte tragen die Verantwortung für ihre Handlungen, doch denkt Murawjew an eine Verantwortlichkeit vor Gericht, nicht an eine Verantwortlichkeit vor dem Parlament im heutigen Sinne, d. h. die Minister sollten nicht ihre Funktionen auf Wunsch einer Parlamentsmehrheit niederlegen müssen, falls sie nicht eine gerichtlich strafbare Handlung begangen hatten.

Im Falle einer Reise des Kaisers ins Ausland, im Krankheits- oder Todesfalle des Kaisers oder im Falle seiner Abdankung ernennt das Parlament den Thronfolger zum Kaiser oder setzt eine Regentschaft ein. In diesem Falle ruht die Regentschaft in den Händen des Präsidenten der Obersten Duma (des Oberhauses).

Der Thron geht durch Erbfolge vom Vater auf den Sohn über, die Töchter sind ausgeschlossen. Die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie genießen keine Vorrechte.

Die gesetzgebende Gewalt wollte Murawjew, wie wir schon sahen, den beiden Häusern der Volksversammlung überantworten, der Obersten Duma und dem Hause der Abgeordneten. Doch

sollten diese Körperschaften nur die gewöhnlichen Gesetze beschließen können, von denen Murawjew nach dem Muster der Vereinigten Staaten noch die Grundgesetze oder konstitutionellen Gesetze unterschied. Diese sollte nur eine andere spezielle Versammlung beschließen und abändern können.

Die Macht der Volksversammlung sollte auch noch in anderer Hinsicht beschränkt sein. Nikita Murawjews Plan stellt ausdrücklich fest: solange der Glaube, das Gewissen und die Überzeugungen der Staatsbürger sich nicht in gesetzwidrigen Handlungen äußern, unterliegen sie nicht der Macht der Volksversammlung.

Die Kompetenz des Parlaments hatte einen großen Umfang, es sollte die Gesetze sanktionieren, alle Verfügungen bezüglich der Organisation von Staatsinstitutionen treffen, über das Heerwesen und die Befestigungen des Landes bestimmen, Ausnahmegesetze, Steuern und Anleihen festsetzen. Alle Rechte und Verfügungen bezüglich der Kommunikationsmittel, die Unterstützung des Gewerbes, die Fürsorge für den Wohlstand der Bürger, Pflege von Kunst und Wissenschaft, das alles sollte dem Parlament obliegen. Doch sollte es anderseits nicht die Freiheit der Bürger, die Wissenschaft, die Künste und den Unterricht einschränken dürfen [1].

Die Volksversammlung sollte auch den Provinzial- oder Landesversammlungen gegenüber weitgehende Rechte haben; bei einer Überschreitung ihrer Befugnisse sollte das Parlament sie auflösen und Neuwahlen anordnen können. Die Wahl der Verwalter der einzelnen Landesteile, in deren Händen die ausführende Gewalt in den Provinzen und Ländern ruhen sollte, wollte Nikita Murawjew ebenfalls dem Parlament überlassen. Wir wissen schon, daß es auch das Recht der Kriegserklärung und Amnestieerteilung haben sollte.

Das Abgeordnetenhaus oder die Deputiertenkammer (Repräsentanten) sollte die Anklage gegen die Minister und höheren Staatsbeamten erheben, die Oberste Duma aber über sie zu Gericht sitzen.

1) In dieser Hinsicht steht Nikita Murawjews Plan bedeutend höher als die „Russische Wahrheit“. Pestelj wollte bekanntlich alle privaten und freien Unterrichtsanstalten verbieten.

Die Duma sollte auch die auswärtige Politik des Staates genau kontrollieren und das Recht haben, die betreffenden Dokumente einzusehen.

In Budgetangelegenheiten wies Nikita Murawjew dem Abgeordnetenhaus eine größere Bedeutung zu als der Obersten Duma. Das Budget sollte zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Das Oberhaus sollte zwar gewisse Änderungen vorschlagen können, aber sie sollten nur dann Gültigkeit erlangen, wenn das andere Haus seine Einwilligung gäbe.

Die Mitglieder der Volksversammlung sollten immun sein; nur im Falle von Verrat sollten sie verhaftet werden können. Sie sollten Gehälter beziehen, aber dafür kein Amt bekleiden dürfen. Beamte sollten in keines der beiden Häuser gewählt werden dürfen.

Die Mitglieder der Obersten Duma sollten von den Landes- oder Provinzialversammlungen gewählt werden, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses dagegen direkt von den Staatsbürgern. Nikita Murawjews Plan einer Konstitution enthält einen für jene Zeit recht hohen Zensus. In den verschiedenen Fassungen lauten die Beträge verschieden. Der Zensus sollte sich auch auf einige andere soziale und staatliche Funktionen beziehen und sich im Verhältnis zu ihnen auch ändern. Ich gehe hier nicht auf die Einzelheiten ein, da dieser Zensus in den verschiedenen Redaktionen des Planes Unterschiede aufweist. Ganz allgemein kann man sagen, daß Nikita Murawjew einen beträchtlichen Teil der Staatsbürger vom politischen Leben ausschließen wollte.

Obgleich er ein Föderalist war, war doch der Machtbereich, den er den Landes- oder Provinzialversammlungen zuweisen wollte, nicht sonderlich groß. Sie sollten Steuern zur Deckung verschiedener Ausgaben der Provinz erheben können und zwar für die Erhaltung der Wege, für Kanalbauten und öffentliche Gebäude; sie sollten Unterrichtsanstalten und Gebäude zu Kultuszwecken eröffnen und endlich auch Verfügungen bezüglich der Administration erlassen können.

Wir sehen, daß selbst ein Zentralist wie Pestelj keine Ursache hatte, Nikita Murawjews Föderalismus zu fürchten. Seine Konstitution hatte die Form des Föderalismus, ohne den Inhalt.

Im Grunde genommen besaßen die Landes- oder Provinzialversammlungen nur in wirtschaftlichen, administrativen und Kultusangelegenheiten Selbständigkeit, dagegen nicht in bezug auf die Gesetzgebung selbst. Sie sollten nicht spezielle Gesetze für die von ihnen vertretenen Territorien erlassen können. Und doch bedurfte Rußland, das eine so große Ausdehnung hat und in seinen einzelnen Teilen solche Verschiedenheiten aufweist, gerade für seine einzelnen Gegenden einer besonderen Selbständigkeit.

Die Landes- oder Provinzialversammlungen sollten allerdings das Recht haben, der Volksversammlung die Einberufung eines Volkslandestages zur Änderung der Konstitution vorzuschlagen. Ein solcher Volkslandestag sollte auch auf die Initiative der Volksversammlung hin einberufen werden können.

Die Einberufung des Volkslandestages sollte stets durch die Volksversammlung erfolgen, welche dafür zu sorgen hatte, daß das diesbezügliche Gesetz in Kraft trat.

Der Volkslandestag sollte sich aus ebensoviel Personen zusammensetzen wie beide Kammern zusammen zählten, und zwar sollten sie in der gleichen Weise gewählt werden. Er sollte höchstens ein halbes Jahr funktionieren dürfen und seine Beschlüsse sollten nur bei Zweidrittelmajorität Gültigkeit haben. Der Volkslandestag sollte nur konstitutionelle Projekte ausarbeiten, die dann in eigens zu diesem Zweck einberufenen Land- oder Provinzialtagen angenommen oder abgelehnt werden sollten. Diese Körperschaften sollten zweimal so viel Mitglieder haben wie die gewöhnlichen Land- oder Provinzialversammlungen. Die Wahlen für sie sollten ebenso verlaufen wie diejenigen für die gewöhnlichen Landes- oder Provinzialversammlungen.

Die Landes- oder Provinzialtage sollten die Vorschläge des Volkslandestages verwerfen oder genehmigen. Zur Annahme einer Vorlage sollte in jedem Landes- oder Provinzialtag Zweidrittelmajorität und überdies noch Zweidrittelmajorität sämtlicher Abgeordneten all dieser Landes- oder Provinzialtage nötig sein.

Die vollziehende Gewalt in den einzelnen Teilen des Landes sollte in den Händen von Land- und Provinzialverwaltern (oblastnije Prawiteli) liegen, die von der Volksversammlung für die Dauer von drei Jahren aus der Mitte der Kandidaten zu den ge-

setzgebenden Landes- und Provinzialtagen gewählt werden sollten. Ihre Machtstellung in den Ländern und Provinzen sollte derjenigen des Kaisers in bezug auf das ganze Reich entsprechen.

Stellvertreter und Räte (Sowietniki), die alle drei Jahre von den vereinigten Land- und Provinzialkammern gewählt werden sollten, hatten dem obersten Leiter der vollziehenden Gewalt zur Seite zu stehen.

Nikita Murawjew bemühte sich, die Rechtsprechung von der Verwaltung zu trennen und der ersteren eine unabhängige und bedeutsame Stellung zu sichern.

In bezug auf die bürgerlichen Freiheiten stand Nikita Murawjews Plan in manchen Punkten höher als Pesteljs „Russische Wahrheit"; er gestand den Bürgern mehr Freiheit zu, wollte ihnen Vereinsfreiheit geben und sicherte in höherem Maße Gewissens-, Glaubens- und Überzeugungsfreiheit. Endlich hatte er auch keine russifizierenden Tendenzen. Er ging vom Standpunkt der Dezentralisation aus, führte ihn jedoch nicht konsequent durch. Die Fehler von Nikita Murawjews Plan lagen in dem Mangel einer parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit und einer obersten Verwaltungsspitze für gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Staates.

In sozialer Beziehung stand dagegen Nikita Murawjews Konstitution unstreitig niedriger als die „Russische Wahrheit"; die wichtigste Stellung im Staat wies er dem Bürgertum zu, und der Wohlstand der Bauern war bei ihm in keiner Weise gesichert.

Fünftes Kapitel.

Die Dezemberrevolution. Die Verhaftung der Verschwörer, Urteil und Strafe. Die Bedeutung der von den Dekabristen hervorgerufenen Bewegung.

I.

Der Tod Alexanders I. in Taganrog am 19. November 1825 gab den Anstoß zum Ausbruch einer offen revolutionären Bewegung sowohl in der Hauptstadt als auch im Gouvernement Kijew.

Am 25. November wurde die schwere Erkrankung des Zaren in Petersburg bekannt, zwei Tage später traf die Todesnachricht ein. Großfürst Nikolaus, der spätere Kaiser, erfuhr den Todesfall während des Gottesdienstes und leistete sofort dem neuen Kaiser, seinem älteren Bruder Konstantin, der in Warschau wohnte, den Eid der Treue. Unmittelbar nach dem Großfürsten Nikolaus schwuren die im Palast gerade anwesenden Würdenträger, die Generale Kutuzow, Potopow, der Kriegsminister Tatischtschew und andere dem neuen Kaiser den Treueid, ihnen folgten die Wachen des Palastes. Auch wurde sofort der Befehl erteilt, den in Petersburg und Umgegend stehenden Truppen den Eid der Treue abzunehmen.

Die Senatoren leisteten den Eid, nachdem der Justizminister, Fürst Lobanow-Rostowski, ihnen mündlich den Tod des Kaisers mitgeteilt hatte. Der Senat erließ darauf einen Ukas, mit dem er den allgemeinen Treuschwur der Bevölkerung für den neuen Kaiser anordnete, der denn auch geleistet wurde.

Als der Großfürst Nikolaus seinem Bruder Konstantin die Treue schwur, war ihm unstreitig bekannt, daß dieser auf den Thron

verzichtet hatte. Alexander I., der seinen nächstjüngeren Bruder überhaupt nicht für die geeignete Persönlichkeit zur Beherrschung des Reiches hielt, hatte ihn selbst dazu bewogen. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Verzichtleistung hatte die Ehe des Großfürsten Konstantin mit einer gewöhnlichen polnischen Adligen gegeben, die später den Titel einer Fürstin Lowicka erhielt.

Selbst Katharina II. hatte dem Großfürsten Konstantin häufig wegen seines Charakters gezürnt; er war taktlos, grob und hatte noch andere unangenehme Seiten. Im weiteren Verlauf seines Lebens traten seine verschiedenen Fehler immer mehr hervor.

Als Nikolaus Konstantin die Treue schwur, dachte er wahrscheinlich nicht im entferntesten daran, sich die höchste Macht entgehen zu lassen. Er tat es vielmehr offenbar in der Erwartung, der ältere Bruder werde seine Verzichtleistung auf den Thron nunmehr öffentlich bekanntgeben. Konstantin hatte schon am 23. Januar 1822 dem Throne entsagt; ein geheimer Erlaß Alexanders I. vom 23. August 1823 bestätigte diese Tatsache noch einmal. Diesen Erlaß hatte der Kaiser nebst anderen Dokumenten beim Senat hinterlegt und dazu den ausdrücklichen Befehl erteilt, nach seinem Tode keinerlei Amtshandlung vor Einsicht in diese Schriftstücke vorzunehmen. Der Justizminister, der gleichzeitig Generalgouverneur des Senats war, richtete sich jedoch nicht nach der Verfügung des verstorbenen Kaisers, sondern befahl, als ihn einer der obersten Staatsanwälte daran erinnerte, diese Papiere in seine Wohnung zu bringen.

Nach erfolgtem Treuschwur ließ der Großfürst Nikolaus den früheren Beamten Opotschinin zu sich rufen. Er hatte eine lange Unterredung mit ihm und übergab ihm dann Briefe an den Großfürsten Konstantin. Opotschinin sollte sich sofort nach Warschau begeben und Konstantin an seine „freiwillige" Verzichtleistung auf den Thron im Jahre 1822 erinnern. Da Nikolaus zur Eile drängte, verließ Opotschinin in großer Hast Petersburg, kehrte jedoch schon am nächsten Tage zurück. Er war unterwegs dem Großfürsten Michael, dem jüngeren Bruder Nikolaus', begegnet, der gerade aus Warschau kam. Der Großfürst brachte die Nachricht mit, Konstantin habe sich, als er den Tod Alexanders I. erfahren hatte, in seiner Wohnung eingeschlossen

und wolle niemand sehen; auch habe er weder selbst Nikolaus den Eid geleistet, noch andere schwören lassen, ebensowenig habe er seine Abdankung kundgegeben. Der Großfürst Nikolaus gab jetzt Opotschinin neue Briefe und schickte ihn abermals nach Warschau. Opotschinin reiste ab und kehrte erst wieder, nachdem Konstantin Nikolaus Treue geschworen hatte.

In seinen Erinnerungen versichert Fürst Trubezkoj, der Großfürst Konstantin habe auf jene Briefe sehr grob geantwortet und keinerlei Erklärung bezüglich seines freiwilligen Verzichts auf den Thron zugunsten des jüngeren Bruders abgegeben. Nikolaus habe sich daher darauf beschränken müssen, Bruchstücke aus den Briefen Konstantins an Alexander I. bekanntzugeben, aus welchen hervorging, daß dieser allen Rechten auf den Thron entsagt habe.

Der Tod Alexanders I. überraschte die Verschwörer; sie fühlten allerdings, daß die Zeit gekommen war, wo sie, namentlich in Petersburg, zur Tat schreiten mußten, aber sie waren schwach, über ein großes Reich verstreut und zu keinerlei großen politischen Unternehmungen vorbereitet. Sie hatten weder einen Plan, wie sie vorgehen sollten, noch zählten sie in ihren Reihen Leute, die in Rußland bekannt waren und eine gewisse Autorität besaßen. Nach einer eingehenden Beratung beschlossen die in Petersburg anwesenden Verschwörer, sich der Eidesleistung für Konstantin nicht zu widersetzen. Sie wollten sich passiv verhalten, eine Zeitlang eine abwartende Stellung einnehmen und die Tätigkeit der Vereinigung während dieses Zeitraumes unterbrechen. Von dem neuen Kaiser erwarteten sie offenbar keine liberalen Reformen; der Großfürst Konstantin war als entschiedener Gegner jedes Liberalismus bekannt.

Die Sachlage veränderte sich jedoch, als die Verschwörer erfuhren, Großfürst Konstantin könne möglicherweise abdanken oder, besser gesagt, Großfürst Nikolaus wünsche dessen Abdankung. Ein Zurücktreten des rechtmäßigen Thronfolgers war in Rußland etwas Unerhörtes. Außerdem war Großfürst Nikolaus in Petersburg unbeliebt, er war hochmütig und den Soldaten und Offizieren gegenüber streng. Seine Unbeliebtheit und sein Bestreben, den Großfürsten Konstantin nicht zur Kaisermacht kommen zu lassen, konnten möglicherweise den Anlaß zu Wirren geben,

die die Verschwörer hätten ausnutzen können. Die schwankende Lage konnte vielleicht zum Ausgangspunkt für einen revolutionären Vorstoß dienen, der unter Umständen den Absolutismus stürzen und eine gründliche Reorganisation des Staates herbeiführen konnte.

Selbst in den Kreisen der Verwaltungsbeamten stand man einer Thronbesteigung des Großfürsten Nikolaus nicht überall freundlich gegenüber. Manche hätten lieber Konstantin als Nachfolger Alexanders gesehen. Die rein höfischen Kreise dagegen waren für Nikolaus, da sie es als eine Schmach empfunden hätten, eine gewöhnliche polnische Adlige zur Kaiserin zu haben.

Die Verschwörer kamen täglich in beträchtlicher Anzahl bei Rilejew oder Obolenski zusammen und berieten die mannigfachsten Pläne. Endlich kamen sie dahin überein, sich der Eidesleistung für Nikolaus zu widersetzen und für Konstantins Rechte einzutreten, um so die Mitglieder der kaiserlichen Familie in Petersburg um Einfluß und Macht zu bringen; dann wollten sie sich zu Herren der Lage machen und eine provisorische Regierung einsetzen. Eine gesetzgebende Versammlung sollte darauf einberufen werden, um eine Konstitution und Reformpläne auszuarbeiten. Die Verschwörer waren der Meinung, sie würden den neuen Kaiser zur Nachgiebigkeit zwingen können; übrigens waren die Radikalsten unter ihnen auch entschlossen, im äußersten Falle die Mitglieder der kaiserlichen Familie auszurotten, um die neue Ordnung der Dinge in Staat und Gesellschaft zu festigen.

Man kann nicht behaupten, die Verschwörer seien im allgemeinen von ihrem künftigen Sieg überzeugt gewesen; im Gegenteil, denn nicht der Glaube an den Triumph ihrer Sache drängte sie zur Tat, sondern Veranlassung für sie war eher die Überzeugung, durch die Abdankung Konstantins sei ein Ausnahmezustand geschaffen, den sie auszunutzen verpflichtet seien. Viel Zeit ist mit Worten verloren gegangen, sagten sie sich: nun ist endlich der Augenblick zum Handeln gekommen.

In der Hauptstadt war die Gesellschaft mit der Regierung unzufrieden und wünschte Veränderungen, aber dieser Wunsch war kraftlos und äußerte sich nur in Sticheleien auf die Ver-

treter des alten Regimes. Viele Mitglieder der Vereinigung und Freunde der Organisation waren im Laufe der Jahre kühler geworden. Manche von ihnen waren der Vereinigung als Jünglinge beigetreten, als sie noch keine bedeutsamen Stellungen in der Verwaltung oder im Heere einnahmen; der eine oder andere hatte im Laufe der Zeit eine Position erlangt, die ihn befriedigte und die er nicht wegen gewagter Unternehmungen fahren lassen wollte.

Ein Hindernis im Kampfe gegen den Absolutismus bildete für die Verschwörer auch der Umstand, daß sie zwar viel Einsicht besaßen und ebenso von der Richtigkeit ihrer Ideen wie von der Grausamkeit der herrschenden Zustände überzeugt waren, aber nichtsdestoweniger ihrer Abstammung und Erziehung nach den höchsten Kreisen angehörten, mit denen sie auch allerhand Gewohnheiten und gesellschaftliche Beziehungen verknüpften. Sie waren außerstande, sich zu einem rücksichtslosen Kampfe gegen diese Kreise aufzuraffen. Ihr Haß war in erster Reihe das Ergebnis der Überlegung, bei dem einen oder anderen war er vielleicht besonders stark entwickelt, aber er war doch keinem von ihnen in Fleisch und Blut übergegangen, war ihnen nicht zur Überlieferung geworden. Außerdem waren jene höchsten Kreise damals mächtig und stützten sich auf die Unwissenheit von Millionen und aber Millionen Menschen. Das alles hemmte die revolutionäre Begeisterung der Verschwörer und machte sie schwankend und unsicher.

Die unklare Stellung, die der Großfürst Konstantin dem Großfürsten Nikolaus gegenüber einnahm, bewirkte, daß auch diejenigen Würdenträger, die ihn anfangs seinem Bruder vorgezogen hätten, allmählich sich Nikolaus zuzuwenden begannen.

Die Beratungen der Verschwörer bekamen von Tag zu Tag eine mehr und mehr praktische Bedeutung. Fürst Trubezkoj wurde zum Diktator gewählt und sollte somit das Recht haben, im entscheidenden Augenblick völlig selbständig vorzugehen. Diese Wahl war verhängnisvoll. Der Fürst war allerdings ein guter und gescheiter Mensch, er hatte auch eine recht hervorragende Stellung in der Gesellschaft und war ziemlich bekannt, aber sein Charakter war schwankend, nicht sehr kühn und allzu

weich. Er fühlte, daß er der Rolle nicht gewachsen war, schämte sich jedoch, es einzugestehen.

Am 11. Dezember wurde nach einer Beratung, die in Rilejews Wohnung stattfand, endgültig beschlossen, für den Fall, daß Konstantin auf den Thron verzichten sollte, Nikolaus den Treuschwur zu verweigern. Statt dessen sollten sich die Gardetruppen auf dem Senatsplatz sammeln; würden die Truppen zahlreich erscheinen und sich niemand für Nikolaus erklären, so nahmen die Verschwörer an, daß dieser sich fernhalten würde und somit nicht gefährlich werden könnte. Für den Fall eines glücklichen Ausgangs war ein Manifest an das Volk vorbereitet, das vom Senat erlassen werden sollte. Mit diesem Manifest sollte die Einberufung einer Duma bekanntgegeben werden, die sich aus Vertretern des ganzen russischen Landes (wahrscheinlich des ganzen russischen Staates) zusammenzusetzen hatte. Diese Duma sollte die Regierungsform des Reiches bestimmen. Bis zum Zusammentritt der Duma sollte der Senat eine provisorische Regierung ernennen, bestehend aus den Mitgliedern des Staatsrats Speranski und Mordwinow, sowie aus dem Senator Murawjew-Apostol. Der provisorischen Regierung sollte auch ein Mitglied der Verschwörerorganisation ständig angehören, um die Tätigkeit derselben zu überwachen.

Am 12. Dezember versammelten sich die Verschwörer und Abgeordneten der verschiedenen Regimenter des Morgens in der Wohnung des Fürsten Obolenski. Auf die Frage des Hausherrn, wieviel Soldaten jeder von ihnen auf den Senatsplatz bringen könne, lautete die Antwort, daß niemand auch nur für einen einstehen könne. Die Antwort konnte nicht anders lauten, da man ja keinerlei Propaganda im Heere gemacht hatte.

Am Abend des gleichen Tages erklärte der Kollege des Fürsten Obolenski, Rostowzew, der gleich ihm Adjutant des Generals Bistrom war, in Gegenwart der Verschwörer dem Fürsten Obolenski, er habe viel Gutes vom Großfürsten Nikolaus erfahren und fühle sich daher verpflichtet, ihn zu warnen, daß er die Krone annähme. Die Anwesenden bemühten sich, Rostowzew von seinem seltsamen Plane abzubringen, aber vergeblich. Rostowzew gehörte selbst nicht zu den Verschwörern, hatte jedoch

Freunde unter ihnen, die nichts vor ihm verbargen. Er lebte daher in der begründeten Annahme, es sei etwas gegen Nikolaus im Werke.

II.

Schon Alexander I. war bekannt gewesen, daß sich in seinem Lande Geheimgesellschaften organisiert hatten, die auf die Umwandelung Rußlands in einen konstitutionellen und demokratischen Staat abzielten.

Der Kaiser hatte die Satzungen gekannt, die im „Bund des Glücks" aufgestellt worden waren, und hatte sie auch dem Großfürsten Konstantin gezeigt. Nach Ansicht des Generals Schilders hatte der Kaiser diese Organisation ursprünglich nicht für schädlich gehalten und seine Ansicht erst nach dem bekannten Aufstand des Siemiower Regiments im Jahre 1820 geändert. Aber auch dieser Zwischenfall und ebenso ein späterer Bericht des Generaladjutanten Benkendorf, der genaue und ziemlich eingehende Daten über die Geheimgesellschaften im Lande gesammelt hatte und die Führer der verschiedenen Organisationen zu nennen wußte, bewogen den Kaiser nur zu einigen Vorsichtsmaßregeln: 1821 wurde eine Verordnung bezüglich der Heerespolizei bei den Garderegimentern erlassen; im darauffolgenden Jahre wurden auf Grund eines besonderen Befehls die Freimaurerlogen und sämtliche anderen Geheimgesellschaften aufgelöst, unter welcher Form immer sie existiert hatten. Gleichzeitig mußten alle Offiziere und Beamte eine eigenhändig unterschriebene Erklärung abgeben, daß sie nicht Mitglieder dieser Gesellschaften seien.

Doch ließ Alexander I. die Verschwörer nicht verhaften und leitete keine politische Aktion gegen sie ein. Als er 1821 den Bericht des Fürsten Wasiltschikow, der Kommandant des Gardekorps war, anhörte, erklärte der Kaiser, er habe selbst zu Beginn seiner Regierung verderbliche liberale Träumereien gehegt und verbreitet, es stehe ihm also nicht zu, in diesem Punkte streng gegen Menschen vorzugehen, die sie noch immer weiterspännen. Diese Worte waren jedoch nicht aufrichtig, wie wir noch sehen werden. Es drängt sich vielmehr die Frage auf,

welchen Grund Alexander I. für sein bedächtiges Verfahren hatte, um so mehr, als er in den letzten Jahren seiner Regierung überhaupt die Neigung verriet, die freiheitliche Bewegung in jedweder Form zu unterdrücken.

Die Erklärung dieser Tatsache wird man in dem Umstand suchen müssen, daß Alexander die Bedeutung der Verschwörung überschätzte; die Nachrichten, die er über sie erhalten hatte, waren vielleicht nicht ausreichend gewesen; er mochte unter dem Einflusse der Ereignisse in den anderen europäischen Staaten die Geheimgesellschaften für viel mächtiger halten, als jene vermuteten, die ihm die Existenz dieser Organisationen verrieten. Deshalb scheute er wahrscheinlich den offenen Kampf mit dem geheimen Feind; er nahm lieber eine abwartende Stellung ein und rechnete dabei auf seine frühere Beliebtheit. Er konnte sich dieser Taktik um so eher bedienen, als ihm die Absichten der Verschwörer für die nächste Zukunft unbekannt waren; er wußte nur, daß sie eine Umwälzung anstrebten, dagegen blieben ihm die terroristischen Pläne der Organisationen, die sich mit seiner eigenen Person und seiner ganzen Familie befaßten, unbekannt.

Zum Beweis dafür, daß Alexander geneigt war, die Kräfte der Geheimorganisationen und ihrer hervorragenden Mitglieder zu überschätzen, möchte ich eine Tatsache heranziehen, die Jakuschkin anführt. Im Jahre 1820 warnte der General Jermolow, der sich damals zu einem Kriegszug gegen die neapolitanische Revolution rüstete und den Kaiser täglich in Zarskoje Siolo sprach, den General von Wizin, der Kaiser halte ihn für einen großen Karbonaro und fürchte ihn so, wie er, Jermolow, selbst vom Kaiser gefürchtet sein möchte. Im darauffolgenden Jahre sprach Alexander mit dem Fürsten P. M. Wolkonski über die Verschwörer. Der Kaiser erklärte sie für so einflußreich, daß es in ihrer Macht stände, einen Menschen nach ihrem Belieben in der öffentlichen Meinung zu erniedrigen oder zu erhöhen; er fügte hinzu, die Geheimgesellschaften hätten ungeheure materielle Mittel zur Verfügung, so daß sie im Jahre 1820 während der Mißernte einen ganzen Kreis im Gouvernement Smolensk ernährt hätten. Der Kaiser nannte damals die Namen einiger Ver-

schwörer: Jakuschkin, von Wizin, Lewaschow, Passik und M. Murewjew waren ihm bekannt [1]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß er die Verschwörer für sehr mächtig und einflußreich hielt und daß er Angst vor ihnen hatte.

Bei der Entdeckung der Mitglieder der südlichen Organisation spielte Graf Witt, der Befehlshaber der südlichen Militärkolonie, eine hervorragende Rolle. Er war von Araktschejew vor Alexander I. der Unterschlagung von Geldern beschuldigt worden und wollte sich dem Monarchen gegenüber wieder in ein besseres Licht setzen, indem er die Geheimorganisation im Süden Rußlands aufdeckte, von deren Existenz er gehört hatte. Zu diesem Zwecke suchte er sich 1824 ein paar findige Leute. Einer von ihnen war ein Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Cherson, namens Boschniak, dem Witt befahl, Verbindungen mit einem jungen, lebhaften Offizier aus dem Generalstab, Licharew, anzuknüpfen, der ein Vetter des uns schon bekannten Dawidow aus Kamionka war. Durch Licharew empfohlen, wurde Boschniak in die Vereinigung aufgenommen. Boschniak teilte der Gesellschaft nach kurzer Zeit mit, Graf Witt teile die Ansichten und Pläne der Organisation und sei bereit, ihr beizutreten; er empfahl um so mehr, den Grafen für die Verschwörung zu gewinnen, als er über eine beträchtliche Heeresmacht verfügte und im entscheidenden Augenblick eine ausschlaggebende Bedeutung für die Vereinigung haben könne. Boschniak fügte hinzu, die hohe Stellung des Grafen Witt bringe es mit sich, daß seine Beziehungen zur Vereinigung geheim bleiben müßten, auch erschwere sie ihm den unmittelbaren Anteil an deren Tätigkeit, er, Boschniak, würde also der ständige Vermittler zwischen dem Grafen und der Vereinigung sein. Boschniaks Vorschlag wurde Pestelj und Juschniewski nach Tultschin mitgeteilt, die Witts Pläne durchschauten. Sie beschlossen, keinerlei Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, doch sollte er auf keinen Fall ihr Mißtrauen merken. Boschniak erhielt die Antwort, die gegenwärtige Organisation sei zu ositiven Schritten noch nicht reif, man habe also keine Veranlassung, den Grafen heranzuziehen, doch würde

1) „Die soziale Bewegung Rußlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts", S. 35—36.

man sich im entscheidenden Augenblick an ihn wenden, da man alle Hochachtung für ihn habe. Witt begriff natürlich, daß die Verschwörer ihm nicht trauten, ließ sich aber nichts merken.

Eine zweite Kreatur Witts war Schewrud, der sich in das Vertrauen eines anderen Mitgliedes der Vereinigung, namens Wadkowski, einzuschleichen wußte. Wadkowski schenkte seiner Versicherung, er gehöre selbst der Organisation an, Glauben und rühmte sich Schewrud gegenüber, er habe im Futteral seiner Geige die Satzungen der Vereinigung versteckt und bewahre dort auch die Mitgliedsliste der Organisation auf. Schewrud verriet alles an Witt.

Ein Verräter war auch Majboroda, ein Offizier aus Pestelјs Regiment, der sich das Vertrauen des letzteren durch sein taktvolles und humanes Benehmen gegen die Soldaten erwarb. Um einer Strafe wegen Unterschlagung von Amtsgeldern zu entgehen, beschloß er, Pestelj zu verraten. Zu diesem Zweck trat er zu Boschniak und Witt in Beziehungen und denunzierte auch unmittelbar Pestelj in einem Brief an Alexander I., der damals in Taganrog weilte.

In dieser Weise erzählt ein Mitglied der „Südlichen Vereinigung", Fürst S. G. Wolkonski, den Verrat an seiner Organisation in seinem interessanten Tagebuche.

Zu seinen Lebzeiten ließ Alexander nur Wadkowski in Kursk verhaften; über Majborodas Denunziation teilte er niemand etwas mit, erst nach seinem Tode wurde der betreffende Brief unter den Papieren des Kaisers aufgefunden. Nachdem General Dibitsch ihn gelesen hatte, befahl er die sofortige Verhaftung Pesteljs, Lorers und anderer Mitglieder der südlichen Organisation und schickte zu diesem Zwecke den Grafen Tschernischow nach Tultschin.

Rostowzew führte seinen Plan, den Großfürsten Nikolaus vor einer ihm drohenden Gefahr zu warnen, tatsächlich aus. Er begab sich in den kaiserlichen Palast zum Großfürsten mit einem Briefe, der angeblich von seinem Vorgesetzten, General Bistrom, geschrieben sein sollte. Baron Korf[1]) führt den Wortlaut dieses Schriftstückes an, dessen Inhalt ich hier kurz wiedergebe.

1) Korf, Die Thronbesteigung Kaiser Nikolaus' I. (in russischer Sprache), S. 113—119.

Rostowzew beginnt damit, das ihm vom Großfürsten Nikolaus stets erwiesene Wohlwollen gebe ihm den Mut, die ganze Wahrheit zu sagen, was die meisten Leute, die der Großfürst um sich habe, im entscheidenden Augenblick nicht wagten. Er glaube auf diese Weise zu Rußlands Größe und Glück beizutragen. Er sei nichts weniger als ein Denunziant, er handle als Patriot, der sein Vaterland liebe. Er wisse, daß der Großfürst die Krone, auf die schon Konstantin verzichtet habe, nicht annehmen wolle, und er glaube, ein Mensch, der die Kraft habe, so zu handeln, werde ihn auch anhören und begreifen. Er wolle und könne keine Namen nennen, benachrichtige jedoch den Großfürsten davon, daß er zahlreiche Feinde habe; Rostowzew beschwört nun den Großfürsten, in seinem Entschluß auszuharren und die Krone nicht anzunehmen; im entgegengesetzten Falle würden Wirren im Reiche entstehen, die die Einwohner des Königreichs Polen, Finnlands, Litauens, Grusiens und Bessarabiens benutzen würden, um diese Provinzen von Rußland loszureißen. Sollte aber auch Großfürst Konstantin fest bleiben und die Krone nicht annehmen, so solle er doch nach der Hauptstadt kommen, um seinen Willen angesichts des Volkes persönlich und öffentlich kundzutun und Nikolaus zum Kaiser zu erklären. Rostowzew beschließt seinen Brief mit einer Bitte: finde der Großfürst sein Vorgehen unerlaubt kühn, so möge er ihn zum Tode verurteilen, er, Rostowzew, würde gern für Rußland sterben; finde der Großfürst seine Auseinandersetzungen aber richtig, so möge er ihn nicht belohnen, sondern ihm nur sein Vertrauen schenken.

Zehn Minuten nach Empfang dieses Briefes beschied Nikolaus Rostowzew in sein Kabinett, küßte ihn wiederholt und sagte dabei: „Das bist du wert, eine solche Wahrheit hat mir noch niemand gesagt.“ Auf Nikolaus' weitere Frage, ob eine Verschwörung gegen ihn im Gange sei, antwortete Rostowzew, der Großfürst habe viele Feinde, deren Namen er jedoch nicht sagen dürfe; er fügte noch hinzu, seit dem Tode des Kaisers Alexander I. herrsche zwar dem Anscheine nach Ruhe, aber ein Keim zum Aufruhr sei vorhanden. Nikolaus sagte darauf, daß auch er vielleicht einige Verschwörer kenne, er wolle jedoch nicht gegen sie vorgehen und verlange auch von Rostowzew die

Namen nicht. Weiter erklärte er Rostowzew, weder die Vorstellungen der Kaiserinmutter, noch seine eigenen hätten den Großfürsten Konstantin dazu bewegen können, von seiner Verzichtleistung auf den Thron abzustehen, so daß er selbst nun gezwungen sei, die Krone anzunehmen.

Damit schloß dieses denkwürdige Gespräch. Wir werden noch sehen, daß Nikolaus wenige Tage später in eigener Person das Verhör der politischen Gefangenen leitete, Geständnisse forderte und es auch in vielen Fällen verstand, sie herauszulocken.

Am 13. Dezember brachte Rostowzew Obolenski eine Abschrift seines Briefes an Nikolaus. Er fand Rilejew dort und erklärte beiden, er habe seinen Vorsatz ausgeführt. Er habe allerdings keine Namen genannt, aber Nikolaus würde jetzt, von ihm gewarnt, alle nur möglichen Maßregeln treffen; die Verschwörer müßten ihren Plan also aufgeben. Er ließ beide den Brief lesen und gab ihnen sogar die Abschrift.

Die Nachricht machte auf Rilejew und Obolenski einen tiefen Eindruck. Letzterer erklärte, Rostowzew habe sein Vertrauen mißbraucht, er wolle alle fortschrittlich Gesinnten verderben, aber er müsse selbst als erster zugrunde gehen. Rostowzew antwortete, er sei bereit, sich der Rache der Verschwörer auszuliefern. Einen vermittelnden Standpunkt nahm Rilejew ein: Rostowzew, erklärte er, habe zwar das Vertrauen Obolenskis mißbraucht, aber dieser habe nicht das Recht, ihn zu strafen; Rostowzew habe sein Leben aufs Spiel gesetzt, als er zum Großfürsten ging, er sei also ein edler Mensch: Obolenski müsse ihn küssen. Dies geschah denn auch. Bestiushew, dem Rilejew Rostowzews Verrat mitteilte, betrachtete die Sache wesentlich nüchterner und prophezeite, sie würden alle in wenigen Tagen verhaftet sein; Rostowzew erklärte er als einen unzuverlässigen und unsicheren Menschen. Er empfahl, niemand von dem zu benachrichtigen, was vorgefallen sei, jedermann solle nach wie vor seine Pflicht tun. Am gleichen Tage noch ging Obolenski zu Rostowzew und versicherte ihm, die Verschwörer hätten den ganzen Plan fallen lassen.

Am späten Abend des gleichen Tages berief der Großfürst Nikolaus die Obersten des Garderegiments zu sich, unter denen

sich auch Schipow befand, ein früherer Verschwörer, der sich seit einiger Zeit von der Organisation fernhielt. Der Großfürst sagte ihnen Belohnungen zu und brachte sie so auf seine Seite. Am nächsten Tage begannen die Obersten mit Sonnenaufgang, den Soldaten den Eid für Nikolaus abzunehmen.

III.

In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember hielten die Verschwörer ihre letzte Beratung ab und setzten einen Aktionsplan fest, der sich im allgemeinen nicht von den schon früher vorgeschlagenen unterschied. Nur Einzelheiten wurden noch beschlossen; so überredete Rilejew Kachowski, Nikolaus zu töten, sobald er sich dem versammelten Heere nähere [1]. Auch wurde beschlossen, das Winterpalais und die Peter-Pauls-Festung durch revolutionäre Truppen zu besetzen. Doch wurde alles nur ganz allgemein und planlos besprochen; was den Verschwörern fehlte, war ein strategischer Kopf und ein Führer, der allem das Merkmal eines konkreten, in seinen Einzelheiten durchgearbeiteten Planes zu geben vermocht hätte. Die Lage der Verschwörer war besonders dadurch erschwert, daß sie keinerlei Sicherheit über das Verhalten der Truppen hatten. Alle ihre Berechnungen konnten also durch verschiedene Überraschungen unversehens durchkreuzt werden. Überdies fehlte es den Verschwörern auch an Entschiedenheit und Einmütigkeit in bezug auf die Taktik, fast jeder von ihnen hatte seinen eigenen Plan, der sich in Einzelheiten von dem des anderen unterschied. Die Frage, was mit dem Großfürsten Nikolaus und der ganzen kaiserlichen Familie zu geschehen habe, blieb immer noch strittig und wurde auf der letzten Versammlung formal und endgültig als nicht gelöst erklärt. Der kommende Tag war also für alle ein Rätsel, selbst für diejenigen, die die wichtigste Rolle innerhalb der nächsten 24 Stunden spielen sollten.

Die erste Niederschrift des Manifestes, das der Senat unter dem Druck der Verschwörer nach der glücklich vollendeten Staatsumwälzung hätte erlassen sollen, wurde unter den Pa-

---

1) A. Bestiushew wiederum bat Kachowski unter vier Augen, es nicht zu tun.

pieren des Fürsten Trubezkoj gefunden. Es umfaßte folgende Punkte:

1) Abschaffung der früheren Regierung.

2) Einsetzung einer provisorischen Regierung, bis eine neue ständige durch Wahlen organisiert wird.

3) Preßfreiheit und Aufhebung der Zensur.

4) Freie Ausübung des Gottesdienstes der verschiedenen Glaubensbekenntnisse.

5) Aufhebung des Eigentumsrechts an Menschen.

6) Gleichstellung aller Stände in rechtlicher Beziehung und Aufhebung der Kriegsgerichte sowie aller gerichtlichen Kommissionen, welcher Art immer sie auch wären. Alle bei derartigen Institutionen zurzeit anhängigen Prozeßsachen werden dem nächsten Zivilgericht überwiesen.

7) Das Recht aller Untertanen auf freie Berufswahl ohne Rücksicht auf ihren Stand.

8) Aufhebung der Steuern „nach Seelen". Alle infolge solcher Steuern entstandenen Rückstände werden nachgelassen.

9) Aufhebung der Monopole.

10) Aufhebung der militärischen Kolonien; die bestehende Art der Rekrutierung der Soldaten für das Heer wird abgeschafft.

11) Verringerung der Dienstjahre im Heer für die Soldaten. Ein genauer Termin wird festgesetzt, nach welchem die gleiche Militärpflicht für alle Stände einzuführen ist.

12) Befreiung vom Militärdienst für alle Soldaten, die länger als 15 Jahre dem Heer angehören.

13) Einsetzung von Gemeinde-, Kreis-, Gouvernements- und Provinzialverwaltungen; nähere Bestimmungen über die Wahl der Mitglieder dieser Behörden, die alle gegenwärtigen, von den Zivilbehörden ernannten Beamten zu ersetzen haben.

14) Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens.

15) Einführung der Geschworenengerichte in Straf- und Zivilsachen. Einsetzung einer Regierung aus zwei oder drei Personen, der alle Oberbehörden, d. h. alle Ministerien, der Ministerrat und das Ministerkomitee, die Armee und die Flotte, also die ganze ausführende Gewalt, nicht aber die rechtsprechende und die gesetzgebende Gewalt zu unterstehen haben. Die strittigen Ur-

teilssprüche der niederen Instanzen werden in den jeweiligen Departements von je einem Senat entschieden.

Der provisorischen Regierung empfiehlt das Manifest:

1) Gleichstellung aller Stände.

2) Einsetzung von Gemeinde-, Kreis-, Gouvernements- und Provinzialverwaltungen.

3) Schaffung einer Volksmiliz im Innern des Landes.

4) Einführung von Geschworenengerichten.

5) Gleichstellung aller Stände in bezug auf den Kriegsdienst

6) Aufhebung des stehenden Heeres.

7) Bestimmung eines Wahlsystems, nach welchem die Volksvertreter gewählt werden sollen. Die aus diesen zusammengesetzte Kammer wird die Regierungsform der Zukunft für Rußland bestimmen und eine neue Gesetzgebung ausarbeiten.

Wie wir sehen, war das noch kein vollständiger Plan des Manifestes, das der Senat an das Volk hätte erlassen sollen, sondern nur eine programmatische Skizze für einen solchen; enthielt das Schriftstück doch nur bündig formulierte allgemeine Forderungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Programm unter den breiten Volksmassen Anklang gefunden hätte, leider wußte kaum jemand etwas von seinem Dasein ...

IV.

Am 14. Dezember ging Alexander Bestiushew am frühen Morgen zu dem uns schon bekannten Jakubowitsch, um sich mit ihm zusammen zu dem Moskauer Regiment zu begeben. Jakubowitsch war jedoch sehr pessimistisch gestimmt und erklärte rund heraus, die Verschwörer würden ihre Absichten nicht erreichen, er kenne die russischen Soldaten gut und wisse, daß sie sich nicht auf die Seite der Revolution würden ziehen lassen. Bestiushew machte sich darauf allein auf den Weg zum Moskauer Regiment, wo er schon alle Vorbereitungen zur Eidesleistung für Nikolaus im Gange fand. Den Soldaten der von seinem Bruder befehligten Abteilung begann er sofort auseinanderzusetzen, man betrüge sie; Konstantin habe durchaus nicht auf den Thron verzichtet und werde bald selbst nach Petersburg kommen, er sei sein Adjutant und vom künftigen Zaren in die Hauptstadt geschickt,

um das Heer zu verhindern, Nikolaus Treue zu schwören. Nachdem er alles das gesagt hatte, begab sich Alexander Bestiushew zu Schtschepins Abteilung.

Die Abteilungen wurden bald darauf zur Eidesablegung aus den Kasernen geführt; Bestiushew begann abermals eine laute Ansprache an die Soldaten, in der schon vorhin bezeichneten Art. Der Kommandierende des Regiments, General Friedrichs, suchte ihn zu hindern, aber Bestiushew zog seinen Revolver und zwang ihn, sich zu entfernen. Jetzt führte Schtschepin seine Soldaten hinaus und schlug die Richtung nach dem Senatsplatz ein. General Friedrichs versuchte noch einmal dazwischenzutreten, erhielt jedoch von Schtschepin einen starken Säbelhieb und stürzte zu Boden. Das gleiche Los traf General Schenschin, der die Brigade kommandierte, und den Obersten Chwoschtschinski. Bestiushew führte nun die Soldaten auf den Senatsplatz. Von den Offizieren begleiteten ihn nur Schtschepin und Michael Bestiushew. Als Jakubowitsch die marschierenden Soldaten sah, näherte er sich ihnen. Obgleich Alexander Bestiushew im Rang höher stand, senkte er den Säbel vor ihm und übergab ihm das Kommando. Jakubowitsch führte die Soldaten auf den Senatsplatz und stellte sie mit dem Rücken gegen das Senats- und Synodengebäude auf. Bald darauf erklärte er Bestiushew, er habe starkes Kopfweh, und ging fort. Später erschien er wieder auf dem Platz und pflanzte sich in der Nähe von Nikolaus auf; was er damit bezweckte, ist unbekannt.

Rilejew hatte sich früh am Morgen mit Puschtschin auf den Senatsplatz begeben; als sie aber niemand von den Verschwörern fanden, begaben sie sich zum Izmajlower Regiment; sie wollten es aufwiegeln und dann nach dem Versammlungsplatz bringen. Unterwegs stießen sie auf den ihnen bekannten Tschischow, der eben aus der Kaserne des Regiments kam und ihnen versicherte, sie würden dort nichts ausrichten. In Anbetracht dessen kehrten sie auf den Platz zurück, wo sie bereits die beiden Bestiushews und Schtschepin fanden. Puschtschin blieb, Rilejew dagegen entfernte sich, angeblich um das finnländische Regiment aufzusuchen. Er wurde an dem Tage nicht mehr gesehen.

Auf den Versammlungsplatz der aufrührerischen Regimenter

begab sich auch Fürst Obolenski, der mit seinen Jägern eine etwas vorgerückte Stellung seitlich von der Kolonne des Moskauer Regiments einnahm. Unterdessen kam von der anderen Seite der Kommandant von Petersburg, Miloradowitsch, zu Pferde. Fürst Obolenski ergriff das Gewehr eines Soldaten und warnte den Kommandanten, sich dem Heere zu nähern. Doch dieser war den Soldaten bereits ganz nahe gekommen und begann eine Rede. Jetzt zielte Kachowski auf Miloradowitsch, der in den Bauch getroffen wurde und bald darauf starb. Er war anfangs ein Gegner Nikolaus' gewesen und hatte ihn nicht unterstützen wollen; aber er hatte infolge des zweideutigen Vorgehens Konstantins seinen Standpunkt geändert.

Das Garderegiment zu Pferd war das erste, das zu Nikolaus' Unterstützung herbeieilte; es umging den Senats- und Isaakplatz und nahm in der Nähe der aufrührerischen Truppen Stellung; in seinem Rücken hatte es den Admiralitätsboulevard. Der Kommandierende des Regiments, General Orlow, beschloß, die Truppen auf dem Senatsplatz anzugreifen. Die Attacke mißlang jedoch, da die Soldaten den Kampf nur unwillig begannen. Das Moskauer Regiment gab Feuer und schlug die Angreifer zurück.

Es ist bemerkenswert, daß die auf dem Platz versammelten Volksmassen für die aufrührerischen Truppen Partei ergriffen und Orlows Soldaten mit allerlei Gegenständen zu bewerfen anfingen, die sie gerade in Händen hatten.

Nach diesem mißlungenen Angriff blieb das Orlowsche Regiment den ganzen Tag über unbeweglich und untätig auf dem eimal besetzten Platz. Der Senatsplatz füllte sich immer mehr: acht Abteilungen des Leibgrenadierregiments stießen zu den Aufrührern, es war dies das Werk Konownizins, Sutgofs und Panows. Diesem Regiment folgte dessen Kommandierender Stiller und suchte die Soldaten zur Rückkehr in die Kasernen zu bewegen; als sich die Soldaten dem Moskauer Regiment näherten, verwundete Kachowski Stiller tödlich.

Den aufrührerischen Truppen schloß sich auch eine Abteilung Garde von der Schipowschen Brigade an; Schipow war ein früherer Verschwörer, der loyal geworden war, als er einen hohen Rang erhalten hatte.

Nikolaus zog immer mehr Militär zusammen.

Seine Lage war einen Augenblick kritisch, als er von den sieben Abteilungen des Leibgrenadierregiments unter Panow neben dem Winterpalais hätte umzingelt werden können. In seinen Erinnerungen an den 14. Dezember gibt der spätere Kaiser Nikolaus diese Tatsache selbst zu, aber das Eintreffen eines Bataillons von Sappeuren der Leibgarde rettete die Dynastie. Ich sage — rettete, denn die aufrührerischen Regimenter, die das Winterpalais in ihrer Hand gehabt hätten, hätten auch die ganze kaiserliche Familie töten können. Nikolaus war sich der Gefahr bewußt und hatte kurz vor dem Eintreffen der aufrührerischen Truppen mit Panow an der Spitze den Befehl erteilt, die Hofwagen bereitzuhalten, um die kaiserliche Familie nach Zarskoje Siolo zu bringen.

Das auf dem Senatsplatz versammelte Volk war sehr erregt. Jakubowitsch, der sich neben Nikolaus hielt, fragte diesen, ob er sich den aufrührerischen Truppen nähern dürfe, um sie zum Gehorsam zu überreden. Als ihm diese Erlaubnis erteilt wurde, benutzte er sie, um einem der Offiziere zuzuflüstern: „Haltet euch gut, sie haben große Angst vor euch."

Der Metropolit von Petersburg, Serafin, versuchte, umgeben von der Geistlichkeit, die Truppen zu überreden, sich Nikolaus zu ergeben und auseinanderzugehen. Seine Reden hatten ebensowenig Erfolg, wie die Beschwörungen des Großfürsten Michael.

Unterdessen ließen drei Regimenter aus dem Heere, das sich um Nikolaus geschart hatte, und zwar das Siemionower, Pawlower und Preobransker, durch Mittelspersonen aus der Menge, die sich auf dem Platz herumtrieb, den aufrührerischen Truppen sagen, sie würden sich bei Einbruch der Nacht mit ihnen vereinen.

Der oberste Anführer der Verschwörer, Fürst Trubezkoj, war am Morgen nicht erschienen und auch von niemand gesehen worden. Aus seinen eigenen Aussagen sowie aus denen der Zeitgenossen ist uns bekannt, daß er an dem ganzen Anschlag nicht teilnehmen und ihn noch viel weniger leiten wollte, da er keinerlei Hoffnung auf Erfolg hatte. Er verließ das Haus, um ein Zusammentreffen mit den Gefährten und einen ihm peinlichen Gedankenaustausch zu vermeiden; er streifte den ganzen

Tag in Petersburg umher, begab sich aber nicht auf den Senatsplatz. Dieses Vorgehen des Fürsten Trubezkoj, das einem Verrat gleichkam, war für die ganze Bewegung von ungeheurer, niederschmetternder Wirkung: niemand von den Verschwörern wagte Befehle zu erteilen, die Truppen standen untätig, in unbestimmter Erwartung da und die Zeit verging. Erst am späten Abend wurde von allen auf dem Senatsplatz anwesenden Verschwörern einmütig der Fürst Obolenski zum Anführer gewählt. Er versammelte sofort die Gefährten zu einem Kriegsrat um sich.

Unterdessen forderte Suchozanet die aufrührerischen Truppen auf, die Waffen niederzulegen; im entgegengesetzten Falle drohte er mit dem Angriff. Seine Mission wurde schlecht aufgenommen, die einen riefen ihm zu, er solle umkehren, die anderen rieten ihm, er möge einen redlicheren Mann statt seiner schicken. Auf ein Zeichen Suchozanets gaben die Truppen um Nikolaus auf die aufrührerischen Regimenter und die vor ihnen stehende Volksmenge Kartätschenfeuer.

Viele Soldaten und Personen aus der Volksmenge wurden getötet und verwundet, das Blut floß reichlich. Die Reihen der aufrührerischen Truppen lichteten sich, das Volk begann zu fliehen.

M. Bestiushew versuchte mit einem Häuflein Soldaten über die Newa zu dringen, aber es gelang ihm nicht; ein Teil der Abteilung wurde von Nikolaus' Truppen aufgehalten, die übrigen flohen nach verschiedenen Seiten.

In der gleichen Nacht und am nächstfolgenden Tage fanden zahlreiche Verhaftungen in Petersburg, Moskau und anderen Städten statt; im ganzen wurden etwa 1000 Personen gefangen gesetzt.

Interessant war das Verhalten des Volkes in Petersburg und des Publikums im allgemeinen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ihre Sympathien hauptsächlich auf seiten der aufrührerischen Truppen und der Verschwörer waren. Nikolaus selbst bestätigte diese Tatsache. Das Volk bewarf seine Soldaten mit Steinen und Holzstücken, und man bemerkte sogar, daß Wurfgeschosse und Pfeile nach seiner Seite flogen, als er sich mit seiner nächsten Umgebung auf dem Platz befand und mit verschiedenen Personen überlegte, wie die Aufrührer zu umzingeln seien.

Es wäre jedoch durchaus irrig, wollte man annehmen, die Sympathien des Petersburger Volkes für die Verschwörer und die aufrührerischen Soldaten hätten ihren Grund darin gehabt, daß die Massen die Bestrebungen der Dekabristen verstanden und gebilligt hätten. Die Bevölkerung der Hauptstadt wußte kaum etwas von ihnen; das Programm der Verschwörer war nicht bekannt, da diese sich noch nicht bemüht hatten, es bekanntzumachen, selbst die mittleren Schichten des Bürgertums waren nicht zu den Geheimgesellschaften herangezogen worden. Rilejews Vorschlag, eine Agitation unter der Kaufmannschaft zu beginnen, war verworfen worden; man versicherte ihm, sie seien zu unwissend, als daß man irgendwelche Unterstützung von ihnen haben könne.

Die Beweggründe dieser Sympathie waren sicherlich von doppelter Art; einmal war Nikolaus wegen seines Hochmuts und seiner Strenge gegen Offiziere und Soldaten unbeliebt, zweitens sah man einen Fürsten in ihm, der widerrechtlich, auf Kosten des älteren Bruders, nach der Krone greifen wollte.

Das Volk war sichtlich mit dem bestehenden Zustand der Dinge unzufrieden, aber es wußte nichts davon, daß diejenigen, welche sich auf dem Senatsplatz versammelt hatten, diesen Zustand von Grund aus ändern wollten.

Nikolaus befahl bei Einbruch der Nacht, die Leichen wegzuschaffen und den Platz vom Blut zu säubern. Manche Zeitgenossen versicherten, man habe mit den Toten auch viele Verwundete in die Newa geworfen.

Betrachtet man den Verlauf der Dinge in Petersburg, so drängt sich die Beobachtung auf, daß sich der Tag bei geringfügigen Änderungen verschiedener Umstände bei weitem gefahrvoller für Nikolaus und den Absolutismus hätte gestalten können. Für einen Augenblick wenigstens hätten die Verschwörer leicht das Übergewicht erlangen können.

In der Tat, hätten die verbündeten aufrührerischen Truppen das Winterpalais eingenommen, was Nikolaus selbst für durchaus möglich gehalten hatte, und hätten sie sich auch noch der Peter-Pauls-Festung bemächtigt, so wäre die Macht für eine gewisse Zeit in den Händen der Verschwörer gewesen. Und hätten auch

späterhin die rückschrittlichen Elemente sicherlich eine Gegenrevolution gemacht, auch ein Augenblickssieg der Dekabristen wäre von großer Bedeutung gewesen und hätte die alte Ordnung stark erschüttert. Man wäre gezwungen gewesen, mit den neuen Strömungen zu rechnen, die Möglichkeit wäre bewiesen worden, daß der Absolutismus gestürzt werden kann. — Die revolutionäre Überlieferung wäre nach dem 15. Dezember des Jahres 1825 lebhafter gewesen, als es tatsächlich der Fall war, die Vertreter der Reaktion hätten nicht mit dem gleichen Gefühl der Sicherheit auftreten können, wie nach den beschriebenen Ereignissen.

Die Bewegung in Petersburg war aus folgenden Gründen so schwach gewesen: einmal wegen des schmählichen Verhaltens des Anführers der Verschwörer, des Fürsten Trubezkoj; weiter hatte man es unterlassen, einen unmittelbaren Angriff auf das Winterpalais und die Peter-Pauls-Festung zu machen; endlich hatte es den Aufrührern an Artillerie gefehlt.

Petersburg war nicht der einzige Punkt, wo die revolutionäre Bewegung ausbrach. Sergius Murawjew-Apostol und Bestiushew-Riumin begannen den Aufruhr im Gouvernement Kijew.

V.

An demselben Tage, an dem auf dem Senatsplatz in Petersburg Blut floß, wurde Pestelj auf Befehl des Generals Dibitsch, nachdem dieser die hinterlassenen Papiere des Kaisers Alexander durchgesehen hatte, verhaftet. Fürst Wolkonski (der am 7. Januar des Jahres 1826 selber verhaftet wurde) war in dem kritischen Augenblick bei Pestelj und konnte noch einige der belastenden Papiere vernichten.

Am 23. Dezember begab sich Sergius Murawjew-Apostol zusammen mit seinem Bruder Matthäus aus Wasilkow nach Zytomierz. Organisationsangelegenheiten der Verschwörer erforderten eine Zusammenkunft mit den Kommandierenden zweier Husarenregimenter: mit Artaman und Alexander Murawjew in Trojanow und Lubar.

Hippolyt Murawjew-Apostol benachrichtigte seinen Bruder Sergius durch eine Stafette von den Ereignissen des 14. Dezembers in Moskau, die auch Bestiushew-Riumin schon erfahren

hatte, ehe die offizielle Nachricht eintraf. Am 25. Dezember kamen gegen Mitternacht zu dem Kommandierenden des Tschernichower Regiments, Gebel, in Wasilkow, Gendarmen mit dem Befehl, Sergius Murawjew-Apostol zu verhaften. Da sie ihn nicht antrafen, beschlagnahmten sie seine Papiere. Bestiushew-Riumin, der am darauffolgenden Tage schon nach Lubar eilte, war es gelungen, einen Teil der Dokumente zu verbergen. Als Sergius Murawjew-Apostol von der ihm drohenden Gefahr erfuhr, verlangte er von Artamon Murawjew, er möge sein Regiment aufwiegeln, den Erfolg seinem Bruder Alexander mitteilen und ihn zum gleichen Vorgehen anspornen. Beide Regimenter sollten dann nach Bieloje Zerkow marschieren und sich dort mit anderen Abteilungen der aufrührerischen Truppen vereinigen. Artamon Murawjew schlug nicht direkt ab, richtete sich aber auch nicht nach diesem Verlangen und unterstützte die Bewegung in keinerlei Weise.

Auf Seitenwegen verließen Sergius Murawjew-Apostol und sein Bruder Matthäus Lubar und schlugen die Richtung nach Wasilkow ein. Am Abend des 23. Dezember erreichten sie Trilesia, eine Ortschaft 50 Werst vor Wasilkow. Bestiushew-Riumin dagegen begab sich nach Brusilow und Radomysl, um die dort stehenden Regimenter aufzuwiegeln, worauf er wieder zu Sergius Murawjew-Apostol stoßen sollte. Dieser berief einige Offiziere aus Wasilkow nach Trilesia, wurde aber noch vor ihrer Ankunft von dem Kommandierenden seines Regiments, Gebel, verhaftet. Bald jedoch kamen die von ihm herbeigerufenen Offiziere nach Trilesia und befreiten den Kameraden aus der Haft.

Sergius Murawjew-Apostol eilte jetzt mit einigen Offizieren nach Kowaluwka, wo es ihm gelang, eine zweite Abteilung von Grenadieren für sich zu gewinnen. Hier schloß sich Kuzmin mit einer Schar Soldaten, die er in Trilesia gewonnen hatte, ihnen an, worauf die vereinigten Haufen der Verschwörer die Richtung nach Wasilkow einschlugen, wo die Abteilung von Sergius Murawjew-Apostol stand. Unterdessen waren einige Offiziere, die aus Trilesia heimkehrten, verhaftet worden. Am 30. Dezember besetzte Murawjew-Apostol Wasilkow und befreite die

gefangenen Offiziere. Die in den Städten einquartierten Regimenter leisteten keinen Widerstand, während die Bewohner das Heer freudig mit Lebensmitteln versahen. Am nächsten Morgen rückte noch eine weitere Abteilung ein, die der Stabskapitän Majewski anführte. Gegen 11 Uhr vormittags wurde das gesamte Militär auf dem Stadtplatz versammelt. Der Regimentsgeistliche hielt einen Gottesdienst ab und begann dann nach einigem Zögern und mit zitternder Stimme den Katechismus vorzulesen, den Sergius Murawjew-Apostol verfaßt hatte und der gewissermaßen das Glaubensbekenntnis des Staatsbürgers darstellen sollte. Da er in den „Memoiren der Dekabristen“ abgedruckt ist, begnüge ich mich hier mit der Wiedergabe der wichtigsten Punkte.

Auf die erste Frage: Wozu hat Gott den Menschen erschaffen? lautet die Antwort: Damit er an ihn glaube, frei und glücklich sei. Dieser Glaube, erklärt der Katechismus, entspricht den im Evangelium enthaltenen Wahrheiten. Auf die Frage: Warum ist das russische Volk unglücklich? antwortet der Katechismus: Weil die Zaren die Macht an sich gerissen haben. Im weiteren Verlaufe wird der Gedanke durchgeführt, die Zaren handelten dem Willen Gottes entgegen, man solle ihnen also nicht gehorchen, sondern ihnen im Gegenteil mit dem Schwert in der Hand gegenübertreten. Der Pope konnte die Vorlesung nicht beenden, und Bestiushew-Riumin mußte für ihn einspringen.

Darauf hielt Sergius Murawjew-Apostol eine kurze und eindringliche Rede. Er erklärte, die Soldaten hätten ein Recht auf Freiheit, und forderte die Truppen auf, dieses ihr Recht zu verteidigen. Er versprach eine Verkürzung der Dienstzeit und Erleichterung der bäuerlichen Lasten; wer seine Rechte verteidigen wolle, solle mit ihm ziehen, schloß er, die anderen möchten nur bleiben, wenn sie wollten. Ein dreimaliges Hurra antwortete ihm. Um 12 Uhr mittags verließen die aufrührerischen Regimenter mit ihrem Anführer Wasilkow und marschierten über Masnowiluwka, wo der Kapitän Kozlow sie erwartete, nach Kowaluwka. Die Soldaten in Masnowiluwka zeigten keine Lust, sich den aufrührerischen Truppen anzuschließen, und wurden daher in Ruhe gelassen. Den 1. Januar verbrachten die aufrührerischen Truppen in Mas-

nowiluwka und setzten der Bevölkerung die Ziele ihrer Bewegung auseinander. Am 2. Januar übernachteten sie in Pology. Ein Teil der Offiziere verlor den Mut und entfloh, was Murawjew-Apostol tief schmerzte. Auf Bitten der Kameraden hielt er eine Ansprache an die Soldaten, worin er die Feigheit der Entflohenen brandmarkte, und die Soldaten versicherten ihn nochmals ihrer Treue. Am 3. Januar zogen die aufrührerischen Truppen in Kowaluwka ein. Sechs Werst vor der Ortschaft hörte man die ersten Schüsse. Murawjew-Apostol traf alle Vorkehrungen zur Verteidigung und zum Angriff. Ehe er aber noch imstande war, seine Pläne auszuführen, sausten die Kartätschen auf seine Truppen nieder und er selbst erhielt eine Kopfwunde. Die aufrührerischen Truppen wurden geschlagen und zerstreut, die am Leben gebliebenen Verschwörer aber gefangen genommen. Sergius Murawjew-Apostols Bruder tötete sich durch einen Schuß in den Mund, der verwundete Kuzmin machte unterwegs seinem Leben ein Ende.

So endete die Bewegung im Gouvernement Kijew. Sergius Murawjew-Apostol und Michael Bestiushew-Riumin hatten im entscheidenden Augenblick viel Energie und Mannhaftigkeit an den Tag gelegt; sie unterlagen, da der von ihnen begonnene Kampf unter den damaligen Verhältnissen von vornherein hoffnungslos war. Ihre Lage war schlimmer als die der Verschwörer in Petersburg. Jene hätten, wie wir bereits sahen, bei einer gewissen Tatkraft und bei einigermaßen günstigen Umständen wenigstens eine Zeitlang die Situation beherrschen können. In der Provinz war die Sachlage wesentlich anders. Hier war weder ein Punkt vorhanden, dessen Besetzung den Sieg hätte entscheiden können, noch waren Menschen da, deren Gefangennahme von bestimmendem Einfluß auf die Ereignisse hätte sein können. Noch ein weiterer Umstand darf nicht außer acht gelassen werden: in Petersburg wurden die Soldaten in den Aufruhr gelockt, angeblich um den rechtmäßigen Kaiser gegen den Großfürsten, der als Usurpator hingestellt wurde, zu verteidigen; Sergius Murawjew-Apostol und Michael Bestiushew-Riumin dagegen gewannen die Soldaten zum Kampf gegen das Zarentum und gegen den Despotismus. Ihre Aufgabe war deshalb weit

schwieriger. Die Bewegung in der Hauptstadt hätte sich anders gestaltet, wenn diese beiden Helden dort an der Spitze gestanden hätten.

VI.

Nikolaus leitete in eigener Person mit großer Energie die Untersuchung gegen die verhafteten Verschwörer und nahm auch unmittelbaren Anteil an ihr. Fast alle gefangenen Dekabristen wurden in das kaiserliche Palais gebracht und von Nikolaus selbst oder dessen Adjutanten verhört; in diesem letzteren Falle hielt sich der Kaiser stets im Nebenzimmer auf, so daß er alles hören und Weisungen erteilen konnte. Der junge Kaiser legte in hervorragender Weise die Fähigkeiten eines Untersuchungsrichters an den Tag; um die Gefangenen zu möglichst umfangreichen und aufrichtigen Aussagen zu bewegen, suchte er den Charakter jedes einzelnen zu erforschen, bemühte sich die Stimmung und die Schwächen eines jeden von ihnen kennen zu lernen und trat, der Individualität des jeweiligen Gefangenen entsprechend, bald als Herrscher auf, der die Bedürfnisse des Staates kennen lernen wollte und zu großen Reformen bereit war, bald als Staatsbürger, den die Leiden Rußlands rührten. Manche der Gefangenen küßte er und nannte sie seine Kameraden; anderen klagte er, seine Lage sei nicht beneidenswert; noch andere wieder fuhr er rauh an, zeigte ihnen in der einen oder anderen Weise seine Verachtung und drohte ihnen mit schweren Strafen. Manchen versprach er völlige Verzeihung, wenn sie nur die Wahrheit sagen wollten. In einigen Fällen wieder gewann er die gefangenen Verschwörer durch ein scheinbares Mitleid mit ihren Familien, die er mit Geld unterstützte oder für deren Bedürfnisse er Sorge trug. Solange die Geschichtschreiber die Ereignisse der Dezemberrevolution noch nicht völlig aufgeklärt hatten, galt Nikolaus als strenger, reaktionärer Monarch, der alle freiheitlichen Bestrebungen bekämpfte und einen sehr engen Gesichtskreis hatte, aber dabei doch kühn, aufrichtig und ernst war und keine Kompromisse kannte. Aber Nikolaus' ganzes Verhalten während des denkwürdigen 14. Dezembers 1825 in Petersburg und seine spätere Haltung während der Untersuchung gegen die Deka-

bristen zeugen weder von großer Kühnheit und Tatkraft, noch von Aufrichtigkeit, Ernst und monarchischer Majestät. Solange die politische Lage unsicher war, verstand es Nikolaus, sich den Umständen anzupassen und verschiedene Rollen zu spielen; erst als er seine Feinde völlig niedergerungen und keine Gefahr mehr zu fürchten hatte, trat er wieder mit großer Sicherheit auf und nahm eine majestätische, kühne und aufrichtige Haltung an.

Nikolaus' Taktik war den Dekabristen gegenüber teilweise von Erfolg. Viele von ihnen gaben sich dem ersten Eindruck hin, den er auf sie machte. Manche wollten auch, als sie die Sache verloren sahen, den Kaiser durch ihre Aufrichtigkeit gewinnen und ihn so zu Reformen bringen, die dem Staat und dem Volke nützen sollten. Sie legten ihm auch um so eher die Geheimnisse der Organisation dar, als sie an eine milde Beurteilung glaubten; manche waren sogar der Meinung, man würde ihre Taten ganz mit Stillschweigen übergehen. Neben Geständnissen, die Material enthalten und auf verschiedene Personen hinweisen, finden sich daher mitunter auch Briefe der Verschwörer an Nikolaus voll kühner und tiefer Bemerkungen über die Mängel der russischen Staatsordnung, die Fehler der Herrschenden und die Notwendigkeit von Reformen.

Offenbar gab es unter den Verhafteten auch Leute, die aus Angst Geständnisse ablegten, und solche, die jetzt bedauerten, an der Verschwörung teilgenommen zu haben, und die nun aus Haß gegen jene aussagten, die sie in die Organisation eingeführt hatten. Im allgemeinen war es jedoch weniger die Furcht vor der Strafe, als Nikolaus' Verhalten, was die hervorragenderen Verschwörer zu weitgehenden Aussagen und Geständnissen veranlaßte. Berücksichtigt man diesen Umstand nicht, so könnte man bei der Lektüre der Aussagen oft zweifeln, daß sie von so hervorragenden Führern der Vereinigung wie Rilejew, Kachowski, Pestelj, Trubezkoj und anderen abgegeben worden seien. Die Dekabristen waren überdies die ersten Verschwörer in Rußland; jegliche Erfahrung mangelte ihnen noch, und sie gingen auch in ihrer Mehrzahl aus den höchsten Kreisen der russischen Gesellschaft hervor, die ständige Beziehungen zum Hofe hatten. Ihr Unwille und ihr Haß gegen die höfischen Kreise war ein

Ergebnis ihres Denkens, nicht der Ausfluß eines natürlichen Gefühls. Das Verhältnis der späteren Verschwörer, die aus mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung hervorgingen, zu jenen Kreisen war dagegen ein völlig anderes. Bei ihnen war nicht nur ausgeklügelter Unwille vorhanden, sie waren auch noch von einem instinktiven Haß durchdrungen, der die Folge ihrer sozialen Lage war.

Man kann sagen, daß fast alle Dekabristen mit ihren Aussagen nicht das Rechte trafen. Manche von ihnen sagten anfangs nichts aus, was die anderen hätte belasten können, taten es aber doch, als sie sich überzeugt hatten, daß die Regierung sehr viel oder alles wußte. In dieser Weise handelten Pestelj, Sergius Murawjew-Apostol, Michael Bestiushew-Riumin, Nikita Murawjew, die anfangs alle sehr zurückhaltend gewesen waren; sie bemühten sich jedoch, die Schuld auf die gesamte Vereinigung, statt auf einzelne zu wälzen. Einen peinlichen Eindruck machen die Aussagen Kachowskis und Rilejews, die sich gegenseitig zu beschuldigen suchten. Gleichzeitig bestürmte Kachowski Nikolaus, er möge Rußland reformieren. Doch gab es auch Leute unter ihnen, die sich durch Nikolaus' Taktik nicht beirren ließen: ich nenne hier nur Jakuschkin und Lunin. Weder die Drohungen noch die Bitten des Kaisers vermochten sie zu Aufklärungen zu bringen, namentlich Lunin blieb unbeweglich. Wahrhaft schmählich benahm sich Fürst Trubezkoj, den die Verschwörer zum Diktator Petersburgs bestimmt hatten; seine Aussagen und Geständnisse nahmen, wie ein Geschichtschreiber sich ausdrückt, überhaupt kein Ende. Er fürchtete sich vor dem Tode, küßte Nikolaus' Hände und flehte um sein Leben. Man schenkte es ihm.

Nikolaus gab dem Kommandanten der Peter-Pauls-Festung eine eigenhändig geschriebene Instruktion, wie jeder einzelne Gefangene zu behandeln sei [1]).

Die Untersuchungskommission ging äußerst brutal mit den Gefangenen vor und drohte ihnen mit der Folter und anderen Strafen. Die Verhöre fanden oft des Nachts statt. Die Gefangenen wurden in Einzelhaft gehalten. Einige verfielen in schwere Krank-

---

1) Sie ist in der Zeitschrift „Biloje“ (Vergangenheit) 1906 veröffentlicht.

heiten, andere starben, der Oberst Bulatow zerschmetterte sich die Hirnschale an einer Wand.

Das Gerichtsverfahren gegen die Dekabristen war eine reine Formsache. Die Verschwörer hatten keine Verteidiger; die Richter waren von vornherein bereit, blind nach den Befehlen Nikolaus' zu handeln. Um dem Urteilsspruch mehr Bedeutung beizulegen, bestimmte der Kaiser den Staatsrat, den Senat und die Synode, sowie eine Anzahl von Würdenträgern, die eigens zu diesem Zweck ernannt wurden, als Gerichtshof über die Dekabristen. Die Angeklagten wurden in Gruppen geteilt und zu verschieden schweren Strafen, die aber je für die ganze Gruppe galten, verurteilt. Um sich Nikolaus gewogen zu machen, verhängte der Gerichtshof sehr schwere Strafen: Pestelj, Rilejew, Kachowski, Sergius Murawjew-Apostol und Michael Bestiushew-Riumin sollten gevierteilt und viele andere geköpft werden. Die übrigen wurden zu schwerer Zwangsarbeit und Verschickung nach Sibirien verurteilt.

Nikolaus spielte den großmütigen Monarchen und setzte die Strafen herab: die fünf Hauptschuldigen bestimmte er zum Tode durch den Strang, die zur Hinrichtung Verurteilten begnadigte er zu lebenslänglicher Zwangsarbeit usw.

Die Hinrichtung fand auf der Esplanade der Peter-Pauls-Festung in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli statt. Am Vorabend dieses Tages sandte man Popen zu den Verurteilten; zu Pestelj, der Lutheraner war, schickte man einen evangelischen Pastor. Um 12 Uhr mitternachts kamen der Chef der Gendarmerie, der Generalgouverneur und andere Würdenträger mit zahlreichem Gefolge in die Festung; das Militär bildete ein Viereck auf dem Platz. Um 3 Uhr morgens wurden alle Gefangenen hinausgeführt, um offiziell ihres militärischen Ranges verlustig erklärt zu werden. Ihre Uniformen wurden verbrannt und die Degen über ihren Köpfen zerbrochen. Als diese traurige Zeremonie vollzogen war, führte man die Gefangenen, die bereits einfache graue Kittel trugen, zu den Galgen; in diesem Augenblick rief Wolkowski: „Man will uns zu Zeugen der Qualen unserer Gefährten machen; ruhig bleiben wäre hier die größte Gemeinheit, entreißen wir den Soldaten die Waffen und rücken wir vor." Bei vielen fanden diese Worte Anklang. Als General Tschernischew

dies merkte, befahl er, die Gefangenen in ihre Zellen abzuführen. Zu den Galgen wurden jetzt fünf Dekabristen hinausgebracht. Als erster schritt Kachowski allein, hinter ihm kamen Arm in Arm Sergius Murawjew-Apostol und Michael Bestiushew-Riumin, zum Schluß Pestelj und Rilejew. Sie schritten ganz ruhig und mannhaft; Kachowski, Rilejew und Pestelj stürzten von den Gerüsten und mußten noch einmal gehängt werden. Sie starben still. Das war das Ende der ersten russischen Revolutionäre.

Die übrigen wurden zur Zwangsarbeit und Zwangsansiedlung nach Sibirien geschickt; einige wurden vorher noch ein paar Jahre in Festungen gefangen gehalten. In Sibirien führten sie ein ruhiges und nützliches Leben; sie arbeiteten an ihrer eigenen Ausbildung, lasen und schrieben viel und taten vieles für die Kultur des Landes.

Im Jahre 1828 versuchte der Dekabrist Suchinow, der nach dem Kreis Zarentuj hinter dem Baikal verschickt worden war, in den Bergwerken Blagodatne und Klitschkin einen Aufstand zu entfachen; im letzteren wurde dem Militär bewaffneter Widerstand geleistet. Suchinow und andere wurden verhaftet, die ganze Bewegung erstickt. Er und vier gewöhnliche Verbrecher wurden zum Tode verurteilt, über die übrigen verhängte man leichtere Strafen. Am Tage vor der Exekution machte Suchinow selbst seinem Leben durch den Strick ein Ende. Im Jahre 1841 wurde der Dekabrist Lunin, der von der Zwangsarbeit zur Ansiedlung gekommen war, wegen einiger Artikel aufs neue verhaftet. Er hatte sich abfällig über die Untersuchungskommission im Jahre 1826 in Sachen der Verschwörung, sowie über einige damalige Verfügungen der Regierungen geäußert. Er wurde deshalb neuerlich zur Zwangsarbeit verurteilt, der er nach vier Jahren erlag.

Aus Anlaß verschiedener Festlichkeiten bei Hofe wurden von Zeit zu Zeit Manifeste erlassen, welche die Strafen der Dekabristen abkürzten. Durch ein Manifest, das Alexander II. im Jahre 1856 bei seiner Krönung erließ, wurde vielen von ihnen die Rückkehr nach dem europäischen Rußland gestattet, nur kleine Beschränkungen bezüglich ihres Aufenthaltsortes wurden ihnen auferlegt.

VII.

Die von den Dekabristen hervorgerufene revolutionäre Bewegung war für die soziale und politische Entwicklung des russischen Volkes von ungeheurer Bedeutung. Obgleich mißlungen, war dieser Versuch doch eine mächtige Kundgebung, er zeigte, daß auch in Rußland, wo der Absolutismus tiefe Wurzeln geschlagen hatte und die ganze Gesellschaft unterjocht war, doch der Kampf gegen die alte Ordnung gewagt werden konnte. In der russischen Gesellschaft entstand so eine revolutionäre Überlieferung und sie vertiefte den Abgrund zwischen Gesellschaft und Regierung. Gestützt auf die zeitgenössischen Geschichtschreiber war Nikolaus selbst der Ansicht, an den Geheimgesellschaften hätten im Verlauf ihres zehnjährigen Bestehens 6000 Personen teilgenommen, darunter solche, die tatsächlich der Organisation angehört hatten, sowie solche, die zwar nicht wirkliche Mitglieder gewesen waren, aber im Sinne der Verschwörer und mit ihnen gearbeitet und die von der Organisation vertretenen Ansichten vollkommen geteilt hatten. Diese beträchtliche Anzahl von Teilnehmern bewirkte, daß die revolutionäre Strömung zwar dem Anscheine nach unterbunden war, aber sich in Wirklichkeit weiter entwickelte.

Auch zu einer bedeutenden geistigen Bewegung gaben die Dekabristen den Anstoß. Unter ihrem Einfluß stand in seiner Jugend der bekannte russische Dichter Puschkin; der bekannte Gribojedow war ihr Anhänger, ebenso der unter dem Pseudonym Marlinski schreibende A. Bestiushew. Nikita Murawjew war ein gelehrter Publizist, seine Kritik der nationalen reaktionären Theorie Karamzins wurde berühmt, Pesteljs, von dem ich bereits gesprochen habe, nicht zu gedenken.

Ich habe mich lange bei der Tätigkeit der Dekabristen aufgehalten, da sie die ersten waren, die sich bemühten, durch eine revolutionäre Bewegung dem bestehenden Zustand der Dinge eine andere, gründlich durchgearbeitete Ordnung gegenüberzustellen.

Die Dekabristen stellten nicht eigentlich eine Klassenbewegung dar, obgleich zahlreiche Anzeichen einer solchen sich auch bei ihnen finden.

Das Tragische der Dekabristen lag in dem Umstand, daß sie aufrichtig weitgehende Veränderungen wünschten, sich diesem Wunsche aufopferten und sich doch gleichzeitig der ungeheuren Schwierigkeiten ihres Beginnens bewußt waren. Dieser Umstand schwächte im entscheidenden Augenblick ihre Tatkraft. Plechanow ist sogar der Meinung, ihre taktischen Fehler und ihre mangelnde Tatkraft am 14. Dezember in Petersburg hätten ihren Grund darin gehabt, daß sie selbst nicht an die Möglichkeit des Sieges glaubten und von vornherein überzeugt waren, daß alles verloren sei.

Sechstes Kapitel.

Nikolaus' I. Politik und die sozialen Zustände in Rußland unter seiner Regierung.

I.

Nikolaus war stets ein eingefleischter Reaktionär, der gegen alle freiheitlichen und demokratischen Ideen Widerwillen hatte. Als die Verschwörung der Dekabristen niedergerungen war und er sich überzeugt hatte, daß keine gewaltigen sozialen Kräfte hinter ihnen standen, die zum Kampf mit dem Absolutismus bereit waren, begann er demgemäß eine Politik der rücksichtslosesten Unterdrückung; nicht nur alle liberalen Strömungen wurden verfolgt, sondern ebenso alles, was nur eine entfernte Ähnlichkeit mit dem Liberalismus besaß. Jede selbständige soziale Initiative wurde unter ihm ausgerottet, es wurde nicht einmal gestattet, die gerichtlichen Urteile in politischen Prozessen wörtlich wiederzugeben, ganz gleich, ob sie dem bestehenden Zustand der Dinge in Rußland günstig oder feindlich waren. Seine Regierung kümmerte sich um alles und mischte sich in alles; die Polizei, namentlich die politische, wurde verstärkt und drang überall ein; die Gesellschaft wurde wie ein Kind behandelt, das unfähig ist, selbst einen Schritt zu tun.

Doch läßt sich auch nicht behaupten, Nikolaus habe keinerlei Änderungen in der bestehenden Ordnung einführen wollen. Obgleich zu Boden geworfen, flößten die Dekabristen ihm doch noch immer Angst ein; er war daher bereit, gewisse Abänderungen in der Regierungstechnik vorzunehmen, die größten Mißbräuche in der Verwaltung und der Behandlung der Leibeigenen abzuschaffen, immer vorausgesetzt, daß sich diese Änderungen mit

dem absolutistischen und konservativen Charakter seiner Politik vertrugen. Trotz der Enge seines politischen und sozialen Horizontes mußte er nach den Gesprächen mit den Dekabristen während der Untersuchung, nach der Lektüre ihrer Briefe und Abhandlungen zugeben, daß ein furchtbares Chaos in seinem Lande herrsche. Die Verwaltung war schlecht, überall war Diebstahl an der Tagesordnung, die angewandten Grausamkeiten waren selbst zur Wahrung der Autorität der Regierung überflüssig; der Druck, den die Gutsherren auf die Bauern ausübten, hatte das Elend des Volkes, Aufruhr und soziale Desorganisation zur Folge.

Als Nikolaus im Herbst 1826 von der Krönung in Moskau nach Petersburg zurückkehrte, befahl er Borowkow, dem gewesenen Sekretär der Untersuchungskommission in Angelegenheit der Dekabristen, aus ihren Briefen, Aussagen und Abhandlungen eine systematische Arbeit über die Mängel der staatlichen und sozialen Organisation auf verschiedenen Gebieten zusammenzustellen. Borowkow erfüllte die ihm erteilte Aufgabe äußerst gewissenhaft; hauptsächlich benutzte er den Nachlaß von Kachowski, Steingel, Alexander Bestiushew und Batienkow. Die Arbeit war Anfang 1827 vollendet und wurde am 6. Februar des gleichen Jahres dem Kaiser vorgelegt. Nikolaus ließ eine Kopie an den Großfürsten Konstantin in Warschau schicken, eine zweite übergab er dem Fürsten Kotschubej, dem bereits genannten Vorsitzenden des geheimen Komitees zur Untersuchung der verschiedenen Verwaltungszweige im Reiche. Das gleiche Komitee hatte die Aufgabe, Verbesserungen in der Organisation der Regierung vorzuschlagen.

Nach Kotschubejs Bericht sah Nikolaus diese Arbeit häufig durch und schöpfte aus ihr die Anregung zur Einführung gewisser Änderungen in den sozialen und staatlichen Einrichtungen Rußlands. Reformen von größerer Bedeutung führte er jedoch nicht durch; seine Vorsätze endeten damit, daß verschiedene Komitees und Kommissionen reaktionäre Pläne ausarbeiteten, die, sobald sie nur von einem gewissen Nutzen waren, nicht ausgeführt wurden, weil sich entweder der Staatsrat, der Großfürst Konstantin, andere einflußreiche Personen oder endlich Nikolaus in eigener

Person den betreffenden Plänen widersetzten; hatte Nikolaus doch vor kühneren Veränderungen Angst; auch befürchtete er stets, er könne den niederen Adel gegen sich aufbringen.

Dagegen wich Nikolaus gern von der Politik seines Vorgängers gegen die unterworfenen Völkerschaften ab.

Man kann nicht eigentlich behaupten, Alexander I. hätte sich nicht als Russe gefühlt und hätte im allgemeinen keine russische Politik geführt; unstreitig aber spielte der russische Nationalismus in seiner Politik keine Rolle. Alexander strebte nicht die Entnationalisierung der Polen, Finnländer usw. an; das russische Volk hatte seiner Ansicht nach keine eigentümlichen, nur ihm eigenen Elemente einer politisch-sozialen Kultur, die einer Verbreitung unter den anderen Völkern, die sein Reich bewohnten, wert gewesen wären. An seinem Hofe hatten Ausländer einen mächtigen, wenn auch durchaus nicht allmächtigen, Einfluß.

Wie wir schon wissen, reizte Alexanders Politik im Königreich Polen und Finnland viele, selbst fortschrittliche Russen; ein Ärgernis war vielen auch seine griechenfeindliche Haltung während des Aufstandes in Griechenland gegen die Türkei. Nikolaus beschloß, seine Politik national zu gestalten, um so mehr, als ein Vorgehen gegen die Polen und Finnländer gleichzeitig deren konstitutionelle Bestrebungen und Einrichtungen unterdrückte. Von Nikolaus' Standpunkt aus war es allerdings schwieriger, die Politik gegen die Griechen zu ändern, kämpften die Griechen doch gegen den türkischen Sultan, ihren „rechtmäßigen“ Herrn. Aber in diesem Falle sah Nikolaus seine Rechtfertigung in dem Umstande, daß die Griechen orthodoxe Christen waren.

Nikolaus war vorsichtig und verstand es, seinem Despotismus Schranken zu setzen, wenn er es nötig fand. Er war gegen die Polen aufgebracht, hatte doch der aus Mitgliedern des Landtags zusammengesetzte Gerichtshof die Verschwörer aus dem Königreich nur leicht gestraft, dennoch unterhielt er bis zum Jahre 1830 anscheinend freundliche Beziehungen zu ihnen. Er begab sich nach einigem Schwanken zur Krönung nach Warschau und suchte während seines Aufenthaltes in Polen die

Bewohner für sich zu gewinnen. Erst nach dem Kriege mit der Türkei und dem Aufstand zeigte er offen seinen Haß gegen die Polen. In Finnland begann er ein System der Russifizierung einzuführen; einige Ämter besetzte er gegen die Verfassung mit Russen. Der Landtag wurde überhaupt nicht einberufen. Im Kampfe Griechenlands gegen die Türkei stellte er sich auf seiten der Griechen und tat so der öffentlichen Meinung, soweit von einer solchen damals in Rußland die Rede sein kann, Genüge.

Nikolaus' Politik beruhte auf drei Grundsätzen: auf der Selbstherrschaft, der Volkstümlichkeit und der orthodoxen Kirche. Neu waren diese Grundsätze nicht; wir wissen bereits, daß der Geschichtschreiber Karamzin sie in seiner bekannten Abhandlung aufgestellt hatte.

Nikolaus' Herrschaft war hart und ungeheuer kleinlich; der Kaiser verfolgte nicht nur jedwede soziale Initiative im öffentlichen Leben, er kümmerte sich auch noch um die mannigfachsten Angelegenheiten, die in gar keinem Zusammenhange mit der Politik standen; führten Literaten untereinander eine scharfe Polemik, so wurde mitunter über beide Parteien, oder auch nur über eine, ein tage-, oft wochenlanger Arrest auf der Hauptwache verhängt; Mitglieder der Aristokratie und höheren Bureaukratie mußten häufig auf Befehl bestimmte Ehen eingehen. Es war ein patriarchalischer und gleichzeitig strenger Absolutismus.

In religiöser Hinsicht hielt sich Nikolaus genau an den Grundsatz, die orthodoxe Kirche als die Vertreterin der herrschenden Staatsreligion zu unterstützen. Die Verfolgungen der Sekten und jener Gruppen, die sich nicht völlig an die herrschenden Formen der orthodoxen Kirche hielten, begannen von neuem und brachten über Millionen von Menschen unendliches Leid. Im Jahre 1839 wurden die Unitarier in den westlichen Gouvernements gezwungen, zur orthodoxen Kirche überzutreten.

Nikolaus' Streben ging dahin, das Gesamtleben des russischen Volkes in bestimmte polizeilich-staatliche und religiöse Formen zu pressen; es galt, rücksichtslos die Gesellschaft nicht nur rein physisch, sondern auch geistig zu beruhigen; den oben angedeuteten moralischen, religiösen, volkstümlich-politischen und sozialen Anschauungen sollte die vollständige Herrschaft über

die Geister gesichert werden. Den westeuropäischen Ideen, die einen moralischen, geistigen, sozialen und politischen Fortschritt verrieten, mußte „die russische Ursprünglichkeit“ gegenübergestellt werden.. So entstand die Theorie, die Russen seien ein Volk, das sich nach nur ihm eigenen Gesetzen entwickle; es habe daher andere Ziele und andere Wünsche als die europäischen Nationen und bedürfe eigener Institutionen, gemäß seinen eigenen Sitten. Die Selbstherrschaft, die orthodoxe Kirche und der russische Volkscharakter bildeten zusammen die „russische Ursprünglichkeit“. Politische Freiheit aber war nach dieser Theorie für das russische Volk ebenso gefährlich, wie die unabhängige Philosophie.

Im Namen der russischen Ursprünglichkeit wurde die Entwicklung des ganzen Volkes, namentlich seiner zahlreichsten Schichten, niedergehalten; die Bauern wurden als Sklaven behandelt, eine öffentliche Kontrolle der Beamten nicht zugelassen.

Nach der offiziellen Theorie, die in höchsten und mittleren Volksschichten eine große Verbreitung hatte, da die Reaktion unter ihnen immer größere Fortschritte machte, war das russische Volk das glücklichste; denn soziale Kämpfe waren ihm „unbekannt“, väterliche Gewalt dachte für das Volk, leitete es und schützte es vor Korruption. Auch die Organisation des Staates wurde als die beste erklärt, gehorchte doch die ganze administrative Maschinerie bis in die kleinsten Einzelheiten der lenkenden Hand und funktionierte aus diesem Grunde musterhaft.

Aber der offiziellen Theorie zum Trotze, wie sie von den Auserwählten des Schicksals und unwissenden Leuten vertreten wurde, die nichts anderes kannten als die adlig-beamtenhaften Verhältnisse Rußlands, zeigte das gesellschaftliche Leben auf Schritt und Tritt die furchtbarsten Widersprüche, die am deutlichsten im Leben der leibeigenen Fronbauern und Fabrikarbeiter hervortraten. Auch die Soldaten litten entsetzlich. Unter der Regierung Nikolaus' I. kam es denn auch zu zahlreichen Aufständen in der Bauernschaft, unter den Fabrikarbeitern und Soldaten. Diese Kämpfe waren rein instinktiv, entbehrten jeder bewußten Planmäßigkeit und Vorbereitung, verrieten aber nichtsdestoweniger deutlich soziale Tendenzen; was ihnen fehlte, war Or-

ganisation und eine einheitliche soziale und politische Auffassung. Bis dahin und noch lange nachher war die vollkommen bewußte und einheitliche sozial-freiheitliche Bewegung unter den intelligenten Schichten des Volkes von der instinktiven Massenbewegung im Volke völlig getrennt. Wie zwei Flüsse mit verschiedenen Betten strömten die Ereignisse in beiden Gruppen völlig unabhängig nebeneinander her, zwischen ihnen lag ein tiefer Abgrund, das Ergebnis der historisch-kulturellen Entwicklung. Erst später sollten die beiden Ströme zusammenstoßen.

In der ersten Hälfte der Regierung Nikolaus' I. versiegte die intellektuelle revolutionäre Strömung in den mittleren und höheren Volksschichten fast völlig; keinerlei Verschwörungen tauchten auf. Dagegen war die instinktive Bewegung im Volke stark. Aber ohne jede Organisation, ohne weitschauenden politischen, sozialen Plan, blieb diese Bewegung für den Absolutismus ungefährlich. Betrachten wir sie näher.

II.

Milukow bringt folgende statistischen Daten[1]) über die Bauernaufstände unter Nikolaus, wobei die kleineren Unruhen, die von den Lokalbehörden allein unterdrückt wurden, nicht mitgezählt sind:

im Jahre 1828 = 17,	im Jahre 1839 = 14,	im Jahre 1847 = 31,
„ „ 1829 = 13,	„ „ 1840 = 15,	„ „ 1848 = 64,
„ „ 1830 = 13,	„ „ 1841 = 17,	„ „ 1849 = 25,
„ „ 1831 = 9,	„ „ 1842 = 24,	„ „ 1850 = 21,
„ „ 1832 = 10,	„ „ 1843 = 19,	„ „ 1851 = 28,
„ „ 1833 = 11,	„ „ 1844 = 34,	„ „ 1852 = 44,
„ „ 1834 = 20,	„ „ 1845 = 31,	„ „ 1853 = 33,
„ „ 1838 = 15,	„ „ 1846 = 16,	„ „ 1854 = 23.

Im ganzen gab es also von 1828 bis 1854 547 Bauernaufstände. Die Daten stammen aus dem Archiv des Ministeriums des Innern. Neben diesen Massenerscheinungen fehlte es nicht an Verzweiflungs- und Unzufriedenheitsausbrüchen bei einzelnen Personen innerhalb der Bauernschaft; terroristische Anschläge

1) Brockhaus, Konversationslexikon, Bd. XXXII, Artikel Milukow.

gegen Gutsbesitzer, Verwalter usw. waren nichts Seltenes. In der Zeit von 1835 bis 1854 weiß die gleiche Quelle von 144 vollbrachten und 75 versuchten Mordanschlägen zu berichten.

Die Lage der Bauern war furchtbar; in ihrer Grausamkeit bedienten sich die Gutsherren ausgeklügelter Strafwerkzeuge, bei deren Anwendung sie nicht weniger Scharfsinn an den Tag legten. Von Zeit zu Zeit tauchten unter den Bauern Gerüchte von einer bevorstehenden Befreiung des Volkes (Aufhebung der Leibeigenschaft) auf, die Beamte und andere Regierungsorgane vergeblich bekämpften. Schon am 12. Mai des Jahres 1826 sah sich Nikolaus gezwungen, in eigener Person mit einem Manifest den namentlich im Gouvernement Kazan verbreiteten Gerüchten von der Aufhebung der Leibeigenschaft und Frondienste auf den Privatgütern und der Einstellung der als Zins von den Bauern eingeforderten Zahlungen auf den Staatsgütern entgegenzutreten. Um die gleiche Zeit begann sich in der Ukraine die Nachricht zu verbreiten, ein Sohn des berühmten Gonta sei ins Land gekommen. Gonta war der Anführer der Volksbewegungen in der Ukraine in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewesen, er hatte gepredigt, die Gutsherren müßten den Bauern den Boden wiedergeben. Desgleichen begannen sich die Bauern im Kreis Taraschtscha des Gouvernements Kijew zum bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Den Beginn des Aufruhrs erwartete man erst zu Weihnachten, dann schon am Tage des heiligen Thomas (Fomin djen).

Am 3. April gab sich der Soldat Siemionow, der aus dem Gouvernement Orlow zu seinem Regiment heimkehrte, in den aufrührerischen Dörfern für einen kaiserlichen Adjutanten aus und zeigte den Bauern einen angeblichen Ukas des Kaisers, wonach die Gutsherren gefangen genommen und in die Hauptstadt abgeführt werden sollten. Siemionow warb rasch eine beträchtliche Anzahl von Anhängern, stellte sich an die Spitze der Bewegung und bildete mit seinen Leuten eine Truppe. Die grausamsten Gutsherren, Verwalter und Landwirte wurden mit Ruten gezüchtigt, andere wurden gefangen genommen; ebenso erging es den Offizieren, die ausgeschickt wurden, um Siemionow zu verhaften. Die Kosaken begannen zu schwanken und gingen

zum Teil zu ihm über. Endlich wurde er gefangen genommen und hingerichtet; 150 Bauern wurden in die Zwangsarbeit geschickt oder mit Knuten gepeitscht.

Siemionows Hinrichtung und die schweren Strafen, die über die übrigen verhängt wurden, vermochten die Bewegung nicht zu ersticken; in einem Teil des Gouvernements Kijew währte sie drei Jahre, um dann in die Gouvernements Kostroma, Jaroslaw, Wladimir, Smolensk, Kursk, Perm, Pskow und Petersburg überzuspringen.

Aufstände brechen auch in der Zeit von Epidemien aus; so fanden in den Jahren 1830 und 1831, als die Cholera herrschte, berühmt gewordene Revolten statt. Am 22. Juni 1831 rottete sich auf dem Heuplatz (Siennaja Ploschtschadj) in Petersburg eine ungeheure Menge von Bauern und Arbeitern zusammen. In ihrer Wut über die Polizei, die Kranke und Gesunde gewaltsam in die Baracken schleppte, befreite die Menge verschiedene von diesen, wobei viele Polizisten erschlagen wurden. Der Generalgouverneur ließ Militär, Gendarmerie und Polizei ausrücken. Die Menge versuchte erst Widerstand zu leisten, zerstreute sich aber dann. Nikolaus I. hatte in Peterhof den Verlauf der Dinge abgewartet. Erst am nächsten Tage fuhr er in einem Wagen auf den Heuplatz und rief dem versammelten Volke mit lauter Stimme zu: „Auf die Knie!“ Die Menge leistete Gehorsam, worauf der Kaiser abermals rief: „Die niederträchtigen Polen haben euch rebellisch gemacht!“ Einige Personen in bäuerlicher Tracht, die ihm verdächtig schienen, ließ der Kaiser verhaften [1]).

Im Jahre 1838 brachen in den Gouvernements Kazan und Wiatka die sogenannten Kartoffelrevolten aus. Das Ministerium des Innern hatte den Bauern befohlen, die auf den Feldern geernteten Kartoffeln in einer einzigen Erdhöhle für jede Gemeinde zu sammeln. Die Bauern gehorchten, wenn auch widerwillig; als man ihnen jedoch im darauffolgenden Frühjahr befahl, die erfrorenen Kartoffeln zu setzen, weigerten sie sich dessen. Die Regierung sah in diesem Verhalten der Bauern einen Aufstand und schickte

1) Kuklin, Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland, Bd. I, S. 263 und 264 (in russischer Sprache).

einen Beamten aus Petersburg zur Untersuchung der Angelegenheit. Der Beamte verhielt sich taktlos und nahm Bestechungsgelder an, die jedoch nicht alle Bauern zahlen wollten; er aber sah in diesem Vorgehen der Bauern einen abermaligen Akt des Ungehorsams. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, dann rückten die Kosaken ein und stellten unter unendlichen Grausamkeiten die Ruhe wieder her. Die Bauern wurden mit Ruten gepeitscht, eine beträchtliche Anzahl kam nach Sibirien.

Die Bauernaufstände gegen die Gutsherren endeten fast stets mit der Heranziehung von Militär. Schüsse fielen, die Bauern wurden gepeitscht, nach Sibirien verschickt und mitunter auch hingerichtet. Im Jahre 1842 fand eine ganze Reihe von Bauernaufständen in den Gouvernements Kostroma, Perm und Tschernigow statt, die unter ungeheurer Grausamkeit mit Militärgewalt unterdrückt wurden. Im Gouvernement Perm allein gingen 69 Personen durch Schußwunden zugrunde. Im darauffolgenden Jahre empörten sich 22000 Raskolniki im Gouvernement Jenisseisk. Im Gouvernement Tambow gab es Unruhen unter bäuerlichen Sektierern, den sogenannten „Molokanen" (Milchessern). Der Grund lag bei all diesen Bewegungen in unrechtmäßig eingeforderten Abgaben und Zahlungen. Die Bauern verfertigten sich Piken und leisteten der Polizei Widerstand. Eine Rotte Soldaten, die der Polizei zu Hilfe geschickt wurde, verweigerte den Gehorsam, endlich wurde der Aufstand erstickt. Von großem Umfang waren die Bauernrevolten 1847 im Gouvernement Rjäsan auf den Gütern des Fürsten Golizin. Sie hatten ihren Grund darin, daß der Fürst, dem die Bauern bis dahin Zins gezahlt hatten, statt Frondienste zu leisten, neuerlich die Fronen einführen wollte, wovon er sich mehr Vorteil versprach. Die Bauern baten den Fürsten, die getroffene Verfügung aufzuheben, fanden aber kein Gehör. Darauf weigerten sie sich, den Frondienst zu leisten: Militär kam, der Aufstand wurde niedergerungen und sehr schwere Strafen wurden verhängt. Die Gefängnisse wurden überfüllt. Nach Abzug des Militärs griff jedoch der Aufruhr von neuem um sich, die Bauern straften ihre Dorfvorsteher. Das Heer kehrte zurück, und der Aufruhr wurde abermals, jedoch noch blutiger und grausamer unterdrückt.

Im gleichen Jahre kam es zu großen Zusammenstößen zwischen Bauern und Militär im Gouvernement Witebsk. Scharen von Hungernden, die durch die Gerüchte von einer nahen Befreiung des Volkes aus der Leibeigenschaft in Aufregung kamen, rotteten sich zusammen und bewaffneten sich. Sie verfertigten Piken aus Pflugscharen, verschafften sich Flinten und Pulver und gossen Kugeln. Die Bauern rückten in Massen in das Gouvernement Pskow ein und wollten bis nach Petersburg vordringen. Im Kreis Welikoje Luki kam es zu einem förmlichen Kampf zwischen einer Abteilung von 500 Bauern und der Polizei. Die Bauern siegten, nahmen den Kommissar gefangen und hätten den Vorsitzenden des Kreises fast erschlagen. Nach diesem Sieg schlug der beträchtlich verstärkte Haufe die Richtung auf Petersburg ein. In der Nähe des Dorfes Biezan gelang es dem Vorsitzenden des Kreises Noworshew durch List, den Haufen zu zersprengen. Ungefähr 400 Bauern wurden zu schweren Strafen verurteilt.

Im Jahre 1848 fand eine Reihe von Aufständen statt, wahrscheinlich war das Gerücht von den Revolutionen in Westeuropa bis zu den Bauern gedrungen.

Ich kann hier nicht alle größeren Aufstände beschreiben; das oben Gesagte genügt, um einen Begriff von ihnen zu geben. Interessantes Material hat W. Siemieniewski in seiner Arbeit „Wolnienja krepostnich krestian“ (Die Bewegung unter den leibeigenen Bauern) gesammelt.

Den Bauernaufständen fehlte jeder politische Plan; sie wandten sich einfach gegen die Gutsbesitzer und Beamten. Zu dem absoluten Monarchen hatten die damaligen Bauern großes Vertrauen, sie glaubten an ihn fast wie an Gott.

Der berühmte Aufstand in den Militärkolonien des Gouvernements Nowgorod, der im Juli 1831 ausbrach, entstand infolge der allgemeinen Unzufriedenheit der Soldaten mit den in den Kolonien herrschenden Zuständen. Den unmittelbaren Anlaß gaben die Vorkehrungen während der Epidemie, die Gerüchte über die Behandlung der Kranken durch die Regierung, Ärzte und Krankenwärter. Verschärft wurden diese Gerüchte noch durch Arbeiter, die nach dem Aufstande auf dem Heuplatz in Petersburg nach den Kolonien verschickt worden waren.

Der Aufstand nahm einen gewaltigen Umfang an, denn eine große Anzahl von militärischen Kolonisten war in Erregung geraten. Zwei Generale, fünf Obersten und ungefähr 100 Offiziere und Ärzte kamen dabei um. Selbst die Ankunft Nikolaus' I. und eine Ansprache, die er an die Soldaten hielt, beruhigte diese nicht, da Zweifel unter ihnen auftauchten, ob sie den wirklichen Kaiser oder eine vorgeschobene Persönlichkeit vor sich hätten. Der Aufstand wurde schließlich unter großen Anstrengungen erstickt. 3272 Personen wurden je nach ihrer Schuld in Gruppen geteilt und zu furchtbaren Strafen verurteilt. Die 83 Hauptschuldigen erhielten 45 mal die Knute und wurden dann in die Zwangsarbeit geschickt; andere wurden durch Reihen schlagender Soldaten gejagt: sie wurden zu 4000 Spießruten oder 500 Ruten verurteilt und dann in Sträflingsabteilungen oder entfernte sibirische Korps verschickt. Ungefähr 150 Mann starben infolge der verhängten Strafen.

Man muß sich hier daran erinnern, daß Araktschejew zwar nach der Thronbesteigung Nikolaus' I. von der Verwaltung der Militärkolonien entfernt wurde, daß sich aber die Lage der Soldaten nicht änderte.

Im Jahre 1857 hob Alexander II. die Militärkolonien völlig auf.

III.

Unter Nikolaus I. machte die Industrie bedeutende Fortschritte. Neue große Fabriken entstanden; gleichzeitig entwickelte sich auch das Kleingewerbe (kustarnaja promischlennostj) günstig; es breitete sich stark aus und drängte in manchen Industriezweigen sogar den Fabrikbetrieb zurück.

In seiner bedeutsamen, schon angeführten Arbeit teilt Tugan Baranowski die sehr interessante Tatsache mit, in Rußland habe sich im Gegensatz zu der geltenden Schablone in manchen Industriezweigen die bäuerliche Produktion (kustarnaja promischlennostj) gerade infolge der Entstehung großer Fabriken entwickelt. Durch die Fabriken lernte die bäuerliche Bevölkerung die Technik der Produktion einigermaßen kennen und begann dann in kleinen Werkstätten die gleichen Gegenstände, wie die Fabriken sie lieferten, hervorzubringen. Diese Erscheinung zeigte sich besonders

in jenen Gebieten, in denen verhältnismäßig einfache Produktionswerkzeuge gebraucht wurden, und zwar in Zeiten, als der technische Fortschritt noch keine große Ausdehnung angenommen hatte.

In Rußland waren längst schon Baumwoll- und Leinenfabriken entstanden; in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wendete sich auch die bäuerliche Bevölkerung diesem Gewerbszweige zu. Eine immer größere Anzahl von Bauern widmete sich ihm und erreichte eine immer größere Vervollkommnung. Der gleiche Fall trat in der Holz verarbeitenden und anderen Industrien ein. Die großen Fabriken stießen so auf eine gefährliche Konkurrenz, die zu ihrem Niedergang beitrug. Das handwerksmäßige Kleingewerbe breitete sich aus, bedeutete aber durchaus nicht die Selbständigkeit der kleinen Produzenten; sie waren vielmehr von den Kapitalisten abhängig, denen sie ihre Waren lieferten und von denen sie auch mitunter das Rohmaterial erhielten.

Dieses Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieb war jedoch nicht von Dauer und konnte es auch nicht sein; die weitere Entwicklung der Technik in späteren Zeiten, die Einführung großer Motoren, die eine ungeheure Energie zu erzeugen vermochten, gaben dem Großbetrieb bald ein entschiedenes Übergewicht.

In Rußland war jedoch anderseits auch noch eine kleine handwerksmäßige Industrie vorhanden, die älter war als der Großbetrieb und unabhängig von diesem entstanden war. Untersucht man das handwerksmäßige Kleingewerbe in Rußland, so muß man diese beiden Gruppen von verschiedenem Charakter und Ursprung stets auseinanderhalten.

Die Entwicklung der Großindustrie erregte in den höheren administrativen Kreisen Besorgnis. So empfahl z. B. Graf Zakrewski, der Generalgouverneur von Moskau, in einem Bericht, man möge die Errichtung neuer Fabriken in der alten Residenzstadt verbieten.

Zakrewski wollte die Entstehung einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung in Moskau, die allmählich eine gewaltige revolutionäre Kraft hätte werden können, verhindern; seine Angst vor der Arbeiterschaft war in den damaligen höheren russischen Kreisen keine vereinzelte Erscheinung, ja Nikolaus selbst teilte sie. Anderer Ansicht war dagegen der Finanzminister Kankrin; das russische

Fabrikproletariat, erklärte er, sei von dem westeuropäischen völlig verschieden, es habe noch einen lebhaften Zusammenhang mit der Landbevölkerung und sei daher nicht revolutionär.

Zakrewskis Plan versetzte die Moskauer Fabrikanten in nicht geringe Bestürzung; sie strengten alle ihre Kräfte an, um ihn zunichte zu machen, was ihnen auch mit Kankrins Hilfe gelang. Im Jahre 1849 wurde allerdings ein Gesetz erlassen, das die Entstehung neuer Fabriken in Moskau bis zu einem gewissen Grade erschwerte, doch wurde es nie eingehalten.

Aufstände von Fabrikarbeitern fanden unter Nikolaus I. fortwährend statt. Ich beschreibe sie nicht im einzelnen, da sie alle den gleichen Verlauf hatten. Ihr Grund lag stets in der schlechten Behandlung, geringem Lohn usw. Die Arbeiterschaft entwickelte in diesen Kämpfen eine ungeheure Energie. Am gewaltsamsten waren die Aufstände der bäuerlichen „Possessionsarbeiter", die stürmisch ihre Freiheit verlangten. Je größere Fortschritte die Technik machte und je größer die Arbeitsnachfrage wurde, desto klarer zeigte sich auch, daß die Arbeit des freien Arbeiters produktiver ist, als die des unfreien. Im Jahre 1840 erließ denn auch die Regierung ein Gesetz, wonach die Possessionsarbeiter ihre Freiheit erhalten konnten: sie sollten unter die Staatsbauern oder Kleinbürger eingereiht werden. Das Gesetz stellte es den Fabrikanten anheim, ob sie von dieser Neuerung Gebrauch machen oder alles beim alten lassen wollten. Die Fabrikanten entschieden sich in ihrer Mehrzahl für das erstere, die Zahl der „Possessionsarbeiter" nahm rasch ab; nach einiger Zeit waren sie ganz verschwunden.

Der Arbeitslohn war unter Nikolaus I. ziemlich hoch; einmal weil die Großindustrie sich rasch entwickelte, dann aber auch, weil die bäuerliche Kleinindustrie sich immer mehr ausbreitete. Die Bauern fanden an Ort und Stelle Beschäftigung, was die Auswanderung vom flachen Lande in die Stadt, wo die Fabriken waren, verhinderte. Das Arbeitsangebot war groß genug, um allmählich die unfreie Arbeit aus der Stadt zu verdrängen; aber doch wieder nicht so groß, um die Preise zu drücken.

Die verhältnismäßig hohen Löhne setzten die Ausländer, die nach Rußland kamen, in Erstaunen.

Das Verhältnis der Regierung zu den Arbeitern hing davon ab, ob die jeweiligen Behörden dem Adel oder dem Bürgertum näher standen.

Das Ministerium des Innern, die Generalgouverneure und Gouverneure z. B., die mehr Beziehungen zu den adligen Gutsbesitzern hatten, waren nicht abgeneigt, den Arbeitern kleine Zugeständnisse zu machen, da diese für die wirtschaftlichen Interessen des Adels bedeutungslos waren. Dagegen widersetzte sich das Finanzministerium gewöhnlich allen Verfügungen, die die Lage der Arbeiter verbessert und die Herrschaft der Fabrikanten über sie etwas gemildert hätten.

Trotz der ständigen Klagen der Arbeiter über die Fabrikanten und der Fabrikanten über die Arbeiter beeilte sich die Regierung durchaus nicht, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit gesetzlich festzulegen. Erst 1835 wurde der erste Schritt in dieser Richtung getan und zwar dank dem Generalgouverneur von Moskau, Fürsten Golizin, der die Klagen der Arbeiter für jene Zeiten ziemlich gerecht beurteilte.

Fürst Golizin arbeitete Satzungen aus, die für das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und -nehmern gelten sollten. Die Fabrikanten sollten fortan verpflichtet sein, in den Arbeitsräumen die Bedingungen bekanntzugeben, die den Arbeitern gestellt wurden, und Löhne und Abrechnungen mit den Arbeitern in eigene Bücher einzutragen; die Arbeiter sollten Auszüge aus diesen Büchern erhalten; bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen seitens der Fabrikanten sollte die Polizei mit den Arbeitern auf Grund von deren Angaben abrechnen.

Die Vorschläge des Fürsten Golizin mißfielen den Fabrikanten außerordentlich; die Moskauer Abteilung des Manufakturrats, die den Plan zur Durchsicht erhalten hatte, sprach sich denn auch dagegen aus. Noch heftiger war der Angriff der entsprechenden Institution in Petersburg auf den Fürsten.

Auf Veranlassung des Finanzministeriums änderte der Manufakturrat den Golizinschen Plan im Sinne der Fabrikanten ab, worauf er zum Gesetz erhoben wurde.

Diese erste russische Fabrikgesetzgebung lieferte die Arbeiter vollständig der Willkür der Fabrikanten aus. Die Besitzer

industrieller Unternehmungen waren jetzt allerdings verpflichtet, die Arbeitsbedingungen zu veröffentlichen und Abrechnungen mit ihren Arbeitern zu halten, aber man verlangte keine schriftlichen Abmachungen von ihnen. War der Fabrikant unzufrieden, so konnte er den Arbeiter vor dem Termin entlassen, wenn er ihn nur vierzehn Tage vorher davon benachrichtigt hatte. Dagegen durfte der Arbeiter nicht vor Ablauf des Termins kündigen.

Das Gesetz hatte anfangs nur in den Hauptstädten Geltung, wurde aber später auch auf die meisten industriellen Gouvernements angewandt. Als 1845 auf einer der Baumwollfabriken in Moskau infolge furchtbarer Ausnutzung von Kinderarbeit große Unruhen entstanden, wurde ein Gesetz erlassen, das die Nachtarbeit von Kindern unter zwölf Jahren in Fabriken verbot. Das Gesetz blieb jedoch ein toter Buchstabe; man hatte weder Strafen für seine Übertretung festgesetzt, noch für eine Überwachung der Betriebe gesorgt. Sonderbar ist auch, daß es nicht in die Gesetzessammlung aufgenommen wurde [1]).

Weitere Fortschritte machte die russische Fabrikgesetzgebung unter Nikolaus I. nicht.

IV.

Das geistige Leben entwickelte sich in Rußland in der Zeit von 1825 bis 1855 beträchtlich, wenn es auch mit ungeheuren Hindernissen zu kämpfen hatte. Weder durften Urteile über die Politik der Regierung und freiheitliche Gedanken durch den Druck verbreitet, noch konnten sie vom Katheder gelehrt werden. Aber die Regierung konnte nicht hindern, daß soziale und politische Anschauungen dieser Art in abstrakten philosophischen Abhandlungen oder historischen Arbeiten niedergelegt wurden.

Trotz des Widerwillens, den Nikolaus I. gegen alle höhere freie Wissenschaft hatte, erlebten die russischen Universitäten unter diesem Monarchen einen Aufschwung. Diese Erscheinung hatte zwei verschiedene Ursachen. Einmal hinderte die russische Regierung trotz ihrer Angst vor aller Wissenschaft nicht den

1) Tugan-Baranowski a. a. O. S. 169—176.

Einfluß der deutschen Universitäten auf die russischen; predigte doch die damalige einschlägige deutsche Wissenschaft keine geradezu umstürzlerischen Theorien wie die französische zu Ende des 18. Jahrhunderts, und schien daher nicht gefährlich. In offizieller Auslegung bekam sogar Hegels Philosophie den Anstrich einer ultrakonservativen Theorie. Weiter war eine ganze Reihe junger russischer Gelehrter mit Erlaubnis und Unterstützung der Regierung in Deutschland ausgebildet worden. Sie bekleideten jetzt Professuren in ihrem Vaterlande und lehrten in verschiedenen Wissenszweigen.

An Stelle der klaren revolutionären Philosophie des 18. Jahrhunderts trat die abstrakte, nebelhafte, schwere deutsche Metaphysik. Aber neben ihren Fehlern hatte diese Lehre auch einige gute Seiten; sie war eine geistige Gymnastik und enthielt in mancher Hinsicht wahrhafte Schätze. Hegels System war die erste evolutionistische Weltanschauung in großem Stil, die sich auf die Erscheinungen aller Gebiete erstreckte.

Auf den gebildeten Teil der russischen Gesellschaft mußten diese Gedankenrichtungen von großem Einfluß werden. Da die Intelligenz hier nicht direkt an politische und soziale Fragen herantreten konnte, tat sie es auf dem Umwege der Metaphysik; da sie nicht deutlich von ihnen reden durfte, bediente sie sich abstrakter Fachausdrücke, die sie aus der Philosophie holte. Diese Sprache war für die Zensoren schwer verständlich; trotz ihrer großen Anzahl und ihrer Wachsamkeit gelang es ihnen daher nicht völlig, die russischen gebildeten Kreise daran zu hindern, freiheitliche Gedanken auf verschiedenen Gebieten des geistigen Lebens und der Tat auszusprechen. Der utopische Sozialismus, der sich vorwiegend in Frankreich entwickelte und der teilweise das politische Element im eigentlichen Sinne dieses Wortes entbehrte, da er die Befreiung der Menschheit nicht von einer Revolution, sondern von einer moralischen und geistigen Wiedergeburt und der Mithilfe der Mächtigen dieser Welt erwartete, gelangte gleichfalls unbemerkt nach Rußland und erzielte hier starke Wirkungen.

Die historischen Untersuchungen über die Vergangenheit des russischen Volkes, die nach westeuropäischen Methoden vor-

genommen wurden, zeitigten denkwürdige Resultate und riefen eine starke geistige Bewegung hervor.

Dazu kam eine herrliche Blüte der russischen schönen Literatur: Puschkin, Gogol, Lermontow und andere schufen damals. So entstand eine geistige Atmosphäre, die verschiedene Gedankenströmungen und ästhetische Richtungen aufwies. Auf diesem Hintergrunde entstanden auch neue politische und soziale Strömungen; es kam zwar weder zu einer großen einheitlichen politischen Bewegung, noch zu einer umfassenden Verschwörung; aber diese Gedankenrichtungen waren doch eine wichtige Erscheinung im russischen Volksleben. Bildeten sie doch den Ausgangspunkt sozialer und politischer Bestrebungen, die sich in späteren Zeiten gewaltig entwickeln sollten.

Da wir uns hier mit der Geschichte der russischen Revolution und nicht derjenigen der geistigen Strömungen in Rußland befassen, werden wir diese letzteren nur so weit berühren, als es zum Verständnis der späteren sozialen und politischen Bewegung nötig ist.

Siebentes Kapitel.

Soziale und politische Strömungen unter Nikolaus I.

I.

Der erste Anstoß einer sozialen und politischen Bewegung in Rußland ging, wie wir bereits sahen, von aristokratischen und adligen Offizierskreisen aus, die in nähere Berührung mit westeuropäischen Verhältnissen gekommen waren und eine höhere Bildung besaßen. Die unglückliche Verschwörung der Dekabristen und der Prozeß, der ihr folgte, entrissen diesem Kreise gerade die tatkräftigsten und geistig hervorragendsten Elemente. Die Übriggebliebenen waren verstreut und eingeschüchtert; vielleicht fehlte ihnen selbst der Glaube an die Möglichkeit, daß sich ihre edlen Ideale verwirklichen ließen.

Die Reaktion, die in Europa nach dem Wiener Kongreß Platz griff, blieb auch auf Rußland nicht ohne Einfluß. Die unmittelbaren Beziehungen, die russische Offiziere im Anfang des Jahrhunderts zu Europa gehabt hatten, fanden gleichfalls ihr Ende. Einzelne Mitglieder der Aristokratie und des niederen Adels kamen nur noch als Privatpersonen ins Ausland; das westeuropäische Leben wirkte nun auch nicht mehr unmittelbar und mit elementarer Kraft auf eine größere Anzahl von Russen zu gleicher Zeit.

Der russische niedere Adel und die Aristokratie bildeten als Stand und unter ihren gewöhnlichen Bedingungen nicht den entsprechenden Boden, aus dem eine revolutionäre Bewegung hätte hervorgehen können. In diesen Kreisen war zwar unter Alexander I. eine liberale demokratische Strömung entstanden, aber sie war aus bestimmten Umständen herausgewachsen, von denen ich bereits gesprochen habe.

Anders gestaltete sich die Lage unter Nikolaus I. Der neue Kaiser sprach sich von vornherein gegen alles aus, was auch nur im entferntesten an den Liberalismus erinnerte; so konnte denn auch der Gedanke nicht aufkommen, die Regierung auf den Weg politischer und sozialer Reformen zu bringen.

Eine neue revolutionäre liberal-demokratische Bewegung konnte jetzt nur unter Menschen entstehen, die von vornherein zu einem Kampf auf Leben und Tod mit der Regierung Nikolaus' bereit waren. Aber solche Menschen mußten erst kommen; ja die soziale Gruppe mußte erst entstehen, aus der sie hervorgehen konnten. Bis zum Jahre 1848 gab es denn auch in Rußland keine revolutionären Organisationen; nur Gruppen von jungen Leuten bestanden, denen sich später auch ältere anschlossen und die verschiedene geistige, soziale und politische Richtungen darstellten. Aber diese Gruppen waren nicht organisiert, und die Mitglieder hatten nur einen losen Zusammenhang untereinander.

Im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts waren es namentlich drei Gruppen von jungen Leuten, die für das geistige und soziale Leben der russischen Intelligenz ausschlaggebend wurden: die erste stand unter der Leitung Herzens, neben dem sein Freund Ogarew eine nicht unwichtige Rolle spielte, die zweite wurde von Stankiewitsch, die dritte von den Brüdern Kirejewski geleitet.

Alexander Herzen war eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts. Seine publizistische Tätigkeit bedeutet für die Entwicklung der russischen Gesellschaft eine neue Epoche. Eine vollständige Schilderung dieses außerordentlichen Menschen soll uns bei der Beschreibung der politischen und sozialen Bewegung in Rußland in der Zeit von 1857 bis 1870 beschäftigen; hier wollen wir nur seine Anschauungen und seine Tätigkeit in der Zeit Nikolaus' I. betrachten.

Von lebhaftem und empfänglichem Geist, hatte Herzen von früh auf eine starke Neigung für politische und soziale Fragen. Die Dezemberereignisse in Petersburg machten trotz der dreizehn Jahre, die er damals erst zählte, einen gewaltigen Eindruck auf ihn und wurden später für den Jüngling, der ihre ganze Trag-

weite begriff, zum Ausgangspunkt politischer und sozialer Gedanken und Wünsche. Es waren die Überlieferungen der Dekabristen, die Ideen der großen Französischen Revolution und endlich die Theorien der damaligen französischen sozialistischen Utopisten, die auf Herzens Weltanschauung vom größten Einfluß werden sollten.

Die deutsche Metaphysik lockte ihn anfangs nicht. Sein Sinn für die Wirklichkeit wandte sich in erster Reihe den Rätseln des Massenlebens im allgemeinen und des russischen im besonderen zu. Er haßte den Despotismus, war ein radikaler Demokrat und erkannte die Notwendigkeit grundlegender Reformen in der Gesellschaft an. Er liebte das Volk und war über die Leibeigenschaft und den Frondienst, die in Rußland herrschten, empört; die Frage nach einer Reform der bäuerlichen Verhältnisse und die Erlangung politischer Freiheit für das russische Volk beschäftigten ihn deshalb auf das lebhafteste. Seine Wünsche in bezug auf eine soziale Reorganisation der zeitgenössischen Gesellschaft entbehrten anfangs noch der Klarheit; als Anhänger von Saint Simon legte er jedoch großen Wert auf die wirtschaftliche Seite der Reform; aus diesem Grunde freute er sich sogar, daß unter Alexander I. die Leibeigenschaft der Bauern nicht in der gleichen Weise wie in den baltischen Provinzen aufgehoben worden war, wo die Bauern gleichzeitig das Recht verloren hatten, den Grund und Boden der Gutsherren zu benutzen. Herzen war der Ansicht, daß eine derartige Reform dem Volke nicht den notwendigen Nutzen gebracht hätte, da es dadurch nur in den tiefsten Abgrund des Elends geraten wäre.

Dem offiziellen russischen Nationalismus gegenüber nahm Herzen eine feindliche Stellung ein. Er liebte das russische Volk und bewunderte seine Ausdauer; er glaubte an seine Lebensfähigkeit und wollte ihm die Früchte der westeuropäischen Kultur zugänglich machen, die er als nützlich erachtete; gleichzeitig glaubte er aber auch an die Existenz eigentümlich russischer Kulturelemente.

In religiös-philosophischer Hinsicht war er Freidenker und hatte sich völlig von der theologischen Weltanschauung freigemacht.

Herzens Weltanschauung entwickelte sich selbstverständlich nur allmählich und unterlag häufigen Veränderungen. Die endgültige Kristallisierung der Ansichten dieses großen russischen Parteiführers und Schriftstellers vollzog sich unmittelbar vor und nach der Revolution des Jahres 1848. Werfen wir noch einen raschen Blick auf einige Ideen und auf die Tätigkeit Herzens während seiner Studienzeit, als die erwähnten Gruppen von jungen Leuten entstanden und sich entwickelten.

Herzen widmete sich mit besonderem Eifer der Wissenschaft und maß ihr für das Leben des einzelnen und der Gesellschaft eine große Bedeutung bei, gleichzeitig aber wies er in seinen publizistischen Arbeiten mit Recht darauf hin, daß die Wissenschaft nie die Berührung mit dem Leben verlieren dürfe; er warnte vor Pedanterie und predigte die Rückkehr zur Wirklichkeit. Gerade das letztere war um so wichtiger, als der überwiegende Teil der gebildeten Jugend, aus der später die Männer hervorgingen, die auf den verschiedensten Gebieten in Rußland tätig sein sollten, damals unter dem starken Einfluß der idealistischen deutschen Metaphysik stand. Die damalige deutsche Philosophie erweiterte zwar den geistigen Horizont ihrer Jünger und schärfte den Verstand, aber gleichzeitig gewöhnte sie ihre Anhänger daran, die praktische Seite im Leben des einzelnen wie der Gesellschaft nicht genügend einzuschätzen; ihre Anhänger beurteilten die Ereignisse des Tages allzu abstrakt und schwebten gern in Wolkenkuckucksheimen, von deren Höhe sich viele Dinge den Blicken entzogen.

Herzen dagegen begriff die ganze Ungeheuerlichkeit der damaligen russischen Wirklichkeit, doch war er auch fest überzeugt, das ganze russische Volk würde sich einmal erheben und Freiheit und Land für sich verlangen.

Große Hoffnungen knüpfte er an die großrussischen Dorfgemeinden oder richtiger an das Gemeindeeigentum an Grund und Boden (obschtschinnoje ziemlewladenie). Gleichzeitig entgingen ihm schon damals gewisse Fehler dieser Einrichtung nicht, z. B. die despotisch-patriarchalischen Verhältnisse innerhalb der bäuerlichen Familien; dennoch glaubte er, das Gemeindeeigentum könnte und würde ein Ausgangspunkt für das neue soziale Leben

werden, das selbst nichts anderes sein sollte, als die Solidarität der Gesellschaft, der Sozialismus. Wie er sich diesen Sozialismus vorstellte, darüber äußerte sich Herzen weder in der Zeit, als er noch in Rußland lebte und ihm die Zensur ihre Schranken auferlegte, noch später, als er seinen Sitz im Auslande aufgeschlagen hatte und durch nichts mehr gehindert war, seine Ansichten auszusprechen.

Es sei hier noch bemerkt, daß Herzen später, als ihn vieles im sozialen und politischen Leben Westeuropas enttäuscht hatte, immer mehr dazu neigte, die guten Seiten des Gemeindeeigentums an Grund und Boden in Rußland zu überschätzen. Am schärfsten trat dieses Bestreben in seinem Briefwechsel mit Bakunin hervor, der in dieser Hinsicht eine ganz andere Meinung besaß.

In seiner Tätigkeit als Publizist beschäftigte sich Herzen mit einer ganzen Reihe theoretischer und praktischer Fragen; kühn kämpfte er gegen Vorurteile allerart im Namen der Menschlichkeit und Wissenschaft. In einer Reihe von Aufsätzen wies er namentlich auf die Wichtigkeit der Naturwissenschaften hin.

Seine eigene Zeit hielt er für eine Übergangszeit von der überlieferten Weltanschauung, die sich auf alte Glaubenssätze und Vorurteile gestützt hatte, zu jener neuen, die erst kommen sollte und die sich auf die Ergebnisse der Wissenschaft stützen würde. Aus diesem Übergangscharakter der Zivilisation seiner Zeit leitete Herzen eine Reihe von Gegensätzen ab, aus denen mannigfache Leiden entspringen.

Herzens Geist war fortwährend mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt, die er an die erste Stelle rückte; doch verlangte er vom einzelnen weder Askese noch Verzicht auf individuelles und Familienglück. Er sah allerdings in der Familie und der Gesellschaft zwei Antithesen, die sich gegenüberstanden, aber er wollte auch ihre Verschmelzung in einer höheren Synthese finden und zwar in einer Erweiterung des eigenen Ichs; der einzelne sollte allem Menschlichen seine Seele öffnen, an allen Leiden und allen Freuden seiner Mitmenschen sollte er teilhaben.

Wie ich schon oben bemerkt habe, wandten sich Herzens Neigungen in erster Reihe gesellschaftlichen und politischen

Fragen zu. In seinem Verkehr mit den Studiengenossen begegnete er jedoch fortwährend Einwänden, die aus der idealistischen deutschen Philosophie geschöpft waren. Dieser Umstand führte ihn schließlich dazu, sich mit der deutschen Philosophie, namentlich mit der Hegelschen, zu beschäftigen. Nachdem er die Theorien des großen Denkers kennen gelernt hatte, eignete er sich einiges aus ihnen an, so namentlich Hegels Methode der Argumentation, nahm aber gleichzeitig unzweideutig die radikale und nicht die konservative Auslegung von Hegels Jüngern an. Hegels Entwicklungstheorie machte einen mächtigen Eindruck auf ihn, aber gerade aus diesem Grunde war er weit entfernt davon, alles gutzuheißen, was ist, bloß weil es ist.

Neben publizistischen, wissenschaftlichen und sozialen Aufsätzen schrieb Herzen auch Erzählungen. In der vorliegenden Arbeit, die sich nur die Darstellung der revolutionären Bewegung zur Aufgabe gemacht hat, ist es unmöglich, Herzens vielseitige und ausgedehnte Wirksamkeit in ihrer ganzen Tragweite zu schildern. Ich muß mich hier mit der allgemeinen Bemerkung begnügen, daß seine Bedeutung in erster Reihe darin liegt, daß er es verstand, schlummernde Gedanken zu wecken; mit großer Kühnheit trat er an die Untersuchung der verschiedensten Fragen heran; mit dem gleichen Mut bekämpfte er das Althergebrachte, das nur galt, weil es hergebracht war, huldigte er der sozialen Gerechtigkeit und dem Freigeist und suchte sie durch seine Schriften zu verbreiten. Er verfügte über eine schöne, lebhafte und überzeugende Sprache. Es war ihm nicht gegeben, eine vollendete einheitliche Weltanschauung zu schaffen, aber er rührte eine Menge Fragen auf und fand Lösungen für sie, die von einem einheitlichen Geist durchdrungen waren. Viele seiner Ansichten, die heute wieder halb verwischt sind, waren gegen Ende der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht Gemeingut der Menge geworden, namentlich nicht in Rußland.

Die Regierung ließ Herzen nicht lange unbehelligt; der Jüngling mußte einige Jahre der Verbannung in entfernten Kleinstädten des europäischen Rußlands verbringen; man hatte ihm keinerlei revolutionäre Umtriebe nachweisen können, sondern

nur Beziehungen zu Menschen, die als verdächtig galten. Die jungen Leute, in deren Mitte auch Herzen verkehrte, hatten bei Trinkgelagen Reden geführt und Lieder gesungen, die einen Mangel an Ehrerbietung gegenüber den höchsten Gewalten des Staates und ihren Vertretern zeigten. Aus der Verbannung zurückgekehrt, wandte sich Herzen, einem Wunsche seines Vaters folgend, eine Zeitlang der Beamtenlaufbahn zu. Als er aber nach dem Tode des Vaters Herr über ein großes Vermögen wurde, verließ er den Staatsdienst, der seiner Natur wenig entsprach, und reiste zu Beginn des Jahres 1847 ins Ausland. Er sollte nicht mehr nach Rußland zurückkehren. Seit er sein Vaterland verlassen hatte, schrieb er Berichte über die sozialen und politischen Verhältnisse Westeuropas, die voller interessanter Beobachtungen waren.

Herzen wurde der Zeuge großer geschichtlicher Ereignisse; er sah die Bewegung in Italien und machte die Revolution von 1848 in Frankreich mit; von gewaltiger Bedeutung wurde namentlich die letztere für ihn. Die blutigen Junitage, die grausame Abrechnung mit dem Proletariat färbte seine Ansicht über die Kultur Westeuropas und die nächste Zukunft der westlichen Völker immer pessimistischer. Und gerade in dieser Zeit begann er sich in mancher Richtung den sonst von ihm scharf bekämpften Slawophilen zu nähern, wovon noch des näheren die Rede sein soll. Doch trennte ihn auch nach dem Jahre 1848 noch ein tiefer Abgrund von ihnen.

Welches waren also die sozialen und politischen Anschauungen Herzens nach dem Jahre 1848? Sie waren im Grunde genommen die gleichen wie vorher geblieben, nur sein Verhältnis zu den westlichen Völkern und seine Ansicht über einige Erscheinungen innerhalb des russischen Volkes hatten sich geändert. Endlich veränderte sich auch seine revolutionäre Ideologie, oder besser gesagt, sie begann allmählich zu schwinden.

Herzen war eine empfängliche, launenhafte und vornehme Natur von scharfer Beobachtungsgabe; was ihm mangelte, war ein ruhiges, sich gleichbleibendes Urteil. Er neigte zur Übertreibung und ermangelte schließlich des historischen Scharfblicks.

lichkeit im damaligen Rußland nicht als solche geschätzt wurde; er wußte, daß der Despotismus in der Familie und im Staate herrschte; aber er war der Ansicht, daß diese Tatsache die Entwicklung der Persönlichkeit mehr äußerlich als innerlich hemme und war auch überzeugt, das Hindernis werde sich verhältnismäßig leicht ausschalten lassen. Herzen bekämpfte die Slawophilen gerade wegen ihrer Abneigung gegen die Persönlichkeit; ebenso wandte er sich gegen ihr Ideal, wonach die alten Lebensformen und die überlieferten Gewohnheiten die dauernde moralische Herrschaft in Rußland behalten sollten.

Man hat es heute nicht mehr nötig, sich des langen und breiten über Herzens Illusion auszulassen, die er sich von den Bedingungen machte, unter denen die Entwicklung der Persönlichkeit sich in Rußland vollziehen sollte. Er übersah die unleugbare Tatsache, daß auch hier die Überlieferung nicht schwächer war als in Westeuropa, im Gegenteil sogar stärker, da sie einheitlicher, ärmlicher und einfacher war. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die russische Staatsordnung nicht nur einen äußerlichen Einfluß auf die Bevölkerung ausübte, sondern auch auf ihr Bewußtsein gestaltend einwirkte.

Unstreitig hat das russische Volk eine große Zukunft vor sich, es ist auch wahr, daß sich die freiheitliche Bewegung in Rußland durch eine große Weite des Blicks und großzügig gestellte praktische Probleme auszeichnet, aber der Grund hierfür liegt gerade darin, daß Rußland, das später als die anderen westeuropäischen Völker in die geschichtliche Arena eintrat, sich auch die Erfahrungen des Westens zunutze machen konnte. Die russische freiheitliche Bewegung lebte und lebt heute noch von westeuropäischen Gedanken, die sie den Bedingungen ihres Vaterlandes anzupassen verstand.

Herzen glaubte, Rußland werde bei der sozialen europäischen Umwälzung voranschreiten, das Gemeindeeigentum an Grund und Boden werde es dem russischen Volke leichter als irgend einem andern machen, die neue Ordnung bei sich einzuführen und so werde es auch vor dem Kapitalismus und der Herrschaft des Bürgertums bewahrt bleiben. Wir werden noch sehen, wie dieser Glaube Herzens in der Zeit von 1860 bis 1885 und sogar

noch später zahlreiche Anhänger gewann und der Ausgangspunkt verschiedener Parteiprogramme wurde.

In seinem bekannten Brief an Michelet faßt Herzen seine obigen Ansichten zu einer einheitlichen Theorie zusammen und versichert, Rußland würde nie „juste milieu“ sein; die Russen, sagt Herzen, verlangen vielleicht zu viel und werden aus diesem Grunde vielleicht nichts erreichen, aber sie werden nie die Hoffnung verlieren.

Neben dem Gemeindeeigentum an Grund und Boden wollte Herzen bei der Wiedergeburt des russischen Volkes noch einer anderen Macht eine große Rolle zuweisen und zwar der schönen Literatur. In dem angeführten Briefe sagt er, seit der Thronbesteigung Nikolaus' I. erfülle die russische Literatur trotz der ungeheuren Störungen und Verfolgungen in beneidenswerter Weise ihre Aufgabe. Man könne sehen, wie sich in ihr die Seele wahrhaft tragisch befreie, man finde in ihr eine erbarmungslose Verneinung, eine bittere Ironie, eine quälerische Selbstvertiefung. Der Russe ist mitten in eine Umgebung geschleudert, die ihn niederdrückt, aber mit klarem Blick und unerschütterlicher Logik ausgestattet, befreit er sich rasch von den Glaubenssätzen und den Gewohnheiten seiner Vorfahren.

In Herzens Glauben, das Gemeindeeigentum an Grund und Boden und die schöne Literatur seien zwei Elemente, zwei Kräfte eigentlich, dank welchen das russische Volk die große soziale Frage richtig lösen und an der Spitze dieser Bewegung in der zivilisierten Welt schreiten würde, finden wir bereits den Ansatz zu einer späteren Theorie, wonach die von der russischen Literatur erzogene Intelligenz die rückschrittlichen Kräfte und die Regierung bekämpfen würde. Diese spätere Theorie vertrat auch den Satz, die russische Intelligenz würde, gestützt auf die sozialen Instinkte des russischen Bauern, deren Ausdruck eben das Gemeindeeigentum an Grund und Boden sei, die neue soziale Ordnung einführen.

Von dieser neuen sozialen Ordnung hatte Herzen einen sehr hohen Begriff; er erwartete nicht nur eine Umwälzung der sozialen und politischen, sondern auch der geistigen, religiösen, ethischen sowie der Familienzustände von ihr. Er sprach sich aber

nie näher darüber aus, ja er war der Ansicht, dieser Zustand würde nie völlig verwirklicht werden, sondern er würde nur allmählich alle Sphären des sozialen und individuellen Lebens durchdringen.

Hat der Sozialismus einmal den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht, sagt Herzen, so überschreitet er auch alle Grenzen, d. h. er wird zum Unsinn. Aus der revolutionären Minderheit der Gesellschaft wird sich dann eine neue mächtige Stimme der Verneinung erheben; der Sozialismus wird dann die gleiche Stellung einnehmen, die heute der Konservatismus hat, ein neuer Kampf auf Leben und Tod wird beginnen und er wird zu einer neuen siegreichen Revolution führen. Was diese Revolution dann Neues bringen wird, darüber sagt Herzen nichts.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ideen Herzens, der ein ebenso großer Publizist wie ein Mann der Tat war, sehr großzügig und oft auch von großer Feinheit waren; man wird aber doch nicht dem deutschen Forscher Sperber [1]) und dem russischen Herschenson [2]) zustimmen können, wenn sie den Satz aufstellen, die Theorien von Marx, Lassalle und Rodbertus trügen einen vorwiegend sozialen und politischen Charakter, während die von Herzen sozial-philosophisch seien. Beide Schriftsteller halten auch Herzens Sozialismus für radikaler und vielseitiger als die Theorien der genannten Sozialisten.

Diese Behauptung stimmt namentlich in bezug auf Marx nicht. In seinem System spielten gerade philosophische Ideen eine große Rolle; auf sie gestützt, schafft Marx eine einheitliche folgerichtige Theorie, wie dies Herzen nie gelungen ist. Dagegen ist richtig, daß bei Marx der ökonomisch-soziale Unterbau der Ausgangspunkt der ganzen Theorie ist, während Herzen von einem philosophisch-sozialen Gedanken ausgeht.

Nach den blutigen Junitagen des Jahres 1848 schrieb Herzen: „Vive la mort!“ und verlangte eine neue Revolution, die der Herrschaft des Bürgertums ein Ende machen sollte. Dann verlor

---

1) Otto v. Sperber, Die sozialpolitischen Ideen Alexander Herzens, S. 142—143.

2) Herschenson, Die sozialpolitischen Ansichten Herzens (in russischer Sprache), S. 6 und 7.

er wieder den Glauben an gewaltsame Revolutionen als Formen der sozialen Bewegung. Er behauptete allerdings nicht, sie würden in Zukunft niemals zum Ziel führen und hätten überhaupt keine Berechtigung, aber wenn er Mittel und Wege zur Verwirklichung seiner Ideale suchte, stellte er die Revolution in die letzte Reihe. Bei dieser Ansicht beharrte er auch in späteren Zeiten, als er zu Beginn der Herrschaft Alexanders II. den Höhepunkt seines Einflusses und seiner Popularität erreicht hatte. Namentlich gegen eine rein politische Revolution verhielt er sich durchaus ablehnend.

Mitunter entflossen Herzens Feder auch Sätze, die mit den eigentlichen Grundsätzen, die er vertrat, nichts gemeinsam hatten, z. B. die Behauptung, die Menschen würden viel zur Befreiung der Welt und zur Erlösung des Menschen beitragen, wenn sie nur erst sich selbst und nicht Welt und Menschheit befreien und erlösen wollten. Ein derartiges religiöses Moralisieren ist mehr im Geiste Tolstois. Es wäre sicherlich sehr gut, wenn alle Menschen sich selbst erlösen und befreien könnten, aber die Menschen leben leider unter bestimmten gesellschaftlichen Einrichtungen, die ihre eigene Logik haben und einen bestimmten Druck auf die Menschen ausüben, von dem Herzen selbst häufig spricht. Wollen die Menschen sich befreien und erlösen, so müssen sie diese äußeren Hindernisse wegräumen, was nur der gemeinsamen Tätigkeit einer Gruppe von Menschen, d. h. der sozialen und politischen Tätigkeit vieler innerhalb der Gesellschaft gelingen wird. Herzen vergaß diesen wichtigen Satz, als seine empfängliche Natur sich einmal durch die Fehler irgendeiner Massenhandlung verletzt fühlte. Er wurde sofort zum Moral predigenden Propheten und verlegte den Schwerpunkt des Gemeinlebens von der sozialen Ordnung in die Tiefen des individuellen Bewußtseins.

Herzens Weltanschauung weist noch mehr solcher Widersprüche auf, die das Ergebnis von Stimmungen sind, die wieder unter dem Drucke bestimmter Ereignisse enstanden.

Wenn Herzen der „westeuropäischen Seele“ die „russische“ gegenüberstellt, so geschieht dies nicht nur, weil ihn die Herrschaft des Bürgertums in Westeuropa enttäuscht und seine Sehn-

sucht nach Rußland in der Fremde übermächtig wird. Der Grund liegt auch darin, daß er sich in seinem Vaterlande in einem auserlesenen Kreise ungewöhnlicher Menschen bewegte, wo er neben hervorragenden Geistesgaben und Talenten auch große Charaktere antraf. Diese Menschen nun galten Herzen als die hauptsächlichen Vertreter des Volkes; alles Böse dagegen sollte die Schuld des offiziellen Rußlands sein. Im sozialen Leben Westeuropas jedoch, in den Einrichtungen und den großen sozialen Kämpfen, die er hier beobachtete, wollte er nicht mehr die offizielle Welt, d. h. die Regierung sehen, sondern das Volk selbst. Und doch wurde das offizielle Rußland unter Nikolaus I. von der ungeheuren Mehrheit der bewußten Elemente im Volk unterstützt, ja selbst das Volk, das unter dem Joch der Leibeigenschaft stöhnte, befand sich in mancher Hinsicht wenigstens mit der Regierung im Einverständnis.

Je mehr Herzen sich von der Wirklichkeit des russischen Lebens entfernte, desto weniger empfand er auch die Ungeheuerlichkeiten dieses Lebens. Überdies zwangen ihn die russischen Zensurverhältnisse in seinen für Rußland bestimmten Aufsätzen zu einer vorsichtigen Sprache. Doch wurde er verstanden und hatte einen starken Einfluß auf die Blüte der russischen Intelligenz, schwächer war dieser Einfluß auf die breiten Leserkreise. Erst zu Beginn der Herrschaft Alexanders II. breitete er sich auf sehr weite Kreise aus.

Herzen und seine Freunde planten nicht die Organisation geheimer Gesellschaften, die ihre Ideale durch eine Verschwörung gegen die Regierung verwirklichen sollten. Sie suchten nur eine starke geistige und soziale Bewegung hervorzurufen. Wahrscheinlich waren sie der Ansicht, ein gesteigertes geistiges Bewußtsein im Volke würde, infolge der Nichtbefriedigung seiner Bedürfnisse, eine große freiheitliche Bewegung hervorrufen, die in der einen oder andern Weise die gewünschten Veränderungen herbeiführen würde.

II.

Wenden wir uns jetzt der Charakteristik und den Ansichten eines anderen hervorragenden Schriftstellers zu, dessen Wirken

gleichfalls in die Zeit Nikolaus' I. fällt: ich meine Wissarion Bielinski. Seine Tätigkeit als literarischer Kritiker liegt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit. Nur seine leitenden Gedanken sollen hier kurz auseinandergesetzt werden.

Mit Bielinski beginnt in der russischen Literatur eine Reihe hervorragender Kritiker, die neben ästhetischen Anschauungen und Urteilen mit ihren Werken neue philosophische, soziale und politische Ideen verbreiten und so zu Erziehern der Gesellschaft werden. In einer Zeit, wo man nicht offen über die großen Fragen des Gemeinlebens und überlieferte Glaubenssätze schreiben durfte, konnte man in der Tat nur in literarisch-künstlerischen Kritiken und philosophischen Abhandlungen und auch hier nur auf verschiedenen Umwegen neue Gedanken aussprechen, die die alte verbrauchte Weltanschauung ins Wanken brachten. So war es unter Nikolaus I. und, wenn auch in geringerem Grade, noch unter Alexander II. und III., ja dieser Zustand dauerte fast bis in die allerjüngste Zeit. Die Jahre von 1825 bis 1855 aber waren sicherlich für Literatur und Presse in Rußland dic schwersten.

So hatten denn die literarischen Kritiker eine Ausnahmestellung. Es war namentlich Bielinski, der wie keiner seiner Nachfolger die allerhervorragendsten Fähigkeiten eines Ästhetikers, eines Meisters der Sprache und geistig hochveranlagten Publizisten vereinte. Er hatte seine systematische, höhere Bildung zu keinem formalen Abschluß bringen können, da er mit den Universitätsbehörden in Streit geraten war; überdies fehlten ihm auch die Mittel zum regelmäßigen Studium. Doch arbeitete er unaufhörlich an seiner geistigen Ausbildung; auch der Verkehr mit Kollegen war für ihn von großem Nutzen. Es waren junge Leute, die sich um den begabten Stankiewitsch geschart hatten und die meist aus reichen Kreisen stammten; die meisten von ihnen erfreuten sich einer großen Intelligenz, waren fremder Sprachen mächtig und ließen sich Bücher aus dem Auslande kommen. Selbst in den damaligen schweren Zeiten besaßen sie infolge ihrer begünstigten sozialen Stellung die Möglichkeit, die westeuropäische geistige Bewegung genau kennen zu lernen.

Neben Stankiewitsch hatten auch noch andere Kameraden einen starken Einfluß auf Bielinski, so vor allem der damals noch

sehr junge Bakunin, der spätere Anarchist, und dann auch Herzen, der, wie wir wissen, allerdings zu einem andern Kreise gehörte.

Obgleich Bielinski unter dem starken Einfluß seiner Kollegen und Freunde stand und trotz der ungünstigen Bedingungen, unter denen er zu leiden hatte, entwickelte er sich zu einer hervorragenden Persönlichkeit; auch außerhalb der Ästhetik brachte er es zu selbständigen Ansichten. Es war in erster Reihe sein Einfluß, der damals vorherrschte; seine Aufsätze wurden viel gelesen und besprochen.

Bielinskis geistige Entwicklung ist sehr lehrreich und in gewissen Abschnitten seines Lebens vielleicht sogar für einen bedeutenden Teil der damaligen hervorragenden russischen Intelligenz bezeichnend. Wir wollen uns daher länger bei ihr aufhalten.

Bielinski ging aus einer armen kleinadligen Beamtenfamilie hervor. Der Vater war ein Gewohnheitstrinker, und das Kind hatte in jeder Beziehung darunter zu leiden; blieb Bielinski doch zeit seines Lebens schwächlich und starb vorzeitig an der Schwindsucht. Er hatte eine leidenschaftliche und begeisterungsfähige Natur und war dazu mit einem scharfen Verstand ausgestattet, der vor keinerlei Folgerungen zurückschreckte.

Im Gegensatz zu dem Kreis um Herzen, der einen ausgesprochen sozialen und politischen Charakter trug, beschäftigte sich die Gruppe, die Stankiewitsch um sich gesammelt hatte und in der Bielinski sich entwickelte, in erster Reihe mit philosophischen und moralischen Fragen. Die jungen Leute dachten vor allem an ihre innere Vervollkommnung und vertieften sich fortwährend in ihre eigenen Gefühle. Sozialen und politischen Angelegenheiten gegenüber verhielten sie sich zwar nicht gleichgültig, legten aber diesen Fragen wenigstens anfangs keine besondere Wichtigkeit bei.

Sie waren von einer humanitären Anschauung durchdrungen, haßten die Willkür in allen ihren Formen und fühlten sich zur Kunst im allgemeinen, namentlich aber zur Dichtkunst hingezogen. Die deutsche Philosophie beschäftigte sie fortwährend: Stankiewitsch hatte die Freunde mit Hegels System bekannt gemacht.

Auch Bielinski entwickelte sich anfangs gemäß der radikal-

freiheitlichen Überlieferung und war gegen alle sozialen und politischen Zustände in seinem Vaterlande stark eingenommen. Gleichzeitig war er sich jedoch seiner eigenen Schwäche bewußt. Nach seinem eigenen Geständnis schätzte er seine eigenen Kräfte damals gleich Null.

Das Leben begann ihn zu interessieren, die Literatur wurde seine Leidenschaft, und von der Wissenschaft verlangte er die Antwort auf quälende Fragen über Leben und Welt. In der Philosophie suchte er Aufklärung über Gott, die Unsterblichkeit der Seele, über den Menschen, über gut und böse. Die Philosophie war es auch, die ihn teilweise mit den sozialen und politischen Verhältnissen Rußlands auszusöhnen begann; nicht daß er sie jetzt für gut oder gar vortrefflich angesehen hätte, aber er gewöhnte sich daran, sie aus abstrakten Höhen zu betrachten, auf denen der Mensch die Empfänglichkeit für einzelne Fragen des praktischen Lebens verliert.

Die Metaphysik und die Ästhetik nahmen Bielinski gefangen und hielten ihn gleichzeitig von der Wirklichkeit fern. Eine Zeitlang war Fichte sein geistiger Führer. Aber von diesem Einfluß befreite er sich, als die Wirklichkeit ihn recht unsanft zurückrief; er verliebte sich nämlich in die Schwester seines Freundes Bakunin, und diese Liebe war unglücklich [1]. Er kam nun zu der Überzeugung, die äußeren Lebensbedingungen des einzelnen seien auch auf das psychische Leben von Einfluß; er begriff, daß der extreme Idealismus in seinen Urteilen über Menschen und Dinge einseitig und falsch sei. Nun machte er sich von Fichte los, aber das bedeutete durchaus noch nicht seine Befreiung von der idealistischen Metaphysik im allgemeinen; im Gegenteil, Bielinski gab sich ihr jetzt erst ganz hin, nachdem er Hegels Philosophie kennen gelernt hatte.

Es war die Zeit, wo Hegel unumstritten und absolut über die Geister herrschte. Man vermag sich heute nur schwer vorzustellen, welchen Einfluß er auf allen Gebieten des Denkens in ganz Europa und auch in Rußland besaß. In Rußland legten die jungen Leute jeden einzelnen Absatz aus den größeren

1) **Miljukow**, Aus der Geschichte der russischen Intelligenz (in russischer Sprache), S. 81—116.

Werken des Meisters aus; alle Bücher und Schriften, die als Hilfsbücher zu seinen Werken dienen konnten, wurden aus dem Ausland bezogen. Freunde entzweiten sich, wenn sie seine Gedanken verschieden auffaßten. Alle persönlichen Gefühle und Angelegenheiten des Tages versuchte man in Hegelsche Terminologie zu bringen.

Ihrem Wesen nach war Hegels Philosophie evolutionistisch und sogar revolutionär, predigte sie doch die fortwährende Umwandlung der Erscheinungen und zwar in radikaler Weise (von der Behauptung zur Verneinung). In völligem Widerspruch zu diesem allgemeinen Geist seines Systems stellte Hegel dieses selbst jedoch als die absolute Wahrheit hin. Mit Recht sagt denn auch Beltow: „Ist die absolute Wahrheit schon gefunden, so ist auch das Ziel des Weltgeistes, das Sich-seiner-selbst-bewußt-Werden schon erreicht, und eine weitere Vorwärtsbewegung ist sinnlos [1].“ Der falsche Schluß zog einen zweiten nach sich: Hegel wurde in sozialer und politischer Beziehung konservativ. Nach seinem System, sagt Beltow, ist jede Philosophie der ideale Ausdruck ihrer Zeit; war es ihm also gelungen, die absolute Wahrheit zu finden, so lebte er auch in einer Epoche, in der eine „absolute“ soziale Ordnung, als ihr objektiver Ausdruck, herrschte. Die absolute Wahrheit aber kann sich nicht überleben; alle Bestrebungen, die soziale Ordnung zu ändern, versündigen sich daher gegen den Weltgeist. So wurde denn Hegel der wahrhafte Verfechter des bestehenden Zustandes in Preußen. Die ungeheure Mehrzahl von Hegels Anhängern, namentlich in Deutschland, schloß sich dieser konservativen Anschauung an; erst später entstand eine Hegelsche Linke, die das ganze System des Meisters weiterentwickelte und umgestaltete, indem sie die absoluten Elemente verwarf und den idealistischen Unterbau durch einen materialistischen ersetzte. Die hervorragendsten Vertreter der Hegelschen Linken waren Marx und Engels.

---

1) Beltow, Im Laufe von 20 Jahren (in russischer Sprache), S. 176. Siehe auch den interessanten und wertvollen Aufsatz dieses Schriftstellers in „Kritik unserer Kritiker“ (in russischer Sprache), S. 202—228. Endlich Engels' Broschüre über Feuerbach.

Neben den evolutionistischen und revolutionären Elementen enthielt die Hegelsche Philosophie noch andere positive Begriffe, namentlich war dies auf dem Gebiete sozialer Erscheinungen der Fall. So ihre Zurückführung auf einen gemeinsamen Stamm durch den Satz, die verschiedenen Erscheinungen auf den verschiedenen Gebieten des Massenlebens müßten eine gemeinsame ursprüngliche und grundsätzliche Ursache haben. Für Hegel bildete „der Volksgeist" diesen Ausgangspunkt, für die Marxisten waren es die Produktivkräfte. Hegel bemühte sich überhaupt, den Zusammenhang sozialer Erscheinungen darzulegen und ihre Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit nachzuweisen.

Neben diesen positiven Seiten enthält sein System viel Negatives; ganz abgesehen von dem idealistischen Unterbau, der den Schwerpunkt in die Entwicklung des Weltgeistes verlegte und ihm die ganze reale Welt unterordnete, entbehrte die Art, wie mit den verschiedenen Begriffen umgesprungen wurde, oft der Begründung. Die Erscheinungen wurden in dialektische Formen gezwängt [1]), was sich oft nicht nur als unfruchtbar, sondern auch als schädlich erwies: bildeten sich doch so bestimmte Gewohnheiten des Denkens heraus, die oft verhängnisvoll wurden.

Hegels Theorie, Denken und Sein seien das gleiche, ist phantastisch und läßt sich selbst dann nicht aufrechthalten, wenn man den Satz materialistisch auffaßt und die Produktivkräfte als den Unterbau der Erscheinungen des Geisteslebens, also der Ideologie, erklärt. Man kann nicht zugeben, daß alle geistigen Konzeptionen mit dem Sein identisch sind, mit anderen Worten, daß sie ein wirkliches Sein haben.

Was Hegels dialektisch revolutionäres Prinzip anlangt, so bin ich der Ansicht, daß es keinerlei Gegensatz zwischen Evolutionismus und Revolutionismus gibt, und daß man diesen Satz durch Beobachtung und Erfahrung belegen kann.

Sehr treffend ist, was der berühmte Reclus über diesen Punkt in seinem Werk „L'évolution, la révolution et l'idéal anarchique" (1897) sagt.

---

1) Ich denke hier an die Einschachtelung der Tatsachen in Thesis, Antithesis und Synthesis.

Der bekannte Hegelsche Satz: Alles Seiende ist vernünftig, gab zu verschiedenen Mißverständnissen Anlaß. Hegel selbst deutete den Satz in seiner „Logik" und in seiner „Rechtsphilosophie" verschieden. In der ersteren unterscheidet er das Wirkliche vom Bestehenden. Das Wirkliche ist höher als das Bestehende, das zufällig sein kann. Das Wirkliche ist in dem Sinne notwendig, als es nicht aus dem zufälligen Zusammentreffen verschiedener Reihen von Ursachen entsteht, sondern ganz scharf aus dem hervorgeht, was ihm vorherging. In seiner „Rechtsphilosophie" erkannte Hegel dagegen an, daß wirklich alles, was ist, auch vernünftig ist.

Dieser Satz ist sowohl in der ersten als in der zweiten Auslegung falsch, da selbst das, was die Folge einer langen geschichtlichen Vorbereitung ist und nicht von dem zufälligen Verlauf der Umstände abhängt, deswegen noch nicht vernünftig sein muß. Man kann das Bestehende allerdings als vernünftig ansehen, und das ist auch bei mehr oder weniger zahlreichen sozialen Gruppen in der Zeit und an dem Orte, wo es existiert, gewöhnlich der Fall.

Ich habe mich so lange bei diesem berühmten Satz aufgehalten, da gerade er für eine Periode in Bielinskis geistigem Leben der Ausgangspunkt werden sollte. Denn diese Worte beruhigten ihn für eine kurze Zeit, versüßten ihm die Gegenwart und weckten Hoffnungen für die Zukunft. Der Zustand Rußlands schien ihm nicht mehr so furchtbar wie vorher.

Als Bielinski seine Ansichten vorbrachte, riefen sie im Kreise der Freunde heftige Streitigkeiten hervor. Bielinski war ein konsequenter Kopf, er zog alle Folgerungen aus der einmal anerkannten Theorie. Die Gespräche mit den Freunden, die weniger folgerichtig in ihren Schlüssen waren als er, erklärten ihm vieles und trugen sicherlich nicht wenig zu seiner weiteren geistigen Entwicklung bei.

Hegels Theorien hatten Bielinskis Denken vertieft und kamen seinem Trieb, in den sozialen Erscheinungen tiefere prinzipielle Ursachen zu suchen, entgegen; endlich gab ihm Hegel die evolutionistische Methode bei der Betrachtung der Dinge an die Hand und lehrte ihn, mit sozialen Notwendigkeiten zu rechnen.

Von der Hegelschen Philosophie ging Bielinski zum utopischen Sozialismus über, der seinen humanitären Idealen entsprach und ihm neue Ausblicke eröffnete. Dieser neue Einfluß begann seine Macht auf Bielinski im fünften Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auszuüben.

Das Mitgefühl mit den Enterbten, die Verteidigung ihrer Interessen zeigte sich nun deutlich in seinen literarisch-kritischen Aufsätzen, die dadurch von ungeheurer erziehlicher Bedeutung wurden. Doch sah er die arbeitenden Schichten nicht anders als sie waren, und war weit entfernt von jeder unfruchtbaren und faden Gefühlsschwelgerei.

Bielinski ging in erster Reihe deswegen von der Hegelschen Philosophie zum utopischen Sozialismus über, weil er persönlich die Unterordnung der realen menschlichen Interessen unter einen mythischen Weltgeist, der seine fortwährende Entwicklung mit verschiedenen historischen Grausamkeiten ausfüllte, nicht länger anerkennen wollte. Seiner Lossagung von dem Weltgeist gab Bielinski in dem bekannten Briefe an Botkin Ausdruck.

Bielinski beruhigte sich jedoch auch dann nicht, als er Sozialist in der damaligen Bedeutung dieses Wortes geworden war; noch immer quälten ihn verschiedene Zweifel, und noch immer fühlte er seine eigene Machtlosigkeit gegenüber dem bestehenden Zustand der Dinge, wie zu Beginn seiner Tätigkeit. Das abstrakte Ideal allein befriedigte ihn nicht. Bei der Beurteilung der sozialen und politischen Angelegenheiten Westeuropas stellte er sich auf die Seite der arbeitenden Klassen, aber er hatte oft einen falschen Begriff von ihren Interessen. So fand er, das französische Proletariat habe einen Fehler begangen, als es 1830 während der Julirevolution an dem rein politisch-konstitutionellen Kampfe gegen die Reaktion teilnahm, da die Revolution dem französischen Arbeiter nichts gegeben habe. Trotz seiner warmen Sympathie für die arbeitenden Klassen verfiel Bielinski nicht in den Kultus, der damals so vielfach mit dem russischen Bauern getrieben wurde, und gab sich vielmehr von dem Zustand, in dem der Bauer sich damals befand, klare Rechenschaft.

Bei einer Betrachtung der russischen Geschichte kam Bielinski zu dem Schlusse, die fortschrittliche Bewegung vollziehe sich hier nicht von unten nach oben, sondern umgekehrt. Bis zur Zeit Katharinas II. ist dieser Satz vollkommen richtig. Allein schon unter ihrer Regierung eilte die soziale Bewegung den von der Regierung angeregten Reformen voraus. Unter Alexander I. schien die Regierung wieder an der Spitze der fortschrittlichen Bewegung zu stehen, aber dieses Traumbild wurde bald zunichte gemacht.

Im Jahre 1847 entstand in Rußland das Gerücht, Nikolaus I. denke daran, die Leibeigenschaft aufzuheben. Bielinski fing an, auf Reformen zu hoffen, und war der Ansicht, man dürfe die Regierung nicht durch allzu große Forderungen reizen. Eine Zeitlang träumte er sogar von einem kaiserlichen Reformator, der den damaligen Zustand der Dinge hassen und die Bahn der Neuerungen kühn betreten würde.

Bielinski gehörte der westlichen Richtung an, d. h. er wünschte, Rußland möchte sich die allgemeinen Errungenschaften der europäischen Zivilisation aneignen. Wie Herzen bis 1848, so schätzte auch er diese Zivilisation hoch ein und bekämpfte hartnäckig die Slawophilen. Gerade seine Aufsätze gegen die Slawophilen klärten einen großen Teil der russischen Intelligenz über die verfehlten Grundsätze dieser Partei auf.

Bielinski wußte zwar selbst keinen Ausweg aus der herrschenden schweren Lage des russischen Volkes, aber er glaubte an seine Zukunft. Wie andere Vertreter der westlichen Richtung glaubte auch er, das russische Volk, dem eine glänzende Überlieferung und alle moralischen Fesseln anderer Art fehlten, die es an die Vergangenheit knüpfen konnten, würde gerade aus diesem Grunde leichter als jedes andere Volk in Zukunft eine ganz neue Zivilisation hervorbringen, die allen Bedürfnissen allseitig entwickelter Menschen völlig entsprechen würde. Sogar die Armut der damaligen russischen Literatur hielt Bielinski für einen Vorzug: um so herrlicher würde ihre Blüte in der Zukunft sein.

Tatsächlich zeigte die russische Literatur schon unter Nikolaus I. einen hohen Stand. Neben Größen wie Puschkin, Gogol und Lermontow tauchte eine ganze Schar junger Schriftsteller

auf, die sich später zu Größen entwickelten, die von der ganzen Welt anerkannt wurden: ich denke hier nur an Turgenjew, Gontscharow und andere.

Diese neue russische Literatur war von großem künstlerischen Wert und zeichnete sich gleichzeitig durch einen starken Realismus und echte Lebenswahrheit aus; gerade darin lag auch ihre ungeheure Bedeutung für die zeitgenössische Entwicklung. Selbst Schriftsteller wie Gogol, die weder freigeistigen noch radikalen Gedanken huldigten, trugen durch ihre Meisterwerke, die die traurigen, schweren Zustände Rußlands in ihrer ganzen Nacktheit entblößten, dazu bei, den kritischen Geist der Gesellschaft zu wecken.

Bielinskis Verdienste um die neue russische Literatur waren unendlich groß: er verstand es, Talente zu entdecken, ja er vermochte den Schriftstellern selbst die Wege zu weisen, die ihrer Natur entsprachen. Seine Kritiken waren nicht nur für die große Menge der Leser ein Leitfaden, auch die Schriftsteller selbst schöpften fruchtbare Anregungen daraus.

Gegen Ende seines Lebens machte Bielinski noch einmal eine geistige Veränderung durch und bekannte sich abermals zu neuen Anschauungen. Im Jahre 1847 hörte er auf, ein Anhänger des damaligen Sozialismus zu sein, dem er jetzt Mangel an historischer Fernsicht vorwarf. Er erklärte, der Sozialismus habe einen Fehler begangen, als er in politischer und sozialer Beziehung rücksichtslos gegen das Bürgertum auftrat. In einem Briefe an seinen Freund Botkin gab er offen zu, Frankreichs Zukunft ruhe in den Händen des Bürgertums, dem er eine bedeutende Rolle zuwies, während das Volk selbst passiv bleiben würde. Bezüglich Rußlands war er der Ansicht, es werde sich in politischer und sozialer Hinsicht günstig entwickeln können, wenn erst der russische niedere Adel sich zum Bürgertum umgewandelt hätte.

Diese Ansichten konnte er nicht in Aufsätzen entwickeln, nur in Briefen sprach er sich offen darüber aus. Zu Ende seiner Tätigkeit stand er also auf dem Standpunkt, das Bürgertum sei im Westen und noch mehr in Rußland von großem Nutzen. Dem Bürgertum wollte er jetzt eine fortschrittliche Rolle zu-

weisen, während er den Traum von einem Sprung in den Sozialismus für eine Schimäre erklärte.

Er starb im Jahre 1848.

Bielinski war eine leidenschaftliche Natur, die zu Einseitigkeiten neigte. Als er gegen Ende seines Lebens die bürgerliche Staatsordnung für einen nützlichen Übergangszustand erklärte, begann er auch, das Volk überhaupt nicht mehr als aktive Macht in der Geschichte anzuerkennen. Unstreitig bemerkenswert und anerkennenswert ist sein realistischer Standpunkt im Verhältnis zum Bürgertum und so auch zum Kapitalismus. Er irrte in manchem, aber er begriff doch die große Wahrheit, daß in der sozialen Entwicklung gewisse Notwendigkeiten vorhanden sind, die von den geistigen Führern des Volkes und den Menschen der Tat notwendigerweise verstanden und berücksichtigt werden müssen.

Wäre Bielinski länger am Leben geblieben, so hätte er wahrscheinlich immer bessere Gründe für seine Ansichten gefunden und wäre dem Standpunkt des heutigen Sozialismus immer näher gekommen [1].

Ich muß hier noch einen anderen Vertreter der westlichen Richtung erwähnen, einen verdienstvollen Mann, der nicht wenig zur Entwicklung freiheitlicher und fortschrittlicher Gedanken in Rußland beitrug, ich meine den Historiker und Professor an der Moskauer Universität T. N. Granowski. Seine interessanten, lebhaften und wissenschaftlich hochstehenden Vorlesungen zogen eine Schar von Zuhörern an. Granowski arbeitete viel und hat auch als Geschichtsforscher große Verdienste, obgleich er weder große Darstellungen, noch Untersuchungen hinterlassen hat, die für spätere Arbeiten als Quellen dienen konnten. Er kannte den Stand seiner Wissenschaft genau und war, wie Karejew sagt, der erste der russischen Professoren, der die allgemeine Geschichte nicht als eine mechanische Aneinanderreihung der Geschehnisse bei den verschiedenen Völkern behandelte, sondern als ein Ganzes, d. h. als einen einheitlichen Prozeß. Er war ein Anhänger der deutschen

1) Eine interessante und wichtige Broschüre über Bielinskis soziale und politische Ansichten schrieb Plechanow unter dem Titel „W. G. Bielinski“ (in russischer Sprache).

idealistischen Philosophie und stand häufig, wenn auch unbewußt, in Hegels Bann. In der Geschichte ging er vor allen Dingen dem Kampf der Prinzipien nach und legte ihn in idealistischer Weise aus.

Granowski besaß keine einheitliche, durchgebildete philosophisch-soziale Weltanschauung. Er hatte humanitäre Ansichten, war freigeistig und liberal, aber weit entfernt von einem äußersten Radikalismus und Sozialismus. Die westeuropäische Kultur schätzte er sehr. Sein Einfluß war seinerzeit groß und von gewaltigem Nutzen. Er verstand das geistige Element in seinen Hörern zu wecken und sie zu einer gewissen Höhe hinaufzuziehen. Mit besonderer Vorliebe behandelte er das Mittelalter und Übergangszeiten. Granowski war aber auch ein Künstler. Seine Vorträge waren reich an dramatischen Momenten und voller Poesie. Gegen Ende seiner Tätigkeit stellte er den Satz auf, die Geschichte müsse die größtmögliche Genauigkeit erreichen und sich zu diesem Zwecke der Methode der Naturwissenschaften bedienen. Er selbst vermochte nichts mehr in dieser Richtung zu tun.

In seinen historischen Arbeiten und in seinen Vorträgen weckt Granowski Achtung und Liebe für die Freiheit und Haß gegen die Unfreiheit. Für das Christentum besaß er eine große Begeisterung.

III.

Abseits von den Kreisen, die wir bisher kennen lernten, stand P. Tschaadajew, dessen Schriften auf die Entwicklung der russischen Gesellschaft einen wesentlichen Einfluß ausübten und ein wichtiges Ferment für das russische Geistesleben bildeten. Niemand vor ihm und vielleicht auch niemand nach ihm hat die Vergangenheit, die Gegenwart und teilweise auch die Zukunft des russischen Volkes so skeptisch und absprechend beurteilt.

Tschaadajew gehörte zu der gleichen Generation wie die Dekabristen und auch er war in unmittelbare Berührung mit der westeuropäischen Kultur gekommen. Doch fehlte es ihm an politischem Temperament, und diesem Umstande ist es wohl zuzuschreiben, daß er sich nicht an den geheimen Verschwörungsgesellschaften unter Alexander I. beteiligt hatte, obgleich er in persönliche Beziehungen zu Mitgliedern der Organisation getreten

war. Dagegen zogen ihn moralphilosophische und religiöse Fragen mächtig an. Politische und soziale Fragen und ebenso nationale betrachtete er von einem höheren Standpunkt aus. Er war weder ein fruchtbarer Schriftsteller, noch hatte er sich ein bestimmtes Arbeitsgebiet erwählt. Was er hinterließ, ist sehr gering: kaum ein paar Briefe und unvollendete Aufsätze.

Aber diese wenigen Zeilen enthalten eine in sich geschlossene Anschauung über die Entwicklung des russischen Volkes und zwar eine völlig selbständige Anschauung.

Tschaadajews berühmter philosophischer Brief, der viel Aufsehen machte, erschien 1836. Ich gebe hier in aller Kürze die wichtigsten Gedanken daraus wieder.

Rußland, sagt Tschaadajew, entwickelte sich zwischen Westen und Osten, das russische Volk aber eignete sich weder die östliche noch die westliche Kultur gründlich an, sondern lebte für sich. Es gab der Menschheit auch nicht einen Gedanken, es tat nichts zu ihrer Vervollkommnung; dagegen verzerrte es alles, was ihm eine Verbesserung ermöglicht hätte. Das russische Volk hat nie am großen Weltgeschehen teilgenommen, und so ist ihm auch alles ferngeblieben, was die Religion neuen Generationen gegeben hat. Die Völker des Westens entwickelten sich fortdauernd in der Richtung, die Christus gezeigt hat, das russische Volk allein kam nicht vorwärts.

Die anderen Völker wuchsen auf in den Grundsätzen der Pflicht, des Rechts, der Wahrheit und der Ordnung, jener unentbehrlichen Grundpfeiler der Gesellschaft, die sich ihrerseits von selbst aus den Ereignissen entwickeln, welche zur Entstehung einer Gesellschaft beitragen. Diese Grundsätze sind es denn auch, welche die Atmosphäre des Westens bilden, sie sind mehr als die Geschichte, mehr als die Psychologie Europas, sie sind seine Physiologie. Den Russen fehlt es an Gründlichkeit, an Methode, an Logik. Den besten Ideen in ihren Köpfen mangelt es an Folgerichtigkeit und Zusammenhang untereinander, so daß sie zu Schemen werden und in ihrer Entwicklung erstarren. In Rußland geht der Mensch zugrunde, weil ihm die Möglichkeit fehlt, den Zusammenhang mit dem zu finden, was vor ihm war und was nach ihm folgt; er hat keinen festen Boden, auf dem er stehen könnte.

Selbst im Blick des Russen will Tschaadajew etwas sehr Unbestimmtes und Kaltes sehen, wie es Völker haben, die auf einer niedrigen Stufe geschichtlicher Entwicklung stehen.

Ausländer, fährt Tschaadajew fort, gestehen zwar den Russen gewisse gute Eigenschaften zu und zwar in erster Reihe Mut. Diesen wieder schreiben sie namentlich Mitgliedern der niederen Schichten zu, aber sie begreifen nicht, daß die gleiche Ursache, welcher der Mut der Russen entspringt, sie auch unfähig macht, gründlich und beständig zu sein. Die Gleichgültigkeit des Russen gegen die äußere und materielle Gefahr geht Hand in Hand mit seiner Gleichgültigkeit gegen alles: er ist gleichgültig gegen gut und böse, gegen Wahrheit und Lüge, mit einem Worte, nichts von jenen gewaltigen Beweggründen, die den Menschen auf den Weg der wahrhaften Vervollkommnung drängen, liegt ihm wirklich am Herzen. Die europäischen Völker haben Erinnerungen an große Taten und eine glorreiche Vergangenheit, sie haben gewaltige Leidenschaften durchgemacht, ein Leben voll Anspannung war ihnen beschieden. Die Russen entbehren das alles; nichts vermag in der Vergangenheit ihre Einbildungskraft zu fesseln, nichts erhebt sie, begeistert sie, spornt sie an. Der Russe lebte anfangs in der Barbarei, dann versank er in Vorurteile, noch später kam er in schwere Unfreiheit — weiter erlebte er nichts.

Die Entwicklung des russischen Volkes kann nur als eine Folge von Fehlern und Mißgriffen lehrreich sein. Sein geistiges Leben knüpfte es an das byzantinische Reich, das in seiner Entwicklung erstarrt, entartet und von Europa losgelöst war; so kam es denn auch, daß die Völker des Westens zusammen eine ideell-kulturelle Familie bildeten und bilden, die voller Lebensfähigkeit und Kraft ist, während das russische Volk einsam dasteht. An diesem Punkte läßt Tschaadajew durchblicken, daß der Katholizismus, durch ein mächtiges Papsttum zusammengehalten, zu einer großen Kulturmacht wurde.

Das russische Volk ist wie ein uneheliches Kind, es hat weder ein Erbgut, noch Überlieferung erhalten. Schon in seinem Blut liegt etwas, was ihm die Entwicklung erschwert, und so ist es denn auch für Tschaadajew fraglich, ob es sich je zu Macht und Kultur emporschwingen werde.

Wie wir sehen, ist Tschaadajew von einem grenzenlosen Pessimismus durchdrungen, der sich überhaupt nicht mehr überbieten läßt.

Auf die intelligenten Kreise der russischen Gesellschaft machte Tschaadajews Brief einen niederschmetternden Eindruck; die ungeheure Mehrheit tadelte den Schriftsteller und hätte ihn gern so hart wie möglich gestraft. Aber über seine Gedanken konnte man nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen; sie wurden vielmehr, wie die Zeitgenossen bezeugen, monatelang auf das eifrigste besprochen.

Die Regierung verbot die Zeitschrift, in der Tschaadajews Arbeit erschienen war, und erklärte den Verfasser für verrückt. Er wurde auf einige Zeit eingesperrt.

Ich übergehe die weiteren Briefe und Aufsätze Tschaadajews, da sie nichts Hervorragendes mehr enthalten. Ich füge nur hinzu, daß er seine pessimistische Anschauung über das russische Volk später etwas änderte, wenn auch nur in Einzelheiten.

Tschaadajews Ideen waren Wasser auf die Mühle der Anhänger westlicher Kultur und bildeten den Ausgangspunkt für viele Ansichten dieser Gruppe der russischen Intelligenz.

Entgegen Tschaadajews Theorie hat Rußland in den letzten fünfzig Jahren auf allen Gebieten ungeheure Fortschritte gemacht; seine Literatur gehört zu den besten der zivilisierten Welt; selbst auf dem Gebiete der reinen Wissenschaft hat Rußland heute Gelehrte vom höchsten Rang aufzuweisen.

Im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aber waren Tschaadajews Gedanken, soweit sie sich auf die Vergangenheit und die damalige Gegenwart beschränkten, nicht ganz ungerechtfertigt. Das russische Volk lebte damals wirklich fernab von allen Bestrebungen und Kämpfen der Welt, seine Geschichte war eintönig und entbehrte der großen Ereignisse, die Kultur des Westens war nur ganz oberflächlich angenommen worden. Sicherlich richtig war der Gedanke Tschaadajews, es sei für Rußland von großem Schaden gewesen, daß es sich der orthodoxen Kirche zugewandt und sich an Byzanz angelehnt hatte; wurde doch Rußland so von Westeuropa getrennt und ging des belebenden Kampfes zwischen der unabhängigen Kirche und dem

Staat verlustig, der eine große Rolle in dem Befreiungsprozeß der Gesellschaft vom staatlichen Druck gespielt hat. Schon Auguste Comte hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Gegensatz zwischen weltlicher und kirchlicher Macht ein wichtiger Faktor in der sozialen und politischen Entwicklung des Westens war.

Tschaadajews Fehler jedoch bestand darin, daß er den Schwerpunkt des sozialen Lebens in der Religion und in den Ideen sah und nicht im praktischen Leben selbst, dessen Unterbau die wirtschaftlichen Zustände sind. Gerade sie waren es, die durch ihre Rückschrittlichkeit Rußland so lange zu einer Welt für sich machten. Wir haben aber gesehen, wie dringende Staatsbedürfnisse Rußland auf den Weg der allmählichen Umgestaltung seiner Wirtschaft zwangen. Die Industrie mußte entstehen, und sie wieder zwang Rußland, die westeuropäische Technik und Wissenschaft herbeizurufen. Die weitere Entfaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse stieß Rußland mit Notwendigkeit in den Strudel der allgemeinen Entwicklung, und so wurden auch jene Grundpfeiler untergraben, auf denen sich die Moral, die Sitte und der Intellekt des Volkes in ihrer früheren Form aufgebaut hatten. Die neuen wirtschaftlichen Zustände änderten auch die Psyche des russischen Volkes.

IV.

Es bleibt uns noch übrig, von den Bestrebungen der russischen Slawophilen unter Nikolaus I. zu sprechen. Sie entwickelten ein geschlossenes Gedankensystem, das eine Zeitlang von bedeutendem Einfluß auf die russische Gesellschaft war und dessen zahlreiche Überbleibsel man noch heute in den konservativen russischen Kreisen finden kann.

Die Theorie der Slawophilen fußte auf dem bekannten Satz Hegels, die Weltgeschichte sei der Ausdruck der Entwicklung des Weltgeistes. Die hintereinander auf dem Schauplatz der Geschichte auftretenden Völker sind die immer vollständigere und der Idee des Weltgeistes immer besser entsprechende Verkörperung dieser Idee selbst. Nach Hegels Ansicht waren die Deutschen der beste Ausdruck dieses Gedankens, die Slawen

dagegen hielt er für unfähig, den Schatz der großen Errungenschaften menschlichen Geistes durch neue schöpferische Eigentümlichkeiten zu bereichern. Die Slawophilen nahmen zwar Hegels Theorie zum Ausgangspunkt, kamen aber zu den entgegengesetzten Schlüssen. Sie erklärten, gerade Rußland, ja den Slawen überhaupt, sei die große und ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden. die Verinnerlichung des Weltgeistes durchzuführen, die anderen Völker hätten in dieser Hinsicht nur eine vorbereitende Aufgabe zu lösen gehabt. Die westliche Zivilisation habe eine Seite des Geistes entwickelt: die verstandesmäßige und logische; Rußlands eigentümliche Aufgabe sei es nun, alle Seiten des geistigen Lebens, namentlich aber das Gefühl, harmonisch zu entwickeln. Der Ausdruck dafür, daß dieses geistige Element in idealer und religiöser Hinsicht in Rußland überwiegt, ist die orthodoxe Kirche; auf sozialem und materiellem Gebiet tritt es im Gemeindeeigentum an Grund und Boden zutage. Beide Einrichtungen sind nach den Slawophilen für Rußland von schwerwiegender Bedeutung.

Die orthodoxe Kirche, die im Gegensatz zum Katholizismus die christliche Lehre in ihrer reinen Form erhalten hat, führte nach Ansicht der Slawophilen dem russischen Volke moralische und kulturelle Elemente von unschätzbarem Werte zu. Sie kämpfte nie mit dem Staat um die Gewalt, und das Ergebnis war, daß die Religion für sie stets größere Bedeutung erlangte, als die äußeren Verhältnisse. Einzelne Schriftsteller im Lager der Slawophilen schrieben lange theologische Abhandlungen, in denen sie die Überlegenheit der orthodoxen Kirche über den Katholizismus nachwiesen. Ich gehe hier nicht des näheren auf diesen Streit ein, der allzu speziell ist und für die Entwicklung der freiheitlichen Bewegung keinerlei Bedeutung hat.

Auch die russische Staatsform ist nach Ansicht der Slawophilen anders entstanden als die Staatsformen in Westeuropa. Während sich dort Staaten dadurch bildeten, daß die einen Völker die anderen unterjochten, ging in Rußland alles friedlich vor sich; das Volk selbst rief freiwillig die Macht herbei, um sich von ihr regieren zu lassen. Aus diesem Grunde herrscht auch im Westen zwischen dem Volk auf der einen und der Regierung auf der andern Seite ein starker Gegensatz, während ein solcher in Rußland nie-

mals weder bestand, noch besteht. Im Westen entstanden scharf voneinander gesonderte und sich stets bekämpfende Stände; das Verhältnis der Gesellschaft zu Staat und Regierung entstand auf Grundlage geschriebener Rechte, die der Ausdruck des gegenseitigen Mißtrauens waren; in Rußland dagegen beruhte das Verhältnis der Volksversammlungen zu den Fürsten in der Zeit der Teilfürsten und ebenso das Verhältnis der Landestage zu den Zaren im Moskowiterreich auf der Gleichheit der Interessen und dem Vertrauen; ein geschriebenes Recht war daher nicht nötig. Das russische Volk kannte auch nicht den Grundsatz, wonach die Mehrheit in der Volksversammlung der Minderheit gegenüber recht behält, sondern strebte stets nach einer einmütigen Erledigung der Angelegenheiten. Es trug der Regierung stets frei und kühn seine Wünsche vor; diese hörte es an und erfüllte die Bitten nach Maßgabe der Möglichkeit, ohne hierzu durch ein Gesetz gezwungen zu sein.

Die russische Geschichte kennt keine grundsätzlichen Kämpfe mit der Regierung; nur ungerechte Monarchen wurden bekämpft. Auch Streitigkeiten der Stände untereinander blieben ihr fremd.

Zu den guten Eigenschaften des russischen Volkes gehört die Unterordnung des einzelnen unter den allgemeinen Willen, das Sichbegnügenkönnen mit Kleinem — die gesellschaftliche Einigkeit. Diese Eigenschaft hängt mit der uralten Einrichtung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden zusammen, die Rußland vor dem Pauperismus und der Proletarisierung bewahrt hat und welche dem Interesse des einzelnen, sowie dem der Bauerngemeinden entspricht. Die großrussische Gemeinde hat auf das Volk erzieherisch eingewirkt und es vor Zersplitterung, Elend und moralischer Unfreiheit bewahrt.

Bis zu Peter dem Großen war Rußland auf dem besten Wege seiner Entwicklung. Dieser Monarch jedoch, der den übrigen europäischen Staaten nachstreben wollte, begann Rußland gewaltsam und gegen den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes nach westlichem Muster umzumodeln. Infolgedessen wurden die alten russischen Sitten in ihren Grundfesten erschüttert; westliche Ideen, die dem russischen Volksgeist fremd waren, begannen einzudringen; die höheren Schichten und die

ganze Intelligenz verloren den geistig-moralischen Zusammenhang mit dem Volke.

Dieser Zustand der Dinge fügte dem russischen Volke großen Schaden zu: es wurde aus seiner Bahn geworfen; ein Zwiespalt entstand in seiner Seele. Das russische Volk muß auf diesem verhängnisvollen Wege umkehren, es muß zu den alten Sitten zurückkehren und die Elemente seiner eigenen ursprünglichen Kultur weiter entwickeln.

Die Völker Westeuropas sind in einem Zersetzungszustand, ihre materialistische und rationalistische Zivilisation wird von immerwährenden sozialen Kämpfen zerrissen, die die Völker selbst aufreiben. Der Glaube schwindet und infolgedessen geht auch die Moralität zurück.

Will der Westen eine Wiedergeburt feiern, so muß er slawisch-russische Elemente in sich aufnehmen; einige Slawophilen vertraten sogar die Ansicht, der Westen müsse sich zur orthodoxen Kirche bekehren.

In keiner Arbeit wurde die Theorie der Slawophilen vollständig dargestellt. Einen deutlichen Begriff ihres Inhalts geben jedoch die Werke ihrer Hauptvertreter: der Brüder Kirejewski, Aksakows, Chomiakows, Walujews und anderer.

Die Lehre der Slawophilen entstand im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in dem Kreise um die beiden Brüder Kirejewski und entwickelte sich rasch in den folgenden Jahren.

In Einzelheiten wiesen die Meinungen der Slawophilen Unterschiede auf: so wollten die einen nur das uralte Rußland vor dem moskowitischen Reich gelten lassen, während andere auch dieses noch idealisierten.

Dem offiziellen Regierungsnationalismus waren die Slawophilen jedoch nicht freundlich gesinnt, sie waren Gegner der Bureaukratie, die sie für eine Erfindung der Ausländer erklärten, ohne ihr etwas anderes gegenüberzustellen. Ebenso waren sie Gegner der bäuerlichen Leibeigenschaft und des religiösen Zwanges.

Ihre Ansichten sprachen sie nicht immer deutlich aus, einmal, weil sie sich wohl selbst über vieles nicht klar waren; dann legte ihnen auch die Zensur gewisse Schranken auf. Unter Alexander II. erst konnten sie sich offener aussprechen.

In politischer Beziehung forderten die Slawophilen Wiedereinführung des Landestages als beratender Körperschaft des Zaren, Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern und ihre Ausstattung mit Grund und Boden, Aufhebung der Zensur und Religionsfreiheit.

Gegenüber der Politik eines Nikolaus enthielt also auch das Programm der Slawophilen fortschrittliche Forderungen, aber diese Forderungen selbst standen auch im Widerspruch zu den alten überlebten Formen des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens. Denn der beratende Landestag hätte die Willkür der Regierung nicht aufheben können, nicht einmal die Macht der Bureaukratie hätte er zu untergraben vermocht. Die großrussische Gemeinde ihrerseits konnte nur insoweit bestehen, als die ganze Wirtschaftsordnung in Rußland veraltet und vorkapitalistisch war [1]); endlich hätte die orthodoxe Kirche nie die Führung des ganzen geistigen Lebens übernehmen können. Im Grunde genommen waren also die Theorien der Slawophilen auf völlig reaktionären Grundsätzen aufgebaut.

Die Slawophilen wiesen der bäuerlichen Bevölkerung selbst die erste Rolle im Leben Rußlands zu und trugen auch nicht wenig dazu bei, daß man sich mit dem Volke zu beschäftigen begann und seine Eigentümlichkeiten studierte.

Die Regierung verhielt sich insoweit freundlich gegen die Slawophilen, als sie Gegner der parlamentarischen Regierungsform waren, dagegen mißfiel ihr die Kritik, welche die Slawophilen an der Bureaukratie übten, ihr Bauernkultus und ihr Wunsch nach religiöser Freiheit.

Welches war nun das Verhältnis der Slawophilen zu den übrigen slawischen Völkern? Eine kurze und zugleich vollständige Beantwortung dieser Frage ist außerordentlich schwierig. Gerade in dieser Beziehung änderten nämlich die Slawophilen ihre Ansichten häufig, außerdem wichen auch noch die einzelnen Schriftsteller voneinander ab.

Im allgemeinen kann man die Slawophilen wohl als Patrioten bezeichnen, manche von ihnen waren sogar russische Nationalisten,

---

1) Auf diesen Punkt komme ich noch zurück.

und nur für einige slawische Völker hatten sie ausgesprochene Sympathien. Sie wünschten die Vereinigung der Slawen unter russischer Oberherrschaft. Namentlich die Polen galten ihnen als Verräter des Slawentums, hatten sie doch den Katholizismus angenommen und sich der westlichen Kultur zugewandt. Sie hatten wenigstens zu Beginn nichts weniger als russifikatorische Bestrebungen; mit der Zersetzung der slawophilen Theorie begannen aber viele von ihnen tatsächlich für einen Regierungsnationalismus einzutreten.

Die westliche und die slawophile Richtung unter Nikolaus I. setzten sich in späteren Jahrzehnten in bestimmten revolutionären und sozialen Strömungen fort, die bereits andere Ziele verfolgten.

Denn die russischen revolutionären Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. unterschieden und unterscheiden sich erheblich von ihren Vorläufern in ihren Ansichten über die Wege, die das russische Volk gehen wird und soll.

Die einen stellen den Satz auf, die Entwicklung des russischen Volkes werde sich vollziehen wie die der übrigen europäischen Völker; die anderen sind der Ansicht, das russische Wirtschaftsleben weise ganz bestimmte eigentümliche Züge auf, so daß eine andere soziale Struktur die natürliche Folge sei. In der letzten Zeit werden die Unterschiede zwischen diesen beiden Richtungen immer geringfügiger, sind aber bisher noch nicht völlig erloschen. Es gab auch Parteien, in denen beide Gedankenrichtungen ineinanderflossen.

V.

Aus den vorhergehenden Ausführungen erkennen wir, daß die geistige Bewegung unter Nikolaus I. trotz der furchtbaren Reaktion in den höheren und teilweise auch in den mittleren intelligenten Schichten der Bevölkerung große Fortschritte machte. Den Anstoß zu dieser Bewegung hatten in erster Reihe die gewaltigen sozialen und philosophischen Geistesströmungen des Westens gegeben, die in Rußland eine bodenständige Kultur und Überlieferung vorfanden, die ihrerseits auf jene Gedankenwelt zu-

rückwirkten; so waren neue geistige, soziale und politische Richtungen von rein russischem Charakter entstanden. In den Anschauungen der Männer, die damals auf sozialem und politischem Gebiete die geistige Führung hatten, und ebenso in den damaligen Meisterwerken der Literatur finden wir schon jene charakteristischen Merkmale, die in den nächsten Jahrzehnten immer deutlicher und schärfer hervortreten sollten, um erst in der neuesten Zeit wieder langsam zu verschwinden oder Veränderungen zu unterliegen. Diese Merkmale des russischen Denkens bestanden damals und später in folgendem. Die bäuerliche Bevölkerung wurde als der bedeutsamste Bestandteil des Volkes anerkannt, das wichtigste Moment aber im Leben der Bauernschaft, erklärte man, sei das Gemeindeeigentum an Grund und Boden, das seinerseits wieder als der wichtigste Hebel zur Hebung und Vervollkommnung des bäuerlichen Seins galt; weiter trat man für eine größere Einfachheit in allen persönlichen und allgemeinen Bestrebungen ein, um so einen stärkeren Zusammenhang mit der bäuerlichen Bevölkerung zu erreichen; die Folge war, daß man leicht dazu neigte, jene kulturellen und politischen Errungenschaften zu unterschätzen, die dem Volke keinen unmittelbar greifbaren Nutzen brachten. Anderseits setzte man sich für die Verteidigung der Menschenwürde gegen Angriffe aller Art ein und kämpfte gegen jene althergebrachten Irrtümer und Gewohnheiten in der Gesellschaft, die dem einzelnen unnütze Schranken auferlegten, und war überhaupt bestrebt, die Persönlichkeit von allen althergebrachten quälenden Fesseln zu befreien.

Zwischen den individualistischen Bestrebungen und dem Hang, den Bauern und das Zusammenleben innerhalb der bäuerlichen Gemeinde als Vorbild hinzustellen, lag sicherlich ein Widerspruch, wie er eben stets zwischen der hohen verfeinerten Kultur der wahrhaft Gebildeten und der gröberen der unkultivierten Masse besteht. Um diesen Gegensatz in der russischen Literatur und Publizistik zu begreifen, muß man sich die damaligen sozialen und kulturellen Verhältnisse klarmachen, unter denen der niedere russische Adel lebte; gingen doch aus dieser Schicht gerade die geistigen Führer hervor. In kultureller Beziehung

teilte sich der niedere Adel in zwei Gruppen. Die Mitglieder der ersten waren reich, gebildet und hatten ihren Wohnsitz in den großen Städten, wo sie unmittelbaren Anteil an dem geistigen und staatlichen Leben nahmen; hinter ihr stand eine zweite, verschüchterte und ungebildete Gruppe; sie lebte in der Provinz; ihre Vertreter waren Gutsbesitzer und Beamte. Die erste Gruppe, die in der Minderheit war, stand stark unter dem Einfluß der westeuropäischen Kultur und noch mehr unter dem der westeuropäischen Literatur, namentlich war das bei den Vertretern der jüngeren Generation der Fall. Diese jungen Leute fühlten sich nicht nur als Russen, sie machten auch das westeuropäische Leben mit seinen Freuden und Leiden mit. Ihnen war auch das Entsetzliche der russischen Verhältnisse klar, der Druck der alten Ordnung in ihrem Lande machte sich ihnen, ich möchte sagen persönlich fühlbar, und gerade darum begriffen sie auch besser als die entsprechenden sozialen Gruppen irgendeines andern Landes die furchtbare Lage der Bauern. So entstand ihr großes Mitgefühl mit den Bauern, und da diese die ungeheure Mehrheit im Volke bildeten, kam die Überzeugung von der großen Bedeutung auf, welche die Bauernschaft für die Zukunft Rußlands besitze.

Der Abgrund wieder, der das Ideal von der Wirklichkeit trennte, machte die Verteidigung der menschlichen Persönlichkeit zu einem Grundprinzip für die Vertreter der schönen Literatur und wurde so der Beginn der individualistischen Richtung.

So entstand neben einem bewußten Individualismus der Bauernkultus und die Verteidigung der bäuerlichen Interessen. Die großrussische Dorfgemeinde mit ihrem Gemeindeeigentum an Grund und Boden galt als Vorbild. Die Slawophilen vermochten das Prinzip des Individualismus nicht mit ihren patriarchalischen Grundsätzen zu vereinigen und schoben es daher in den Hintergrund. Die Anhänger der westlichen Richtung machten zwar das Prinzip selber zu ihrem Schlachtruf, es gelang ihnen jedoch nicht immer, ihm treu zu bleiben. Ein solcher Mangel an Folgerichtigkeit findet sich häufig bei Herzen, der Individualist war und oft sogar bis zum Äußersten ging, um daneben die russische Dorfgemeinde zu verherrlichen, deren Einrichtungen

doch dem einzelnen Fesseln auferlegen. Herzen war ein scharfer Denker, ein durch und durch moderner Mensch, der die Wissenschaft und die Kunst liebte, und doch war er in manchen Augenblicken bereit, all das sehr niedrig einzuschätzen und den Schwerpunkt einer Wiedergeburt Rußlands im bäuerlichen Leben zu suchen.

In einer späteren Epoche der russischen Literatur trat das Bestreben, Leben und Lebensgewohnheiten zu vereinfachen, noch stärker hervor. Der bekannte Autor des „Versuchs einer Philosophie der russischen Literatur“, Andrejewitsch, erklärt diese Erscheinung im allgemeinen ganz richtig. Die russischen Beziehungen zur westlichen Kultur bestanden damals verhältnismäßig noch nicht lange, wenige Generationen erst hatten unter diesem Einfluß gestanden; die Vertreter der damaligen Intelligenz waren noch in der Überlieferung der landwirtschaftlichen patriarchalischen Verhältnisse aufgewachsen, sie stammten vorwiegend vom Lande und hatten wenigstens in bestimmten Lebensabschnitten den Einfluß dieser dörflich-bäuerlichen Umgebung durchgemacht. Diese Einflüsse aber machten sich in ihrem Seelenleben auch dann noch geltend, als sie geistig der Umgebung ihrer Kindheit bereits entwachsen waren. Die Einfachheit des bäuerlich-patriarchalischen Lebens zog sie, vielleicht unbewußt, noch immer an.

Diese Vermischung nun von Elementen, die aus einer hohen, verfeinerten Kultur geschöpft wurden, mit jenen anderen, die aus einem ländlich-patriarchalischen Sein herrührten, ist für lange Zeit mit das ausschlaggebende Merkmal der russischen Literatur und, wie wir noch sehen werden, auch der russischen revolutionären Strömungen.

Jener Teil des russischen niederen Adels, der an der Spitze der geistigen Bewegung stand, war weit davon entfernt, seine Vorrechte aufrecht erhalten zu wollen. Seine Vertreter kämpften nicht nur für die Aufhebung dieser Vorrechte; ihr Besitz beschämte sie fast, ja sie empfanden ihre bevorrechtete Stellung vor den Bauern beinahe als eine moralische Last. In der damaligen Literatur äußerte sich dieses Gefühl sehr deutlich.

Ein derartiges Vorgehen des Adels gehört durchaus nicht zu den ungewöhnlichen Erscheinungen in der Geschichte. Wir

wissen, daß auch in Frankreich ein Teil des niederen Adels und der hohen Aristokratie sich der großen Revolution anschloß, die nicht der Ausdruck ihrer Interessen war. Wenn auch der Klassenkampf, der aus der wirtschaftlichen Struktur hervorgeht, die ihrerseits wieder ein Ergebnis der Produktionskräfte ist, eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse spielt, so können sich doch einzelne Gruppen der verschiedenen Klassen aus den einen oder anderen Gründen in einem bestimmten geschichtlichen Augenblick mit einer Richtung vereinigen, die im allgemeinen die Interessen der anderen Klassen vertritt. Wir finden zwar in der Geschichte nirgends ein Beispiel dafür, daß ein ganzer Stand oder gar eine ganze soziale Klasse gegen ihr eigenes gemeinsames Interesse handelte, einzelne Personen aber und Gruppen taten es mehr als einmal.

Übrigens ging der fortschrittliche und radikale Teil des niederen russischen Adels unter Nikolaus in seinem Mitgefühl für das Volk nicht so weit, daß er einen revolutionären Kampf auf Leben und Tod für das Volk gegen den bestehenden Zustand der Dinge begonnen hätte. Zu solchen Taten konnten sich nur einzelne entschließen.

Von den Publizisten und Schriftstellern unter Nikolaus I. gehörte schon der bekannte Kritiker Bielinski einem anderen Kreise an als die übrigen geistigen Führer dieser Epoche. Er war der erste Vorläufer der „Raznotschinzy“ [1]), d. h. jener Menschen, die nicht aus dem höheren oder niederen Adel hervorgingen, sondern zu jenen sozial niederen und mittleren Schichten gehörten, die im allgemeinen nicht wohlhabend oder sogar arm waren. In späterer Zeit begannen die „Raznotschinzy“ im sozialen Leben und in der Literatur eine größere Rolle zu spielen.

Als Stand hatte der russische niedere Adel unter Nikolaus I. keinerlei politische Bedeutung. Die wenigen fortschrittlich gesinnten radikalen Mitglieder, die ihm angehörten, konnten noch nicht als Vertreter dieser Gruppe auftreten, sie vermochten nur neue soziale Elemente zu prophezeien, deren Interessen sie schon jetzt

1) Wörtlich der Abgabenfreie, der aber nicht adlig ist.

vertraten. Diese wenigen Menschen hatten auch nicht den Einfluß im Reiche, den die Dekabristen unter Alexander I. gehabt hatten, sie nahmen auch nicht die gleiche Stellung ein wie jene. Noch viel weniger konnten diese Männer davon träumen, gewaltsam oder mittels einer Verschwörung eine Umwälzung im Lande herbeizuführen und sich der Herrschaft zu bemächtigen, ebensowenig konnten sie daran denken, den Adel für sich zu gewinnen. War doch dieser unter dem Einfluß der Ereignisse in Rußland und im Auslande nicht nur seinen ursprünglichen Instinkten nach, sondern ganz bewußt rückschrittlich gesinnt. Wie jede andere Gesellschaft machte auch die russische bei fortschreitender Entwicklung eine immer größere Differenzierung durch.

Neben den angedeuteten geistigen, sozialen und politischen Richtungen gab es unter Nikolaus noch politische und soziale Strömungen, die sich eine praktische Betätigung zum Ziele setzten. Wenn auch noch sehr schwach, so bildeten sie doch ein deutliches Anzeichen späterer Ereignisse und verdienen als solche unsere Aufmerksamkeit.

VI.

Ich habe bereits erwähnt, welch starken Eindruck die Verschwörung und die Verurteilung der Dekabristen auf die Gesellschaft gemacht hatte. Der dreizehnjährige Herzen z. B. schwor der Regierung Rache. Die empfängliche Jugend war dadurch zum Nachdenken über gesellschaftliche und politische Angelegenheiten angeregt worden. Der Druck, den die Regierung ausübte, hielt die Unzufriedenen allerdings von der Organisation neuer Verschwörungen noch zurück; ältere, erfahrene Persönlichkeiten fehlten, sie saßen entweder in Sibirien gefangen, oder hielten sich im europäischen Rußland abseits und versteckt, um sich nicht zu verraten. Ein unmittelbarer Einfluß der ausländischen Verschwörer auf die unzufriedenen Elemente in Rußland fehlte gleichfalls. So war denn die Gründung neuer Organisationen mit großen Schwierigkeiten verbunden und unterblieb. Keime dazu aber waren unstreitig vorhanden.

Einen interessanten Beweis hierfür bietet der Kreis, der sich

im Jahre 1827 um die Brüder Kritski bildete. Die Gesellschaft hatte einen politisch-revolutionären Charakter, konnte aber keinerlei Tätigkeit entfalten. Die Mitglieder wurden sehr rasch ausfindig gemacht und schwer bestraft. Es war nicht eigentlich eine Organisation im buchstäblichen Sinne dieses Wortes. Sie bestand aus Studenten und jungen Beamten. Diese Leute, die sich alle untereinander kannten, machten in ihren Gesprächen über den Zustand der Dinge in Rußland aus ihrem Haß gegen die absolutistische Regierung und ihrem Wunsche nach einer Verfassung kein Hehl.

Schon nach den ersten Schritten, die Nikolaus I. bei seinem Regierungsantritte unternahm, machten sich die Mitglieder dieses Kreises keine Hoffnungen über die Reformfreundlichkeit des Monarchen, im Gegenteil, sie sahen in ihm das größte Hindernis zur Erreichung politischer Freiheit. Wie unter den Dekabristen, tauchte auch in ihren Köpfen der Gedanke an den Zarenmord auf. Auch sie führten lange Gespräche über diesen Gegenstand, kamen aber schließlich überein, die Ermordung Nikolaus' I. um zehn Jahre zu verschieben. Zunächst wollten sie ihre Beziehungen in der Gesellschaft erweitern und so viel Anhänger wie möglich gewinnen.

Am Jahrestage der Krönung Nikolaus' I., also am 22. August des Jahres 1827, wollten sie eine Proklamation erlassen, in welcher der Gedanke von der Notwendigkeit einer Konstitution ausgesprochen werden sollte.

Ehe aber noch dieser Tag anbrach, wurde die Gesellschaft durch die Unvorsichtigkeit eines ihrer Mitglieder verraten. Der Betreffende hatte zwei Offiziere im Kreml kennen gelernt und ihnen sofort von dem Kreis und seinen Absichten erzählt. Die Offiziere berichteten alles an die Behörde, die sogleich einige der wichtigsten Mitglieder verhaften ließ. Der militärische Generalgouverneur von Moskau, Fürst Golizin, setzte eine Untersuchungskommission ein, welche die Sache alsbald tatkräftig in die Hand nahm. Einige der Angeklagten machten sogleich weitgehende Aussagen, andere waren zurückhaltender und machten erst Aussagen, als sie sahen, daß die Untersuchung bereits viel Material ergeben hatte.

Die wichtigsten Mitglieder des Kreises waren die drei Brüder Kritski: Peter, Michael und Basilius, Luschnikow, Poppow und Tiurin, alles noch sehr junge Leute; die hervorragendste Persönlichkeit unter ihnen war Peter Kritski. Die anderen Mitglieder hatten nur an unschuldigen Gesprächen teilgenommen und besaßen keinerlei Kenntnisse von den wichtigeren Plänen der Hauptbeteiligten; mitunter hatten sie die anderen sogar an der Ausführung gehindert.

Gegen Ende des Jahres 1827 entschied Nikolaus ohne irgendwelches Gerichtsverfahren über das Schicksal der Angeklagten. Ein Teil wurde in Freiheit gesetzt, da man ihnen nichts anderes hatte nachweisen können, als kritische Bemerkungen über den bestehenden Zustand der Dinge, ohne daß sie dabei die Absicht ausgesprochen hätten, eine politische Umwälzung herbeizuführen. Andere wurden in entlegene Städte des europäischen Rußlands verschickt und dort im Staatsdienst verwendet. Von den sechs Hauptschuldigen des Kreises wurden Luschnikow und Peter Kritski auf die Schwarzholmer Festung gebracht, Basilius und Michael Kritski kamen in das Kloster in Solowieck, Poppow und Tiurin nach Schlüsselburg. Nach kurzer Zeit wurde Basilius Kritski nach Schlüsselburg gebracht und Poppow statt seiner ins Kloster geschickt. Der Soldat Fránk Kuschnieriuk, den Luschnikow für die Sache gewonnen und nachher verraten hatte, wurde zu 4000 Stockschlägen verurteilt und dann in die Festung Bobrujsk zur Zwangsarbeit geschickt.

Die Angehörigen der Verurteilten wurden nicht sogleich von deren Schicksal in Kenntnis gesetzt. Nach einiger Zeit starben manche der Verurteilten, andere erhielten Straferleichterungen oder wurden auch ganz der Freiheit zurückgegeben. Keiner von ihnen trat je wieder in sozialer oder politischer Hinsicht hervor.

Die Mitglieder des Kreises um die Brüder Kritski stammten sämtlich aus mittleren, nicht aus den höchsten Schichten der Bevölkerung. Die über sie verhängte Strafe war sehr schwer, was um so merkwürdiger ist, als sie keinerlei tatsächliches Verbrechen zu begehen vermocht hatten [1]).

---

1) Über den Prozeß der Brüder Kritski und der übrigen siehe den Aufsatz

Ein noch deutlicherer Beweis der Willkür und Grausamkeit war der Fall des Bauern und Leibeigenen Olejnitschuk. Seine Persönlichkeit war bis in die letzte Zeit völlig unbekannt, erst in neuester Zeit hat Schtschegolew auf Grund archivalischer Studien sein Schicksal erzählt [1]).

Simon Olejnitschuk wurde 1792 im Gouvernement Podolien und zwar im Kreise Winnick als der Sohn eines leibeigenen Bauern des Gutsbesitzers Sobieschtschanski geboren. Von Kindheit auf empfand er die entsetzliche Rechtlosigkeit des Standes, dem er angehörte. Im Jahre 1808 wurde er ohne Wissen seines Herrn ins Gymnasium gesteckt, wo er sechs Jahre verblieb. Der Gutsbesitzer beschloß nun plötzlich, ihn zum Militär zu geben. Olejnitschuk ergriff jedoch die Flucht, nachdem ihm der Adlige Serotschinski einen Paß verschafft hatte. Um sich seiner neuen Rolle anzupassen, trat Olejnitschuk zum Katholizismus über. Die Verwandlung aus einem kleinrussischen orthodoxen Bauern in einen polnischen Edelmann und Katholiken war zwar rein äußerlich, aber weit entfernt davon, ihn zu befriedigen, wurde sie für ihn sogar eine Quelle von Gewissensbissen. Olejnitschuk bekleidete hintereinander verschiedene Stellen an Kirchen und Klöstern in den westlichen Gouvernements als Lehrer; schließlich wurde er Kleriker; 1833 kehrte er jedoch zur orthodoxen Kirche zurück. Im Jahre 1839 bewog ihn die Sehnsucht nach seinen Verwandten und seinem Heimatsort, zurückzukehren und sich seinem Herrn zu stellen. Er wurde verhaftet und vor Gericht gestellt. Sobieschtschanski wünschte seine Verurteilung nicht, und so wurde er 1843 vom Gericht freigesprochen und für geistig unzurechnungsfähig erklärt. Zwei Jahre darauf erhielt er von seinem Herrn die formale Befreiung aus der Leibeigenschaft. Freigeworden, begann er ein Wanderleben durch ganz Rußland und besuchte die verschiedensten Ortschaften und kam auch in die Hauptstädte; eine Zeitlang war er entschlossen, in ein orthodoxes Kloster einzutreten, mußte sich aber bald überzeugen, daß dies in Anbetracht seiner Vergangenheit nur schwer möglich war.

---

von Michael Lemke in der Zeitschrift „Biloje“, Jahrgang 1906, Heft VI, S. 41—59.

1) „Biloje“, Jahrgang 1906, Heft VI, S. 107—125.

Sein ganzes Leben hindurch hegte er einen glühenden Haß gegen die Leibeigenschaft; auch hatte er eine starke Abneigung gegen die Polen und Juden und erklärte sie für Unterdrücker des kleinrussischen Volkes. Schon von frühster Jugend an hatte er angesichts des Elends des Volkes beschlossen, Material, das aus der unmittelbaren Beobachtung der Leibeigenschaft geschöpft war, zu sammeln und ein Werk hierüber mit kritischen Bemerkungen zu veröffentlichen. Olejnitschuk wollte nicht in Kijew bleiben, da er hier für seine Arbeit Gefahr fürchtete; er suchte sich einen stillen Winkel in der Vorstadt Nikolaus am Dnjepr. Aber seine einsame Lebensweise, das Aufbleiben und Schreiben während der Nacht machten ihn verdächtig. Im Jahre 1849 zeigte man ihn bei der Behörde an, eine Hausdurchsuchung fand statt, er selbst wurde verhaftet. Der Generalgouverneur von Kijew, Wolhynien und Podolien, Bibikow, ein früherer Verschwörer aus der Dekabristenzeit, befahl einem seiner Beamten, Olejnitschuks Papiere durchzusehen. Neben Beschreibungen der bedrängten Lage, in denen die Bauernschaft schmachtete, fanden sich leidenschaftliche Ausfälle gegen die Leibeigenschaft. Dagegen enthielten die Handschriften nichts gegen den Absolutismus, im Gegenteil, die monarchische Gesinnung des Verfassers trat deutlich zutage, ohne von irgendwelchen konstitutionellen Bestrebungen getragen zu sein. Aber auch das rettete Olejnitschuk nicht. In einem Bericht an den Chef der Gendarmerie schlug Bibikow vor, man möge Olejnitschuk nach einem entfernten Gouvernement verschicken; der Chef der Gendarmerie aber ging in seinem Bericht an den Kaiser weiter und empfahl die Einkerkerung des Gefangenen im Solowiecker Kloster. Nikolaus genügte auch das nicht; auf seinen Befehl wurde Olejnitschuk nach Schlüsselburg gebracht und dort gefangen gehalten. Er starb im Jahre 1857.

So wurde ein Mensch ohne Gerichtsverfahren gefangen gesetzt, nur weil er in einer nicht veröffentlichten Schrift die Leibeigenschaft bekämpft hatte. Die Strafe war, wie Schtschegolew richtig bemerkt, sogar für jene Zeit unerhört. Sie findet nur in dem Schrecken ihre Erklärung, der sich Nikolaus' und seiner Regierung nach der Revolution von 1848 in Westeuropa bemächtigt hatte.

VII.

Unter Nikolaus I. entstand in der zweiten Hälfte des fünften Jahrzehnts die erste kleinrussische (ukrainische) Geheimorganisation von nationalpolitischem Charakter.

Der kleinrussische Stamm hatte in seiner geschichtlichen Entwicklung andere Schicksale durchgemacht als der großrussische. Nachdem er im 10. Jahrhundert ein ziemlich umfangreiches, wenn auch nur schwach zusammenhängendes Reich und eine eigene Kultur hervorgebracht hatte, die unter byzantinischem Einfluß stand, wurde er durch die Einfälle von barbarischen Nomadenstämmen und die fortwährenden Kriege der kleinrussischen Fürsten untereinander in seiner politischen Entwicklung aufgehalten, ja sogar zurückgeworfen. Die Tatareneinfälle zerstörten das Kijewer Rotrußland, das später in den Besitz Litauens überging; der westliche Teil kam zu Polen. Nach der Vereinigung Polens mit Litauen gehörte fast ganz Rotrußland zu Polen.

Der kleinrussische Stamm, der bereits eine Ständeeinteilung besaß, setzte dem polnischen Staat und der polnischen Kultur von vornherein einen sehr geringen Widerstand entgegen; die höheren Schichten begannen sich rasch zu polonisieren.

Die nationale Verschiedenheit der Kleinrussen in ihrem Verhältnis zu den Polen trat namentlich in Religion und Sprache hervor. Die geistige Bewegung des 16. Jahrhunderts in Europa, die in Polen ein starkes Echo fand, hatte auch in dem polnischen Teil Rotrußlands den Anstoß zu einer religiösen polemischen Literatur gegeben, die sich dort gegen Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts stark entwickelte. Die nationale kleinrussische Bewegung begann in Kijew, Lemberg und anderen Städten, wo neben eigenen Kirchen religiöse Brüderschaften mit nationalem Charakter bestanden. Gemeinsam mit der mittleren und niederen Geistlichkeit entwickelten sie eine kraftvolle Tätigkeit in nationaler Richtung; die höhere Geistlichkeit dagegen unterlag polnischen Einflüssen.

Die Union gegen Ende des 16. Jahrhunderts veranlaßte eine Spaltung in der religiös-nationalen Bewegung unter den Kleinrussen. Der Teil, der die Union angenommen hatte, unter-

lag nunmehr auch einer raschen Polonisierung; einen stärkeren Widerstand leistete dagegen der andere Teil, der bei der orthodoxen Kirche verblieben war. Die nationale ukrainische Kultur entwickelte sich auch noch unter der Herrschaft Polens, obgleich die ruthenische Bevölkerung von der polnischen Regierung, namentlich anfangs, mancherlei Bedrückungen erfuhr. Diese Kultur drang allmählich in das moskowitische Reich ein und spielte dort eine Zeitlang eine bedeutsame Rolle.

Die nationale ukrainische Bewegung, die ihren Sitz in erster Reihe in den Städten hatte, fand Verbündete in den Kosaken. Ich kann mich hier nicht bei der Entstehung des Kosakentums aufhalten und bemerke nur, daß es in den sozialen Verhältnissen Polens wurzelte und sich in erster Reihe aus bäuerlichen, teilweise auch aus kleinbürgerlichen und zum geringsten Teil aus adligen Elementen zusammensetzte, die mit dem bestehenden Zustand der Dinge unzufrieden waren. Das Kosakentum bestand aus verschiedenen Stämmen, doch wogen die ukrainischen vor.

Der polnische Adel bekämpfte das Kosakentum in erster Reihe als soziales Element; die nationale Frage hatte in diesem Kampf nur eine untergeordnete Bedeutung.

Es lag in der Natur der Dinge, daß allmählich ein Bündnis zwischen dem Kosakentum, den kirchlichen Brüderschaften und den leibeigenen Bauern der Ukraine gegen den Adel und die königlichen Machtträger der Adelsrepublik entstand, die sich ihrerseits völlig unter der Herrschaft des Adels befanden. Die Folge dieses Kampfes zwischen dem polnischen Reich und den Kosaken war der Verlust des größeren Teils der Ukraine, die an Moskau kam. Nur das westliche Rotrußland verblieb bei Polen.

Die Ukraine hatte durch ihre Zugehörigkeit zum moskowitischen Reich nichts gewonnen; sie erhielt die Autonomie nicht, der Zentralismus vernichtete vielmehr ihre bisherige Sonderstellung, und die Leibeigenschaft wurde erweitert.

Gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde die kleinrussische nationale und kulturelle Bewegung erheblich schwächer; der Grund hierfür lag einmal in den Kosakenkriegen, dann aber auch in dem Umstand, daß mit dem Abfall Kijews und eines Teils der Ukraine die Verbindung zwischen

den Brennpunkten der kleinrussischen Bewegung in Polen und derjenigen in dem moskowitischen Reich stark unterbunden war.

Innerhalb der Grenzen Polens war das Gefühl der nationalen Eigentümlichkeit unter den Ukrainern stärker, als in jenem Teil der Ukraine, der nunmehr zum moskowitischen Reich gehörte. Hier behielt zwar die bäuerliche und teilweise auch die kleinbürgerliche Bevölkerung die kleinrussische Sprache, während die mittleren und höheren Schichten sie fast gar nicht mehr gebrauchten, obgleich sie eine gewisse Vorliebe für sie behielten.

Das nationale Gefühl dieser Schichten beruhte nur noch auf gewissen ihnen eigentümlichen Überlieferungen, auf einer unbestimmten Sehnsucht nach dem Kosakentum, einer Anhänglichkeit an die örtlichen Sitten und dem Bewußtsein, daß die Bevölkerung der Ukraine sich ein wenig von den Russen in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes unterschied. Die bäuerliche Bevölkerung spürte instinktiv einen gewissen Unterschied zwischen sich und den Russen, die sie „Kazapen" nannte.

Der Untergang des polnischen Reiches vereinigte die kleinrussischen Gegenden wieder, wenn auch nicht vollständig, da ein Teil zu Österreich kam.

Gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts erschienen einige hervorragende literarische Werke in ukrainischer (kleinrussischer) Sprache, eine Tatsache, die von ungeheurer Bedeutung werden sollte. Man begann ukrainische Volkslieder und überhaupt ethnographisches Material zu sammeln, und so entstand von neuem eine nationale Bewegung. Die Sprache fing an sich zu entwickeln, wobei ihre große Schmiegsamkeit sowie die Fähigkeit, die mannigfachsten Gefühle und Begriffe auszudrücken, zutage trat.

Gegen Ende des dritten und zu Beginn des vierten Jahrzehntes des 19. Jahrhunderts entfaltete sich die literarische Bewegung in der Ukraine noch gewaltiger. Der Dichter Taras Schewtschenko hob die ukrainische Literatur sehr hoch und eröffnete ihr weite Aussichten. Aber diese ganze geistig-literarische Bewegung umfaßte verhältnismäßig nur ein kleines Häuflein Menschen und schuf noch keine starken nationalen Bestrebungen

auf dem Gebiete der Politik. Diese Aufgabe sollte erst später die Brüderschaft zum heiligen Cyrillus und Methodius übernehmen, die in Kijew gegründet wurde.

Im Jahre 1845 zog Schewtschenko, der damals auf dem Gipfel seines Ruhmes stand, nach Kijew, wo er mit dem Historiker Nikolaus Kostomarow und dem Ethnographen Kulisch, der später gleichfalls ein hervorragender Dichter und Historiker werden sollte, zusammentraf [1]). Die drei Männer scharten eine Gruppe von ukrainischen jungen Leuten um sich und gründeten die oben erwähnte Gesellschaft. Das Programm war sehr reichhaltig und beruhte auf folgenden Forderungen:

1) Vereinigung der slawischen Völker zu einem Föderativstaat unter Rußland. Jedes Volk bildet eine nach innen unabhängige Republik, die ihren eigenen Landtag und ihre eigene Verwaltung hat; neben diesen eigenen Organen der einzelnen Teile des Staates hat die Gesamtföderation ein Zentralparlament und einen obersten Staatsleiter. Die Personen, die an der Spitze der Verwaltung der einzelnen föderierten Republiken stehen, und das Oberhaupt des Gesamtstaates werden für eine bestimmte Zeit gewählt.

2) Zu der Föderation gehören die folgenden Stämme: die Kleinrussen (oder Südrussen), die Großrussen (oder Nordrussen), die Weißrussen, die Tschechen mit den Slowenen, die Illyrier und Serben, die Bulgaren und die Lausitzer.

3) Jeder Stamm hat eine Volksregierung. Alle Vorrechte, sowohl diejenigen, die aus der Herkunft, als die anderen, die aus einem Vermögenszensus folgen, werden zugunsten der Gleichheit und allgemeinen Freiheit abgeschafft.

4) Die Gesetzgebung, das Eigentum und die Bildung aller Slawen stützen sich auf die Lehren Christi.

Dieses Programm beschreibt die politische Selbständigkeit der einzelnen föderierten Teile des Staates nicht genau. Auch der letzte Punkt ist unklar [2]).

---

1) Hruschewsky, Abriß der Geschichte des ukrainischen Volkes (in russischer Sprache), S. 414.

2) Die Daten über das Programm und die Nachrichten über die Taktik der Organisation schöpfe ich aus den Satzungen und Aufrufen, die 1906 in „Biloje" abgedruckt waren, Heft II, S. 66—68.

In religiöser Hinsicht ließ die Vereinigung ihren Mitgliedern völlige Freiheit; man sprach nur die Hoffnung aus, die Streitigkeiten im Schoße der christlichen Kirchen würden sich beilegen lassen.

Die Gesellschaft sollte sich nicht nur die Aufhebung aller sozialen Unfreiheit zum Ziel setzen, sondern auch dafür eintreten, daß die Knechtung der einen Schichten durch die anderen aufhören möchte; ebenso sollte sie für die Verbreitung des Lesens und Schreibens in der gesamten Bevölkerung Sorge tragen.

Nach Kostomarow [1]) hatte die Organisation folgende Aufgaben: Einführung des obligatorischen Unterrichts, Aufhebung der Todes- und Prügelstrafe. Die Bestrebungen der Gesellschaft zum heiligen Cyrillus und Methodius waren gemäßigt; sie wollte keine gewaltsame Revolution, sondern war lediglich bestrebt, die Gesellschaft von der Notwendigkeit der Durchführung des von ihr ausgearbeiteten Programms zu überzeugen. Man empfahl, auf die Jugenderziehung und die Literatur einzuwirken und Mitglieder zu werben. Die Heiligen Cyrillus und Methodius, die Apostel des Slawentums, wurden zu Schutzpatronen gewählt.

Die Satzungen verwarfen ausdrücklich den Grundsatz vom Zweck, der die Mittel heiligt. Die Mitglieder wurden zur Geheimhaltung der Organisation und zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet; auch sollten sie geloben, ihre Kräfte der Organisation zu weihen. Kostomarow versichert, die Gesellschaft habe sich bemühen sollen, die verschiedenen Völker zur Annahme der altslawischen Sprache für den Gottesdienst zu bewegen; das Russische wurde als Übergangssprache vorgeschlagen.

Auf diese Weise sollte Rußland gemeinsam mit den vereinten Gebieten der anderen slawischen Völker eine Art von Vereinigten Staaten des Slawentums bilden. Kijew sollte die Hauptstadt der Gesamtföderation werden und keinem einzelnen Teilgebiet angehören. Nur ein kleines stehendes Heer sollte zur Verteidigung des Reiches gehalten werden. Dagegen plante die Organisation eine allgemeine Miliz.

---

1) Seine Autobiographie. Eine Stelle zitiert bei Kuklin in „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland“, S. 281 und 282.

In dem Programm der Organisation zeigen sich föderative und demokratische Bestrebungen, die sich auf einer bestimmten Auslegung des Christentums aufbauen.

Die Ukrainer, die einen wichtigen Teil der Bevölkerung des gesamten Rußlands bilden, treten überhaupt in der Geschichte der freiheitlichen Bewegung als die Verteidiger und Anhänger föderativer Bestrebungen auf. Dieses Streben ist vollkommen verständlich. Das ukrainische oder, wenn man will, kleinrussische Volk hat in seiner Gesamtheit bis auf den heutigen Tag (innerhalb der russischen Grenzen) Rußland gegenüber kein stark ausgeprägtes Gefühl seiner Besonderheit, und wenn ein solches selbst im Laufe der Zeit entstehen sollte, so vereinigt das Volk doch schon zu vieles mit dem russischen Reich, als daß es nach einer völligen staatlichen Unabhängigkeit streben könnte. Anderseits aber kann und will das Volk sich mit dem bestehenden allrussischen Zentralismus nicht versöhnen und ist sich seiner Selbständigkeit genügend bewußt, um eine Dezentralisation zu fordern, die bis zum Föderalismus geht. Gerade dieser Umstand weist den Urkrainern eine wichtige Rolle in den Bestrebungen zu, die eine Umwandlung des russischen Reiches nach neuen Grundsätzen zum Ziel haben.

Die Brüderschaft zum heiligen Cyrillus und Methodius bestand nur kurze Zeit.

Anzeigen, die bei der Regierung einliefen, hatten im März 1847 Verhaftungen zur Folge. Nach Abschluß der Untersuchung wurde Kostomarow nach Saratow verbannt, mit dem ausdrücklichen Befehl, sich literarischer Arbeit zu enthalten, Schewtschenko wurde unter die Soldaten gesteckt und kam als Gemeiner nach Orenburg. Die anderen erhielten geringere Strafen; die schwerste wurde Hulak erteilt, der 3½ Jahre in Schlüsselburg gefangen gehalten und dann nach einer entfernten Gegend verbannt wurde.

Die ukrainische Bewegung war einem natürlichen Bedürfnis entsprungen und mußte sich allmählich entwickeln; ihr Werdegang war der gleiche, wie der entsprechender Volksbewegungen. Allmählich, Hand in Hand mit der fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft, beginnen die sogenannten niederen

Schichten der Bevölkerung eine immer größere Rolle zu spielen; ihre Sprache erlangt eine höhere Bedeutung, eine nationale Literatur und Kunst entsteht. Und im gleichen Maße regen sich neue kulturelle, autonome und andere Forderungen.

In Rußland hatten die Volksmassen unter Nikolaus I. noch keinerlei Bedeutung im Staate, und so fand auch die ukrainische Bewegung, die eine Handvoll Menschen aus der Intelligenz ins Leben gerufen hatte, noch keine Unterstützung im Volke. Sie war jedoch nur eine Frage der Zeit. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden auch in der Ukraine radikale und sozialistische Organisationen, von denen noch die Rede sein soll; sie fanden auch bei der Masse Unterstützung und wurden der Ausdruck ihrer Bedürfnisse.

Die Brüderschaft zum heiligen Cyrillus und Methodius wurde der Keim der späteren ukrainischen Bewegung von sozialem und politischem Charakter.

VIII.

Der deutlichste Ausdruck für eine von neuem beginnende gesellschaftliche und politische Erregung unter Nikolaus I. waren ohne Zweifel die Kreise, die sich in der Zeit von 1845 bis 1849 um Butaschewitsch-Pietraschewski, Kaschkin, Debu, Mombelli und andere scharten.

Diese Kreise bildeten zwar nicht Organisationen im wahren Sinne dieses Wortes, doch brachten sie Menschen von gleichen oder verwandten sozialen und politischen Ansichten einander näher. Die Gedanken dieser Männer waren zwar mitunter verschieden, aber sie hatten doch wieder alle etwas Gemeinsames, standen sie doch alle unter dem Einfluß der gleichen westeuropäischen Strömungen, die den Überzeugungen dieser Menschen ihren Stempel aufgedrückt hatten.

Bestimmend auf geistigem Gebiete war für all diese Kreise der utopische Sozialismus im allgemeinen und die Lehre Fouriers im besonderen. Sie alle träumten von einer grundsätzlichen Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, von der Organisation kleiner, untereinander durch Mitgefühl verbundener Menschengruppen in Phalansterien, von einem freien Leben, dem aller Zwang fremd

war, und von einer friedlichen, schönen, harmonischen Entwicklung aller Seiten der menschlichen Natur.

In religiöser Hinsicht waren die meisten von ihnen ungläubig, nur wenige hatten ein lebhaftes religiöses Gefühl behalten.

Die heute geltende Form der Ehe war durchaus nicht nach dem Sinne der russischen Anhänger Fouriers; sie sahen in der Ehe eine fehlerhafte Einrichtung, die meist durch Nebenumstände, welche nicht aus der Liebe zwischen Mann und Weib hervorgingen, unterstützt würde; die Ehe, erklärten sie, ist in erster Reihe eine wirtschaftliche, nicht aus dem Gefühl entstandene [1]) Verbindung. Wir können heute ruhig den Satz aufstellen, die russischen Fourieristen seien Anhänger der freien Liebe gewesen.

In den einzelnen Gruppen herrschten verschiedene politische Ansichten vor: die radikalsten Mitglieder waren überzeugte Republikaner, andere begnügten sich mit der konstitutionellen Monarchie, die sie als einen Übergang zur Republik ansahen; es gab sogar solche unter ihnen, welche den Konstitutionalismus überhaupt geringachteten, ja ihn sogar direkt verabscheuten, wobei sie allerdings unter Konstitutionalismus die Regierung eines auf Grund des Zensus-Wahlrechts entstandenen Parlamentes verstanden. Pietraschweski z. B. war der Ansicht, die Staaten müßten sich auf nationaler Grundlage organisieren und Föderationen bilden. Das Ideal der Mitglieder war jedoch, wie schon oben bemerkt, nicht eine Staatenbildung, sondern kleine Gruppen im Sinne Fouriers.

Die Neigungen in den verschiedenen Kreisen waren mannigfaltiger Art; in den einen beschäftigte man sich vorwiegend mit sozialen Fragen, in anderen mit allgemein politischen und gesellschaftlichen; die dritten widmeten sich in erster Reihe der schönen Literatur.

Die größte Anerkennung und den größten Ruf genoß der Kreis um Pietraschewski, der eine Eigentümlichkeit von Peters-

1) Diese Ansicht finden wir z. B. im „Fremdwörterbuch", das Pietraschewski pseudonym herausgab. An der Herausgabe desselben waren auch andere beteiligt, die von den gleichen und verwandten Überzeugungen beseelt waren. Das Buch hatte zwar die Zensur passiert, wurde aber trotzdem nach Erscheinen konfisziert.

burg bildete. Auf den Freitagsversammlungen bei ihm, bei denen oft 50 Personen zusammenkamen, wurden die verschiedensten Angelegenheiten besprochen: politische, soziale, kulturgeschichtliche Fragen wurden sowohl vom allgemeinsten Standpunkt aus untersucht, als auch in bezug auf die russischen Verhältnisse im besonderen einer Erörterung unterworfen.

Die Gruppe um Kaschkin beschäftigte sich mit den großen sozialen Systemen der westeuropäischen Denker. Wenn auch weniger berühmt als der Pietraschewski-Kreis, so war sie doch von größerer Einheitlichkeit und in ihrer geistigen Tätigkeit in höherem Maße konsolidiert.

Das Ergebnis der Wirksamkeit dieser und anderer Gruppen bestand in erster Linie in einer geistigen Bewegung; man las Bücher, die man sich aus dem Auslande beschafft hatte und die vom Standpunkt der Regierung aus die heikelsten Fragen besprachen; man verbreitete derartige Schriften in der Hauptstadt und auch in der Provinz. In Petersburg fanden damals fast alle in Frankreich herrschenden Richtungen ihren Widerhall; sowohl die Ideen Proudhons als die Cabets, in erster Reihe aber die von Fourier waren nicht nur bekannt, sondern wurden eingehend besprochen.

Der Regierung waren 232 Personen bekannt, die sich an dem geistigen Leben dieser Kreise beteiligten. Wir wissen ferner, daß Beziehungen mit Rewel, Rostow, Kazan und Sibirien bestanden.

In erster Reihe wünschten die Mitglieder: Aufhebung der Leibeigenschaft, öffentliches Gerichtsverfahren, Beseitigung der Zensur; die Mehrzahl verlangte offenbar auch politische Freiheit, wenn auch zu Beginn nur in der Form der beschränkten Monarchie.

Sie wollten zunächst weder eine Verschwörung versuchen, noch eine große politische Partei ins Leben rufen, sondern lediglich eine geistige Bewegung wecken, ihre eigene Ausbildung in sozialer Hinsicht vertiefen und Einfluß auf die öffentliche Meinung erlangen.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß diese Kreise bei längerem Bestehen sich allmählich auch einer revolutionären

Tätigkeit zugewandt hätten; wie die Untersuchung ergab, wurden auf einigen Versammlungen sogar die Möglichkeiten besprochen, die zu Gebote ständen, um einen Aufruhr in der Bevölkerung und im Heere zu erregen.

Einige Mitglieder, namentlich der sehr tatkräftige Spieschniew, dürsteten nach Taten; sie wünschten eine Tätigkeit in größerem Umfange, um die Massen damit zu gewinnen. Grigoriew schrieb eine Erzählung für das Volk und das Militär unter dem Titel „Soldatengeschichten", in der er in klarer Weise das schmachvolle Vorgehen der Herren gegen die Leibeigenen aufdeckte, die Gleichgültigkeit der Regierung gegen das Volk brandmarkte und von den Lasten des Militärdienstes redete usw. Das Werkchen wurde nie gedruckt, war aber sichtlich bestimmt, Propaganda zu machen. Spieschniew wollte bereits eine Geheimdruckerei gründen, wofür sich bei einer Hausdurchsuchung zahlreiche Beweise fanden.

Die Mitglieder dieser Gruppen gingen aus den mittleren Schichten der Bevölkerung hervor; es waren vorwiegend Schriftsteller, Beamte der mittleren Rangklassen und Lehrer. Pietraschewski selbst war Beamter im Ministerium des Auswärtigen. Unter den Mitgliedern war auch Dostojewski, der später so berühmte Schriftsteller, von dem schon damals einige Erzählungen bekannt waren. Er gehörte nicht zu den Radikalen, war gläubig und begeisterte sich nicht wie die anderen für Fouriers Lehre.

In welchem Verhältnis standen nun diese Menschen zu den Führern der damaligen geistigen sowie sozialen und politischen Richtungen in der russischen Literatur und Publizistik?

Die Frage läßt sich heute nicht völlig befriedigend beantworten, da wir verhältnismäßig wenig Anhaltspunkte für die Geschichte dieser Kreise besitzen; es ist jedoch Tatsache, daß Bielinski unter diesen Leuten zahlreiche Verehrer besaß und daß sein bekannter Brief an Gogol, in dem er diesem Schriftsteller vorwarf, daß er das offizielle Rußland und seine furchtbaren Zustände idealisiere, einen ungeheuren Einfluß auf sie ausübte. Die Untersuchungskommission stellte dies alles später fest. Unstreitig wurden auch Herzens Aufsätze in den legalen Zeitschriften eifrig gelesen und besprochen.

Bielinskis Tod, Bakunins, Herzens und Ogarews Reisen ins Ausland waren wahrscheinlich der Grund, warum die Personen, die sich um Pietraschewski, Kaschkin, Debu und andere scharten, nicht in nahe, ständige und persönliche Beziehungen zu diesen geistigen Führern der russischen Intelligenz traten. Unstreitig aber war ihre Tätigkeit das Ergebnis der gleichen Ursachen, aus denen die Anschauungen jener Schriftsteller hervorgegangen waren [1]).

Für die Theorie der Slawophilen hatten sie keine Vorliebe, obgleich sich einige von ihnen später jenen näherten, so der bekannte Schriftsteller Danilewski, der sogar den Lehren der Slawophilen später eine neue Grundlage gab.

Schon im März 1848 hatte die Regierung verschiedenes über das Bestehen der Gruppen erfahren. Den ersten Verdacht hatte ein Bericht über die Reform der bäuerlichen Zustände geweckt, den Pietraschewski geschrieben und auf einer Versammlung des Petersburger niederen Adels, zu dem er selbst gehörte, verteilt hatte. Der Vorstand der sogenannten dritten Abteilung der kaiserlichen Privatkanzlei und ebenso der Minister des Innern gaben beide, unabhängig voneinander, den Befehl, Pietraschewski zu beobachten. Späterhin nahm das Ministerium des Innern die Angelegenheit allein in die Hand und zwar führte sie hier ein Beamter namens Biprandi. Dieser empfahl einem gewissen Antonelli, sich Zugang zu den Gruppen zu verschaffen, was auch geschah. Dreizehn Monate lang ließ die Regierung die Mitglieder beobachten, endlich beschloß sie, der Sache ein Ende zu machen. In der Nacht vom 22. auf den 23. April wurden die Hauptteilnehmer verhaftet. Die Regierung war anfangs der Meinung, sie habe es mit einer revolutionären Verschwörung zu tun, die in allernächster Zukunft einen Vorstoß machen wollte, doch änderte sie ihre Anschauung bald. Die Kommission nannte die Bemühungen der Verhafteten „eine Verschwörung der Ideen", womit sie andeuten wollte, daß es sich nicht um eine politische Handlung, sondern nur um die Verbreitung bestimmter Gedanken

1) Bakunins Tätigkeit im großen Maßstab begann erst später, wovon noch die Rede sein soll.

handle. Der Kaiser interessierte sich auf das äußerste für den Gang des Prozesses, nahm aber keinen unmittelbaren Anteil daran. Die Gerichtsverhandlung war die reine Komödie, man hatte einfach eine gerichtlich-militärische Kommission einberufen, die sich zur Hälfte aus Generalen, zur Hälfte aus Senatoren zusammensetzte und unter dem Vorsitz des Generals Basilius Perowski stand. Einundzwanzig der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, aber gleichzeitig der Gnade des Kaisers empfohlen. Am 22. Dezember wurden die Verurteilten zur Vollstreckung des Urteils auf den Siemionower Platz geführt. Bis zum letzten Augenblick erwarteten sie den Tod; schließlich kam die Begnadigung. Die Todesstrafe war in Zwangsarbeit umgewandelt worden, die man in verschiedenem Ausmaße über die Schuldigen verhängte.

Pietraschewski wurde unter Alexander II. auf Grund des Manifestes von 1856 aus der Zwangsarbeit in die Ansiedlung versetzt. Die „Gnade" befriedigte ihn jedoch nicht; er verlangte eine Revision des Prozesses, indem er geltend machte, dieser sei fehlerhaft, ja sogar ungesetzlich geführt worden; seine Forderung fand keinerlei Berücksichtigung. Unter den Verurteilten befand sich auch Dostojewski, der sich später zu rückschrittlichen Grundsätzen von nationalistisch-slawophiler Färbung bekannte. Einer der bedeutendsten Teilnehmer an diesen Unternehmungen war Achscharumow, der sehr wertvolle und interessante Erinnerungen schrieb [1]) und ein hohes Alter erreichte. Er lebt heute noch, ist Arzt und Verfasser vieler Spezialwerke auf dem Gebiete der Medizin und Hygiene. Ich kann hier aus Platzmangel nicht über das Schicksal aller Teilnehmer dieser Gruppe berichten; auch fehlen über manche von ihnen alle Nachrichten [2]).

---

1) „Aus meinen Erinnerungen 1849—1851" (in russischer Sprache), Petersburg 1905.

2) Wichtige Einzelheiten über diese Kreise enthalten die Aufsätze des Geschichtschreibers Siemiewski in dem Buch „Auf berühmtem Posten" (in russischer Sprache) und ebenso die Vorrede zu den „Erinnerungen" von Achscharumow.

IX.

Wir sahen, wie sich in Rußland selbst unter dem größten Druck unter Nikolaus I. ein soziales und politisches Geistesleben entwickelte; in den dünngesäten aufgeklärten Kreisen der Intelligenz innerhalb der mittleren, später auch innerhalb der höheren Schichten der Bevölkerung fanden die neuesten geistigen sowie politischen und sozialen Strömungen ihre Anhänger. Damals entstand und entwickelte sich auch schließlich der Nationalismus, in Gestalt der slawophilen Theorien.

Es drängt sich die Frage auf, warum in dieser Epoche keine liberale Partei entstand, die gleichweit entfernt von konservativen, wie von radikalen Lehren war.

Die Antwort darauf muß man, glaube ich, in dem Umstand suchen, daß in dem damaligen Rußland das Bürgertum keine politische Rolle spielte. Allein auch diese Tatsache verlangt eine Erklärung.

Die städtische Bevölkerung Rußlands war damals im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gering; sie hatte auch niemals geschlossene, mächtige Korporationen gebildet, wie im Westen. Ebenso hatte die schwache Entwicklung der Produktivkräfte in vergangenen Jahrhunderten keine mächtigen Zentren des Wirtschaftslebens mit einer zahlreichen, mannigfaltigen Handwerkerbevölkerung ins Leben rufen können. Die staatliche Entwicklung war, wie Milukow mit Recht in seinen wertvollen „Skizzen zur russischen Kulturgeschichte“ bemerkt, rascher vor sich gegangen als die gesellschaftliche; daher hatte auch die Regierung, als der Ausdruck der staatlichen Entwicklung, das Übergewicht über die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erhalten und hatte sie ihrer politischen Selbständigkeit beraubt.

Das russische Bürgertum, das in einem andern politischen und sozialen Gedankenkreis aufgewachsen war als dasjenige im Westen, und das über die ungeheuren Flächen eines Riesenreiches verstreut war, besaß damals noch keine große politische Macht. Die neuzeitliche europäische Kultur fand fast ausschließlich beim Adel Eingang; der Kaufmannschaft blieben diese Einflüsse bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fremd. Die geistige Entwicklung der Kaufleute war eine sehr niedrige, sie besaßen

keinerlei höhere Bestrebungen, waren daher damals auch noch nicht imstande, sich ein eigenes Geistesleben zu schaffen. Rußlands dritter Stand fing in jener Zeit kaum an, eine politische Macht zu werden.

Die Mehrheit des niederen und höheren Adels war konservativ, und die wenigen Personen, die sich hier von der Weltanschauung ihres Standes losgemacht hatten, gingen viel weiter als der gemäßigte Liberalismus. Auch vermochten sie nicht sich einer bürgerlichen Denkweise anzupassen, da eine solche damals in Rußland noch nicht vorhanden war. Unter westlichem Einfluß schufen sich dann diese Menschen eine eigene radikale Gedankenwelt, die den Interessen der breiten bäuerlichen Volksmassen entsprach. In der Bauernschaft sahen sie die Kraft des Volkes und sie empfanden etwas wie Scham, daß sie selbst wieder es waren, die infolge der Leibeigenschaft die Arbeit der Bauernschaft genossen. Im Landmann, der von seiner Hände Arbeit an der Brust der Natur lebt und den sie in einem idealen poetischen Licht sahen, wollten diese Leute denn auch ideale Elemente finden, die sie in der unwissenden, gierigen, brutalen Kaufmannschaft nicht fanden, obgleich gerade diese sowohl tatkräftig als auch lebensfähig war und den Keim einer künftigen Blüte in sich trug. Der niedere Adel stammte selbst vom Dorfe her, das Dorf und der Acker zogen ihn denn auch beständig an, sagt Andrejewitsch.

Der Mangel einer starken liberalen Partei im eigentlichen Sinne dieses Wortes machte sich auch später lange Zeit geltend; er erschwerte und verzögerte die Abschaffung des Absolutismus, da ein unmittelbarer Übergang von diesem zum Radikalismus unmöglich war.

Nikolaus' System feierte jahrelang Triumphe, bis es in einem tragischen Augenblick für Rußland, im Krimkrieg, seine ganze Nichtigkeit zeigte.

Nikolaus I., der an ein selbstherrliches Regime innerhalb seines eigenen Reiches gewöhnt war, wollte nunmehr auch in fremde Angelegenheiten selbstherrlich eingreifen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war, daß er sich überall Feinde schuf; selbst Österreich, das er im Jahre 1849 gerettet hatte, zeigte sich später

undankbar. So kam es, daß Rußland politisch völlig vereinsamte, ganz Europa dieses Land haßte. Der Krimkrieg wurde zu einer gewaltigen Niederlage, und wieder, wie unter Peter dem Großen und Katharina II., zwangen die Interessen des russischen Staates nach dem unglücklichen Krieg mit der Türkei, Österreich, Frankreich und Piemont die Regierung zu einer Annäherung an das übrige Europa. Sollte der Staat gefestigt und die Kampfesfähigkeit gegen nähere und entferntere Feinde gestärkt werden, so mußte auch in Rußland der Weg bedeutsamer Reformen beschritten werden.

Achtes Kapitel.

Der Beginn der Reformen unter Alexander II.

Die russische Regierung hatte den Krieg in der festen Überzeugung von ihrer Unüberwindlichkeit begonnen, und ein großer Teil der Gesellschaft hatte diese Meinung geteilt. Allmählich jedoch sollte sich zeigen, daß Rußland für einen großen Krieg nicht vorbereitet war; in verschiedenen Zweigen der staatlichen Verwaltung herrschte entsetzliche Mißwirtschaft; die Zivil- und Militärbeamten waren unwissend und besaßen nichts weniger als eine entsprechende Ausbildung; die Folge des niedrigen Standes ihrer Moralität waren fortwährende Übergriffe, namentlich Diebstähle. Die Ausdauer und der Mut der russischen Soldaten, sowie der eines Teils der Offiziere, waren nicht imstande, die Ordnung, Ehrlichkeit, Schlagfertigkeit und die wissenschaftliche Führung zu ersetzen, die sowohl auf dem Kriegsschauplatz selbst als auch bei der Hilfsleistung völlig fehlten.

Die Regierung, die im Königreich Polen und in den westlichen Provinzen infolge der unter Nikolaus I. geübten Unterdrückung eine revolutionäre Bewegung der nationalen Elemente befürchtete, scheute sich, das Heer aus diesem Teil des Reiches zu entfernen und auf den Kriegsschauplatz zu schicken. Österreichs Stellung zu Rußland war trotz der Dienste, die dieses ihm 1849 geleistet hatte, zweideutig, ja fast feindlich; selbst auf Preußen konnte Nikolaus I. nicht völlig rechnen. Alle diese Umstände zusammen hinderten Rußland daran, seine ganze Streitkraft auf den Kriegsschauplatz zu werfen.

Zu diesen Schwierigkeiten gesellten sich noch andere sozialer Natur. Die Bewegung unter den Bauern erreichte an verschie-

denen Stellen des Reiches 1854 und 1855 einen großen Umfang. Der erschrockene Adel befürchtete ein Massengemetzel. Die Folge war, daß viele Gutsbesitzer für die Aufhebung der Leibeigenschaft eintraten, nur um Ruhe zu bekommen.

Die größte Angst katte die Regierung vor dem Eindringen feindlicher Truppen ins Land selbst, einmal, weil diese dann von den Armeen jener Staaten, die sich am Kriege noch nicht beteiligten, leicht unterstützt werden konnten, dann auch, weil das Überschreiten der Grenzen durch feindliche Truppen für die Bauern ein Anlaß zu einem allgemeinen Gemetzel und Aufstand hätte werden können.

Der am meisten gebildete und fortgeschrittene Teil der russischen Gesellschaft verfolgte den Lauf der Ereignisse mit erhöhter Aufmerksamkeit; in diesen Kreisen war man sich völlig klar darüber, welch entscheidenden Einfluß der Krieg auf die innere Politik der Regierung haben würde. Hatte doch allem Anscheine nach selbst Nikolaus I. in den letzten Jahren seiner Regierung begriffen, daß die Niederlagen des Heeres seine gewalttätige Regierung immer unmöglicher machten; und so zeigte sich denn auch allmählich, in demselben Maße, wie der Krieg eine immer unglücklichere Wendung nahm, die Regierung der Gesellschaft gegenüber immer nachgiebiger.

Nach dem Ausbruch des Krieges erstarkte das politische Interesse innerhalb der Gesellschaft immer mehr. Eine neue publizistische, allerdings nur handschriftliche Literatur entstand, die von Hand zu Hand ging und einen lebhaften Austausch der Meinungen zur Folge hatte.

Der russische Historiker und Publizist Pogodin, der seiner Gesinnung nach konservativ und ein Patriot im offiziellen Sinne war, schrieb Abhandlungen und Briefe, die eigentlich für Nikolaus in eigener Person bestimmt waren und die in die Hände der nächsten Umgebung des Kaisers gelangten. In diesen Schriftstücken suchte Pogodin die Aufmerksamkeit des Kaisers auf verschiedene Mängel der inneren und äußeren Politik zu lenken. Der Verfasser stand auf dem Boden des Absolutismus, geißelte jedoch mit großer Kühnheit die Übergriffe der russischen Bureaukratie, ihren Mangel an tieferem politischen Verständnis, ihr Kleben

am Hergebrachten und andere Fehler. Nikolaus nahm die Kritik gnädig auf, ja er zeichnete Pogodin sogar aus und gab ihm in vielem recht; doch erklärte der Kaiser auch, der Verfasser, der die Dinge nur von unten sehe, könne keinen allseitigen Begriff von dem haben, was oben vorgehe.

Nikolaus I. starb unerwartet nach einer kurzen Krankheit im Februar 1855. Sein Tod machte in den konservativen Kreisen großen Eindruck; war man sich hier doch bewußt, daß mit dem Kaiser eine Epoche ihr Ende nahm und eine neue Zeit beginnen mußte. In einer für Rußland besonders verhängnisvollen Zeit ging ein Monarch zu Grabe, dessen Hand schwer auf dem Reich geruht hatte und dessen Politik rücksichtslos gewesen war. Was nun kommen würde, wußte zunächst niemand. Doch gab es in den höheren Kreisen, namentlich in Moskau, auch viele Personen, die die Todesnachricht gleichgültig ließ, andere wieder begrüßten sogar das Ende von Nikolaus' Regierung mit Freuden. Zu diesen letzteren gehörte Herzen.

Die fortschrittlich Gesinnten im Lande hielten die militärische Niederlage in letzter Reihe für ein günstiges Ereignis; zwar war das nationale Ehrgefühl verletzt, aber die unglücklichen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz mußten schließlich eine Änderung des Regierungssystems, d. h. notwendige und schleunige Reformen herbeiführen. Darüber war man sich in diesen Kreisen klar.

Wie schwer der Krimkrieg auf der kaiserlichen Familie lastete, das beweisen die Worte der Zarin und Gattin Nikolaus' I., Alexandra Feodorowna, zu ihrer Tochter Maria Nikolajewna, die den Tod des Vaters beweinte: „Weine nicht, Gott hat ihn zu sich genommen, um ihn vor schrecklicheren Dingen zu bewahren."

Der neue Kaiser Alexander II. begriff die Notwendigkeit einschneidender Reformen und war auch entschlossen, sie durchzuführen. Er hatte eine recht sorgfältige Erziehung genossen, wobei dem bekannten Dichter Zhukowski die bedeutendste Rolle zugefallen war; in geistiger Beziehung überragte denn auch der neue Regent die meisten anderen Herrscher. Nichtsdestoweniger war er nicht zum Reformator geschaffen; die Umgebung, in der er lebte, übte einen zu starken Einfluß auf den neuen Kaiser

aus, und dieser Einfluß drängte ihn auf die konservative Seite. Während der letzten Regierungsjahre Nikolaus' I. hatte der Thronfolger als Gegner der bäuerlichen Reform gegolten; die Revolution von 1848 hatte ihn in seinen konservativen Grundsätzen noch bestärkt, und erst die militärische Niederlage Rußlands, die alle Fehler der alten Ordnung bloßlegte, öffnete auch dem neuen Kaiser die Augen und zwang ihn auf den Weg der Reformen.

Alexander führte mehr als eine Reform durch, aber er schwankte fortwährend; hatte er einen Schritt nach vorwärts getan, so zog er sich mit dem nächsten auch schon zurück. Dazu kam die große Anhänglichkeit, die der Kaiser für die Selbstherrschaft hatte; er plante zwar verschiedene Änderungen, aber er dachte nie ernstlich oder gar aus freiem Willen daran, die eigentliche Ursache aller Übel im russischen Staatsleben aufzuheben.

Wie Kropotkin richtig bemerkt, kämpften in Alexander II. stets zwei Seelen, die eine wollte das Schlechte aufheben und Reformen einführen, die andere wollte mit niemandem die Macht teilen.

Auch fehlte es ihm, namentlich in der ersten Zeit, in seiner nächsten Umgebung an fortschrittlich gesinnten Menschen und Politikern von großem Gesichtskreis. Einzig der Bruder des Kaisers, der Großfürst Konstantin, zeichnete sich durch größere Fähigkeiten aus und trat für bedeutende Reformen ein, die jedoch die Grundprinzipien der bestehenden politischen Ordnung nicht antasten sollten. Reformen wünschte auch die Gemahlin Alexanders II. und ebenso seine Base, die Großfürstin Helene Paulowna. Die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie waren dagegen. Das gleiche gilt von den Ministern und den übrigen Würdenträgern des Staates.

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung sagte Alexander I. keinerlei Reformen zu. Er tat dies erst mit einem Manifest an das Volk, das er nach dem Friedensschluß, der den Krimkrieg beendete, erließ. Für die Notwendigkeit dieser Reformen zeugen die Worte des Kaisers an den Adel des Gouvernements Moskau: „Es ist besser, die Leibeigenschaft von oben durch einen Re-

gierungsakt der staatlichen Gewalt aufzuheben, als so lange zu warten, bis das Volk selbst sie von unten abwirft.“

So beschloß er denn endlich, an die Reform der bäuerlichen Zustände heranzutreten; das Volk wurde durch Reskripte davon benachrichtigt. Die ersten Schritte in dieser Richtung waren ziemlich unklar, da die Regierung keinen festen Plan besaß. Alexander II. wollte nicht allzu energisch auftreten; am liebsten hätte er es gesehen, wenn der Adel selbst die Reform verlangt hätte. Infolgedessen kam die Angelegenheit nur langsam ins Rollen. Nach einiger Zeit trat jedoch der Adel, der die Notwendigkeit einer Veränderung des bestehenden Zustandes einsah, angesichts der deutlichen Wünsche des Kaisers, mit entsprechenden Fragen an die Regierung heran; der Adel erklärte sich auch bereit, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Doch handelte es sich nicht um ein gleichzeitiges, gemeinsames Vorgehen des ganzen Adels. Den Anfang machte der litauische Adel in den Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno, der Adel aus den anderen Gouvernements folgte.

Alle Welt stimmte darin überein, daß eine Reform notwendig war, doch in welcher Form sollte sie erfolgen? Gerade in diesem Punkte traten die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen des russischen Adels hervor, Unterschiede, die in erster Reihe durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingt waren. In den dichtbevölkerten, das Gebiet der Schwarzerde umfassenden Gouvernements, wo keine Fabrikindustrie existierte und der Wert der Landgüter in erster Reihe im Boden selbst bestand, war der Adel geneigt, die Leibeigenen freizugeben, aber den Boden für sich zu behalten. Trug doch die Leibeigenschaft hier wenig ein, während die russischen Volkswirte versicherten, die Felder würden hier bei sonst gleichbleibenden Bedingungen nach Freilassung der Leibeigenen, deren Unterhalt kostspielig war, im Wert nur steigen. Anders lagen die Verhältnisse in den wenig fruchtbaren Gouvernements, wo die Industrie überwog und wo die Gutsbesitzer nicht nur aus dem Boden selbst Gewinn zogen, sondern mehr noch aus der Arbeit ihrer Leibeigenen, die das Dorf verließen, um Arbeit zu suchen, und dann ihren Herren Zins zahlten. Hier verlangte der Adel eine hohe Entschädigung

für die Aufhebung der Leibeigenschaft, erklärte sich aber gern bereit, die freien Bauern mit Grund und Boden auszustatten, wofür sie allerdings gleichfalls Entgelt von der Regierung verlangten. In diesen Gegenden handelte es sich dem Adel darum, die von der Leibeigenschaft befreiten Bauern auf andere Weise an die Scholle zu fesseln und sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen.

So war der Adel in den verschiedenen Teilen des Reiches geneigt, die bäuerliche Reform in einem jeweilig bestimmten, seinem Interesse entsprechenden Sinne durchzuführen.

Es fehlt mir hier an Raum, alle Stadien der Reform und alle Kämpfe, die sie begleiteten, aufzuzählen, ebensowenig kann ich mich bei dem Anteil aufhalten, den die verschiedenen Faktoren an ihr hatten. Das alles überschreitet den Rahmen der Aufgabe, die ich mir gestellt habe. Wir können uns mit der Reform der bäuerlichen Verhältnisse nur so weit beschäftigen, wie sie den Gang der revolutionären Bewegung beeinflußte.

Endlich beschloß die Regierung, die Leibeigenschaft ohne Entschädigung aufzuheben. Die Bauern erhielten Grund und Boden zur erblichen Benutzung, doch konnten sie ihn auch als Eigentum erwerben. Die letztere Bestimmung war jedoch nicht obligatorisch. Wo Gemeindeeigentum an Grund und Boden herrschte, wurde es beibehalten.

Dafür, daß die Bauern Grund und Boden erhielten, sollten sie bestimmte Summen zahlen. Tatsächlich erhielten sie nach der Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutend weniger Land als sie zur Zeit dieser Einrichtung besessen hatten. Die Bezahlung war hoch, und obgleich die Leibeigenschaft selbst im Prinzip kostenlos aufgehoben worden war, trug doch in den Gouvernements, wo der Adel aus den Leibeigenen Gewinn geschlagen hatte, die Bauernschaft tatsächlich die Kosten der Aufhebung. Der Boden mußte hier von den Bauern über seinem Wert bezahlt werden.

An der Selbstverwaltung der Gemeinden, die den Bauern geschenkt wurde, nahm der Adel allerdings keinen Anteil, dafür aber wurden die bäuerlichen Gemeinden unter die strenge Aufsicht der Bureaukratie gestellt, oder besser gesagt, sie wurden der Bureaukratie ausgeliefert.

Mit dem Manifest vom 19. Februar 1860 wurde die Reform offiziell bekanntgegeben.

Werfen wir jetzt einen Blick auf das Verhältnis der demokratisch-fortschrittlichen und radikalen Elemente zu Alexander II. Wie verhielten sie sich zu seinen ersten Schritten auf dem Gebiete der bäuerlichen Reform?

Nach dem Ende Nikolaus' I. begann Herzen in London eine Zeitschrift unter dem Titel „Der Polarstern“ herauszugeben, in welcher er die zeitgenössischen russischen Verhältnisse einer eingehenden und glänzenden Kritik unterzog; seit 1857 ließ er neben dieser ersten noch eine zweite Zeitschrift erscheinen: die „Glocke“ hatte einen geringeren Umfang als der „Polarstern“, erschien dafür aber häufiger. In kurzen und sehr lebhaft geschriebenen Artikeln klagte Herzen hier die Bureaukratie an und geißelte ihre verschiedenen Übergriffe.

Herzens und seines Freundes Ogarew ursprüngliches Programm war sehr gemäßigt und forderte noch keinerlei Änderung der Regierungsform, d. h. sie verlangten nicht die Aufhebung der Selbstherrschaft und die Einführung einer konstitutionellen Verfassung, sondern begnügten sich mit folgenden Forderungen:

1) Aufhebung der Leibeigenschaft und Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden, d. h. sie verlangten für die Bauern den Grund, den sie schon bisher für sich bearbeitet hatten und der dem Adel gehörte, als Eigentum. Der Adel sollte auf Staatskosten entschädigt und das Gemeindeeigentum an Grund und Boden beibehalten werden;

2) Aufhebung der Zensur und Einführung der Preßfreiheit;

3) Befreiung aller steuerzahlenden Stände von der Prügelstrafe.

Herzen und Ogarew vervollständigten ihr Programm bald dahin, daß sie auch die Einführung des öffentlichen Gerichtsverfahrens und der Geschworenengerichte verlangten; ebenso traten sie für die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen ein und schließlich für eine Reorganisation der Verwaltung, deren Glieder künftig gewählt werden sollten. Sie setzten große Hoffnungen auf Alexander II. und erwarteten von ihm grundsätzliche Reformen, und zwar in erster Reihe die Aufhebung der Leibeigenschaft und eine Änderung der Agrarverfassung. Wir wissen

bereits, daß Herzen sich nach 1848 enttäuscht von den politischen und sozialen Zuständen Westeuropas abwandte; eine konstitutionelle Verfassung lockte ihn nicht mehr, namentlich da er jetzt hoffte, Alexander II. werde mit starker Hand die wichtigsten Reformen durchführen. So herrscht denn auch zu Beginn der Regierung Alexanders II. in Herzens Blättern gegen die russische Regierungsform selbst Gleichgültigkeit. In seinen Aufsätzen wendet sich Herzen damals mitunter unmittelbar an den Kaiser selbst, er gibt ihm Ratschläge, macht ihm Vorwürfe und bemängelt das Verhalten der Regierung. Wir begreifen heute nur schwer die Hoffnungen, die Herzen an den Einfluß seiner Blätter auf die Regierung knüpfte. Er war wirklich des Glaubens, Alexander II. werde sich in der Politik von seinen Ratschlägen leiten lassen.

Das berühmte Manifest Alexanders II., mit dem er die Reform der bäuerlichen Verhältnisse ankündigte, festigte Herzens Zuversicht noch mehr.

Seine Zeitungen kamen in beträchtlicher Anzahl von Exemplaren nach Rußland. Sie drangen selbst bis ins Winterpalais und wurden von Alexander II., seiner Gemahlin und anderen Personen der Hofkreise gelesen, auch die Minister gehörten zum großen Teil zu den Lesern. In einzelnen Fällen hatten sie sogar eine praktische Bedeutung, so wenn die „Glocke“ konkrete Übergriffe geißelte und entsprechende Tatsachen anführte.

Unstreitig rüttelte Herzen die mittleren und höheren gesellschaftlichen Schichten auf, er weckte den kritischen Sinn breiter Massen gegenüber der Bureaukratie und trug auch zu ihrer Reform bei. Die schwache Seite seiner publizistischen Tätigkeit bestand darin, daß er damals wenigstens noch nicht den engen Zusammenhang zwischen der russischen Bureaukratie und der Selbstherrschaft begriff. Er wurde nicht müde, die Fehler der Bureaukratie zu geißeln, und hoffte doch auf ihre Beseitigung unter dem Regime, das sie hervorgebracht hatte. Ferner wurde ihm nicht klar, daß große soziale Reformen das tatkräftige Vorgehen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen von unten herauf erheischen. Er rief die Gesellschaft allerdings zur Mitarbeit auf, er bemühte sich, sie aus ihrer gleichgültigen Ruhe aufzurütteln,

aber er vermochte diesem Ruf keine konkrete Form zu verleihen; hatte er selbst doch keinen klaren Begriff davon, welcher Art die Tätigkeit sein sollte, die er den verschiedenen Bruchteilen der russischen Gesellschaft zuwies. Im Grunde genommen setzte er seine Hoffnung auf Alexander II. und die Handvoll aufgeklärter Männer, die auf die Gesellschaft und auf die Regierung von Einfluß waren.

Nicht nur Herzen begrüßte in den ersten Regierungsjahren Alexanders II. den Monarchen mit aufrichtiger Begeisterung. Das gleiche gilt von Nikolaus Tschernischewki, dem Publizisten, Nationalökonomen, Kritiker und Schriftsteller, der mit Recht in Rußland als der Führer im radikalen Lager angesehen wurde.

Als Alexander II. das Reformwerk begann, hob Tschernischewski im „Zeitgenossen" (Sowremiennik) die Bedeutung dieser ersten Schritte des jungen Monarchen hervor, verglich ihn mit Peter dem Großen [1]) und schrieb: „Der Segen, der den Schöpfern des Friedens und den Gütigen versprochen wird, wird auch Alexander II. mit Glück krönen, wie noch kein Monarch in Europa gekrönt wurde, denn es ist ein großes Glück, die Befreiung seiner Untertanen selbst anzubahnen und selbst durchzuführen."

Zu Beginn der Regierung Alexanders II. war die russische Intelligenz von einem wunderbaren Zutrauen und einem wahrhaft kindlichen Glauben an die schöne und große Zukunft des russischen Volkes beseelt: der Gedanke, daß Millionen und Abermillionen Land und Freiheit ohne blutige Revolution erlangen sollten, daß der Kaiser selbst von reformatorischer Gesinnung erfüllt war, daß er langsam alle schädlichen Überbleibsel der Vergangenheit entfernen und sich nach den schweren Zeiten des

1) Die Gestalt Peters des Großen, der mit großer Tatkraft bemüht war, die materielle westeuropäische Kultur in Rußland einzuführen, und der das Land dadurch in den Strudel des allgemein geschichtlichen Lebens hineinzog, wirkte stark auf die Einbildungskraft der russischen Intelligenz. Von einem neuen Peter dem Großen träumte schon Bielinski; Herzen hoffte, Alexander II. würde Taten vollbringen, die Peters des Großen würdig sein könnten; der gleichen Ansicht war Tschernischewski. Man wollte damals glauben, die höchste politische Gewalt würde den Anstoß zu Reformen geben. Tschernischewski sollte sehr bald von diesen Ansichten abkommen und sich enttäuscht von Alexander II. abwenden.

Nikolausschen Regimes wieder voll Vertrauen der Gesellschaft zuzuwenden schien — all das zusammen erweckte fast unbegrenzte Hoffnungen. Es schien, als sollte sich Rußland schon in der allernächsten Zeit ein für allemal von seiner jüngsten Vergangenheit lossagen, als gäbe es keine Schwierigkeiten, die es nicht auf der Bahn des Fortschrittes zu überwinden imstande sei. Der intelligenteste, aufgeklärteste Teil der Gesellschaft wähnte sich vom Monarchen berufen, die wirtschaftlich-soziale und rechtlich-administrative Organisation des Staates von Grund aus neu aufbauen zu helfen. Von dieser Überzeugung getragen, stürzten sich die meisten von ihnen voll Eifer auf die Wissenschaft, von der sie Belehrung verlangten, wie Volk und Staat zu helfen sei. Die Literatur und die Publizistik erfuhr einen ungeheuren Aufschwung, die Nachfrage nach wissenschaftlichen Büchern stieg; man begann eine Menge gemeinverständlicher wissenschaftlicher Arbeiten ins Russische zu übertragen, auch eine Reihe von Originalwerken entstand; jedermann suchte sich die neuesten Ergebnisse der Wissenschaft sobald als möglich anzueignen.

Die kühnsten, weitestgehenden Ansichten in Wissenschaft, Kunst, Literatur und Publizistik, die in Westeuropa entstanden, fanden in Rußland sofort Anhänger. Der fortschrittlich gesinnte Teil der russischen Gesellschaft, der ohnedies dem bestehenden Zustand der Dinge gegenüber kritisch gestimmt war, sah mutig und zuversichtlich in die Zukunft, ohne sich von der Neuheit und Kühnheit der Gedanken schrecken zu lassen. Von den Theorien, die damals in den fortschrittlichen und radikalen russischen Kreisen anerkannt wurden, soll noch die Rede sein; hier handelt es sich mir darum, die Stimmung zu schildern, die damals allgemein herrschte.

Mit Ausnahme der ganz unwissenden gesellschaftlichen Schichten und der gleichgültigen Elemente, die sich abseits vom Leben hielten, gaben sich alle radikalen oder gemäßigt liberalen, ja sogar die slawophilen Gruppen eine Zeitlang, unter dem Eindruck der Notwendigkeit einschneidender Reformen, mit großer Begeisterung geistiger Arbeit hin; in gewissem Sinne war die gesamte gebildete Welt damals agitatorisch tätig, eine allseitige eingehende Untersuchung der Bedürfnisse des Volkes und des

Staates sollte eingeleitet, vorbeugende Mittel gegen das Übel, unter dem Volk und Staat litten, sollten gefunden werden. Für kurze Zeit ruhte der Streit zwischen den verschiedenen Lagern; Tschernischewski hob einige Verdienste der Slawophilen hervor, und diese wieder lobten mehr als einmal Anhänger der westlichen Richtung.

Tschernischewski gab die Losung aus, die nächsten Reformen, namentlich die der bäuerlichen Zustände, seien so überaus wichtig, daß alle aufgeklärten Menschen, die das allgemeine Wohl wünschten, sich trotz der großen Unterschiede in ihren Ansichten über die ferneren Ziele in diesem Falle verständigen und zusammentun könnten, um gemeinsam die dringendsten Fragen gesellschaftlich-wirtschaftlicher, kultureller, rechtlicher und anderer Art zu lösen.

Wenden wir uns nun dem Adel zu und fragen wir uns, wie sich die reformatorische Bewegung in dessen Ansichten widerspiegelte und welchen Einfluß die Reform der bäuerlichen Zustände auf ihn hatte. Wir wissen, daß selbst in den Zeiten der ärgsten Reaktion ein Häuflein Menschen unter dem Adel für fortschrittliche, liberale, demokratische und selbst radikale Grundsätze eintrat. Im allgemeinen jedoch kannte diese Schicht unter Nikolaus keine politisch-konstitutionelle Bewegung von größerem Umfange.

Als jedoch die Regierung an die Reformation der bäuerlichen Zustände heranging, die eng mit dem wirtschaftlichen Sein und der Machtstellung des Adels zusammenhingen, mußte auch der Adel zu den Ereignissen Stellung nehmen. In der Tat begann er sich jetzt lebhafter für wirtschaftlich-finanzielle und selbst politische Fragen zu interessieren. Solange die Regierung ihm die Freiheit gelassen hatte, aus der Leibeigenschaft Vorteile zu ziehen, hatte sich die ungeheure Mehrheit des Adels gegenüber politischen Fragen im allgemeinen und rechtlich-staatlichen im besonderen völlig gleichgültig verhalten. Jetzt aber war die Sachlage wesentlich verändert, jetzt sollte die Bureaukratie die Frage der Leibeigenschaft entscheiden, die Bureaukratie sollte verfügen, ob die Bauern mit Grundbesitz auszustatten seien, die Bureaukratie sollte eine neue Verwaltungsorganisation für Dörfer und Gemeinden ausarbeiten; eine ganze Reihe von Angelegenheiten galt es in der einen oder

anderen Weise zu ordnen. Alle diese Neuerungen aber berührten auch den Adel, und immer mehr festigte sich auch in den adligen Kreisen der Gedanke, man müsse an den Vorgängen teilnehmen und dürfe sich nicht länger als bloßer Zuschauer verhalten. Man wurde es müde, immer nur die Rolle des Sachverständigen zu spielen, dessen Rat zwar eingeholt, aber nicht unbedingt befolgt wird. In ihrer natürlichen Entwicklung mußte gerade diese Gedankenrichtung den Adel dahin bringen, die Einschränkung der Bureaukratie und somit auch der Selbstherrschaft selbst zu wünschen; war doch die allmächtige Stellung der Bureaukratie nichts anderes als ein natürliches Ergebnis der Selbstherrschaft.

Tatsächlich trat denn auch eine solche Wandlung innerhalb des Adels ein. Langsam begannen die Adelsversammlungen der verschiedenen Gouvernements in ihren Beschlüssen und Adressen an den Kaiser konstitutionelle Bestrebungen an den Tag zu legen. Die ersten Schritte des Adels in dieser Richtung waren sehr zaghaft, allmählich aber gewannen sie eine größere Sicherheit, bis schließlich in einigen Gouvernements diese Bestrebungen den Charakter klar formulierter Wünsche annahmen, die mit viel Takt, Mut und Tatkraft ausgesprochen wurden.

So tauchten die konstitutionellen Gedanken der Dekabristen unter neuen Verhältnissen in der Aristokratie und dem niederen Adel wieder auf.

Überhaupt übten die aus der Verbannung zurückgekehrten Dekabristen und ebenso die Mitglieder des Pietraschewskikreises, denen die Rückkehr erlaubt worden war, in der einen oder anderen Weise auf die Vorbereitungen zur Reform der bäuerlichen Zustände einen günstigen Einfluß aus. So verdankte z. B. Rostowzew, der die Arbeiten bezüglich der Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden leitete, seinem Freunde, dem Fürsten E. Obolenski, der eine hervorragende Rolle in der Dezemberrevolution gespielt hatte, wertvolle Anregungen [1]). Einige An-

1) Es war derselbe Rostowzew, der Nikolaus vor der Dezemberrevolution gewarnt und ihn angefleht hatte, auf den Thron zu verzichten. Als Obolenski aus der Verbannung zurückkehrte, fühlte Rostowzew sich verpflichtet, ihn zu besuchen und ihm sein damaliges Vorgehen zu erklären und seine spätere Tätigkeit zu schildern.

hänger Pietraschewskis waren auch in Adelsversammlungen oder Gouvernementskommissionen, die verschiedene Pläne zu einer Reform des Bauernstandes ausarbeiteten, sehr einflußreich.

Kehren wir jetzt zu der konstitutionellen Bewegung unter dem Adel zurück. Wie schon bemerkt, waren die ersten politischen Schritte nur zaghaft. Der Adel brachte seine Wünsche nur bei Besprechung der laufenden Angelegenheiten vor. Am häufigsten tauchte der Gedanke auf, die Regierung möge eine allgemeine Reichsadelsversammlung einberufen, welcher die Arbeiten der Redaktionskommission zur Reform der bäuerlichen Zustände vorgelegt werden sollten. Neben anderen Forderungen wiederholten sich die folgenden fortwährend:

1) Schaffung einer öffentlichen Gerichtsbarkeit für alle Stände.

2) Trennung der richterlichen Gewalt von der Verwaltung und Polizei.

3) Gründung von selbständigen wirtschaftlichen Anstalten in Kreisen und Gouvernements.

4) Möglichkeit der freien Aussprache in der Presse über gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten.

Der kühnere und fortschrittlichere Teil des Adels dachte natürlich an eine Konstitution, wagte aber nicht seine Gedanken ganz offen auszusprechen.

Der Adel des Gouvernements Twer, an dessen Spitze der Adelsmarschall Nukowski stand und der besonders fortschrittlich gesinnt war, forderte, der Staat möge die Bauern mit Grund und Boden ausstatten und den Gutsbesitzern das dazu erforderliche Land abkaufen. Ferner war der Adel von Twer gegen eine Übergangszeit, die zwischen die Leibeigenschaft und eine völlige Freiheit der Bauern eingeschoben werden sollte; er forderte vielmehr eine möglichst rasche Aufhebung der alten Zustände. Der Ton, den man hier der Regierung gegenüber anschlug, war ein sehr unabhängiger, was die Regierung reizte und schließlich dahin führte, daß Nukowski, Ewropeus, ein alter Anhänger Pietraschewskis, und Golowatschow ohne Gerichtsverfahren nach Perm verbannt wurden. Die Regierung rechtfertigte ihr Vorgehen damit, die Anwesenheit dieser drei bringe die Geister im

Gouvernement Twer in Erregung. Die Verbannung der Genannten hatte eine allgemeine und leicht begreifliche Empörung zur Folge.

Der weiteren Entwicklung des Liberalismus im russischen Adel wollen wir uns im nächsten Kapitel zuwenden. Aber schon hier, wo wir den Beginn dieser Bewegung betrachten, müssen wir uns vorhalten, daß es keine einheitlichen Elemente waren, die sich an ihr beteiligten: auf der einen Seite nahmen die Aristokratie und der reiche Adel an ihr teil, auf der anderen Seite der mittelmäßig begüterte und arme Adel. Die ersten beiden Gruppen, die durch die Reform der bäuerlichen Zustände oder besser durch die Form dieser Änderung gereizt und die über die bureaukratische Willkür und die Außerachtlassung des Adels bei der ganzen Angelegenheit empört waren, wünschten eine möglichst baldige Begrenzung der absoluten Gewalt des Kaisers ausschließlich oder doch vorwiegend zugunsten der großen Grundbesitzer. Auf ausgearbeitete konstitutionelle Pläne stützten diese Gruppen sich keineswegs — nur ihre allgemeinen Bestrebungen waren bekannt, sie bestanden in erster Reihe in einem ausgeprägten Haß gegen die Bureaukratie, mit der diese Gruppen keinerlei Verbindung hatten.

Der andere Teil war der Aristokratie und dem reichen Adel nicht freundlich gesinnt und widersetzte sich dem Gedanken einer Adelsherrschaft. Dagegen fühlte sich der niedere Adel, der nicht ausschließlich von seinen Gütern leben konnte, mit der Bureaukratie verschwistert, in deren Reihen viele seiner Mitglieder übergingen. Ein Teil dieser Gruppe verlangte zwar eine Konstitution, doch von mehr demokratischer Art, als die hohe Aristokratie und der reiche Adel sie sich vorstellten. Ein anderer Teil ging in seinen Forderungen nicht bis zur Konstitution; die nächsten Wünsche dieser Leute beschränkten sich zunächst auf fortschrittliche demokratische Reformen innerhalb der Grenzen des Absolutismus. Ein demokratischer und aufgeklärter Absolutismus hätte sie vollauf befriedigt.

Im allgemeinen fürchtete sich jedoch die Aristokratie, der reiche, der mittelmäßig begüterte und der arme Adel in gleicher Weise vor einer Volksbewegung von unten. Die Folge war, daß keine dieser Gruppen es wagte, einen energischen Kampfruf in

den Streit um die Konstitution zu schleudern. Das Bürgertum stand abseits und begann sich erst sehr langsam an den ideellen und praktischen Kämpfen zu beteiligen. So hatte denn die liberale Bewegung unter dem Adel weder selbständige Kraft, noch vermochte sie auf Unterstützung von außen zu rechnen, und das Ergebnis war, daß es zu keinerlei konstitutionellen Errungenschaften kam; wohl aber trug diese Strömung im Adel in starkem Maße zu weiteren Reformen Alexanders II. bei, von denen noch die Rede soll [1]). In der Zeit von 1855 bis 1861 erlebte die russische Gesellschaft ungeheuer viel. Die sozialen Zustände änderten sich, die Schranken zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft gerieten ins Wanken, neue mächtige Wünsche erstanden in verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Im Wirtschaftsleben eröffneten sich neue Ausblicke und es begann sich rascher und allseitiger zu entwickeln als bisher.

1) Von den vielen Arbeiten, die diese Epoche charakterisieren, nenne ich hier nur die Werke von Dzhansjew und Golowatschow über die Zeit der Reformen, das Buch von Tatischtschew über Alexander II., die Aufsätze von Kornilow namentlich über die Bauernfrage in dem Buche „Die bäuerlichen Zustände“ und endlich „Die gesellschaftliche Bewegung unter Alexander II.“ von einem unbekannten Autor. (Sämtliche Bücher in russischer Sprache.)

Neuntes Kapitel.

Neue geistige, politische und soziale Strömungen. Die Entstehung der revolutionären Bewegung.

I.

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts fand die geistige Bewegung Westeuropas in Rußland einen starken Widerhall.

Die idealistische Philosophie, deren höchster Ausdruck Hegels System gewesen war, verlor langsam den Boden unter ihren Füßen. Feuerbachs monistischer Materialismus trat an ihre Stelle, um bald selbst durch den vulgären Materialismus von Vogt und Moleschott und die verschiedenen Richtungen des Positivismus verdrängt zu werden. Die neue geistige Strömung fand eine weitere Unterstützung in den großen Entdeckungen, die auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gemacht worden waren und die das menschliche Wissen gegen Ende des 6. und zu Beginn des 7. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts bereicherten.

Die neue Weltanschauung griff rasch von Westeuropa nach Rußland über; sie verdrängte die Hegelsche Philosophie, befruchtete die Wissenschaft, die schöne Literatur und die Publizistik und verbreitete sich um so rascher, als sie den breiteren Kreisen der Intelligenz zugänglicher war, als die verwickelten Gedankengänge der deutschen idealistischen Philosophie.

Die geistige Bewegung in Rußland von 1857 bis 1870 erinnert in vielem an diejenige, die in Frankreich vor dem Ausbruch der großen Revolution herrschte, wenn sie auch ihre besonderen Eigentümlichkeiten besitzt. Betrachten wir sie etwas näher. Die hervorstechendsten Merkmale dieser Bewegung sind: der Realismus, Rationalismus und Utilitarismus, eine Verherrlichung des

Lebens und der Freiheit. Der Realismus zeigte sich darin, daß man alle metaphysischen Gedankensysteme über Bord warf und sich wirklichen Lebensfragen, sowohl auf sozialem, wie auf individuellem Gebiete völlig hingab. Sogar in der Ästhetik trat dieses Streben zutage: „das Schöne ist das Leben", versicherte Tschernischewski. Diese realistische Bewegung war eng mit einem ausgesprochenen Rationalismus verknüpft. Der von allen denkbaren theologischen, metaphysischen und Gewohnheitsfesseln befreite kritische Geist drang in die geheimsten Gebiete des Fühlens, Wünschens und Denkens jedes einzelnen ein; man bemühte sich, alles zu verstehen und alles zu werten, man wollte alles abschütteln, was keinen triftigen Daseinsgrund hatte, und alles unterstützen, was berechtigt erschien. Die Anhänger dieses Rationalismus schraken nicht vor den allerradikalsten Folgerungen ihres Denkens zurück; sie hatten keinerlei Scheu vor der Überlieferung und hatten nur den einen Wunsch, ihr äußeres und ihr inneres Leben ganz nach den Grundsätzen eines im weitesten Sinne verstandenen Utilitarismus zu gestalten. Die damalige Generation besaß einen unbegrenzten Glauben an Fortschritt und menschliches Glück; war sie doch selbst aus den Nebeln der Reaktion und der Unwissenheit emporgestiegen, hatte sie doch den herrlichen Siegeszug der Wissenschaft miterlebt, und hatte teil an der Zerstörung jahrhundertelanger Einrichtungen (Aufhebung der Leibeigenschaft). Diese Leute waren damals überzeugt, Rußland sei ein weißes Blatt, auf das man mit Leichtigkeit alles schreiben könne, was die Wissenschaft und das soziale Gefühl diktierten.

Das Bewußtsein, daß das russische Volk, das jahrhundertelang nur stumpf dahingelebt und in seiner ungeheuren Mehrheit unter einem schweren Schicksal gelitten hatte, in eine neue Epoche der Aufklärung eintreten und neue Einrichtungen erhalten solle, schuf eine wunderbare, schöne, gehobene und freudige Stimmung. Das Leben, das bisher so gewaltsam gefesselt und getreten worden war, wurde nun zum Gegenstand eines allgemeinen Kultus. Alles für das Leben, alles für das Glück des einzelnen und der Gesellschaft, nichts über das Leben, war der allgemeine Ruf. Unter Leben verstand man damals das sichtbare reale irdische Dasein, die unzerreißbare Verbindung des

Körperlichen und Geistigen. Dieser Kultus des irdischen Lebens war so stark, daß selbst der Tod, das unerbittliche Ende jedes Lebens, damals niemand schreckte. Die Leute von damals träumten von keinem künftigen Leben, da sie die Möglichkeit des Glücks und ein von Inhalt und Taten allseitig ausgefülltes Dasein vor sich sahen. Der Realismus durchdrang all ihr Sinnen und Trachten derart, daß sie sich gar keine Fragen nach dem Übersinnlichen stellten.

Die Leute von damals wollten voll und ganz leben, aber sie gingen auch mit völliger Ruhe und großem Gleichmut dem Tode entgegen; der Gedanke, daß das eigene Leben begrenzt sei, war ihnen sichtlich unangenehm, aber sie trösteten sich damit, daß die Gesellschaft ein langes Leben vor sich habe; sie beruhigten sich bei dem Gedanken, daß der Mensch mit seiner ganzen Tätigkeit nur ein Teil der großen und ewigen Natur sei.

Die geliebten Führer der damaligen russischen Intelligenz waren die klaren englischen Denker, die ihre Ausführungen in erster Reihe auf Tatsachen stützten: Spencer, Darwin, Mill, Buckle wurden ungeheuer viel gelesen, auch Comtes System erfreute sich einer großen Beliebtheit und Anerkennung. Die rasche Verbreitung der Werke dieser Denker ist jedoch noch kein Beweis dafür, daß die russische Intelligenz ihnen blinde Gefolgschaft leistete. Die Theorien dieser großen Gelehrten bildeten nur den Ausgangspunkt für die Betrachtungen der Schriftsteller und Publizisten, die diese Ideen mit großer Selbständigkeit verarbeiteten und sie den Bedürfnissen ihrer eigenen Gesellschaft anpaßten.

Die damalige russische Intelligenz war jung und fortschrittlich, sie hatte einen gewaltigen Lebensdrang und wünschte, das russische Volk möchte so rasch wie möglich alle Überbleibsel einer toten Vergangenheit abschütteln. So rief sie denn zur Tatkraft und Arbeit auf; da sie an die Macht der Wissenschaft glaubte, wähnte sie, es genüge, das Ideal zu erkennen und den Weg zu sehen, der dahin führt. Die Verwirklichung müsse dann rasch von selbst kommen. Man brauche nur stark zu wollen und tatkräftig zu handeln. So entstand auch ein Kultus des Willens.

All diese Gedanken und Anschauungen, die aus dem Westen stammten, gewannen auf russischem Boden eine bestimmte Färbung dank dem Umstande, daß ihre Bekenner hier neuen gesellschaftlichen Gruppen angehörten, die eben erst auf dem Schauplatz des Geschehens aufgetaucht waren.

Welcher Art waren nun diese Elemente?

Unter Nikolaus I. war die Blüte der russischen Intelligenz aus dem Adel hervorgegangen. Leute aus den niederen Schichten hatten nur ausnahmsweise vermocht, sich die Errungenschaften der zeitgenössischen geistigen Bewegung Europas gründlich anzueignen.

Die schöne Literatur und die Presse waren auf Schritt und Tritt gehemmt und gefesselt, und obgleich die russischen Schriftsteller es verstanden, die Wachsamkeit der Zensoren geschickt zu umgehen, und in diesem Vorgehen auch von den Lesern begriffen wurden, so mußte dieses Nicht-zu-Ende-Sprechen doch große Lücken in der geistigen Bildung jener zur Folge haben, denen keine andere geistige Nahrung zur Verfügung stand. Übrigens konnte die geistige Bewegung im 5. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erst nach einer Reihe von Jahren einen erziehlichen Einfluß auf die breiteren Massen der Intelligenz ausgeübt haben.

Die neue Epoche, die mit Alexander II. begann, trug viel dazu bei, die geistige Bewegung in breitere Kreise zu tragen. Die Regierung empfand nach dem verlorenen Krieg selbst das Bedürfnis, die Bildung im Volke zu heben. Der Zugang zu den Universitäten und höheren Lehranstalten wurde erleichtert; die Zahl der Studenten wuchs gewaltig an. Die Zensur wurde nachsichtiger, auch die Einfuhr fremdsprachiger Bücher aus dem Auslande war jetzt bedeutend leichter als früher. Für die Reformen, die die Regierung begann, mußte sie sich auch eine zahlreiche und gebildete Beamtenschar sichern; so tat man denn namentlich anfangs alles, um Personen mit höherer Vorbildung in den Staatsdienst zu ziehen. Und dieser Umstand bewirkte, daß Eltern aus nichtadligen Kreisen ihre Kinder in höhere Lehranstalten schickten.

Der Adel war nicht mehr imstande, allein die Beamten zu stellen; anderseits war das Bürgertum durch die Entwicklung des

Wirtschaftslebens rühriger geworden. In die Seminarien und geistlichen Schulen drangen die neuen Strömungen ein; ein bedeutender Teil der jungen Leute, die dort ausgebildet wurden, zog es vor, sich anderen Beschäftigungen als dem geistlichen Dienst zu widmen. Viele suchten ihr Brot als Beamte oder Vertreter freier Berufe. Mit einem Worte: das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens betrat jetzt der Raznotschiniez, d. h. ein Mensch aus Kreisen, die keinerlei Vorrechte besaßen.

Die Psychologie dieser Menschen, die in einer ganz anderen Umgebung aufgewachsen waren als der Adel, die andere Gewohnheiten und Triebe hatten, mußte auch ihre Denkweise und ihre Tätigkeit beeinflussen. Man darf diesen Umstand nicht außer acht lassen, wenn man die soziale und politische Bewegung von 1860 bis 1870 untersuchen und werten will.

Die fortschrittlich gesinnten Radikalen unter Nikolaus I. hatten den bestehenden Zustand der Dinge in Rußland gehaßt, sie hatten ihn sogar verachtet, aber sie konnten keine instinktive Feindschaft gegen ihn haben. Persönliche Beziehungen, Gewohnheiten aller Art usw. hinderten sie am Kampfe. Der fortschrittlich-radikale Teil des russischen Adels war in einer schweren Lage gewesen; diese Menschen hatten entfernte Ideale geliebt und sie hatten keinen Boden unter ihren Füßen gehabt, sie waren sich selbst bewußt, in ihrem Vaterlande Fremdgewächse zu sein. Sie besaßen keinen starken Glauben an einen raschen Fortschritt, sie waren nicht von dem nahen Siege ihrer Ideale überzeugt. Das Ergebnis war eine tiefsinnige, traurige Stimmung, denn es waren weiche, sehr empfängliche, ästhetisch verfeinerte Naturen.

Ihre sozialen und politischen Ideale waren in starkem Maße die Folge ihres ästhetischen Geschmacks und ihrer verfeinerten Gefühle gewesen, aber nichts weniger als das Ergebnis ihrer sozialen Lage. Diese Männer hatten sich trotz ihrer Stellung in der Gesellschaft diesen Gedanken hingegeben; ihr Mitgefühl mit den Leidenden [1]) und ganz besondere Umstände, die durch die

---

1) Die Ursachen dieses Mitgefühls habe ich versucht, in einem früheren Kapitel darzulegen.

Zeitverhältnisse bedingt waren, hatten sie in diese Richtung gedrängt. So waren sie denn auch ein kleines Häuflein geblieben.

Ein anderes war es um die sozialen Gruppen, aus denen der „Raznotschiniez" hervorging; diese Schichten wurden von der Regierung, der Aristokratie und dem reichen Adel verfolgt, ja oft geknechtet; freiheitliche, radikale, fortschrittliche Gedanken hatten für sie einen realen, praktischen Lebenswert. Sie haßten die Wirklichkeit, die sie durchmachten, nicht nur mit dem Verstand, sondern vor allem mit dem Herzen; gegenüber der höheren Beamtenschaft und dem höheren Adel beseelte sie nichts als das Gefühl des Unwillens. Sie brauchten sich nicht mehr wie die fortschrittlich gesinnten Adligen als Fremdgewächse im eigenen Volke zu betrachten. Allerdings bildeten auch sie im Volke vorerst noch ein kleines Häuflein, aber sie waren doch jedenfalls zahlreicher, als jene gewesen waren; nicht ohne Grund glaubten sie auch dem Volke näher zu stehen als jene. Und darum vertraute der „Raznotschiniez" auf seine eigene Kraft und fühlte festen Boden unter seinen Füßen.

Es war von vornherein zu erwarten, daß diese neuen Menschen in ihrem Kampfe mit den herrschenden Zuständen sehr energisch, ja gewaltsam sein würden. Es war ebenso klar, daß sie große Forderungen stellen würden. Der radikale Adlige war höflich gewesen, der „Raznotschiniez" war rauh, unter Umständen sogar brutal; der erste zögerte, der zweite war fest. Die Gegensätze traten in der neuen revolutionären Bewegung hervor, die im Jahre 1861 anhob.

II.

Der hervorragendste Vertreter der geistigen wie der politischen und sozialen Bewegung jener Zeit war unstreitig Nikolaus Tschernischewski. Im radikalen Lager hatten seine Anschauungen einen ungeheuren und langandauernden Einfluß. Er besaß einen scharfen und vielseitigen Verstand und hatte eine umfassende Bildung. In seinen Arbeiten berührte er die mannigfaltigsten philosophischen, wirtschaftlichen, literarischen, sozial-ästhetischen und historisch-philosophischen Fragen. Es war ihm unmöglich,

sich auf ein Wissensgebiet zu konzentrieren, denn er war in erster Reihe ein Mann der Tat; man möchte ihn den Erzieher der russischen Gesellschaft nennen, kam es ihm doch vor allem darauf an, so günstig und eindringlich wie möglich auf die Allgemeinheit zu wirken. Von Natur aus in erster Reihe logisch veranlagt, hätte Tschernischewski sicherlich ein großer Gelehrter auf dem Felde der Sozialwissenschaften oder der Philosophie werden können, doch er schrieb viel über Ästhetik und Literatur, da in den breiten Leserkreisen gerade für diese Gegenstände Interesse vorhanden war und man auf diesem Wege eine Reihe gesunder Begriffe und notwendiger Kenntnisse ins Publikum bringen konnte. Tschernischewskis wissenschaftlich-literarischer Nachlaß ist sehr reich und heute bereits allgemein zugänglich. Da wir uns jedoch vorwiegend mit den Strömungen und nicht mit den einzelnen Persönlichkeiten beschäftigen, kann ich hier nicht Tschernischewskis Arbeiten im einzelnen durchgehen, noch seine theoretischen Ansichten behandeln [1]). Ich werde mich im nachfolgenden nur bemühen, eine allgemeine Charakteristik dieses Schriftstellers und geistigen Führers seiner Zeit zu geben. Ich will versuchen, mit wenigen Strichen seine, ich möchte sagen geistige Physiognomie zu zeichnen, was zum Verständnis der revolutionären Bewegung zwischen 1860 und 1870, der er den Stempel aufgedrückt hat, durchaus notwendig ist.

Nikolaus Tschernischewski war 1829 in Saratow geboren und stammte aus geistlichen Kreisen; sein Vater war Oberpriester. Dieser war selbst ein gebildeter Mann, gab seinem Sohn eine gute Erziehung und sorgte für seine Ausbildung. Tschernischewski besuchte zuerst das geistliche Seminar seiner Vaterstadt und kam dann an die Petersburger Universität, wo er 1850 an der philologischen Abteilung seine Studien beschloß. Eine Zeitlang war er Lehrer an der Kadettenschule in Petersburg, späterhin am Gymnasium in Saratow. Damals heiratete er auch. Die kleinstädtische Umgebung war nicht das Richtige für einen Menschen, der nach wissenschaftlicher Arbeit und Tätigkeit

1) Siehe das Werk Plechanows in den „Jahrbüchern des Sozialdemokraten" (russisch), wo er die philosophischen, ökonomischen und literarischen Ansichten Tschernischewskis, wenn auch nicht vollständig, bespricht.

dürstete; so finden wir ihn denn schon 1853 abermals in Petersburg. Er ist wieder als Lehrer tätig, beschäftigt sich aber nebenbei mit Übersetzungen und schreibt wissenschaftlich-literarische Buchbesprechungen für die Monatsschrift „Vaterländische Annalen" (Otietschestwiennija Zapiski). Noch später trat er in die Redaktion des „Zeitgenossen" (Cowremiennik) ein, der neben den „Vaterländischen Annalen" eine führende Rolle auf geistigem Gebiet spielte; Tschernischewski sollte bald die leitende Kraft werden.

Er hätte mit Leichtigkeit eine Professur erhalten können, doch wollte er sich nicht binden und zog es vor, sich der Publizistik im weitesten Sinne dieses Wortes zu weihen. Seiner Ansicht nach war es im damaligen Rußland die Pflicht des Gelehrten, sich nicht der reinen und kosmopolitischen Wissenschaft hinzugeben, sondern seine Kräfte dorthin zu lenken, wo sie dem Lande, dessen einfachste Bedürfnisse noch nicht befriedigt waren, den größten Nutzen bringen konnten. Es ist klar, daß es ihm in erster Reihe darauf ankam, das geistige Leben zu wecken und eine neue Weltanschauung zu gründen und zu verbreiten, die den Bedürfnissen seines Vaterlandes angepaßt war.

In philosophischer Hinsicht war Tschernischewski ein Anhänger des Feuerbachschen Materialismus. Diese Theorie betrachtet den Menschen als ein einheitliches Wesen — Geist und Körper bilden ein Ganzes, d. h. einen Teil der Natur; sie verwirft ferner alle übersinnlichen Kräfte und leitet die Religion nicht von Gott, sondern aus der Psyche des Menschen ab.

Doch beschränkte Tschernischewski sich nicht auf eine blinde Gefolgschaft. Feuerbachs Philosophie wurde ihm nur zum Ausgangspunkt seiner originellen eigenen Ansichten; für ihn war die schöne Literatur das Spiegelbild des Lebens in seinen reichsten, mannigfaltigsten Erscheinungen.

Er schrieb viel über wirtschaftliche und soziale Fragen, berühmt sind seine Bemerkungen zu der russischen Ausgabe von Mills „Politischer Ökonomie" und ebenso seine Abhandlungen über das Gemeindeeigentum an Grund und Boden in Rußland. Er war ein entschiedener Sozialist in der früheren Bedeutung dieses Wortes, d. h. er war kein Marxist. Er sprach sich vollkommen klar für eine soziale Ordnung aus, die auf gemeinsamem

Eigentum beruhen und keinen Tauschverkehr kennen sollte. Die soziale Wirtschaft sollte nach einem allgemeinen Plan und entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft organisiert sein. Den Ausgangspunkt für diese Gedanken bildete die Lehre Fouriers.

Gegen Ende seiner Tätigkeit vereinigte Tschernischewski seine sozialen, sozialistischen und politischen Ansichten zu einem harmonischen untrennbaren Ganzen. Man kann ihn in dieser Epoche nicht mehr einen Anhänger Fouriers nennen, da der politische Faktor bei Fourier fast gar keine Rolle spielte, Tschernischewski dagegen ein Revolutionär sowohl in politischer als in sozialer Hinsicht war; als solcher begriff er denn auch, daß man die herrschenden Zustände nicht durch die bloßen Bemühungen, ich möchte sagen, gutgesinnter Privatpersonen ändern kann. Es wurde ihm klar, daß man hierzu die Staatsmaschinerie selbst in Bewegung setzen muß. Er spornte zur Gründung von Produktivgenossenschaften an, aber gleichzeitig schob er die Bedeutung einer politischen Massenbetätigung in den Vordergrund. Zu diesen Ansichten war er allerdings nicht mit einem Male gekommen, sie entwickelten sich bei ihm erst in den letzten Jahren vor seiner Verhaftung, d. h. gegen die Mitte des Jahres 1862. Diese Tatsache geht aus den Blättern der revolutionären Organisationen hervor, zu denen er offenbar sehr nahe Beziehungen hatte, ja die er vielleicht selbst leitete und in denen er sogar mitunter schrieb. Von all dem soll noch ausführlich die Rede sein.

In der sozialen Entwicklung schrieb Tschernischewski den wirtschaftlichen Faktoren eine große Bedeutung zu, doch schien er manchmal die geistige Bewegung als den wichtigsten Faktor anzusehen. Die ungeheure Bedeutung des Klassenkampfes war ihm stets klar, sehr viel selbständiges Urteil zeigte er namentlich in seinen wirtschaftlichen Ansichten. Besonders wertvoll ist, wie Plechanow richtig bemerkt, seine prächtige Abfertigung der Gegner der Staatsintervention auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete. Tschernischewski interessierte jedoch weniger der bestehende wirtschaftliche Zustand und seine Erklärung, als die Möglichkeit und Nützlichkeit eines anderen, der sich auf neuen wirtschaftlichen Grundsätzen aufbauen sollte.

Marxens ökonomische Theorien waren damals in Westeuropa erst wenig und in Rußland vielleicht noch gar nicht bekannt. Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ war noch nicht veröffentlicht (der erste Band kam erst 1867 heraus), doch war schon das „Kommunistische Manifest“ vorhanden, das Marx zusammen mit Engels herausgegeben hatte, auch die Streitschrift gegen Proudhon, „Das Elend der Philosophie“, und „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ waren bereits erschienen, doch kannte Tschernischewski diese Werke nicht.

In der bereits zitierten Arbeit untersucht Plechanow sehr eingehend die Anschauungen Tschernischewskis und weist ihre Mängel vom Standpunkt der heutigen Wissenschaft nach. Man darf aber nicht übersehen, daß auch andere bedeutende Nationalökonomen solche Fehler begingen; trotz seiner Irrtümer nahm Tschernischewski einen sehr selbständigen Standpunkt ein, auch kam er oft der eigentlichen Lösung der betreffenden Fragen ziemlich nahe.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der russischen Gesellschaft wurden Tschernischewskis Ansichten über das Gemeindeeigentum an Grund und Boden, wie es in manchen Gegenden Rußlands herrscht. Seine diesbezüglichen Gedanken sollten für lange Zeit das Glaubensbekenntnis der Revolutionäre werden. Wir wollen daher einige Augenblicke bei ihnen verweilen.

Wie Herzen, so maß auch Tschernischewski dem Gemeindeeigentum an Grund und Boden eine große Bedeutung bei; er sah in ihm den Keim einer höheren künftigen Entwicklung und wähnte, diese Einrichtung habe im Volke Begriffe und Gewohnheiten gezeitigt, die die Verwirklichung einer sozialistischen Ordnung leichter möglich machen würden, als dies bei der alleinigen Herrschaft des individuellen Eigentums mit all seinen Folgen im Rechtsbewußtsein, in den Gewohnheiten und Instinkten anderer Völker der Fall sei. Diese Form des Grundeigentums, führte Tschernischewski weiter aus, hemme auch nicht die erfinderische Tatkraft des einzelnen und lasse sich vorzüglich mit dem Großbetrieb vereinigen, der sich alle nur möglichen Erfindungen nutzbar machen könne. Den Beweis hierfür wollte er

bei den Kosaken des Urals sehen, wo nicht nur der Grund und Boden allen gemeinsam ist, sondern auch die Bearbeitung noch gemeinsam erfolgt.

Wenn auch nach Tschernischewski der Umwandlung des heutigen Grundeigentums in kommunistischen Besitz eine Zeit vorausgehen müsse, wo das Privateigentum vorherrschen würde, so war er doch auch überzeugt, daß dieser Zeitabschnitt sehr verschieden sein könne, und in manchen Ländern sehr lange, in anderen wieder nur ganz kurze Zeit zu herrschen brauche. Mit anderen Worten, er war überzeugt, Rußland könne, gestützt auf die Erfahrungen des Westens, entweder sofort von dem herrschenden System des Gemeindeeigentums an Grund und Boden zum Kommunismus übergehen oder doch die Zeit des Privateigentums ungeheuer abkürzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der erstere Fall möglich ist. Er befürchtete, die Massen könnten infolge der Einführung des persönlichen Eigentums an Grund und Boden überhaupt von der Scholle verdrängt werden.

Tschernischewski berief sich hierbei auf die Hegelsche Formel, wonach der These stets die Antithese und die Synthese folgen. Als These galt ihm das Gemeindeeigentum an Grund und Boden, als Antithese das persönliche Grundeigentum; die Synthese sollte der Kommunismus sein, er hoffte jedoch, man würde in Rußland die Antithese umgehen können.

Betrachtet man die Frage des Gemeindeeigentums an Grund und Boden rein abstrakt, so könnte man leicht mit Tschernischewski übereinstimmen; der Schwerpunkt ist jedoch auf den Grad der Zersetzung zu legen, den diese Form des Grundeigentums unter dem Einfluß des Tauschverkehrs und der beginnenden Geldwirtschaft in Rußland durchgemacht hat. Die Frage ist also dahin zu stellen, ob die Landbevölkerung unter dem Einfluß des Gemeindeeigentums noch eine einheitliche, solidarische Schicht bildet oder ob sie nicht vielmehr innerhalb der einzelnen Gruppen von Gegensätzen zerrissen wird. Endlich würde der Übergang vom Gemeindeeigentum an Grund und Boden zum Kommunismus davon abhängen, ob das russische Volk soziale Kräfte aufweist, die an dieser Umwandlung interessiert und stark

genug sind, um sie auch durchzuführen. Auf diese Frage fehlt die Antwort bei Tschernischewski zum Teil deswegen, weil sie in bezug auf Rußland nur schwer zu geben ist, zum Teil auch, weil er über soziale Formen noch nicht so klare und gefestigte Begriffe besaß, wie sie heute dank der Entwicklung der Wissenschaft verbreitet sind.

Tschernischewski stimmte mit Herzen dahin überein, daß das Gemeindeeigentum an Grund und Boden Rußland große Vorteile bringen würde, dagegen glaubte er nicht, daß diese Einrichtung auch für die westeuropäischen Völker noch von Bedeutung werden könnte; diese, meinte er, würden im Augenblicke einer sozialen Umwälzung nicht erst die russischen Formen des Grundeigentums zu übernehmen brauchen, sondern hätten Mittel und Kräfte genug, um eine kommunistische Gesellschaftsordnung in anderer Weise durchzuführen, als dies in Rußland der Fall sein würde.

Tschernischewski war ein warmer Anhänger der westeuropäischen Zivilisation, er glaubte an ihre Lebensfähigkeit und verwarf mit einiger Mißachtung Herzens Ansichten, wonach der Westen sich überlebt habe und sich in einem Zersetzungszustande befinde. Sein nüchterner, klarer und kalter Verstand war von derartigen phantastischen Gedankenbildern weit entfernt. Er sah weder sein Vaterland noch seine Mitbürger in einem besseren Licht, als sie es verdienten, und obgleich er sie nicht weniger liebte als Herzen, behielt er doch sein klares Urteil über sie. Er war allerdings ebensoweit davon entfernt, alle Einrichtungen des Westens blind zu loben, im Gegenteil, manche von ihnen beurteilte er sehr pessimistisch; so überschüttete er namentlich den damaligen Liberalismus mit spöttischen Bemerkungen. Er ging sogar zu Beginn seiner Tätigkeit in seiner feindseligen Haltung gegen den Liberalismus zu weit und behauptete, die Regierungsformen seien für das Glück der Demokraten, d. h. der Sozialisten, fast gleichgültig; als völlig wertlos erklärte er damals politische Reformen, da der Arbeiter fast gar keinen Vorteil von ihnen habe. Doch änderte er später seine Ansichten über diesen Punkt, denn wir werden noch sehen, daß in den revolutionären Zeitschriften und Organisationen, an denen er ohne Zweifel großen Anteil hatte, politische Forderungen in den Vorder-

grund geschoben und nicht weniger betont wurden als die wirtschaftlich-sozialen. Ebenso begrüßte er im Jahre 1862 freundlich die liberale Bewegung unter dem russischen Adel und versicherte, die übrigen Stände würden sich, wenn sie nur die Möglichkeit hierzu hätten, auf ihren Versammlungen für eine Konstitution aussprechen.

Tschernischewski besaß überhaupt einen sehr empfänglichen Geist, der stets in Bewegung war; er vervollständigte seine Anschauungen immer von neuem und war ebenso stets bemüht, sie an der Hand der Tatsachen zu prüfen. Hätte die brutale Hand der Regierung ihn nicht so bald dem sozialen und kulturellen Leben entrissen, um ihn erst in die Zwangsarbeit und dann in die Verbannung nach dem entfernten Wilujsk zu schicken, so hätte sein Geist sich noch weiter entwickelt und nicht nur die russische, sondern auch die Weltliteratur mit Werken von großer Bedeutung bereichert; seine politischen und sozialen Anschauungen über entferntere und Tagesereignisse sowohl in Rußland wie anderswo hätten sich in mancher Hinsicht noch geändert und hätten sich sicherlich stark jenen Gedanken genähert, die heute im sozialistischen Lager herrschen.

Ich habe bereits darauf hingedeutet, daß Tschernischewski nicht Marxist war und sich vom Verfasser des „Kapitals" nicht nur in wirtschaftlicher, sondern vielfach auch in soziologischer Hinsicht unterschied. In seinen Betrachtungen über die arbeitenden Klassen, die er als „das einfache Volk" bezeichnete, unterschied er die Arbeiter selbst noch nicht genau von den übrigen sozialen Schichten. Ebensowenig machte er sich die bedeutende Rolle der Arbeiterschaft, als Trägerin bestimmter Ideale, genügend klar. Der Hauptgrund hierfür lag wohl in der Tatsache, daß er in Rußland und nicht in einem Lande mit entwickelten wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen lebte. Jedenfalls stellte er sich in seinen wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten vor allem auf die Seite der ausgebeuteten Klassen im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen.

Die Abhängigkeit des menschlichen Bewußtseins und der menschlichen Taten von den äußeren Verhältnissen war ihm vollständig klar, und so maß er denn auch einer Veränderung der

äußeren Verhältnisse die größte Bedeutung bei. Er war überzeugt, daß die organisierten Massen an den Staatsangelegenheiten teilhaben müßten, um die Interessen des Volkes zu vertreten, und war somit von dem Anarchismus eines Proudhon weit entfernt; seinen Ansichten und seinem Temperament hätte mehr die Lehre von Blanc entsprochen. Er liebte das Volk im weitesten Sinne dieses Wortes, aber er sah auch alle seine Schwächen und war sich der Unwissenheit und Rückständigkeit der Massen bewußt; er war sich auch darüber klar, bis zu welchem Grade die Überlieferung das Volk, namentlich die Bauern, beherrscht. Daher glaubte er auch, daß nur Reformen von oben Rußland von dem jetzigen Zustand würden befreien können; allerdings war er auch überzeugt, daß sich diese Reformen nur dann durchführen ließen, wenn ihnen eine Bewegung von unten, sei es nun in Form einer Verschwörung oder einer Massenbewegung, vorausgehen würde.

Er sprach diese Gedanken nirgends vollkommen deutlich aus; wenn wir jedoch verschiedene Stellen aus seinen Werken der Tätigkeit und den Aussagen der Zeitgenossen gegenüberstellen, können wir den politischen Charakter dieses großen Mannes nur so und nicht anders auffassen.

Tschernischewski war eine Kampfesnatur im eigentlichen Sinne dieses Wortes. Er liebte den scharfen Streit der Meinungen und wählte oft diese Form, um seine Ansichten in die breiten Massen zu tragen. Ohne den schönen, leichten, lebhaften Stil Herzens zu besitzen, kam er ihm doch an Weite und Tiefe der Gedanken gleich. Wie Herzen verstand er es, seine Ansichten klar und bestimmt wiederzugeben und jedes Gebiet erschöpfend zu beleuchten. Herzen riß seinen Leser mit; Tschernischewski belehrte ihn und verstand es, ihn fester zu überzeugen.

Zwischen diesen beiden Männern, die beide von großem Einfluß auf die Entwicklung der russischen Gesellschaft waren, bestand ein starker Gegensatz in Ansichten, Gewohnheiten, Neigungen und Beschäftigungen.

Herzen war eine empfängliche Künstlernatur, ein weicher Mensch, der in seinen politisch-taktischen Ansichten leicht Stim-

mungen unterlag, zu voreiligen Schlüssen neigte und gern in verwickelten schwierigen Angelegenheiten bestimmte allgemeine Urteile fällte. Tschernischewski dagegen war nichts weniger als ein Künstler; selbst in seinem berühmten Roman „Was tun?“ begründete er seine Urteile durch eine eingehende Untersuchung der Fragen, ohne sich von seinem Gefühl hinreißen zu lassen. Herzen, dessen Ideale in ferner Zukunft lagen, mied in seiner Taktik stets die gewaltsamen Kampfmittel, selbst dann, wenn er es mit einem verräterischen und rücksichtslosen Gegner zu tun hatte; er war selbst in der Politik noch ein ritterlicher Schöngeist; Tschernischewski, der im Kampfe unerbittlich war, vertrat dagegen die Ansicht, man müsse in der Politik oft eine sehr scharfe Kampfesart wählen, die vom Standpunkt der abstrakten Moral aus auch ihre unerquicklichen Seiten hat. In seiner berühmten Zeitschrift „Die Glocke“ trat Herzen in erster Reihe als Ankläger auf; ein weitverzweigtes eingehendes Programm, das alle Seiten des gesellschaftlichen und politischen Lebens umfaßt hätte, besaß er nicht; er liebte überhaupt keine Programme, sondern gab sich mehr den Eindrücken des Augenblicks hin. Tschernischewski nahm ihm diesen allgemeinen Charakter seiner Zeitschrift übel und empfahl ihm eindringlich und nicht mit Unrecht, er möge sich endlich zu einem umfassenden politisch-gesellschaftlichen Programm konstitutioneller, republikanischer oder sozialistischer Art entschließen; die Anklage gegen einzelne Regierungsvertreter, die Bekanntmachung ihrer Übergriffe sei zwar nützlich, meinte Tschernischewski, bewahre sie doch die Regierung vor Fehlern und erleichtere die Kontrolle der Untergebenen, aber sie untergrabe nicht das System, und gerade das sei von Wichtigkeit. Herzen, den bereits verschiedene Programme enttäuscht hatten, machte dagegen geltend, es handle sich nicht um solche, sondern um greifbare Ergebnisse, denn das Leben rechne nicht mit Programmen. Die Antwort traf sichtlich nicht das Richtige, da der Begriff „Leben“ auch die Anschauungen und Begriffe der handelnden Menschen, also auch ihre Programme umfaßt, denn diese sind es, die in gewissen Zeiten die Forderungen verallgemeinern, den Kampf organisieren und wertvolle Wegweiser werden.

Herzen reizte die scharfe rücksichtslose Kritik, die Tschernischewski und Dobroliubow im „Zeitgenossen" an Menschen und Richtungen übten. In der Tat bekämpften die beiden nicht nur Konservative aller Art, sondern auch den ihnen nahestehenden Herzen und seinen Freund Ogarew; sie warfen den beiden vor, daß sie zwar freigeistig und oppositionell gestimmt seien, aber sich zu nichts anderem als Seufzern und Klagen entschließen könnten; sie seien „überflüssige Menschen", erklärten Dobroliubow und Tschernischewski. Das Urteil war vielleicht etwas übertrieben und allzu hart, es schätzte die Verdienste der beiden vielleicht nicht genügend und ließ wohl die schwierigen Bedingungen außer acht, unter denen sie kämpften, aber sicherlich war der Vorwurf in einer Hinsicht berechtigt. Herzen und Ogarew waren keine Kampfesnaturen, Herzen selbst befreite sich niemals von der Täuschung, Rußland werde eine völlige Umwandlung ohne äußere Erschütterungen durchmachen können. Die „Glocke" griff den „Zeitgenossen" an; die Beziehungen zwischen Herzen und Ogarew auf der einen, Tschernischewski und seinen Freunden auf der anderen Seite wurden immer gespannter. Erst gegen Ende des Jahres 1861 und zu Beginn des folgenden fand wieder eine gewisse Annäherung statt. Herzen begriff immer mehr die völlige Unzulänglichkeit der „Reformen von oben" in Rußland und begann auch die dort gerade im Entstehen begriffene revolutionäre Bewegung, wenigstens einige Gruppen derselben, mit anderen Augen anzusehen. Hiervon soll im nächsten Kapitel noch die Rede sein. Obgleich mir die Beweise hierfür fehlen, bin ich doch der Ansicht, daß Herzen seine Anschauungen sowohl bezüglich der polnischen Sache wie auch bezüglich der russischen Revolution unter Bakunins Einfluß änderte, der 1861 gerade aus Sibirien entflohen war und nach Rußland kam. Dieser leidenschaftliche Revolutionär begriff allerdings leicht, wie notwendig gerade für Rußland eine Bewegung von unten war.

Es ist äußerst charakteristisch, daß Herzen gegen Ende der sechziger Jahre, als seine Beziehungen zu Bakunin kühler geworden waren, zu einigen seiner früheren Ansichten wieder zurückkehrte. Er gab zwar seit seiner Annäherung an Tschernischewski und dessen Kreis die Notwendigkeit eines Landestages zu, gegen die revo-

lutionäre Bewegung selbst verhielt er sich jedoch entweder ablehnend oder gleichgültig.

In nationalen Fragen war Tschernischewski völlig parteilos. Er meinte, jedes Volk müsse das Recht haben, selbst über sein Schicksal zu entscheiden; er war daher auch den Polen freundlich gesinnt und hatte nichts gegen eine Trennung des Königreichs Polen von Rußland. Im Gegensatz zu Bielinski erklärte er das Entstehen einer kleinrussischen Literatur als natürlich und erwünscht. Seine Duldsamkeit und sein Gerechtigkeitsgefühl gingen so weit, daß er auch den Kleinrussen das Recht auf ein unabhängiges politisches Dasein zuerkannte, während die übrigen Russen gerade diesem Stamm gegenüber nur selten auf einem solchen Standpunkt stehen. Die Großrussen, erklärte Tschernischewski, seien zahlreich genug, um auch für sich allein einen mächtigen Staat bilden zu können.

Herzen nahm zwar einen ähnlichen Standpunkt ein, bedauerte aber in seinem späteren Alter, in der polnischen Frage zu weit gegangen zu sein; Tschernischewski dagegen blieb seinen Grundsätzen treu.

Tschernischewski kannte die innere Lage Rußlands genau und war sich aller Schwierigkeiten bewußt, die jene überwinden mußten, die eine Änderung der gesellschaftlichen und politischen Zustände des Landes erzwingen wollten. Er sah denn auch die Dinge nicht anders als sie waren und wußte, daß den Kämpfern um eine bessere Zukunft noch viele Niederlagen bevorstanden [1]). Nichtsdestoweniger und trotz seiner großen Liebe zu seiner wissenschaftlich-literarischen Tätigkeit und seiner Familie kam er nach langer Überlegung zu der festen Überzeugung, es sei seine Pflicht, mit anderen gemeinsam den revolutionären Kampf zu beginnen; er wußte, welchen Verlusten die Kämpfer um eine bessere Zukunft entgegengingen, aber er wußte auch, daß dieser Kampf sicherlich einmal Früchte bringen würde.

Es liegt etwas Gewaltiges und Rührendes darin, wie Tschernischewski den schweren politischen Kampf begann; er war mehr

1) Siehe hierüber Kudrin in seinem Aufsatz „Tschernischewski und das Rußland der sechziger Jahre", der 1905 im „Russischen Reichtum" (russische Zeitschrift) erschien.

als 30 Jahre alt, er genoß in seinem Vaterlande großen Ruhm, als er von neuem im Dunkeln eine illegale, gefahrvolle Tätigkeit begann.

Eng verknüpft mit der wissenschaftlich-literarischen und publizistischen Tätigkeit Tschernischewskis ist der Name eines anderen Schriftstellers. Nikolaus Dobroliubow starb sehr jung, aber er hinterließ unvertilgbare Spuren, und es gelang ihm, einen großen Einfluß auszuüben. Er war gewissermaßen eine Ergänzung Tschernischewskis; besaß er doch einen stark entwickelten ästhetischen Geschmack, einen ungeheuren Eifer, ein warmes Gefühl und ein großes literarisches Talent.

In seinen literarischen Aufsätzen berührte er die verschiedensten Fragen: sittengeschichtliche, moralische und soziale, und zwar legte er ihnen mehr Gewicht bei als der ästhetischen Seite der betreffenden Werke. Er trat stets als Humanist im weitesten Sinne dieses Wortes auf und verteidigte alle Unterdrückten; für jeden einzelnen Menschen verlangte er eine allseitige Entwicklung und Unabhängigkeit.

Für uns ist es heute unverständlich, daß so einfache, natürliche Wahrheiten erst bewiesen werden mußten. Und doch war es angesichts der furchtbaren damaligen Zustände, wie sie in einigen gesellschaftlichen Schichten, so namentlich in der von Ostrowski meisterhaft geschilderten Kaufmannschaft, vorherrschten, durchaus nötig. Der erhabene Ton in Dobroliubows Aufsätzen wirkte nicht nur auf den Verstand, sondern auch auf das Gefühl.

Dobroliubow teilte Tschernischewskis Ansichten, begann jedoch erst in den letzten Jahren seines Lebens Aufsätze sozialen und politischen Inhalts zu schreiben. Wie überall, zeigte sich auch hier seine Begabung, sein Beobachtungssinn, seine lebhafte Vorstellung von den Dingen. Doch legte er nirgends seine sozialen und politischen Ansichten eingehend und genau nieder. Er besaß auch eine satirische Begabung und geißelte in unnachahmlicher Weise dic Mängel Rußlands.

Einige Aufsätze Dobroliubows kennzeichneten vorzüglich gewisse Dichtungen und typische Gestalten des damaligen Rußlands und zeigten deren Ursprung, so seine lange Besprechung der Ostrowskischen Dramen unter dem Titel „Das Reich der

Dunkelheit“ oder seine Aufsätze über Gontscharows berühmte Erzählung „Oblomow“ und Turgenjews „Am Vortage“.

Den intelligenten Schichten gegenüber verhielt sich Dobroliubow skeptisch, er warf ihnen Mangel an Tatkraft und Folgerichtigkeit vor, dagegen schrieb er dem Volke selbst einen machtvollen Willen zu. Er sah überhaupt das Volk in einem sehr rosigen Licht, worin er sich von Tschernischewski unterschied. Will man die damalige gesellschaftliche Entwicklung Rußlands und die Psychologie der einzelnen sozialen Schichten jener Zeit begreifen, so muß man die Werke Dobroliubows lesen. Der unbarmherzige Tod raffte diesen Mann in der Blüte seiner Jahre dahin; er war 1836 geboren und starb 1861 an der Schwindsucht.

III.

Neben dieser radikal-fortschrittlichen Richtung, deren schärfster Ausdruck der Sozialismus war, bestand noch eine zweite, in vielem mit ihr verwandte Strömung, die in der Geschichte des gesellschaftlichen und geistigen Lebens Rußlands als Nihilismus bezeichnet wird.

Man kann wohl sagen, daß der Ausdruck in der ganzen Welt bekannt geworden ist; am häufigsten hat er ein an Schrecken grenzendes Staunen hervorgerufen. Westeuropäische Publizisten haben unter Nihilismus oft den Anarchismus Bakunins verstehen wollen und ihn mit Bomben und anderen furchtbaren Kampfesmitteln in Verbindung gebracht. Aber der Nihilismus war in erster Reihe eine geistige, klar umschriebene Strömung, die jedoch keine bestimmte soziale und politische Färbung besaß, und keinerlei bestimmte Kampfestaktik empfahl. Der Nihilismus bedeutete nichts anderes als einen äußersten Individualismus, der die einzelne menschliche Persönlichkeit zum Ausgangspunkt nahm und die Befreiung dieser Persönlichkeit von allen möglichen Faktoren des sozialen Lebens als sein Ziel erklärte. Anfangs wenigstens wandte er seine scharfe Kritik in erster Linie gegen jene den einzelnen am meisten hemmenden Einrichtungen, auf die er immer und immer wieder stieß: er kämpfte also gegen die Religion, gegen die patriarchalischen Familienverhältnisse, gegen

die unlösbare Ehe, gegen verschiedene Vorurteile, die Sitte und Überlieferung geschaffen haben, und endlich gegen jedwede Unklarheit und Romantik.

Von der Richtung, die wir im vorhergehenden Abschnitt betrachteten, unterschied sich der Nihilismus vor allem dadurch, daß er sich nicht um das Volk als sozialen Körper bekümmerte und nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen aufrief, dessen Ziel die Lösung sozialer Fragen durch weitläufige gesellschaftliche Reformen sein sollte. Er stand zwar diesen Bestrebungen freundlich gegenüber und freute sich an ihnen, aber er stellte stets die Entwicklung des einzelnen, die Arbeit an der eigenen Persönlichkeit in den Vordergrund. Er verlangte die Gestaltung des persönlichen Lebens nach den Lehren der Naturwissenschaften, die ihm fast als Allerweltsmittel gegen alle persönlichen und gesellschaftlichen Mängel galten.

Das Böse war für die Nihilisten vor allem ein Ergebnis der Unwissenheit; die aufgeklärten Unternehmer, erklärten sie, müßten in ihrem eigenen Interesse die Fabrikverhältnisse kulturell und für die Arbeiter günstig gestalten, da sie doch an deren intensiver Arbeit interessiert seien, diese aber nur unter solchen Bedingungen möglich sei. Soziale Fragen würden weniger durch planmäßig durchgeführte soziale und politische Reformen gelöst werden, erklärten die Nihilisten, als durch die verständigen egoistischen Bestrebungen eines Haufens von einzelnen Persönlichkeiten.

Den Typus des Nihilisten hat Turgenjew vorzüglich in seiner Erzählung „Väter und Söhne" gezeichnet.

Der russische Nihilismus hatte viel Gemeinsames mit den individualistisch-anarchistischen Anschauungen Stirners. Es ist klar, daß man damals in Rußland den Staat als bestehende Einrichtung nicht von einem grundsätzlichen Standpunkt aus angreifen konnte, wie Stirner dies tat. Wir wissen übrigens nicht, ob die Nihilisten überhaupt den Staat in allen seinen Formen aufheben wollten; wir können im Gegenteil eher annehmen, daß sie ihn übersahen. Die Verwandtschaft ihrer Ansichten mit den Stirnerschen liegt in der grundsätzlich anerkannten rücksichtslosen Freiheit des einzelnen und in der Bekämpfung aller intellektuellen und moralischen Fesseln.

Der Nihilismus tauchte etwas später auf als die von Tschernischewski und Dobroliubow vertretene Richtung, seine endgültige Form entwickelte sich erst im Jahre 1861.

Der hervorragendste Vertreter des Nihilismus in der russischen Literatur war Dmitrij Pissarew, ein begabter Mensch, der mit einem sehr scharfen und raschen Verstand ausgestattet war; er eignete sich stets die neuesten Ergebnisse auf den verschiedenartigsten Gebieten mit der größten Leichtigkeit an. Pissarew schrieb viel; er brachte naturwissenschaftliche, philosophische und teilweise auch soziologische Theorien in gemeinverständliche Formen und tat sich überdies als literarischer Kritiker hervor. Zu Beginn seiner Tätigkeit beschäftigte er sich noch nicht mit sozialen und politischen Fragen, doch wandte er sich später auch solchen zu.

Der russische Kritiker Skabitschewski stellt in seiner „Geschichte der neuesten russischen Literatur" den Nihilismus mit jener Richtung zusammen, an deren Spitze Tschernischewski und Dobroliubow standen, und kommt zu dem Ergebnis, beide Richtungen hätten den Egoismus als die Grundlage menschlicher Handlungen erklärt, nur hätte der Nihilismus ihn wörtlich genommen, während der Sozialismus seine Bedeutung erweiterte und veredelte. Den Unterschied dieser beiden Auffassungen erklärt Skabitschewski dahin, daß die aus ihrer Bahn gekommenen adligen Elemente, die in Sinnlichkeit aufgewachsen waren, sich dem Nihilismus zuneigten, während die aus anderen Schichten hervorgegangenen sich der anderen Richtung anschlossen.

Die verschiedene Auffassung des Egoismus in beiden Gruppen erscheint mir richtig, für irrig dagegen halte ich die Behauptung, die Menschen hätten sich je nach ihrer Herkunft aus verschiedenen sozialen Schichten verschieden zu diesen Strömungen verhalten.

Einige Ansichten Pissarews lassen sich allerdings als Ergebnisse adliger Lebensgewohnheiten erklären. Im allgemeinen wird man jedoch schwerlich in den Reihen der Nihilisten mehr adlige Elemente finden als anderswo. Vielleicht schuf die adlige Umgebung in der Tat bestimmte Formen der Sinnlichkeit, aber diese selbst trifft man in allen sozialen Schichten an.

Der Nihilismus war nichts anderes als der äußerste Ausdruck einer damals allgemein vorherrschenden Richtung — das Ergebnis der Liebe zum Leben und des Strebens, alle Fesseln abzuwerfen.

Der Sozialismus eines Tschernischewski und Dobroliubow war der Ausdruck für die Bestrebungen jener sozialen Gruppen, die auf ihrem Lebenswege die größten Hindernisse in den bestehenden sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Zuständen gefunden hatten; der Nihilismus, wie ihn Pissarew und Zajzew predigten, war der Protest solcher Gruppen, die unter erträglichen materiellen und sozialen Bedingungen lebten, aber sich dafür von religiösen und moralischen Fesseln beengt fühlten und unter dem Druck hergebrachter Sitten und Ideen litten.

Die beiden Richtungen stießen oft zusammen und vereinigten sich auch mitunter, wenn es sich um den Kampf gegen theologische, metaphysische und andere Autoritäten des geistig-moralischen und des Sittenlebens handelte. Im übrigen aber unterschieden sie sich stark voneinander; der intellektuelle Anarchismus der Nihilisten beschäftigte sich nicht mit der arbeitenden Bevölkerung, während der damalige Sozialismus sich deutlich auf die Seite der breiten Volksschichten in Dorf und Stadt stellte.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnisse, in dem er einige Jahre verbracht hatte, begann Pissarew langsam seine Anschauungen zu verändern; die Gesellschaft, als Ganzes, und ihre Interessen beschäftigten ihn jetzt lebhaft. Vor seinem Tode dachte er bereits daran, die Ansichten von Marx in Form einer Erzählung den breiten Massen zugänglich zu machen, und erklärte ferner, ehrlich und real denkende Menschen müßten sich in erster Reihe damit beschäftigen, die Hungrigen zu speisen und die Nackten zu kleiden.

In seinen wichtigsten Vertretern wäre so der Nihilismus schließlich zu einer Vereinigung mit dem Sozialismus gelangt.

Der russische Nihilismus verschwand ziemlich rasch vom Schauplatz, übte jedoch unstreitig einen starken Einfluß aus; er ebnete dem Anarchismus die Wege, der die Verneinung des Staates an erste Stelle setzte, da er in ihm die stärkste Autorität sieht, die alle Seiten des sozialen Lebens berührt.

Der Anarchismus feierte in der Zeit zwischen 1870 und 1879 in Rußland große Triumphe, doch war er hier nicht individualistisch, sondern kollektivistisch. Zwei Gedankenströmungen stießen in ihm zusammen, die beide in der vorhergehenden Epoche entstanden waren.

IV.

Die neuen sozialen, geistigen und kulturellen Richtungen fanden bei der jungen Generation der Intelligenz rasch Eingang. Auf der Schulbank schon und dann auf der Universität lernten die jungen Leute diese neue Gedankenwelt kennen. Schulen und Universitäten aber waren damals überfüllt, da der Zugang zu ihnen seit 1857 frei war.

Die neuen Gedanken breiteten sich immer mehr aus und riefen tiefe Veränderungen in Gewohnheiten und Familienverhältnissen hervor.

Die Jugend beiderlei Geschlechts machte sich immer mehr von den Eltern los und wollte ihr Leben nach eigenem Gutdünken gestalten. Das Ergebnis dieser Wünsche waren häufige und tiefgehende Gegensätze zu den Eltern, die oft eine tragische Form annahmen, wofür die Berichte der Zeitgenossen sprechen. Diese Reibungen entstanden nicht nur infolge verschiedener sozialer und politischer Ansichten, sondern häufig auch als Ergebnis verschiedener Ansichten in bezug auf Sitte oder intellektuelle und moralische Anschauungen. Unter der Jugend entstand ein gewaltsames Drängen nach selbständigem Leben; man wollte keinerlei Fesseln tragen, sich von keinerlei Überlieferung meistern lassen.

Ehen wurden ebenso häufig gelöst, weil die Gatten in ihrer Weltanschauung auseinandergingen, als weil ihre Gefühle sich verändert hatten. Der Wille zum Leben, der Trieb, sich seinen Gefühlen, namentlich der Liebe, hinzugeben, war so stark, daß er alle Hindernisse überwand. Endlich war man auch bestrebt, in den Beziehungen zueinander ehrlich zu sein und seine Gefühle nicht zu verbergen.

Junge Mädchen, die nach Selbständigkeit strebten, gingen Scheinehen ein, um sich von der elterlichen gesetzlich geltenden

Macht zu befreien. So schlossen sie gesetzmäßige Ehen mit Männern ab, deren wirkliche Frauen sie weder zu werden beabsichtigten, noch wurden. Solche Scheinehen wurden natürlich im gegenseitigen Einverständnis geschlossen. Die Eheleute gingen dann gewöhnlich auseinander und jeder richtete sich sein Leben nach Gutdünken ein.

Alle diese Erscheinungen hatten tiefgehende psychische Veränderungen in der russischen Gesellschaft, d. h. in deren intelligenten Schichten zur Folge.

Rußland entwickelte sich: in den mittleren Schichten der Gesellschaft verbreitete sich ein größeres Wissen, die geistige Bewegung griff immer mehr um sich.

Diese Umstände schufen denn auch einen empfänglichen Boden für eine revolutionäre Bewegung in großem Maßstabe. Die führenden Kreise der Intelligenz brauchten sich nur von der Regierung abzuwenden und ein tiefgehender Haß konnte in der Menge gegen die Regierung aufflammen.

Schon im Jahre 1859 war Tschernischewski gegen die Regierung feindselig gesinnt, da die Reform der bäuerlichen Zustände nicht so durchgeführt wurde, wie die revolutionären Kreise es wünschten. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft verbreitete sich unter einer bedeutenden Gruppe der Intelligenz eine große Enttäuschung. Man warf der Regierung vor, daß sie den Bauern zu wenig Land zugewiesen habe, für welches diese noch lange Jahre hindurch große Summen zahlen mußten; man machte geltend, die Bureaukratie fessele das eben aus der Sklaverei losgekommene Volk von neuem.

Die Haltung der Regierung war überhaupt schwankend; nirgends hatte die Bureaukratie in Angelegenheiten der Presse, der Universitäten, des Unterrichts usw. einen fest begründeten Standpunkt.

Dieses Verhalten der Regierung gegen eine Gesellschaft, die sich mit ungeheurem Eifer einem neuen Leben zuwandte und gewaltige unverbrauchte Kräfte mitbrachte, die überdies zum großen Teil sehr radikalen Ideen huldigte, war in ihren Folgen gefährlich; gewaltsame Zusammenstöße mußten erfolgen.

Die Lage spitzte sich durch die polnische Revolution noch mehr zu.

Im Jahre 1861 tauchten die ersten revolutionären Aufrufe gegen die Regierung auf; sie enthielten ein neues politisches und soziales Programm. Mit ihnen begann eine neue Epoche für das revolutionäre Rußland. Da sie sehr charakteristisch sind, wollen wir uns näher mit ihnen beschäftigen. Sie wurden im allgemeinen von einer Gruppe von Menschen erlassen, die zu Beginn dieser Tätigkeit noch keine eigentliche Verschwörerorganisation bildeten.

Zehntes Kapitel.

Die revolutionäre Bewegung in Rußland von 1861 bis 1870.

I.

Die Reform der bäuerlichen Verhältnisse hatte in den radikalen Kreisen der russischen Intelligenz, wie wir bereits wissen, nur Enttäuschungen hervorgerufen. Ebensowenig hatte sie die Bauern zu befriedigen vermocht. Sie erhielten weniger Grund und Boden, als sie vor der Reform für sich bebaut hatten, und sie mußten überdies zugunsten der Grundbesitzer hohe Zahlungen leisten, von denen sie gänzlich hätten befreit sein sollen. Eine mehrjährige Übergangszeit war bestimmt worden, während welcher noch immer Frondienste zu leisten waren, und schließlich hatte ein nicht geringer Teil der Bauernschaft, nämlich das Hofgesinde, überhaupt kein Land erhalten. Die Staatsbauern und jene, die auf den Gütern der kaiserlichen Familie saßen, wnrden erst nach einigen Jahren befreit.

Die Masse der bäuerlichen Bevölkerung hatte sich die „Freiheit" anders vorgestellt; die Bauern hatten geglaubt, sie würden alles Land, das sie bisher unter den Bedingungen der unfreien leibeigenen Arbeit bestellten, in seiner ganzen Ausdehnung umsonst und sofort als freies Eigentum erhalten. Einige hatten gehofft, ihre Anteile würden vergrößert werden, ja einzelne hatten sich sogar eingebildet, die ganze „herrschaftliche Erde" würde den Bauern zufallen.

Es ist daher nicht sonderbar, daß die Verkündung des Ukases vom 19. Februar 1861 überall Enttäuschung hervorrief, um so mehr, als die Regierungsorgane mit verschwindenden Ausnahmen

nichts getan hatten, um die Bauern auf die bevorstehende Reform vorzubereiten. Ebensowenig bemühte man sich, den Bauern den gegebenen Ukas zu erklären.

Mißtrauen und Unzufriedenheit zeigten sich denn auch bald; die Bauern weigerten sich, noch ferner Frondienste zu leisten, und verhielten sich gegenüber den Erklärungen der zuständigen Behörden über den Erlaß selbst äußerst mißtrauisch.

Ihre Lage war noch durch den Umstand erschwert, daß sie ihr neues Freizügigkeitsrecht tatsächlich nicht geltend machen konnten und das Heimatsdorf nicht verlassen durften, um anderweitig Arbeit zu suchen. Die solidarisch haftende Dorfgemeinde befürchtete, die Auswandernden würden sich ihren Zahlungspflichten gegen den Gutsherrn, für die Ablösung der Leibeigenschaft, zu entziehen suchen, und widersetzte sich daher der Landflucht der Bauern. So waren denn die Bauern nach wie vor an die Scholle gefesselt.

Die Folge aller dieser Enttäuschungen waren zahlreiche Bauernaufstände, die sich im Jahre 1861 auf 20 Gouvernements erstreckten. Die Regierung unterdrückte sie mit bewaffneter Macht; eine große Anzahl von Bauern wurde getötet oder verwundet.

Im Gouvernement Kazan entstand infolge des Mißtrauens gegen die Behörden 80 Werst von der Gouvernementsstadt Kazan entfernt eine Bewegung unter den Bauern, die einen großen Umfang annahm. Im Dorfe Berdno erklärte der Bauer Anton Pietrow den übrigen Dorfbewohnern, das kaiserliche Manifest über die Bauernbefreiung sei nicht echt, sondern von den Beamten untergeschoben. Die Behörden wurden unruhig und suchten Pietrows habhaft zu werden, doch scharten sich 10000 Bauern um ihn, die ihn verteidigten und seine Auslieferung verweigerten. Gegen die meuternde Masse wurden 1200 Soldaten und zwei Kanonen aufgeboten; General Apraksin ließ in die wehrlose und unorganisierte Menge schießen: 55 Bauern blieben auf der Stelle tot, 70 wurden verwundet. Pietrow wurde gefangen genommen und hingerichtet. Ähnliche Bewegungen brachen in den Gouvernements Pensa und Woronesh aus.

Derartige Zusammenstöße riefen in der Gesellschaft, namentlich in ihren radikalen Schichten, schwere Erbitterung hervor.

Die Lage verschärfte sich noch dadurch, daß Alexander II. den Minister des Innern Lancki, der für die Reform eingetreten war, und ebenso dessen Stellvertreter Milutin, einen Anhänger des demokratischen Kaisertums, nach der Durchführung der Reform entließ, um an die Stelle des ersteren den Konservativen Walujew zu berufen. Diese Wahl bedeutete ein neuerliches Vordringen der konservativen Elemente.

In den Massen begann es sich langsam zu regen; eine uralte Einrichtung war gefallen, und eine neue geistige Strömung begann sich auch in Dörfern und Landstädtchen zu verbreiten. Immer mehr begriff das Volk, daß neue Zeiten gekommen waren, die den Reichen nicht genehm waren.

Viele russische Schriftsteller wie Uspienski und Rieschetnikow schilderten in vorzüglicher Weise die seelischen Veränderungen, die der leibeigene Bauer und Fabrikarbeiter nach der Reform von 1861 durchmachte.

Diese beginnende geistige Bewegung in der Bevölkerung, namentlich aber in der Bauernschaft, weckte im radikalen Lager, zum mindesten bei einer großen Anzahl von Personen dieser Gruppe voreilige Hoffnungen. Man war bereit zu glauben, eine große Bauernrevolution sei im Anzuge. Nüchterne Köpfe, wie Tschernischewski, teilten derartige übertriebene Erwartungen wahrscheinlich nicht, aber sie waren jedenfalls doch geneigt zu glauben, eine revolutionäre Massenbewegung werde von der Bauernschaft ausgehen können. Vorläufig waren die Bauern zwar sehr erregt, doch kehrte sich ihr ganzer Haß einzig gegen den Adel und die Bureaukratie und nicht gegen die alte Regierungsform.

Als die Bauern sich überzeugten, daß sie ihre Forderungen nicht durchsetzen würden, begannen sie sich langsam den neuen Bedingungen anzupassen. In ihrer Mehrheit empfanden sie die Aufhebung der Leibeigenschaft dennoch als Erleichterung; zwar bedeutete der neue Zustand in wirtschaftlicher Hinsicht im allgemeinen durchaus keine Verbesserung, denn die Bauerngüter waren kleiner geworden und hatten größere Lasten zu tragen und auch der polizeilich-administrative Druck machte sich stärker fühlbar als vorher, aber die unbändige Willkür der Herren hatte

doch aufgehört. Nur selten ereigneten sich noch besonders hervorstechende Übergriffe.

Übrigens konnte die anfangs recht starke Unzufriedenheit der Bauern nicht entsprechend ausgenutzt werden. Die bäuerliche Bevölkerung war von einer entsetzlichen Unwissenheit und völlig unorganisiert; jeder unmittelbare Zusammenhang mit den revolutionären Elementen fehlte hier noch, ebenso das Vertrauen zur Intelligenz überhaupt. Eine Organisation der Bauern stieß zu jener Zeit noch auf unüberwindliche Hindernisse, und zwar sowohl in bezug auf die Technik der Verschwörung selbst, als in psychologischer Hinsicht.

Selbst heute, wo sowohl das soziale als das politische Bewußtsein der Bauern verhältnismäßig stark ist, stößt die Organisierung der Bauernschaft noch auf ungeheure Schwierigkeiten.

II.

Die Bewegung in der radikalen Schicht der Intelligenz wurde immer stärker; wer noch vor ein paar Jahren auf Alexander II. gerechnet hatte, wandte sich, durch seine schwankende Politik enttäuscht, von ihm ab. In erster Reihe bekam die Studentenschaft die neue reaktionäre Politik des Kaisers zu spüren.

Schon zu Beginn der Regierung Alexanders II. war die geistige Bewegung unter der Universitätsjugend immer stärker geworden. Die Quellen, die uns zur Verfügung stehen, geben uns noch kein genügendes Material an die Hand, um das geistige Leben der damaligen Jugend in seinen verschiedenen Färbungen vollständig zu erfassen, doch können wir uns einen ungefähren Begriff von den Wünschen machen, welche die radikale Gruppe hegte.

Der verdiente Forscher Michael Lemke hat kürzlich in einem Aufsatz „Die Jugend des Vaters Mitrofan“ [1]) wichtige Nachrichten über die Bewegung unter der Studentenschaft von Charkow und Kijew in den Jahren 1855 bis 1860 veröffentlicht.

1) „Biloje“, Januarheft 1907. Mitrofan Danilowitsch Murawski spielte später eine Rolle in dem berühmten Prozeß der 193. Die zitierte Arbeit stützt sich auf amtliche Quellen, auf die Protokolle der Untersuchungskommission im Jahre 1862 in Angelegenheit der Sonntagsschulen und auf Aktenmaterial der III. Abteilung der kaiserlichen Kanzlei.

In der Charkower Studentenschaft hatte sich bereits 1855 ein Kreis gebildet, der sich bald in eine politische Geheimgesellschaft umwandelte und sich den Umsturz der bestehenden politischen Ordnung in Rußland zum Ziel setzte. In dieser Organisation wurde bereits darüber verhandelt, wie eine solche politische Umwälzung zu vollziehen und auf welche Weise die kaiserliche Familie und der Kaiser selbst auszurotten seien. Ein Mitglied der Organisation, Zawadzki, wollte sich zu diesem Zwecke bereits nach Petersburg begeben. In bezug auf die Art der künftigen Regierung herrschte jedoch unter den jungen Revolutionären keine Einigkeit; die einen traten für eine konstitutionelle Monarchie ein, die anderen wieder waren für eine Republik, alle aber dachten an eine großzügige Agitation unter der Bevölkerung. Zawadzki begann sogar eine volkstümliche Broschüre über die Schäden der monarchischen Regierung zu schreiben, die er in die Form eines Märchens zu kleiden beabsichtigte.

Die Mitglieder der Vereinigung gewannen auch frühzeitig die Überzeugung, eine politische Agitation unter der Bevölkerung sei erst auf Grund einer allgemeinen Kulturarbeit möglich. Sie waren überzeugt, daß in erster Reihe der Elementarunterricht, also Lesen und Schreiben, zu pflegen sei.

Obgleich unser Material nichts über die sozialen Anschauungen der Mitglieder enthält, läßt sich doch nicht bezweifeln, daß sie mindestens demokratisch waren und sicherlich die Aufhebung der Leibeigenschaft wünschten. Die wichtigsten Personen innerhalb der Organisation waren Murawski, Jefimienko, Zawadzki, Iwkow, Lewtschenko, Bekman, Portugalow, Zelenski, Rajewski und andere.

Um das Bestehen ihrer Vereinigung zu verheimlichen und den Verdacht der Behörden abzulenken, gründeten die Mitglieder der Organisation an der Universität Charkow selbst mit behördlicher Genehmigung eine „Literarische Gesellschaft".

Im Jahre 1858 entstanden an der Universität Charkow Unruhen, die zwar politisch bedeutungslos waren, aber nichtsdestoweniger die Ausschließung einiger Studenten zur Folge hatten. Die jungen Leute gingen nun nach Kijew. Auf diese Weise dehnte die Gesellschaft ihren Einfluß aus und begann ihre

Arbeit in der uralten Hauptstadt Rotrußlands. Hier reifte auch endlich der Gedanke, Sonntagsschulen zu eröffnen, die der Kulturarbeit einen breiten Boden schaffen und die politische Propaganda ermöglichen sollten. An der Spitze dieser Schulen stand Professor Pawlow, der eine doppelte Rolle spielte: er war einerseits der Leiter der Schulen und beaufsichtigte sie anderseits im Namen der Universitätsbehörden.

Am 1. Februar 1860 wurde Murawski in Kijew verhaftet und später in das Städtchen Birsk im Gouvernement Orenburg verschickt. Seine Gefährten traf ein ähnliches Los. Die Einzelheiten dieser Angelegenheit sind uns unbekannt, doch wurde damals nicht die ganze Tätigkeit Murawskis und seiner Gefährten aufgedeckt. Erst im weiteren Verlauf desselben Jahres fand man gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei Nikolaus Serno-Solowjewitsch Briefe dieser jungen Leute; die Folge war, daß ein Prozeß gegen sie angestrengt wurde [1]).

Diese Tatsachen aus dem Leben der Studenten in Charkow und Kijew sind sehr charakteristisch. Wir wissen nichts Näheres darüber, ob auch in anderen Städten damals ausgesprochene politische Organisationen mit revolutionären Zielen bestanden; unstreitig herrschte jedoch unter der gesamten jungen Generation im allgemeinen eine gewisse politische Erregung. Gesellschaften taten sich zum Zweck der weiteren Ausbildung zusammen, Herzens Londoner Ausgaben gingen von Hand zu Hand, die Angelegenheiten, die in der legalen Presse, namentlich im „Zeitgenossen" besprochen wurden, erregten lebhafte Anteilnahme. Im all-

1) Die oben bereits zitierte Arbeit Lemkes enthält einige Unklarheiten; der Verfasser führt den Kommissionsbericht des Senators Shdanow aus dem Jahre 1862 an, worin das Bestehen der Charkower Gesellschaft konstatiert wird, die Folge davon soll Murawskis Verbannung nach Birsk gewesen sein („Biloje" S. 192, Februar 1907). Diese könnte also nicht früher als in der zweiten Hälfte des Jahres 1862 verhängt worden sein. Aber aus den in der gleichen Arbeit angeführten Briefen Murawskis geht hervor, daß er bereits 1860 und 1861 in Birsk war — also offenbar, ehe die Untersuchungskommission unter Shdanow im Jahre 1862 zu arbeiten begann. Ebenso entnehmen wir diesen Briefen, daß er am 1. Februar 1860 in Kijew verhaftet wurde. Im Jahre 1862 wurde er zum zweitenmal verhaftet. Seine Verbannung nach Birsk läßt sich also nicht als das Werk der Untersuchungskommission Shdanows hinstellen.

gemeinen waren derartige Gesellschaften unter den jungen Leuten recht zahlreich. Als die Regierung daranging, die bäuerlichen Zustände zu reformieren, nahm die beginnende oppositionell-revolutionäre Bewegung die Formen einer rein kulturellen und geistigen Tätigkeit an; die eigentlichen Grundgedanken wurden zwar festgehalten, aber die gewaltsamen Kampfmittel wurden eine Zeitlang verworfen. Vielleicht war dies gerade ein Grund, warum die terroristischen Pläne der Charkower Gruppe nicht zur Ausführung kamen. Als jedoch nach der Durchführung der Reform der bäuerlichen Zustände in den radikalen und selbst in den liberalen Kreisen eine allgemeine Enttäuschung Platz griff, tauchte die erregte Stimmung unter der jungen Generation von neuem, und zwar diesmal in verschärfter Form auf und nahm namentlich im Herbst 1861 auch einen großen Umfang an. In Petersburg, Moskau und Kazan fanden Studentenunruhen statt, die einen deutlich regierungsfeindlichen Charakter trugen und zu denen die neuen Universitätsvorschriften den letzten Anstoß gegeben hatten.

In der ersten Zeit nach der Thronbesteigung Alexanders II. hatte die Studentenschaft zwar rechtlich keine korporativen Einrichtungen besessen, aber sie hatte sie bis zu einem gewissen Grade tatsächlich genossen. Die Studenten hatten Versammlungen abgehalten, Flugblätter herausgegeben usw. Erst im Sommer 1861 nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wurde diesem Anfang einer „studentischen Freiheit" ein Ende bereitet. Als die Universitätsjugend nach den Ferien wieder zusammenkam, begann denn auch sofort ihr Kampf gegen die Behörden.

III.

Das Jahr 1861 ist für das innere Leben der russischen Gesellschaft nicht nur infolge der Bauernbefreiung bedeutungsvoll; im gleichen Jahre traten auch die radikalen Elemente der Gesellschaft zum erstenmal öffentlich hervor. Klar formulierte soziale und politische Wünsche wurden in Proklamationen auseinandergesetzt, die Revolution wurde offen vorausgesagt und die Gesellschaft aufgefordert, sich zu organisieren und offen gegen die Regierung vorzugehen.

Im Juli 1861 erschien in Petersburg die erste Nummer einer

revolutionären Zeitschrift. Der „Großrusse" wurde in der Hauptstadt selbst in einer Geheimdruckerei gesetzt. Im gleichen Monat noch brachte der Dichter Michael Michajlow von einer Auslandsreise eine Proklamation mit, die der Publizist Schelgunow verfaßt hatte und die in Herzens Druckerei gesetzt worden war. Das Schriftchen trug den Titel „An die junge Generation" und war in einer sehr leidenschaftlichen Sprache abgefaßt.

Im August und September erschienen zwei weitere Nummern des „Großrussen". Alle drei Hefte zusammen bilden ein einheitliches Ganzes und enthalten ein vollständiges Programm. Ich bringe hier keine Zitate, da in der letzten Zeit ein Neudruck dieser Hefte veranstaltet wurde [1]). Ich begnüge mich daher hier mit der Wiedergabe der Forderungen und wichtigsten Anschauungen.

In Heft 1 wird die Tatsache festgestellt, die bäuerliche Bevölkerung sei mit der Reform ihrer Verhältnisse, die schwere Lasten auf die Schultern des Bauern gewälzt habe, nicht zufrieden. Zum Beweis werden die Bauernunruhen angeführt. Weiter wird der Gedanke ausgesprochen, daß auch die Staatsbauern, ja das arbeitende Volk überhaupt schwer zu kämpfen habe und daher für eine Bewegung gewonnen werden könne.

Die Regierung, erklärt der Verfasser (oder waren es mehrere?), sei unfähig, die gegenwärtige Lage Rußlands zu begreifen, und führe das Land einer neuen Pugatschewzeit entgegen (d. h. einem elementaren Ausbruch einer bäuerlichen Revolution, wie sie zu Beginn der Regierung Katharinas II. unter Pugatschews Führung wütete). Die aufgeklärten Klassen, heißt es weiter, müßten die Reformen in die Hand nehmen, um das Volk aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Sie selbst würden den größten Schaden davontragen, wenn sie es nicht täten, denn gerade sie würden dann das Opfer einer neuen Schreckenszeit werden. Die Regierung würde nämlich nie imstande sein, die Angelegenheiten des Volkes erfolgreich zu schlichten, würde vielmehr

1) Siehe „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland", die den Anhang II zu dem Werk „Die Staatsverbrechen in Rußland" von Bazilewski bilden (in russischer Sprache); ebenso den Aufsatz von Lemke unter dem Titel „Der Prozeß der Großrussen", „Biloje" 1906, Juliheft S. 81—85.

notwendig zu gewaltsamen Maßregeln greifen müssen. Sollten die aufgeklärten Schichten der Gesellschaft ihre Pflicht gegen das Volk aber nicht erfüllen, so würden die Patrioten sich unmittelbar an das Volk wenden müssen, um es aufzufordern, die Regierung zu den notwendigen Zugeständnissen zu zwingen. Zunächst aber, erklärt der „Großrusse", wollen wir abwarten, ob nicht der gebildete Teil der Bevölkerung diese Aufgabe, zu der er eigentlich verpflichtet sei, auf sich nehmen wolle. Die gebildeten Schichten, heißt es weiter, sind stärker als die Regierung; wenn sie ihre Meinung nur nachdrücklich sagen wollten, müßte die Regierung nachgeben, denn gegen sie könne man nicht vorgehen, wie gegen die Polen und Bauern. Ein Programm ihrer Tätigkeit würde die Gesellschaft selbst entwerfen, der „Großrusse" warte auf diese Kundgebung der Gesellschaft und verlange unterdessen nur die Antwort auf zwei Fragen:

1) Muß die neue Ordnung der Dinge, die von allen gewünscht wird, auf der Aufhebung der Selbstherrschaft und der Einführung eines gesetzmäßigen Zustandes beruhen oder nicht?

2) Ist die gegenwärtige Dynastie imstande, gewissenhaft und endgültig der Selbstherrschaft zu entsagen oder nicht?

Von der Beantwortung dieser Fragen, schließt der „Großrusse", würde die Wahl der Mittel abhängen.

In Heft 2 erzählt der „Großrusse" von den Berichten der Mitglieder des von ihm eingesetzten Aktionskomitees über die in der Gesellschaft vorherrschenden Anschauungen hinsichtlich dieser beiden Fragen; weiter wird berichtet, welche Reformen man in der Gesellschaft für notwendig halte und welche Politik man den Polen und Kleinrussen gegenüber, die den Süden des Reiches bewohnen, für angemessen erachte. Eine Konstitution wird verlangt, die sich auf die folgenden Punkte zu stützen habe: Bewilligung des Budgets durch die Abgeordneten, Verantwortlichkeit der Minister, Geschworenengerichte, Glaubens- und Preßfreiheit, Selbstverwaltung für Provinzen und Gemeinden. Zum Schluß wird die Frage gestellt, wie diese Reformen zu erreichen seien, von oben, durch eine vom Kaiser aufgedrängte Konstitution, oder durch freiwillig gewählte und in Freiheit tagende Vertreter des Volkes? Der „Großrusse" beantwortet diese letzte Frage selbst und erklärt

sich für eine Volksversammlung, da die Konstitution sonst unter ihrer neuen Form viele alte und verderbliche Dinge behalten würde.

Zur Wahl der gesetzgebenden Versammlung aber seien folgende Dinge notwendig: Preßfreiheit, weiter die Möglichkeit, in jedem Gouvernement ein Komitee aus bekannten Persönlichkeiten zu bilden, dem die örtlichen Behörden zu unterstehen hätten. Endlich sei das Wahlrecht von Männern auszuarbeiten, die das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen und vom Volke selbst gewählt werden.

Der „Großrusse" verlangte also nicht mehr und nicht weniger als eine Konstituante und sogar noch mehr, da er den Gouvernementskomitees, die aus der Gesellschaft hervorgehen sollten, die Gouvernementsbehörden unterstellen wollte.

In sozialer Beziehung finden wir in der Zeitschrift die Forderung, den Bauern alles Land zu geben, das sie vor der Aufhebung der Leibeigenschaft für sich bebaut haben, weiter fordert der „Großrusse", der Staat möge selbst die Kosten des Loskaufs übernehmen. Die ungeheure Mehrheit der Bauernschaft, heißt es, verlangt überhaupt alles Land für sich, nur ein Teil würde sich mit dem Grund und Boden begnügen, den die Bauern schon vorher für sich bebaut hatten, doch würden sich auch die übrigen beruhigen, wenn sie sofort den alten Grund und Boden wiederbekämen.

In der polnischen Frage nahm der „Großrusse" folgende Stellung ein: Rußland müsse sich aus dem eigentlichen Polen und aus jenen Gegenden zurückziehen, wo die polnische Sprache vorherrscht und wo das Volk eine große Anhänglichkeit an die Union (Vereinigung der Orthodoxen im Südwesten Rußlands mit der römischen Kirche unter bestimmten Bedingungen) zeigt. Polen koste dem Staate große Summen, zu den Einkünften müsse die Regierung noch 40000000 Rubel zuschießen; außerdem sei Rußland durch die 200000 Mann Soldaten, die es im Königreich Polen unterhalte, in all seinen Bewegungen gehindert; die Polen seien jetzt (1861) mit der Aufhebung der Leibeigenschaft einverstanden und hätten keine starken inneren Spaltungen, sie würden also die erste Gelegenheit benutzen, sich von Rußland

loszusagen; ein freiwilliger Rücktritt aber würde aus den Polen aufrichtige Freunde Rußlands machen.

Der „Großrusse" geht noch weiter: auch der Bevölkerung des südlichen Rußlands erkennt er das Recht zu, über das Schicksal ihres Landes zu entscheiden. Sie sollten nach freiem Entschlusse entweder bei Rußland verbleiben oder sich losmachen. Der großrussische Stamm sei auch allein stark genug, um eine kräftige politische Macht zu bilden, er brauche sich nicht künstlich um die Vergrößerung seines Gebiets und die Vereinigung mit anderen Völkern zu bemühen.

Die polnische Frage, fährt der „Großrusse" fort, verlange eine augenblickliche Lösung, die kleinrussische sei weniger dringend, bedürfe aber auch einer Entscheidung.

Die dritte und letzte Nummer des „Großrussen" beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Dynastie zu den Reformen und bespricht eine Adresse an Alexander II., in der die Forderungen des Volkes ausgesprochen werden sollten. In bezug auf die erste Frage und hinsichtlich der Person Alexanders II. seien die Meinungen geteilt; die einen schenkten bestimmten Gerüchten Glauben und seien überzeugt, die Dynastie und namentlich der Kaiser selbst würde freiwillig zurücktreten und eine Konstitution einführen; andere hingegen hielten den Kaiser für einen ausgesprochenen Gegner jeder Verfassung, als Beweis hierfür diene ihnen die rechtlose Stellung der Presse, die Art, wie die Aufhebung der Leibeigenschaft durchgeführt worden sei, und das Verhalten der Krone gegen Polen. Auch über die Art, wie der nächste Kampf zu führen sei, herrschen Meinungsverschiedenheiten, erklärt das Blatt; die einen glauben, es würde nicht schwer fallen, die Dynastie unter den jetzigen Umständen zu stürzen, da ihr doch alle Gesellschaftsschichten, wenn auch aus verschiedenen Gründen, feindlich gesinnt seien und überdies die Finanzen schlecht ständen — andere wieder sind der gegenteiligen Ansicht, denn das Volk sei zwar heute zu einem solchen Schritt bereit, aber ein bedeutender Teil der oberen Klassen sei noch nicht genügend vorbereitet.

Angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Freiheitsfreunde empfiehlt das Komitee, dessen Gedanken

der „Großrusse“ veröffentlichte, zunächst zu versuchen, ob die Dynastie nicht zu Zugeständnissen bereit sei. Ein solcher Versuch könne nicht schaden. Würde Alexander II. Rußland wirklich eine Verfassung auf breiter Grundlage geben, so würde die republikanische Partei wenig verlieren, sei doch der Unterschied zwischen einer wirklichen konstitutionellen Monarchie und einer Republik nur sehr gering. Das Komitee sei jedoch ebenso wie der vorgeschrittenste Teil der Gesellschaft der Ansicht, die Dynastie würde sich nie mit einem Regierungssystem aussöhnen, das tatsächlich auf einer gesetzmäßigen Grundlage beruht. Es wolle jedoch nicht vorgreifen und empfehle im Gegenteil den Vaterlandsfreunden, die gemäßigten Elemente in ihrer Forderung nach einer wirklichen Konstitution zu unterstützen. Sollte der Versuch mißlingen, so würden die Tatsachen selbst den gemäßigten Teil der Gesellschaft überzeugen, daß ein anderer Weg einzuschlagen sei. Dem Kaiser müsse also eine große Adresse in der Art des im Blatt enthaltenen Entwurfs unterbreitet werden; die Adresse müsse von so viel Personen wie nur möglich unterschrieben sein und Reformen verlangen. Der „Großrusse“ empfiehlt Vorsicht, man möge sich vor Übertreibungen hüten, die im gegebenen Augenblick nur Schaden anrichten könnten. Jedermann könne im Kreise seiner Bekannten für den Plan einer solchen Adresse wirken; derartige Ratschläge könnten nicht als Verschwörung gelten und den Beteiligten keinen Schaden bringen, da die Polizei nicht imstande sein würde, in ihnen eine Gefahr zu wittern.

Die Bewegung müsse organisiert werden, und Leute von starkem Charakter und klarem Geist, die mit Strafgewalt auszustatten seien, müßten die Führung übernehmen. Für ihre Tätigkeit müßten sie folgende Verhaltungsmaßregeln einhalten: 1) alle Angelegenheiten müssen mündlich erledigt werden, damit keinerlei schriftliche Beweise zurückbleiben; 2) kein Mensch darf einen wichtigen Schritt unternehmen, ohne das Komitee seiner Stadt hiervon zu benachrichtigen.

Das bereits bestehende Komitee, das den „Großrussen“ herausgebe, werde sich mit den in den Provinzstädten zu gründenden Komitees verständigen und die Namen seiner Mitglieder

bekanntgeben, sobald es notwendig sei; zurzeit sei eine solche Bekanntmachung noch überflüssig.

Die Unterschriften für die Adresse sollten erst dann gesammelt und ebenso die Abordnung zum Kaiser gewählt werden, wenn der Plan der Adresse selbst grundsätzlich reif sein und die Sicherheit bestehen würde, daß die Handlung selbst sich in allem Ernst, ja sogar feierlich vollziehen könne und von einer gewaltigen Macht getragen sei, vor der die Regierung zurückweichen müsse.

Zum Schluß teilt der „Großrusse" mit, daß er sich nach dem Versuch, eine derartige Adresse zu organisieren, auflösen würde. Es handle sich darum, ob die aufgeklärten Schichten bereit seien, tatkräftig für eine Reform einzutreten. Im entgegengesetzten Falle würden die Menschen, die guten Willens und Vaterlandsfreunde seien und das Volk liebten, sich an die breiten Massen des Volkes wenden und mit ihm eine andere Sprache reden müssen. Man könne nicht lange mehr warten, denn der Sturm des Volksaufstandes komme immer näher und werde sicherlich schon im Jahre 1863 ausbrechen. Sie seien nicht imstande, diese Bewegung aufzuhalten, sie müßten ihre Bemühungen nur darauf lenken, der Bewegung die für das Volk günstigste Form zu geben.

Der Entwurf einer Adresse an den Kaiser war sehr kurz. Er begann mit einer zusammengedrängten Kritik der Reform der bäuerlichen Verhältnisse im Sinne der Aufsätze im „Großrussen" und wies des weiteren auf die Hoffnungen der Landbevölkerung hin, alle durch die Reform geschaffenen Lasten würden im Jahre 1863 ihr Ende erreichen. Nur diese Erwartung halte eine bäuerliche Revolution jetzt noch zurück, heißt es, aber sie werde sicherlich in zwei Jahren ausbrechen, wenn nicht bis dahin eine gründliche Reform des Staatswesens erfolgen sollte. Die Adresse weist des weiteren darauf hin, daß die Selbstherrschaft in Rußland dem Kaiser tatsächlich keine große Macht verleihe; der bureaukratische Formalismus, der Betrug und die fortwährenden Ränke seien stärker als der regierende Absolutismus, wovon der Kaiser sich selbst überzeugen könne; sei er doch mehr als einmal schon gezwungen worden, dem Willen seiner Umgebung

nachzugeben, und sei er doch außerstande, der Bestechlichkeit der Beamten und der Unterschlagung von Staatsgeldern ein Ende zu machen.

Der Entwurf schließt mit der Aufforderung, Alexander II. möge Vertreter des russischen Volkes in eine der Hauptstädte zur Ausarbeitung einer Konstitution berufen; in Warschau aber möge er Vertreter des polnischen Volkes zusammentreten lassen, die über das Schicksal des Landes seinen Bedürfnissen entsprechend entscheiden sollten.

Die drei Nummern des „Großrussen" und die geplante Adresse an den Kaiser geben uns nicht nur einen klaren Begriff von den Ansichten der Leute, die hinter der Zeitschrift standen, sie zeigen uns vielmehr auch die Methode ihres Vorgehens.

Im Grunde genommen wollten sie Rußland in eine demokratische Republik umwandeln, wobei Polen und Kleinrussen das Recht haben sollten, aus dem russischen Staatsverband auszutreten oder darin zu verbleiben. Die künftige Verfassung sollte dezentralisiert sein und sich auf eine starke Selbstregierung der Provinzen und Gemeinden stützen. Wahrscheinlich dachten sie auch daran, allen Grund und Boden als das Eigentum der Gesamtbevölkerung zu erklären und ihn dem Landbau treibenden Teil des Volkes zu übergeben. Sie glaubten nicht an die Bereitwilligkeit der Dynastie zu Zugeständnissen, hätten sich aber im gegebenen Augenblick mit einer konstitutionellen, demokratischen und dezentralisierten Monarchie begnügt, wobei die Regierung vor dem Parlament vollkommen verantwortlich hätte sein müssen. Sie hätten sich unter diesen Umständen auch mit dem Privateigentum an Grund und Boden einverstanden erklärt, aber für die Bauern das ganze Land verlangt, das sie vor der Aufhebung der Leibeigenschaft bebauten, ohne ihnen die Last des Loskaufs aufzuerlegen, den die Regierung selbst hätte tragen müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Leute, die sich um den „Großrussen" scharten, in sozialer Hinsicht auch noch andere, mehr auf Einzelheiten eingehende Wünsche hegten, doch berührten sie sie vorläufig noch nicht, wahrscheinlich von dem Gedanken ausgehend, die ent-

sprechenden Pläne seien besser der einzuberufenden Konstituante vorzulegen.

Das ganze Verhalten der Herausgeber und Leiter des „Großrussen“ zeugt von großer Vorsicht; sie wollten die Gesellschaft allmählich auf eine revolutionäre Bewegung vorbereiten und zwar dadurch, daß sie die Notwendigkeit und Unumgänglichkeit der Revolution mit der Behauptung bewiesen, für Rußland seien andere Mittel nicht vorhanden.

Der „Großrusse“ ist weit entfernt von revolutionärem Phrasentum und hochtrabenden Worten, alle Aufsätze sind in einem ernsten und überzeugenden Ton gehalten. Kein überflüssiger Satz wird gesagt, alles ist bis in die kleinsten Einzelheiten wohlüberlegt.

Für die Leute, die sich um den „Großrussen“ scharten, handelte es sich auch darum, die neue Bewegung in große Kreise der Gesellschaft zu tragen, ihr überall Boden zu schaffen; sie wollten lieber für die Gegenwart Zugeständnisse machen und dafür einen starken Rückhalt in der Bevölkerung haben. Charakteristisch sind die echten Verschwörungswarnungen des „Großrussen“, nichts Schriftliches von sich zu geben.

Ein deutlicher Beweis für die Gerechtigkeit des „Großrussen“ ist sein Standpunkt den Polen und Kleinrussen gegenüber. Dieses Gefühl mußte sehr stark sein, da die polnische Frage trotz der im allgemeinen sehr vorsichtigen Taktik, die mit der allmählichen Gewöhnung der Gesellschaft an bestimmte Gedanken rechnete, von vornherein deutlich und radikal behandelt wurde.

Alles das zeugt von einer großen politischen Reife der Leute, die hinter dem „Großrussen“ standen, es beweist ebenso ihren Scharfsinn, die Kenntnis der Tatsachen, den Edelmut und die Großzügigkeit ihrer Anschauungen.

Schon gegen Mitte des Jahres 1861 also wird eine Konstituante für Rußland verlangt; man versucht die Agrarfrage zu lösen. Die im „Großrussen“ niedergelegten Ansichten nähern sich der Theorie Pesteljs, aber sie sind großzügiger, fehlen ihnen doch die nationalistischen und zentralistischen Eigentümlichkeiten jener.

Wer scharte sich um den „Großrussen“? Es ist schwierig,

diese Frage heute nur mit einiger Sicherheit, geschweige denn erschöpfend zu beantworten. Die Untersuchung, die die Regierung betreffs der Verbreitung der Zeitschrift einleitete, brachte nur zutage, daß der ehemalige Gardeleutnant Wladimir Obrutschew bei der ganzen Sache eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Obrutschew wurde zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt und ist heute Generalmajor. Bei der Untersuchung weigerte er sich, die Personen zu nennen, von denen er ein Exemplar des „Großrussen" erhalten hatte. Der bereits genannte Geschichtschreiber dieser Epoche, Michael Lemke, bat ihn um Aufklärung, doch antwortete General Obrutschew, daß er in Anbetracht seiner jetzigen Stellung eine solche unmöglich geben könne. Vielleicht kommt noch einmal die ganze Wahrheit zutage, heute können wir nur Mutmaßungen hegen. Nach meiner Ansicht hat niemand anders als Tschernischewski die Anregung zum „Großrussen" gegeben und ist auch in eigener Person der Redakteur und Leiter der Zeitschrift gewesen. Schon andere haben diese Vermutung ausgesprochen, ich bin von ihrer Richtigkeit überzeugt und stütze mich hierbei auf folgende Punkte:

Obrutschew war nach Pantielejews Ansicht, der die damaligen Verhältnisse gut kennt, Tschernischewskis Liebling [1]). Lemke hat zwar in anderen Quellen keine Bestätigung hierfür gefunden, doch kann dieser Umstand noch nicht als Gegenbeweis gegen Pantielejew angesehen werden, der seine Behauptungen stets mit der größten Vorsicht aufstellt.

Des weiteren versichert Stachiewitsch, der lange Zeit zusammen mit Tschernischewski in Sibirien war, er habe bei diesem eine große Vorliebe für den „Großrussen" bemerkt und überdies eine Ähnlichkeit zwischen Tschernischewski und dem „Großrussen" nicht nur in den Anschauungen, sondern auch in der Art, sich auszudrücken und zu schließen, gefunden [2]).

Der gleichen Ansicht ist Pantielejew [3]).

---

1) Pantielejew, Erinnerungen aus der Vergangenheit (in russischer Sprache), S. 235.

2) „Kaspische Rundschau" (in russischer Sprache) 1905, Nr. 143; ich zitiere nach Lemkes Aufsatz in „Biloje" vom Jahre 1906, Juliheft Nr. 92.

3) „Erinnerungen aus der Vergangenheit" S. 327.

Endlich bildete das Erscheinen des „Großrussen" ein wichtiges Ereignis im gesellschaftlichen Leben Rußlands; man kann daher nicht gut annehmen, Tschernischewski, dieser Führer des russischen Radikalismus, habe sich angesichts einer solchen Tatsache teilnahmlos verhalten. Er mußte die Zeitung entweder bekämpfen oder unterstützen, von einer Bekämpfung müßte irgendeine Spur zurückgeblieben sein, was aber nicht der Fall ist; wir wissen z. B., daß der Aufruf „Das junge Rußland" Tschernischewski mißfiel, wovon noch die Rede sein soll; man muß also annehmen, daß er die Bestrebungen des „Großrussen" guthieß.

Und erinnert denn die ganze Taktik der Leute, die sich um diese Zeitschrift scharten, nicht in der Tat an die Vorsicht und Bedächtigkeit, die Tschernischewski eigen war? Er war selbst ein ausgezeichneter Verschwörer und verstand es wie kein anderer, die Spuren seiner Anteilnahme in verschiedenen Angelegenheiten zu verwischen. Übrigens läßt sich mit Leichtigkeit bestätigen, was schon Pantielejew und Stachiewitsch bemerkt haben, nämlich die Ähnlichkeit in den Ansichten, der Ausdrucksweise und der Art des Schließens zwischen dem „Großrussen" und Tschernischewskis Schriften. Schischko bemerkt in seinem Anhang zur „Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland" [1]) sehr richtig, man könne nur schwer an der Beteiligung Dobroljubows an der beginnenden revolutionären sozialistischen Bewegung in Rußland zweifeln; gleichzeitig behauptet er jedoch, es stände nicht ganz so fest, ob auch Tschernischewski Anteil an ihr genommen habe. Ich bin anderer Ansicht: ohne daran zu zweifeln, daß sich Dobroljubow an der Bewegung beteiligte, nehme ich mit noch größerer Sicherheit an, daß Tschernischewski, dessen politische und soziale Anschauungen gefestigter und in den Einzelheiten besser ausgearbeitet waren, als die seines jungen Freundes, an ihr teilhatte.

Ganz allgemein kann man sagen, daß alles für eine Beteiligung Tschernischewskis am „Großrussen" spricht und nichts dagegen.

Man muß auch annehmen, daß die beiden Brüder Nikolaus und

1) Ebenda S. 37.

Alexander Serno-Solowjewitsch an der Herausgabe des „Großrussen“ beteiligt waren; beide gehörten zu den hervorragendsten russischen Revolutionären in der Zeit von 1860 bis 1870. Sie hatten enge Beziehungen zum „Zeitgenossen“, der bekanntlich von Tschernischewski geleitet wurde. An der bald darauf entstandenen Organisation „Land und Freiheit“ waren sie sicherlich gleichfalls beteiligt; dafür sprechen nicht nur die Aussagen anderer Mitglieder — z. B. Pantielejews —, sondern wir besitzen auch noch fernere Beweise. „Land und Freiheit“ war selbst, wie wir noch sehen werden, nichts anderes als die Fortsetzung des „Großrussen“. Die neue Organisation übernahm einfach die von jener Zeitschrift angedeutete Taktik.

Nikolaus und Alexander Serno-Solowjewitsch entstammten einer recht wohlhabenden Familie; nahe Verwandte von ihnen bekleideten einflußreiche Stellungen im Staatsdienst. Beide hatten einen trefflichen Charakter, waren tatkräftig, gescheit und belesen, namentlich hatten sie sich eine gute Bildung in den Sozialwissenschaften erworben. Ihre Zeitgenossen waren von ihnen begeistert.

Zu Beginn der Regierung Alexanders II. erwarteten sie sehr viel von diesem Monarchen und verehrten ihn aufrichtig, verfochten aber gleichzeitig sehr radikale Ansichten. Nach der Aussage der Zeitgenossen war der jüngere von den beiden der begabtere und hatte einen großen Einfluß auf seinen Bruder. Dieser wieder zeichnete sich in seinem Umgang mit Menschen durch eine besondere Ritterlichkeit aus. Durch Verwendung eines Vetters kam Nikolaus 1858 als Beamter in das von der Regierung eingesetzte Hauptkomitee für Bauernangelegenheiten.

Er überzeugte sich bald zur Genüge, daß verschiedene einflußreiche staatliche Würdenträger gegen die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden arbeiteten. Um diese Ränke unschädlich zu machen, beschloß er, sich unmittelbar an den Kaiser Alexander II. mit einer Denkschrift zu wenden, in der er die Notwendigkeit einer gerechten Durchführung der Reform darlegen wollte, in der Überzeugung, es werde genügen, dem Monarchen die Augen über die wirklichen Bedürfnisse des Volkes zu öffnen, um den Schlichen der Reaktionäre ein Ende zu machen.

So verfaßte er denn eine Denkschrift und begab sich nach Zarskoje Siolo. Hier suchte er nicht erst um Audienz nach, sondern schlich sich in den Park ein und übergab dem Kaiser persönlich seine Denkschrift, wobei er ihn auf das wärmste anflehte, das Schriftstück durchzusehen. Der Kaiser nahm die Denkschrift entgegen und versprach, sie zu lesen.

Bald darauf wurde Nikolaus Serno-Solowjewitsch vor den Chef der Gendarmerie, Fürsten Orlow befohlen. Orlow erklärte ihm zunächst, er sei ein dummer Junge, den der Kaiser Nikolaus für seine Kühnheit so lange hätte einsperren lassen, daß nicht einmal seine Knochen mehr gefunden worden wären. Kaiser Alexander, fügte Orlow hinzu, habe jedoch in seiner Güte befohlen, ihn küssen zu lassen.

Die Politik der Regierung enttäuschte Nikolaus Serno-Solowjewitsch immer mehr; namentlich war er gegen die halben Maßregeln, die das Manifest von 1861 in bezug auf die Reform der bäuerlichen Zustände verfügte. Er beschloß, das Manifest einer scharfen Kritik zu unterziehen; um seinen Aufsatz vor der Verstümmelung durch die Zensur zu bewahren, beschloß er weiter, das Schriftchen im Auslande, aber mit seinem vollen Namen drucken zu lassen. Er führte seinen Plan auch tatsächlich aus. Das Schriftchen erschien unter dem Titel „Die endgültige Lösung der Bauernfrage“. Der Verfasser unterzog die Reform vom 1. Februar 1861 einer zersetzenden Kritik und wiederholte alle Vorwürfe, die in radikalen Kreisen gegen das Manifest erhoben wurden. Er begnügte sich jedoch nicht mit absprechenden Bemerkungen, sondern wies auch darauf hin, was für die Bauern zu geschehen habe.

Und zwar erhob er folgende Forderungen:

1) sei der gesamte Grund und Boden als nationales Eigentum anzuerkennen, woraus das Recht jedes Staatsbürgers auf ein Stück Land folge; er empfahl denn auch der Regierung, aus den Staatsgütern jenen Bauern Grund und Boden zuzuweisen, die leer ausgegangen waren, also den Landarbeitern und dem Hofgesinde;

2) sei der Gemeindeverfassung (also der großrussischen Dorfgemeinde) eine freie Entwicklung zu gewährleisten, d. h. sie müsse von allen bureaukratischen Eingriffen verschont werden;

3) seien die Kosten des bäuerlichen Loskaufs teilweise der Regierung aufzubürden.

Von diesen Reformen erwartete der Verfasser viel für das russische Volk, dagegen könnte ihre Vernachlässigung seiner Ansicht nach zu einer sozialen Katastrophe führen. In der Vorrede führt er aus, seine Schrift sei in gemäßigtem Ton gehalten, da er nicht beabsichtige, die Leidenschaften zu entfesseln; er habe sie auch unter seinem vollen Namen erscheinen lassen, da es nicht mehr an der Zeit sei, sich von der Furcht allein leiten zu lassen. In seiner Schrift führt Serno-Solowjewitsch vollkommen klar aus, in Rußland sei keine wirkliche Reform und überhaupt keine lebensfähige politische oder soziale Einrichtung möglich, solange das bureaukratische Kanzleisystem nicht aufgegeben werde.

Die Schrift machte ein ungeheures Aufsehen; die Regierung beschloß, den Verfasser zunächst unbehelligt zu lassen.

Die Brüder Serno-Solowjewitsch waren sehr regsam und beteiligten sich sowohl an der geheimen revolutionären Arbeit als an der rein kulturellen Tätigkeit auf breiter Grundlage. Leider wissen wir nichts über die Einzelheiten ihres Tuns und werden vielleicht auch nie etwas hierüber erfahren.

Um die beiden Brüder hatte sich ein Kreis von Menschen gebildet, die ihnen sowohl persönlich, als auch in den Anschauungen nahestanden und die unstreitig auch alle Anhänger des „Großrussen" waren. Von den Freunden Nikolaus' können wir den kürzlich verstorbenen A. Slepzow nennen, der auch später an der Organisation „Land und Freiheit" beteiligt war.

Zu der Gruppe des „Großrussen" gehörten auch einige Offiziere, die zwischen 1857 und 1862 die beiden höheren militärischen Bildungsanstalten verlassen hatten, nämlich die Akademie des Generalstabs (in dessen Druckerei die Nummern des „Großrussen" gesetzt wurden) und die Artillerieakademie. Die meisten von ihnen kamen im Königreich Polen vor und während des Aufstandes um, weil sie diesen unterstützten.

Gegenwärtig läßt sich nichts Weiteres über die Personen sagen, die hinter dem „Großrussen" standen. Ihre Aufgabe war eine äußerst schwierige, sie mußten in sozialer und politischer Hinsicht erst den Boden sondieren. Die breiten Volks-

massen waren nicht nur draußen auf dem Lande, sondern auch in der Stadt noch völlig unwissend; die mittleren und oberen Schichten waren zwar bis zu einem bedeutenden Grade aufgeklärt, in den mittleren herrschte sogar eine starke gegnerische Strömung, aber im allgemeinen waren auch hier die politischen Anschauungen noch nicht herausgearbeitet, vor allen Dingen aber waren diese Gruppen nicht organisiert. Nur der Adel besaß von der Regierung anerkannte Korporationen, die das Recht hatten, Wünsche zu äußern.

Welchen Eindruck machte der „Großrusse"? Auch hierauf vermögen wir keine bestimmte Antwort zu geben. In Petersburg und vielleicht noch in einigen anderen großen Städten wurde er verbreitet und rüttelte die Geister auf. Wir wissen aus den Berichten von Zeitgenossen, daß die Jugend die drei Nummern gierig las und viel über sie redete; ein Teil fand sogar, wie Pantielejew zu erzählen weiß, die Forderungen allzu gemäßigt.

Die Adresse, die der „Großrusse" vorgeschlagen hatte, kam ebensowenig zur Ausführung wie so manche andere. Wir werden noch sehen, daß die politische Bewegung auf den Adelsversammlungen sich gegen Ende des Jahres 1861 und zu Beginn des folgenden Jahres von neuem belebte. Doch kam es hier nicht zu einheitlichen Forderungen. So beschlossen denn die Leute, die sich um den „Großrussen" geschart hatten, den angedeuteten Weg einzuschlagen und an der Organisation einer revolutionären Volksbewegung zu arbeiten.

IV.

Im Juli 1861 erschien gleichzeitig mit der ersten Nummer des „Großrussen" ein Aufruf unter dem Titel „An die junge Generation".

Der Ton ist hier bei weitem schärfer als im „Großrussen". Überhaupt trägt der ganze Aufruf einen ausgesprochen revolutionären Charakter. Er kritisiert die Reform der bäuerlichen Zustände, die das Volk betrogen habe; in scharfen Worten wendet er sich gegen die Person Alexanders II., der dem Volk und dem besten Teil der Gesellschaft dadurch seine Verachtung gezeigt habe, daß er das Reformwerk geschlossenen Kommissionen über-

wiesen habe, zu welchen die Gesellschaft als solche keinen Zutritt hätte; er weist darauf hin, daß das Volk nicht für die Regierung existiert, sondern umgekehrt die Regierung für das Volk. Der Aufruf bekämpft dann in sehr scharfer Weise die Dynastie: an der Spitze der Regierung habe ein gewöhnlicher Sterblicher zu stehen, den das Volk wählt und der für seine Arbeit entlohnt wird. Die gegenwärtige Regierung habe ihre Unfähigkeit zur Genüge bewiesen, bis auf ein Häuflein Beamte und Hofleute sei alle Welt mit ihr unzufrieden. Alexander II., heißt es weiter, könne die Katastrophe noch aufhalten, wenn er freiwillig den Weg der Reformen beschreite, im entgegengesetzten Falle würde der Aufstand ausbrechen; die unzufriedenen Elemente würden dann an die Regierung mit den allerradikalsten Forderungen herantreten. Der Aufruf wendet sich zum Schluß an die junge Generation. an den Stolz und die Kraft Rußlands: sie sei berufen, bei der Wiedergeburt des Vaterlandes eine große Rolle zu spielen, sie habe die Pflicht, dem Volk und dem Heer die Augen zu öffnen, ihm die Urheber alles Unheils zu zeigen, das über das Land gekommen sei; an ihr sei es, gegen die kaiserliche Gewalt, als das größte Hindernis auf dem Wege nützlicher Reformen, zu agitieren. Zuletzt bespricht der Aufruf noch die Wege, die Rußland in Zukunft beschreiten müsse; er wendet sich gegen die Ansicht, das Land würde die gleiche Entwicklung durchmachen, wie die westeuropäischen Staaten, und versichert, Rußland werde im Gegenteil seine eigene Bahn wandeln; es werde die Einrichtung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden zu größerer Bedeutung bringen und werde auf diese Weise vor der Proletarisierung der Massen und einem aristokratischen Regime bewahrt werden. Zum Schluß wird noch der sonderbare Ratschlag erteilt, das russische Bürgertum durch die Zuweisung von Grund und Boden zu beseitigen. Rußland, heißt es, sei in seiner Entwicklung nicht durch eine konservative Überlieferung geknebelt, wie sie auf anderen Völkern laste, es fürchte sich vor keiner Revolution und werde die europäischen Ereignisse nicht erst wiederholen, sondern vielmehr in das Leben der europäischen Gesellschaften ein neues Ferment einführen.

Den Ausgangspunkt für die russische Verfassung müsse die

großrussische Gemeinde abgeben; die Vereinigung solcher Gemeinden bildet den Staat. Die Gesellschaft bedürfe der Selbstregierung, die Bauern genießen sie schon, warum nicht auch die anderen Staatsbürger?

Die Behauptung, die Gesellschaft sei hierzu nicht reif, ist falsch, versichert der Aufruf. Die Gesellschaft muß die Ausgaben überwachen können, sie muß sich frei bewegen können, muß ihre Beamten wählen. Sowohl die geheime als auch die öffentliche Polizei müssen aufgehoben und das Heer muß verkleinert werden. Der Grund und Boden hat der Gesamtbevölkerung und nicht einzelnen Personen zu gehören; jeder Staatsbürger müsse dann auch das Recht haben, ein Stück Grund und Boden für sich zu bestellen, und müsse daher einer der bestehenden Dorfgemeinden beitreten oder mit anderen Personen zusammen eine neue Gemeinde gründen dürfen. Die Neuaufteilung des Grund und Bodens innerhalb der Gemeinden hat nur in großen Zeitabschnitten zu erfolgen. Es sei so wichtig, dem Volke Grund und Boden zu geben, daß diese Maßregel selbst dann durchgeführt werden müsse, wenn sie das Leben von 100000 Grundbesitzern kosten solle.

Man müsse sich auf das Volk stützen und das Heer gewinnen, die Dienstzeit der Soldaten sei auf drei oder fünf Jahre herabzusetzen, die Wehrpflicht müsse allgemein werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, Organisationen zu gründen und Leute ausfindig zu machen, die sich zu Leitern der Agitation eignen.

Der Aufruf, der zwölf enggedruckte Seiten umfaßt, ist in dem fünften Band der schon zitierten Ausgabe von Basilewski ganz abgedruckt; unter Hinweglassung besonders kitzlicher Stellen bringt ihn auch Lemke in seinem Werk „Die politischen Prozesse“.

Vergleicht man die drei Nummern des „Großrussen“ mit diesem Aufruf, so fallen einem sofort gewisse Unterschiede auf: die Forderung, den Grund und Boden schon heute zum Staatseigentume zu erklären, wird hier mit voller Klarheit gestellt, was der „Großrusse“ nicht tut; dagegen sind die politischen Punkte nicht so genau gefaßt wie im „Großrussen“, wenn aus dem Aufruf auch vollkommen deutlich hervorgeht, daß eine Kon-

stitution verlangt wird. Das Schriftstück hat einen nationaleren Charakter, es trägt auch den deutlichen Stempel des damaligen Bauernkultus und betont schärfer als der „Großrusse“, Rußland werde eine andere Entwicklung durchmachen als die westeuropäischen Länder. Diese Verschiedenheit soll im Gemeindeeigentum an Grund und Boden liegen, wobei diese Einrichtung einen revolutionären Charakter erhält. Auch der „Großrusse“ hatte der bäuerlichen Gemeinde (der Obschtschina) eine große Bedeutung beigemessen, aber er war nicht so weit gegangen, Rußland mit seiner eigentümlichen Gemeindeverfassung den übrigen Ländern Europas gegenüberzustellen; auch war er in seinen Anschauungen über die Entwicklung des Vaterlandes weniger einseitig gewesen. Bezeichnend für den Aufruf ist auch, daß er eigentlich schon von vornherein annimmt, nur eine Volkserhebung könne die gewünschten Änderungen herbeiführen; er versucht nicht einmal, sich an die aufgeklärten Schichten der Bevölkerung zu wenden. Seine Hoffnungen setzt er auf die junge Generation aller Stände: sie soll Volk und Heer zur Revolution aufstacheln.

Aus Pantielejew wissen wir, daß der Verfasser dieses Aufrufs Nikolaus Schelgunow, der bekannte russische Publizist, war.

Schelgunow, seine Gattin und der Dichter Michael Michajlow, der Übersetzer von Heine, Byron und anderen, der auch Erzählungen verfaßte und die Rechte der Frau verteidigte, hatten gegen Ende des Frühjahrs oder im Anfang des Sommers 1861 zusammen eine Auslandsreise unternommen. Michajlow besuchte auch Herzen in London, wo der Aufruf gedruckt wurde. Michajlow brachte die fertigen Heftchen, in das Futter seines Koffers eingeklebt, in die Heimat.

Herzen hatte von dem Druck des Aufrufs abgeraten, an dessen Zustandekommen Michajlow nur einen geringen Anteil gehabt haben muß: erklärte sich doch Schelgunow Pantielejew gegenüber für den Verfasser.

Michajlow und Schelgunow standen den Brüdern Serno-Solowjewitsch nahe und kannten auch Tschernischewski, doch gehörten sie nicht zu der Gruppe des „Großrussen“. Bald nach dem Erscheinen dieser Zeitschrift ließ Michajlow in Herzens „Glocke“

Glossen zu den Aufsätzen des „Großrussen“ erscheinen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß eine revolutionäre Schrift in der Hauptstadt selbst, unter dem wachsamen Auge der Polizei, entstanden sei, und gibt gleichzeitig die Punkte an, in denen er von den Herausgebern abweiche.

Er erklärt, der „Großrusse“ hätte sich nicht an die Allgemeinheit wenden sollen, die stets feig sei, sondern an die revolutionäre Minderheit: an das Volk und das Heer. Man solle nicht fragen, was zu tun sei, sondern sofort mit einem bestimmten Programm hervortreten. Er führt weiter aus, die Bewegungen von 1825 und 1848 seien mißlungen, nicht weil Geheimgesellschaften überhaupt zur Durchführung wichtiger sozialer Änderungen zu schwach seien, sondern weil sie verfehlt angelegt worden wären; sie hätten sich nicht auf das Volk, sondern auf die „Gesellschaft“ gestützt, d. h. auf die höheren und aufgeklärten Schichten; überdies hätten sie nur einzelne Kampfrufe erlassen, die keinen Widerhall im Bewußtsein der Massen fanden. Er bemüht sich des weiteren, zu zeigen, daß Rußland für eine Verschwörung günstige Bedingungen aufweise und zwar besitze das Land eine große Ausdehnung, was heimliche Vorbereitungen erleichtert; eine weitere günstige Bedingung sei die mangelnde Neigung zur Spionage im russischen Volkscharakter. Endlich tritt er für eine Agitation im Volke ein, empfiehlt Beziehungen zum Heer und den Sektierern zu suchen, illegale Zeitungen zu drucken und aus dem Auslande einzuschmuggeln. Er empfiehlt auch, man möge fähige Staatsbeamte für die Sache gewinnen, indem man ihnen ein Existenzminimum zusichere. Handels- und industrielle Unternehmungen sollten gegründet, Geld- und andere Mittel bereitgestellt werden. Michajlow wirft zum Schluß die Frage auf: Was streben wir an, eine Konstitution oder etwas anderes? Eine Konstitution, antwortet Michajlow, sei besser als der Absolutismus, da sie eine breitere öffentliche Tätigkeit ermögliche, sie gebe Preß- und Versammlungsfreiheit, sei aber nicht das letzte Ziel. Für eine Konstitution möge der Adel kämpfen, der wahrscheinlich in seiner Gesamtheit diese Staatsform anstrebe, und die übrigen Staatsbürger, die sie benötigten; wir aber, schließt Michajlow, fordern eine Befreiung der Bauern, wir wollen, daß

dem Volke sein Recht auf den Boden zugestanden wird, wir verlangen, daß das Volk seine Einrichtungen selbst schafft und sich selbst regiert, wir wollen ein freies Bündnis der Provinzen.

Aus diesen Bemerkungen Michajlows geht deutlich der Unterschied hervor, der zwischen seinen und den Ansichten seiner Freunde einerseits und den Ansichten der Gruppe um den „Großrussen“ anderseits bestand. Aus dem Absatz über die Mißerfolge in den Jahren 1825 und 1848 und aus der Verteidigung der Geheimorganisationen, die der „Großrusse“ nicht offen tadelte, kann man schließen, daß diese Gruppe nicht mit der geheimen revolutionären Tätigkeit vorliebnehmen wollte, sondern an eine breitere halböffentliche soziale Tätigkeit dachte, was ja auch aus ihren Erklärungen hervorging. Michajlow hingegen verwarf den Gedanken, die mittleren und aufgeklärten Schichten der Gesellschaft durch Propaganda zu gewinnen, und wollte das Heil einzig im Volke sehen. Mit einem sonderbaren Mangel an Folgerichtigkeit gab er zwar zu, daß die Konstitution höher stände als der Absolutismus, stellte aber gleichzeitig den Satz auf, Menschen von radikalen Anschauungen, die eine weitgehende Umänderung der sozialen Ordnung anstreben, dürften an diesem Kampf nicht teilnehmen.

Konstitutionelle Gedanken waren unter dem damaligen Adel ziemlich verbreitet, aber wir wissen bereits, daß diese Schicht in zwei Lager zerfiel: in das aristokratische und liberal-demokratische. Im ersteren dachte man an eine oligarchische Konstitution, im zweiten wollte man den breiten Kreisen der Gesellschaft Anteil am politischen Leben gewähren.

Es wäre daher einleuchtend gewesen, wenn Michajlow nur die oligarchischen Bestrebungen bekämpft hätte, aber er ging weiter und schleuderte seine Verachtung gegen die gesamte konstitutionelle Bewegung. Das war ein grober Fehler, und er schlug leider für eine bestimmte Zeit in der russischen Bewegung Wurzel.

Michajlow erklärte sich für eine freie Vereinigung der Provinzen und für die Selbstregierung der Gesellschaft, er verlangte also eine Konstitution von föderativem Charakter. Offenbar war er aber der Ansicht, man müsse neben ihr auch noch die Verwirk-

lichung weitgehender sozialer Forderungen erzwingen; die Konstitution als Haltestelle auf dem Wege der weiteren Entwicklung anzusehen, lag ihm fern.

Es ist charakteristisch, daß die „Glocke“, als sie die Bemerkungen Michajlows brachte, dazu erklärte, sie sei mit wenigen Ausnahmen der gleichen Meinung wie der Verfasser. Herzen war der Gegensatz, in den die Entwicklung Rußlands hier zu der des übrigen Europa gestellt wurde, sichtlich angenehm, ebenso mag es ihm gefallen haben, daß die Agrarfrage und nicht die politische an erste Stelle gerückt wurde. Anderseits ist es sonderbar, daß er sich mit der radikalen Taktik befreunden konnte, die Michajlow predigte.

Die Gruppe, die sich um den „Großrussen“ scharte und Tschernischewski einen der ihrigen nannte, war sicherlich nicht weniger radikal in ihren Anschauungen und nicht weniger revolutionär in ihrer Taktik als Michajlow; aber sie war politisch gereifter, rechnete mehr mit der Wirklichkeit und schlug daher für die unmittelbare Gegenwart ein gemäßigteres Programm vor, wobei sie gleichzeitig den Wunsch nach einer Konstitution stark betonte, die von einer Konstituante ausgearbeitet werden sollte.

V.

Wie schon erwähnt, erließ die Regierung im Sommer 1861 reaktionäre Vorschriften, die alle bescheidenen revolutionären Bestrebungen unter der Jugend der höheren Bildungsanstalten zunichte machten. Die Befreiung der armen Studenten von Kollegiengeldern wurde aufgehoben; wer seine Prüfungen nicht mit Erfolg bestand, wurde ausgeschlossen.

Im September begannen Versammlungen und Manifestationen an den Universitäten; die Studenten, die sich mit den neuen Vorschriften nicht befreunden konnten, erließen Aufrufe. Am 23. September wurde die Petersburger Universität gesperrt, zwei Tage darauf versammelten die Studenten sich vor dem Universitätsgebäude und kehrten dann als geordnete Masse in die Stadt zurück. Der Zug, dem sich viele Personen aus dem Publikum anschlossen, bekam ein stattliches Aussehen. Die Studentenschaft schickte aus ihrer Mitte Abgesandte an den Kurator

für Unterrichtswesen, Philippson, der die jungen Leute persönlich empfing und nach der Universität zu kommen versprach, wo er die nötigen Erklärungen abgeben wolle. Er kam auch tatsächlich.

Das Ereignis hatte eine Reihe von Verhaftungen unter den Studenten zur Folge, worauf sie am 27. September abermals eine große Versammlung abhielten, die diesmal durch Militär gesprengt wurde. Die Regierung gab jetzt einen Erlaß heraus, wonach jene Studenten, die an der Universität verbleiben wollten, Gesuche einreichen und ihre Matrikeln holen sollten, denen die neue Verordnung beigefügt war. Diesem Befehl fügten sich 550 ordentliche und etwa 100 außerordentliche Hörer; die übrigen wurden für ausgeschlossen erklärt.

Am 11. Oktober wurde die Universität von neuem eröffnet, aber schon am folgenden Tage erschienen 183 der ausgeschlossenen Studenten im Universitätsgebäude.

Die Polizei kam hinzu, schrieb ihre Namen auf und schickte sich an, sie ins Gefängnis abzuführen; in diesem Augenblick begannen die im Gebäude befindlichen Studenten den von der Polizei umringten Kollegen freundlich zuzurufen und sich ihnen zu nähern; die Polizei wollte sie daran hindern, worauf eine Schlägerei entstand. Militär mußte hinzugezogen werden, die Studenten wurden zurückgeschlagen und 300 von ihnen verhaftet. Ein Teil wurde in die Peter-Pauls-Festung, die übrigen ins Spital von Kronstadt gebracht.

Der Vorfall, der durch das taktlose Vorgehen der Regierung, namentlich des Unterrichtsministers Putiatin und des Generalgouverneurs von Petersburg, des Grafen Ignatiew, hervorgerufen worden war, empörte die Jugend und einen bedeutenden Teil der Intelligenz, in erster Reihe in Petersburg selbst. Auch in den übrigen Universitätsstädten waren, mit Ausnahme von Dorpat, Unruhen entstanden, aber sie hatten nirgends so um sich gegriffen wie in Petersburg und hatten auch nirgends die Schließung der Universität nach sich gezogen wie in der Hauptstadt.

Was war der Grund für diese reaktionären Maßnahmen der Regierung und die Abänderung der alten Universitätsgepflogenheiten gewesen? Es war eigentlich nichts geschehen, was ein

solches Vorgehen hätte rechtfertigen können. Offenbar hatte die immer lebhaftere Bewegung unter der jungen Generation der Regierung Angst eingejagt; die Studenten hatten Versammlungen einberufen, Reden und Vorlesungen gehalten und hatten sich in Massen an den immer zahlreicher werdenden Sonntagsschulen beteiligt.

Die oben geschilderten Zusammenstöße hatten zur Folge, daß Alexander II., der gerade im Süden des Landes weilte, schleunigst in die Hauptstadt zurückkehrte und daß der Unterrichtsminister sowie der Generalgouverneur von Petersburg ihr Amt niederlegten. An Stelle des ersteren wurde der Liberale Golownin, ein Vertrauter des Großfürsten Konstantin, berufen, den zweiten ersetzte Fürst Suwarow, der Enkel des berühmten Generals und ein persönlicher Freund Alexanders II. Er war ein Mensch von humanitären Ansichten, diensteifrig und ziemlich liberal, wenn er auch keiner bestimmten politischen Richtung angehörte. Um den Schein zu wahren, wurden diese Veränderungen nicht sogleich vorgenommen; doch trat die Regierung jedenfalls den Rückzug an. Neue Vorschriften für die Studenten sollten ausgearbeitet werden; sie wurden 1863 nach vielen Kämpfen innerhalb der Bureaukratie bekanntgegeben. Diese Vorschriften trugen einen ziemlich liberalen Charakter und gaben den Studentenkorporationen eine gewisse Freiheit.

Man hat von mancher Seite die Studentenbewegung auf äußere revolutionäre Einflüsse zurückführen wollen; doch Pantielejew, der damals selbst Student war und zu den führenden Gruppen innerhalb der Studentenschaft gehörte, widerspricht dieser Ansicht auf das entschiedenste. Das Komitee, das die Studentenbewegung leitete, hatte keinerlei Berührung mit den Menschen, welche die Revolution begannen; einzig Schelgunow war mit einem der an der Spitze stehenden Studenten befreundet.

Am 6. Dezember 1861 wurden 300 Studenten aus dem Gefängnis entlassen. Der Generalgouverneur von Petersburg, Fürst Suwarow, erlangte von der Regierung 5000 Rubel zur Unterstützung der Bedürftigen. Stipendien wurden erst nach erfolgter Verständigung mit einem Komitee, das die jungen Leute gebildet hatten, gewährt.

Da die Summe ungenügend war, kam die Gesellschaft selbst der Studentenschaft zu Hilfe und leitete Sammlungen ein. Die Petersburger Universität war noch geschlossen. Der Gedanke tauchte auf, freie höhere Kurse abzuhalten. Die Regierung erteilte Kostomarow die Erlaubnis hierzu, behielt sich aber die Bestätigung der Professoren vor. Die Vorträge zogen eine Masse von Hörern beiderlei Geschlechts an; die Einrichtung bewährte sich glänzend.

Frauen wurden zum erstenmal 1859 an der Petersburger Universität zugelassen und genossen dieses Recht bis zur Universitätsreform im Jahre 1863. Als die Universität 1862 und 1863 geschlossen wurde, ließ man einige Frauen als Hörerinnen auf der medizinischen Abteilung der Militärakademie zu. Später begann die noch heute währende Pilgerschaft der russischen Studentinnen ins Ausland. Dieser Umstand bewog die Regierung, nach dem Jahre 1880 höhere weibliche Kurse in Rußland selbst zu eröffnen.

Die Zulassung der Frauen zu den Universitäten war von großer Bedeutung. Die männliche und die weibliche Jugend fing an, auch außerhalb des Kollegs zusammenzukommen, wodurch sich den russischen Frauen das gleiche geistige und soziale Leben erschloß wie den Männern. Der kameradschaftliche Verkehr mit den Studentinnen war auch auf die Sitten der Studenten von gutem Einfluß, die sich jetzt immer mehr vom Kartenspiel und anderen niedrigen Vergnügungen abwandten. Tschernischewski versicherte Pantielejew, ein paar Jahre vorher seien bei privaten Unterhaltungen der Studenten von Frauen einzig Prostituierte anwesend gewesen.

Die „freien Vorträge“, die sehr eifrig besucht wurden, erfreuten sich nur eines zweimonatigen Daseins, von Anfang Januar 1862 bis Anfang März.

Den Grund zu ihrer Schließung bot die Verbannung des Professors Pawlow, der eine Rede über das Herannahen des tausendjährigen Bestehens des russischen Reiches hielt. Diese Rede, die keinen revolutionären, sondern nur einen freisinnigen Charakter trug, war von der Regierung vorher durchgesehen worden. Doch soll der Redner beim mündlichen Vortrag die

Interpunktion verschoben haben, wodurch sie einen anderen Sinn bekam. Ich wiederhole dieses Gerücht, obgleich es mir nicht recht verständlich erscheint.

Die ungeheure Mehrheit der Jugend war gegen Kostomarows Ansicht für die Unterbrechung der Vorträge, um auf diese Weise ihren Unwillen über die Verschickung des Professors kundzugeben. Die Regierung befürchtete ihrerseits stürmische Auseinandersetzungen, wenn die Kurse fortdauern sollten, und befahl ihre Unterbrechung, um so der geplanten Manifestation vorzugreifen.

Zu Beginn des Jahres 1862 entstand in Petersburg ein Schachklub. Den Gründern ging es nicht eigentlich um das Spiel; sie brauchten einen Ort für geheime Verschwörungszusammenkünfte. Tschernischewski, Serno-Solowjewitsch und andere radikale Elemente pflegten dort zusammenzukommen.

Nikolaus Serno-Solowjewitsch gründete um jene Zeit eine große öffentliche Bibliothek, die erste in dieser Art. Dem Publikum wurden hier viele russische und einige ausländische Zeitschriften geboten. Neu war auch, daß eine Frau den Bibliotheksdienst versah; es war die Gattin des bekannten Publizisten Engelhardt.

Die Sonntagsschulen entwickelten sich immer mehr; überhaupt machte die Kulturarbeit große Fortschritte.

VI.

Zu Beginn des Jahres 1862 entstand auch die revolutionäre Organisation „Land und Freiheit". Wann sie eigentlich gegründet wurde, läßt sich nicht genau feststellen; da ihre Begründer dieselben Leute waren, die sich um den „Großrussen" scharten, so existierte die Gesellschaft sicherlich schon im Juli 1862.

Im April 1862 war ein Aufruf unter dem Titel „Die Landes-Duma" (Ziemskaja-Duma) erschienen, in dem die gleichen Ansichten wie im „Großrussen" ausgesprochen und worin folgende Forderungen erhoben wurden: Zuweisung des gesamten Grund und Bodens an die Bauern, den sie vor der Reform vom 19. Februar 1861 für sich bebaut hatten; Einberufung eines Landestages zum Zwecke der Ausarbeitung eines neuen „Gesetzbuches", d. h. zur Ausarbeitung eines neuen Rechtszustandes sowie

zur Bestimmung der Entschädigungen für die Gutsbesitzer. Das geplante Gesetzbuch hätte natürlich auch die staatlichen Zustände berühren müssen, es hätte sich also um eine richtige Konstituante gehandelt. Der Aufruf ist ziemlich kurz, geht auf die Einzelheiten der Reformen nicht ein und meldet nur, es habe kürzlich eine Zusammenkunft von Vertretern verschiedener Kreise aus der Provinz stattgefunden, auf welcher man die Programmpunkte sowie taktische Fragen habe besprechen und die Kräfte zählen können. Der Aufruf schließt damit, am Tage des tausendjährigen Bestehens Rußlands werde die Propaganda der Anhänger einer neuen Ordnung aufhören, einen friedlichen Charakter zu tragen. Man werde dann die aufgeklärten Menschen veranlassen, sich von der Regierung abzuwenden, denn je weniger Leute auf seiten der Regierung bleiben würden, desto weniger Opfer werde auch die Einführung der neuen Ordnung erheischen.

Soweit mir bekannt, fehlen in der Literatur zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung alle näheren Aufschlüsse gerade über diesen Aufruf; wir wissen nicht im geringsten, wer ihn erließ. Da in ihm jedoch von Abgesandten einzelner Kreise die Rede ist, muß es sich um eine Organisation gehandelt haben oder doch um den Keim einer solchen. Vieles spricht dafür, daß auch dieser Aufruf von Personen stammt, die sich vorher um den „Großrussen" geschart hatten, denn es ist unwahrscheinlich, daß gleichzeitig zwei politische Gruppen mit sehr ähnlichen Anschauungen, die sich in manchen Punkten sogar völlig deckten, unabhängig nebeneinander gewirkt hätten. Weder vor dem April 1862 noch nachher ist von einer „Landes-Duma" irgendwo die Rede, dagegen bestanden vorher und ebenso nachher Gruppen mit gleichlautendem politischem Programm.

Pantielejew [1]), der 1862 in die Organisation „Land und Freiheit" eintrat, nahm früher an, die Begründer seien dieselben Leute gewesen, die hinter dem „Großrussen" gestanden hatten. Er vertritt diese Ansicht jetzt nicht mehr, da er keinerlei Beweise hierfür gefunden hat. Wir finden dagegen einen Beweis in der zweiten Nummer der „Freiheit", dem Organ von „Land

1) Aus den „Erinnerungen an die Vergangenheit" S. 257.

und Freiheit", an dessen Herausgabe Pantielejew selbst beteiligt war.

Wir lesen dort anläßlich des Erscheinens der vierten Nummer des „Großrussen":

„Die Mitglieder des früheren Komitees des ‚Großrussen', die ihre Zeitschrift mit der dritten Nummer einstellten und sich im Namen ihres gemeinsamen Ziels mit der Vereinigung ‚Land und Freiheit' verbunden haben, halten es für ihre Pflicht, zu erklären, daß das unter dem Titel ‚Der Großrusse' in Umlauf gebrachte Schriftchen (die Rede ist hier von Nummer 4) gefälscht ist, was sowohl aus dem Format als aus dem Inhalt ersichtlich ist."

Obgleich aus den „Erinnerungen" Pantielejews hervorgeht, daß in dem Augenblick, als die zweite Nummer der „Freiheit" erschien, zur Organisation „Land und Freiheit" nicht einmal mehr Mitglieder aus den ersten Monaten gehörten, bis auf den „Herrn mit dem Zwicker" vielleicht, dessen Namen der Verfasser verschweigt, geschweige denn noch alte Begründer des „Großrussen" [1]), so müssen doch die damaligen Mitglieder die Gewißheit gehabt haben, daß Menschen, die sich ursprünglich um den „Großrussen" geschart hatten, später zu „Land und Freiheit" gehörten. Man begreift sonst nur schwer, warum die „Freiheit" so eifrig für die Mitglieder des früheren Komitees des „Großrussen" eintrat. Vielleicht hatte die Organisation nicht von Anfang an diesen Namen getragen, sondern erst später, nach der Veröffentlichung des Aufrufs „Die Landes-Duma", beschlossen, sich „Land und Freiheit" zu nennen.

Im Jahre 1861 war der „Großrusse" für eine groß angelegte politische und soziale Bewegung eingetreten und hatte versucht, „die aufgeklärten Schichten" heranzuziehen. Aber seine Propaganda war erfolglos geblieben. Gegen Ende des Jahres 1861 und zu Beginn des folgenden erstarkte allerdings, wie wir noch sehen werden, der konstitutionelle Gedanke unter dem Adel; diese Bewegung, die eine Fortsetzung der früheren war, nahm jedoch keine so gewaltigen Formen an, daß die Regierung

1) Neudruck der Nummer 2 der „Swoboda" („Freiheit", russische Zeitschrift), Septemberheft 1906.

sich gezwungen gesehen hätte, auf den Absolutismus zu verzichten.

Neue Wege mußten also gesucht werden. Vorher aber mußte man eine anpassungsfähige Verschwörungsorganisation gründen, die unter der Landbevölkerung und der jungen Generation eine revolutionäre Propaganda und Agitation im Sinne des „Großrussen“ beginnen sollte. Eine derartige Organisation sollte eben „Land und Freiheit“ sein. Der Name schon enthielt die Forderungen der Partei: Land für die ackerbautreibende Bevölkerung, Freiheit für die ganze Gesellschaft. Dieses Programm sollte sich offenbar an den „Großrussen“ anlehnen. Eingehende Nachrichten über diesen Punkt besitzen wir nicht, „Land und Freiheit“ hat nur wenig Schriftliches hinterlassen, kaum ein paar Nummern der sehr dünnen Zeitschrift und mehrere Aufrufe; auch diese erschienen alle bereits in der zweiten Epoche der Organisation, d. h. in der zweiten Hälfte des Jahres 1862 und 1863. „Land und Freiheit“ kann nie eine besondere Macht besessen haben, selbst in der ersten Zeit nicht, als Leute wie Tschernischewski und Serno-Solowjewitsch, die mannigfache Beziehungen besaßen, zu den Mitgliedern gehörten.

Für die Schwäche der Organisation spricht schon, daß bis zum Erscheinen der ersten Nummer der „Freiheit“ gegen Ende des Jahres 1862 fast gar keine Anzeichen irgendeiner Tätigkeit vorliegen; ein Beweis hierfür ist ferner, daß eine so wichtige Angelegenheit, wie die Anknüpfung neuer Beziehungen und die Gründung von Gruppen in der Provinz, dem damals noch sehr jugendlichen Pantielejew und noch dazu unmittelbar nach seinem Eintritt, d. h. gleich nach Weihnachten 1862 anvertraut wurde, als er noch keinerlei politische Erfahrung besaß, und daß schließlich nach der Verhaftung Tschernischewskis und Serno-Solowjewitschs am 7. Juli des Jahres 1862 die ganze Organisation sofort zerfiel und junge Leute wie Pantiejelew, Utin und noch einige andere ein neues Komitee bilden und alles von neuem anfangen mußten. Die weitere Geschichte dieser Organisation ist uns bereits aus den Berichten Pantielejews bekannt, der damals in das leitende Komitee eintrat und dem die Kräfteverhältnisse innerhalb der Organisation bekannt sein mußten. Er ver-

sichert in seinen „Erinnerungen“, die Organisation sei sehr schwach gewesen.

Wodurch erklärt sich diese Erscheinung?

Jedenfalls nicht durch die Jugend der Organisation, denn sie umfaßte Leute, die schon 1861 begonnen hatten, radikale und revolutionäre Elemente zu sammeln, ebensowenig durch den Mangel an erfahrenen Führern: gehörten doch Leute wie Tschernischewski und Serno-Solowjewitsch zu „Land und Freiheit“.

Die Schwäche der Organisation mußte also andere Ursachen haben. In der damaligen russischen Gesellschaft waren die Forderungen, die der „Großrusse“ und die „Landes-Duma“ erhoben, ziemlich verbreitet; wünschte doch sogar der fortschrittliche Teil des Adels eine Konstitution und wollte den Bauern alles Land geben, das sie vor der Aufhebung der Leibeigenschaft für sich bebaut hatten.

Die Forderungen waren also populär, immerhin aber war es schwer, einen gemeinsamen Standpunkt für die verschiedenen sozialen Gruppen zu finden, von dem aus sie für die Verwirklichung dieser Pläne hätten kämpfen können.

Der Adel besaß eigene Standesversammlungen, auf denen er seine Wünsche aussprechen konnte und welche den natürlichen Rahmen für seine Gruppierung bildeten; er brauchte sich nicht erst mit einer revolutionären Organisation zu verbinden, die keinerlei gesetzlichen Boden für ihre Tätigkeit besaß. Überdies fiel es ihm schwer, sich mit Leuten in eine Reihe zu stellen, die außer den nächstliegenden klar formulierten Zielen noch andere weitergehende Zwecke verfolgten, über die sie sich nicht deutlich äußerten, mit Revolutionären, die offen den Standpunkt vertraten, man müsse, falls die politischen und sozialen Reformen nicht zustande kämen, die Unzufriedenheit der Volksmassen ausnützen und eine gewaltsame und mächtige Bewegung von unten aus organisieren. Der fortschrittliche Teil des Adels vermochte denn auch nicht als Gruppe in die Reihen der Geheimorganisation von revolutionärer Färbung einzutreten.

Das industrielle und Handel treibende Bürgertum hatte erst kurz vorher begonnen, eine bewußte politische Gruppe als soziale Schicht zu bilden. Im allgemeinen ging dieser Teil der Be-

völkerung damals noch ganz in seinen kleinlichen Alltagssorgen auf. In die Regierung setzte das Bürgertum Vertrauen, und das Schicksal der Bauernschaft nahm es sich nicht allzusehr zu Herzen. Auch hatte das bureaukratische Vorgehen anläßlich der Aufhebung der Leibeigenschaft zwar den Adel, nicht aber das Bürgertum empört.

Sowohl die bäuerliche als die städtische Bevölkerung im weitesten Sinne dieses Wortes war noch eine unwissende Masse, die sich zwar gegen die Grundbesitzer und Fabrikanten gelegentlich aufbäumte, wenn irgendwo der Druck das gewöhnliche Maß überschritt, die aber noch lange nicht die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der bestehenden politischen Ordnung begriff. So blieben denn einzig die verschiedenen Gruppen der Intelligenz übrig, also die Beamten, Offiziere, Ärzte, Advokaten, Ingenieure, Lehrer, Literaten und die Jugend. Diese Kreise waren es denn auch, aus denen die Mitglieder der revolutionären Organisation und ebenso die Leute, die an diesen Bestrebungen Anteil nahmen, hervorgingen. Zahlreich waren sie allerdings nicht. Die Beamten mußten vorsichtig sein; überdies waren sie zumeist Anhänger der bestehenden Zustände; andere Vertreter der Intelligenz wünschten zwar ganz allgemein Reformen, besaßen jedoch keine einheitlichen politischen Anschauungen. Ein großer Teil der damaligen Fortschrittsmänner in der Intelligenz war der Ansicht, man müsse Rußland umgestalten, das Schicksal des Volkes erleichtern, es wirtschaftlich und kulturell heben, die Gerichtsbarkeit reformieren, Einrichtungen der lokalen Selbstverwaltung schaffen und Preßfreiheit einführen, ohne für die sofortige Abschaffung des Absolutismus und die Einführung einer Konstitution einzutreten.

Ein typischer Vertreter dieser Anschauungen war Professor Kawelin, der nicht begreifen konnte, daß der Absolutismus nicht imstande sein sollte, weitgehende Reformen durchzuführen, die sich auf dauernde Grundlagen stützen, sondern daß er Hand in Hand mit der Willkür gehen müsse.

Der Publizist Michael Katkow, der die damalige liberale Richtung verkörperte und ein Anhänger des englischen Konstitutionalismus war, hatte nichts weniger als radikale Bestrebungen

und besaß nichts Gemeinsames mit jener Richtung, die Tschernischewski und seine politischen Freunde vertraten.

Obgleich ein großer Teil der fortschrittlichen und radikalen Intelligenz sich durch Alexander II. und seine Politik enttäuscht fühlte, so gab es doch noch viele unter ihnen, die des Glaubens waren, die Regierung werde allmählich und von selbst den Weg der Reformen einschlagen und mit der Zeit auch eine Konstitution erteilen. Auch diese Leute wollten sich nicht zu einem revolutionären Vorgehen verstehen.

Die reifsten Vertreter der Intelligenz, die grundsätzliche soziale und politische Veränderungen forderten, waren im ganzen Lande verstreut und bildeten lose, kleine Gruppen, die keinerlei Zusammenhang miteinander besaßen. Die damalige Korrespondenz der russischen Emigranten mit den Freunden in Rußland, die infolge von Verhaftungen in die Hände der Polizei fiel und die Michael Lemke unlängst veröffentlichte [1]), läßt keinerlei diesbezügliche Zweifel zu.

Diese verstreuten kleinen Gruppen wußten gewöhnlich voneinander, aber es war ihnen schwer, miteinander in Fühlung zu kommen, und zwar sowohl infolge äußerer wie innerer Umstände. Die großen Entfernungen, die die Menschen ähnlicher Anschauungen voneinander trennten, erschwerten ständige Beziehungen, konnten doch Briefe nicht persönlichen Verkehr ersetzen; die Verkehrsmittel aber waren höchst minderwertig. Die Folge war, daß jede dieser Gruppen ihr eigenes inneres Leben hatte, unter eigenen Führern stand, die in ihrer Mitte lebten und sich nur schwer der Leitung Außenstehender gefügt hätten.

Die Emigranten, d. h. Herzen, Ogarew, Bakunin und Kelsjew, hatten zwar Beziehungen zu verschiedenen einzelnen Persönlichkeiten und auch zu ganzen Gruppen in Rußland; sie schickten ihnen ihre Zeitschriften und erhielten dafür Nachrichten aus dem Vaterlande, oft auch andere Hilfe noch in Verschwörungsangelegen-

---

1) Lemke, Die Anklagen wegen der Beziehungen mit den Londoner Führern der Propaganda. „Biloje“ 1906, September-Dezember; ebenda im Januarheft des gleichen Jahres zwei Briefe Herzens an Serno-Solowjewitsch. Der Briefwechsel enthält viele Einzelheiten und wirft ein helles Licht auf die damalige revolutionäre Bewegung in Rußland.

heiten. Doch lag kein System in diesen Verhältnissen, mitunter hörten bereits angebahnte Beziehungen wieder auf.

Die Emigration hatte einen großen Einfluß auf die oppositionellen und revolutionären Elemente in Rußland; aber dieser Einfluß war von ausschließlich geistig-sittlicher Art und war weder stark gefestigt, noch wurde er durch entsprechende ständige organisatorische Beziehungen unterstützt.

Die verstreuten Individuen und Gruppen hätte nur eine Persönlichkeit von großer geistiger und sittlicher Autorität und gewaltiger Tatkraft leiten können, die sich ganz den Angelegenheiten der Organisation hingegeben hätte. In Rußland besaß damals einzig Tschernischewski eine derartige Stellung in den radikalen Kreisen. Er war jedoch nicht imstande, alles zu tun, um so mehr, als er, was aus seinem ganzen Verhalten hervorgeht und unter den damaligen Umständen auch nur vernünftig war, beschlossen hatte, die größte Vorsicht zu wahren.

Was man damals brauchte, waren Techniker der Revolution; aber gerade solche begannen sich erst herauszubilden. Nikolaus Serno-Solowjewitsch wurde allmählich immer bekannter und erfreute sich einer immer größeren Hochachtung; er war ein Mensch, der sowohl in gedanklicher wie rein technischer Hinsicht ungeheuer viel für die Organisation tat. Aus dem bereits angeführten Briefwechsel geht hervor, daß er sich verschiedenen Gefahren aussetzte, was seine Freunde im Auslande ängstigte. Sie schätzten ihn hoch und beschworen ihn, die Erledigung gefährlicher Angelegenheiten nicht so häufig in eigener Person zu übernehmen.

Die revolutionäre Bewegung, die zu Beginn des Jahres 1861 entstand, äußerte sich nicht nur in Aufrufen, in denen die Organisation ihren Anschauungen Ausdruck verlieh; sie zeitigte auch Taten einzelner Mitglieder, die nach Möglichkeit Propaganda machten, in regierungsfeindlichem Sinne agitierten und sich schweren Strafen aussetzten. Mehr als einer zerstörte sich für immer sein Fortkommen, mehr als einer ging dem sicheren Tode entgegen.

Noch sind wir heute nicht imstande, genau anzugeben, was damals einzelne Menschen und verstreute kleine Gruppen für die

politische und soziale Aufklärung des russischen Volkes alles taten. Die Quellen, die uns heute zugänglich sind, geben uns nur wenige Beispiele einer solchen vereinzelten Tätigkeit; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß viele Leute in dieser Richtung arbeiteten. Eigentlich wissen wir nur von jenen, die der Regierung von berufsmäßigen und anderen Spionen ausgeliefert wurden. Im Jahre 1862 beschäftigte sich ein Kriegsgericht mit dem Prozeß gegen einige Offiziere, die in verschiedenen Gegenden des Reiches und stets nur in ihrer unmittelbaren Umgebung, man möchte sagen, auf eigene Faust eine revolutionäre Aktion gegen die Regierung führten.

Der Oberleutnant Krasowski verbreitete in dem Heere, das rebellierende Bauern niederwerfen sollte, Aufrufe, die Soldaten möchten gegen die Befehle der Vorgesetzten nicht auf das Volk schießen; der Unterleutnant Grigoriew bemühte sich, die Soldaten gegen die Regierung und den Kaiser aufzustacheln; Drakonow, der in der Marine diente, und Traweler, ein Fähnrich, verbreiteten die Londoner Ausgaben unter den Mannschaften. Ich führe diese Offiziere als Beispiele für die Tätigkeit vereinzelter Personen im Geiste der Revolution an. Diese Arbeit unter Soldaten und Offizieren, d. h. in Kreisen, in denen die Regierung eine besondere Aufsicht übt und in denen eine ungeheure dienstliche Disziplin herrscht, ist sehr schwierig. Sie konnte rascher und leichter aufgedekt werden, als eine entsprechende Tätigkeit in den Reihen der Intelligenz; es ist denn auch wahrscheinlich, daß die Revolutionsbewegung schon damals viele tätige Mitglieder zählte, von denen wir nichts wissen; ihre Tätigkeit wurde der Regierung nicht hinterbracht, und niemand der ihnen nahestehenden Personen verzeichnete sie in ihren Tagebüchern.

Zu Beginn des Jahres 1862 versuchte man die revolutionären Kräfte zu einem Ganzen zusammenzuschweißen; den Anstoß hierzu scheinen einerseits die russischen Emigranten im Auslande, anderseits „Land und Freiheit" gegeben zu haben. Ein gewisses Licht auf diese Angelegenheit wirft der bereits mehrfach angeführte Briefwechsel, den Michael Lemke in „Biloje" herausgab.

Um die Wichtigkeit dieser Angelegenheit hervorzuheben, möchte ich die Aufmerksamkeit des Lesers auf einige Stellen aus

diesen Briefen lenken, um so mehr, als sie Herzens Beziehungen zu den Gruppen in Rußland zeigen.

Kelsjew, der mit großer Tatkraft die Beförderung der illegalen, in London gedruckten Literatur nach Rußland leitete, und der sich damals gerade mit der Agitation unter den Sektierern, den sogenannten „Raskolniki“, beschäftigte und verschiedene kleinere Schriften und Bücher für sie vorbereitete, gibt seinem Bekannten Petrowski in Briefen verschiedene Weisungen, wie er sich den damals in Rußland bestehenden politischen und sozialen Gruppen gegenüber zu verhalten habe. Er empfiehlt ihm, sich eine genaue Kenntnis darüber zu verschaffen, was in ihnen vorgeht, und eine unaufhörliche Beobachtung, da ein Mensch mit weitgehenden Informationen sehr wichtig sei. Jeder Führer (offenbar der einzelnen Kreise) könne sich nämlich von einem solchen Menschen Nachrichten über ganz Rußland geben lassen, so daß niemand mehr Überflüssiges tun werde [1]).

Ohne auf die Frage einzugehen, wie weit eine solche über alles informierte Persönlichkeit die einzelnen Führer von Fehlern hätte zurückhalten können, finden wir in der obigen Weisung eine Bestätigung dafür, daß erstens damals in Rußland verschiedene politische Gruppen bestanden, die auf eigene Faust eine revolutionäre Tätigkeit entfalteten, zweitens daß es den Emigranten wichtig war, genaue Nachrichten über sie zu erhalten und sie durch eine geeignete Persönlichkeit miteinander in nähere Berührung zu bringen.

Der gleiche Kelsjew schreibt in einem Briefe [2]) an Serno-Solowjewitsch, Herzen und Ogarew arbeiteten ohne Unterlaß und würden, wenn alles ginge wie bisher, im Herbst an die Spitze der Bewegung treten. Er sagt weiter: „Sobald ein Zentrum vorhanden ist, werden Herzen und Ogarew in der ‚Glocke‘ ihren Beitritt verkünden, und Sie (offenbar Nikolaus Serno-Solowjewitsch) werden alle Gruppen aufnehmen.“

Aus diesen Briefen geht hervor, daß der Zusammenschluß der revolutionären Kräfte in Rußland durch die gemeinsamen

1) „Biloje“, Jahrgang 1896, Septemberheft S. 161. Der Brief selbst vom August 1862.

2) Ebenda S. 168—169.

Bemühungen der russischen Emigranten im Auslande, mit Herzen an ihrer Spitze, und der wichtigsten Agitatoren in Rußland selbst, zu denen unstreitig Nikolaus Serno-Solowjewitsch gehörte, zustande gebracht werden sollte.

Wahrscheinlich bestand „Land und Freiheit" schon damals. Pantielejew erzählt [1]), Utin habe ihn während der Weihnachtstage des Jahres 1862 in seine Wohnung eingeladen und habe ihm dort den Studenten Rimarenka und den „Herrn mit dem Zwicker" vorgestellt, die ihm von der Existenz von „Land und Freiheit" erzählten und ihm vorschlugen, beizutreten. Von ihnen habe er auch erfahren, daß die Organisation erst kurze Zeit bestehe. Man erzählte ihm von einem Zentralkomitee, das sich auf Gruppen von je fünf Leuten stütze, und sagte ihm schließlich, daß in allen größeren Städten Rußlands bereits Parteiverbindungen beständen und daß die Organisation einen wichtigen Einfluß in einem Regiment besitze und auf dessen Unterstützung rechnen könne.

Utin und Pantielejew begaben sich späterhin zu Tschernischewski, mit der Absicht, ihn auszuforschen. Sie sagten ihm nicht, daß sie der Organisation beigetreten seien, sondern sprachen nur von der Notwendigkeit, in der Studentenschaft Gruppen zu bilden, die für soziale Bestrebungen eintreten sollten, und fragten ihn nach dem „Herrn mit dem Zwicker". Tschernischewski äußerte sich sehr anerkennend über diesen, ermunterte sie zur Arbeit, blieb jedoch im übrigen zurückhaltend.

Es fragt sich jetzt, welche Rolle „Land und Freiheit" bei diesem geplanten Zusammenschluß der revolutionären Kräfte gespielt haben mag. Bildete ebendiese Organisation das Zentrum, dem die Emigranten mit Herzen beitreten wollten, oder war sie von geringerer Bedeutung und bildete sie nur eine einzelne, wenn vielleicht auch größere Gruppe, die ebenso wie die anderen und mit den gleichen Rechten ausgestattet, sich an einen zu schaffenden Mittelpunkt anlehnen sollte? Wir können nur einige Mutmaßungen auf Grund der nicht sehr zahlreichen Nachrichten aufstellen, die wir über „Land und Freiheit", über die Personen

---

1) Pantielejew, Erinnerungen aus der Vergangenheit, S. 257.

und die ganze Lage besitzen, auf der sich die damalige revolutionäre Arbeit aufbaute.

Die Organisation „Land und Freiheit", die von Anfang an einige hervorragende Leute zu ihren Mitgliedern zählte und bestimmte Beziehungen besaß, ist nicht mit einer beliebigen revolutionären Gruppe in der Hauptstadt oder irgendwo in der Provinz in eine Reihe zu stellen. Wahrscheinlich sollte denn auch gerade diese Organisation bei dem geplanten Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte die Hauptrolle spielen.

Der Leser mag es sonderbar finden, daß Herzen, der sich in seinen Ansichten, wie wir bereits wissen, von Tschernischewski und dessen politischen Freunden scharf unterschied, jetzt daran dachte, sich einer Bewegung anzuschließen, in der dieser von so großer Bedeutung war. In der Tat wäre dieser Umstand höchst seltsam, wenn nicht Herzen selbst bis zu einem gewissen Grade seine politischen Anschauungen geändert hätte; er selbst erkannte damals die Notwendigkeit konstitutioneller Forderungen an. Auch im Jahre 1862 müssen allerdings zwischen beiden Lagern noch Unterschiede vorhanden gewesen sein, namentlich in taktischer Beziehung, doch wäre immerhin ein gemeinsames Vorgehen auf Grund eines weitgehenden politischen und sozialen Programms möglich gewesen.

In einem Brief an Serno-Solowjewitsch schreibt Herzen, er halte es für unbedingt notwendig [1]), in der russischen Gesellschaft für einen Landestag Propaganda zu machen, und sei bereit, zu-

1) „Biloje", Jahrgang 1906, Januarheft S. 231. Sehr charakteristisch ist die Abneigung gegen Petersburg, die sich damals vielfach unter den Führern der sozialen Bewegung findet; Herzen, Sajtschniewski und andere sprechen sie offen aus. Nikolaus Serno-Solowjewitsch empfahl, wie wir noch sehen werden, den Mittelpunkt der Bewegung nach Moskau zu verlegen. Herzen spricht in seinen „Erinnerungen" verächtlich von Petersburg und stützt seine Hoffnungen auf die Provinz; er empfiehlt auch Serno-Solowjewitsch, seine Aufmerksamkeit der Provinz zuzuwenden. Die gleiche Meinung spricht Kelsjew in seinen Briefen aus. Im gleichen Briefe sagt Herzen, die Unterschiede zwischen den Führern der einzelnen Gruppen seien so groß, daß es zu keiner Verständigung kommen könne. Am allerwenigsten könne man an der Newa (in Petersburg) daran denken, eher noch am Schwarzen und Kaspischen Meer. Er versichert auch, „Land und Freiheit" könne nur in der Provinz auf Anhänger zählen.

sammen mit Tschernischewski den „Zeitgenossen“ in London oder Genf herauszugeben. Die Zeitschrift war nach den berühmten Bränden, von denen noch die Rede sein soll, mit einem Ukas vom 19. Juni alten Stils für acht Monate verboten worden. Wir sehen also, daß Herzen sich um diese Zeit Tschernischewski und dessen politischen Freunden nähert und sogar wünscht, mit ihnen gemeinsam ein Blatt herauszugeben. Auf diese veränderten Beziehungen Herzens zu den revolutionären Parteiführern in Rußland wirkten wahrscheinlich mehrere Umstände ein: seine Unzufriedenheit mit der Politik Alexanders II., die Maßnahmen der Regierung gegen die studierende Jugend, die Verhaftung Michajlows und Obrutschews [1]) und schließlich der Einfluß Bakunins.

Bakunin [2]) spielte in den Jahren 1848 und 1849 in Westeuropa, namentlich in Sachsen und Böhmen eine hervorragende Rolle; an Rußland ausgeliefert, wurde er von 1851 bis 1854 in der Peter-Pauls-Festung, von 1854 bis 1859 in Schlüsselburg gefangen gehalten und dann nach Sibirien verschickt. Er entfloh und kam 1863 nach London. Trotz dieser schwierigen Umstände hatte er seinen Eifer und seine Tatkraft nicht verloren, noch seine in hervorragendem Grade revolutionären Anschauungen in sozialen Dingen geändert [3]). In London begann er auf Herzen und Ogarew in revolutionärer Hinsicht einen starken Einfluß auszuüben. Ich habe den Eindruck, als ob sich Bakunin viel besser als Herzen mit den damaligen Führern in Rußland verstand und gerade er Herzen zu diesem Schritt bewegte.

Der Versuch, die revolutionären Kräfte Rußlands zusammenzuschweißen, mißlang, wie wir noch sehen werden.

Da „Land und Freiheit“ in der ersten Zeit keinerlei Schriften herausgab, kann man sich von dem Programm und der Taktik dieser Partei nur schwer einen Begriff machen. Im allgemeinen kann man sagen, „Land und Freiheit“ habe die Gedanken und Bestrebungen des „Großrussen“ aufgenommen. Aus

---

1) Über ihre Angelegenheit siehe weiter unten.
2) Er war 1814 geboren.
3) Über Bakunin siehe mein Buch „Der moderne Anarchismus“.

den „Erinnerungen" Pantielejews geht hervor, daß „Land und Freiheit" sich die folgenden Ziele setzte: Erringung politischer Freiheiten, eine Reorganisation Rußlands nach föderativen Grundsätzen und schließlich die Ausstattung der Bauern mit dem Grund und Boden, „auf den sie ein Recht hatten", womit wahrscheinlich jener Grund und Boden gemeint war, den sie schon vor dem Manifest vom 19. Februar 1861 für sich bearbeiteten [1]). Um dieses Ziel zu verwirklichen, forderte die Organisation die Einberufung eines Landestages. Propaganda wollte sie nicht nur unter der Intelligenz, sondern auch im Volke selbst treiben, das aufgeklärt, organisiert und in Bewegung gebracht werden sollte. „Land und Freiheit" wollte keine vorübergehenden Bauernunruhen hervorrufen, sondern eine breite Volksbewegung organisieren, die sich mit dem Absolutismus hätte messen können. Die Organisation beabsichtigte die Herausgabe einer großen Zeitschrift, wofür die Manuskripte von Aufsätzen sprechen, die gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei Serno-Solowjewitsch gefunden wurden. Unter seinen Papieren fand sich auch der Plan einer Konstitution für Rußland und ein Brief an den Kaiser Alexander II., den Serno-Solowjewitsch dem Monarchen zu überreichen beabsichtigt hatte. Doch sollte dieser Schritt eine persönliche Angelegenheit, nicht eine Tat im Namen der Organisation sein, was aus dem Inhalt des Briefes selbst hervorgeht, in welchem der Verfasser sich auf die Denkschrift beruft, die er dem Kaiser im Jahre 1858 über die Reform der bäuerlichen Verhältnisse überreicht hatte.

Dieser von Nikolaus Serno-Solowjewitsch verfaßte Plan einer Konstitution mußte auch Tschernischewski und ebenso anderen Leuten bekannt sein, mit denen er gemeinsam in der Politik arbeitete. Man kann auch nur schwer annehmen, daß er nicht Forderungen enthielt, die, wenigstens prinzipiell, mit den Ansichten der Begründer von „Land und Freiheit" übereinstimmten. Der betreffende Plan kann daher wohl als Ausdruck der Bestrebungen dieser Organisation gelten, aus welchem Grunde wir ihn einer eingehenden Betrachtung unterziehen wollen. Er ist

1) Aus „Erinnerungen an die Vergangenheit" S. 255—256.

für das Verständnis der Tendenzen der sozialen und politischen Bewegung Rußlands in der Zeit von 1860 bis 1864 ebenso wichtig, wie die Schriften Pestelјs und Nikolaus Murawjews zum Verständnis der Bestrebungen der Dekabristen beitragen.

Nach dem konstitutionellen Entwurf von Nikolaus Serno-Solowjewitsch steht die oberste Macht in Rußland dem Kaiser zu, dessen Person geheiligt und unverletzlich ist. Die Thronfolge richtet sich nach wie vor nach dem bestehenden Gesetz. Die für den Unterhalt des Kaisers und seiner Familie notwendigen Summen werden alljährlich von ihm selbst bestimmt.

Die oberste Gewalt ist nach einem anderen Paragraphen eine obere Stufe der Landesverwaltung; unter ihrer Leitung stehen die gesetzgebende und die ausübende Gewalt, sowie die Rechtspflege.

Die Prinzipien, nach denen die Regierung in jedem dieser drei Zweige vorzugehen hat, sind nach § 3: die Wahrheit, die Barmherzigkeit, die gewissenhafte Befolgung der Gesetze, die Ehrlichkeit und die Achtung vor dem Menschen. Auf den ersten Blick möchte man glauben, Serno-Solowjewitsch stelle die kaiserliche Gewalt über die gesetzgebende und die ausübende Gewalt und mache diese von ihr abhängig, wodurch die kaiserliche Gewalt auch fürderhin unbeschränkt bliebe. Doch ist dem nicht so, wie wir noch sehen werden. Dem Verfasser des Entwurfs ging es offenbar nur darum, die Konstitution, die er für Rußland wünschte, in eine Form zu kleiden, die die volle Achtung vor der monarchischen Gewalt beibehält.

Ein vierter Paragraph vertraut die gesetzgebende Gewalt für das ganze Reich einer Volksversammlung an, ebenso diejenige für die einzelnen Gouvernements Gouvernementsversammlungen; doch sollte der Kaiser, was aus § 13 hervorgeht, die Gesetze bestätigen. Der Entwurf enthält jedoch nichts darüber, ob diese kaiserliche Bestätigung als bloße Formsache gedacht war oder mehr besagen sollte. Im ersteren Falle hätte tatsächlich die Volksversammlung allein die gesetzgebende Gewalt besessen, im zweiten hätte sie sowohl ihr als dem Kaiser zugehört. In beiden Fällen aber hätte die Volksversammlung die kaiserliche Gewalt begrenzt.

Der Adel eines jeden Gouvernements sollte je zwei Vertreter in die Nationalversammlung schicken, die Städte sollten je nach ihrer Einwohnerzahl Abgesandte wählen und zwar sollte je ein Vertreter auf 50000 Personen kommen, die Bauernschaft sollte je einen Vertreter erst auf 100000 Bewohner wählen.

Die Gouvernementsversammlungen sollten sich aus je neun Vertretern aus jedem Kreis zusammensetzen und zwar sollten der Adel, die Stadtbewohner und Bauern je drei wählen.

Die Wahlen zu der Volksversammlung sollten aus zwei Wahlgängen bestehen und sich vermittelst der Gouvernementsversammlungen nach Ständen gesondert abspielen.

Der Entwurf enthält genaue Vorschriften für die Wahlen in den Städten, dagegen fehlt es an solchen für die Landbevölkerung.

An der Abstimmung sollten alle Staatsbürger teilhaben.

Die Abstimmung sollte allgemein, aber nicht gleich sein und nach Ständen vorgenommen werden.

Von den Abgeordneten verlangte der Entwurf Volljährigkeit und Absolvierung einer Bildungsanstalt und zwar sollten für die Vertreter des Adels die höheren Bildungsanstalten gelten, für die Vertreter der städtischen Bevölkerung die mittleren und für die Bauernschaft endlich die niederen; ferner sollten die Abgeordneten nicht im Staatsdienst stehen und nicht durch eine gerichtliche Verurteilung entehrt sein.

Die Abgeordneten sollten für die Dauer von drei Jahren gewählt werden.

Ist die Volksversammlung zusammengetreten, so wählt sie zwei Kandidaten aus ihrer Mitte zum Präsidenten und Vizepräsidenten und befaßt sich dann mit der Kontrolle der Wahlen. Der Präsident und der Vizepräsident werden vom Kaiser bestätigt.

Die Volksversammlung teilt sich in ebenso viele Kommissionen, wie Ministerien vorhanden sind. Alle Angelegenheiten, die in der Volksversammlung zur Sprache kommen sollen, werden vorher in den Kommissionen durchberaten. Die Initiative geht vom Kaiser, von den Ministern und den Abgeordneten aus, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch in dem der Gouvernementsversammlungen, von denen sie gewählt werden.

Die Minister stimmen zusammen mit den Abgeordneten ab; die einfache Mehrheit siegt; bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident. Die Abstimmung kann öffentlich oder geheim sein, worüber die Volksversammlung in jedem Falle entscheidet.

Unter die Kompetenz der Volksversammlung gehören:

1) die Aufstellung aller neuen oder die Aufhebung aller alten Gesetze in allen Zweigen der Verwaltung für das ganze Reich;

2) das Budget;

3) die Aufnahme von Anleihen, die Ausgabe von Papiergeld und die Besteuerung;

4) die Angelegenheiten der äußeren Politik, die der Kaiser leitet;

5) die jährlichen Berichte der Minister;

6) die Klagen über die Minister, die höheren Beamten und die Gouvernementsversammlungen;

7) alle Angelegenheiten, die dem Kaiser unterstehen;

8) alle früheren Beschlüsse der Nationalversammlung.

Die Sitzungen der Nationalversammlung sind öffentlich, die Berichte werden gedruckt.

Die Abgeordneten sind immun, sie verlieren ihr Mandat vor Ablauf der Frist nur dann, wenn das Gericht sie wegen eines Kriminalvergehens verurteilt.

Die Volksversammlung tritt in Moskau zusammen, das zur Hauptstadt des Landes erklärt wird.

Der 14. Paragraph legt dar, Rußland bedürfe mehrerer Volksversammlungen und zwar einer in Moskau für die russisch-europäischen Gegenden, einer zweiten für Sibirien in Irkutsk, einer dritten für das Königreich Polen in Warschau, einer vierten in Tiflis für den Kaukasus, einer fünften in Helsingfors für Finnland, einer sechsten in Riga für die Baltischen Provinzen. Insofern hatte also der § 4 die gesetzgebende Kompetenz der Volksversammlung irrtümlich auf das ganze Reich bezogen.

Da der Entwurf nichts über eigene Volksversammlungen für Litauen und Rotrußland enthält, so sollten diese Länder wahrscheinlich Abgesandte in die Volksversammlung in Moskau schicken; es ist jedoch auch möglich, daß der Verfasser über

diese Länder nichts sagte, weil er der Meinung war, sie würden sich selbst in der allernächsten Zeit entweder für eine engere Vereinigung mit dem eigentlichen Rußland oder dem Königreich Polen entscheiden oder auch eigene Volksversammlungen verlangen.

Wir wissen, daß die Gruppe, die hinter dem „Großrussen" stand, und ebenso später „Land und Freiheit" sich für die Unabhängigkeit Polens aussprachen; es fragt sich daher, wie sich diese Ansicht mit einem Entwurf vertrug, der zwar dem Königreich Polen gewissermaßen eine rechtliche und staatliche Sonderstellung, jedoch keine unabhängige staatliche Existenz zugestehen wollte.

Ich glaube, daß dieser Widerspruch sich in folgender Weise löst: Michael Serno-Solowjewitsch schrieb seinen Entwurf für Kaiser Alexander II., er mußte daher mit den gegebenen Umständen rechnen und konnte dem Monarchen nicht vorschlagen. das Königreich Polen freiwillig den Polen auszuliefern.

Es ist charakteristisch und der Beachtung wert, daß Serno-Solowjewitsch und mit ihm sicherlich auch die übrigen Führer von „Land und Freiheit" sehr wohl begriffen, was viele Politiker aus den verschiedensten Lagern heute nicht fassen, daß nämlich Rußland aus zu vielen verschiedenen Ländern besteht, als daß ein Zentralparlament alle gesetzlichen Obliegenheiten auf sich nehmen könnte.

Eine schwache Seite des Entwurfs liegt in dem Umstande, daß zwar die Notwendigkeit einzelner Parlamente für Finnland, den Kaukasus, das Königreich Polen, die Baltischen Provinzen und Sibirien für die inneren Angelegenheiten zugegeben, nicht aber gleichzeitig die Notwendigkeit begriffen wird, für die wenigen gemeinsamen Angelegenheiten, die das gesamte Reich betreffen, eine andere Körperschaft zu bilden. Die Angelegenheiten der äußeren Politik, Heeres-, Handels- und Zollangelegenheiten müßten in einem solchen gemeinsamen Parlament entschieden werden.

Nikolaus Serno-Solowjewitsch verlangte nicht nur für die einzelnen Länder, die zu Rußland gehören, eigene rechtliche und staatliche Einrichtungen, er war auch noch ein Anhänger der De-

zentralisation in Rußland selbst, wofür die vorgeschlagenen Gouvernementsversammlungen sprechen. Ihre Befugnisse bestimmte er jedoch nicht näher, sondern wollte dies einer besonderen Gesetzesvorlage überlassen.

Die vollziehende Gewalt für das ganze Reich sollte nach dem Entwurf in der Hand der Minister, der Gouverneure und der Gouvernementsversammlungen in den verschiedenen Provinzen ruhen. Die Minister sollten vom Kaiser ernannt werden und nach den von der Volksversammlung erteilten Weisungen vorgehen. Ebenso hatten sie der Volksversammlung von ihrer Tätigkeit Rechenschaft zu geben.

Jeder Beamte sollte kraft des Gesetzes handeln und für seine Handlungen verantwortlich sein.

Für die Ruhe und die soziale Ordnung soll die Nationalwache und die Polizei sorgen, die von der Bevölkerung jedes Ortes gewählt wird. Die Rechtsprechung erfolgt durch Geschworenengerichte, denen sowohl die strafrechtlichen wie die zivilrechtlichen Fälle unterstehen. Außerdem wählt die Bevölkerung jeder Ortschaft aus ihrer Mitte Leute mit höherer Bildung als Friedensvermittler, an die sich die Parteien in strittigen Angelegenheiten wenden können. Die Beschlüsse dieser Vermittler haben bindende Kraft; Klagen über sie sind vor den Geschworenengerichten zu führen. Über diese wieder werden Klagen vor den Gouvernementsgerichten eingebracht; die Gouvernementsgerichte setzen sich aus Personen zusammen, die von der Gouvernementsversammlung gewählt werden.

Die oberste gerichtliche Instanz ist der Senat, der sich zur Hälfte aus von der Nationalversammlung gewählten und zur Hälfte aus vom Kaiser ernannten Personen zusammensetzt.

Die Todesstrafe wird ebenso wie die Prügelstrafe bedingungslos aufgehoben und durch Gefängnis- oder Geldbußen ersetzt. Der Kaiser kann die vom Senat verhängten Strafen herabsetzen.

Alle Staatsbürger sind ohne Unterschied des Geschlechts, des Ranges, Standes und Vermögens vor dem Gesetz und vor dem Gericht gleich.

Niemand kann ohne gerichtliche Entscheidung seiner Freiheit beraubt werden. Jeder Russe oder in Rußland Ansässige

hat das Recht auf vier Desjatinen Land. Die Zuteilung von Grund und Boden erfolgt nach Verständigung der interessierten Personen mit dem Ministerium für Volkswohlfahrt (§ 63).

Alle Staatsbürger haben das Recht, ihre Religion auszuüben und Gottesdienste ihrer Konfession abzuhalten; ebenso können sie ihrer Überzeugung in der Presse Ausdruck geben.

Die Rekrutenaushebung wird durch die Anwerbung von Personen ersetzt, die sich freiwillig zum Militärdienst melden und eine Entschädigung erhalten. Droht Gefahr von feindlicher Seite, so sind alle Staatsbürger verpflichtet, auf einen entsprechenden Ruf möglichst mit der Waffe in der Hand zu erscheinen.

Die Verpflichtungen der Bauern (der früheren privaten Leibeigenen) gegenüber den Gutsherren hören sofort auf, die Bauern behalten ihre Anteile (d. h. sicherlich den Grund und Boden, den sie vor der Reform schon für sich bebauten, wir wissen, daß Serno-Solowjewitsch diese Ansicht schon im Jahre 1861 vertrat), sie werden pro Kopf mit einer Abgabe von derselben Höhe belastet, wie die Verpflichtungen der Staatsbauern betragen.

Die Entschädigungen der Gutsherren bestimmt die Nationalversammlung.

Der konstitutionelle Entwurf Serno-Solowjewitsch' begrenzt also genau die kaiserliche Gewalt und macht die Minister vom Parlament abhängig, da sie nach den von der Nationalversammlung erteilten Weisungen vorgehen müssen; bei der Reorganisation Rußlands hält er sich an die Grundsätze einer weitgehenden Dezentralisation; den einzelnen Ländern, die zum Reich gehören, will er eine völlige rechtliche und staatliche Sonderstellung einräumen und sie einzig durch eine Personalunion mit Rußland verbinden.

Eine gewisse Verwunderung mag bei diesem Entwurf das Wahlsystem hervorrufen; gibt es doch allen Bürgern das Wahlrecht, organisiert aber gleichzeitig die Wahlen nach Ständen, wobei jedem Stand wieder die Vertretung nach einem anderen Prinzip gewährt wird.

Man fragt sich, warum ein so radikaler Mensch wie Nikolaus Serno-Solowjewitsch nicht das gleiche und allgemeine Wahlrecht für alle Staatsbürger verlangte.

Ich glaube, einfach aus dem Grunde, weil das gleiche und allgemeine Wahlrecht in dem damaligen Rußland der Bauernschaft eine ungeheure Mehrheit in der Nationalversammlung verschafft hätte; die Bauern wären vielleicht in der Ausstattung der Staatsbürger mit Grund und Boden und in der Regelung der Agrarverhältnisse überhaupt sehr weit gegangen, aber sie hätten sicherlich Rußland nicht in politischer Hinsicht reformiert, da sie den Willen des Kaisers nicht hätten beschränken wollen.

Tschernischewski sah die Bauern nicht anders als sie waren; Leute, die ihm nahestanden, wie Nikolaus Serno-Solowjewitsch, mochten Bedenken hegen, ob ein hauptsächlich aus Bauern zusammengesetztes Parlament seine Aufgaben zu lösen imstande sein würde.

Aus Tschernischewskis Werk „Ein Brief ohne Adresse" wissen wir, daß er der liberal-demokratischen konstitutionellen Bewegung unter dem Adel freundlich gesinnt war und Wert darauf legte, daß der Adel an dem politischen Leben teilnahm, namentlich zu einer Zeit, wo Rußland erst in ein konstitutionelles Land umgewandelt werden sollte. Aus diesem Grunde will Serno-Solowjewitsch dem Adel jedes Gouvernements je zwei Vertreter in der Nationalversammlung geben.

Ich beabsichtige nicht, diesen Plan einer Kritik zu unterwerfen, die von dem heutigen Standpunkt der Staatswissenschaft ausgeht, d. h. von einem Standpunkt, der sich auf eine lange, aus vielen Ländern geschöpfte Erfahrung stützt, wie sie der Verfasser nicht besitzen konnte. Es ist nicht schwierig, verschiedene Mängel nachzuweisen; z. B. fehlt der ausdrückliche Hinweis darauf, daß alle Befehle des Kaisers von den Ministern gegengezeichnet werden müssen, daß Vereine erlaubt sein müssen usw.

Es handelt sich für mich hier nur um den allgemeinen Plan dieser von Nikolaus Serno-Solowjewitsch vorgeschlagenen Konstitution.

Die Forderung, jeder Staatsbürger müsse das Recht auf vier Desjatinen Land haben, zeigt, daß die Leiter von „Land und Freiheit", sowie vorher die des „Großrussen" in ihren Ansichten über die Agrarfrage noch über jene Forderungen hinausgingen, wonach die Bauern nur den Grund und Boden wieder-

erhalten sollten, den sie schon vor der Reform vom 19. Februar 1861 für sich bebaut hatten. Vielleicht waren übrigens nicht alle in diesem Punkt einig oder fanden es auch nicht nützlich, sofort mit den Forderungen, wie Nikolaus Serno-Solowjewitsch sie stellte, hervorzutreten.

In seinem Entwurf fehlt auch jener staatliche Zentralismus, der uns in Pesteljs „Russischer Wahrheit" so unangenehm berührt, auch die Knebelung des Staatsbürgers durch den Staat ist nicht vorhanden, ebensowenig die Sucht, fremde Völkerschaften zu entnationalisieren.

Unter den Papieren, die gelegentlich jener Hausdurchsuchung bei Nikolaus Serno-Solowjewitsch beschlagnahmt wurden, fand sich auch die erste Niederschrift eines Aufsatzes „Laute Gedanken" [1]. Der Verfasser spricht eingangs von dem Zerfall der alten Ordnung in Rußland, um dann dazu überzugehen, was unter den schwierigen Umständen, unter denen Rußland leide, zu tun sei. Jene Schichten, die durch Erziehung oder Vermögen bevorrechtet sind, sagt der Verfasser, sind selbst ratlos geworden und suchen überall Abhilfe gegen die Übel, die auch sie zu fühlen begonnen haben. Aber die unerbittliche Logik der Geschichte legt ihnen überall Hindernisse in den Weg. Lange Zeit haben sie es vorteilhaft gefunden, ein System aufrecht zu halten, dessen erstes und letztes Wort die Ausnutzung des Volkes war; systematisch und folgerichtig richteten sie eine Schranke zwischen sich und dem Volk auf. Endlich aber kam der Augenblick, wo die bestehende Ordnung für sie selbst unvorteilhaft wurde. Jetzt möchten sie sie ändern, aber sie vermögen es nicht mehr. Jetzt möchten sie sich auf eine Kraft stützen, auf das Volk, aber zwischen ihnen und dem Volk liegt ein Abgrund, an dem sie selbst schuld sind, liegt ihre ganze bevorrechtete Stellung. Die Lage dieser Schichten ist tragikomisch, aber sie ist von unerbittlicher Logik und sie haben sie verdient.

Im gegenwärtigen Augenblick, sagt Serno-Solowjewitsch, können die bevorrechteten Schichten nicht im mindesten auf die

1) Der Aufsatz war für eine erst zu gründende Zeitung bestimmt, dafür spricht schon, daß der Verfasser sich auf einen anderen Aufsatz „in der gleichen Nummer unserer Zeitschrift" beruft. „Biloje", Jahrgang 1906, Septemberheft S. 192.

Hilfe des Volkes rechnen, selbst dann nicht, wenn sie es zum Kampfe gegen den gemeinsamen Druck aufrufen möchten. Die Lage des Volkes ist furchtbar, aber daraus folgt nicht, daß es bereit ist, jenen zu helfen, die es haßt, denen es nicht glaubt, mit denen es nichts gemein hat. Das Volk aber hat recht, wenn es so vorgeht, denn jene Schichten, die heute um seine Hilfe flehen möchten, denken in erster Reihe an ihre eigenen Interessen. Sie sagen allerdings: alles für das Volk, doch sie fügen hinzu: aber nicht durch das Volk; sie vergessen, daß der zweite Satz dieses Programms gerade der Grundsatz jenes Systems ist, das sie bekämpfen wollen. Das Volk wird nie mit jenen gehen, die nicht selber das Volk sind. Wer ehrlich für das Volk eintreten will, muß sich sagen: „Alles für das Volk und durch das Volk“.

Aber werden die, welche guten Willens sind, mit diesem Schlachtruf auch ihr Ziel erreichen? Vielleicht hat das Volk seine Lebensfähigkeit eingebüßt und hat sich mit seinem Schicksal abgefunden? Diese Frage beantwortet Serno-Solowjewitsch mit einem entschiedenen Nein.

Hat ein Verjüngungsprozeß einmal begonnen, fährt er fort, so muß er auch alle Teile des Organismus durchlaufen; das ist ein feststehendes und unerbittliches Gesetz. Die Bewegung muß überall hinkommen; selbst aus den reglosesten Schichten der Bevölkerung kommt ein Widerhall von neuem Leben.

Das Volk hat sich der bestehenden Ordnung nicht deswegen gefügt, weil es nicht eine bessere zu erschaffen vermochte, sondern weil es nicht das Gefühl seiner eigenen Kraft hatte; jetzt aber fängt es an, sich dessen bewußt zu werden, was es selbst vermag. Die Zeit naht. Sie wird kommen und sie wird die Entwicklung jener Elemente ermöglichen, die im Volke ruhen, also die Entwicklung der Prinzipien der großrussischen Dorfgemeinde.

Die Erfüllung aber wird von dem Grade abhängen, bis zu welchem die Menschen der bevorrechteten Stände die Nichtigkeit dieser Vorrechte begreifen werden, von dem Grade, bis zu welchem es den Menschen gelingen wird, ihre Bestrebungen zu vereinen, das Volk zu lieben und ihm diese Liebe mit Taten

zu beweisen. Je besser die Bevorrechteten dies begreifen werden, desto leichter wird sich jene Änderung vollziehen, welche die neue Ordnung der Dinge einleiten wird. Aber, schließt der Verfasser, die Geschichte wartet nicht.

Der Aufsatz ist uns nicht nur ein kostbarer Beitrag für unsere Kenntnis von Nikolaus Serno-Solowjewitsch' Ansichten, er zeigt uns auch noch, wie die übrigen Gründer von „Land und Freiheit" die damalige soziale und politische Lage Rußlands ansahen. Auch die Taktik der Organisation wird uns klar.

Sie war nicht des naiven Glaubens, die Revolutionäre würden, sobald sie sich nur an das Volk wenden, auch schon die Massen für eine Umwälzung gewinnen. Sie begriffen, daß eine auserlesene Minderheit der bevorrechteten Klassen im Volke und mit dem Volke arbeiten müsse, um es zu organisieren und selbst in die Aktion einzubeziehen, was freilich erst dann erfolgen konnte, wenn sie das Vertrauen des Volkes gewonnen hatten.

„Land und Freiheit" mußte damit beginnen, die besten Elemente innerhalb der Intelligenz um ein Programm zu sammeln; erst dann konnte man mit diesen organisierten Kräften die Arbeit im Volke selbst beginnen.

An was für Arbeit sie dachten, auf welche Weise sie das Volk belehren wollten und wie sich diese Leute die Revolution vorstellten, darüber klärt uns ein Aufruf auf, der zur entsprechenden Zeit nicht veröffentlicht wurde [1]) und der aus der Agitationszeit des Jahres 1861 stammt, als die Gruppe des „Großrussen" gerade im Entstehen begriffen war oder auch schon bestand, „Land und Freiheit" aber sicherlich noch nicht existierte. Auf Grund von Angaben des Verräters und Spitzels Wsiewolod Kostomarow [2]) schrieb das Gericht diesen Aufruf Tschernischewski zu.

Tschernischewski leugnete während der Untersuchung und bei der Verurteilung, der Verfasser dieses Aufrufs zu sein, was nur natürlich und begreiflich ist. Lemke ist der Ansicht, daß

1) Abgedruckt in Lemkes Werk „Die politischen Prozesse" S. 336—346.
2) Der Neffe des bekannten Historikers.

Tschernischewski ihn tatsächlich geschrieben hat; in der Tat trägt das Schriftstück, das sich an die „Staatsbauern" wendet, deutlich den Stempel von Tschernischewskis Art zu denken und die Dinge anzupacken.

Heute läßt sich schwer sagen, was der Drucklegung damals im Wege stand, ob nur technische oder auch taktische Schwierigkeiten.

Der Inhalt ist wichtig genug, um unsere Aufmerksamkeit zu fesseln.

Der Verfasser des Aufrufs beginnt mit einer Kritik der Reformen vom 19. Februar 1861, wie sie damals allgemein in den radikalen russischen Kreisen geübt wurde; besonderes Gewicht legt er auf die Nachteile, welche die zweijährige Übergangszeit (von 1861 bis 1863) den Bauern bringe, da die Grundbesitzer ihnen während dieser Periode großen Schaden zufügen könnten.

Der Aufruf versichert, der Kaiser stehe auf seiten der Gutsherren; auch von der politischen Freiheit ist sehr viel die Rede. Die Rolle des Herrschers in konstitutionellen Staaten wird mit der Stellung eines Schulzen innerhalb der Gemeinde verglichen. Auch die republikanische Staatsordnung wird mit einigen Sätzen erwähnt und die Schweiz und ebenso die Vereinigten Staaten als Beispiel herangezogen; der Republik wird der Vorzug vor der Monarchie gegeben, doch erklärt der Aufruf gleichzeitig, in wirklich konstitutionellen Staaten, wo in der Tat das Volk regiere, sei eine allseitige Entwicklung des Lebens gleichfalls möglich [1]).

Der Aufruf weist auf die Notwendigkeit einer gewissenhaften Rechtsprechung hin, betont die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz usw.

Bezüglich der Taktik wird die folgende Ansicht dargelegt: Nicht einzelne Dörfer oder Gruppen von Dörfern möchten in den Aufstand treten, denn solche vereinzelte Bewegungen könnten der Sache nichts nützen; das ganze Volk müsse sich zum Aufstand rüsten, denn nur eine große allgemeine Revolution könne

1) Diese Ausführungen erinnern an ähnliche im „Großrussen", was ein Argument mehr dafür ist, daß Tschernischewski der Verfasser oder wenigstens der Redakteur des Aufrufs war.

den Sieg bringen. Der Augenblick, wo der Aufstand beginnen könne, werde zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden.

Der Aufruf feuert die Bauern auch an, auf das Heer einzuwirken, denn die Soldaten seien nichts anderes als Bauern, denen es sehr schlecht gehe und für welche eine neue Ordnung der Dinge die Erlösung bedeuten würde. Auf das Heer aber stütze sich der heutige Staat.

Ich kann aus Raummangel nicht auf alle Einzelheiten des Aufrufs eingehen; es sei nur betont, daß die Art und Weise, wie den Bauern die Konstitution erklärt wird, ganz unvergleichlich ist; der ganze Aufbau ist von großer Klarheit und Durchsichtigkeit.

Nach allem Gesagten gewinnt der Leser bereits ein klares Bild der sozialen und politischen Theorien von „Land und Freiheit".

War „Land und Freiheit" eine sozialistische Organisation?

Sicherlich nicht; zwar gehörten Sozialisten zu ihr, wie z. B. Tschernischewski selbst, aber als Ganzes genommen war die Organisation nicht sozialistisch, stellte sie doch keinerlei rein sozialistische Forderungen. Man kann ihr hieraus jedoch keinen Vorwurf machen. Für eine rein sozialistische Organisation war Rußland damals tatsächlich nicht der richtige Boden; das Fabriksproletariat war verhältnismäßig sehr wenig zahlreich und bestand, wenn nicht zum größten, so doch zum großen Teil überdies aus Bauern, die den Zusammenhang mit dem Heimatsdorf noch nicht verloren hatten und deren Psychologie nur teilweise proletarisch war.

Die Reform vom 19. Februar 1861 hatte unter den Bauern eine gewisse Bewegung hervorgerufen, von der die radikale und revolutionäre Intelligenz sich übertriebene Vorstellungen machte; sie war überzeugt, im Jahre 1863 würde eine elementare Bauernrevolution auf rein agrarischer Grundlage entstehen, und mußte daher auch, von diesem Standpunkt ausgehend, das Hauptgewicht auf die Propaganda unter den Bauern legen.

Sicherlich wäre auch die Agitation unter dem Fabriksproletariat von großem Nutzen gewesen. Hätte „Land und Freiheit" nicht durch die Verhaftung von Tschernischewski und Nikolaus

Serno-Solowjewitsch unendlichen Schaden erlitten, hätte die Organisation sich allmählich entwickelt, so hätte sie vielleicht auch die Agitation unter der Arbeiterschaft begonnen; im Jahre 1862 aber versuchte sie gerade ihre ersten Schritte und rechnete mit dem unmittelbar bevorstehenden Ausbruch von Bauernunruhen.

„Land und Freiheit“ war eine radikale und revolutionäre Organisation; als solche konnte sie eine ungeheure Rolle spielen und dem russischen Volke im allgemeinen, den Bauern und Arbeitern aber im besonderen gewaltigen Nutzen bringen. Von großer Wichtigkeit war auch, daß „Land und Freiheit“ viel Wert auf politische Freiheit legte.

„Land und Freiheit“ hätte mit Tschernischewski und Serno-Solowjewitsch an der Spitze im Laufe der Zeit die ganze russische revolutionäre Intelligenz um sich scharen und die Arbeit unter dem Volke beginnen können. Zu ihrem Programm hätte diese Gruppe politische Freiheit und demokratische Reformen, namentlich agrarische machen können. Leider unterbrachen verschiedene Umstände, von denen noch die Rede sein soll, die normale Entwicklung der Organisation.

Pantielejew erzählt, bald nach seinem Eintritt in „Land und Freiheit“ hätte „der Herr mit dem Zwicker“ ihm 200 Rubel eingehändigt und ihn aufgefordert, sich nach Moskau und anderen Städten an der Wolga aufzumachen; der Zweck dieser Reise sollte die Anknüpfung von Beziehungen mit anderen revolutionären Kreisen und die Gewinnung von Mitgliedern sein; es handelte sich namentlich um eine Gruppe in Moskau, an deren Spitze Sajtschniewski und Argiropulo standen.

VII.

Die freiheitliche Bewegung, die mit der Thronbesteigung Alexanders II. begonnen hatte, erfaßte allmählich auch die Studentenschaft, die bis dahin ein etwas stürmisches Burschenleben geführt und sehr wenig gelernt und gelesen hatte. Anfangs äußerte sich jedoch auch die neue Bewegung nur in Plänkeleien mit der Polizei und den Universitätsbehörden; die Kämpfe trugen noch einen recht burschenhaften Charakter; die Studenten prügelten sich auf der Straße mit den Polizisten und benahmen sich

grob gegen ihre Vorgesetzten an der Universität. Nach und nach aber wurde die Stimmung unter den jungen Leuten ernster.

Im Jahre 1859 entstand eine Studentengesellschaft [1]), die sich mit politischen und sozialen Fragen beschäftigte; eine Bibliothek wurde gegründet und eine Reihe lithographierter Ausgaben von verbotenen Schriftstellern, wie Proudhon und anderen, wurde verbreitet. Im Jahre 1861 besaß der Kreis bereits eine eigene Geheimdruckerei. Um die gleiche Zeit nahm die Gruppe auch einen sozialistisch-revolutionären Charakter an. Nach der Bekanntmachung des Manifestes von 1861 gab sie einen Aufruf an die Bauern heraus und stachelte sie zum Aufstand auf.

Die hervorragendsten Leiter der Gruppe waren Peter Sajtschniewski und Argiropulo.

Die Mitglieder, namentlich Sajtschniewski, bekannten sich zu sozialistischen Ideen und verfochten gleichzeitig in revolutionärer Hinsicht die Taktik der Jakobiner. Ihr Sozialismus war offenbar älteren Datums, doch traten sie vollkommen unzweideutig für die Vergesellschaftung von Grund und Boden, der Fabriken und Ladengeschäfte ein.

In der bereits zitierten Biographie Sajtschniewskis, die sich auf eingehende Kenntnis des ganzen Kreises und auf Mitteilungen von Personen stützt, die ihm nahe standen, lesen wir, daß er sich 1861 oder 1862 als Abgesandter seines Kreises nach Petersburg zu einer Zusammenkunft von Delegierten der verschiedenen revolutionären Gruppen begab [2]). Der Zweck dieser Zusammen-

---

1) „Materialien zur Geschichte der russischen sozial-revolutionären Bewegung", 10. Beilage; „Nekrolog für Peter Sajtschniewski" S. 503—507 (in russischer Sprache). Siehe auch „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in den sechziger Jahren in Rußland" S. 111—112 (in russischer Sprache). Nach den Aussagen von Andruschtschenski entstand 1859 in Moskau eine Studentengruppe unter dem Namen „Bibliothek der Studenten aus Kazan"; innerhalb dieser Gruppe entstand 1861 eine zweite, an deren Spitze Sajtschniewski und Argiropulo standen.

2) In der Biographie Sajtschniewskis lesen wir, daß an dieser Zusammenkunft Polen und Karakasower teilnahmen, d. h. Mitglieder der Gruppe um Karakasow, der 1866 ein Attentat gegen Alexander II. in Petersburg beging. Die Nachricht steht jedoch im Widerspruch zu dem Ergebnis der Untersuchungskommission in der Angelegenheit des Karakasowschen Attentats. Nach den Aus-

kunft war die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms. Die Tatsache bestätigt nur, was ich bereits einmal erwähnt habe, daß nämlich 1862 Bestrebungen im Gange waren, alle revolutionären Gruppen zu einer Einheit zu verschmelzen.

Soweit mir bekannt, findet sich in der ganzen übrigen Literatur kein Hinweis auf diese Zusammenkunft.

Man nimmt gewöhnlich an, der Kreis um Sajtschniewski und Argiropulo sei nur sehr klein gewesen, doch bin ich anderer Ansicht.

Um diese Frage richtig zu beurteilen, muß man die damaligen revolutionären Verhältnisse in Rußland in Betracht ziehen; Gruppen, die damals als groß gelten konnten, hätten heutzutage nur eine geringfügige Bedeutung. Der oben erwähnte Kreis existierte einige Jahre, gab verschiedene verbotene Arbeiten heraus und hatte einen ziemlich starken Einfluß auf die Jugend, wenigstens in Moskau. Die Ideen, die er predigte, und die taktischen Anschauungen, denen er huldigte, verbreiteten sich und waren auch auf die späteren Gruppen noch von Einfluß, namentlich auf diejenigen, die in Moskau wirkten. Das alles beweist, daß der Kreis um Sajtschniewski für die revolutionäre Bewegung Rußlands wichtig war.

Er zählte vielleicht nicht viele Mitglieder, aber man muß seine Bedeutung nicht an der Anzahl der Personen messen, die zu ihm gehörten, sondern an dem Einfluß, den er ausübte.

Nach Tschernischewskis Ansicht sollte sich eine führende Geheimorganisation aus Personen zusammensetzen, die selbst in Einzelheiten vollkommen übereinstimmen und mit Verstand, Initiative und Tatkraft ausgestattet sind. Auch sollte eine derartige Organisation nach Tschernischewski nicht viele Mitglieder zählen. Aus diesem Grunde mag auch der Kreis um ihn klein gewesen

---

sagen einiger Angeklagten war die Gruppe erst im Jahre 1863 entstanden. Doch wollten die gefangenen Revolutionäre während der Untersuchung vielleicht das frühere Bestehen der Gruppe nicht aufdecken; vielleicht soll man unter Anwesenheit von Karakasowern auch die Vertreter verschiedener Gruppen verstehen, die später Mitglieder eines damals noch nicht bestehenden Kreises wurden, aus dem Karakasow hervorging und der eine von den übrigen Gruppen getrennte Tätigkeit entfaltete.

sein. Doch waren unstreitig auch größere Gruppen von jungen Leuten vorhanden, die in näherer oder entfernterer Beziehung zu seinem Kreis standen.

Gegen Mitte Mai 1862 wurde in Moskau und Petersburg von der Gruppe um Sajtschniewski ein Aufruf unter dem Titel „Das junge Rußland“ verbreitet.

Er beginnt mit der Erklärung, Rußland sei in eine revolutionäre Epoche eingetreten, die die Gesellschaft in zwei feindliche Lager trenne; in dem einen befände sich das von allen betrogene und beraubte Volk, in dem anderen stehe das Häuflein der Reichen und Glücklichen, mit dem Hof und dem Kaiser an der Spitze. Der Aufruf wendet sich in sehr scharfen Worten gegen die höchsten Kreise und schließt auch den Kaiser nicht aus. Er erklärt des weiteren, unter dem Adel sei infolge der Unzufriedenheit mit der Reform der bäuerlichen Verhältnisse, die den Mitgliedern des Adels die Möglichkeit genommen habe, die Arbeit der unfreien Bauern auszunützen, eine liberale Opposition entstanden, doch würde diese Opposition sich sofort wieder der Regierung zuwenden und zu ihrem natürlichen Vertreter, dem Kaiser, stehen, falls wirklich eine revolutionäre Volksbewegung ausbrechen sollte; namentlich würde das dann der Fall sein, wenn diese Bewegung sich gegen das Eigentum wenden würde, was ja bei Volkserhebungen gewöhnlich der Fall sei. Auch als Opposition sei der Adel eben eine kaiserliche Partei. Die beiden feindlichen Lager sind im beständigen Kampf miteinander, fährt der Aufruf fort; der Kampf jedoch endet gewöhnlich zuungunsten des Volkes; aber auch geschlagen, gibt sich das Volk noch nicht zufrieden und zeigt in verschiedenen Formen seine Unzufriedenheit. Der Kampf wird dauern, solange die heutige wirtschaftliche Ordnung bestehen wird, in welcher eine kleine, das Kapital besitzende Masse über das Schicksal des übrigen Volkes entscheidet, solange diese Gruppe das Volk bedrückt, solange es die Fähigkeiten des modernen Menschen in ihm totschlägt. Der Aufruf zählt nun alles auf, was im Leben schädlich sei und beseitigt werden müsse: den Glauben an Gott, dessen Dasein er bestreitet, die Familie, die Unfreiheit der Frau, den Handel, der als gleichbedeutend mit Betrug erklärt wird. Der einzige Ausweg aus

diesem furchtbaren Zustand sei die unerbittliche, blutige Revolution, die den gegenwärtigen Zustand von Grund aus umändern wird. Die gewaltige Umwälzung schreckt die Verfasser des Aufrufs nicht zurück; sie erklären sich bereit, ihr eigenes Leben zu opfern, wenn sie damit die Umwälzung und Zerstörung der heutigen Ordnung bewirken könnten. Sie würden vielleicht unschuldige Opfer sein, aber die Revolution sei nichtsdestoweniger notwendig und für die Allgemeinheit vorteilhaft. Die Notwendigkeit einer solchen Umwälzung mache sich auch fast überall schon fühlbar; sowohl die Volksmassen, als die oberen Schichten beginnen sich dessen bewußt zu werden. Der Aufruf wendet sich nun an die kaiserliche Partei mit der Frage, ob sie glaube, den Ausbruch der Revolution damit aufhalten zu können, daß sie die Bauern schlage, Menschen verhafte, nach Sibirien und in die Zwangsarbeit schicke, daß sie andere erschieße und überhaupt alle nur möglichen Maßnahmen ergreife? Alle diese Mittel, sagt der Aufruf, sind machtlos, sie bewirken nur, daß die revolutionären Kreise noch fester zusammenhalten. Für jeden Verlust, den diese Kreise erleiden, stehen die Mitglieder der kaiserlichen Partei mit ihrem Kopf ein, erklärt der Aufruf. Die kaiserliche Familie wird unerbittlich zum Tode verurteilt.

Je gewaltsamer die reaktionären Maßnahmen seien, desto rascher würde der Ausbruch der Revolution kommen, desto gewaltiger würde sie werden.

Alles, erklärt der Aufruf, ist einer Revolution günstig: sowohl die Unruhen in Polen und Litauen, als auch der finanzielle Zustand Rußlands, endlich aber die Tatsache, daß die Bauern im Jahre 1863 nach Ablauf der Übergangszeit begreifen würden, wie sehr man sie betrogen habe; hierzu kämen noch die Kriegsgerüchte, die zu einer großen Rekrutenaushebung und zu Anleihen führten, die wieder den Staatsbankrott zur Folge haben würden. Gerade dann würde eine gewaltige Revolution ausbrechen. Doch würden die Bauern, meint der Aufruf, sich vielleicht nicht gleichzeitig erheben, sondern den Aufruhr an einzelnen Orten und zu verschiedenen Zeiten beginnen; dann würde sich weder das Heer mit ihnen vereinigen, noch würden sich die verschiedenen Gruppen der revolutionären Partei in diesem

Falle untereinander verständigen können, die Revolution würde in diesem Falle nicht einheitlich genug sein; dann würde die kaiserliche Partei die Bewegung allerdings unterdrücken können und die Revolution würde um ein paar Jahre verschoben werden.

Doch die Ereignisse fänden die Revolutionäre nicht unvorbereitet. Das revolutionäre Zentralkomitee habe in einer Plenarversammlung seiner Mitglieder am 7. April beschlossen, eine Zeitung herauszugeben, welche die Gesellschaft über die Grundsätze aufklären würde, für welche die Revolutionäre kämpfen; das Organ werde auch Berichte über die Sitzungen des genannten Komitees bringen, ebenso würden Fragen an die Provinzialkomitees gedruckt und die Ansichten der revolutionären Partei über jeden wichtigen Vorfall bekanntgegeben werden. Das Komitee, erklärt der Aufruf, müsse schon allein aus dem Grunde eine Zeitung herausgeben, weil niemand bisher der Gesellschaft die Bedeutung der Propaganda klargemacht habe.

Der Aufruf geht nun zur Kritik der Ansichten und der Taktik über, wie sie einerseits Herzen, anderseits der „Großrusse" verfochten. Dem ersteren wird das Verdienst zugesprochen, er habe als erster in Rußland die öffentliche Meinung geweckt, gleichzeitig wird jedoch der Vorwurf gegen ihn erhoben, sein liberales Programm sei allzu gemäßigt; auch wird an ihm getadelt, er habe jeden Glauben an die Revolution verloren und habe sich auch in der Person Alexanders II. getäuscht. Vom „Großrussen" heißt es, er sei veraltet; der Aufruf weist auch auf die Unterschiede hin, die zwischen ihm und diesem Blatt bestehen, drückt jedoch gleichzeitig der Redaktion des „Großrussen" seine Hochachtung darüber aus, daß es ihr gelungen sei, in Rußland selbst Protest gegen den bestehenden Zustand der Dinge zu erheben. Der „Großrusse", heißt es weiter, sei in der Gesellschaft freundlich aufgenommen worden, weil er dem Liberalismus stark entgegenkam, er sei gelesen worden, man hätte ihm zugestimmt und sich damit beruhigt. Komisch sei für die Revolutionäre die Überzeugung des „Großrussen", der Kaiser würde es nicht wagen, auf die Vertreter der Intelligenz aus den mittleren und höchsten Schichten zu schießen [1]).

1) In einer Nummer des „Großrussen" war die Rede davon gewesen, die

Von dieser Kritik der bestehenden Zustände und der in Rußland herrschenden Strömungen geht der Aufruf dazu über, seine Forderungen aufzustellen.

Er verlangt die Aufhebung der despotischen Regierungsform und die Einführung der Republik; Rußland müsse aus einer zentralistischen absoluten Monarchie eine föderative Republik werden.

Die Bewohner jeder Provinz, erklärt der Aufruf, werden kundgeben, ob sie sich der russischen föderativen Republik anzuschließen gedenken oder nicht; auch darüber, ob die Gouvernements zu der oder jener Provinz gehören sollen, entscheidet die Republik selbst. Polen und Litauen bilden ein vollkommen unabhängiges Reich, da die Bevölkerung dieser Länder bereits deutlich ihren Unwillen gegen eine Vereinigung mit dem russischen Staat gezeigt hat.

Jede Provinz setzt sich aus freien Gemeinden zusammen, deren Mitglieder die gleichen Rechte genießen.

Jeder Staatsbürger muß sich bei irgendeiner Gemeinde eintragen lassen; die Gemeinde muß ihm ein Stück Grund und Boden zur Verfügung stellen, auf das er jedoch verzichten, das er aber auch in Pacht geben kann. Jedermann steht auch frei, seinen Wohnsitz außerhalb der Gemeinde aufzuschlagen und ein Gewerbe nach freier Wahl auszuüben; doch ist er verpflichtet, die von der Gemeinde bestimmte Steuer zu entrichten.

Der den Staatsbürgern zur Verfügung gestellte Grund und Boden wird nicht auf Lebenszeit vergeben, sondern nur für eine bestimmte Anzahl von Jahren; nach Ablauf dieser Zeit unterliegt der Boden einer neuen Verteilung. Das übrige Vermögen der Staatsbürger bleibt zeit ihres Lebens ihr volles Eigentum; nach ihrem Tode fällt es an die Gemeinde zurück.

Alle Richter werden vom Volke selbst erwählt, die Gemeinden sitzen über ihre Mitglieder in allen Angelegenheiten, die sie angehen, selber zu Gericht.

Neben der Volksversammlung, die vom ganzen Volk erwählt wird und ihren Sitz in der Hauptstadt hat, bestehen Pro-

---

Regierung würde es nicht wagen, mit den aufgeklärten Schichten so umzuspringen, wie mit den Bauern und Polen.

vinzialversammlungen, die von der jeweiligen Provinzbevölkerung gewählt werden.

Die Besteuerung muß so eingerichtet werden, daß die Last auf die Reichen und nicht auf die Armen fällt. Zu diesem Zwecke bestimmt die Volksversammlung die allgemeine Höhe der Steuern und verteilt sie auf die Provinzen; diese wieder verteilen den jeweilig auf sie entfallenden Betrag unter die Gemeinden und erst diese unter ihre Mitglieder selbst.

Die Volksversammlung entscheidet über die Fragen der auswärtigen Politik, bestimmt die Gesetze, ernennt die Statthalter der einzelnen Provinzen, entscheidet ihre Streitigkeiten und sorgt für die Ausführung der bereits beschlossenen Gesetze. Die Provinzialversammlungen befassen sich nur mit den Angelegenheiten der betreffenden Provinzen.

Die Verfasser des Aufrufs bestimmen die Obliegenheiten der Volksversammlung und der Provinzialversammlungen ziemlich ungeschickt, da sie der ersteren die Beschlüsse, den letzteren aber die Ausführung der eigenen Angelegenheiten überlassen. Zu der Gruppe der eigenen Angelegenheiten gehören ja auch Spezialgesetze, die eigens für die einzelnen Provinzen bestimmt werden müssen. Wir wissen daher nicht, ob der Aufruf grundsätzlich föderativ sein wollte oder ob er nur eine weitgehende Selbstverwaltung wünschte, während die Gesetzesbestimmungen der Volksversammlung allein zufallen sollten.

Ich bin geneigt anzunehmen, daß sie Föderalisten im eigentlichen Sinne dieses Wortes waren und nur ihre Grundsätze nicht in die geeignete Form zu bringen vermochten.

Der Aufruf verlangt weiter die Errichtung sozialer Fabriken und ihre Verwaltung durch von der Gesellschaft gewählte Personen. Diese Leiter sollten zu festgelegten Fristen der Gesellschaft von ihrer Tätigkeit Bericht erstatten; ebenso wurde die Einführung von gesellschaftlichen Kaufläden verlangt, in denen die Waren zum Herstellungspreis verkauft werden sollten; die willkürliche Preisbestimmung durch Kaufleute, die nur auf einen möglichst großen eigenen Gewinn bedacht sind, sollte aufhören.

Die Kinder, so erklärt der Aufruf, müssen auf gesellschaftliche Kosten erzogen werden, d. h. die Allgemeinheit trägt die Kosten

für sie, bis sie ihre Ausbildung vollendet haben. Ebenso muß die Gesellschaft die Alten und Kranken erhalten, mit anderen Worten alle Menschen, die nicht imstande sind, für sich selbst zu sorgen. Der Aufruf verlangt auch die vollständige Befreiung der Frau, will sie mit allen politischen und bürgerlichen Rechten ausstatten, die der Mann besitzt, und fordert schließlich die Aufhebung der Ehe als einer im höchsten Grade unmoralischen und bei völliger Gleichheit der beiden Geschlechter unmöglichen Einrichtung.

Der Aufruf tritt auch für die Aufhebung der Klöster für beide Geschlechter ein, da sie nur Stätten der Faulheit und des Lasters seien; ihr Vermögen solle wie das aller Kirchen dem Staat zufallen. Die Löhne der Soldaten müßten erhöht und ihre Dienstzeit verkürzt, die Heere überhaupt nach Möglichkeit aufgelöst und durch Miliz ersetzt werden.

Die Verwirklichung eines föderativen Staatssystems, erklärt der Aufruf, wird in Rußland nicht leicht sein und wäre für die erste Zeit sogar nicht wünschenswert; die revolutionäre Partei, die nach dem Sieg die Staatsleitung übernehmen würde, müßte sogar eine Zeitlang die jetzt bestehende politische zentralistische Ordnung, jedoch nicht eine Verwaltungszentralisation beibehalten, um mit deren Hilfe so schnell wie möglich die gesellschaftliche Ordnung einzuführen. Die Partei des Umsturzes müsse sich natürlich der Macht versichern und vor nichts zurückschrecken. Auch an den Wahlen in die Volksversammlung müsse sich die neue Regierung beteiligen und darauf achten, daß nicht Anhänger des alten Regimes eindringen, sofern solche überhaupt am Leben bleiben. Welch schlechte Folgen es habe, wenn die revolutionäre Regierung nicht an den Wahlen teilnehme, zeige das Wahlergebnis von 1848 in Frankreich, das die Republik zuschanden machte und zur Wahl von Louis Napoleon führte.

Auf wen können wir rechnen? fragt der Aufruf zum Schluß. Auf das Volk, lautet die Antwort, namentlich auf die Altgläubigen, auf das Heer, in erster Reihe aber auf die Jugend. Diese müsse sich schon heute in Gruppen organisieren und Geheimgesellschaften bilden, mit denen sich das Komitee der Revolutionspartei in Verbindung setzen würde.

Der Aufruf spricht die Überzeugung aus, die Revolution werde sehr bald kommen. Dann würden auch die Feinde der bestehenden Ordnung gegen den Winterpalast vorrücken und seine Bewohner ausrotten.

Man würde vielleicht nur die kaiserliche Familie töten müssen; sollte aber die ganze kaiserliche Partei wie ein Mann aufstehen, um die bestehende Ordnung zu verteidigen, dann würde man auch den Kampf gegen sie mit aller Tatkraft und Entschiedenheit führen müssen und niemand schonen dürfen.

Das ist der Inhalt des berühmten Aufrufs, der viel Schrecken, Empörung und Aufregung zur Folge hatte.

Er hat ein deutlich sozialistisches Gepräge und betont kräftig die Tatsache, der Klassenkampf würde in der Gesellschaft nicht aufhören, solange das Monopol des Kapitals herrsche, das das Volk in Besitzende und Nichtbesitzende trennt; gesellschaftliche Fabriken und Verkaufsläden werden verlangt. Aber der Aufruf enthält auch viel Undeutliches und läßt vieles unklar; wir wissen z. B. nicht, wie die Produktion geleitet werden sollte, ob der Aufruf eine gesellschaftliche Leitung verlangt oder nicht. Nach dem angedeuteten Plan sollten die Verwalter der gesellschaftlichen Fabriken allerdings wohl der Gesellschaft Rechnung über ihre Tätigkeit legen müssen. Der Aufruf sagt auch nichts darüber, ob neben diesen Fabriken auch noch private bestehen könnten.

Das soziale System, das der Aufruf vorschlägt, wäre noch nicht eigentlich ein sozialistischer Staat, sondern käme einem solchen nur sehr nahe; die Vermögensunterschiede unter den Bürgern könnten noch sehr groß sein, was der Aufruf in dem Absatz über die Steuern selbst voraussetzt, da er verlangt, sie mögen auf die Reichen und nicht auf die Armen fallen. Neben der sozialen Wirtschaft, die in einer Verfassung, wie der Aufruf sie verlangt, allerdings eine sehr große Bedeutung haben müßte, sollte also sicherlich auch noch Privatwirtschaft bestehen.

Der Aufruf steht durchaus auf dem Standpunkt der Republik. Er verlangt die unmittelbare Durchführung seiner Forderungen und verwirft damit jede Übergangszeit.

Den Terrorismus scheint der Aufruf nur beim Ausbruch der

Revolution gelten lassen zu wollen. Ein großer Fehler ist, daß der Aufruf alle politischen Parteien bis auf die eigene und alle sozialen Gruppen bis auf das Volk und die Revolutionäre als eine unterschiedslose konservative Masse behandelt; ebenso falsch ist, daß der Despotismus der revolutionären Regierung zum Dogma erhoben wird.

Mit Ausnahme der ganz radikalen Jugend war die russische Gesellschaft über den Aufruf entsetzt, ja in manchen Kreisen herrschte eine wirkliche Panik; die Konservativen waren über den ganzen Inhalt empört, am meisten aber über jene Stellen, die sich mit der Dynastie, der Religion und der Familie beschäftigen. Den liberalen Elementen war nicht recht, daß sie mit den Reaktionären auf eine Stufe gestellt wurden; auch reizte sie der scharfe Ton; endlich waren auch Leute, die selber aufrichtige Revolutionäre waren und nicht nur die Aufhebung der politischen Ordnung Rußlands anstrebten, sondern auch für grundsätzliche Reformen in sozialer Beziehung eintraten, mit der taktlosen Art unzufrieden, mit der hier Forderungen erhoben wurden; namentlich befürchteten sie, der Aufruf würde nur dazu beitragen, die Reaktion in der Gesellschaft gegen die reformatorischen Bestrebungen zu festigen.

Wir wissen schon, daß sich Pantielejew nach Moskau begab, um dort Beziehungen anzuknüpfen und den Kreis um Sajtschniewski kennen zu lernen. Dieser saß damals ebenso wie sein Gefährte Argiropulo gefangen. Sie wurden in verschiedenen Gefängnissen gehalten, doch war der Zutritt zu ihnen leicht. Sajtschniewski zeigte Pantielejew den Aufruf „Das junge Rußland“ und versicherte ihm sehr eindringlich und aufgeregt, man müsse sofort die Revolution beginnen. Argiropulo war schwer krank und starb bald darauf. Pantielejew zog aus seinen Besuchen keinerlei Nutzen für „Land und Freiheit“, da er gar keine Winke über Personen erhielt, die seiner Organisation hätten dienen können. Sajtschniewski teilte ihm nur mit, jemand aus ihrer Gruppe reise demnächst in Organisationsangelegenheiten nach Petersburg.

Aus der Tatsache, daß weder Sajtschniewski noch Argiropulo ihm in Moskau oder in der Provinz Personen nannten, mit denen er hätte in Verbindung treten können, zog Pantielejew

den Schluß, ihr Kreis könne nur aus wenigen Menschen bestanden haben und sei damals in völliger Auflösung begriffen gewesen. Vielleicht wollten jedoch die beiden Führer nicht einem Abgesandten von „Land und Freiheit" die Werbearbeit unter ihren eigenen Mitgliedern erleichtern, ehe sie selbst nicht ihr Verhältnis zu dieser Organisation klar dargelegt hatten.

Sajtschniewski wurde erst gefangen gehalten und dann in die Zwangsarbeit geschickt; die Anklage machte gegen ihn geltend, er habe auf dem Gut seines Vaters agitiert und die Bauern zum Aufruhr gehetzt [1]. Argiropulo wurde wegen des Drucks verbotener Bücher verhaftet.

Sajtschniewski war eine originelle und in mancher Hinsicht sogar hervorragende Persönlichkeit: er besaß ein ungeheures revolutionäres Temperament, war unerschütterlich in seinen Überzeugungen und von großer Aufopferungsfähigkeit für die Sache der Revolution; er kannte die Geschichte der verschiedenen revolutionären Bewegungen und war ein guter Redner, die politischen Aufsätze, die er schrieb, waren dagegen mäßig. Er kehrte 1872 aus Sibirien zurück; einige Jahre später wurde er von neuem, diesmal administrativ verschickt, und kam zur Zeit der „Volksfreiheit" abermals aus der Verbannung heim. Gegen Ende der achtziger Jahre kam er zum drittenmal nach Sibirien und verblieb einige Jahre dort; er starb im Jahre 1895 in Smolensk, wo er eine Stelle in der Zemstwoverwaltung bekleidete.

Die Biographen Sajtschniewskis behaupten, mit der Richtung von Tkatschews „Alarmglocke" hätte er nichts Gemeinsames gehabt. Aus den wenig zahlreichen Bemerkungen, die in der ein-

1) In dieser Hinsicht sind die Meinungen geteilt. In der bereits zitierten Biographie Sajtschniewskis wird nicht gesagt, warum er eigentlich verhaftet wurde; doch heißt es dort, seine Angelegenheit wäre günstig ausgegangen, wenn er nicht eine sehr leidenschaftliche revolutionäre Rede vor Gericht gehalten hätte; Pantielejew versichert in seinen „Erinnerungen", er sei angeklagt worden, die Bauern auf dem Gute seines Vaters zum Aufruhr gehetzt zu haben; außerdem solle er während des Gottesdienstes eine Rede gehalten haben. In den Notizen, die Murawski im Jahre 1877 im Gefängnis in Petersburg niederschrieb, erwähnt er wieder, Sajtschniewski sei in die Zwangsarbeit geschickt worden, weil er in den Prozeß einer Geheimdruckerei verwickelt war. Gemeint ist wahrscheinlich die Druckerei, welche geheime verbotene Schriften herausgab. Siehe „Biloje" Nr. 4. 9. 63.

schlägigen Literatur zu finden sind, sowie aus Mitteilungen seiner Bekannten bin ich zum gegenteiligen Ergebnis gelangt. Von der Verwandtschaft ihrer Ideen wird der Leser noch selber Gelegenheit haben sich zu überzeugen. Ein Beweis mehr ist mir die Versicherung seines Biographen, Sajtschniewski habe die „Volksfreiheit“ geschätzt und habe vieles in ihrem Programm anerkannt, er warf der Partei nur vor, der von ihr geübte Terrorismus erschwere ihre eigene Arbeit. In diesem Punkt mochte er sich auch von Tkatschew unterscheiden.

Nach 1862 spielte Sajtschniewski keine hervorragende Rolle weiter, er beteiligte sich an keiner einzigen größeren Organisation mehr, besaß jedoch einen kleinen Kreis von Anhängern, die ihn ungeheuer bewunderten. In den schweren Zeiten des revolutionären Stillstands unter Alexander III. empfahl der alte Sajtschniewski fortwährend, „man möge sich organisieren“.

In seinen politischen Kombinationen legte er rein zufälligen Ereignissen eine große Bedeutung bei; in der Revolution selbst hielt er eine kleine Schar gut organisierter Anhänger der revolutionären Sache für das Ausschlaggebende; die Massen betrachtete er mehr als ein passives Element, das man im entscheidenden Augenblick in den revolutionären Kampf hineinziehen könne, sofern man nur in ihrem Interesse vorgehe. Er ist der Typus des Verschwörers von älterem Schlag. Als Mensch war er sehr gut, tätig und von einnehmendem Wesen.

Ein Mitglied aus dem Kreise um Sajtschniewski und Argiropulo besuchte in Petersburg Tschernischewski, der ihn sehr kalt empfing und sich auch weigerte, Exemplare des Aufrufs „Das junge Rußland“ anzunehmen und zu verbreiten.

Gegen das Programm im allgemeinen, wie es der Aufruf enthielt, konnte Tschernischewski von seinem Standpunkt aus nichts haben; war er doch selbst Sozialist, Atheist und predigte die freie Liebe; ebenso schreckte er als Revolutionär nicht vor gewaltsamen Mitteln zurück und trat entschieden für die Föderation und die Republik ein. Doch ging er stets mit großer Vorsicht vor, war mäßig, rechnete mit der Wirklichkeit und begriff sehr wohl, daß es nicht nur darauf ankommt, die gleichen Ziele zu haben, sondern daß auch die Übereinstimmung in taktischer

Hinsicht darüber entscheidet, ob verschiedene politische Gruppen miteinander in Verbindung treten und Hand in Hand gehen können oder nicht. Tschernischewskis Politik aber unterschied sich von der Sajtschniewskis; er wollte in erster Reihe für Rußland politische Freiheit erringen und achtete aus diesem Grunde die liberalen und demokratischen Elemente gering; auch glaubte er nicht, daß eine soziale und politische Revolution im Volke leicht Anhänger finden würde. Wahrscheinlich war er überdies und zwar mit vollem Recht durch die Haltung des Aufrufs gegen den „Großrussen" unangenehm berührt.

Als Pantielejew nach mehrmonatiger Abwesenheit nach Petersburg zurückkehrte, wo Tschernischewski inzwischen verhaftet worden war, hörte er von Utin, Tschernischewski habe späterhin selber den kühlen Empfang bedauert, den er dem Vertreter der Sajtschniewskigruppe bereitet hatte. Er äußerte Freunden gegenüber, es täte ihm leid, die Leute zurückgestoßen zu haben, sie seien zwar allzu eifrig, aber doch tatkräftig und revolutionär gesinnt und von einer wirklichen Hingabe für die Sache des Volkes. Um sein Vorgehen gutzumachen, beabsichtigte Tschernischewski, eine Antwort auf den Aufruf zu erlassen, die den Titel „An unsere besten Freunde" tragen sollte. Seine Verhaftung verhinderte die Ausführung.

Vielleicht gab Tschernischewski die erwähnte Erwiderung auch aus dem Grunde nicht heraus, weil er inzwischen ein anderes Mittel gefunden hatte, um sich mit dem Kreis um Sajtschniewski zu verständigen. Dieser Kreis hatte sich selbst den Namen „Revolutionäres Zentralkomitee" beigelegt und sich auch auf dem Aufruf „Das junge Rußland" so unterschrieben.

Nach Lemke [1]) berichtete Golz-Miller, ein Mitglied des eben genannten Komitees, an den bekannten Publizisten Jushakow, Tschernischewski habe ein hervorragendes Mitglied von „Land und Freiheit", namens A. Slepzow, mit dem Auftrage nach Moskau gesandt, das „Revolutionäre Zentralkomitee" dahin zu bringen, den überaus peinlichen Eindruck, den der Aufruf „Das junge Rußland" gemacht hatte, durch eine neuerliche Veröffentlichung

1) „Politische Prozesse" S. 109.

zu verwischen. Jushakow weiß sich nicht mehr zu besinnen, was Slepzow damals ausgerichtet hat; Lemke nimmt an, daß seine Reise von Erfolg gewesen sei, wofür der Inhalt eines ungedruckten Aufrufs [1]) spricht, dessen Manuskript anläßlich einer Hausdurchsuchung beim Studenten Ballod gefunden wurde.

Ballod selbst erklärte vor Gericht, er sei durch einen anonymen Brief zu einer Versammlung in einem öffentlichen Garten eingeladen worden, wo er Mitglieder des „Revolutionären Zentralkomitees" antraf, er habe von ihnen den Aufruf „Das junge Rußland" erhalten, sei aber mit den darin aufgestellten Forderungen nicht einverstanden gewesen. Er sei später noch einigemal mit Mitgliedern des Komitees zusammengekommen und habe auf ihre Bitten den genannten Aufruf in seiner Geheimdruckerei gesetzt.

Die Einzelheiten über Tschernischewski sind sehr charakteristisch; sie beweisen noch einmal, daß er an der revolutionären Bewegung unmittelbaren Anteil hatte und sogar eine führende Rolle spielte. Denn wenn er anfangs beabsichtigte, auf den Aufruf des ihm fremden Zentralkomitees, mit dem er nicht in allen Punkten übereinstimmte, zu antworten, und wenn er später seinen Plan dahin änderte, daß er es vorzog, das Komitee durch eine ihm nahestehende Persönlichkeit beeinflussen zu lassen, so heißt das offenbar, daß er sich die Einzelheiten des revolutionären Kampfes angelegen sein ließ und daß er also um so eher bereit sein mußte, in einer Organisation mitzuarbeiten, die seine eigenen Ansichten vertrat [2]).

Gleich nach der Verbreitung des Aufrufs „Das junge Rußland" brach in Petersburg eine Reihe von furchtbaren Bränden aus, von deren Verlauf und Folgen noch die Rede sein soll. Die öffentliche Meinung schrieb sie den Revolutionären zu, die infolge des Aufrufs „Das junge Rußland" für furchtbare Leute galten, denen man alles zutrauen konnte. In dem Aufruf, den Ballod hatte drucken sollen, verwahrt sich das „Revolutionäre Zentralkomitee" unter anderem auch gegen diese Behauptung

1) Wörtlich angeführt in Lemkes Werk S. 110—112.
2) Lemke, Politische Prozesse, S. 104—109.

und erklärte, die Brände seien nicht das Werk der Revolutionäre, die sich nie solcher Mittel bedienen würden. Der Aufruf „Das junge Rußland“, hieß es in diesem zweiten Schriftstück, sei von einigen heißblütigen Leuten verfaßt worden, die in der Schroffheit ihrer Sprache zu weit gegangen seien, doch dürfe man den Verfassern keineswegs die Absicht unterschieben, die Habe unschuldiger und armer Leute zu vernichten. Es sei ihnen nur darum zu tun gewesen, die Gesellschaft auf die Revolution vorzubereiten, die sicherlich ausbrechen würde, und sie dahin zu bringen, im entscheidenden Augenblick zum Volke zu stehen. Das Wohl des Volkes könne eben gar nicht zu teuer erkauft werden; das einzige Mittel, um dieses Heil zu erreichen, sei aber die Revolution. Der neue Aufruf hält nun der Gesellschaft die Leichtfertigkeit vor, mit der sie urteilt, und zeigt, wie sie damit die Taktik der Regierung unterstütze, was in Zukunft vermieden werden müsse. Es heißt dann weiter, die revolutionären Parteien seien nicht imstande, den Umsturz aus eigener Kraft herbeizuführen, das könnten nur die Völker selbst, wofür die zahlreichen Versuche der Republikaner von Paris der beste Beweis seien. Würde sich der Einfluß der gegenwärtigen Reaktion nur auf die Verfolgung der Freidenker beschränken, fährt der Aufruf fort, so würde das für die Menge jener Nichtstuer, die sich Gesellschaft nennen, keinerlei Folgen haben; aber die Reaktion würde sich dann auch in jenen Angelegenheiten noch geltend machen, die die Bauern betreffen; übrigens sei die Reaktion für die Regierung auch ein Anlaß, die Forderungen des Volkes zu mißachten. Der Aufruf schließt mit der Versicherung: diejenigen, deren Gedanken und Forderungen er ausdrücke, würden erst dann hervortreten, wenn sie sich in die Reihen des Volkes würden stellen können, das laut seine Menschenrechte fordern werde.

Dieser Aufruf trug nicht die Unterschrift des „Revolutionären Zentralkomitees“. Lemke nimmt an, man habe sie weggelassen, um den Aufruf als eine Kundgebung anderer gelten zu lassen, die hinter dem Komitee ständen.

Soll man jedoch Ballods Angaben Glauben schenken? War der Aufruf, der bei ihm gefunden wurde, wirklich von diesem

Komitee verfaßt, um sich selbst zu verteidigen und seine veränderten Anschauungen kundzugeben? An der Tatsache selbst wäre nichts Sonderbares, für sie würde auch die Handlungsweise Tschernischewskis sprechen, von der wir bereits wissen. Dagegen widerspricht der Inhalt des Aufrufs selbst dieser Vermutung. Für das „Revolutionäre Zentralkomitee" mußte es ebenso wichtig sein, die Vorwürfe zurückzuweisen, die ihm in der öffentlichen Meinung schaden konnten, als sich in den Augen einer wichtigen Organisation zu rechtfertigen. Nun tut der Aufruf allerdings das erstere, stellt aber gleichzeitig das Komitee als eine Gruppe einiger heißblütiger übereifriger Menschen dar. Man kann nicht gut annehmen, daß sich das Zentralkomitee in dieser Weise über sich selbst äußerte.

In dem Aufruf finden wir auch die Behauptung, staatliche und soziale Umwälzungen seien nie die Tat von revolutionären Verschwörern, sondern müßten von den Völkern selbst vollbracht werden, eine Ansicht, die nie von Sajtschniewski und seinem Kreis, der einem ausgesprochenen Jakobinertum huldigte, vertreten worden war. Es ist also ziemlich sicher, daß dieser Aufruf nicht von dem „Revolutionären Zentralkomitee" erlassen wurde.

Wer aber war der Verfasser? Die Antwort auf diese Frage ist schwierig. Vielleicht hatte Ballod das Schriftstück selbst geschrieben, er hatte vielleicht auch jene phantastische Erzählung von seiner Begegnung mit Mitgliedern des Zentralkomitees nur ersonnen, um seine eigene Verantwortung zu verringern; vielleicht war auch jemand anders, den Ballod nicht verraten wollte, der Verfasser gewesen, vielleicht sogar Tschernischewski selbst, der ja nach Utins Bericht, den Pantielejew wiedergibt, etwas Ähnliches, wenn auch unter anderem Titel, plante. Für diese letztere Annahme spricht der Schluß des Aufrufs, worin es heißt, „wir", also die revolutionäre Partei oder die Verfasser des Aufrufs, „werden hervortreten, wenn die Bewegung beginnt". Ein ganz ähnlicher Satz findet sich in einer der Nummern des „Großrussen".

Außer diesem Schlußabsatz enthält der Aufruf jedoch nichts, was auf Tschernischewski als Verfasser schließen ließe.

Der Kreis um Sajtschniewski, aus dessen Mitte sich das mehrfach genannte „Revolutionäre Zentralkomitee" herausgebildet

hatte, zerfiel wahrscheinlich nach der Verhaftung der hervorragendsten Mitglieder, d. h. nach der Gefangennahme von Sajtschniewski, Argiropulo und Golz-Miller; doch trat die Gruppe, wie sich aus den Aussagen von Andruschtschenko und anderen entnehmen läßt, bald wieder in etwas veränderter Form zusammen. Sie knüpfte jetzt auch Beziehungen mit „Land und Freiheit" an, doch muß das bereits gegen Ende des Jahres 1862 der Fall gewesen sein [1]).

Herzen drückte in der „Glocke" seine Verwunderung darüber aus, daß sich die Regierung und ein bedeutender Teil der Gesellschaft von dem Aufruf „Das junge Rußland" habe ins Bockshorn jagen lassen; er erklärte, die Anhänger der bestehenden Ordnung brauchten nicht zu befürchten, daß sich das Volk den Verfassern des Aufrufs anschließen würde; den Verfassern selbst warf er vor, der Inhalt ihrer Kundgebung sei nicht russisch, sondern nur das Echo westeuropäischer Theorien; eine Eigenschaft des russischen Denkens sei es dagegen, daß die Verfasser jene Theorien bis zu ihren letzten Folgerungen weiterführen, daß sie kühn die neue Bahn zu Ende schreiten, ohne sich von der Überlieferung zurückhalten zu lassen. Weiter erklärt er, es nicht übel zu nehmen, daß ihn die Verfasser einen Mann mit veralteten Grundsätzen nennen. In den Gedanken und in der Taktik der jungen Verfasser sei etwas von Schiller und etwas von Babeuf: die Jugend habe ihre Rechte, man dürfe sie nicht allzu streng beurteilen. Der Aufsatz schließt mit einigen pessimistischen, sehr schön ausgedrückten Gedanken über den Abgrund, der in Rußland das Volk von der Intelligenz trenne.

Gegen die Verfasser des Aufrufs „Das junge Rußland" wandte sich auch Bakunin in einer Broschüre unter dem Titel „Die Sache des Volkes" (Narodnoje Dielo); er wirft ihnen vor, daß sie von der Höhe ihrer Theorie herab das Volk verachten und taktlos in einer Sache vorgegangen seien, für die sie übrigens bereit seien, ihre eigenen Köpfe zu wagen.

Der Emigrant Blummer, der damals das „Freie Wort" im

1) „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in den sechziger Jahren in Rußland" S. 112ff.

Auslande herausgab, nahm an, der Aufruf „Das junge Rußland“ sei ein Werk der Polizei.

Heute, nach Jahren gewaltigen Kampfes, begreifen wir nur schwer die Verwirrung und Aufregung, die jener Aufruf hervorrief. Man muß jedoch bedenken, daß der Gedanke an einen blutigen Umsturz, der noch dazu von einem gewaltsamen Terrorismus begleitet sein sollte, in dem damaligen Rußland selbst der jungen Generation, die doch in beträchtlichem Maße radikalen politischen und sozialen Theorien zuneigte, geschweige denn den gemäßigt liberalen und konservativen Kreisen völlig fremd war.

VIII.

Gleichzeitig mit der beginnenden revolutionären Bewegung entwickelte sich auch unter einem beträchtlichen Teil des Adels eine liberale Strömung, die namentlich im Gouvernement Twer zutage trat.

Die Reform der bäuerlichen Verhältnisse brachte eine neue Einrichtung mit sich; zur Ordnung und Schlichtung der neuentstandenen Verhältnisse auf dem Lande wurden nämlich Kommissare (mirowije posdredniki) ernannt, meist junge und fortschrittlich gesinnte Leute. Sie bereisten in Dienstangelegenheiten die ihnen zugewiesenen Kreise, doch machte sich mitunter auch eine gemeinsame Beratung aller Kommissare eines Gouvernements notwendig; in solchen Fällen wurden mit Wissen des betreffenden Gouverneurs vertrauliche Gouvernementsversammlungen abgehalten, die keinen offiziellen Charakter trugen. War der Gouverneur selbst liberal, so gestattete er auch dem Publikum, an diesen Versammlungen teilzunehmen; dieser Fall trat in Twer, in Kostroma und einigen anderen Teilen des Reiches ein. Auf derartigen Zusammenkünften wurden dann sehr interessante und wichtige Angelegenheiten besprochen.

Am 12. Dezember 1861 fand eine solche Gouvernementsversammlung der Kommissare in Twer statt; nach einer zweitägigen lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution mit 41 Stimmen gegen 8 angenommen: Das Manifest vom 19. Februar 1861 entspreche weder in wirtschaftlicher noch in politischer Beziehung den Bedürfnissen des Volkes, das tatsächlich nicht frei geworden

sei; notwendig sei ein wirklicher Loskauf; um den zu ermöglichen, müsse man aber die Kreditbedingungen verbessern, was wieder nicht möglich sei, solange nicht zwischen Gesellschaft und Regierung gegenseitiges Vertrauen herrsche. Sollte die regierende Macht auf den Vorschlag der Gesellschaft, ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens anzubahnen, nicht eingehen, so würde Rußland Unglück über Unglück treffen. Die Politik der Regierung, die sich bemühe, die Interessen zweier verschiedener, einander feindlicher Lager zu befriedigen, sei eben schon infolge dieser Bemühung schädlich.

Für den 1. Februar 1862 wurde eine außerordentliche Versammlung des Adels von Twer einberufen, auf welcher über die Gründung einer Landschaftsbank (Zemski Bank) beraten werden sollte. Der Minister des Innern, Walujew, der erfahren hatte, daß auch politische Diskussionen stattfinden sollten, wollte diesen Plan vereiteln und schickte seinen Beamten, den Fürsten Lobanow-Rostowski, zu diesem Zwecke nach Twer. Die Mission des Grafen blieb jedoch erfolglos, da der Adel von Twer tatsächlich in eine Besprechung der politischen Angelegenheiten eintrat. Nach viertägiger Beratung wurde folgender Beschluß angenommen: Der Adel brauche eigentlich selbst Kredit; sollte jedoch der Loskauf der bäuerlichen Verpflichtungen zwangsweise erfolgen, so würde er sich ohne Anleihen behelfen können; doch sei es durchaus notwendig, den Bauern Land als Eigentum zu überweisen und sie durch Loskauf von ihren Verpflichtungen zu entbinden; beides aber sei Aufgabe des Staates. Um nun den Kredit zu diesem Zwecke zu erleichtern und zu festigen, seien folgende Reformen nötig: 1) eine Umwandlung des Finanzsystems, das vom Volke und nicht von der Selbstherrschaft abhängen müsse; 2) die Schaffung eines unabhängigen und öffentlichen Gerichtsverfahrens; 3) Einführung einer für das ganze Reich gültigen öffentlichen Verwaltung; 4) Aufhebung der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Ständen. Der Adel sei von dem Wunsche beseelt, diese Unterschiede zu beseitigen, und wolle etwaigen Vorwürfen, daß gerade er ein Hindernis auf dem Wege zum allgemeinen Wohl bilde, entgegentreten; er erkläre sich daher im Angesicht von ganz Rußland bereit, auf seine sämtlichen Standes-

vorrechte zu verzichten, und betrachte es auch nicht als Eingriff in seine Rechte, wenn den Bauern zwangsweise jener Grund und Boden zuerkannt werden würde, den sie schon heute für sich in Benutzung haben, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Gutsherren von der Regierung eine Entschädigung erhielten.

Die Durchführung dieser Maßregeln, so erklärt der Beschluß weiter, sei aber nicht ausschließlich durch Regierungsorgane möglich; selbst wenn sich die Regierung völlig bereit erkläre, die betreffenden Reformen durchzuführen, sei sie doch allein hierzu nicht imstande. Die freiheitlichen Einrichtungen, die eine notwendige Folge dieser Reformen seien, müßten auch vom Volke selbst ausgehen, sofern sie nicht ein toter Buchstabe bleiben sollten. Deswegen wende der Adel sich auch nicht an die Regierung, um ihre Verwirklichung zu erbitten, er zeige vielmehr selbst den Weg, wie sie verwirklicht werden könnten, nämlich durch Einberufung einer Versammlung, die von dem gesamten Volke ohne Standesunterschiede zu wählen sei.

Die Adelsversammlung von Twer verfaßte auch noch eine Adresse an den Kaiser Alexander II., die von dem gleichen Geiste getragen war wie der oben mitgeteilte Beschluß.

Die Forderungen, die der Beschluß enthält, spiegeln die Ansichten der freiheitlichen Gruppe des damaligen Adels wider. Sie nähern sich stark den Gedanken, die Tschernischewski in seinem „Brief ohne Adresse" aussprach, der erst 11 Jahre später gedruckt wurde; die gleichen Gedanken hatte er auch im „Großrussen" schon in den Vordergrund geschoben.

Diese Kundgebung der Adelsversammlung von Twer ist kühner und deutlicher als alle vorhergehenden ähnlichen Beschlüsse; sie bildet einen Höhepunkt der verschiedenen Wünsche, die der Adel damals laut werden ließ.

Einen Tag nach Schluß der Versammlung, am 13. Februar 1863, versammelten sich 13 Kommissare (mirowije posredniki) unter dem Vorsitz von Aleksej Bakunin, um gemeinsam ein Protokoll aufzusetzen, das noch einmal kurz die wichtigsten Forderungen des Adels wiederholte.

Die Regierung konnte den Beschluß der Adelsversammlung

nicht gut angreifen, da er die Befugnisse des Adels in keiner Weise überschritt; mit um so größerer Hartnäckigkeit begann sie dagegen jene Leute zu verfolgen, die an der Versammlung vom 13. Februar teilgenommen hatten. Sie wurden durch General Annienkow, der zu diesem Zwecke nach Twer geschickt wurde, verhaftet, nach Petersburg gebracht, in der Peter-Pauls-Festung gefangen gehalten und schließlich dem Senat zur Urteilssprechung übergeben. Nach fünf Monaten Gefängnis wurden sie in eine Besserungsanstalt gesteckt und zwar für 2 Jahre bis 2 Jahre und 4 Monate. Fürst Suwarow machte seinen Einfluß beim Kaiser zu ihren Gunsten geltend, worauf ihnen die Strafe erlassen wurde; doch wurden manchen bestimmte Rechte auf Lebenszeit abgesprochen.

In den übrigen Gouvernements trat der Adel nicht mit so scharf ausgesprochenen konstitutionellen Forderungen hervor; aber unstreitig machten die liberalen Bestrebungen auch in seinen Reihen große Fortschritte [1]).

IX.

Michajlow und Obrutschew wurden, wie wir bereits wissen, verhaftet. Infolge der belastenden Aussagen Wasiewolod Kostomarows gab der erstere schließlich zu, den Aufruf aus dem Auslande mitgebracht zu haben, was er anfangs geleugnet hatte. Ich gebe hier nicht die Einzelheiten dieses Prozesses wieder, den Lemke genau beschreibt; ich erwähne nur, daß Michajlow niemand mit seinen Aussagen verriet und daß er sich bereden ließ, ein Gnadengesuch an Alexander II. zu verfassen, was er jedoch später bereute.

Der Senat verurteilte ihn zu 12½ Jahren Zwangsarbeit und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien. Alexander II. setzte die Zwangsarbeit auf 6 Jahre herab, doch blieb der zweite Teil des Urteils in Kraft.

Am 14. Dezember 1861 wurde Michajlow am frühen Morgen

---

1) Über diese Bewegung vgl. „Die soziale Bewegung unter Alexander II." von einem unbekannten Autor S. 85—94 (in russischer Sprache) und Jordanski, Die konstitutionelle Bewegung in den sechziger Jahren, S. 132—145 (in russischer Sprache).

das Kopfhaar geschoren; darauf wurde er in Fesseln gelegt und auf den Platz vor dem Lebensmittelmarkt (Sitinij Rinok) geführt, wo das Urteil laut verlesen wurde. Am nächsten Morgen begann unter Begleitung zweier Gendarmen die Reise nach Sibirien. Unterwegs behandelten ihn die Behörden nicht nur freundlich, sondern sogar freundschaftlich; das Publikum begrüßte ihn überall herzlich und brachte ihm Ovationen dar. Er war der erste aus politischen Gründen Verbannte seit der Thronbesteigung Alexanders II. In Tobolsk gewährten ihm die dortigen Beamten eine Reihe von Erleichterungen, was jedoch ein Gendarm anzeigte. Alexander II. war aufs tiefste gereizt; ein Prozeß wurde eingeleitet, einige Beamte in Tobolsk mußten ihren Abschied nehmen; mehrere wurden bestraft, selbst der Gouverneur verlor seinen Posten.

Michajlow, der nach dem Bergwerk Nertschinsk verschickt worden war, blieb im Bergwerk Kosakow, das sein Bruder verwaltete, und war tatsächlich von der Arbeit befreit; als die Behörden in Petersburg den Sachverhalt erfuhren, wurde der Vorsitzende des Kreises Nertschinsk, Oberst Deichmann, sofort zur Verantwortung gezogen; er verlor seinen Offiziersrang und wurde zum gemeinen Soldaten degradiert.

Bald darauf kam das Ehepaar Schelgunow nach dem Bergwerk; sie wollten Michajlow bei seiner Flucht behilflich sein und dann mit ihm zusammen ins Ausland reisen. Der Plan mißlang jedoch; Schelgunow wurde in einer anderen Angelegenheit verhaftet und Michajlow in ein anderes Bergwerk gebracht.

Als Michajlow vom Schicksal des Obersten Deichmann hörte, nahm er aus Verzweiflung am 3. September 1865 Zyankali.

Ein anderes Geschick traf Obrutschew, der am 5. Oktober 1861 verhaftet wurde, weil er Exemplare des „Großrussen" verbreitet hatte. Die Untersuchung vermochte die Verfasser der Zeitschrift nicht ausfindig zu machen; auch verweigerte Obrutschew die Aussage darüber, wer sie ihm gegeben habe. Auch er reichte ein Gnadengesuch an Alexander II. ein, in dem er sich schuldig erklärte. Der Senat verurteilte ihn zu 5 Jahren Zwangsarbeit und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien [1]).

---

1) Lemke, Der Prozeß der Großrussen (in russischer Sprache).

Alexander verringerte auch hier die Zwangsarbeit und zwar auf 4 Jahre, doch blieb es bei der Verbannung. Am 31. Mai wurde das Urteil öffentlich auf dem Mautplatz (Mitnij Plaz) verlesen. Es war die Zeit nach den großen Bränden in Petersburg. Pantielejew weiß zu berichten, daß die auf dem Platze versammelte Menge den lebhaften Wunsch äußerte, man möge Obrutschew den Kopf abschneiden oder ihn mit dem Kopf nach unten aufknüpfen oder ihn wenigstens mit Knuten peitschen, weil er gewagt hätte, etwas gegen den Zaren zu unternehmen.

Als man ihm die Sträflingskleider anlegte und die Mütze aufsetzte, fiel ihm diese bis über die Augen; bei diesem Anblick brach die Menge in ein widerliches wildes Lachen aus [1]).

Nach Verbüßung seiner Strafe trat Obrutschew wieder in den Dienst der Regierung und ist heute, wie ich bereits erwähnte, Generalmajor im Marineministerium.

X.

Eine wichtige Rolle spielte innerhalb der russischen revolutionären Bewegung zu Beginn des siebenten Jahrzehnts die polnische Frage, mit der wir uns aus diesem Grunde hier etwas näher beschäftigen müssen. Ich habe nicht die Absicht, hier auf die polnische Volksbewegung, die ihren Abschluß in dem Aufstand von 1863 fand, des näheren einzugehen; für uns sind hier nur die polnisch-russischen Beziehungen, namentlich aber die Haltung der russischen Revolutionäre zu den polnischen von Wichtigkeit.

Die, ich möchte sagen offiziellen Beziehungen zwischen der russischen und polnischen Gesellschaft waren nach der Verhaftung der Dekabristen lange Zeit völlig abgebrochen; doch galt dies nicht auch für die privaten. In der Zeit des polnischen Aufstandes von 1830 konnten die polnischen Parteien mit niemand verhandeln, da, wie wir wissen, nach dem unglücklichen Versuch der Dekabristen über Rußland eine langjährige Reaktion hereinbrach, während welcher nicht nur öffentliche, sondern auch geheime politische Parteien unmöglich bestehen konnten.

---

1) Pantielejew, Aus den Erinnerungen an die Vergangenheit, S. 235 und 236.

Einzelne Polen kannten auch die russische Gesellschaft, wie z. B. der Dichter Mickiewicz, der Rußland bereiste; manchmal unterhielten in den Hauptstädten auch ganze Kreise, die sich aus Polen zusammensetzten, ständige Beziehungen zu bestimmten Gruppen in ihr. Derartige Beziehungen trugen jedoch einen rein persönlichen Charakter.

In der Zeit von 1831 bis 1848 konnten die polnischen Verschwörer auf keinerlei Beistand in Rußland rechnen. Die damaligen russischen Radikalen waren sichtlich mit der Behandlung, welche die Regierung den Polen widerfahren ließ, unzufrieden, aber von irgendeiner Aktion zugunsten der Polen konnte bei ihnen nicht die Rede sein.

Als sich Alexander gezwungen sah, in vielen Stücken von der Politik seines Vaters abzuweichen, begann auch in Rußland eine soziale, geistige und politische Bewegung; in den früher polnischen Gegenden nahm sie einen volkstümlich patriotischen Charakter auf sozialer und politischer Grundlage an.

Ich kann hier nicht im einzelnen die Entwicklung der polnischen Bewegung beschreiben; ich hebe nur die unterschiedlichen Merkmale im Vergleich zu der russischen hervor.

Die russische Bewegung entwickelte sich, wie wir bereits wissen, unter dem Einfluß der allerradikalsten philosophischen, sozialen und politischen Ideen, die damals Westeuropa beherrschten, wenn diese Gedanken auch immerhin eine starke eigentümlich russische Färbung erhielten. Die russische Bewegung wollte ein neues Rußland schaffen, und der Umstand, daß so gut wie gar keine historischen Überlieferungen vorhanden waren, ließ sie um so eher hoffen, rasch zu ihrem Ziel zu gelangen. Die Bewegung bildete die Kehrseite zu den Zuständen unter Nikolaus I., der sich auf die Selbstherrschaft, die orthodoxe Kirche und den russischen Nationalismus stützte. Der Revolution fehlten denn auch alle nationalistischen Bestrebungen; die Berechtigung anderer von Rußland unterworfener Völker, ein freies und unabhängiges Dasein für sich zu verlangen, wurde anerkannt; im Prinzip war man auch mit einer Verengung der Reichsgrenzen einverstanden in der Überzeugung, der großrussische Stamm sei zahlreich und mächtig genug und brauche sich nicht

gewaltsam fremdes Land anzueignen und fremde Völker zu unterjochen.

Der bildende Einfluß des Positivismus, Materialismus und Atheismus hatte den größtmöglichen Realismus in Wissenschaft, Kunst, Literatur, ja im Leben selbst zur Folge und wurde so zu einem ausschlaggebenden Merkmale dieser Bewegung. Für die nächste Zukunft bestand ihr Ziel darin, den Bauern allen Grund und Boden als Eigentum zu verschaffen, den sie bisher für sich bebaut hatten; in weiterer Ferne dachte man an eine Vergesellschaftung des Grund und Bodens überhaupt; noch später wollte man den Sozialismus Fouriers, Blancs und Blanquis in verschiedenen Spielarten verwirklichen.

Die polnische Bewegung dagegen strebte in erster Reihe die Befreiung des Volkes aus der Fremdherrschaft an; sie war religiös gefärbt, in den führenden Kreisen war man auch stark demokratisch. Die Polen wollten ein eigenes selbständiges Reich errichten, die Stände aufheben, die Bauern mit eigenem Land ausstatten und zwar durch Loskauf auf Kosten des Landes. Unter einem unabhängigen Reich verstanden sie nicht das Königreich Polen allein, sondern ganz Polen, Litauen und Rotrußland: die verschiedenen Gebiete sollten eine Föderation bilden.

Die ungeheure Mehrheit der damaligen polnischen Revolutionäre war unter dem Einfluß der polnischen romantischen Literatur aufgewachsen; teilweise waren sie auch durch die Werke von Philosophen, wie Libelt, Trentowski und Cieszkowski beeinflußt, die Hegels System auf ihre Weise verarbeitet hatten und bemüht waren, es mit der Religion und den Anforderungen des Gefühls im allgemeinen zu vereinigen. In rein politischer Beziehung bildeten sie sich an den publizistischen Werken der Emigranten aus der Zeit von 1832 bis 1848. Diese Literatur war zum großen Teil revolutionär und demokratisch, selbst eine utopisch-sozialistische Richtung mit mystisch-messianischer Färbung war vorhanden; doch blieb sie im Lande selbst ohne Einfluß. Die neuesten westeuropäischen politischen und wissenschaftlichen Strömungen hatten in Russisch-Polen damals weder viel noch wenig Anhänger, sondern waren im allgemeinen überhaupt unbekannt.

Die radikale Gruppe der russischen Gesellschaft war geistig von der entsprechenden polnischen völlig verschieden. Natürlich gab es auf beiden Seiten auch Ausnahmen, die von dem allgemeinen Typus abwichen. In sozialer Beziehung gingen die Russen in ihren Idealen weiter als die Polen.

Ein beträchtlicher Teil der polnischen Gesellschaft, der Adel [1]), kannte seit langer Zeit schon ein reges politisches Leben; in den letzten Jahren der Republik Polen hatte auch das Bürgertum, die städtische Bevölkerung überhaupt, begonnen, stärkeren Anteil an den politischen Ereignissen zu nehmen. Aus diesem Grunde entwickelte sich denn auch die national-revolutionäre Bewegung in Polen unter viel günstigeren Bedingungen als die radikale revolutionäre Bewegung in Rußland, die damals erst im Entstehen begriffen war; dementsprechend nahm auch die polnische einen weit größeren Umfang an. In Rußland fehlte die Überlieferung ausgebreiteter politischer Tätigkeit; nur ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft hatte in der vorhergehenden Epoche starke freiheitliche und soziale Forderungen geltend gemacht.

Die italienische Bewegung hatte sowohl in Polen als in Rußland, namentlich aber in Polen helle Begeisterung geweckt. Die Hoffnungen der Polen belebten sich von neuem. Hatte sich Italien, das in so viele kleine Staaten zerstückelt gewesen war und das zum großen Teil in österreichischer Sklaverei geschmachtet hatte, fast völlig vereinigt (ohne Rom und Venedig), warum sollte nicht auch ein neues Polen erstehen? Sie vergaßen, daß der größere Teil Italiens aus immerhin selbständigen italienischen Staaten bestanden hatte, daß einer dieser Staaten, nämlich Piemont, an die Spitze der Volksbewegung getreten war, um im Interesse des Volkes, vielleicht noch mehr im Interesse der Dynastie Savoyen Italien zu vereinigen. Sie dachten auch nicht daran, daß der Krieg Frankreichs mit Österreich, der einen so wohltuenden und weitgehenden Einfluß auf die Vereinigung Italiens gehabt hatte, für Frankreich, auf das die Polen mit Unrecht hofften, überdies leichter gewesen war, als ein etwaiger Feldzug gegen Rußland; sie bedachten endlich nicht, daß Polen drei Mächte

1) Ich sage, ein beträchtlicher Teil, da der polnische Adel etwas weniger als 10 Prozent der Bevölkerung ausmachte.

gegen sich hatte, während die Italiener es eigentlich nur mit einem Feind zu tun gehabt hatten.

Die ganze damalige Psychologie der Polen, auf der sich die Geschichte der letzten Jahrzehnte aufbaute, namentlich die Psychologie in den intelligenten Kreisen, machte sie zu großen Gefühlsausbrüchen geneigt: Opferfähigkeit, Heldentum und Märtyrertum war unter ihnen leicht möglich, aber was am meisten fehlte, war nüchternes politisches Denken.

Eine gewisse Anzahl polnischer Revolutionäre, die in Rußland aufgewachsen waren, rechnete auf die russische revolutionäre Bewegung. Aber diese war, wie wir wissen, damals erst im Entstehen und entwickelte sich langsamer als die polnische.

Die polnische Bewegung begegnete in der russischen Gesellschaft lebhafter Teilnahme; die Publizisten aus den verschiedenen Lagern hielten es für ihre Pflicht, sich deutlich über sie zu äußern; wir haben bereits gesehen, auf welchem Standpunkt der „Großrusse" und der Aufruf „Das junge Rußland" standen; wir haben auch gesehen, welchen Standpunkt Tschernischewski selbst einnahm.

Sogar gemäßigte Leute wie die Slawophilen Aksakow und Samarin sprachen sich freundlich über die Polen aus. Aksakow vertrat die Ansicht, man müsse ihnen im Bereich des Königreichs Polen völlige Freiheit einräumen und das russische Heer zurückziehen. Als jedoch auf der Zusammenkunft in Horodla vom 10. Oktober 1861 die Bestrebungen der polnischen Revolution, nicht nur das Königreich Polen, sondern auch Litauen und Rotrußland von Rußland loszureißen und Polens Grenzen nach dem Umfange von 1772 zu ziehen, deutlich hervortraten, schrieb Aksakow einen scharfen Aufsatz, in dem er die Polen warnte: ihre Ansprüche auf die litauisch-ruthenischen Provinzen würden ihnen die Sympathien der russischen Gesellschaft in ihrem Kampf gegen die russische Regierung verscherzen. Die gleichen Ansichten vertrat Samarin [1]).

Kostomarow und seine Kollegen in der Zeitschrift „Die Grundlage" (Osnowa) verfochten die Ansicht, die ruthenisch-

1) „Die soziale Bewegung unter Alexander II." S. 106.

litauischen Provinzen hätten selbst zu bestimmen, welchem Staate sie angehören wollten, dem polnischen oder dem russischen.

Mit der polnischen Angelegenheit beschäftigte sich auch Herzen lange und angelegentlich in der „Glocke". Schon im März 1861 gab er in einem Aufsatze unter dem Titel „Vivat Polonia" [1]) seiner Freude darüber Ausdruck, daß nach einer in der „Times" veröffentlichten Nachricht ein Offizier dem Befehl seines Vorgesetzten entgegen nicht auf die wehrlosen Polen hatte schießen wollen. Der Offizier war aus den Reihen getreten, die Soldaten hatten in die Luft gezielt. Herzen sieht in dieser Tatsache einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den Zeiten von 1831 und 1849. Er lobt das Vorgehen des Offiziers und erklärt, er habe Rußlands Ehre gerettet. Herzen erinnert weiter daran, daß er die Eroberung Polens als einen Fehler der russischen Regierung selbst von ihrem Standpunkt aus schon früher getadelt habe, und bespricht die Nutzlosigkeit derartiger Eroberungen, die seiner Ansicht nach nicht von Dauer sein können. Einen herrlichen Beginn der Wiedergeburt Polens sieht er in dem Beschluß der Landwirtschaftlichen Gesellschaft, wo polnische Gutsherren verlangten, man möge den Bauern alles Land zu eigen geben, das sie schon jetzt für sich bearbeiteten. Endlich greift er die russische Regierung an, der er vorwirft, sie sei verdeutscht; der einzige Russe in ihr sei Alexander II. Diese Regierung könne nicht begreifen, daß ein freier polnischer Staat als Bundesgenosse für Rußland von unvergleichlich größerem Nutzen sei, als das zerrissene, verletzte, hassende Polen.

In Nummer 96 der „Glocke" vom 10. April des gleichen Jahres finden wir wieder einen Aufsatz Herzens anläßlich des Blutbades in Warschau. Er erzählt, er habe beabsichtigt, in einer Emigrantenversammlung, bei der Mazzini, Blanc und andere anwesend gewesen seien, ein Glas auf die Gesundheit Alexanders II., der die Reform der bäuerlichen Verhältnisse durchgeführt habe, zu leeren, da sei die Nachricht gekommen, man habe in Warschau auf das Volk geschossen, und er habe seine Absicht unterlassen.

---

1) Ich zitiere nach einer Sammlung von Aufsätzen Herzens aus der „Glocke", die Tichomirow herausgab. „Die Glocke", Genf 1887, S. 272. 278.

Er wirft Alexander II. vor, er sei der Mörder des lebendigen Polens, das jetzt gestorben sei und eine Beute seiner Soldateska werde, statt sich an die Spitze der slawischen Bewegung zu stellen und Polen ohne Blutvergießen von neuem aufzubauen [1]).

Aus Nummer 103 der „Glocke" vom 15. Juli 1861 geht hervor, daß Herzen von den polnischen Emigranten eine mit 471 Unterschriften versehene Adresse erhalten hatte, in der sie ihn ihrer Freundschaft und Dankbarkeit wegen seines gerechten Standpunkts in der polnischen Frage versichern; ein wenig später traf eine ähnliche Adresse von den Polen aus Algier ein, die 46 Unterschriften trug. In dem Aufsatz, aus dem wir diese Nachrichten schöpfen, sucht Herzen bescheiden seine eigene Person in den Hintergrund zu schieben und erklärt, er gebe selbst nur der Meinung einer großen Gruppe von Russen Ausdruck. In seinen späteren „Erinnerungen" schreibt er, er sei bis zur Ankunft Bakunins in der polnischen Frage zurückhaltender gewesen. Wäre der Freund damals nicht dazwischengetreten, meint Herzen, so hätte er sich vielleicht damit begnügt, das grundsätzliche Recht der Polen auf ein unabhängiges Reich innerhalb der Grenzen des Königreichs anzuerkennen, ohne sich in nähere Beziehungen mit den polnischen Revolutionären einzulassen oder gar mit ihnen zusammen zu arbeiten.

Bakunin kam, wie schon einmal erwähnt, Anfang 1862 nach London. Die Lage der Bauern im allgemeinen und die polnische Frage im besonderen beschäftigte ihn schon seit langer Zeit in hohem Grade. Im Jahre 1847 hielt er am 29. November, dem Jahrestage des Aufstands von 1830, eine berühmte Rede, in der er seinem warmen Mitgefühl für die Polen und ihre Bestrebungen Ausdruck gab [2]). Im darauffolgenden Jahre nahm er an dem berühmten slawischen Kongreß in Prag teil.

Aus einem Aufsatz Bakunins [3]) und ebenso aus seinem Aufruf an die Slawen [4]) geht hervor, daß er schon damals ein

---

1) „Die Glocke" S. 280—282.

2) Diese Rede ist erhalten in Bakunins Schriften, herausgegeben von Dragomarow, S. 352—363.

3) Bakunins Schriften S. 364—368.

4) Bakunins Schriften S. 369—396.

großzügiges politisches und soziales Programm für die slawischen Völker aufstellte; er wollte sie in einem Bund vereinigt sehen, der nach außen eine Einheit bilden, im Innern aber jedem Volk völlige Unabhängigkeit sichern sollte. Schon damals beurteilte Bakunin die Politik der russischen Regierung sehr ungünstig und zwar sowohl vom nationalen (russischen) als vom politischen (freiheitlichen) Standpunkt aus. In dem slawischen Völkerbunde, den er plante, stand der slawische Rat an der Spitze. Jedes Volk, das dem Bund beitrat, sollte das Recht haben, eine ihm passend dünkende Regierungsform bei sich einzuführen, nur einige bestimmte politische und soziale Grundsätze sollten für alle Staaten verbindlich sein; die Vorrechte sollten aufgehoben werden und alle Bürger vor dem Gesetz gleich sein.

In einem zweiten Teil verlangt Bakunin in sehr unklaren Worten, jedermann möge seinen Anteil an dem erhalten, was das Volk besitzt, da die slawischen Länder Raum genug für alle hätten.

Nach seiner Rückkehr aus Sibirien nahm Bakunin seine revolutionäre Tätigkeit sofort wieder auf.

Unterwegs schon schrieb er in einem Brief an Herzen, sein Wunsch wäre, zu Österreichs Sturz beitragen zu können und der Sache der Slawen im allgemeinen, der der Polen aber im besonderen zu dienen. Schon im Februar 1862, also sofort nach seiner Flucht gab Bakunin eine Broschüre unter dem Titel „An die russischen, polnischen und alle slawischen Freunde“ [1]) heraus, in der er sich mit der polnischen Frage und den Slawen im allgemeinen beschäftigt. Die gleichen Ansichten entwickelte er im Mai desselben Jahres in einem vertraulichen Brief an einen seiner tschechischen Freunde. Er schlug hier die Vereinigung der slawischen Völker zu einem freien Bund vor, in diesem sollte nicht ein Volk über das andere herrschen, sondern jedes seine Eigenart und Freiheit behalten. Er bekämpfte das Prinzip der Zentralisation und wünschte eine demokratische Organisation, die mit der Selbstregierung der Dörfer beginnen und bis zu der ganzer Provinzen aufsteigen sollte.

1) Sie ist als Beigabe der „Glocke“ von 1862 gedruckt und wurde 1888 von Elpidin neu aufgelegt. Auch eine polnische Ausgabe existiert.

In dem Kampfe der Slawen gegen Österreich empfahl er, mit den Ungarn gegen die Deutschen zu gehen, gleichzeitig müsse man aber diese dahin bringen, der Unterdrückung der Slawen und Rumänen ein Ende zu machen, auch könne man sich mit den Italienern, die hervorragende Eigenschaften besäßen, ins Einvernehmen setzen. Bakunin führt sehr richtig aus, die historischen Rechte der Völker auf verschiedene Gebiete hätten für die reale Politik, die sich mit den bestehenden, nicht aber den vergangenen Zuständen beschäftige, keinerlei Bedeutung. Rußland müsse zerlegt werden und die Völker, die jetzt gewaltsam mit ihm verbunden seien, müßten freiwillige Bündnisse mit ihm schließen. Selbst nach dem Abfall Finnlands, der baltischen Provinzen, Litauens, Weiß- und Kleinrußlands würde Rußland noch immer ein mächtiges Reich bleiben, von einem tatkräftigen, begabten, jungen und lebensfähigen Volke bewohnt. Jedes von Rußland unterworfene Volk müsse wie alle anderen das Recht haben, über sein Schicksal selbst zu entscheiden, also käme ihm auch das Recht zu, einen unabhängigen Staat zu bilden, mit anderen Staaten Bündnisse abzuschließen usw. [1]).

Besonderes Gewicht legte Bakunin auf die Befreiung Polens, der sich Rußland selbst vom Standpunkt seiner eigenen Interessen aus nicht widersetzen dürfe. Die Ukraine, führte er aus, würde zusammen mit dem östlichen Teil Galiziens einmal eine Einheit bilden, die sowohl von Polen als von Rußland unabhängig sein würde.

In ihrem Streben nach einem unabhängigen Reiche, fuhr Bakunin fort, würden die Polen vielleicht einen Fehler begehen und die alten historischen Grenzen der Republik Polen mit Litauen und Rotrußland wieder aufrichten wollen; die Nichtberechtigung dieser Forderungen sei aber leicht nachzuweisen, die Russen dürften deshalb nicht böse sein oder die Polen verurteilen. Ihre Vergangenheit habe viel Schönes gehabt, es sei daher nicht sonderbar, wenn sie sie wieder herstellen wollten. Indem Bakunin die Bestrebungen der Polen mit ihrer Liebe zu ihrer Vergangen-

---

1) Beeke hat den Aufsatz in einem Archiv entdeckt und ihn in „Biloje“ abgedruckt. Septemberheft von 1905, S. 255.

heit und Überlieferung erklärte, warnte er gleichzeitig vor der allzu großen Vorliebe für vergangene Zeiten, da sie leicht dazu führe, die lebendigen Interessen der Gegenwart und Zukunft zu vernachlässigen. Sollten sich aber Litauen und Rotrußland freiwillig für eine Vereinigung mit Polen und nicht mit Rußland entscheiden, sollten sie auch keine eigenen Staaten bilden wollen, so sei hiergegen nichts einzuwenden.

Die politische Wiedergeburt Polens, deren Ausdruck ihm die damalige revolutionäre Bewegung war, begrüßte Bakunin freudig. Ein Bündnis Rußlands mit einem freien Polen, erklärte er, würde dauerhafter und aufrichtiger sein, als die erzwungene Vereinigung unter dem Zepter eines despotischen Herrschers.

Bakunin beschäftigte sich in der erwähnten Broschüre auch noch mit der Lage seines eigenen Vaterlandes, er beschrieb dessen damaligen Zustand und wies auf die Wege hin, die eine revolutionäre Partei schreiten müsse.

Seine ganze damalige Ansicht über das Volk, das Ideal, das er sich vom sozialen Leben machte, und die Taktik, die er den Revolutionären vorschlug, sind der Ausdruck jener Begeisterung für das Volk, die in der Zeit von 1870 bis 1879 die ausschlaggebende Richtung wurde. Die Zeiten, wo man „die Propaganda ins Volk trug", die Zeiten der jüngeren, ebenfalls „Land und Freiheit" genannten Organisation (von 1876 bis 1879), jene beweglichen, vielgestaltigen und tragischen Zeiten sind gerade die Epoche, in der die Begeisterung für das Volk fast unumschränkt herrschte und den Ausschlag gab.

Bereits 1862 lassen sich in der erwähnten Broschüre und noch in einer zweiten, „Die Sache des Volkes, Romanow, Pugatschew oder Pestelj?"[1]), die Grundlagen für die späteren Theorien Bakunins finden. In seinen Ansichten über Rußland, dessen Zivilisation und die russischen Bauern in den Jahren 1861, 1862 und 1863 ist Herzens Einfluß unverkennbar. Die Schriften des Freundes hatten ihn in der Verbannung erreicht, und dessen Einfluß auf ihn war um so größer geworden, als er die darin ausgesprochenen Ansichten nicht an den Tatsachen zu prüfen

1) Siehe Bakunins Schriften S. 396—418.

vermochte. Nur in der Taktik unterschied er sich scharf von Herzen, er zweifelte nie an der Revolution und erwartete nichts von Regierungsreformen, obgleich auch er anfangs bei Alexander II. guten Willen annahm.

Verhältnismäßig sehr rasch, d. h. im Verlaufe von wenigen Jahren befreite sich Bakunin jedoch von diesen Einflüssen der Slawophilen und denjenigen Herzens. Es geschah namentlich, als er sich den westeuropäischen Gesellschaften immer mehr näherte, als er mit ihnen und für sie arbeitete.

Um nicht später auf die Ansichten Bakunins über die russische Revolution nach dem Jahre 1862 zurückgreifen zu müssen, gebe ich sie hier in Kürze wieder.

Bakunin ist der Ansicht, die Entwicklung des russischen Staates habe namentlich seit Peter dem Großen auf das russische Volk einen nur rein äußerlichen Einfluß gehabt, denn das Volk habe seine eigene Weltanschauung beibehalten, die sich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet habe, es habe sogar gegen das offizielle Rußland und die politischen und sozialen Verhältnisse in ihm auf seine Weise protestiert, indem es sich vielfach von der orthodoxen Kirche abwandte. Das russische Volk, sagt Bakunin, haßte und haßt heute noch sowohl den Adel als die Bureaukratie; dagegen fühlt es sich durch alle Einrichtungen, die eine Selbstherrschaft der Gemeinden bedeuten, angezogen. Rußland bedürfe notwendig der Rettung, grundsätzliche Reformen müßten durchgeführt werden, aber man dürfe sie nicht doktrinär anpacken, man dürfe nicht mit einem Parlament beginnen und mit der Organisation von Dörfern und Gemeinden schließen, sondern man müsse umgekehrt von unten ausgehen. Von den Dörfern könne man zur Organisation der Kreise, Gouvernements, Provinzen und schließlich zur Umgestaltung des ganzen Reiches fortschreiten.

Wer kann Rußland retten, fragt Bakunin, und ihm neue Bahnen weisen?

Anfangs, antwortet er, habe man glauben können, Alexander II. werde diese Aufgabe erfüllen; er fand so günstige Bedingungen vor, wie kein russischer Zar vor ihm, er wollte sogar etwas tun, aber unglücklicherweise war er in so hohem Maße

deutsch, wie übrigens die ganze Dynastie, daß er die Bedürfnisse des Landes nicht begriff und sich auf die Bureaukratie stützte. Die Bureaukratie und der Adel seien aber offenbar nicht geeignet, Rußland auf den richtigen Weg zu bringen. Nur das Volk selbst könne diese große Aufgabe erfüllen, sofern ihm eine Reihe von Leuten aus allen Ständen und Berufen zur Seite stehe; diese Personen müßten einen klaren Blick besitzen, die Bedürfnisse des russischen Volkes verstehen und ihm wahrhaft zugetan sein.

Das russische Volk brauche „Land" und „Freiheit", d. h. eine Werkstatt für seine Arbeit und völlige Bewegungsfreiheit, also politische Freiheit. Das Volk habe das auch längst begriffen; ein Beweis hierfür seien die Bauernbewegungen unter Stienka Riasin, unter Pugatschew und andere kleinere.

Nicht nur der Grund und Boden, den die Bauern für sich bearbeitet hatten und der früher den Gutsherren gehört hatte, der ganze Grund und Boden Rußlands müsse Eigentum des Volkes, d. h. Gemeindebesitz werden. Der persönliche Grundbesitz dürfe nur zeitweilig gelten; auf diese Weise sollte jeder Staatsbürger das Recht haben, ein bestimmtes Stück Land auf Zeit zu besitzen.

Das russische Volk bedürfe der völligen Freiheit und Selbstregierung in der Gemeinde, dem Kreise, der Provinz und schließlich im Staate selbst; auf diese Weise würde die Bureaukratie völlig verschwinden [1]; die russische Staatsverfassung aber würde eine Föderation werden.

Bakunin beruhigt auch diejenigen, die einen völligen Zerfall Rußlands befürchten. Kein Volk vielleicht, mit Ausnahme des französischen, habe ein so starkes Gefühl seiner Einheit wie gerade das russische. Und dieses Gefühl würde es auch besser zusammenhalten, als die zwangsmäßige Zentralisation und Bureaukratie es je vermöchte. Übrigens würde die Selbstverwaltung und die Autonomie der kleineren und größeren Teile des Reiches einzig die inneren Angelegenheiten berühren, die Politik da-

1) Wie dies geschehen soll, sagt Bakunin nicht. Wahrscheinlich meint er, die Staatsbürger würden der Reihe nach selbst die Aufgaben der Beamten übernehmen.

gegen, im weitesten Sinne dieses Wortes, würde stets dem Reich als solchem, d. h. der Gesamtheit überlassen bleiben.

Ob Rußland eine Republik oder eine Monarchie sein solle, darüber habe das Volk selbst zu entscheiden. Die Agrarreform, die darauf beruhe, daß der gesamte Grund und Boden Eigentum des Volkes werde, könne durch Loskauf verwirklicht werden, sofern der Adel hierzu seine Einwilligung geben würde, was allerdings zweifelhaft sei.

Alexander II. hätte eine gewaltige Umwandlung in Rußland ohne Blutvergießen durchführen können, sagt Bakunin, aber er will es nicht und er vermag es auch nicht bei seiner Art, die Dinge zu sehen. Die Bewegung müsse also von unten, d. h. von den Volksmassen ausgehen.

Diejenigen, welche guten Willens seien, die für das Wohl des russischen Volkes arbeiten wollen, müßten daher vor allen Dingen eine weitverzweigte Partei gründen und Geld sammeln, um die notwendige Aktion einleiten zu können. Ohne das Volk würden sie nichts erreichen; um das Volk heranzuziehen, müsse man es erst kennen lernen und ihm näher kommen. Der Abgrund, der die Intelligenz vom Volke trennt, müsse erst überbrückt werden, und das würde nur dann gelingen, wenn sich die Führer der sozialen Sache mit dem Volke eins fühlten. Sie dürften nicht als Lehrer zu den Bauern kommen, nicht als Leute, die den Bauern ihre Ideale und ihr Programm aufdrängen; außer den Ergebnissen mathematischer und naturwissenschaftlicher Forschungen könne die russische Intelligenz das Volk ja doch nichts lehren; müßten doch die radikalsten Elemente in Rußland allen Ergebnissen der westeuropäischen Kultur gegenüber einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnehmen und nur die oben genannten gelten lassen. Der Westen habe das Volk nie gelockt, und so brauche auch die Intelligenz nicht erst die Gedanken des Westens im Bewußtsein des Volkes auszurotten.

Der Intelligenz komme dem Volke gegenüber also nicht die Rolle des Lehrers und Erziehers zu; sie brauche nur die dem Volke bekannten Tatsachen zu verallgemeinern, ihnen einen genaueren Ausdruck zu verleihen, um das Land auf Grund der

schlechten Lebenserfahrungen im Westen, die die russische Intelligenz zwar nicht in Wirklichkeit, aber in ihrem Gefühl und ihrem Verstand durchgemacht habe, vor vielen Fehlern zu bewahren. Diese Rolle sei sehr nützlich, aber sie sei auch bescheiden. Alles andere müsse das Volk selbst vollbringen.

Bei Bakunin finden wir die Grundzüge jener Begeisterung für das Volk, welche die ganze Epoche charakterisiert, doch trägt sie bei ihm namentlich die Merkmale jener Prinzipien, zu denen sich die Revolutionäre bekannten. Nach deren damaliger Auffassung würde sich das Volk selbst seine Ideale schaffen, die Intelligenz und die übrigen Schichten der Gesellschaft brauchten sie ihm nicht erst aufzudrängen; in den revolutionären Kreisen glaubte man damals, der Instinkt des Volkes, sein praktischer Sinn würden schon genügen, um zu jeder Zeit die verwickeltsten sozialen Fragen zu lösen; im Bauerntum (wenn Bakunin vom Volk spricht, meint er nur die Bauernschaft) sahen Bakunin und die meisten Revolutionäre den Schwerpunkt der Bewegung; der Bauer stellte für sie jene gesellschaftliche Schicht dar, die das neue Gebäude der sozialen Ordnung aufbauen würde. Die Forderungen, die Bakunin in den erwähnten beiden Broschüren aufstellt, sind für alle Spielarten der „Begeisterung für das Volk" charakteristisch, die wir noch kennen lernen werden. Viele von diesen Gedanken gehen auf Herzen zurück. Da Bakunin jedoch an keinerlei Reformen von oben glaubte, namentlich Alexander II. nicht traute und die bäuerliche Bewegung noch mehr betonte als Herzen, so gab er seinen Ansichten einen noch stärkeren Anstrich von Bauernmanie. Seine „Begeisterung für das Volk" verlor später ihren ausschließlich bäuerlichen und russischen Charakter; er wurde kollektivistischer Anarchist und predigte die schonungslose Revolution.

In einer seiner Broschüren fragt Bakunin, mit wem man gehen solle: mit Romanow, mit Pestelj oder mit Pugatschew? Am liebsten, antwortet er, würde er mit dem ersten gehen, denn er besitze noch das Vertrauen des Volkes und könnte Rußland am leichtesten umgestalten. Rußlands Befreiung aber würde weder von Romanow, noch von Pestelj, noch von Pugatschew ausgehen, Rußlands Befreiung würde einzig das Werk eines neuen

Landestages sein. Bakunin versteht darunter kein Zentralparlament, das die Reformen von oben durchführt, sondern eine Konstituante, die alle sozialen Kräfte in Rußland in Bewegung setzen und umgestalten würde. Den Ausgangspunkt für diesen Landestag würde das Dorf und die Gemeinde bilden, mit der Reform des ganzen Reiches aber würde man schließen.

Bakunin empfahl den Revolutionären, sich nicht an der konstitutionellen Bewegung zu beteiligen, die von den liberalen Kreisen ausging.

Wir ersehen daraus, wie sehr er sich in seinen Ansichten von Tschernischewski unterschied. Tschernischewski hatte weitgehende sozialistische Ideale, aber er rechnete auch mit der liberalen Bewegung; er wünschte umfangreiche politische Reformen im Geiste des Föderalismus, aber er begriff die Bedeutung einer konstitutionellen Verfassung, die eine unumgängliche Bedingung für weitere soziale Reformen bildet.

Bakunin wollte die soziale und politische Umwälzung gleichzeitig durchführen; in diesem Punkte stimmte er mit jener Gruppe überein, die den Aufruf „Das junge Rußland" verfaßt hatte; in seiner Taktik dagegen, in der Gesamtform seiner sozialen, politischen und kulturellen Ansichten, möchte ich sagen, unterschied er sich stark von ihnen. Die Mitglieder dieser Gruppe waren damals leidenschaftlichere Revolutionäre als Bakunin, denn wenn dieser auch die Notwendigkeit blutiger Umwälzungen unter gewissen Umständen zugab, so war er doch der Ansicht, daß solche blutige Umwälzungen an sich ein großes Übel seien. Sajtschniewski und sein Kreis waren Jakobiner und Blanquisten und legten dem Staate als soziale Einrichtung und als Mittel zu Reformen große Bedeutung bei; ihren Grundsätzen nach Föderalisten, gaben sie doch die Notwendigkeit einer starken Zentralgewalt in bestimmten Epochen, namentlich in der Zeit von Revolutionen und unmittelbar nach solchen, zu. Bakunin achtete Reformen, die von oben kamen, überhaupt gering, nicht nur wenn sie von Herrschern ausgingen, sondern auch dann, wenn gesetzgebende Körperschaften sie diktierten. Das Wichtigere war ihm eine Bewegung, die im Volke selbst wurzelte. Die Gruppe, die hinter dem Aufruf „Das junge Rußland" stand, war nicht

volkstümlich in Bakunins Sinne und betrachtete das westeuropäische Leben auch nicht als „verpfuscht" wie er.

Diese Ansichten Bakunins wurden nicht durch eine bestimmte Gruppe in Rußland vertreten, die sich deren Propaganda zum Ziel gesetzt hätte; sie beeinflußten jedoch verschiedene und waren charakteristisch als der Ausdruck einer machtvollen Persönlichkeit, die bald darauf in ganz Europa bekannt werden sollte und in verschiedenen Ländern späterhin noch eine bedeutende Rolle spielte. Erst nach 1870 fanden die Gedanken Bakunins infolge verschiedener Umstände, die wir noch kennen lernen werden, in Rußland größere Verbreitung.

XI.

Im Mai 1862 wurde eine Reihe russischer Städte von Bränden heimgesucht, deren Ursachen bis heute nicht völlig aufgeklärt sind und die auf den weiteren Verlauf der Dinge, namentlich auf die revolutionäre Bewegung und die Politik der Regierung von großem und unheilvollem Einfluß werden sollten.

Vor wenigen Jahrzehnten noch waren Brände in den russischen Städten, die Hauptstädte nicht ausgenommen, eine häufige Erscheinung; 1862 erreichten sie jedoch in der zweiten Hälfte des Monats Mai eine ganz unglaubliche Ausbreitung. In Petersburg vernichtete ein einziger Brand ein ganzes Viertel, das fast eine Wiorst im Quadrat umfaßte. In erster Reihe waren damals Regierungsgebäude bedroht, in denen die Bank, das Ministerium des Innern usw. untergebracht waren.

Auch Provinzstädte, namentlich solche an der Wolga, hatten unter den Bränden zu leiden.

Die Regierung und die Mehrheit der Gesellschaft schrieben die Brände den Revolutionären zu, um so mehr, als die Brände bald nach der Verbreitung des Aufrufs „Das junge Rußland" ausbrachen. Der Aufruf hatte nicht zu Brandstiftungen aufgefordert, aber er war, wie wir wissen, in einer sehr gewaltsamen Sprache abgefaßt.

In seinen schönen und interessanten „Memoiren" spricht Krapotkin die Überzeugung aus, die Brände seien von unbekannten Provokateuren angelegt worden. Manche Führer der Bewegung,

wie z. B. Sajtschniewski, waren dagegen fast überzeugt, sie seien tatsächlich das Werk von Revolutionären gewesen. Pantielejew endlich versichert, schuld an den Bränden sei der Zufall gewesen, den niemand zur Verantwortung ziehen könne.

Katkow beschuldigte öffentlich die Polen und die Revolutionäre der Brandlegung, andere wieder, welche die Studenten mit den Revolutionären identifizieren wollten, führten das Unglück auf diese zurück. Doch ließen sich in der Presse und selbst im konservativen Lager auch beruhigende Stimmen vernehmen; zur Verteidigung der Jugend sprang z. B. auch der bekannte Verfasser von Geschichtslehrbüchern, Ilowajski, ein.

Krapotkin berichtet, der Senator Sdanow, der in Saratow die Entstehung der Brände untersuchen sollte, sei zu der Überzeugung gekommen, sie seien von einheimischen Reaktionären angelegt worden, um die Regierung durch das Schreckgespenst der Revolution in Angst zu jagen und von weiteren Reformen abzulenken; der eigentliche Zweck sei gewesen, die Regierung von der völligen Durchführung des Manifestes vom 19. Februar 1861 abzuhalten, die erst 1863 endgültig erfolgen sollte. Nach Krapotkins Erzählung hatte der genannte Senator sogar Beweise dafür, daß die Brände von Reaktionären angelegt worden seien, doch sei er auf der Rückreise nach Petersburg plötzlich gestorben, die Papiere aber, die seine Entdeckungen enthielten, seien verschwunden.

Ohne ein Urteil über die Brände in Saratow fällen zu wollen, halte ich es doch für sehr unwahrscheinlich, daß die reaktionäre Partei sich entschlossen haben sollte, Brände in der Hauptstadt anzulegen, da unabsehbarer Schaden für die Regierung und den russischen Staat daraus hätte entspringen können, ganz abgesehen von dem Verlust der betroffenen Einwohner. Wir haben ebensowenig Beweise dafür, daß die Brände das Werk irgendeiner revolutionären Gruppe waren, um so mehr, als niemand von jenen, die gegen die bestehende Ordnung kämpften, damals für eine Vernichtung der Städte eintrat.

Man kann auch nur schwer annehmen, die Brände seien das Werk der Polen gewesen. Im Mai 1862 begann sich der Aufstand erst vorzubereiten, er war noch nicht ausgebrochen,

die Revolutionäre verschoben ihn damals noch und befürchteten sogar einen vorzeitigen Ausbruch. Eine Brandlegung in der Hauptstadt wäre damals für sie von keinerlei Nutzen gewesen. Wären die Brände während der Zeit des Aufstandes ausgebrochen, so könnte man eher annehmen, sie seien von den Polen angelegt worden, um Rußland im Augenblick des entscheidenden Kampfes in Verwirrung zu versetzen.

Die Panik, die in Regierungkreisen infolge der Brände entstand, läßt sich leicht aus der politischen Lage der Jahre 1861 und 1862 erklären. Die Regierung war damals tatsächlich in einer schwierigen Lage, die Finanzen waren zerrüttet, die Bauern waren in hohem Grade mit der Reform vom 19. Februar 1861 unzufrieden; sowohl die Gesellschaft, als auch die Regierung waren auf Bauernunruhen von gewaltigem Umfang für das Jahr 1863 gefaßt, dazu kamen die konstitutionellen und revolutionären Bestrebungen in den intelligenten Schichten der Bevölkerung; schließlich wurde auch die Stimmung der Polen immer bedrohlicher und konnte zu einem europäischen Krieg Anlaß geben. Die Brände schienen tatsächlich ein Symbol einer allgemeinen Revolutionierung des Landes zu sein.

Die Regierung legte eine erstaunliche Ungeschicklichkeit und Ratlosigkeit an den Tag und verstand es in keiner Weise, die Brandlegungen zu hintertreiben.

Doch war die Regierung tatsächlich aufs äußerste erschreckt und ergriff eine ganze Reihe von Maßnahmen; für Brandstiftungen wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Einige Zeitschriften, darunter der von Tschernischewski geleitete „Zeitgenosse" und das „Russische Wort", das Organ der Nihilisten, wurden für einige Zeit verboten; die Aufsicht über die Presse und Druckwerke überhaupt wurde verschärft; endlich beschloß man, alle nur möglichen Anzeichen einer revolutionären Tätigkeit so scharf wie möglich zu verfolgen.

Allgemein war die Überzeugung verbreitet, Tschernischewski sei selbst an den gewaltsamsten Ausbrüchen der revolutionären Bewegung beteiligt. So bat Dostojewski, der ihn nach den großen Bränden in Petersburg besuchte, ihn auf das inständigste, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Brände aufzuhalten.

Die Brände bildeten einen neuen Ausgangspunkt für die Politik der Regierung, nicht geringeren Einfluß aber übten sie auf das Verhalten der weiteren freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Kreise zu der revolutionären Bewegung aus. Die Regierung begann sehr energisch alle Anzeichen sozialer Selbständigkeit zu unterdrücken, in liberalen Kreisen fing man an, sich vor den Revolutionären zu fürchten und sich von ihnen zurückzuziehen [1]).

Wie begreiflich auch die Panik der Regierung ist, so läßt sich doch die Reaktion nicht ohne weiteres verstehen, die auch in der Gesellschaft gegen die Revolutionäre um sich griff, um so mehr, als die fortschrittlichen Kreise, wo man hier und da mit einzelnen Revolutionären Fühlung hatte, doch zu diesen Menschen so viel Vertrauen hätten haben müssen, um jene Gerüchte richtig einzuschätzen, welche den Revolutionären die Brandstiftungen zuschreiben wollten.

Die Verwirrung im liberalen Lager zeigte nur, wie wenig der Liberalismus trotz alledem erst in diese Kreise eingedrungen war.

Pantielejew versichert sehr richtig, die Panik, die sich nach den Bränden der Regierung und eines großen Teils der Gesellschaft bemächtigt hatte, wäre der Anlaß zu zahlreichen Hinrichtungen unschuldiger Menschen in der Hauptstadt geworden, wenn nicht ein weicher und menschenfreundlicher Mann wie Fürst Suworow damals Generalgouverneur von Petersburg gewesen wäre. Ein anderer hätte wahrscheinlich dem Drängen der Konservativen nachgegeben, die durchaus ein Exempel statuiert sehen wollten.

XII.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß unter den russischen Offizieren, die im Königreich Polen in Dienst standen, sich auch revolutionäre Elemente befanden. Wir können heute den Umfang dieser Bewegung noch nicht klar übersehen, und müssen uns daher damit begnügen, einen Vorfall zu erörtern, der auf

1) Krapotkin führt in seinen „Memoiren“ eine interessante Tatsache an: ein Vetter von ihm, der ebenso wie seine Kollegen ständig den „Zeitgenossen“ las, erklärte nach den Bränden, ihn nicht mehr in die Hand nehmen zu wollen.

diese Strömung doch einiges Licht wirft. Ich meine hier den großen Prozeß gegen Sliwicki, Rostkowski, Arnholdt und Schtschur.

Zu Beginn des Jahres 1862, vielleicht sogar schon früher, bildete sich in Warschau eine kleine Gruppe von im Militärdienst stehenden Russen und einigen Polen, welche die politische Propaganda im Heere aufnehmen wollte und eine Organisation zu gründen beschloß, die den Kampf gegen die bestehende Ordnung der Dinge in Rußland zum Ziel haben sollte. Die Gruppe knüpfte Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der polnischen revolutionären Bewegung an, so mit Dombrowski und Sierakowski; sie stand sicherlich auch mit den revolutionären Kreisen Petersburgs in Fühlung, wofür neben anderen Beweisen auch die Tatsache spricht, daß gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei den Mitgliedern auch Nummern des „Großrussen" gefunden wurden. Wir wissen, daß folgende Personen zu dieser Gruppe gehörten: die Leutnants Johann Arnholdt, Peter Sliwicki, Kaplinski, die Offiziere Potebnia, Kenin, Nowicki und Kutuzow, der Unteroffizier Rostkowski und der Soldat Schtschur.

Sie bildeten den Keim einer Militärorganisation, die verschiedene Abteilungen der in der Nähe stationierten Regimenter umfassen sollte. Die Propaganda wurde nicht nur unter den Offizieren, sondern auch unter den Gemeinen begonnen. Um sie leichter zu führen, beschäftigten die Mitglieder sich in der Militärschule mit dem Unterricht einer ihnen zugeteilten Gruppe von Gemeinen, zusammen 75 Mann. Der Unterricht wurde nach einem Programm erteilt, Arnholdt wurde zum Leiter ernannt, Peter Sliwicki und Kaplinski halfen ihm. Nach Aschenbrenners [1]) Bericht soll die Propaganda erstaunliche Erfolge gehabt haben. Die Soldaten nahmen die revolutionären Gedanken ihrer Vorgesetzten mit großem Eifer auf. Um diese Zeit verfaßten Arnholdt und Peter Sliwicki einen Aufruf an die Offiziere der russischen Armee; der Aufruf forderte zur Revolution auf, die bestehende soziale und politische Ordnung müsse zerstört werden, hieß es darin; er erschien in der „Glocke".

---

1) „Biloje" vom Jahre 1907, Aprilheft S. 17—20.

Die Tätigkeit der Gruppe wurde durch den Verrat eines anderen Sliwicki unterbrochen, eines Hauptmanns, dem vieles von dem bekannt war, was sein Bruder und dessen Kameraden trieben. Zunächst teilte er dem Kommandierenden des Schützenbataillons, dessen Namen Aschenbrenner nicht nennt, mit, er werde dem Statthalter das Bestehen einer Militärverschwörung melden, an deren Spitze Arnholdt, sein Bruder und Kaplinski ständen. Der Oberst, der über die Nachricht aufs höchste erstaunt war, wollte seine jungen Offiziere retten; er bat und beschwor Hauptmann Sliwicki, seine Denunziation zu unterlassen oder sie wenigstens hinauszuschieben. Dieser blieb jedoch unerbittlich und drohte, er werde der Regierung melden, sein eigener Oberst habe ihn zurückhalten wollen, die Meldung zu machen. Die Verschwörung wurde denn auch aufgedeckt, die Offiziere und ihre Verbündeten wurden Anfang Mai 1862 verhaftet. Es gelang jedoch nicht, aller habhaft zu werden.

Die Nachricht, daß Arnholdt, Peter Sliwicki und Kaplinski verhaftet seien, wirkte so stark auf ihre Anhänger unter der Mannschaft, daß sie aus eigenem Antrieb des Nachts mit der Waffe in der Hand den Pavillon überfielen, wo die gefangenen Offiziere untergebracht waren; sie verjagten die Wache und befreiten die Gefangenen. Unterdessen wurde in der Festung Alarm geschlagen. Von allen Seiten rückten Regimenter vor; Arnholdt, Sliwicki und Kaplinski wollten ein unnützes Gemetzel vermeiden, sie überredeten die Soldaten, sich zurückzuziehen, verabschiedeten sich von ihnen und blieben im Gefängnis.

Der Prozeß begann. Die Soldaten wurden furchtbar mißhandelt und geschlagen, verrieten jedoch niemand. Arnholdt, Sliwicki und Rostkowski wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde am 28. Juni in der Festung Modlina vollzogen, da man in Warschau selbst einen Aufruhr im Heere befürchtete.

Kaplinski wurde zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Schtschur bekam 600 Knutenhiebe und 12 Jahre Zwangsarbeit, Fenin und die Soldaten, welche die Gefangenen hatten befreien wollen, wurden zu leichteren Strafen verurteilt, sie wurden in Strafabteilungen gesteckt usw.

Potebnia, der der Verhaftung entgangen war, nahm die Rolle des Rächers auf sich. Einen Tag vor der Vollstreckung des Urteils, also am 27. Mai, schoß er im Sächsischen Garten in Warschau dem Statthalter Lüders eine Kugel ins Gesicht; trotz der zahlreichen Spaziergänger, unter denen sich auch viele Offiziere befanden, wurde er nicht ergriffen.

Nach dem Ausbruch des polnischen Aufstandes gingen Potebnia und ein anderer Offizier aus der Arnholdtschen Gruppe, Fenin, zu den Polen über. Potebnia starb mutig in der Schlacht am Sandfelsen (Piaskowa Skala) am 4. März 1863. Fenin verbarg sich später im Auslande, wo er vor wenigen Jahren starb.

Der Verräter Sliwicki bat, zur Belohnung für seinen Verrat in das kaiserliche Schützen-Gardebataillon versetzt zu werden, was einem besonderen Avancement gleichgekommen wäre. Der Kommandierende des Bataillons jedoch, General Gradsch, und ebenso sämtliche Offiziere drohten, nach vorhergehender Verständigung miteinander, mit ihrem Abschied, falls Sliwicki aufgenommen werden sollte. Andere Abteilungen der Garde schlossen sich ihnen an.

Die Verhaftung von Arnholdt und seinen Gefährten erstickte im Keime schon die revolutionäre Organisation des russischen Heeres im Königreich Polen. Die Regierung war durch den Vorfall in großen Schrecken versetzt worden.

XIII.

Die großen Brände hielten die revolutionäre Bewegung nicht auf: „Land und Freiheit" gewann immer mehr Anhänger [1]; unabhängig von dieser Gruppe erschienen von Zeit zu Zeit regierungsfeindliche Aufrufe, die von einzelnen Personen geschrieben und gedruckt wurden; im Auslande war Bakunin bemüht, die russische revolutionäre Bewegung mit der westeuropäischen zu vereinigen.

Die liberalen Kreise zogen sich, wie bereits erwähnt, nach den großen Bränden von der revolutionären Bewegung zurück

1) Um diese Zeit scheint auch Peter Lawrow beigetreten zu sein, der später innerhalb der sozialistischen Bewegung eine sehr hervorragende Rolle spielte.

und letztere war nun auf sich allein gestellt. Die öffentliche Meinung begann sich stark zu differenzieren.

Gegen Mitte Juni 1862 wurde infolge Denunziation ein Student der Petersburger Universität namens Bollod verhaftet, in dessen Wohnung sich allerlei Vorrichtungen zum Setzen kleiner Drucksachen und verschiedene Aufrufe fanden. Auch bei seinem abwesenden Nachbar Nikolaus Shukowski wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der man verschiedene Papiere beschlagnahmte. Die Untersuchung ergab, daß Bollod eine kleine Druckerei besaß, die ihm dazu diente, regierungsfeindliche Aufrufe zu drucken: einer war an die Offiziere gerichtet, ein zweiter beschäftigte sich mit Schedo-Ferroti und dessen Vorgehen [1]) gegen Herzen. Der erste Aufruf, der bereits vorher verteilt worden war, wandte sich gegen Alexander II., weil dieser den Weg der Reformen zwar beschritten, sich dann aber zurückgezogen habe; weiter weist der Aufruf auf die Notwendigkeit hin, die Bauern mit Land auszustatten, die Gesellschaft vom Zwang der Bureaukratie zu befreien, die Standesunterschiede aufzuheben und der Gesellschaft das Verfügungsrecht über sich selbst zu geben.

Bollod erklärte, er habe nur die zweite Auflage dieses Aufrufs aus der „Glocke" abgedruckt, der zweite Aufruf, sagte er weiter aus, sei von einem Studenten Paul Moschkalow verfaßt, der damals im Auslande weilte. In diesem zweiten Aufruf wurde Herzen gegen die Vorwürfe Schedo-Ferrotis verteidigt und erklärt, sie würden nicht imstande sein, das Vertrauen, das die Gesellschaft auf Herzen setze, zu erschüttern.

Bei Bollod fand sich auch noch das Manuskript eines dritten Aufrufs, der sich gleichfalls mit Schedo-Ferrotti befaßte und als dessen Verfasser Bollod Pisarew bezeichnete, der infolgedessen verhaftet wurde.

Bollods Prozeß und der einiger anderer Personen war nicht

---

1) Er war ein Agent der russischen Regierung (aus dem belgischen Finanzministerium), sein eigentlicher Name war Baron Firks; er war vom Großfürsten Konstantin an Alexander II. empfohlen worden. Er gab ein paar Broschüren gegen Herzen heraus, in denen er ihm vorwarf, er trete allzu heftig gegen die Regierung auf. Herzen, hieß es hier, würde viel tun können, wenn er nur seinen Ton ändern und gemäßigt werden wollte.

von besonderer Bedeutung; er war jedoch für die damalige Stimmung innerhalb der Intelligenz charakteristisch; nicht nur politische Gruppen, vereinzelte Persönlichkeiten fühlten bereits das Bedürfnis, der Regierung den Krieg zu erklären, einzelne stellten bereits soziale und politische Forderungen und nahmen zu den Ereignissen des Tages Stellung. Der Student Bollod wurde zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Alexander II. setzte die Strafe jedoch gnadenweise auf sieben Jahre herab. Pisarew wurde mit zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis bestraft; ein Gnadengesuch, das er einreichte, blieb erfolglos. Andere erhielten geringere Strafen.

Pantielejew berichtet eine sehr charakteristische Tatsache. Ein Mitglied der Untersuchungskommission, Senator Zdanow, habe, als er sich einmal ganz allein mit Bollod im Zimmer befand, ihm in einer Nummer der „Glocke" einen offenen Brief seines Freundes Shukowski gezeigt, worin dieser meldete, er sei mit Unterstützung der polnischen Revolutionäre glücklich ins Ausland geflohen. Zdanow habe darauf Bollod gebeten, bei einem Sieg der Partei sich seiner zu erinnern, er sei alt und könne niemand mehr schaden. Das merkwürdige Gespräch beweist, daß auch manche Leute in den Regierungskreisen an den bevorstehenden Ausbruch der Revolution glaubten.

XIV.

Gegen Mitte Juni 1862 erhielt die russische Polizei von einem Unbekannten, der sich offenbar in Herzens Haus eingeschlichen hatte, die Nachricht, im Juli würde Paul Wietoschin nach Rußland zurückkehren und Briefe von Emigranten aus dem Herzenkreise an verschiedene Personen in Rußland mitbringen. Wietoschin wurde verhaftet, wobei sich tatsächlich viele Schreiben an verschiedene Personen fanden, darunter einige, die Herzen und Kelsjew an Nikolaus Serno-Solowjewitsch gerichtet hatten; in einem dieser Schriftstücke wurde auch Tschernischewskis Name erwähnt.

Die dritte Abteilung der kaiserlichen Kanzlei (d. h. die politische Polizei) jubelte.

Tschernischewskis Familie war gerade nach Saratow ab-

gefahren, er selbst schickte sich an, ihr dorthin zu folgen, da, wie wir wissen, der „Zeitgenosse“ für die Dauer von acht Monaten verboten worden war. Er hatte auch beschlossen, seine Wohnung in Petersburg aufzugeben, Möbel, Pferde und Wagen zu verkaufen. Tschernischewski verdiente viel und führte ein offenes Haus, in dem ein ziemlicher Luxus herrschte; er tat es angeblich seiner Frau zuliebe, die an diesen gesellschaftlichen Ton gewöhnt war. Die russische Regierung hatte bereits gegen Ende des Jahres 1861 begonnen, Tschernischewski mit besonderer Aufmerksamkeit zu beobachten; am 23. November dieses Jahres verschickte der Minister des Innern, Walujew, an sämtliche Gouverneure ein Rundschreiben, man möge Tschernischewski keinen Auslandspaß ausfolgen [1]).

Stachowitsch, der sechs Jahre zusammen mit Tschernischewski in Sibirien verbrachte, erzählt in seinen „Erinnerungen“, der polnische Revolutionär Sierakowski habe Tschernischewski schon lange Zeit vor seiner Verhaftung gewarnt. Sierakowski hatte ein Gespräch mit dem General Kaufmann, dem Direktor der Kanzlei des Kriegsministeriums, gehabt, bei welcher Gelegenheit der letztere die Meinung äußerte, man müsse Tschernischewski wegen seines schlechten Einflusses auf die Jugend verbannen.

Kurz vor seiner Verhaftung erschien ein Adjutant des Fürsten Suwarow, des Generalgouverneurs von Petersburg, bei Tschernischewski und empfahl ihm, sofort ins Ausland zu reisen, da er verhaftet werden könne. Der ehrliche Suwarow ließ ihm einen Paß versprechen. Auf die Frage, warum der Fürst so viel Sorge um ihn trage, antwortete der Adjutant, der Fürst sei ein persönlicher Freund des Kaisers und wolle nicht auf diesen den Vorwurf fallen lassen, er habe ungerechterweise einen Menschen verbannt, dessen Aufsätze die Zensur hätte durchgehen lassen [2]).

---

1) „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland in den sechziger Jahren“. Zweite Beilage zu der Sammlung „Politische Verbrechen“, S. 105.

2) Siehe den bereits einmal zitierten Aufsatz in der „Kaspischen Rundschau“, Jahrgang 1905.

In besonders kritischen Zeiten, wenn es sich darum handelte, Reibungen mit der radikalen Jugend und der freiheitlich gesinnten Gesellschaft zu vermeiden und Repressalien der Regierung abzuwenden, setzte sich Suwarow manchmal mit Tschernischewski ins Einvernehmen; er meldete ihm die Maßnahmen, die die Regierung in bestimmten Fällen ergreifen würde, und bat ihn, mitunter die erregten Geister zu beruhigen. Tschernischewski, der ein äußerst ernster Mensch war und Phrasen ebenso wie häufige grelle Demonstrationen haßte, dafür aber um so mehr auf die gründliche Vorbereitung einer großen revolutionären Bewegung bedacht war, konnte manchmal von seinem Standpunkt aus durchaus Suwarows Bitten willfahren.

Trotz der beunruhigenden Warnungen wollte Tschernischewski Rußland nicht verlassen; wahrscheinlich rechnete er dabei auf seine Verschwörungstaktik, die stets so angelegt war, daß die Regierung ihm nichts nachzuweisen vermochte; auch hing er allzusehr an dem großen Werk, das er begonnen hatte. Kurz vor seiner Abreise war Tschernischewski in der dritten Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, um gegen einen Offizier Klage zu führen, der sich gegen seine Frau frech benommen hatte. Bei dieser Gelegenheit fragte Tschernischewski auch, ob die Regierung nichts gegen ihn habe und ob er nach seiner Vaterstadt reisen dürfe. Man beantwortete seine Anfrage bejahend; nichtsdestoweniger aber wurde er am 7. Juli 1862 verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht. Am gleichen Tage wurde auch Nikolaus Serno-Solowjewitsch gefangen genommen.

In den radikalen Kreisen der Gesellschaft machte die Verhaftung Tschernischewskis einen niederschmetternden Eindruck: man begriff, daß ein großer Führer der sozialen Bewegung fehlte; man wußte, welch scharfsinniger Politiker er gewesen war, welch ungeheuren Einfluß er besaß, was für eine Begabung mit ihm verloren ging und wie sehr er sich der Sache des Volkes hingegeben hatte.

Für die revolutionäre Bewegung war die Verhaftung Tschernischewskis ein furchtbarer, nicht gutzumachender Schlag. In der Tat blieb „Land und Freiheit“, obgleich die Organisation gerade begonnen hatte, sich machtvoll zu entwickeln, fortan eine

kleine revolutionäre Gruppe, der es an weitläufigen Beziehungen, erfahrenen und einflußreichen Führern und Politikern fehlte. Die Bemühungen, von denen ich bereits erzählte, die revolutionären Kräfte Rußlands zusammenzuschweißen, blieben erfolglos. Allein Tschernischewski wäre imstande gewesen, diese Vereinigung durchzuführen, er, der alle russischen revolutionären Führer seiner Zeit überragte.

Es war niemand da, der ihn hätte ersetzen können.

XV.

Als Pantielejew von seiner politischen Werbefahrt, die im allgemeinen mißglückt war, nach Petersburg zurückkehrte, fand er bis auf Utin niemand von den ihm bekannten Mitgliedern von „Land und Freiheit“ vor. Rimarenko war verhaftet, der „Herr mit dem Zwicker“ war verschwunden. Man mußte sich also entweder damit abfinden, daß die Organisation zerstört war, oder die Arbeit von neuem beginnen. Utin und Pantielejew beratschlagten miteinander und kamen schließlich dahin überein, jene Personen auszuhorchen, von denen sie annahmen, sie hätten zu „Land und Freiheit“ gehört. Sie begaben sich zu Jelisiejew und A. Engelhardt. Ihr Gespräch führte jedoch zu keinerlei Ergebnis, ja die Betreffenden schienen sogar über die Bemerkungen ihrer Gäste ungehalten zu sein.

Die jungen Leute beschlossen nun, wenigstens einen kleinen Kreis um sich zu sammeln, der sich als Komitee von „Land und Freiheit“ konstituieren und an der Erweiterung der Organisation arbeiten sollte.

Es steht heute fest, daß der erwähnte A. Engelhardt tatsächlich zu „Land und Freiheit“ gehörte, doch hatte er sich den jugendlichen Mitgliedern nicht verraten wollen. Ebensowenig zogen sie Peter Lawrow zur Organisationsarbeit heran, obgleich sie mit ihm über den gescheiterten Plan, alle Kräfte zusammenzuschweißen, gesprochen hatten. Sie ahnten nicht, daß auch er zu „Land und Freiheit“ gehört hatte. Wahrscheinlich hatte eine ganze Reihe schon älterer Leute, die bereits wichtige Stellungen in der Gesellschaft bekleideten, zu „Land und Freiheit“ gehört, die sich jetzt nach der Verhaftung Tschernischewskis

und Nikolaus Serno-Solowjewitschs aus verschiedenen Gründen von der politischen Tätigkeit zurückzogen. Die einen fühlten sich wohl entmutigt, seit ein Führer wie Tschernischewski fehlte; andere befürchteten vielleicht, die Regierung sei auf dem besten Wege, die ganze Organisation aufzudecken, und warteten daher; verschiedene der früheren Mitglieder wollten vielleicht weiterarbeiten, hatten aber wenigstens anfangs wohl keine Gelegenheit, sich mit Utin und Pantielejew in Verbindung zu setzen.

Betrachten wir das neue Komitee von „Land und Freiheit". Mitglieder waren: Alexander Shuk, ein junger Pole, der sich jedoch zu den russischen Gruppen hielt und der nach Pantielejew während der Studentenunruhen im Jahre 1861 noch keinerlei Rolle gespielt hatte; erst während seiner Festungshaft, sagt Pantielejew, habe er sich durch Verstand, Takt und Charakter ausgezeichnet. Weiter Michael Hulewitsch, ein Student, der erst in Charkow und dann in Petersburg studiert hatte; er hatte Beziehungen zu dem Bekmann-Kreis gehabt, war aber der Verhaftung entgangen; während der Studentenunruhen hatte er ebensowenig wie Shuk eine bedeutende Rolle gespielt; erst nach seiner Entlassung aus der Festung fing er an, in den Kreisen der Intelligenz und der Jugend bekannt zu werden, er soll großen Einfluß unter den kleinrussischen Studenten gehabt haben. „Der Herr à la Virchow", dessen Namen Pantielejew nicht nennt, war eine unbedeutende Persönlichkeit, galt jedoch aus unbekannten Gründen als ein Freund Dobruljubows und Tschernischewskis. Utin war ein lebhafter, ehrgeiziger und recht energischer Mensch; aber er neigte zu Ränken und besaß weder eine besondere gedankliche, noch eine ausgesprochene Gefühlstiefe [1]). Er stammte aus einer reichen Kaufmannsfamilie. Pantielejew, der heute noch am Leben ist, der Verfasser der wertvollen „Erinnerungen", auf die wir uns so häufig berufen, war damals ein Jüngling wie Utin, aber ernster und konzentrierter als dieser; er hatte ein tiefes Gefühl für die Sache des Volkes und Grundsätze, denen er bis in sein hohes Alter treu blieb.

---

1) Das geht schon aus der jämmerlichen Rolle hervor, die er später in der Fremde Bakunin gegenüber spielte, gegen den er ein erbärmliches Pasquill schrieb.

In dem ganzen Kreis gab es nicht einen Menschen, der mit einem weitgehenden politischen Sinn ausgestattet war, eingehendes soziales Wissen oder revolutionäre Initiative und organisatorische Fähigkeiten besaß. Der hervorragendste unter ihnen war unstreitig Pantielejew, der älteste der „Herr à la Virchow", eine völlige Null.

Das neue Komitee beschloß, seine Arbeit mit einem Aufruf zu beginnen; damit sollte einmal bewiesen werden, daß die Organisation „Land und Freiheit" noch immer vorhanden war, weiter sollten auch jene Kreise gegeißelt werden, die nach den Bränden ins reaktionäre Lager übergegangen waren. Den Inhalt des Aufrufs gab Pantielejew an, Utin verfaßte den Text, die anderen gaben Einzelheiten hinzu. Der Aufruf erhielt die Überschrift „An die gebildeten Schichten der Gesellschaft"[1]) und erschien Ende Sommer (wahrscheinlich im September) 1862. Der Ton war ernst; der Aufruf suchte die aufgeklärten Kreise der Gesellschaft zu überzeugen, daß sie auf falschem Wege seien, ihre momentane reaktionäre Stimmung sei unberechtigt; auch das falsche Vorgehen der Regierung wurde getadelt. Pantielejew versichert, der Aufruf habe keinerlei Eindruck gemacht, das Komitee jedoch und die Menschen, die Beziehungen zu ihm hatten, waren froh, daß es gelungen war, ein Lebenszeichen von sich zu geben.

Der Aufruf wurde auf einer geheimen Druckmaschine gesetzt, die in der Sommerwohnung eines jungen Ehepaares in der Nähe von Petersburg versteckt war. Pantielejew hatte die Leute selbst empfohlen. Der große revolutionäre Kreis um Sudakiewitsch und Ostrowski, der die Petersburger Kommune genannt wurde und durch Utin nähere Beziehungen zu „Land und Freiheit" hatte, stellte die Leute, die die Druckerei einrichteten und den Aufruf setzten. Die Lettern und andere notwendige Dinge lieferte ein junger bekannter Verleger, der Inhaber der Druckerei O. Pakst.

Der Anfang war gemacht; die Organisation war jetzt im-

---

1) „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland in den sechziger Jahren". Zweite Beilage zur Sammlung „Politische Verbrechen in Rußland", S. 69—71.

stande, Aufrufe und Zeitungen herauszugeben, und hatte so die Möglichkeit, auf größere Kreise einzuwirken.

Nach dem Erscheinen des Aufrufs tauchte der „Herr mit dem Zwicker“ wieder in Petersburg auf. Er lobte den Eifer der jüngeren Gefährten und erklärte, er habe eine große Agitationsreise durch ganz Rußland gemacht und verschiedene Gruppen in der Provinz gegründet. Pantielejew versichert dagegen, er habe höchstens hier und da einzelne Personen für die Sache gewonnen. Über die geretteten Mitglieder der früheren Organisation „Land und Freiheit“, an der er sich von Anfang an beteiligt hatte, wollte er nicht recht mit der Sprache herausrücken, obgleich er Beziehungen zu ihnen unterhielt. Pantielejew behauptet jedoch, er sei nie imstande gewesen, der Partei größere Dienste zu erweisen; er habe ihr weder Menschen noch Geldmittel zuzuführen vermocht.

„Der Herr mit dem Zwicker“ versuchte eine herrschende Stellung in der Partei einzunehmen, doch gaben ihm Pantielejew, Utin und die anderen zu verstehen, daß sie nicht gesonnen seien, ihn als ihren Führer zu betrachten, und nur als Gleichberechtigte mit ihm arbeiten wollten. „Der Herr mit dem Zwicker“ war auch hiermit völlig einverstanden. Das durch ihn verstärkte Komitee beschloß, im Namen von „Land und Freiheit“ ein Organ herauszugeben, die Zeitschrift sollte „Die Freiheit“ betitelt sein; die erste Nummer erschien bald darauf [1]).

Die Zeitung beginnt mit der Versicherung, die einzige Quelle von Rußlands Unglück sei die Selbstherrschaft und der daraus folgende Despotismus. Mit dem Kaiser beginnend und mit den niedersten Beamten des Reiches schließend sei der ganze Staat nichts anderes als eine Hierarchie von Selbstherrschern. Die Reformen der russischen Regierung seien immer ungenügendes Stückwerk; die Lösung der Bauernfrage, die man vorgehabt habe, habe den Bauern nur ihr Eigentum genommen: den Grund und Boden [2]); die Reform des Gerichtswesens habe die frühere admi-

1) Ein Neudruck in der oben zitierten Ausgabe S. 89—92.

2) Eigentlich müßte es heißen: einen Teil des Grund und Bodens, nicht Grund und Boden überhaupt.

nistrative Selbstherrschaft unter dem Rechtstitel „Vorbeugende Mittel gegen das Verbrechen" ruhig behalten [1]).

Alle Klassen des russischen Volkes wünschen sehnlichst ein neues Leben, führt das Blatt weiter aus. Die Regierung des Kaisers sei tatsächlich nicht fähig, diesem Wunsche nachzukommen, und würde sich nie freiwillig der Macht über Leben und Freiheit des Volkes begeben; aus diesem Grunde müsse das Volk aufgerüttelt werden. Die Fesseln des Despotismus, die so tief in den Organismus des Volkes eingedrungen seien, müßten gebrochen werden. Bestrebungen dieser Art seien in verschiedenen Teilen Rußlands aufgetaucht und sie seien mit dem Blute derer besiegelt worden, die für die Freiheit kämpften.

„Land und Freiheit" habe sich organisiert, um den Kampf aufzunehmen. Es gäbe nur einen Ausweg: den unerbittlichen Kampf mit der kaiserlichen Regierung.

Das Blatt weist auf die Notwendigkeit einer regierungsfeindlichen Organisation hin, sie sei namentlich notwendig, heißt es, weil der Ausbruch der Revolution nicht zu vermeiden sei; das niedergedrückte, beraubte Volk müsse sich endlich erheben. Das Komitee setze sich im gegenwärtigen Augenblick unter anderem das Ziel, die aufgeklärten Schichten der Bevölkerung im Interesse des Volkes, das gleichzeitig das Interesse der ganzen Bevölkerung sei, zu vereinen. Die Allgemeinheit wird aufgefordert, an dem großen Werk der Befreiung Rußlands vom Despotismus teilzunehmen, jeder könne bis zu einem gewissen Grade mitarbeiten, heißt es. Wer aus Familienrücksichten oder seiner Stellung wegen nicht selbst tätigen Anteil nehmen könne, möge wenigstens materielle Hilfe leisten. Zu diesem Zwecke nähme die „Glocke" Beiträge entgegen, in Rußland seien Abgesandte von „Land und Freiheit" tätig. Die Organisation werde dahin streben, die kaiserliche Regierung hinwegzufegen und den Triumph der Volksinteressen zu festigen; der Sieg des Volkes werde in erster Reihe in der Einberufung einer „Volksversammlung" zutage treten; in dieser aber werde das Volk selbst die neue soziale Ordnung des freien Rußlands feststellen.

---

1) Die Reform der Rechtsprechung wurde erst vorbereitet.

Die Stumpfheit der Regierung habe das Volk zur Verzweiflung gebracht, und ein gewaltsamer Ausbruch könne erfolgen; die Revolution aber werde furchtbar werden, wenn sich nicht alle ehrlichen und befähigten Menschen aus den gebildeten Kreisen oder wenigstens ihre Mehrheit auf die Seite des Volkes stellen würde.

Der Inhalt der ersten Nummer der „Freiheit" entspricht dem ein Jahr vorher erschienenen „Großrussen". Aber die politische Lage Rußlands war 1861 eine andere gewesen, als in der zweiten Hälfte des Jahres 1862. Die sozialen und politischen Strömungen waren damals weit weniger differenziert gewesen, man hatte daher damals noch auf eine tatkräftige und weitgehende Unterstützung der gebildeten liberalen und demokratischen Schichten rechnen können. Jetzt war die Mehrheit der liberalen Elemente schwankend geworden und unterlag leicht konservativen Einflüssen. Der Gedanke an ein Bündnis zwischen Liberalismus und Radikalismus konnte auch 1862 noch fruchtbar sein, aber ein derartiges Bündnis konnte nicht mehr die wichtigste Grundlage der ganzen Bewegung bilden, eine Stütze mußte die Revolution jetzt vor allem unten, beim Volke, suchen. Erst wenn man sich dort festgesetzt hatte und wenn das Nächstliegende gesichert war, hätte man an ein Bündnis mit den liberalen Elementen aus den gebildeten Schichten denken können.

Nach Pantielejew dachten die Mitglieder von „Land und Freiheit" allerdings an eine Agitation in den Volksmassen selbst, aber für die nächste Zukunft glaubte niemand auch nur an die Möglichkeit, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Man erachtete diese Tätigkeit als notwendig, aber man glaubte, die Zeit für sie werde erst später kommen. Übrigens gab es auch noch unter der Intelligenz viel zu tun.

Die erste Nummer der „Freiheit" machte offenbar einen sehr günstigen Eindruck, „Land und Freiheit" genoß großes Ansehen, die Zeitung war rasch vergriffen und das Geld zur Unterstützung der Organisation floß reichlich.

Im Komitee entstanden Zwistigkeiten, der „Herr à la Virchow" zog sich zurück, seinem Beispiel folgte auch Shuk, der aber späterhin wieder zur Organisation zurückkehrte.

Über welche Kräfte verfügte wohl „Land und Freiheit" gegen Ende des Jahres 1862?

Die Frage läßt sich heute nur schwer beantworten: Pantielejew versichert, die Organisation sei schwach gewesen. Im Verhältnis zu ihren Zielen war sie es sicherlich, dies besagt aber noch nichts darüber, wie weit ihr Einfluß reichte.

Aus den Aussagen Andruschtschenkos scheint hervorzugehen [1]), daß die Organisation gegen Ende des Jahres 1862 300 Mitglieder umfaßte, die regelmäßige Beiträge zahlten. Die Ziffer kommt mir sehr wahrscheinlich vor. Pantielejew spricht von 20 Personen, zu denen er ständige organisatorische Beziehungen unterhielt; es waren dies in erster Reihe Offiziere. Aus seinen „Erinnerungen" wissen wir auch, daß der Kreis um Sudakiewitsch und Ostrowski in Petersburg sehr zahlreich war. Der „Herr mit dem Zwicker", der allerdings die Bedeutung seiner Beziehungen wohl übertrieben schilderte, mußte doch wohl eine Anzahl von Personen hinter sich haben, die er der Organisation zuführte. Pantielejew, der recht skeptisch veranlagt ist, versichert nichtsdestoweniger, „Land und Freiheit" habe auch in der Provinz Anhänger gehabt: in Moskau, Saratow, in Nishnij Nowgorod, vielleicht auch noch in einigen anderen Städten, was er entweder nicht wußte oder vergessen hatte.

Dragomanow [2]) bezweifelt, daß „Land und Freiheit" einige hundert Mitglieder gehabt habe. Im Süden habe er nur einen Anhänger der Organisation gefunden, erzählt er, der nach einem längeren Aufenthalt in der Ukraine seine Ansichten in der polnischen Frage geändert habe. Vielleicht zählte „Land und Freiheit" im südlichen Rußland tatsächlich keine Mitglieder, doch beweist das nichts für das nördliche und Zentralrußland.

Von dem Bestehen der Organisation hatte man in ganz Rußland Kenntnis, vielleicht überschätzte man sogar ihre Kräfte. Der Einfluß von „Land und Freiheit" beschränkte sich aber in der Tat nicht bloß auf die Mitglieder; die Aufrufe und das Blatt der Organisation wurden von mindestens zehnmal soviel Personen gelesen, als der Organisation tatsächlich angehörten.

1) Siehe die bereits zitierte Ausgabe S. 113.

2) Bakunins Schriften S. LXXXVIII.

Welcher Art war die Organisation „Land und Freiheit", worin bestand ihre Tätigkeit?

Die Frage läßt sich heute nur ganz allgemein beantworten. An der Spitze der Organisation stand ein Komitee, das sich, soweit uns bekannt ist, durch Zuwahl ergänzte. Es unterhielt Beziehungen zu den Gruppen und ebenso zu einzelnen Persönlichkeiten, die jedoch durch keinen Punkt der Satzungen zu irgendeiner Tätigkeit ermächtigt waren. Die Ausführung verschiedener Aufträge und Tätigkeiten übertrug das Komitee einzelnen Personen, wobei es nur seinen moralischen Einfluß geltend machte.

Aus den Aussagen im Prozeß Andruschtschenko ist uns bekannt, daß man auch an die Ausarbeitung eines umfangreichen Programms dachte, wozu es aber nicht kam.

Einige Aufklärung über die Beziehungen der Organisation zu den Kreisen in der Provinz geben uns die Verhältnisse in Moskau. Dort bestand eine Gruppe, die als Fortsetzung der früheren „Bibliothek der Kasaner Studenten" galt. Zwischen ihr und „Land und Freiheit" vermittelte Mosolow. Auf einer Versammlung am 23. Mai 1863 wurde beschlossen, die Gruppe nicht mit dem Petersburger Komitee (d. h. mit „Land und Freiheit") zu verschmelzen; es sollten nur ständige Beziehungen unterhalten und die von „Land und Freiheit" ausgegebenen Aufrufe verbreitet werden; die Gruppe selbst wollte weder Flugblätter herausgeben, noch ein eigenes Organ gründen.

In der erwähnten Versammlung verlas Mosolow auch ein Programm. Aus den Aussagen im Prozeß Andruschtschenko und Genossen geht hervor, daß er weitergehende Forderungen stellte, als „Land und Freiheit" es in den Schriften der Organisation tat. Mosolow verlangte nämlich die Vergesellschaftung des gesamten Grund und Bodens, die zeitweilige Nutznießung des Bodens durch die einzelnen Staatsbürger, die Aufhebung des Privateigentums [1]), die Gleichberechtigung der Frauen, ein System von Provinzialregierungen mit einem Zentralparlament in Peters-

1) Es ist unbekannt, ob er diesen Satz ganz allgemein oder nur in bezug auf den Grund und Boden meinte.

burg oder Moskau [1]). Der Angeklagte Sulin gab zu, Mosolow habe die Umgestaltung Rußlands in eine demokratische Republik [2]) verlangt.

Der Kreis in Moskau stand also nicht in einem klaren Verhältnis zu „Land und Freiheit". Mosolow, der gleichzeitig der Vermittler zwischen beiden Organisationen war, spielte die einflußreichste Rolle in Moskau und erledigte selbst die Angelegenheiten der Organisation, wobei er sich gestattete, das Programm auf seine Weise auszulegen.

In dem Radikalismus des Moskauer Kreises, der in dem uns leider nicht erhaltenen Programm von Mosolow zutage tritt, zeigt sich der Einfluß der früheren Gruppe, die den Aufruf „Das junge Rußland" herausgegeben hatte; „Land und Freiheit" nahm nicht alle Forderungen Mosolows auf. Wahrscheinlich gab es auch in anderen Städten Rußlands ähnliche Gruppen, die nur lose mit dem Komitee in Petersburg zusammenhingen. Im Königreich Polen existierte eine kleine Gruppe von Offizieren, die lose Beziehungen zu „Land und Freiheit" unterhielten, unter ihnen auch der bereits erwähnte Potebnia.

Die Tätigkeit von „Land und Freiheit" beruhte hauptsächlich auf der Propaganda innerhalb der Intelligenz; die Organisation wandte sich vorwiegend an die Jugend und an die jungen Offiziere. Die Jugend kam in Gruppen zusammen, die sich die Selbstbildung des Menschen zur Aufgabe stellten, man las dort vorwiegend die Werke von westeuropäischen Materialisten und Positivisten, ebenso die Schriftsteller der verschiedenen sozialistischen französischen Schulen, namentlich Proudhon; soziale und politische Fragen, die Rußland besonders angingen, wurden besprochen, auch die Polenfrage und andere.

Die damaligen Mitglieder von „Land und Freiheit" waren überzeugt, eine elementare revolutionäre Bauernbewegung werde in den nächsten Jahren schon ausbrechen; die Aufgabe der Organisation werde dann sein, diese Bewegung zu einer Umgestaltung Rußlands auf neuen sozialen und politischen Grund-

1) „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in den sechziger Jahren" S. 113–114.

2) Ebenda S. 142.

agen auszunutzen; der polnische Aufstand würde, falls er nicht vorzeitig ausbräche, dazu beitragen, den bestehenden Zustand in Rußland zu vernichten. Unter den Massen der städtischen und ländlichen Bevölkerung trieb „Land und Freiheit" keine Propaganda, nicht weil die Organisation die Wichtigkeit einer solchen Agitation nicht eingesehen hätte, sondern weil es überaus schwierig war, diese Arbeit in der richtigen Weise zu leisten; anderseits nahm man allerdings auch an, die Bauern würden sich infolge ihrer Armut und des Druckes, der auf ihnen lastete, auch ohne besondere Agitation erheben.

Zur Zeit von „Land und Freiheit" begannen die Frauen zum erstenmal, sich an der russischen revolutionären Bewegung zu beteiligen, obgleich sich keine von ihnen so auszeichnete, wie das später der Fall war. Pantielejew äußert sich überaus günstig über sie. Im nächsten Jahrzehnt wurde ihre Zahl noch größer; bis auf den heutigen Tag bildet die rege Beteiligung der Frauen eine der Eigentümlichkeiten der russischen Bewegung.

„Land und Freiheit" legte besonderen Nachdruck auf die Tätigkeit im Heer. Ein Aufruf an die Offiziere[1]), vermutlich gegen Ende des Jahres 1862 erlassen, spornte das Militär an, sich zu organisieren und sich der Partei anzuschließen. Die herrschende Dynastie, heißt es in diesem Aufruf, werde nie selber einen Landestag einberufen, der nicht einzelne Stände, sondern das gesamte Volk vertritt. Und doch würde nur ein so zusammengesetzter Landestag das Recht des Volkes auf Land und Freiheit anerkennen. Der wirkliche Landestag, heißt es weiter, muß durchgesetzt werden. Der Aufruf erklärt, die Soldaten müßten vorbereitet werden. Je sorgfältiger die Revolution vor-

1) Der Aufruf ist in den bereits vielfach zitierten „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in den sechziger Jahren" abgedruckt. Beilage zu S. 92 und 93. Der Herausgeber hat den Aufruf unter den Dokumenten von 1863 angeführt und die Nummern des „Großrussen" unter 1862. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der „Großrusse" 1862 erschien und dieser Aufruf wahrscheinlich 1862 und nicht 1863. Er enthält nämlich nichts über den polnischen Aufstand, obgleich er sich namentlich an die Offiziere im Königreich Polen wendet. Ich meine hier die im Ausland gedruckte Ausgabe der „Materialien", nicht die in Rußland erschienene.

bereitet wird, desto unblutiger wird sie verlaufen, sagt der Aufruf, denn sie wird dann keinen Widerstand, sondern eine allgemeine Einigkeit vorfinden, die in dem Wunsche nach der Selbstregierung des Volkes gipfeln wird. Zum Schluß hebt der Aufruf noch die wichtige Rolle des Militärs hervor, das dem Volke Land und Freiheit sichern kann. Kein Heer der Welt habe je einen größeren Triumph, einen größeren Ruhm erlangt.

Der Aufruf sagt zwar, man müsse dem Volke Grund und Boden geben; doch bleibt dem Leser unklar, ob nur der Grund und Boden damit gemeint ist, den die Bauern ehedem für sich bearbeiteten, oder ob die Verfasser des Aufrufs an eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung dachten.

XVI.

Gegen Ende des Jahres 1862 spitzte sich die polnische Frage immer mehr zu. Es war klar, daß die Ereignisse zu einem bewaffneten Aufstand in Russisch-Polen führen würden. Ich kann hier nicht alle sozialen und politischen Ursachen berühren, deren Ergebnis schließlich der bewaffnete Widerstand war; ich verweise nur auf die wichtigsten Ursachen und auf die bedeutendsten Ereignisse, die dem Aufstand vorausgingen oder ihn begleiteten.

Die Ursachen des polnischen Aufstandes von 1830 waren die brutalen Angriffe gegen die Konstitution des Kongreßkönigreichs von 1815 und die Nichtvereinigung der litauisch-ruthenischen Gegenden, die zu der alten Republik gehört hatten, mit dem Königreich. In der Zeit von 1815 bis 1830 war in der polnischen Gesellschaft die Überlieferung des großen Polenreichs so lebendig, daß man vergaß, in welch geringem Maße diese Gegenden von Polen bewohnt waren; man begriff daher auch nicht, daß diese Gegenden nicht als polnische gelten konnten, obgleich sie in kultureller Beziehung einen günstigen Boden für die Entwicklung der polnischen Zivilisation bildeten, die damals dort über alle anderen herrschte. Im eigentlichen Litauen waren die Bauern Litauer, sie hatten ihre eigene Sprache, waren sich ihrer nationalen Eigentümlichkeit aber noch nicht bewußt. In den ruthenischen Gegenden, namentlich in Weißrußland, sah

es in dieser Beziehung schlimmer aus; die kleinrussische Bewegung begann erst innerhalb der Intelligenz zu entstehen. Das eingeborene russische Element war in diesen Provinzen verhältnismäßig schwach. Diese Umstände erklären bis zu einem gewissen Grade die politischen Anschauungen der damaligen leitenden Kreise in der polnischen Gesellschaft.

Die national-revolutionäre Bewegung des Jahres 1860, die sich in Russisch-Polen mehr und mehr ausbreitete, entstand infolge des Druckes, den die russische Regierung auf die Polen ausübte; den elementarsten Bedürfnissen des Volkes wurde Hohn gesprochen. Unter dem Einfluß der europäischen Ereignisse und der russischen Niederlagen im Krimkrieg begann das polnische Volk langsam zu neuem Leben zu erwachen und versuchte die geschwächte Stellung Rußlands in Europa auszunutzen. Auch die Einigung Italiens und die volkstümliche Politik Napoleons III. schürten die Hoffnungen. Die Überlieferungen der alten Republik Polen, die von der Literatur noch unterstützt wurden, erwachten mit aller Kraft.

Die polnische Bewegung, die dem Aufstand vorausging, verlangte ein unabhängiges polnisches Reich, das sich aus einer Föderation des eigentlichen Polens, Litauens und Rotrußlands zusammensetzen sollte; ebenso trat diese Bewegung für die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden ein. Die „Roten“ wollten sofort den bewaffneten Kampf beginnen. Sie rechneten auf die Bauern und erklärten, alle vorhergehenden polnischen Revolutionen seien daran gescheitert, daß man den Bauern nicht Grund und Boden versprochen hätte; sie wiesen auch auf die beginnende revolutionäre Bewegung in Rußland hin, die in kurzer Zeit zu einem Bauernaufstand führen konnte, endlich bauten sie auf das günstige europäische Kräfteverhältnis. Die „Weißen“ (die Gemäßigten) wollten zunächst nichts von einem Aufstand hören, da sie nicht an den glücklichen Verlauf eines bewaffneten Kampfes glaubten; doch hielten auch sie an dem Ideal eines unabhängigen Polens innerhalb der historischen Grenzen fest; sie hätten sich mit der Tatsache eines gemeinsamen staatlichen Lebens mit Rußland ausgesöhnt, wenn nur Litauen und Rotrußland mit Polen vereinigt worden wären.

Für die konservative Partei, die sich namentlich aus der Hocharistokratie und dem Adel zusammensetzte, unterschieden sich die litauischen und ruthenischen Gegenden fast durch nichts von dem eigentlichen Polen, da auch dort der große und mittlere Grundbesitz in den Händen des polnischen Adels war. Die Polen, die sich mit kleinen Ausnahmen nicht für das innere Leben der russischen Gesellschaft interessierten, wußten auch nichts von den großen Fortschritten, die die mittleren Volksschichten dort in der Zeit von 1830 bis 1863 in Wissenschaft, Literatur, Kunst und Aufklärung gemacht hatten. Sie begriffen nicht, wie dies auch heute noch häufig der Fall ist, daß die neue fortschrittliche, lebensfähige und sich rasch entwickelnde russische Zivilisation jene Einwohner von Rotrußland und Litauen, die nicht Polen waren, mehr locken mußte und auch tatsächlich mehr lockte als die polnische, die damals unter den allerschwersten Bedingungen um ihr Leben kämpfte; sie waren sich nicht darüber klar, daß die Ruthenen, die damals gerade anfingen, sich ihrer eigenen Nationalität bewußt zu werden, viel aus der russischen Zivilisation schöpfen mußten; daß die jüdische Intelligenz, die sich von der Masse des jüdischen Volkes losgerissen hatte, sich der russischen Kultur zuwenden würde, daß Litauen begann, sich als Einheit zu fühlen.

Selbst Sierakowski, ein hervorragender und sehr gebildeter Mann, der lange Jahre in Rußland zugebracht hatte, gab sich von allen diesen Umständen nicht genügend Rechenschaft, was aus der Denkschrift hervorgeht, die er dem Kriegsminister bezüglich Litauens und Rotrußlands überreichte [1]). Er versichert darin, alle sozialen Schichten in diesen Gegenden würden sich notwendig allmählich polonisieren, da das Polentum dort der Träger einer höheren Kultur sei und sein werde.

Unstreitig spielte die polnische Zivilisation im Leben dieser Provinzen eine sehr wichtige Rolle, eine Zeitlang herrschte sie sogar unbestritten, aber der Verfall des polnischen Königtums mußte auch diese Herrschaft untergraben.

---

1) Die Denkschrift ist in dem Werk von Strus, Die Menschen und Ereignisse von 1861 bis 1865 (in polnischer Sprache), abgedruckt.

In der Zeit von 1860 bis 1864 dachte die polnische Demokratie allerdings nicht an eine Herrschaft der Polen in Litauen und Rotrußland, aber sie fanden es natürlich, ja fast notwendig, daß Polen, Litauen und Rotrußland zusammen eine Föderation und ein unabhängiges Reich bilden sollten.

Ein Gegner dieser Bestrebungen war der Markgraf Wielopolski, ein Mann von großen geistigen Fähigkeiten. Er war in sozialer Hinsicht konservativ, hatte aber in politischen Angelegenheiten einen besonders scharfen Sinn für die Wirklichkeit. Er wollte dem Königreich Polen allmählich jene staatliche und rechtliche Sonderstellung sichern, die es vor 1830 besessen hatte; den Bedürfnissen der Zeit entsprechend verlangte er auch einige Änderungen. Die schwache Seite seines Programms bestand darin, daß Wielopolski nicht begriff, daß nur ein freies konstitutionelles Rußland dem Königreich Polen diese auf konstitutioneller Grundlage beruhende Sonderstellung sichern konnte. Für den Augenblick wenigstens rechnete er damit, daß zwischen den Polen und der Dynastie ein harmonisches Verhältnis durchaus möglich sei.

Als nach einiger Zeit die Bewegung immer stärker wurde, entschloß sich die russische Regierung zu einer gewissen Nachgiebigkeit. Wielopolski verstand es, das Vertrauen der russischen Regierung zu erlangen. Er wurde an die Spitze der Zivilverwaltung gestellt, und es gelang ihm tatsächlich, einige Reformen durchzusetzen; in den Städten, Gouvernements und Kreisen wurden Organe der Selbstverwaltung geschaffen, die polnische Sprache wurde überall eingeführt, die Bildungsanstalten wurden unterstützt, unter dem Titel einer „Obersten Schule" wurde auch die Universität in Warschau, die 1830 geschlossen worden war, von neuem eröffnet, die Gleichberechtigung der Juden wurde durchgeführt, man begann die höheren Stellungen mit Polen zu besetzen. Die Reformen waren von großer Bedeutung und kamen den Bedürfnissen des Landes entgegen, aber sie wurden erst nach langem Zögern durchgeführt, und das schwächte den Eindruck.

Wie wohltätig immer auch Wielopolskis Tätigkeit in bezug auf diese Reformen war, so wurde doch anderseits seine Tätig-

keit für die Bauernfrage im Königreich Polen verhängnisvoll. Wir wissen bereits, daß die Landwirtschaftliche Gesellschaft, obgleich sie sich nur aus Gutsbesitzern zusammensetzte, unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Revolutionäre sich für die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden erklärt hatte. Die Forderung der Landwirtschaftlichen Gesellschaft war: eigenen Grund und Boden für die Bauern und Geldentschädigung für die Gutsbesitzer. Dieser Beschluß wurde kurz vor der Bekanntmachung des Manifestes vom 19. Februar 1861 gefaßt. Wielopolski war in der Bauernfrage rückschrittlich und zog Zinszahlungen der Bauern einer Ausstattung mit Grund und Boden vor. Da er damals an der Spitze der Zivilregierung im Königreich Polen stand, gelang es ihm, die Petersburger Regierung zur Annahme seines Planes zu bewegen. Erst der Aufstand von 1863 verkündete mit dem Januarmanifest die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden, und die Regierung mußte sie, nachdem der Aufruf erstickt war, auch tatsächlich durchführen.

In der polnischen Gesellschaft stand Wielopolski fast ganz allein da; sein Programm teilten weder „die Roten“ noch „die Weißen“, überdies war er persönlich unbeliebt. Jene Partei, die zum Aufstand trieb, hielt die Reformen des Markgrafen für schädlich, da sie angeblich den Gegensatz zwischen Polen und Rußland schwächten und so diese von einem bewaffneten Aufstand abbringen konnten. Übrigens waren sie auch der Ansicht, die Regierung würde ihre Versprechungen nicht halten. Die gemäßigte Richtung wieder, die sich nicht nur der russischen Regierung wegen vor einem bewaffneten Aufstand fürchtete, sondern auch vor dem Volke selbst Angst hatte, verübelte es Wielopolski, daß er die politische Frage allzu scharf stelle, indem er von vornherein auf die Vereinigung Litauens und Rotrußlands mit Polen verzichtete. Nach Ansicht der „Weißen“ sollte man zwar den Gedanken an einen bewaffneten Aufstand fahren lassen, Reformen seitens der Regierung annehmen, soweit sie günstig schienen, aber auf nichts verzichten. Diese Politik war unfruchtbar und naiv, aber sie entsprach dem Geschmack von Menschen, die im Phrasentum aufgewachsen waren, blind

an der Überlieferung festhielten und jedes politischen Sinnes entbehrten.

Sie begriffen nicht, daß sie mit ihrem Widerstand gegen Wielopolski das Volk mit Notwendigkeit zum Aufstand drängten.

Unterdessen machte die revolutionäre Organisation bedeutende Fortschritte; sie war in gewissem Sinne ein Meisterwerk; sie erstreckte sich über das ganze Land, und obgleich sich im Innern starke Widersprüche geltend machten, ja im Zentralkomitee selbst mehrfach ziemliche Umwälzungen stattfanden, erweckte sie doch nach außen einen achtunggebietenden Eindruck. Da die Organisation viele Menschen umfaßte, konnte sie sich nicht immer vor ungeeigneten Individuen schützen, im allgemeinen kann man jedoch kühn behaupten, daß die Organisation, namentlich vor dem Ausbruch des bewaffneten Kampfes, die tatkräftigsten und fähigsten, gleichzeitig die vom größten moralischen Wert erfüllten Menschen umfaßte.

Aber weder die vorzügliche Organisation, noch die grenzenlose Hingabe der Mitglieder für die Sache der Revolution, noch ihre Tatkraft und ihre Opferfreudigkeit waren imstande, jene große wirtschaftliche Kraft zu ersetzen, die zum Siege einer bewaffneten Bewegung nötig ist, und so war denn das Schicksal des Aufstandes von vornherein besiegelt. Die damaligen Führer überschätzten die Kräfte des eigenen Volkes sowie die russische revolutionäre Bewegung und hatten schließlich auch eine vollständig irrige Vorstellung von den internationalen Beziehungen. Die Gefühlsstimmung, in der sie sich befanden, machte sie unfähig, die politische Lage kühl und scharf zu übersehen. Sie waren allerdings nicht für einen sofortigen Ausbruch der Revolution, aber sie begriffen nicht, daß selbst die behutsamsten und ausführlichsten Vorbereitungen nicht imstande wären, das Mißverhältnis zwischen den polnischen und russischen Kräften aufzuheben.

Die Führer der Bewegung beschlossen, sich mit den Vertretern der russischen revolutionären Gruppen zu verständigen. Zu diesem Zwecke begaben sich Padlewski und Giller mit einem Brief des Zentralkomitees nach London, um Verhandlungen mit Herzen, Ogarew und Bakunin einzuleiten.

XVII.

Der Brief des Zentralkomitees [1]) vom 20. September 1862 beginnt mit der Bemerkung, die polnische Bewegung werde in Rußland vielfach mißverstanden; erstens verbreite die russische Regierung ganz offiziell falsche Vorstellungen, dazu kämen noch die Mitteilungen der käuflichen deutschen Presse und die irrtümlichen Nachrichten, die vielfach in die französischen Blätter Aufnahme fänden. Das seien die Gründe, warum in Rußland mitunter geglaubt werde, die polnische Volksbewegung wolle die alte Adelsrepublik Polen innerhalb ihrer alten historischen Grenzen wieder aufbauen. Dem sei aber nicht so; die Bewegung habe sich das Ziel gesetzt, alle Standesvorrechte aufzuheben und die bisher benachteiligten gesellschaftlichen Schichten in politischer Hinsicht in eine Reihe mit den bevorrechteten Klassen zu stellen. Ganz Polen habe bereits in der Bauernfrage seine Meinung abgegeben; die Bauern müßten den Grund und Boden, den sie schon bisher für sich bearbeiteten, zu eigen erhalten, die Gutsherren aber sollten von der Volksregierung entschädigt werden. Die allgemeine Meinung gestatte den Führern der Bewegung die Ausstattung der Bauern mit Land in ihr Programm aufzunehmen und diese Forderung vom ersten Beginn des Aufstands an zu verwirklichen. Hinsichtlich der Grenzen des künftigen Polens, heißt es in dem Briefe weiter, würden und müßten die Führer der Bewegung, die keinerlei Zerstückelung ihres Vaterlandes anerkennen könnten, dafür eintreten, daß nicht nur ein Stück Polen erkämpft werde, sondern das ganze Land, wie es vor der Teilung bestand; das künftige Polen müsse also ganz Polen, Litauen und Rotrußland umfassen, ohne daß eines dieser drei Länder eine Oberherrschaft erhalten sollte. Nach der Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft würde es dem litauischen und ruthenischen Volke freistehen, entweder im Bündnis mit dem polnischen zu verbleiben oder nach eigenem Willen vorzugehen.

---

1) Er ist in der Auswahl aus Herzens Aufsätzen in der Genfer Ausgabe von 1887 abgedruckt S. 349—351; ebenso in der „Geschichte der Volksbewegung des Jahres 1863—1864" von Limanowski (in polnischer Sprache).

Die russische Bewegung sei sozial, die polnische politisch; in Rußland würde die soziale Bewegung die politische entwickeln; in Polen könne eine gesellschaftliche Reform erst nach der Befreiung des Landes und der Wiederherstellung eines unabhängigen Staates Platz greifen.

Der Brief schließt mit warmen Worten, in denen die Überzeugung ausgedrückt wird, ein brüderliches Bündnis zwischen Polen und Russen auf polnischem Boden werde beiden Parteien neue Kraft geben, jene Ziele zu erreichen, deren Verwirklichung alle für ihre Befreiung kämpfenden Völker anstreben.

Jener Teil des Briefes, der die Ansichten der Führer in der Bauernfrage wiedergibt und von der Gleichstellung der Stände spricht, gibt die Sachlage vollkommen richtig wieder; waren doch die polnischen Revolutionäre, die den Aufstand vorbereiteten, vollkommen ehrliche Demokraten. Die Zweifel, die Dragomanow in seiner berühmten Arbeit „Das historische Polen und die großrussische Demokratie“ [1]) ausspricht und die auch andere Schriftsteller teilen, sind völlig haltlos. Das polnische Zentralkomitee verlangte für die Bauern des künftigen Polens dasselbe, was zu Beginn wenigstens der „Großrusse“ und die radikale Partei in Rußland im allgemeinen für die russischen forderten.

Dagegen war der zweite Teil des Briefes weder folgerichtig noch völlig aufrichtig. Nicht folgerichtig, weil in ihm der Wunsch ausgedrückt wurde, Litauen und Rotrußland zunächst von Rußland loszureißen und dann erst die betreffende Bevölkerung zu befragen, ob sie bei Polen verbleiben wolle oder nicht; wollte man die Wünsche der Litauer, Klein- und Weißrussen berücksichtigen, so hätte man vorher ihre Stimmung wenigstens ganz allgemein erforschen müssen und erst dann das Programm einer Föderation zwischen Polen, Litauen und Rotrußland aufstellen dürfen. Die Polen wollten die Teilung nicht anerkennen, die Litauer und Ruthenen aber hätten erklären können, den Zustand vor der Teilung nicht als rechtmäßigen anerkennen zu wollen. Die polnischen Revolutionäre waren bei der Abfassung des Briefes insofern nicht ganz aufrichtig, als sie zwar weit entfernt davon

---

1) In polnischer Sprache.

waren, sich die Herrschaft über Litauen und Rotrußland anmaßen zu wollen, sich im allgemeinen aber doch kein anderes Polen vorstellten, als eben das historische, wie sie es ja in dem Brief selbst offen aussprachen.

Die Proklamierung des Kampfes um die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens innerhalb der historischen Grenzen war ein verhängnisvoller Fehler. Der Volksbewegung selbst konnte gerade diese Forderung keine neuen Kräfte zuführen, in der russischen Gesellschaft aber weckte sie eine starke Reaktion gegen die Polen und ihre Bestrebungen. Dem polnischen Volke kann freilich das Schicksal der in Litauen und Rotrußland ansässigen Stammesgenossen nicht gleichgültig sein, aber sie können für diese nichts anderes verlangen als die Rechte nationaler Minoritäten. Man kann in der Tat nicht gut Anspruch auf ein Gebiet erheben, weil die Bevölkerung zehn Prozent oder auch etwas mehr Polen zählt, und auf dieser Forderung eine revolutionäre Politik aufbauen. Schwerwiegende Erfahrungen haben die Haltlosigkeit dieser Forderung gezeigt.

Zur Rechtfertigung der damaligen polnischen Revolutionäre lassen sich jedoch zwei Umstände anführen: erstens nahm man allgemein an, es sei ein strategischer Fehler des Aufstands von 1830 gewesen, daß er sich nur auf das Gebiet des Königreichs Polen und nicht darüber hinaus erstreckt hatte; zweitens war in der Zeit von 1860 bis 1863 die nationale Bewegung unter den litauischen und kleinrussischen Bauern noch sehr schwach. Die Polen gaben sich daher dem Glauben hin, in diesen Provinzen würde die Bevölkerung schlimmstenfalls teilweise passiv bleiben, von dem anderen Teile aber glaubten sie, er würde auf die Seite der Polen übergehen, zu denen sich auch der kleine und mittlere Adel sicherlich halten würde. Sie übersahen den sozialen Gegensatz, der zwischen der Landbevölkerung und dem polnischen Adel bestand.

Herzen, Ogarew und Bakunin nahmen den Brief des Zentralkomitees sehr freundlich entgegen, erkannten den politischen Standpunkt, der darin vertreten war, an und beschlossen, ihren ganzen moralischen Einfluß — über materielle Kräfte verfügten sie nicht — für den polnischen Aufstand einzusetzen. Nament-

lich Bakunin nahm die Abgesandten des Komitees freudig auf und bemühte sich mit jugendlichem Feuer, sie seinen politischen Freunden nahe zu bringen.

Nach diesen Unterhandlungen erschien in Nummer 147 der „Glocke“ vom 15. Oktober 1862 eine Antwort der Redaktion auf den Brief des Warschauer Zentralkomitees, die Herzen verfaßte; von ihm rührte auch ein Aufruf an die russischen Offiziere in Polen her.

Herzens Antwort ist überaus herzlich. Er erklärt, er und seine Freunde würden zu den Polen stehen, da diese ihr Vaterland auf vollkommen modernen, gerechten und großzügigen Grundsätzen aufbauen wollten; die Polen, heißt es in Herzens Antwort, erkennen zwei grundsätzliche Forderungen an, die auch das Glaubensbekenntnis der radikalen russischen Gruppen seien; sie erkennen an, daß der Grund und Boden, den die Bauern für sich bearbeiten, auch ihnen gehören müsse und daß jedes Volk selbst über sein Schicksal zu entscheiden habe. Herzen schließt mit dem warmen Wunsche, dieses neue demokratische Polen, das frei sein wolle von mittelalterlichen Vorurteilen und Standessatzungen, möge den Sieg davontragen und unabhängig sein.

In dem Aufruf an die russischen Offiziere beschwört Herzen diese, sich lieber erschießen zu lassen, als die Waffen gegen die Polen zu erheben; er weist auf die Übereinstimmung zwischen russischen und polnischen Revolutionären hin, auf die Möglichkeit und Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, auf das Bedürfnis nach gleichzeitigem Vorgehen; er spricht die Befürchtung aus, ob der polnische Aufstand nicht zu früh ausbrechen würde, denn in diesem Falle würde er den Polen keinen Nutzen bringen, der jungen russischen Bewegung aber sehr schaden; er bezweifelt auch, daß ein sofortiger Aufstand in Rußland von Erfolg sein könne; die revolutionäre Bewegung beginne erst und sei noch sehr schwach; er weist darauf hin, von welch grundsätzlicher Bedeutung die Agrarfrage in Polen sei, und empfiehlt den russischen Offizieren, im Augenblicke, wo der polnische Aufstand beginnen sollte, mit ihren Truppen in Litauen und Rotrußland einzurücken und das Volk mit der Losung „Land für

alle" aufzurütteln [1]). Dieser Ruf, sagt Herzen, wird ein lautes Echo finden am Don, im Ural, an der Wolga.

Derart waren die offiziellen Beziehungen zwischen den radikalen polnischen und russischen Kreisen. In seinen späteren „Erinnerungen" erzählt Herzen, er habe schon damals an der polnischen Bewegung und an der Zweckmäßigkeit eines Bündnisses der russischen Revolution mit der polnischen gezweifelt, Bakunin aber habe mächtig auf ihn eingewirkt und zu diesem Bündnis gedrängt. Wir haben keinerlei Grund, Herzen keinen Glauben zu schenken; doch war die Lage damals jedenfalls so, daß die russischen Revolutionäre von ihrem Standpunkt aus gar nicht anders vorgehen konnten, als sie es eben taten. Kein grundsätzliches Argument ließ sich gegen ein Bündnis mit den Polen geltend machen, die tatsächlich die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden anstrebten und ein unabhängiges Staatswesen gründen wollten. Der einzige strittige Punkt war der in Litauen und Rotrußland zu entfachende Aufstand ohne eine vorhergehende Untersuchung darüber, ob die Bewohner gemeinsam mit den Polen einen Staat gründen wollten. Aber die Polen konnten darauf antworten, daß man die allgemeine Stimmung nur schwer erkennen könne, solange die russische Regierung im Lande herrsche. Dieser Einwand wog allerdings nicht schwer, zweifelte doch z. B. niemand daran, daß sich das Königreich Polen, das gleichfalls von russischem Militär besetzt war und unter russischer Verwaltung stand, von Rußland freimachen wollte. Herzen konnte jedoch die Frage, wie sich die Verhältnisse in Litauen und Rotrußland gestalten würden, ruhig unbeantwortet lassen, wußte er doch genau, daß die Polen nicht stark genug sein würden, diese Länder zur Vereinigung mit

---

1) Herzen sagt nicht, ob er den gesamten Grund und Boden meint oder nur jenen, den die Bauern vor 1861 für sich bebauten. Die erstere Annahme ist wahrscheinlicher. Der Redakteur der „Glocke" war damals sehr radikal. Herzen erkannte zwar den Wunsch der Polen, eine Föderation mit Litauen und Rotrußland abzuschließen, völlig an, machte jedoch geltend, das gleiche Bestreben des russischen Volkes würde völlig verständlich sein. Auf diese Weise prophezeite er von vornherein den Wettbewerb Rußlands und Polens um ein Bündnis mit diesen Ländern.

Polen zu zwingen. Wollten die Litauer, Weiß- und Kleinrussen keine föderative Vereinigung mit Polen, so konnten sie ihren Willen bereits während des Aufstandes kundtun. Herzen „lieferte also den Polen kein Volk aus“, wenn er mit der polnischen revolutionären Bewegung ein Bündnis schloß. Schon seit 1860 bildete die polnische Bewegung in Rußland selbst ein revolutionäres Ferment; diese Bewegung war eine politische Macht, mit der man rechnen mußte; sie war für die russische Revolution ein durchaus erwünschter Verbündeter.

Es ist charakteristisch, daß General Mieroslawski [1]), einer der hervorragendsten polnischen Emigranten, in dem man vielfach den Führer des künftigen polnischen Aufstandes sehen wollte, die Abgeordneten des Zentralkomitees mit Schmähungen überschüttete, weil sie angeblich während der Unterhandlungen mit Herzen diesem allzusehr entgegengekommen seien. Mit Recht tadelte Bakunin in einem offenen französischen Briefe dieses Vorgehen des Generals auf das allerschärfste.

Ende November oder Anfang Dezember kam Padlewski nach Petersburg, um Beziehungen mit „Land und Freiheit“ anzuknüpfen. Der „Herr mit dem Zwicker“ meldete dem Komitee die Ankunft des polnischen Abgesandten. Padlewski berichtete, der Aufstand könne und würde unfehlbar ausbrechen, falls die Regierung sich tatsächlich zu einer Rekrutenaushebung entschließen sollte. Auf die Frage, ob die Polen irgendeine Unterstützung von „Land und Freiheit“ erwarten könnten, antwortete das Komitee, nachdem es in einer Sitzung einen entsprechenden Entschluß mit Stimmenmehrheit gefaßt hatte, „Land und Freiheit“ stehe zwar den Polen sehr freundschaftlich gegenüber und würde sie gern unterstützen, sei aber nicht imstande, tatkräftige und namhafte Hilfe zu leisten, da sich die Organisation selbst erst im An-

---

1) Mieroslawski zeichnete sich weder durch Kühnheit noch durch politische Ehrlichkeit aus. Unter den Papieren von Andreas Zamojski fand die russische Polizei einen phantastischen Entwurf, in dem er empfahl, soziale Aufstände in Rußland hervorzurufen, um es machtlos zu machen. Wer aber derartige Aufstände in Polen beginnen würde, über den sollte die Todesstrafe verhängt werden. Der Plan rief selbst unter den polenfreundlichen Russen eine furchtbare Empörung hervor.

fangsstadium befände und nicht über die entsprechenden Kräfte verfüge. Unabhängig von der Organisation könnten zwar hier und da elementare Bauernunruhen ausbrechen, aber es sei schwer, hierüber etwas Sicheres auszusagen. Pantielejew [1]) versichert, das Komitee habe an Padlewski hinsichtlich Litauens und Rotrußlands Fragen gestellt und die Antwort erhalten, die beiden Länder würden, einmal vom russischen Joch erlöst, selber durch Volksabstimmung entscheiden, ob sie sich mit Polen vereinigen oder andere Beschlüsse fassen wollen [2]).

Die Unterhandlungen mit Padlewski führten Utin und der „Herr mit dem Zwicker". Der erstere versuchte den polnischen Abgesandten davon zu überzeugen, daß ein Aufruhr, der in der allernächsten Zeit schon ausbrechen würde, unglücklich enden müßte, worauf dieser antwortete, es sei den Polen gleich, ob sie 200000 Mann im Kampfe oder nach entfernten Gouvernements in die Reihen des russischen Heeres verlören. Pantielejew erzählte, die Nachricht von dem bevorstehenden polnischen Aufstand habe auf alle Komiteemitglieder, mit Ausnahme des „Herrn mit dem Zwicker", einen betäubenden und gleichzeitig niederschmetternden Eindruck gemacht. Sie seien überzeugt gewesen, daß die Polen ihrem sicheren Untergange entgegengingen.

Padlewski beauftragte den Artillerieoffizier Wladislaus Kossowski, die Beziehungen zu „Land und Freiheit" aufrecht zu erhalten; Kossowski wurde später durch Opocki, einen Beamten aus dem Ministerium der Staatsgüter, ersetzt; für Opocki sprang noch später der Doktor N. ein. Im Namen der russischen Organisation trat anfangs Utin und späterhin Pantielejew auf.

Bald darauf verreiste der „Herr mit dem Zwicker" ins Ausland. Er war es wahrscheinlich, der, wie man aus den „Erinnerungen" Herzens ersieht, diesem vorschlug, der ausländische Vertreter von „Land und Freiheit" zu werden. Herzen nahm den Vorschlag jedoch nicht an, wahrscheinliich wollte er sich nicht einer Organisation gegenüber binden, deren Führer er nicht

---

1) Aus den „Erinnerungen an die Vergangenheit" S. 297—300.

2) In seiner „Geschichte zweier Jahre" (in polnischer Sprache) berichtet Przyborowski über Padlewskis Aufenthalt in Petersburg völlig phantastische Dinge, die oft in genauem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen.

genügend kannte, wenn er auch mit ihren Ansichten vielfach übereinstimmte. Der „Herr mit dem Zwicker" verbreitete in London übertriebene Mitteilungen über „Land und Freiheit"; er erklärte, die Organisation zähle in Petersburg allein 300, in der Provinz aber 3000 Mitglieder; weder Herzen noch Bakunin schenkten jedoch diesen Mitteilungen Glauben.

Die Tätigkeit von „Land und Freiheit" war eine Zeitlang sehr rege gewesen; die erste Nummer der „Freiheit" hatte einen Erfolg bedeutet, dann aber kamen schlimme Tage. Nichtsdestoweniger erschien 1863 eine zweite Nummer der „Freiheit". Sie sollte in erster Reihe die Adressen der „treuen Untertanen" beleuchten, die damals aus verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen anläßlich des polnischen Aufstandes und der Haltung einiger europäischer Staaten an Alexander II. gerichtet wurden. Bekanntlich hatten England und Frankreich an Rußland Noten wegen der Polenfrage geschickt; es hatte den Anschein, als würde es zum Kriege kommen, und diese Tatsache weckte den russischen Chauvinismus. Nummer 2 der „Freiheit" weist spöttisch darauf hin, daß diese Adressen der treuen Untertanen Menschen, die über den Stand der Dinge in Rußland im unklaren seien, noch mehr verwirren müßten. Die Dinge lägen aber in Rußland in jeder Beziehung schlecht. Die Nummer bespricht nun den wirtschaftlichen und politischen Zustand des Landes, die Lage der Presse usw.; der scharfe Despotismus der Regierung wird angegriffen, die Unfähigkeit der Regierung, Reformen durchzuführen, beleuchtet; endlich versucht das Blatt nachzuweisen, die Manifestationen der treuen Untertanen seien von der Regierung künstlich hervorgerufen worden [1]).

Bald nach dem Ausbruch des polnischen Aufstandes wandte sich Kossowski an „Land und Freiheit" mit der Bitte um eine militärisch-topographische Karte der litauisch-rotrussischen Gouvernements, die er auch durch die Vermittlung eines Offiziers aus dem Generalstab erhielt. Ein andermal ließ er durch Utin vorschlagen, die Partei möge die Gelegenheit, da Peters-

1) Nummer 1 der „Freiheit". Neudruck in „Biloje", Septemberheft 1906, S. 189—192.

burg fast ganz von Militär entblößt sei, jetzt wahrnehmen. Doch war „Land und Freiheit“ zu schwach, um irgendeine Demonstration zu unternehmen. Ein andermal wieder schlug er dem Komitee einen Überfall auf einen Transport von 6 Millionen Rubel vor, die aus Petersburg mit der Bahn fortgeschafft wurden. Einige Komiteemitglieder aus dem Kaukasus erklärten sich bereit, den Angriff zu wagen, das Komitee erklärte jedoch den Plan wegen der allzu geringen Zahl an Freiwilligen für zu schwierig. Im Sommer kam Malachowski aus Wilna nach Petersburg und flehte das Komitee an, es möge irgend etwas unternehmen, um die Regierung in Verwirrung zu bringen und so den Aufstand zu unterstützen [1]). Es war klar, daß „Land und Freiheit“ nichts Derartiges unternehmen konnte. Gegen Ende des Winters 1863 kam Kieniewitsch nach der Hauptstadt und schlug vor, man möge Bauernunruhen ins Leben rufen. Das Komitee antwortete, die Organisation sei höchstens in der Lage, eine Rebellion in einer Gemeinde zu erregen, Aufstände aber seien unmöglich. „Land und Freiheit“ vermochten den Polen nur einige geringfügige Dienste zu leisten, die Organisation erleichterte z. B. die Flucht einiger hervorragender polnischer Revolutionäre aus dem Gefängnis, unter denen sich auch Donbrowski befand. Der Versuch, durch einen gefälschten Ukas eine Bauernbewegung im Wolgagebiet hervorzurufen, war ein polnisches Unternehmen, an dem sich jedoch einige Russen beteiligten; doch taten sie es als Privatpersonen und nicht als Mitglieder von „Land und Freiheit“.

„Land und Freiheit“ kam 1863 nur wenig vorwärts. In einer kleinen Schrift unter dem gleichen Titel, die wahrscheinlich im März dieses Jahres herauskam, ist allerdings von einer Vereinigung verschiedener revolutionärer Gruppen mit der Organisation die Rede. Das gleiche berichtet Herzen in der „Glocke“ vom 1. März, aber Pantielejew weiß nichts davon und, was wichtiger ist, wir finden keinerlei Spuren, die für eine Stärkung der Organisation um diese Zeit sprechen.

„Biloje“ [2]) hat ein Stück aus dem Schriftchen „Land und

1) Ebenda S. 304.

2) Jahrgang 1907, Januarheft S. 151—153.

Freiheit" abgedruckt, worin berichtet wird, eine militärische Organisation im Königreich Polen habe sich der Partei angeschlossen. Offenbar waren alle diese Gruppen, die zur Organisation hinzukamen, sehr klein und von geringer Dauer, so daß ihr Anschluß keinerlei bedeutende Ergebnisse zeitigte.

Der Kreis in Moskau verfiel, als Mosotow verhaftet wurde; Utin mußte ins Ausland fliehen. Die Reaktion, die sich der russischen Gesellschaft nach dem mißlungenen polnischen Aufstand bemächtigt hatte, erschwerte die Tätigkeit der Partei. Um die Zeit erfuhr auch die Zusammensetzung des Komitees eine Änderung. Vor der Abreise Utins trat Sudakiewitsch ein, dann wurden noch einige weitere Personen aufgenommen. Der Zusammenhang mit der Provinz war sehr lose, und man erfuhr infolgedessen nie recht, was in den verschiedenen Städten vorging.

Zu diesen Ursachen, die die Entwicklung von „Land und Freiheit" hintanhielten, kam noch ein grundsätzlicher Mangel hinzu: die Partei besaß kein Programm für die Gegenwart. Die Partei übte in der Tat keine breitangelegte Massenagitation im Volke aus, sie kam mit ihm überhaupt nicht in Berührung. Die Grundsätze, die die Partei predigte, waren in der Intelligenz verbreitet, auch in den weiteren sozialen Schichten war man mit ihnen einverstanden, soweit sie Rußland betrafen. Irgend etwas mußte geschehen, aber gerade hier lag auch die Schwierigkeit: Was sollte man eigentlich tun? Von einer bewaffneten Massenbewegung konnte nicht die Rede sein, an eine Manifestation ohne eine große Volksbeteiligung war ebenfalls nicht zu denken; eine elementare Bauernbewegung brach nicht aus; zu einer militärischen Verschwörung, wie die vom Dezember 1825, fehlten die nötigen Kräfte; an terroristische Attentate dachte damals niemand, und es ist zweifelhaft, ob dieser Gedanke damals Anklang gefunden hätte. So war denn die Lage von „Land und Freiheit" äußerst schwierig.

Zu Beginn des Jahres 1864 wahrscheinlich beschloß das Komitee, in Anbetracht der schwierigen Lage der Organisation, aus der sich keinerlei Ausweg darbot, die Partei aufzulösen. Sudakiewitsch brachte einen Antrag ein, „Land und Freiheit"

habe sich unter günstigeren Umständen aufs neue zu organisieren. Er wurde angenommen.

Pantielejew nimmt nicht mit Unrecht an, die weiteren Reformen Alexanders II., also die Reform des Gerichtswesens und andere, die eine große Anzahl gebildeter Beamten erforderten und so den Wünschen einzelner, der Gesellschaft zu dienen, entgegenkamen, seien der Grund gewesen, daß ein Teil der Intelligenz namentlich zu Beginn des Jahres 1864 und auch noch in den folgenden Jahren sich von der revolutionären Bewegung zurückgezogen habe.

„Land und Freiheit“ bestand nicht ganz zwei Jahre und trug in dieser Zeit viel dazu bei, in Rußland den Gedanken von Freiheit und Gerechtigkeit in sozialer und nationaler Beziehung zu verbreiten. Nach den großen Bränden von 1862, noch mehr aber nach dem Ausbruch des polnischen Aufstandes von 1863 stieß die Organisation jedoch auf immer wachsende Schwierigkeiten. Im Schoße der Regierung und auch innerhalb der Gesellschaft entstand und entwickelte sich eine immer stärkere Reaktion.

Zu Beginn des Jahres 1864 stand die russische revolutionäre Bewegung am Scheideweg. Die Versuche, die der „Großrusse“ angebahnt und die „Land und Freiheit“ teilweise weitergeführt hatte und die dahin gingen, die radikal-demokratischen und die liberalen Elemente um ein gemeinsames politisches und soziales Programm zu sammeln, waren zunichte geworden; die radikal-soziale Bewegung, die sich in revolutionären Formen bewegte, mußte sich von der liberalen trennen, die weniger kühn vorging und sich in gesetzmäßigen Schranken hielt. Als die revolutionäre Bewegung sich von der liberalen lossagte, hatte sie drei Möglichkeiten vor sich: sie konnte eine Verschwörungspartei werden, die sich auf der Tätigkeit kleiner geschmeidiger Organisationen aufbaut, die die Regierung und ihre Vertreter angreifen; sie konnte zur Massenagitation greifen, die allerdings gleichfalls geheim bleiben mußte, und eine Geheimorganisation gründen, die in erster Reihe dahin zielen mußte, unter den breiten Massen der städtischen und ländlichen Bevölkerung eine revolutionäre Bewegung ins Leben zu rufen; sie konnte endlich einen Mittel-

weg zwischen diesen beiden Formen wählen und die Massenaktion mit der Verschwörungstätigkeit paaren. In der Geschichte der russischen revolutionären Bewegung hat jedes einzelne dieser drei Systeme zu verschiedenen Zeiten die Hauptrolle gespielt; erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann eine teilweise Verschmelzung.

XVIII.

Der polnische Aufstand brach in der Nacht zwischen dem 22. und 23. Januar 1863 aus. Die Rekrutenaushebung, die Wielopolski durchführte, beschleunigte ihn, doch kann man als zweifellos annehmen, daß der bewaffnete Aufruhr auch ohne sie innerhalb der nächsten sechs Monate oder innerhalb des nächsten Jahres ausgebrochen wäre. Die Stimmung der polnischen Revolutionäre führte notwendig zur offenen Revolution.

An der Spitze der Partei, die für den bewaffneten Aufstand war, standen Leute, die sich rückhaltlos der Revolution hingaben; sie waren außerordentlich tatkräftige und vorzügliche Verschwörer, aber jeder politische Sinn ging ihnen ab; sie unterstützten ihre Pläne nicht durch eine gewissenhafte und allseitige Untersuchung der Tatsachen, sie ließen sich von ihrem Gefühl treiben und glaubten einfach an den Aufstand.

Als die Rekrutenaushebung feststand, entschlossen sich die Führer der Partei zum Aufstand, obgleich sie unvorbereitet waren. Die Organisation unter der Zivilbevölkerung war vortrefflich, die militärische dagegen sehr schwach und voller Mängel. Im Lande selbst fehlte es an Waffen, die Abteilungen der Aufständischen waren geringfügig.

Sofort nach Ausbruch des Aufstandes erließ die Volksregierung ein Manifest, in dem sie die geplante Reform der bäuerlichen Verhältnisse auseinandersetzte; die Bauern, die ein Stück Grund vom Gutsbesitzer gegen Zins oder Frondienst [1]) bewirtschafteten, sollten es zu eigen bekommen; auch diejenigen Bauern, die kein Feld hatten, die also nicht seit Generationen

1) Die Leibeigenschaft war 1807 im Fürstentum Warschau aufgehoben worden. Die Bauern wurden als „frei“ erklärt, aber der Grund und Boden verblieb den Gutsherren.

die Nutznießung von gutsherrschaftlichem Boden besaßen und Landarbeiter verschiedener Art waren, sollten ein Stück Grund und Boden als Eigentum erhalten, sofern sie sich am Aufstand beteiligten. Die Gutsbesitzer sollte das Land aus eigenen Mitteln entschädigen.

Die Volksregierung beauftragte die Geistlichen, das Dekret über die Ausstattung der Bauern mit Grund und Boden von der Kanzel zu verkünden, die Truppen der Aufständischen sollten es verwirklichen. In denjenigen Teilen des Landes, wo sie tatsächlich die Macht hatten, wurde das Dekret von den aufständischen Zivil- und Militärbehörden auch genau durchgeführt.

Es steht heute fest, daß die Regierung den Aufstand hätte im Keime ersticken können. Im Königreich Polen standen etwa 100000 Mann des russischen Heeres, die mit allem Nötigen ausgerüstet waren. Dieser großen Streitkraft konnten die Aufständischen anfangs nur einige tausend Mann gegenüberstellen, die überdies schlecht ausgerüstet waren. Die Festungen waren sämtlich in der Hand der Regierung. Sie hatte also das vollkommene Übergewicht und war überdies über die Vorbereitungen zum Aufstand genau unterrichtet. In Petersburg selbst wurde er durchaus nicht leicht genommen. Und doch benahm sich die Regierung im Königreich Polen nach dem Ausbruch des Aufstandes höchst ungeschickt und erteilte mitunter so sonderbare Befehle, daß der Verdacht aufkommen könnte, sie habe anfangs wenigstens eine augenblickliche Ausbreitung des Aufstandes gewünscht.

Welchen Grund mochte dies Vorgehen haben? Die Geschichtschreiber der Zeit von 1863 und 1864 sind verschiedener Meinung; die einen glauben, die Regierung habe beabsichtigt, die Bewegung erst anwachsen zu lassen, um dem polnischen Volke dann eine um so empfindlichere Niederlage bereiten zu können; andere wieder meinen, die Regierung in Warschau habe die Kräfte der Bewegung überschätzt, und noch andere endlich sind der Ansicht, der Großfürst Konstantin habe ehrgeizige Pläne verfolgt.

Die preußische Regierung bot sofort sowohl in Petersburg als auch in Warschau ihre Hilfe an. Der Vorschlag wurde von

der Zentralregierung freundlich, von der in Warschau dagegen spöttisch entgegengenommen. Aber auch in Petersburg dachte man nicht daran, die Dienste des gefälligen Nachbars in Anspruch zu nehmen.

Schon in den ersten Monaten des Aufstandes wurde klar, daß er mißlungen war. Die Bauern schlossen sich nur teilweise an; es fehlte an Waffen und Mitteln. Die Partei der „Weißen“ nahm erst dann an dem Aufstand teil, als es ihnen gelungen war, Napoleon III. dahin zu bringen, der russischen Regierung eine Note zur Verteidigung der Polen zu übersenden. Infolgedessen ließ sich denn auch nach den ersten Monaten eine Verstärkung des Aufstandes merken; die Reihen der Aufständischen füllten sich mit neuen Leuten, ein Teil des Hochadels und des Bürgertums ließ es nicht an Unterstützungen fehlen. Gleichzeitig aber drangen Konservative in die leitenden Kreise des Aufstandes ein. Diese Leute fürchteten sich vor einer Volksbewegung, die Durchführung des Dekrets, das den Bauern Grund und Boden zusagte, war ihnen gleichgültig. Gegen Ende des Jahres 1863 und zu Beginn von 1864 schlossen sich die Bauern, infolge der Taktik der Aufständischen in den ersten Monaten, immer mehr der Bewegung an; aber es fehlte jetzt an Waffen für diese Freiwilligen.

Sowohl vor dem Ausbruch des Aufstandes als auch später bestand unter den Führern ein Kampf um die Richtung und die Form der Bewegung und um die Macht selbst.

Aus dem Königreich Polen sprang der Aufstand nach Litauen und Weißrußland über. In Zmudz (im Gouvernement Kowno) nahm er einen verhältnismäßig großen Umfang an, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß sich die Geistlichkeit hier stark an der Bewegung beteiligte und der Aufstand eine katholische Färbung erhielt: die Bauernschaft von Zmudz war eifrig katholisch. In Weißrußland war die Bewegung sehr schwach, mit Ausnahme des Gouvernements Kowno, das einige ganz polnische und einige vorwiegend polnische Kreise umfaßt.

Eine furchtbare Enttäuschung harrte der Aufständischen in Wolhynien, Podolien und in der Ukraine; die Bauern nahmen die polnischen Revolutionäre gefangen und übergaben sie der

russischen Regierung; mitunter brachten sie sie auch auf entsetzliche Weise um.

Für alle nüchtern denkenden Menschen war es klar, daß das Postulat vom historischen Polen eine verderbliche Illusion war.

Die diplomatischen Noten von England und Frankreich scheiterten an der Gleichgültigkeit Österreichs und der drohenden Haltung, die Preußen gegen die Polen annahm. Keiner dieser Staaten griff zu den Waffen. Die russische Regierung, der die Bewegung anfangs Angst eingeflößt hatte [1]), fühlte allmählich wieder festen Boden unter ihren Füßen. Fürst Gortschakow antwortete den westlichen Mächten sehr deutlich, der polnisch-russische Kampf sei eine innere Angelegenheit des russischen Staates, die Regierung würde von keiner Seite eine Einmischung dulden.

Der polnische Aufstand rief in erster Reihe deswegen die Reaktion der russischen Gesellschaft hervor, weil er seine Hand nach Litauen und Rotrußland ausgestreckt hatte. Nicht nur die Konservativen, sondern auch die ungeheure Mehrheit der Liberalen erklärte sich in diesem Kampf gegen die Polen und für die Regierung.

Mit verdoppelter Kraft und furchtbarer Grausamkeit warf die Regierung den Aufstand nieder, der zu Beginn des Jahres 1864 sich allmählich seinem Ende näherte.

Nach der völligen Unterwerfung des Landes führte die russische Regierung im Königreich Polen eine Reform der bäuerlichen Verhältnisse durch, die aus politischen Gründen hier weiter ging als in Rußland selbst; auch den Bauern in den westlichen Gouvernements wurden einige Zugeständnisse gemacht. Dann kamen die schweren Zeiten der Reaktion, die zwar von der Regierung ausging, aber auch in der Gesellschaft selbst immer mehr Boden gewann. Eine allgemeine Vernichtung begann, an 100000 Menschen, und zwar besonders tatkräftige und tüchtige, fielen auf dem Schlachtfeld oder gingen in Sibirien zugrunde. Neben den mittleren Schichten, also neben dem mittleren Adel,

1) Als Murawjew sich von der Kaiserin Maria Alexandrowna verabschiedete, äußerte sie ihren Wunsch, daß wenigstens Litauen bei Rußland verbleiben möge. Man rechnete also bereits mit dem möglichen Verlust von Polen.

dem Bürgertum und der Intelligenz hatten zahlreiche Fabrikarbeiter, Handwerker und endlich auch Bauern an dem Aufstand teilgenommen, und gerade darin liegt seine historische Bedeutsamkeit.

Von äußerst günstiger Wirkung war der Aufstand für Finnland. Alexander II. sah sich gezwungen, den Landtag einzuberufen und die Rechte des Landes zu bestätigen, was Nikolaus I. unterlassen hatte. Seit 1863 entwickelte sich dann auch Finnland besser als vorher.

Während des Aufstandes hatten die Polen versucht, im Gouvernement Kasan und ebenso in anderen Gouvernements längs der Wolga und Oka eine Massenbewegung zu entfachen und das Volk zum bewaffneten Aufstand zu bringen. Für die polnischen Revolutionäre handelte es sich darum, einen Teil der russischen Militärmacht aus dem Königreich Polen zu entfernen, was nur bei einem revolutionären Ausbruch im Innern Rußlands möglich gewesen wäre. Da ihnen aber durch das Komitee von „Land und Freiheit" bekannt war, daß man für die nächste Zukunft nicht auf eine bewußte und revolutionäre Volksbewegung rechnen konnte, beschlossen sie, durch ein gefälschtes kaiserliches Manifest die Bauern aufzuhetzen und zu Revolten zu reizen. In dem angeblichen Manifest hieß es, die Bauern würden Land ohne Entschädigung als Eigentum erhalten, die Armee würde aufgelöst und den Soldaten würde Grund und Boden von den Krongütern zuteil; Steuern und Militärdienst würden aufhören, die Bevölkerung aber würde das Recht bekommen, die Kreis- und Gouvernementsverwaltung zu wählen. Zum Schluß forderte das Manifest das Volk auf, sich gegen die Beamten zu erheben, die sich weigern würden, diese Bestimmungen durchzuführen. Gleichzeitig wollten die Verschwörer den Aufstand in Kasan beginnen.

Zu diesem Zwecke wollten sie dort auf eine Schar von polnischen politischen Gefangenen warten, die durch Kasan kommen mußten. Sie wollten die Gefangenen befreien und dann mit ihnen, den aus dem Gefängnis befreiten Verbrechern, einem Teil der Jugend in Kasan und 100 Personen, die aus Moskau kommen sollten, den bewaffneten Kampf beginnen. Man beschloß, die Kasernen zu überfallen, sich der Waffendepots und

der Regierungskasse zu bemächtigen. Die Wasserwege auf der Wolga und Oka sollten besetzt und die Schiffe auf diesen Flüssen beschlagnahmt werden. Dann wollte man den bewaffneten Aufstand aus Kasan in die anderen, an den beiden Flüssen gelegenen Gouvernements tragen.

Den ganzen Plan leiteten einige Polen, von denen etliche im russischen Heere als Offiziere dienten. Auch einige Russen aus den revolutionären Kreisen gesellten sich zu ihnen, aber wie wir bereits wissen, nicht in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Organisation. „Land und Freiheit" wußte von dem ganzen Plan gar nichts, und das Komitee verübelte es den Polen, daß sie ohne vorherige Verständigung mit ihm den Aufstand begonnen hatten.

Der Plan des Aufstandes war kühn angelegt, aber in seinen Grundzügen schon verfehlt, da er auf dem gefälschten Manifest aufgebaut war. Die Bewegung, die im Frühjahr 1863 begann, mißglückte sofort. Sogleich nach Verbreitung des Manifestes wurde der Regierung alles durch einen Verräter, einen Russen, hinterbracht [1]). Die bäuerliche Bevölkerung verhielt sich im allgemeinen passiv, nur im Gouvernement Pensa kam es zu größeren Unruhen. Mitunter leisteten die Bauern sogar der Regierung Dienste und verhafteten oder verrieten die Verschwörer.

Der Stabskapitän Iwanicki, der Leutnant Mrotschek, der Adlige Kieniewitsch und der Unterleutnant Stankiewitsch wurden durch das Kriegsgericht zum Tode verurteilt — die Hinrichtung erfolgte am 6. Juni 1863 —, Orlow, Majewski, Sosiewitsch, Nowicki, Olechowitsch wurden zu einigen Jahren Zwangsarbeit und zur nachherigen Ansiedlung in Sibirien unter Verlust ihrer sämtlichen Rechte verurteilt. Die weniger Schuldigen wurden durch die ordentlichen Gerichte auf administrativem Wege verurteilt.

Gegen Ende des nächsten Jahrzehnts tauchte abermals der Gedanke auf, einen Aufstand durch ein gefälschtes Manifest zu entfachen; es war diesmal der berühmte russische Revolutionär Stefanowitsch, der auf diese Weise Bauernaufstände hervorrufen wollte.

---

1) Wenigstens ist Pantielejew dieser Ansicht; dasselbe meint Strus in seiner Arbeit „Menschen und Ereignisse" (in russischer Sprache).

XIX.

War auch die innere Politik Rußlands gegen Ende des Jahres 1861 und namentlich nach den berühmten Bränden von 1862 und dem polnischen Aufstand von 1863 konservativ geworden, traf sie auch alle möglichen Maßnahmen gegen den Liberalismus in der Gesellschaft, so brach sie doch nicht völlig mit den reformatorischen Bestrebungen. Die Erinnerung an die Niederlagen im Krimkrieg, die Schwächung des Reiches nach innen und außen, die er zur Folge gehabt hatte, und endlich die sinkende Bedeutung Rußlands in Europa wirkten immer noch stark auf die führenden Kreise Petersburgs; man war hier noch immer zu einer Reihe von Reformen bereit, wenn sie nur die absolute Macht des Zaren nicht antasteten. Die Regierung bereitete eine Reform des Gerichtswesens, der Finanzverhältnisse und des Heerwesens vor und beabsichtigte in Gouvernements und Kreisen Organe der Selbstverwaltung zu schaffen. Diese Umwandlungen im Staatsleben füllten die Zeit von 1864 bis 1870 aus. Aber auch in diesen neuen Einrichtungen zeigte sich das Mißtrauen der Regierung gegen die Gesellschaft und die konservative Gesinnung der Regierungskreise. Das Kabinett in Petersburg wollte die anderen Staaten und die europäische Gesellschaft davon überzeugen, daß die Maßnahmen gegen die revolutionären und oppositionellen Elemente in Rußland und die Niederwerfung der aufständischen Polen die Regierung nicht an der Durchführung jener Reformen hindere, die sie selbst als nötig erachtete. Interessant ist in dieser Hinsicht ein Satz aus einem Briefe des Fürsten Gontscharow, des Ministers des Äußeren, an einen russischen Gesandten, den Tatischtschew in seinem berühmten Werk über Alexander II. anführt. Der Fürst formuliert die Politik seiner Regierung folgendermaßen: Man müsse dort Schranken aufrichten, wo die Ruhe oder das soziale Interesse gefährdet sei, namentlich wenn es sich um die Person des Herrschers selbst handle; aber man dürfe dabei nicht von jenen Reformen abgehen, die sich der Kaiser bei seiner Thronbesteigung vorgenommen habe; man dürfe weder schwach noch reaktionär sein.

Von allen Reformen gelang unstreitig die des Gerichtswesens am besten. Sie war gedanklich gut begründet und berücksich-

tigte die letzten Forderungen der Wissenschaft; bei der letzten Redaktion wurde sie jedoch von der konservativen Bureaukratie noch in einem Punkt wenigstens zuschanden gemacht. Die politischen und Preßvergehen wurden der Kompetenz der Geschworenengerichte entzogen; ebenso wurden für die Richter Auszeichnungen, Rangunterschiede und Orden zugelassen.

Sehr wichtig war die Einführung von Organen der Selbstverwaltung für die Gouvernements und Kreise; es waren die sogenannten Ziemstwos, denen später eine städtische Selbstverwaltung an die Seite gestellt wurde. Die Ziemstwos wurden aus Vertretern verschiedener Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt und beschäftigten sich in erster Reihe mit der Wirtschaft ihres Kreises und mit Kulturarbeit: mit dem Schulwesen, der Hebung der Landwirtschaft, der Sorge für Wege und Brücken, dem Spitalwesen usw. Die Ziemstwos konnten der Regierung auch Vorschläge über wirtschaftlich-soziale und kulturelle Bedürfnisse machen. In diesem Punkt eröffnete sich den neuen Einrichtungen auch die Möglichkeit politischen Vorgehens. Wenn die Ziemstwos auch nicht das Recht hatten, unmittelbar allgemein staatliche Reformen von rein politischem Charakter zu fordern, so konnten sie doch mittelbar, von den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen ihres Kreises ausgehend, mit der Initiative zu allgemeinen und politischen Reformen hervortreten. Es war Aufgabe des Gouverneurs, darauf zu achten, daß die Ziemstwos in ihren Beschlüssen und in ihrer Tätigkeit nicht die Kompetenz überschritten, die ihnen vom Gesetz zuerkannt war; in strittigen Fällen entschied der Senat.

Die Regierung bemühte sich sichtlich, die Ziemstwos auf ihre lokalen Angelegenheiten zu beschränken; alle möglichen Mittel wurden angewandt, um zu verhindern, daß die „verderbenbringenden“ freiheitlichen Bestrebungen in den neuen Einrichtungen Wurzel schlugen. So begann denn auch bald zwischen den Ziemstwo-Vertretern und der lokalen Verwaltung ein erbitterter Streit um den Einfluß auf das Volk; namentlich im Schulwesen tobte der Kampf. Sehr bald begann die Regierung, die eben geschaffenen Einrichtungen durch neue Verordnungen und Gesetze einzuschränken. Diese Politik der Regierung er-

reichte jedoch ihren Höhepunkt, wie wir noch sehen werden, erst unter Alexander III.

Die anderen Reformen, also die Reform der Presse, der Finanzen und des Heerwesens, besaßen noch größere Mängel und waren noch mehr durch halbe Maßnahmen gekennzeichnet. Die Reform des Heerwesens hob zwar das alte System auf, das auf den Zwangsdienst der nicht bevorrechteten Stände im Heer aufgebaut war, und führte die allgemeine Dienstpflicht ein.

Ich habe schon oben gesagt, daß die Reformen 1870 abgeschlossen wurden. Ihr endgültiger Charakter war jedoch schon einige Jahre vorher entschieden. Er war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Bestrebungen des fortschrittlich gesinnten Teils der Gesellschaft, den Revolutionären und dem Absolutismus. Ein großer Teil der Opposition war befriedigt, aber die ernsteren Gegner, ganz abgesehen von den Revolutionären, gingen wesentlich weiter und verlangten, das Reformwerk möge durch eine allgemein nationale Vertretung gekrönt werden. Nicht alle verstanden unter einer solchen Vertretung das gleiche; die einen wollten ihr eine größere, die anderen eine geringere Bedeutung beilegen; alle jedoch waren der Ansicht, eine solche Vertretung sei unbedingt als Gegengewicht gegen die unter dem Absolutismus allmächtig gewordene Bureaukratie nötig.

Die Slawophilen und naiven Vertreter der westlichen Richtung, wie Kawelin, hätten sich schon mit dem aufgeklärten Absolutismus zufrieden gegeben, sofern nur die Rechte der Ziemstwos erweitert worden wären, die Presse völlige Freiheit erhalten hätte und eine allgemeine Vertretung mit beratendem Charakter geschaffen worden wäre. Selbst sie fühlten sich durch die Reformen von 1864 bis 1870 nicht befriedigt.

Die Fehler der Reformen waren anfangs noch nicht allen klar; für die wirtschaftlich-soziale und kulturelle Arbeit in der Gesellschaft schien sich ein weites Feld zu öffnen. Erst später zeigte sich, daß die Regierung der Gesellschaft selbst auf diesem Gebiete gewaltige Hindernisse in den Weg legte; war sie doch gegen jede Tätigkeit, die sich eine allseitige Aufklärung der Massen zum Ziel setzte, von unendlichem Mißtrauen erfüllt; die

Presse, vor der die Regierung Angst hatte, wurde unaufhörlich geknebelt. Unstreitig aber hatten die obigen Reformen einen Teil der Gesellschaft eine Zeitlang beruhigt. Von Zeit zu Zeit forderte die eine oder andere Adelsversammlung irgendeines Gouvernements in allgemeinen Ausdrücken die Schaffung einer nationalen Vertretung. Derartige Forderungen, die während der Zeit des polnischen Aufstandes von 1863 mehr als einmal neben Versicherungen unwandelbarer Treue und aufrichtigen Patriotismus auftraten, wiederholten sich auch später noch.

Der Minister des Innern, Walujew, der mit diesen Forderungen des Adels und der Opposition überhaupt rechnete, unterbreitete schon am 13. April dem Kaiser Alexander II. einen Bericht, worin er darlegte, der Wunsch nach einer Volksvertretung werde sich schwerlich immer wieder zurückdrängen lassen; er riet daher zur Gründung einer Zentralinstitution, die sich aus Vertretern der Ziemstwos zusammensetzen und einen beratenden Charakter erhalten sollte. Die neue Körperschaft empfahl er, mit dem Staatsrat, einer bekanntlich ausschließlich bureaukratischen und beratenden Versammlung, in Verbindung zu bringen. Die Städte, mit Ausnahme der Hauptstädte, sollten neben den Ziemstwovertretern keine eigenen Abgesandten haben. Jedoch sollten Kijew, Riga und Odessa den Hauptstädten gleichgestellt werden. Die neue Körperschaft sollte den Namen „Zusammenkunft der staatlichen Ratgeber" tragen. Im ganzen sollten 180 Vertreter der Ziemstwos und der bevorrechteten Stände zusammentreten, 13 von ihnen sollten die Städte vertreten; um der Regierung jedoch einen starken Einfluß auf die Versammlung zu sichern, schlug Walujew vor, man möge auch staatlich ernannte Ratgeber vorsehen, deren Anzahl jedoch nicht mehr als ein Fünftel der vorhergehenden Gruppe betragen sollte. Die Versammlung sollte von einem staatlich ernannten Präsidenten und zwei erwählten Vizepräsidenten geleitet werden, ihre Beratungen vom Staatsrat getrennt abhalten und nur die vom Präsidenten des Staatsrats unterbreiteten Angelegenheiten besprechen, die sich mit den Plänen von Gesetzen und der Wirtschaft des Landes beschäftigten. Sollten die Beschlüsse der neuen Körperschaft in den entsprechenden Departements des Staatsrats oder

bei den Ministern auf Widerstand stoßen, so hätte eine Sitzung des gesamten Staatsrats stattzufinden, zu welcher die „Zusammenkunft der staatlichen Ratgeber" die beiden Vizepräsidenten und vierzehn, zu diesem Zwecke besonders gewählte Mitglieder zu entsenden hätte. Aber auch das Ergebnis einer solchen Abstimmung sollte für die Regierung nur einen Rat darstellen.

Obgleich dieser Vorschlag sehr unschuldig war, erlangte er doch nicht die Zustimmung Alexanders II. Im Jahre 1865 arbeitete der Bruder des Kaisers, Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, einen noch unschuldigeren Plan einer beratenden Körperschaft aus, die sich aus Vertretern des Volkes zusammensetzen sollte; auch dieser Plan wurde vom Kaiser nicht genehmigt. Die Reaktion, die nach dem mißlungenen Attentat Karakosows noch mehr um sich griff, untergrub derartige Entwürfe endgültig. Die Regierung fürchtete sich vor allen sozialen Körperschaften von zentralistischem Charakter, selbst dann, wenn sie nur beratend sein sollten. Man nahm in Regierungskreisen nicht ohne Grund an, eine derartige Körperschaft würde doch allmählich einen großen Einfluß im Volke gewinnen und sich mit der Zeit in ein wirkliches Parlament verwandeln.

Dieser Widerstand der Regierung mußte natürlich den Kampf zwischen ihr und jenem Teil der Gesellschaft, wo man grundsätzliche Veränderungen in der sozialen und politischen Ordnung Rußlands forderte, nur verschärfen.

XX.

Tschernischewski saß im Gefängnis. Die Hausdurchsuchungen, die bei ihm und anderen erfolgten, ergaben nichts, was für seine Anteilnahme an der revolutionären Bewegung gesprochen hätte; Herzen hatte in dem aufgefangenen Brief an Serno-Solowjewitsch zwar darüber gesprochen, daß er den „Zeitgenossen" mit Tschernischewski gemeinsam im Auslande herausgeben möchte; aber es war nur ein Vorschlag, keine Tatsache gewesen, und dieser Vorschlag war nicht einmal an Tschernischewski selbst gerichtet. Aber die Regierung sah trotzdem in Tschernischewski den Hauptanstifter der geistigen Erregung, sie hielt ihn auch für den Führer der revolutionären Bewegung und beschloß, ihn auf jeden

Fall zu verderben; sie fand in Wsiewolod Kostomarow einen Verräter, der selber belastend für Tschernischewski aussagte und allem Anscheine nach auch ein zweites verdächtiges Individuum noch zu solchen Aussagen brachte. Das genügte jedoch nicht, da Tschernischewski mit ungeheurer Geistesgegenwart und in wahrhaft meisterhafter Weise die belastenden Aussagen zurückzuweisen vermochte. Die Regierung nahm jetzt ihre Zuflucht zu gefälschten Dokumenten; sie fertigte Briefe an, die angeblich von Tschernischewski stammten, der aber auch diesmal „die Beweise" äußerst geschickt zurückzuschlagen verstand. Aber auch das half nicht [1]). Der Senat verurteilte ihn zu 14 Jahren Zwangsarbeit unter Entziehung aller Standesrechte und zur lebenslänglichen Verbannung nach Sibirien. Alexander II. setzte die Zwangsarbeit auf 7 Jahre herab, die übrigen Punkte des Urteils blieben in Kraft.

Tschernischewski arbeitete eifrig im Gefängnis; er beschäftigte sich mit Übersetzungen und schrieb seinen berühmten Roman „Was tun?" (Tschto dielatj?)

Das Werk hat zwar in künstlerischer Beziehung keinen sonderlichen Wert, ist aber gedanklich von großer Bedeutung. Kein anderes Buch in der russischen Literatur übte einen derartigen Einfluß aus. Tschernischewski entwickelte in ihm ein ganzes Programm, den Inbegriff seiner Anschauungen über Menschen legte er in diesem Roman nieder. Da er ihn im Gefängnis für den legalen „Zeitgenossen" schrieb, der nach einigen Monaten wieder erscheinen sollte, konnte er sich nicht mit rein politischen Fragen beschäftigen und völlig deutliche Forderungen stellen. Um so mehr Gewicht legte er auf soziale Angelegenheiten, auf Produktivgenossenschaften, auf das Zusammenleben von Menschen, die durch gleiche Anschauungen und Bestrebungen verbunden waren, in kleinen Gemeinschaften, auf die freie Verbindung zwischen Mann und Frau, die sich nur auf das gegenseitige Gefühl stützt und nur so lange gilt, als dies Gefühl währt. Die Erzählung enthielt zwar keine völlig neuen Gedanken, aber sie

1) Aus Raummangel gehe ich hier nicht auf die Einzelheiten dieses interessanten Prozesses ein, die Lemke in seiner schon mehrfach angeführten Arbeit bringt.

trug durch die plastische Form, in der hier eine neue Gesellschaft und neue Menschen gezeichnet wurden, viel zur Verbreitung dieser Ideen bei. Tschernischewski zeichnete hier auch zum erstenmal einen Typus, der später in Rußland noch eine große Rolle spielen sollte, den Berufsrevolutionär, der all seine Kraft und seine ganze Zeit der Sache der arbeitenden Klasse aufopfert.

Noch hinter Kerkermauern griff Tschernischewski die damaligen Verhältnisse in Rußland an. Die Behörden sahen das Werk im Manuskript durch und fanden nichts Verdächtiges daran, erst später wurde es durch die Zensur verboten.

Am 19. Mai 1864 wurde auf dem Mautplatz in Petersburg um 8 Uhr morgens die widerliche Komödie des sogenannten bürgerlichen Todesurteils an Tschernischewski vollzogen. Die ernste Stimmung der zahlreichen Menge, die sich eingefunden hatte, bewies, daß man den ungeheuren Schaden begriff, den Tschernischewskis Verurteilung für die russische Gesellschaft bedeutete, sie zeigte auch die Dankbarkeit, die man ihm entgegenbrachte. Tschernischewski selbst benahm sich vollkommen ruhig und sicher. Als die Zeremonie vollendet war, verabschiedete sich die Menge mit gerührten Ausrufen von dem Häftling.

Tschernischewski wurde in die Zwangsarbeit gebracht, später wurde er in Wilujsk in einem eigenen Hause wie in einem Gefängnis untergebracht. Er durfte nur in Begleitung eines Soldaten ausgehen. Die Regierung befürchtete, er könnte fliehen und wieder an die Spitze der Bewegung treten [1]). Als dieser große Schriftsteller von der sozialen Tätigkeit ausgeschlossen wurde, verwischte sich in der Gesellschaft sein Andenken als Politiker, als Schöpfer der Gruppe, die hinter dem „Großrussen“ stand, und als Begründer von „Land und Freiheit“ immer stärker; um so mehr, als man all diese Dinge nicht genau wußte, sondern mehr erriet. Die nachfolgende Generation ehrte Tscherni-

1) Im Winter 1864 sagte der Dichter Aleksej Tolstoi, der Alexander II. nahestand, während der Hofjagden zum Kaiser, die literarische Welt trage Trauer um Tschernischewski, der ungerecht verurteilt worden sei. Alexander unterbrach ihn mit dem Befehl, Tschernischewskis Namen nie zu nennen.

schewski als Denker, Nationalökonomen, Kritiker und Verfasser von „Was tun?“.

Der Prozeß gegen Nikolaus Serno-Solowjewitsch wurde 1865 abgeschlossen. In diesem Falle stand der Regierung mehr Beweismaterial zur Verfügung als im Prozeß gegen Tschernischewski. Er wurde zu zwölf Jahren Zwangsarbeit und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt. Infolge der Bemühungen seiner Mutter schlug der Staatsrat dem Kaiser vor, Serno-Solowjewitsch von der Zwangsarbeit zu befreien und ihn nur zu verbannen, womit Alexander II. einverstanden war. Das Urteil wurde am 27. April 1865 gefällt. Schon auf dem Wege in die Verbannung knüpfte Serno-Solowjewitsch mit hervorragenden polnischen Verschickten Beziehungen an und beteiligte sich mit großem Eifer an der Ausarbeitung eines Planes, wonach ein polnischer Aufstand unter Beteiligung der Russen in Sibirien am Baikalsee ausbrechen sollte. Bekanntlich brach dieser Aufstand, der eigentlich nur ein kleiner bewaffneter Aufruhr war, bereits nach dem Tode Serno-Solowjewitsch' 1866 aus; er schloß selbstverständlich mit einer völligen Niederlage; einige Anführer wurden zum Tode verurteilt, die übrigen schwer bestraft.

Am 9. oder 10. Februar 1866 starb Nikolaus Serno-Solowjewitsch in Irkutsk, allem Anschein nach an Typhus.

Die Regierung verfolgte nicht nur die Verschwörungen ausheckenden Revolutionäre, sie strafte auch noch diejenigen, die es wagten, mit einer offenen Kritik hervorzutreten. So wurde z. B. der Bauer Martianow zur Zwangsarbeit verurteilt, weil er aus dem Auslande einen Brief an Alexander II. geschrieben hatte, worin er der Bureaukratie Vorwürfe machte und die Einberufung eines Landestages forderte.

XXI.

Schon zu Zeiten Sajtschniewskis und seiner politischen Freunde waren, wie wir bereits wissen, unter der Moskauer Jugend sozialistische revolutionäre Ideen im Schwange. Die Verhaftungen im Jahre 1862, 1863 usw. vermochten nicht, diese Bewegung einzudämmen.

Die Untersuchung im Prozeß Karakosow[1]) ergab, daß 1863 in Moskau eine sozialistische Gruppe entstanden war, die in kurzer Zeit schon zu einer ausgebreiteteren Tätigkeit übergehen wollte. Die Gruppe wollte die Propaganda für ihre Ideen in weite Kreise tragen, Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung und Werkstätten mit gemeinsamem Eigentum gründen; sie dachten sogar an die Gründung großer Fabriken nach diesen Grundsätzen. Schulen aller Art sollten errichtet werden. Es kam in der Tat zur Errichtung einiger Werkstätten; eine Buchbinderei, eine Schneiderwerkstatt entstand, eine gegenseitige Unterstützungskasse der Übersetzer und Übersetzerinnen wurde gegründet. Die Mitglieder der genannten Gruppe suchten eine Wattefabrik im Kreise Moschinsk käuflich zu erwerben, eine andere wollten sie auf sozialistischer Grundlage im Sisdriner Kreise gründen; in den Schulen der Gesellschaft, von denen manche mit, andere ohne Wissen der Regierung gegründet wurden, hatte der Unterricht eine offen regierungsfeindliche Richtung.

Die Mitglieder der Gruppe wollten den bestehenden politischen und sozialen Zustand durch mündliche und schriftliche Propaganda untergraben, Bauernaufstände gegen die Gutsherren und die Regierung hervorrufen, die die soziale Revolution und die Umwälzung des Staates erst vorbereiten sollten. Der Grund und Boden sollte das Eigentum des Volkes werden, Fabriken und Werkstätten jenen zugehören, die in ihnen arbeiteten. Welcher Art eigentlich ihr sozialistisches System war, wissen wir nicht, da die bisher veröffentlichten Dokumente hierüber nicht genügend Klarheit geben. Die Mittel zur Erreichung ihrer Ziele brachten die Mitglieder nach Möglichkeit selbst auf, da einige von ihnen wohlhabend waren; doch beabsichtigten sie, sich auch auf andere Weise Geld zu verschaffen: Postzüge sollten überfallen, Diebstähle unternommen werden; ein junger Mensch namens Viktor Fiedsiejew erklärte sich sogar bereit, seinen Vater zu vergiften und die Erbschaft auszufolgen. Die Gruppe plante auch eine Geheimdruckerei, um revolutionäre Schriften herauszugeben. Da

---

1) **Basilewski**, Die politischen Verbrechen in Rußland im 19. Jahrhundert (in russischer Sprache), S. 249—255. 256—258. 262. 274.

sie sehr wohl begriffen, daß ihnen ein verständiger, abgeklärter Führer fehlte, beschlossen sie, Tschernischewski zu befreien. Er sollte an die Spitze der Bewegung treten und die Zeitschrift redigieren; auch die Befreiung Serno-Solowjewitsch' wurde beschlossen.

Im Jahre 1865 nahm die Gruppe ausgeprägtere Formen an und nannte sich jetzt „Die Organisation". Verschiedene Vorschläge zu Satzungen wurden gemacht, einer scheint sogar angenommen worden zu sein, doch wurde er nach dem Anschlag vom 4. April 1866, von dem noch die Rede sein soll, aus Angst vor einer Hausdurchsuchung vernichtet.

Bezüglich der Taktik herrschten unter den Mitgliedern der „Organisation" weitgehende Unterschiede; eigentlich teilten sie sich in drei Parteien: in die Ipatowzy (so genannt nach dem Hauseigentümer, bei dem sie wohnten), zu ihnen gehörten Ischutin, Karakosow, Jurasow, Jermolow, Stranden und Sagibalow: sie dürsteten nach Taten und planten den Untergang Alexanders II.; die zweite Gruppe waren die Matinincy (von dem Namen Matinin abgeleitet, bei dem sie wohnten): Matinin, Motkow, Kotschin und Alexander Iwanow; die dritte Gruppe waren die Saratower (die aus dem Gouvernement Saratow stammten), hierzu gehörten Sobolew, Berisow, Sergiejewski, Woskresienski, Polumordwinow und Lapkin. Die Matinincy und Saratower waren für gemäßigtere Kampfmittel und wollten das Hauptgewicht auf die Propaganda und Agitation legen; sie scheinen auch gegen den Terrorismus gewesen zu sein. Die erstere Gruppe hatte nähere Beziehungen zu den Ipatowzy als die Saratower und war teilweise in die Angelegenheiten dieser Gruppe mit verwickelt[1]).

Hinter diesen Gruppen standen noch einzelne Personen, die sich bald der einen, bald der anderen der bestehenden drei Gruppen zuwandten; auch einige kleinere Kreise bestanden. Die Mitglieder waren in erster Reihe Studenten von der Universität und der landwirtschaftlichen Akademie, Gymnasiasten, lauter ganz junge Leute.

---

1) „Biloje", Jahrgang 1906, Band IV, S. 290—296: „Aufklärende Bemerkungen über die Verbrechen der Mitglieder der revolutionären Gesellschaft ‚Organisation'".

Gegen Ende des Jahres 1865 fuhr Ischutin, wohl das wichtigste Mitglied der „Organisation", nach Petersburg, wo er von Rudiakow Einzelheiten über die „Internationale" erfuhr, die damals gerade kürzlich gegründet worden war. Rudiakow muß selbst ungenügende Kenntnisse gehabt haben, da er sich die „Internationale", wie aus dem Anklageakt hervorgeht, mehr als eine Verschwörungsgesellschaft vorstellte, die unvermittelt eine völlig neue soziale Ordnung einführen wollte, statt sie als Massenorganisation zu begreifen, die eine allmähliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen nach verschiedenen Richtungen anstrebte. Ischutin teilte seinen Kameraden die Nachrichten mit, die er in der Hauptstadt gesammelt hatte. Zusammen mit seinen nächsten Kameraden innerhalb der „Organisation" beschloß er, in ihrer Mitte eine engere Gruppe zu gründen, die den direkten gewaltsamen Kampf mit der Regierung aufnehmen, namentlich aber terroristische Attentate unternehmen sollte. Die Gruppe sollte „Die Hölle" genannt werden. Zu einer formellen Organisation scheint es jedoch nicht gekommen zu sein.

Unter den nächsten Kameraden Ischutins war auch Karakosow, der 1866 25 Jahre zählte. Er war von adliger Abstammung, hatte erst in Kasan, dann in Moskau studiert, und war aus dieser Universität anläßlich studentischer Unruhen zeitweilig ausgeschlossen worden. Er war verschlossen, standhaft und zu den gewaltsamsten revolutionären Handlungen bereit, obgleich er schwächlich war.

In der ersten großen Fastenwoche begab sich Karakosow nach Petersburg mit dem geheimen Entschluß, Alexander II. zu töten. Er suchte erst die Lage in Petersburg kennen zu lernen, sah sich in den revolutionären Kreisen um, verbreitete unter Handwerkern und Arbeitern einen von ihm selbst verfaßten regierungsfeindlichen Aufruf [1]) und bereitete sich auf die Ausführung seines Planes vor. Unterdessen begannen seine nächsten Kameraden den Zweck seiner Reise zu erraten. Obgleich sie grundsätzlich mit einem Attentat auf Alexander einverstanden waren, hielten sie doch den Augenblick für ungeeignet; sie

1) Über den Inhalt dieses Aufrufs wissen wir nichts Näheres.

wollten erst ihre Kräfte sammeln und einen größeren Anhang unter dem Volke gewinnen. Viele von ihnen wollten im Frühjahr des gleichen Jahres in ländliche Gegenden in verschiedenen Gouvernements wandern und Propaganda treiben. Überdies zweifelten sie an dem glücklichen Ausgang des Anschlags, da ihnen Karakosows Krankheit und seine Nervosität bekannt war. Sie beschlossen daher, ihn durch zwei Abgesandte von seinem Vorhaben zurückhalten zu lassen. Karakosow versprach, sich nach ihren Wünschen zu richten. Bald darauf schrieb ihm Ischutin, der mit ihm verwandt war, einen Brief und berief ihn nach Moskau. Karakosow kehrte tatsächlich am Karfreitag zurück, fuhr aber schon am darauffolgenden Mittwoch wieder nach Petersburg. Am 4. April alten Stils feuerte er im Sommergarten eine Pistole gegen Alexander II. ab, der gerade im Begriffe war, in seinen Wagen zu steigen. Ein Bauer, namens Komissarowo, rettete den Kaiser, indem er Karakosows Arm packte. Die Menge umringte den Mörder und wollte ihn in Stücke reißen. „Esel," rief Karakosow ihnen zu, „es geschah ja um euretwillen."

Auf die Frage des Kaisers, ob er ein Pole sei und warum er geschossen habe, antwortete er, er sei ein geborener Russe und habe geschossen, weil der Kaiser dem Volke nicht den versprochenen Grund und Boden gegeben habe[1]).

Das Attentat machte in ganz Rußland, namentlich aber in der Hauptstadt selbst, einen niederschmetternden Eindruck. Michajlowski erzählt in seinen „Erinnerungen", man könne sich heute kaum eine Vorstellung von der Stärke dieses Eindrucks machen. Gleich nach dem Attentat begannen in der Gesellschaft endlose Loyalitätserklärungen für den Kaiser. Komissarowo, den der Kaiser geadelt hatte, wurde von der Bureaukratie und dem hohen Adel empfangen und gefeiert. Da weder er, noch seine Frau, die er zu den Empfängen mitbrachte, den in diesen Kreisen herrschenden Ton kannten, ergaben sich mitunter sehr komische Szenen.

In den Regierungskreisen herrschte Schrecken. Man begann

---

1) Karakosow meinte wahrscheinlich, die Bauern hätten zu wenig Grund und Boden erhalten.

nach allen Seiten, in der Hauptstadt und in der Provinz, Verhaftungen vorzunehmen. Die Untersuchung übergab der Kaiser dem berühmten Murawjew, der sich schon während des Aufstandes von 1863 durch seine Grausamkeit in Litauen ausgezeichnet hatte.

Karakosow wollte anfangs seinen Namen nicht nennen, tat es jedoch später. Kropotkin versichert, es seien Gerüchte im Schwange gewesen, daß er gefoltert worden sei. Tatsache ist, daß die Gefängniswache ihn nicht schlafen ließ.

Nach zahlreichen Verhaftungen kam die Untersuchung rasch vorwärts, namentlich nachdem die Angeklagten Dmitrij Iwanow und Motkow Geständnisse abgelegt hatten. Die Beziehungen der „Organisation“ zu einer polnischen Gruppe in Moskau wurden aufgedeckt; diese Gruppe hatte seinerzeit mit Hilfe der Russen Jaroslaw Donbrowski und andere aus dem Gefängnis befreit. Auch das Dasein einer nicht näher beschriebenen konstitutionellen Partei oder Partei der Konstantiner wurde aufgedeckt[1]. Soweit bekannt ist, existierte eine derartige Gruppe jedoch nicht; vielleicht hatte Chudiakow während des Prozesses Leute mit liberalen Anschauungen erwähnt, vielleicht auch von einer Gruppe Liberaler gesprochen; vielleicht bezog sich die Bemerkung auch auf die Organisierung einer solchen Partei. Pantielejew erzählt in seinen „Erinnerungen“, Chudiakow habe mit seinen Aussagen den bekannten Schriftsteller Jelisicjew ins Verderben gestürzt, der mit Tschernischewski gearbeitet und zu „Land und Freiheit“ gehört hatte.

In einem Bericht über den Prozeß Karakosow[2], der wahrscheinlich von der Regierung herrührt, heißt es in einer Bemerkung unter dem Strich, Ischutin, der Hauptorganisator der revolutionären Gruppe, habe vorher zu „Land und Freiheit“ gehört. Pantielejew versichert dagegen, kein Mitglied der Partei habe

1) Der Advokat Stasow erwähnt in seinem Aufsatz über den Prozeß Karakosow in „Biloje“ 1906 (Heft IV, S. 276—290) gleichfalls dieses Gerücht und ist ebenfalls der Ansicht, eine solche Partei habe nicht existiert. Murawjew dagegen war überzeugt, es handle sich um eine Partei des Großfürsten Konstantin, eines Bruders Alexanders II.

2) Basilewski a. a. O. Band I, S. 250.

zur „Organisation" gehört, worüber auch in den offiziellen Berichten nichts zu lesen sei. Er irrt sich augenscheinlich.

Der Prozeß gegen Karakosow und Genossen war der erste politische Prozeß, der auf Grund des neuen Gerichtsverfahrens stattfand. Die Voruntersuchung unter Murawjews Leitung war allerdings ungesetzmäßig und furchtbar barbarisch geführt worden, der Gerichtshof dagegen benahm sich nach den Aussagen des einen Verteidigers, namens Stasow, musterhaft. Karakosow wurde durch ein Sondergericht, bei dem der Minister des Innern als Staatsanwalt auftrat, zum Tode durch den Strang verurteilt. Basilewski [1]) weiß von Malikow, der gleichfalls im Prozeß Karakosow angeklagt wurde, daß dieser ein Gnadengesuch an Alexander II. richtete, das aber erfolglos blieb. Von dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, Gagarin, der sich während des ganzen Prozesses vorzüglich benahm, habe er die Antwort erhalten, der Kaiser verzeihe ihm als Mensch, könne ihm aber als Herrscher nicht das Leben schenken. Karakosow wurde am 3. September 1866 in Petersburg gehängt. Auch Ischutin war zum Tode verurteilt worden und hatte gleichfalls ein Gnadengesuch eingereicht, die bejahende Antwort kam ein paar Minuten vor der Vollstreckung des Urteils. Die anderen Angeklagten wurden mit Zwangsarbeit in verschiedenem Ausmaße bestraft [2]).

Nach dem Anschlag vom 4. April 1866 herrschte in Rußland sowohl in den Regierungskreisen als in der Gesellschaft lange Zeit hindurch Reaktion. Dieser Strömung gegenüber waren die Revolutionäre in den ersten Jahren völlig machtlos.

XXII.

Am 5. April 1866, also einen Tag nach Karakosows Attentat, griff der bekannte Reaktionär und Oberprokurator der Synode, Graf Tolstoi, in einer Sitzung des Ministerkomitees den ziemlich liberalen Unterrichtsminister Golownin auf das heftigste an und

---

1) Ebenda Band V, S. 88.

2) Von den im Prozeß Karakosow Angeklagten lebt heute noch der bekannte Publizist und Übersetzer Nikolajew, der die Tätigkeit der Organisation aufklären sollte.

erklärte ihm, sein System sei von verderblichem Einfluß auf die studierende Jugend. Bald darauf erhielt Golownin seinen Abschied; an seine Stelle rückte jetzt Tolstoi in eigener Person. In den Mittelschulen wurde der Klassizismus von neuem gestärkt, die verhältnismäßig liberale Studienordnung für Universitäten vom Jahre 1863 erfuhr verschiedene tatsächliche Beschränkungen.

Der menschenfreundliche Generalgouverneur von Petersburg, Fürst Suworow, wurde entfernt und seine Stelle aufgehoben; in Wirklichkeit versah sie General Trepow, der Oberpolizeimeister der Hauptstadt; Chef der Gendarmerie wurde an Stelle des alten Fürsten Dolgoruki Graf Schuwalow, ein Mann im kräftigsten Alter.

Gegen die neuen Einrichtungen der Ziemstwos wurde die Regierung immer mißtrauischer; das Recht der Ziemstwos, industrielle Unternehmungen mit Abgaben zu belegen, wurde beschränkt, die bureaukratische Kontrolle über die von ihnen gegründeten Schulen verschärfte sich immer mehr.

Die Presse wurde strenger verfolgt als je, der „Zeitgenosse“ und einige andere Zeitschriften wurden verboten.

Der Großfürst Konstantin hörte um diese Zeit auf, sich um Reformen zu kümmern, und widersetzte sich der Reaktion nicht länger; er beschäftigte sich jetzt mit großen Eisenbahnkonzessionen und anderen Unternehmungen.

Die Reaktion in den Regierungskreisen entsprang ihrer Furcht vor der revolutionären Bewegung, vor dem Sozialismus, Atheismus usw. Die Regierung wollte auf dem Wege der Reformen nicht einen Schritt weitergehen, viel weniger dachte sie an eine Konstitution. Rußlands europäische Machtstellung hatte sich nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes gefestigt, die Furcht vor elementaren Bauernrevolten, die man für 1863 und 1864 erwartet hatte, verlor sich allmählich, da die Bauernunruhen nur schwach waren und vereinzelt auftraten. Die Bureaukratie, die weitere Zugeständnisse an die Gesellschaft befürchtete, strengte alle ihre Kräfte an, um diese Angst der regierenden Kreise vor der Revolution noch zu verstärken; für sie handelte es sich jetzt darum, auch jene Siege rückgängig zu machen, die der Liberalismus bereits erfochten hatte.

Die Reaktion hatte sich nicht nur der Regierungskreise,

sondern der Gesellschaft selbst bemächtigt. Die Erklärung für diese Tatsache ist hier nicht so leicht wie im ersteren Falle. Zu Beginn der Regierung Alexanders II. hatte die Regierung selber die Notwendigkeit von Reformen eingesehen. Sie stand damals unter dem Eindruck der Niederlage von Sebastopol, die sowohl für den Staat, als für das nationale patriotische Bewußtsein des Volkes ungeheuer demütigend gewesen war. Die Regierung schritt damals zur Verwirklichung der Reformen, und die mittleren und höheren Schichten der russischen Bevölkerung eigneten sich damals eifrig, ja fast leidenschaftlich die fortschrittlichen demokratischen und radikalen Ideen Westeuropas an. Damals glaubten sogar die Radikalen, eine gründliche Wiedergeburt Rußlands werde sich ganz ruhig vollziehen, und zwar wenn nicht unter Leitung, so doch wenigstens mit der Hilfe der Regierung. Menschen, deren Ideale weit über die Gegenwart hinausragten, glaubten damals, sie würden ihre Pläne ohne schwierige innere Kämpfe bei einer harmonischen Entwicklung aller Kräfte des Volkes verwirklichen können. Ein beträchtlicher Teil der Liberalen, Demokraten und Radikalen hatte anfangs keine Ahnung von der Notwendigkeit des Klassenkampfs und war sich über die Zähigkeit der konservativen Elemente innerhalb der Gesellschaft nicht genügend klar.

Als die ersten Hoffnungen auf einen friedlichen Fortschritt, an dem die Regierung mit dem gesamten Volke arbeiten sollte, zunichte wurden, entstand innerhalb der fortschrittlich-demokratischen Partei eine Differenzierung. Im Laufe der Zeit verloren die abstrakten Ideen, die nun eingehender besprochen und wenigstens teilweise der Wirklichkeit angepaßt wurden und so reale Formen erhielten, einen Teil ihrer Anhänger und gewannen dafür neue, je nach der sozialen Lage der Betreffenden.

Schon die unglücklichen Brände im Mai 1862 hatten bei einem ungeheuren Teil der russischen Gesellschaft eine furchtbare Panik zur Folge gehabt und eine Reaktion gegen die Revolutionäre und die radikalen Ideen hervorgerufen. Die einen befürchteten, die Macht des Landes würde völlig vernichtet werden, wenn Polen, Litauen und Rotrußland sich losreißen

würden, die anderen wieder sprachen den Polen das Recht ab, auch nur zu Beginn der Bewegung über das Schicksal der Litauer und Ruthenen zu entscheiden; noch andere begriffen nicht, daß ein entscheidender Kampf im Namen einer großen sozialen, politischen oder nationalen Sache ein kriegerisches Vorgehen fordert, bei dem auch Menschenleben vernichtet werden müssen. Die russische Gesellschaft, die nicht an innere offene Kämpfe gewöhnt war und sich seit Jahrhunderten der Regierung fügte, war über die nationalen, politischen und sozialen Reibungen entsetzt, die sie seit 1861 erlebte. Noch heute gibt es, allerdings nicht mehr zahlreiche, Anhänger „der alten Ordnung“, die die Umwandlung Rußlands in einen wirklich parlamentarischen Staat als ein Unglück des Landes ansehen würden, da diese Staatsform den Kampf zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten entfache. Die Angst vor einem solchen Kampfe war damals, vor mehr als 40 Jahren, bedeutend stärker als heute. Das alles erklärt genügend die Reaktion, die in der russischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1862 einsetzte und 1866 ihren Höhepunkt erreichte.

Olminski[1]) versichert, die Ursache der Reaktion nach dem Verfall der „Volksfreiheit“ und früher sei nicht in Tatsachen von geringerer Bedeutung zu suchen, wie etwa in dem mißlungenen polnischen Aufstand von 1863, sondern in dem Umstand, daß die Reformen Alexanders II., die den Stempel westeuropäischen Einflusses trugen, die also eigentlich entwickelten kapitalistischen Verhältnissen entsprachen, nicht in jene noch unvollendete Epoche der „ursprünglichen Akkumulation“ von raubartigem Charakter paßten, in der Rußland sich damals noch befand; der Diebstahl auf Staatsgütern, der Wucher, der im Schwange war, die Übergriffe im Budget konnten nicht im Rahmen eines legalen Gewinns, wie ihn eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft kennt, existieren; Reformen, die einen gesetzlichen Zustand einführen sollten, seien für diese Zustände eben verfrüht gewesen.

---

1) In einer Rezension über Baturins „Abriß einer Geschichte der Sozialdemokratie in Rußland“. „Biloje“, Jahrgang 1906, Dezemberheft S. 293.

Diese Ansicht muß für die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung im ersten Augenblick verlockend sein, mir scheint sie jedoch einer genügenden Begründung zu entbehren. Auch in anderen Ländern wurden liberale Reformen, einschließlich der Konstitution, in Zeiten eingeführt, da die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht stärker entwickelt waren als in Rußland zwischen 1860 und 1870; so in Österreich in der Zeit von 1848 bis 1867 oder in den kleinen süddeutschen Staaten zu Ende des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts. Meiner Ansicht nach findet diese Erscheinung ihre Erklärung in dem Umstande, daß einmal das russische Reich sich über ein ungeheures Gebiet erstreckte und heute noch erstreckt, und daß zweitens die absolute Gewalt der Zaren infolge einer ganzen Reihe von historischen Ursachen, von denen in der Einleitung zu dieser Arbeit die Rede gewesen ist, stärker war als die Macht von Monarchen anderer Staaten, und daß endlich die sozialen Elemente in Rußland nicht organisiert waren wie anderswo.

Die Reaktion, die nach 1867 Platz griff, war weit entfernt davon, ganz allgemein zu sein, in gewissen Kreisen der Intelligenz, namentlich unter der Jugend, entwickelte sich immer noch die revolutionäre Bewegung, doch reichte ihr Einfluß nicht mehr in andere Kreise wie ehedem.

XXIII.

Herzens Einfluß in Rußland wurde aus zwei Gründen immer schwächer: die liberalen und gemäßigten Kreise wandten sich von ihm ab, weil er den polnischen Aufstand unterstützt hatte; die Radikalen aber fanden seine Tätigkeit nicht den Bedürfnissen Rußlands angepaßt und erklärten, seine Anschauung und seine Taktik seien allzu gemäßigt.

Herzen blieb also hinter der eigentlichen revolutionären Bewegung in Rußland zurück. Das Attentat Karakosows 1866 und das des Polen Beresowski auf Alexander II. 1867 in Paris hatte er scharf getadelt, worüber ihm Bakunin in Briefen Vorwürfe machte. Bakunin war zu jener Zeit zwar kein Anhänger des Terrorismus gegen Regierungsvertreter, verteidigte jedoch Karakosow und Beresowski als Menschen.

Bakunin hatte dem polnischen Aufstand auf dem Wege durch die Ostsee mit einer Abteilung zu Hilfe kommen wollen; als dieser Plan sich nicht verwirklichen ließ, fuhr er nach Italien und widmete sich eine Zeitlang ganz der westeuropäischen Revolution, namentlich derjenigen in den romanischen Ländern, seine Tätigkeit war vielverzweigt und eifrig, sowohl an Ort und Stelle in Italien als auch innerhalb der damals beginnenden „Internationalen"[1]. Ich beschreibe sie hier nicht. Ich bemerke nur, daß seine sozialen und politischen Ansichten sich in den Jahren 1864 bis 1868 ihrer endgültigen Form näherten. Ich sage „näherten", da sein immer tätiger Geist und sein überaus lebhaftes Temperament auch späterhin teilweise Veränderungen und Vervollständigungen seiner Ansichten bewirkten.

Um diese Zeit wurde er kollektivistischer Anarchist und wandte sich von der slawophilen Bauernbegeisterung ab, die er unter Herzens Einfluß angenommen hatte; zu Herzen selbst aber unterhielt er nach wie vor persönlich freundschaftliche Beziehungen. Sein Ideal war jetzt die Föderation von einzelnen Personen in Gemeinden und die Bildung von Produktivgenossenschaften. Die Gemeinden sollten sich zu Kreisen usw. vereinigen und so sollten allmählich immer größere territoriale Verbände entstehen. Er wurde also ein entschiedener Föderalist. Er hielt eine völlige Zerstörung der bestehenden Gesellschaftsordnung für nötig; auf ihren Trümmern sollte eine neue soziale Organisation entstehen, auf deren Einzelheiten er nicht einging und die ihm auszumalen nicht wichtig schien, sofern sie sich nur von unten herauf und nicht umgekehrt durchsetzte. Anarchist in bezug auf die bestehenden zentralistisch-territorialen Staatseinrichtungen, verwarf er nicht von vornherein auch die einfachsten Formen der Staatsgewalt, wie dies die heutigen Anarchisten tun. In dieser Frage jedoch, die eine fernliegende Zukunft betraf, äußerte er sich nie ganz deutlich. In wirtschaftlichen Dingen war er Kollektivist und nicht Kommunist, d. h. er wollte die Produktionsmittel, nicht aber die Bedarfsgegenstände zum Eigentum der Gesellschaft machen.

---

1) Siehe hierüber in meinem „Modernen Anarchismus" (in polnischer Sprache) den Abschnitt über Bakunin.

Im Kampf mit der heutigen sozialen und politischen Ordnung erkannte er die Notwendigkeit geheimer, anpassungsfähiger und hierarchischer Organisationen an; ebenso trat er für eine provisorische Regierung nach der sieghaften Revolution ein, wodurch er sich gleichfalls von den heutigen Anarchisten unterschied. Bakunin war sowohl in der Theorie als auch in der Praxis aufrichtig international und predigte die allgemeine Revolution.

In den Jahren 1867, 1868 und auch später noch wurde Bakunins Einfluß auf die junge russische Generation im Ausland und in Rußland selbst immer größer.

Die jungen Russen kamen in Scharen ins Ausland, namentlich in die Schweiz, teils um den Verfolgungen der Polizei zu entgehen, teils um sich zu bilden. Die Entstehung der „Internationalen" war auf sie von großem moralischen Einfluß; sie sahen in ihr die Vereinigung der sozialen Kräfte der Welt und erwarteten von ihr eine Wiedergeburt der Menschheit; sie waren überzeugt, die „Internationale" würde neue Kampfeswege finden, um so mehr, als die Bewegung in ihrer Heimat bis dahin keine großen und sichtbaren Ergebnisse gezeitigt hatte.

Im November 1868 entsteht im Auslande eine neue revolutionäre Zeitschrift unter dem Titel „Die Sache des Volkes" (Norodnoje Dielo). Nr. I enthält ein von Bakunin und Nikolaus Shukowski ausgearbeitetes Programm[1]). An der Redaktion der folgenden Nummern hatte Bakunin keinen Anteil mehr, doch scheint er mit der Zeitschrift auch weiterhin sympathisiert zu haben. Das Programm der „Sache des Volkes" forderte die vollständige geistige, soziale, wirtschaftliche und politische Befreiung des Volkes. Die geistige Befreiung sei notwendig, da ohne diese die sozialökonomische und politische unvollständig und nicht von Dauer sei. Eine unumgängliche Bedingung hierzu sei die Vernichtung des Glaubens an Gott und die Unsterblichkeit der Seele, Hirngespinste, die eine Stütze des Despotismus bilden und die Menschen demoralisieren, indem sie ihnen einander widersprechende Tendenzen aufladen.

Die sozialökonomische Befreiung fordere: die Aufhebung

1) Derselbe, der in den Prozeß Bollod verwickelt war und entfloh.

des Erbrechts am Eigentum, die Anerkennung des Grundsatzes, daß die Erde nur jenen gehört, die sie mit ihren eigenen Händen bebauen, also den landwirtschaftlichen Gemeinden, daß die Arbeitsmittel und Kapitalien den Arbeiterassoziationen gehören, die soziale und politische Gleichberechtigung von Männern und Frauen, was zur Aufhebung der zivilen und kirchlichen Ehe führe, die Erziehung und Ausbildung der Kinder in physischer und geistiger Hinsicht durch die freie Gesellschaft.

Die politische Befreiung müsse in der Aufhebung des Staates und aller staatlichen, politischen, kirchlichen, finanziellen, gesetzlichen, wissenschaftlichen und militärischen Einrichtungen bestehen. An die Stelle des Staates tritt die freie Föderation der in der Landwirtschaft, in Werkstätten und Fabriken arbeitenden Menschen. Alle Völker müssen frei sein und selber über ihr Schicksal entscheiden; von ihnen selbst müsse es also abhängen, ob sie sich auf föderativer Grundlage mit dem russischen Volke vereinigen oder ein freies Bündnis mit anderen europäischen Völkern schließen wollten. Die „Sache des Volkes" stand völlig auf internationalem Boden und ging von dem Gedanken aus, die soziale Revolution, die bis in die sozialen Tiefen greife, würde, wenn sie erst in einem Lande ausbreche, auch auf die anderen übergreifen. In Rußland, erklärte das Blatt, sei es besonders wichtig, den Zarenkultus im Volke zu bekämpfen, aus diesem Grunde tadelte es auch die mißlungene Taktik des versuchten Aufstandes in Kasan und in den Gouvernements an der Wolga im Jahre 1863.

Die „Sache des Volkes" spiegelte die anarchistische Gruppe der „Internationalen" wieder.

XXIV.

Gegen Ende des Jahres 1868 begann unter den Studenten der höheren Lehranstalten Petersburgs eine immer mehr erstarkende Bewegung, da die reaktionäre Regierung der Entwicklung des Korporationswesens fortwährend Widerstand leistete. Die Studenten verlangten:

1) das Recht, eine Unterstützungskasse für arme Studenten zu gründen;

2) das Recht, sich in den Lehrsälen zur Besprechung ihrer Angelegenheiten zu versammeln;

3) die Aufhebung des kleinlichen polizeilichen Druckes im Studentenleben.

Die revolutionären Elemente, die auch nach dem Karakosowschen Attentat nicht aufgehört hatten zu existieren, wenn sie auch nicht organisiert waren, beschlossen, diese rein studentische Bewegung zu unterstützen, ihr eine politische Färbung zu geben und sie in regierungsfeindlichem Sinne auszunutzen. Das System der Revolutionäre erwies sich als erfolgreich; die Erregung unter der Jugend der höheren Petersburger Lehranstalten verbreitete sich auch auf die Provinz, ergriff ganze Scharen junger Leute und weckte in ihnen eine stark oppositionelle Stimmung gegen die Regierung. Auf den zahlreichen Versammlungen, die abgehalten wurden, ging man fortwährend von den rein studentischen Angelegenheiten auf die allgemeinen politischen und sozialen über. Auf diese Weise lernte eine ungeheure Anzahl von jungen Leuten die Politik der Regierung kennen und fing an, sich mit politischen und sozialen Theorien und Fragen der Taktik zu befassen.

Die Studenten setzten die Forderungen nicht durch, um derentwillen sie die Bewegung begonnen hatten. Viele von ihnen wurden aus den höheren Lehranstalten ausgeschlossen und nach verschiedenen Städten des europäischen Rußlands verschickt, wodurch jedoch die revolutionäre Bewegung in der Gesellschaft nur unterstützt wurde. Die verfolgten Studenten wurden regierungsfeindliche Agitatoren, manche von ihnen später Berufsrevolutionäre.

An der Studentenbewegung nahm auch Sergius Nietschajew, Lehrer an einer Petersburger Pfarrschule, regen Anteil; wie Tkatschew und andere Außenstehende, wollte auch er die Studentenbewegung in ein politisches Fahrwasser bringen. Nietschajew besaß außerordentliche Tatkraft und einen starken Willen, schreckte aber gleichzeitig vor keinem Mittel zurück, das ihm Macht und Einfluß verschaffen konnte; er war sicherlich ein guter, wenn auch unbewußter Hypnotiseur. In geistiger Beziehung zeichnete er sich weder durch eine hohe Bildung, noch durch besondere Fähigkeiten aus.

Um den Verfolgungen der Polizei zu entgehen, entfloh Nietschajew ins Ausland und veröffentlichte, wie Bakunin, einen Aufruf an die Studenten. Er beleuchtete darin ihren Kampf von einem höheren Gesichtspunkt aus und redete ihnen zu, auszuharren. Anfangs waren seine Beziehungen zu Bakunin, der seine tatkräftige revolutionäre Natur schätzte, sehr freundschaftlicher Art. Nietschajew gab übertriebene Berichte von seiner Tätigkeit in Rußland und stellte die revolutionäre Bewegung im allgemeinen als sehr mächtig dar, was dem revolutionären Temperament des alten Bakunin, der die Richtigkeit der Erzählungen nicht sofort prüfen konnte, ganz entsprach. Bakunin redete Herzen sehr zu, Nietschajew doch den revolutionären Fonds anzuvertrauen, den er selbst von Bachmejew, der spurlos verschwunden war, übernommen hatte. Herzen sträubte sich anfangs, gab aber schließlich nach; er scheint Nietschajew die Hälfte der Summe anvertraut zu haben, die anfangs 800 Pfund Sterling betragen hatte und durch Zinsen auf 1000 angewachsen war. Bakunin vertraute Nietschajew auch die Organisation der russischen Gruppe der „Internationalen" an.

Die Freundschaft zwischen ihnen dauerte jedoch nicht lange. Bakunin merkte bald den ungeheuren Ehrgeiz Nietschajews; es wurde ihm klar, daß Nietschajew ihn selbst und andere nur als Werkzeuge gebrauchte und in seinen Mitteln nicht wählerisch war. Bakunin brach bald völlig mit ihm.

Schon 1869 gründete Nietschajew ein Blatt und eine revolutionäre Gruppe, die den gemeinsamen Namen „Das Volksgericht" (Narodnaja Rasprawa) erhielten. Die Richtung des Blattes hatte viel mit den Anschauungen gemein, die die „Sache des Volkes" vertrat, doch lag in der Art der Argumentation und Taktik viel Eigenes.

Das „Volksgericht" geht von dem Grundsatz aus, man müsse vor allem handeln, nicht beweisen und lehren; die früheren Organisationen seien überhaupt nicht zum eigentlichen Handeln gekommen, heißt es; lediglich Karakosows Attentat sei ein Vorspiel gewesen, dem das eigentliche Trauerspiel noch folgen müsse. Der Weckruf Bakunins, man möge ins Volk gehen und mit ihm gemeinsam um neue Lebensformen kämpfen, sei richtig, aber

dem Plane fehle ein klarer Begriff, wie man unter dem Volke wirken müsse. Das aber sei die wichtigste Frage. Man könne nur einen ständigen Plan von rein verneinender Art haben: die erbarmungslose und völlige Vernichtung alles Bestehenden. Dieser Plan aber verlange von seinen Ausführern so viele Anstrengungen, daß sie nicht auch noch Kraft und Geschicklichkeit genug haben könnten, um auf den Trümmern der alten Welt mit dem Aufbau der neuen zu beginnen. Die Ausarbeitung der künftigen Lebensformen müsse für später zurückgestellt werden.

Eine völlige Zerstörung der sozialen Ordnung lasse sich nur durch eine allgemeine große Bewegung des revolutionierenden Volkes herbeiführen. Die Jugend, die aus dem Volke hervorgegangen sei, die seine Schmerzen kenne und sich geistig entwickelt habe, müsse vor dem Beginn dieses Ausbruchs noch alles hinwegräumen, was ihm im Wege stehe und stehen werde. Diese Hindernisse aber seien von dreierlei Art:

1) die Personen, die in der Regierungshierarchie höhere Stellen einnehmen oder über die bewaffnete Macht verfügen und die ihre Pflichten mit besonderem Eifer erfüllen;

2) diejenigen Personen, die über große wirtschaftliche Mittel verfügen, sie aber nur für sich, ihren Stand und den Staat verwenden;

3) diejenigen Menschen, die sich die Regierung gekauft hat: die Verteidiger der Regierung in der Presse und die Spitzel.

Die erste Gruppe, sagt Nietschajew, müsse man ohne Mitleid ermorden, der zweiten müsse man ihre materiellen Mittel abnehmen, um sie in dem revolutionären Kampf gegen die bestehende Ordnung der Dinge zu verwenden; sollte man sie ihnen jedoch nicht wegnehmen können, so sei es besser, sie zu vernichten, als sie in der Hand der Besitzer zu lassen; die Leute der dritten Gruppe müsse man durch verschiedene Mittel zum Schweigen bringen, sie im schlimmsten Falle der Zunge berauben. Kaiser Alexander II. sei nicht jetzt zu ermorden, sein Tod sei die Sache der sieghaften Revolution.

Das Volk müsse nicht belehrt, sondern aufgewühlt werden, die Leiter der Bewegung sollten nicht außerhalb der Masse

stehen, sondern in ihr und auf sie wirken. Aufgabe der einzelnen aufgeklärten Personen, die sich an der revolutionären Bewegung beteiligten, sei es, die Bewegung zu organisieren und zu lenken. Unter den heutigen Verhältnissen könne die Wissenschaft dem Volke nichts geben.

Die Angriffe gegen die Regierung müßten mit der Hinwegschaffung einzelner beginnen, der Terrorismus müsse sich allmählich entwickeln.

Nietschajew schrieb auch noch einen sogenannten „Katechismus der Revolution", in dem er den Revolutionären förmlichen Unterricht in Hinterlist gab und sie unterwies, wie sie sich durch verschiedene Ränke und Hintergehungen am meisten Macht und Einfluß sichern könnten [1]).

Anfang September 1869 kehrte Nietschajew heimlich nach Petersburg zurück. Er war damals schon bekannt; um sich noch mehr Ansehen zu geben, verbreitete er jedoch schon vorher das Gerücht, er sei bereits in der Peter-Pauls-Festung gefangen gewesen und glücklich entflohen. Mit Unterstützung Uspienskis namentlich, der damals eine Stelle in der Buchhandlung A. Tscherkiesow innehatte, knüpfte er von neuem Beziehungen mit der studierenden Jugend an und begann die revolutionären Kräfte zu organisieren. Er hatte Vertrauenspersonen, von denen jede den Mittelpunkt eines Kreises bildete; die Mitglieder dieser Kreise wurden jedoch nicht in die letzten Ziele der Organisation eingeweiht. Nietschajew erzählte, ganz Rußland sei mit einem Netz von Geheimgruppen überzogen. Die Beziehungen der neuen Organisation verbreiteten sich bald von Moskau und Petersburg nach Jaroslaw, Iwanowo-Wozniesiensk und anderen Punkten in der Provinz; Nietschajew versuchte eine Geheimdruckerei zu errichten und ließ falsche Pässe machen. Die Satzungen der Organisation waren zentralistisch und streng und verlangten von den Mitgliedern unbedingten Gehorsam. Um sich mehr Ansehen zu verschaffen, verfertigte Nietschajew falsche Berichte

1) Von manchen Seiten will man diesen Katechismus Bakunin zuschreiben. Meiner Ansicht nach mit Unrecht, da Bakunin ein Mensch von ganz anderem Schnitt war als Nietschajew. Übrigens haben auch nur seine Feinde diese Vermutung aufgebracht.

über den günstigen, ja sogar prächtigen Stand der Organisation. Aus den Aussagen derjenigen Personen, die später wegen der Beteiligung an Nietschajews Organisation angeklagt wurden, geht hervor, daß er es nicht verstand, die Gruppen zu lenken und die Mitglieder heranzubilden; bei den Versammlungen gab es merkwürdig unfruchtbare Diskussionen.

Nietschajew bemühte sich, eine Volksbewegung hervorzurufen, und hoffte, sie würde am 19. Februar 1870 ausbrechen.

Nietschajews Organisation hielt sich nicht lange; unter den Leuten, die ihm am nächsten standen, befand sich auch Iwanow, ein ehrgeiziger und eigensinniger Jüngling, der oft in Streitigkeiten mit ihm geriet. Nietschajew erklärte Iwanow für einen Feind der Sache und überredete Uspienski, Prishow, Kusniezow und Nikolajew, ihn zu töten. Am 21. November 1869 wurde Iwanow von Uspienski ermordet. Die Folge dieser Tat war eine eingehende Untersuchung; die ganze Organisation wurde bald aufgedeckt. Nietschajew flüchtete ins Ausland. Ungefähr 300 Personen wurden vor Gericht gestellt, die Regierung benutzte die Gelegenheit, die Revolutionäre im schlechtesten Licht erscheinen zu lassen.

Nietschajew selbst erregte sichtlich allgemeinen Widerwillen und Verachtung; die Gesamtheit der Denkenden und oppositionell Gesinnten verstand es jedoch, zwischen dem einen verdorbenen Einzelwesen und der Sache selbst einen Unterschied zu machen.

Nietschajew war ein Produkt der Umgebung, in der er lebte. Er stammte aus dem Volke [1]), er wußte und fühlte, wie furchtbar dessen Lage war, und da er sich der Schwierigkeiten des Kampfes bewußt war, verfiel er auf allerlei Mittel im Stile Machiavellis und erblickte in ihnen das alleinige Heil. Unter anderen Verhältnissen hätte dieser Mensch seine Tatkraft und Erfindungsgabe anders verwertet; hätte er frei und öffentlich vorgehen können, so wäre er ein unschätzbarer Organisator der Masse geworden.

Von Nietschajews weiterem Schicksal soll noch die Rede sein.

---

1) Aus Handwerkerkreisen.

Die revolutionäre Bewegung, die sich nach ihm entwickelte, hat bereits einen anderen Charakter und eröffnet eine neue Epoche in dem Kampf um die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit.

Die russische revolutionäre Bewegung, die mit der Verschwörung der Dekabristen begonnen hatte, war von allem Anfang an politisch und sozial; war sie doch bestrebt, den Absolutismus zu stürzen und die Leibeigenschaft aufzuheben. Die Verschwörung der Dekabristen, an der sich vorwiegend Offiziere aus dem mittleren und höheren Adel beteiligt hatten, mißlang; ihre Kraft war gering und der Feind war mächtig; aber aus ihr entstand in der Gesellschaft eine revolutionäre Überlieferung, unter deren Einflusse die folgenden Generationen aufwuchsen.

Die lange Reaktion unter Nikolaus I. hatte zwar eine Zeitlang die Entstehung einer revolutionären Bewegung in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes unmöglich gemacht, aber sie war nicht imstande, die geistige Bewegung hintanzuhalten. Im Gegenteil; gerade damals fanden die Gedanken der sozialistischen Utopisten in der russischen Gesellschaft Eingang; damals entstanden auch die westliche, liberal-demokratische und die slawophile Richtung.

Nach dem Krimkrieg, der so unglücklich für Rußland endete, und nach der Thronbesteigung Alexanders II. entwickelten diese beiden Richtungen sich immer mehr und umspannten immer weitere Kreise; nicht nur die Intelligenz aus den höchsten Kreisen wandte sich ihnen zu, wie unter Nikolaus I., auch die mittleren, teilweise auch die niederen wurden von ihnen erfaßt. Die aufgeklärten Schichten der russischen Gesellschaft, die keine glänzenden konservativen Traditionen besaßen, eigneten sich leichter und rascher als die Intelligenz anderer Völker in der Zeit von 1857 bis 1870 die radikalsten wissenschaftlichen, sozialen und politischen Gedanken an. Teilweise drangen diese neuen Gedanken nicht nur in ihr Bewußtsein, sondern sogar auch in ihre Gewohnheiten des täglichen Lebens ein.

Die Trägerin der freiheitlichen und revolutionären Ideen wurde die Publizistik und die schöne Literatur; rückschrittliche Elemente spielten in beiden eine nur untergeordnete Rolle.

Die Tatsache, daß die russische Intelligenz die neuesten sozialen, politischen und geistigen Strömungen des Westens so rasch aufnahm, hatte für die freiheitliche Bewegung die sehr charakteristische Folge, daß sich schon nach 1860 gleichzeitig eine liberale und eine radikale Partei mit sozialistischem Anstrich entwickelten; sie waren mitunter beide gleich stark, mitunter hatte sogar die zweite das Übergewicht über die erstere. Dieser Umstand ist heute noch von großer Bedeutung. Vor allem erhielt der russische Liberalismus auf diese Weise eine gewisse Weite der sozialen Anschauungen, die dem westeuropäischen Liberalismus fehlt; gleichzeitig aber muß man in diesem Umstande den Grund dafür suchen, daß ihm jene Tatkraft und Kühnheit im Handeln fehlte, die der Liberalismus im Westen, so in Frankreich im Jahre 1789, im 17. Jahrhundert in England, in Italien und in Spanien besaß. Die revolutionären Elemente gingen in Rußland in das radikale Lager mit sozialistischem Anstrich über.

In der Zeit von 1857 bis 1870 brachte die Intelligenz der russischen Gesellschaft eine ganze Schar von Revolutionären hervor, die bald Organisationen und kleine Gruppen bildeten, bald ihren Weg allein gingen. Infolge der objektiven und subjektiven Bedingungen, unter denen die städtische wie die ländliche Bevölkerung lebte, waren sie nicht imstande, eine Revolution hervorzurufen. Aber auch die Bewegung, deren Träger sie waren, bildete eine notwendige Phase auf dem Wege der freiheitlichen russischen Bewegung.

Ein Hindernis auf diesem Wege bildete damals auch der Umstand, daß ein klarer Begriff von der sozialen Entwicklung fehlte; Rußland, das sich in mancher Hinsicht in seiner sozialen Struktur stark von anderen Staaten unterschied, schien auch eigentümliche Wege der Entwicklung vor sich zu haben. In dieser Tatsache lag der Grund für die Theorien von Herzen und anderen, aus ihr entsprangen alle Hoffnungen auf den russischen Bauern. In den Jahren 1861 und 1862 rechnete man bestimmt auf einen baldigen Ausbruch einer elementaren Bauernrevolution. Michajlow warnte vor der Idee, als müßte Rußland sich auf seinem Wege zur Freiheit nach den übrigen westeuropäischen Staaten

richten. Auch später rechnete man noch mit einem Bauernaufstand, aber diese Hoffnungen schlugen fehl. Vielleicht hätte Tschernischewski nach einiger Zeit die Entwicklungstendenzen der russischen Gesellschaft vertieft, aber er wurde ihr entrissen. Der Marxismus war in Rußland noch unbekannt, und die rückständigen wirtschaftlichen Zustände bewirkten hier, daß man ihn als eine „fremde", den russischen Verhältnissen „nicht entsprechende" Theorie erklärte. Die russischen Sozialisten übertrugen die Lehren der westeuropäischen Sozialisten von der Arbeiterklasse auf die heimatlichen Bauern und erklärten gerade diese als besonders befähigt, eine soziale Reorganisation auf sozialistischer Grundlage durchzuführen, was offenbar nicht richtig war. So stieß die russische revolutionäre Bewegung auf dem Wege ihrer Entwicklung auf bedeutende Hindernisse subjektiver wie objektiver Natur. Im siebenten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aber machte sie gewaltige Fortschritte. Um diese Zeit entstand auch das zeitgenössische Rußland, und auch fast alle Eigenschaften der russischen Revolutionäre bildeten sich damals schon heraus: die Weite des Blickes, ihre Neigung, in der Kritik des bestehenden Zustandes so weit als möglich zu gehen, ihre Vorliebe für theoretische Fragen, ihre Gewohnheit, alles, was mit der Bewegung zusammenhing, deutlich und allseitig zu besprechen. Ihre Tatkraft, ihre Beharrlichkeit zeigten sich; zum erstenmal endlich betraten auch russische Frauen das Gebiet des sozialen Lebens, wenn sie auch noch nicht so bedeutende und berühmte Führerinnen stellten, wie die späteren Jahre.

Gerade weil in diesem Jahrzehnt die Grundlagen des zeitgenössischen Rußlands zu suchen sind, habe ich die Ereignisse dieser Zeit ausführlicher geschildert, als der Umfang der revolutionären Bewegung in jener Epoche allein es erfordert hätte.

Elftes Kapitel.

Die russische revolutionäre Emigration zu Ende der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

I.

Will man die russische revolutionäre Bewegung nach 1870 völlig verstehen, so muß man sich auch über die Einflüsse klar sein, denen die russische Emigration in den vorhergehenden Jahren ausgesetzt war; spielte doch gerade die russische Emigration bei der Entstehung neuer Richtungen in Rußland unstreitig eine wichtige Rolle.

GegenEnde der fünfziger Jahre lebte im Auslande eine Reihe von russischen Emigranten, unter denen sich auch einige hervorragende Persönlichkeiten, wie der Dekabrist Turgenjew, Herzen, Bakunin und der allerdings weniger bedeutende Fürst Dolgorukow, der Herausgeber und Redakteur liberaler Zeitschriften mit adeligem Einschlag, befanden; doch fehlte es an einer politischen Emigration. Diese konnte natürlich erst in dem Augenblick auftreten, als sich die revolutionäre Bewegung in Rußland ausbreitete. Wir haben gesehen, daß seit Ende 1861 in der russischen Gesellschaft eine starke Unzufriedenheit mit der Regierung Platz griff, die nicht nur in dem engen Kreis des hohen und mittleren Adels herrschte, wie zur Zeit der Dekabristen, sondern auch die mittleren Schichten ergriffen hatte; namentlich die Jugend war erregt. In den nächstfolgenden Jahren wuchs denn auch die Zahl der politischen Emigranten bedeutend, um 1867 und 1869 gewaltig anzuschwellen.

Außer den eigentlichen Emigranten lebten um diese Zeit

auch viele junge Leute im Auslande, die in den westeuropäischen höheren Bildungsanstalten ihren Studien oblagen. Unter ihnen bildeten die Frauen, denen der Zutritt zu den russischen Universitäten wieder verwehrt war, einen bedeutenden Prozentsatz.

Die internationale Arbeiterorganisation, die 1864 entstanden war und sich in den nachfolgenden Jahren rasch entwickelte, weckte unter den unzufriedenen russischen Elementen und besonders in der jungen Generation großes Interesse; für viele war der Wunsch, die Tätigkeit der Organisation und die in ihr herrschenden Strömungen kennen zu lernen, Grund genug, um ins Ausland zu reisen.

Der Einfluß der „Internationalen" auf die revolutionären russischen Elemente konnte um so größer werden, als zu Ende des siebenten Jahrzehnts keine eigentliche Organisation in Rußland bestand und die einzelnen Personen neue Wege suchten.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Entwicklung der „Internationalen" darzustellen; dagegen muß ich auf ihren allgemeinen politischen und sozialen Charakter und auf die beiden Strömungen, die sich ziemlich deutlich in den Jahren 1869 bis 1872 in ihr unterschieden, in Kürze eingehen. Eine derartige Charakteristik ist heute, dank den kostbaren Materialien, die James Guillaume, ein ehemaliger Führer der „Internationalen", in seinem noch unvollendeten Werk „L'Internationale" [1]) bringt, nicht schwierig.

Als die „Internationale" gegründet wurde, war sie durchaus keine sozialistische Organisation in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes, wohl aber standen Sozialisten an ihrer Spitze. Den Gründern kam es in erster Reihe darauf an, eine Verbindung unter den Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder herzustellen. Das Programm sollte deswegen so weit gefaßt werden, daß Anhänger verschiedener Formen der Arbeiterbewegung und sozialistischer Schulen beitreten konnten.

Marx, der die Seele der „Internationalen" war, schob absichtlich, namentlich anfangs, nicht sein ganzes Programm in den Vordergrund; er wollte die Anhänger anderer Richtungen nicht

1) Die Arbeit G. Jaeckhs, „Die Internationale", ist oberflächlich und zu allgemein; überdies auch sehr einseitig.

zurückstoßen und rechnete damit, daß sich das Proletariat der verschiedenen Länder allmählich unter dem natürlichen Einfluß der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände zu den Grundsätzen des zeitgenössischen Sozialismus bekennen würde.

In der Tat erhielten die Beschlüsse der sich alljährlich wiederholenden Kongresse der „Internationalen“ ein immer deutlicheres sozialistisches Gepräge in marxistischem Sinne. Proudhons Richtung verlor immer mehr an Einfluß.

Trotz dieser unstreitigen Triumphe stieß der Marxismus doch auf eine immer stärker werdende Opposition. Wir denken hier an den Anarchismus Bakunins und seiner Anhänger.

Solange es sich darum handelte, die Massen zu dem Kampf gegen das Kapital zu organisieren, die verschiedenen kleinbürgerlichen Elemente hinauszubringen, die manchen Arbeiterorganisationen noch anhafteten, das Märchen von der allmächtigen Rolle des Kredits und der Arbeiterassoziationen innerhalb der heutigen sozialen Ordnung zu zerstören; solange man fortwährend darauf hinweisen mußte, daß der Grund und Boden, die Fabriken, Bergwerke, die Produktionsmittel überhaupt in den Besitz der Gesellschaft übergehen müßten, damit die Arbeiterklasse wirklich frei würde, so lange gingen auch die Marxisten und Bakunisten Hand in Hand. Erst als die Frage auftauchte, wie sich die Arbeiterschaft zum politischen Kampf zu stellen habe, welchen Standpunkt sie zum Staate überhaupt einnehmen solle, traten auch die großen Unterschiede zwischen den Anhängern von Marx und Bakunin zutage.

Nach Marx muß der politische Kampf gleichzeitig mit dem ökonomischen geführt werden; der politische Sieg des Proletariats muß der völligen Umwandlung der Wirtschaftsordnung aus einer kapitalistischen in eine sozialistische vorausgehen. Für Bakunin bedeutete der politische Kampf dagegen nichts anderes als das unmittelbare Bestreben, den heutigen Staat überhaupt zu vernichten und auf seinen Trümmern freie Föderationen oder besser gesagt Konföderationen aufzubauen; von kleinen produktiven Gruppen und Gemeinden wollte er zu größeren Berufs- und Territorialverbänden schreiten. Marx war für die Demokratisierung des bestehenden Staates, er verlangte Fabrikgesetzgebung

und überhaupt die Wahrung der Interessen des arbeitenden Volkes auf gesetzgeberischem Wege und war daher für die Beteiligung der Arbeiterklasse am parlamentarischen Leben; Bakunin verwarf die staatliche Vermittlung und den Parlamentarismus überhaupt, da er von der Ansicht ausging, der bestehende Staat sei nicht zu reformieren, sondern nur zu zerstören. Nach Marx sollte das Proletariat, wenn es erst die volle politische Macht erreicht hätte und die Diktatur ausübte, den staatlichen Apparat zur Umgestaltung der sozialen Ordnung ausnützen; Bakunin dagegen war der Ansicht, die Erhaltung des Staates würde selbst unter revolutionärer Leitung das größte Hindernis für die Einführung einer neuen sozialen Ordnung bilden. Marx wollte die Arbeiterschaft auf die große soziale Umwälzung vorbereiten; zu diesem Zwecke wünschte er die Beteiligung der Arbeiterschaft am politischen Leben; die Arbeiter sollten durch stärker organisierte und zentralisierte Berufsvereinigungen auf die laufenden Angelegenheiten Einfluß nehmen können, die Kultur der Arbeiterklasse sollte erhöht werden usw., er war ein Gegner von vorübergehenden Aufständen, wollte nichts von Verschwörungstaktik wissen, zum mindesten in Westeuropa, wo sich die Arbeiterklasse offen organisieren konnte und wo jedermann die bürgerliche Freiheit, wenn auch nicht in vollkommener Form, genoß. Bakunin erklärte eine derartige Politik für doktrinär; er trat für Berufsverbände ein, aber nur, wenn sie von revolutionärem Geist erfüllt waren; er vertrat die Ansicht, die Massen müßten unmittelbar auf die Revolution vorbereitet werden, selbst dann, wenn sie nur an einzelnen Stellen ausbrechen sollte; die Bedingungen für die Revolution selbst wollte er vorwiegend in subjektiven Faktoren sehen, also in der Stimmung der Massen, in ihrer Tatkraft, ihrem Eifer usw., er vertraute mehr auf den praktischen Instinkt des Volkes, das bei Schwierigkeiten im sozialen und politischen Leben schon den richtigen Weg finden würde. Nach Marx waren es dagegen die objektiven Bedingungen, in erster Reihe die ökonomischen Verhältnisse, die die Masse zum Kampf zwingen und die auch den Sieg der Revolution herbeiführen würden.

Was den Staat innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung anlangt, so schienen Marx und Bakunin der gleichen

Meinung zu sein. Ich sage schienen, da von einer völligen Übereinstimmung nicht die Rede sein konnte. Wenn Marx sagte, die künftige Gesellschaftsordnung könne des Staats entraten, so meinte er damit sicherlich nicht den Staat im allgemeinen als Repräsentanten der mit Zwangsgewalt ausgestatteten Macht innerhalb der Gesellschaft, sondern den bureaukratisch-militaristischen Staat, denn eine organisierte planmäßige Produktion erfordert notwendig eine ständige Zentralmacht. Eine sozialistische Gesellschaft kann nicht ohne Einrichtungen bestehen, die das Recht haben, bestimmte Angelegenheiten endgültig zu beschließen und einen bestimmten Druck auszuüben.

Bakunin forderte fortwährend die Vernichtung des Staates, die Einzelheiten der politischen Verfassung in einer fernen Zukunft besprach er jedoch nicht; auch verwarf er nicht von vornherein durchaus alle dauernden verpflichtenden Formen, die den sozialen Gruppen hätten auferlegt werden können. Im Gegensatz zu Marx aber, der ein Anhänger großer Staatsgebilde mit starken zentralistischen Einrichtungen war, nahm Bakunin kleine Produktivgruppen und Gemeinden, die auf ein kleines Territorium beschränkt sein sollten, als in sich geschlossene, völlig unabhängige Gebilde, zum Ausgangspunkt seiner politischen Theorien.

Auf Grundlage dieser programmatisch-taktischen Unterschiede entstand zwischen Marxisten und Bakunisten noch ein weiterer Widerspruch, der die Organisation der „Internationalen" selbst betraf; es handelte sich darum, welche Stellung der Generalrat zu den einzelnen Sektionen einnehmen sollte, eine Frage, die schon etwas 1870 auftauchte.

Bakunin und seine Anhänger hatten sich anfangs selber für eine Machtstellung des Generalrats ausgesprochen; als ihnen jedoch die Bestrebungen der Leitung klar wurden, wollten sie die Macht des Generalrats mit Hilfe der Sektionen einschränken.

Ich beabsichtige nicht, mich hier bei den inneren Kämpfen in der „Internationalen" aufzuhalten, uns interessiert hier nur das Vorgehen beider Fraktionen in großen Zügen.

Es ist sehr merkwürdig, daß keine der beiden Parteien es für notwendig erachtete, ihre Ansichten im einzelnen zu formulieren; sowohl die Marxisten als auch die Bakunisten stellten sich

an, als wäre der wichtigste Gegenstand des Streites bereits erledigt. Die Frage, welche Rolle dem Staat in einer auf Klassen aufgebauten und in einer klassenlosen Gesellschaft (der künftigen sozialistischen) zukommt, wurde nicht nur nicht gelöst, sie wurde nicht einmal eingehend bearbeitet und bildet, namentlich in der letzten Zeit, noch immer einen Zankapfel zwischen Sozialisten und Anarchisten, ja selbst zwischen verschiedenen sozialistischen Gruppen. Allerdings pflegt auch die erschöpfendste Diskussion in den meisten Fällen die Unterschiede zwischen den kämpfenden Gruppen großer Parteien nicht völlig aufzuheben, aber sie tragen doch zur Klärung bei und stecken die eigentlichen Grenzen der Gegensätze ab.

Schon in den Arbeiten von Proudhon und Stirner — auf ihre Vorgänger gehen wir hier nicht erst ein — wurde der Staat ziemlich ausführlich behandelt. Ihre Ansichten konnten jedoch weder eine befriedigende Antwort auf die laufenden Fragen der Arbeiterpolitik in den Jahren von 1864 bis 1872 geben, noch konnten sie etwas über die Verwirklichung der künftigen sozialistischen Ordnung besagen. Die Marxisten ihrerseits unterwarfen den Staat nicht jener gründlichen, allseitigen und eingehenden Untersuchung, die sie bei anderen sozialen Erscheinungen und Einrichtungen vornahmen; sie können auch nicht durch die allgemeine Bemerkung ersetzt werden, der Staat werde mit der Aufhebung der Klassenunterschiede aufhören, er hänge von den sozialen Zuständen ab, statt sie hervorzubringen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Taktik von Marx hinsichtlich der Arbeiterbewegung in der „Internationalen" vorsichtiger und tiefer war und mehr mit der Wirklichkeit rechnete als die Bakunins. Unstreitig hatte der Verfasser des „Kapitals" vollkommen recht, wenn er dafür eintrat, das Proletariat möge den politischen täglichen Kampf unter Benutzung der Staatsorganisation führen, sich allmählich völlig des Staates bemächtigen und ihn zur Einführung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung benutzen [1]).

---

1) Die Behauptung von Marx, der Staat werde allmählich in der sozialistischen Gesellschaft aufgehen, ist ungenau und entspricht nicht dem allgemeinen Geist seiner Theorie. Ich kann hier nicht auf die Rolle des Staates in der Zu-

Aber wenn ich auch Marx und seinen Anhängern recht gebe und ihre Taktik in Sachen des Proletariats für die richtige halte, so muß ich doch anderseits die Tatsache feststellen, daß der Verfasser des „Kapitals" und seine Partei gegen Bakunin und dessen Freunde nicht nur ungerecht und tadelnswert, sondern direkt empörend vorgingen.

Der Kampf zwischen Marxisten und Bakunisten ist auf die russische revolutionäre Bewegung von 1870 bis 1871 unstreitig von Einfluß gewesen.

Bakunin war seit 1868 Mitglied der „Internationalen"; gleichzeitig gehörte er zur „Liga für Freiheit und Frieden". Als es auf einem Kongreß der Liga in Bern vom 21. bis 25. September 1868 zu einer Spaltung zwischen den Anhängern der gegenwärtigen, auf den Privatbesitz der Produktionsmittel aufgebauten Gesellschaft und den Gegnern der heutigen Ordnung kam, die eine Vergesellschaftung anstrebten, trat Bakunin, der Führer der Gegenpartei, mit seinen Freunden aus der „Liga für Freiheit und Frieden" aus, deren Mehrheit sich für die gegenwärtige Ordnung erklärt hatte, und gründete den „Internationalen Verband der sozialistischen Demokratie".

Man kann heute nur schwer feststellen, in welchem Verhältnis diese Organisation zu einer anderen, gleichfalls von Bakunin einige Jahre vorher in Italien gegründeten stand, die geheim war und neben Italienern auch Ausländer aufnahm. Höchstwahrscheinlich sollte der „Internationale Verband der sozialistischen Demokratie" die Erweiterung und, ich möchte sagen, die offizielle Seite der ersteren Organisation bilden, da der Verband öffentlich sein wollte wie die „Internationale". Die Öffentlichkeit erstreckte sich jedoch nur auf einen gewissen Teil der Organisation, an ihrer Spitze stand noch eine Geheimorganisation, der sogenannte „Verband der Internationalen Brüder", der sich wahrscheinlich, wenigstens zu einem sehr beträchtlichen Teil, aus den Leuten zusammensetzte, die Bakunin bereits

---

kunft eingehen. Ich behandle diesen Gegenstand in meinem „Modernen Anarchismus" und in den beiden weiteren Werken „Eine neue Strömung im westeuropäischen Sozialismus" und „Der Anarchismus in der modernen sozialen und politischen Bewegung in Rußland".

in Italien organisiert hatte. Ich gebe hier weder die Satzungen dieser Organisation noch ihr Programm wieder und begnüge mich mit einer kurzen Charakteristik, da sie ja kaine russische Gründung war. Ihr eigentliches Arbeitsgebiet war Westeuropa; sicherlich wollte Bakunin sie auch auf Rußland ausdehnen, aber diese Bemühungen mißlangen, da die Organisation nur ganz kurze Zeit bestand.

Der „Internationale Verband der sozialistischen Demokratie" strebte die unmittelbare Vernichtung der bestehenden sozialen und politischen Ordnung und der mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen an; statt dessen sollte eine neue Gesellschaft gegründet werden, die sich auf freie solidarische Verbände, auf Kollektiveigentum, auf Gleichheit und Gerechtigkeit stützen sollte. Das Programm der Organisation besagt ganz deutlich, daß die Vernichtung jedes Staates und jeder wie immer gearteten Macht in Europa angestrebt wurde; also die Vernichtung der religiösen, monarchischen, aristokratischen und bürgerlichen Macht; manche Stellen wenden sich gegen den Staat im allgemeinen. Der Teil des Programms jedoch, der von dem Vorgehen nach der Vernichtung des gegenwärtigen Zustandes handelt, zeigt, daß Bakunin, von einem Gefühl für Wirklichkeit und einem gesunden Instinkt geleitet, sehr wohl begriff, daß die Revolution eine gewisse Leitung oder Macht aus ihrer Mitte würde wählen müssen, um die neue Ordnung einzuführen. Wir lesen dort, daß in den revolutionierten Gemeinden, in den Hauptstädten z. B., die Leute, die sich um die einzelnen Barrikaden scharen würden, aus ihrer Mitte auch ein oder zwei Abgesandte in den Gemeinderat entsenden würden; daß die verschiedenen revolutionierten Gemeinden ihre Abgesandten an einen bestimmten Ort würden schicken müssen, um eine Föderation der Gemeinden zu gründen. Diese Abgesandten sollten allerdings wählbar und vor dem Volke verantwortlich sein, aber sie sollten nach den Satzungen doch auch eine weitgehende Vollmacht besitzen.

An einer Stelle[1]) sagt Bakunin geradezu: „Der neue revo-

1) M. A. Bakunins Schriften, herausgegeben von Dragomanow, S. 458. Programm und Satzungen des „Internationalen Verbandes der sozialistischen Demokratie" sind vollständig abgedruckt S. 443—459.

lutionäre Staat wird durch die revolutionären Abgesandten von unten herauf gebildet werden und wird alle im Namen der gleichen Grundsätze sich erhebenden Länder umfassen, ohne Rücksicht auf die alten Grenzen und die nationalen Verschiedenheiten; sein Ziel wird der administrative öffentliche Dienst, nicht die Regierung über die Völker sein." Hier nähert sich Bakunin den Ansichten der Marxisten bezüglich der künftigen gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Unterschied liegt darin, daß er die Revolution mit einer sofortigen Zerstörung der ganzen Staatsmaschinerie beginnen will, während die Marxisten sich zunächst der Staatsmaschinerie bemächtigen wollen, um sie, natürlich völlig verändert, für ihre Zwecke zu benutzen. Vielleicht würde diese Umwandlung mit der Zeit die Formen annehmen, die Bakunin im Auge hatte. Die heutigen echten Anarchisten gehen viel weiter und verwerfen alle administrativen und rechtlichen Einrichtungen des Staates; sie haben selbst vor statistischen Komitees Angst.

Zur Charakteristik von Bakunins Ideen führe ich noch seine Meinung über die Bedeutung gut organisierter Geheimgesellschaften für die Sache der Revolution an. Vor allem könnten sie zum Ausbruch der Revolution beitragen, lehrt er, indem sie in der Masse Gedanken verbreiten, die den Instinkten dieser entgegenkommen, sie könnten auch weiter, zwar nicht die revolutionäre Armee organisieren, denn diese würde das Volk selbst sein, sondern etwas Ähnliches wie ihren Generalstab aus hingebungsvollen, tatkräftigen, intelligenten, aufrichtigen Freunden des Volkes bilden und die ehrgeizigen, eitlen Freunde des Volkes zurückdrängen.

Bakunin ging sehr scharf gegen die Jakobiner und Blanquisten vor, denen er nicht immer gerechtfertigte Vorwürfe machte.

Der „Internationale Verband der sozialistischen Demokratie" begann sich nicht nur in der Schweiz und in Italien, wo Bakunin bereits weitläufige Beziehungen besaß, rasch zu entwickeln, sondern ebenso in dem entfernten Spanien und teilweise auch in anderen Ländern.

Da Bakunin selbst Mitglied der „Internationalen" und ihr warmer Anhänger war, so wünschte er, der „Internationale Ver-

band der sozialistischen Demokratie" möge, soweit er öffentlich war, als Ganzes in die „Internationale" eintreten. Dieser Wunsch stieß jedoch bei Marx, der im Generalrat der „Internationalen" saß und sie leitete, auf einen ebenso starken wie gerechtfertigten Widerstand, da eine Organisation innerhalb einer zweiten unfehlbar zu Konflikten führen mußte.

Verschiedene Freunde Bakunins, ja sogar Mitglieder des „Internationalen Verbandes der sozialistischen Demokratie" rieten, diese Organisation aufzulösen. Bakunin ging um so eher darauf ein, als der leitende und gleichzeitig geheime Teil, der „Verband der Internationalen Brüder", sich schon im Januar 1869 infolge starker Gegensätze der Mitglieder sowohl untereinander als zu Bakunin aufgelöst hatte. Die Genfer Gruppe konstituierte sich als eine gewöhnliche Sektion der „Internationalen" und wurde als solche im Juli 1869 in sie aufgenommen.

Auf diese Weise hörte die eben noch recht umfangreiche Organisation auf zu existieren, nur ein Häuflein befreundeter Menschen blieb übrig, die sich um Bakunin scharten und die sowohl in der „Internationalen" als auch außerhalb Hand in Hand gingen.

Die früheren Mitglieder des „Internationalen Verbandes der sozialistischen Demokratie", die mit Einwilligung des Generalrates der „Internationalen" eine eigene Sektion dieser Organisation bildeten, wollten zu den anderen Sektionen der „Internationalen" im Kanton Genf in nähere Beziehung treten. Der an der Spitze stehende Kantonalrat erklärte sich jedoch damit nicht einverstanden, da schon in Genf selbst zwischen den gelernten Arbeitern, namentlich ihren Führern, sehr gemäßigten Sozialisten, die eigentlich nur Radikale waren, und den ungelernten Arbeitern Gegensätze bestanden. Zu den letzteren hielten sich auch die früheren Mitglieder des „Internationalen Verbandes der sozialistischen Demokratie", die zu einem tatkräftigen Streik und dem Kampf mit dem Bürgertum im allgemeinen rieten.

So kam der Kongreß der „Internationalen" in Genf heran, auf dem der Grundsatz von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel endgültig anerkannt wurde. Auf diesem Kongreß trat

der Gegensatz zwischen den bakunistischen Anarchisten und den marxistischen Sozialisten schon recht deutlich hervor, ohne jedoch scharfe Formen anzunehmen. Die Bakunisten trugen damals sogar zur Festigung des Generalrats bei, in dem der Einfluß von Marx ausschlaggebend war.

Auf dem Kongreß in Basel begannen bereits Intrigen gegen Bakunin.

Im Sommer 1869 brachte Bornheim, ein Freund von Marx, in der „Zukunft" die alte Anschuldigung wieder auf, Bakunin sei ein Agent der russischen Regierung. Liebknecht wiederholte sie in seinem „Volksstaat"; Bakunin verlangte ein Ehrengericht, das denn auch Liebknechts Vorgehen als leichtsinnig und strafwürdig erklärte; Liebknecht machte geltend, er habe nur wiederholt, was Bornheim schon früher behauptet habe. Bakunin versöhnte sich mit ihm und zündete sich in der Gegenwart mehrerer Personen mit der Erklärung, die ihm vom Ehrengericht eingehändigt worden war, eine Zigarette an; Liebknecht sollte sich entschuldigen, hielt aber nicht Wort.

Bald nach dem Kongreß in Basel zog Bakunin aus persönlichen Gründen von Genf nach Locarno, wo er sich publizistisch betätigte und von wo aus er Beziehungen zu der revolutionären Jugend im Vaterlande unterhielt.

II.

Ich habe bereits erwähnt, daß die russische Emigration und die studierende Jugend sich 1863, 1864 und auch noch in den folgenden Jahren in Scharen nach dem Ausland, namentlich nach der Schweiz wandten. Auch die Emigranten gehörten in ihrer Mehrzahl zur jungen Generation. Der jüngere Bruder Nikolaus Serno-Solowjewitschs, Alexander, verließ noch im Frühjahr 1862 Rußland, um seine zerrüttete Gesundheit zu pflegen, ein Umstand, der ihn vor der Verhaftung rettete. Unter den jüngeren Emigranten war er sicherlich die hervorragendste Persönlichkeit. Im gleichen Jahre floh mit Hilfe der polnischen Verschwörer Nikolaus Shukowski aus Rußland, ein sehr befähigter, belesener und im Umgang sehr liebenswürdiger Mensch, der, wie wir noch sehen werden, in der Emigration bald eine hervor-

ragende Rolle spielte. 1863 verließ Utin, der zu „Land und Freiheit“ gehörte, Rußland; er war ein Mensch von mäßigen Fähigkeiten, besaß aber Witz und schmiedete gern Ränke. Die übrigen Emigranten taten sich durch nichts hervor.

In dem Augenblick, da die „Internationale“ gegründet wurde, ging der beste Teil der russischen jungen Emigranten sofort an die Arbeit. Sie führten die Propaganda und Agitation, verkehrten in den Sektionen mit den Arbeitern, halfen bei Streiks usw. Ihre Annäherung an die Arbeiterklasse des Westens, in erster Reihe an die Schweizer, war nicht bloß das Ergebnis einer zufälligen Berührung; die Gründe lagen viel tiefer.

Wir wissen bereits, daß die mittleren Schichten Rußlands sich in ihrer Mehrheit, mit Ausnahme der Jugend, nach den Ereignissen von 1863 und 1864, namentlich nach dem mißlungenen Attentat Karakosows, von der revolutionären Bewegung abgewandt hatten. Der Umstand bewirkte, daß die revolutionären Elemente aufhörten, mit den mittleren Schichten zu rechnen, und sich auf die Bauernbevölkerung und die Arbeiterschaft in den Städten zu stützen beschlossen. Der Beginn dieser Tätigkeit stieß jedoch anfangs auf beträchtliche technische und psychische Schwierigkeiten: die ersteren waren durch die politischen Verhältnisse des Landes gegeben, die letzteren hatten ihren Grund darin, daß die revolutionäre Intelligenz das Volk nicht kannte.

Die russischen Radikalen verschiedener Färbung lernten im Auslande in der „Internationalen“ eine Organisation kennen, die sich das Ziel gesetzt hatte, durch die Arbeiterklasse in ihrem eigenen, wie auch im Interesse der gesamten Gesellschaft die Verwirklichung jener Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit durchzusetzen, denen sie selbst huldigten. So wurde denn auch die „Internationale“ für die junge russische Emigration und in einem geringeren Grade auch für die Jugend in Rußland zum Ausgangspunkt von allerlei sozialen und politischen Erörterungen.

Wir wissen bereits, daß die „Internationale“ zu Beginn keine scharf ausgesprochene Richtung hatte; später wurde sie der Kampfplatz zweier sich befehdender Parteien: der Marxisten und Bakunisten.

Bakunin besaß in Rußland ein großes Ansehen; sowohl im Vaterlande, als auch im Auslande zog er einen beträchtlichen Teil der Jugend an. Immer tätig, vervollständigte er immerfort seine Anschauungen, im Gegensatz zu Herzen, der nicht nur in der Entwicklung seiner sozialen und politischen Theorien nicht weiter ging und so die Ereignisse des sozialen Lebens selbst im Westen nicht mehr berücksichtigte, sondern sich immer eigensinniger an jene Ideen klammerte, die er nach dem Krimkrieg gepredigt hatte. Man kann ruhig sagen, daß die Reaktion in Rußland nach 1866 nicht nur Herzen von seiner Illusion einer ruhigen und allmählichen Entwicklung des russischen Volkes nicht rettete und seinen Optimismus nicht ins Wanken brachte, sondern daß sie ihn im Gegenteil stärker noch als vorher zu slawophilen Phantastereien drängte.

Herzen, der sich, wie wir wissen, 1862 Tschernischewski beträchtlich genähert hatte, war nach 1866 sehr geneigt, die Bewegung, die jener hervorgerufen hatte, zu unterschätzen; er bedauerte jetzt, daß er sich 1863 so eifrig für die Polen eingesetzt hatte; das Attentat Karakosows 1863 in Petersburg und das des Polen Beresowski in Paris 1867 tadelte er heftig. Für die westeuropäische Arbeiterbewegung unter der Führung der „Internationalen" begeisterte er sich durchaus nicht, und während Bakunin zeit seines Lebens international war, beschloß Herzen seine Tätigkeit einzig als russischer Patriot.

Mit der jüngeren Generation der russischen Intelligenz hatte er nichts mehr gemeinsam. Die revolutionären Bestrebungen dieser jungen Leute, die keine friedliche Wiedergeburt Rußlands mehr erwarteten, waren ihm peinlich; er warf ihnen vor, sie seien doktrinär, was nicht richtig war, da sie damals nicht einmal eine bestimmte, in sich geschlossene Theorie besaßen. Auch andere Gegensätze traten hervor. Wir wissen, daß Herzen seiner Geburt, seiner Erziehung und seiner Umgebung nach zu den höheren Schichten gehörte: er war ein großer Herr, der sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufgelehnt hatte; die junge Emigration setzte sich dagegen vorwiegend aus „Rasnotschinzen" zusammen; sie hatten eine andere Psychologie, andere Gewohnheiten als er. Auch Bakunin war Aristokrat, aber seine reiche,

geschmeidige Natur vermochte sich eher der Umgebung anzupassen, ohne sich selbst dabei zu verlieren. Überdies war Bakunin ein Anhänger der neuesten Ideen; schon aus diesem Grunde bestand zwischen ihm und der jungen Emigration nicht jener Gegensatz, der sich zwischen ihr und Herzen entwickelte. Herzen verlor sowohl innerhalb der Emigration als auch in Rußland selbst immer mehr Anhänger.

Am deutlichsten trat dieser Gegensatz in einer kleinen Schrift zutage, die Alexander Serno-Solowjewitsch 1867 in Wien unter dem Titel „Unsere internen Angelegenheiten, eine Antwort auf Herrn Herzens Aufsatz ‚Die Ordnung siegt'" herausgab. Das Büchlein ist in einem sehr scharfen Ton abgefaßt und enthält neben verschiedenen ungerechtfertigten persönlichen Ausfällen eine Reihe richtiger Bemerkungen.

Serno-Solowjewitsch zieht einen Vergleich zwischen Herzen und Tschernischewski und zeigt, um wieviel höher der letztere infolge der Schärfe und Tiefe seines Geistes, der Weite seines Horizontes, der Festigkeit seiner Überzeugungen und seiner natürlichen Einfachheit stehe. Herzen sei ein Dichter, ein Künstler, ein Romanschreiber, alles, nur kein politischer Führer und noch weniger ein Theoretiker, der Gründer einer Schule. Serno-Solowjewitsch wirft ihm weiter vor, er ändere selbst seine Überzeugungen und achte die anderer gering; er mißverstehe die junge Generation, urteile leichtsinnig usw.

Herzen, erklärt Serno-Solowjewitsch, glaube mit Unrecht, seine Stellung während des polnischen Aufstandes habe ihm die Sympathien eines großen Teils seiner früheren Anhänger verscherzt; er habe sie nur verloren, weil er aufgehört habe, die politische Lage zu begreifen. Serno-Solowjewitsch erhob auch den nicht ganz gerechtfertigten Vorwurf gegen Herzen, er genieße selber seinen Reichtum und schaue gleichmütig dem Elend seiner verbannten Brüder zu.

Die Schrift wirbelte unter den Emigranten in der Fremde viel Staub auf; die wenigen Freunde Herzens waren empört, selbst Bakunin war zornig, wie aus einem Brief Serno-Solowjewitschs an Bornheim, der das Schriftchen ins Deutsche übersetzte, hervorgeht. Bakunins Stimmung konnte ihren Grund nur

in seinen persönlichen Beziehungen zu Herzen, nicht in seinen Überzeugungen haben.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß Bakunin 1868 eine Zeitschrift „Die Sache des Volkes" gründete, deren Programm er gemeinsam mit Shukowski verfaßte. Nummer 1, die seine Anschauungen vollständig wiedergab, verfaßte er fast ganz allein. Nummer 2 erschien bereits unter neuer Redaktion, da Bakunin aus persönlichen Gründen ausgeschieden war; Unterschiede im Programm sind weder in dieser noch in den nächsten Nummern enthalten. Erst später, namentlich seit 1870, zeigte die „Sache des Volkes" eine neue Richtung und näherte sich mehr der anderen Gruppe der „Internationalen", d. h. den Marxisten. In die neue Redaktion trat Utin ein.

Wir wissen bereits, daß 1869 das von Nietschajew gegründete „Volksgericht" zu erscheinen begann, dessen Richtung uns bereits bekannt ist. Sowohl Nietschajew selbst als auch seine Organisation bilden in der Geschichte der russischen Revolution eine vorübergehende Erscheinung, die keine tieferen Spuren hinterließ. Bakunin, der sich infolge seines revolutionären Temperaments anfangs von Nietschajew hatte bestricken lassen, brach bald mit ihm. Wir werden noch sehen, daß ihn das nicht vor feindlichen Angriffen schützte und daß man ihm mehr als einmal Dinge unterschieben wollte, die Nietschajew allein unternommen hatte.

Im September 1869 beging Alexander Serno-Solowjewitsch Selbstmord; seine reiche, tätige Natur hatte fern von Rußland keine Ruhe finden können. Die Arbeit in der „Internationalen", der er sich eifrig hingab, genügte ihm nicht; was er brauchte, war der Kampf im Vaterlande. Schlechte Vermögensverhältnisse, eine Folge seiner Emigration, drückten ihn, dazu kam noch eine unglückliche Liebe. Seine nervöse Gereiztheit ging in Geisteskrankheit über. In einem Augenblick von Bewußtsein, das er übrigens nur selten noch erlangte, erfuhr er von dem behandelnden Arzte, wann der völlige Wahnsinn bei ihm eintreten würde, und nahm sich gerade in diesem lichten Augenblick das Leben.

So starben die Brüder Nikolaus und Alexander Serno-

Solowjewitsch, die sich um die revolutionäre Bewegung reich verdient gemacht und große Hoffnungen geweckt hatten, beide eines frühzeitigen Todes.

Am 20. Januar 1870 starb Alexander Herzen in Paris, einsam, verbittert und traurig. Sein Tod hinterließ keine merkbare Lücke.

III.

Der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen in der „Internationalen" wurde nach dem Jahre 1860, namentlich nach dem Deutsch-Französischen Kriege und der Pariser Kommune immer stärker. Marx selbst und Leute aus seiner Umgebung griffen Bakunin an, namentlich in der russischen Kolonie in der Schweiz tobte der Kampf. Der Gegensatz breitete sich immer mehr aus; er machte sich in Italien, Spanien, Belgien, Holland, ja sogar in Amerika fühlbar.

Am hartnäckigsten war der Kampf zwischen den beiden Richtungen in der romanischen Sektion in der Schweiz, an deren Spitze vorwiegend Anhänger von Bakunin standen, so Guillaume und andere.

Am 4. August 1870 fand in Chaux de Fonds ein Kongreß der „Romanischen Föderation" statt, die die Sektionen der „Internationalen" in der französischen Schweiz umfaßte. Auf der Tagesordnung stand gleich zu Anfang die Aufnahme der früheren Sektion des „Internationalen Verbandes der sozialistischen Demokratie" in die „Föderation". Der Verband hatte späterhin eine eigene Sektion der „Internationalen" gebildet, war aber in die Genfer Kantonalorganisation nicht aufgenommen worden.

Nach einer Diskussion, die durch die Anklagen Utins gegen Bakunin und den „Internationalen Verband der sozialistischen Demokratie" eingeleitet wurde, sprachen sich 21 Stimmen gegen, 18 für die Aufnahme aus.

Als das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wurde, verließ die Minderheit mit Utin an der Spitze den Kongreß. Die „Romanische Föderation" war damit in zwei Gruppen zerfallen, jede von ihnen verblieb in der „Internationalen", bildete aber eine Einheit für sich.

Der Generalrat stellte sich auf seiten Utins und seiner Anhänger; die Mehrheit der „Romanischen Föderation" erhielt auf einen Brief an den Generalrat überhaupt keine Antwort, obgleich man ihr vom Standpunkt der Organisation aus nichts vorwerfen konnte. Die endgültige Entscheidung zwischen den kämpfenden Gegnern in der „Internationalen" gehörte vor den allgemeinen Kongreß, der infolge des Deutsch-Französischen Krieges verschoben werden mußte.

Unterdessen traten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bakunin und Marx in ihrer Stellung zum französischen und deutschen Proletariat mit besonderer Schärfe hervor. Bakunin wollte sowohl in Frankreich als auch in Deutschland einen gegen den Krieg gerichteten Aufstand entfachen und glaubte, ein derartiges Vorgehen würde der Ausgangspunkt einer sozialen Revolution werden; Marx war dagegen, da er die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen noch nicht für reif hielt. Obgleich er voraussah, daß eine Unterwerfung Frankreichs eine neue Reaktion für Europa bedeuten würde, hielt er einen gewaltsamen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft gegen den Krieg für unmöglich; dagegen war er der Ansicht, die Arbeiter müßten sich gegen die Eroberungspolitik Deutschlands gegenüber Frankreich aussprechen.

Bekanntlich reiste Bakunin nach Lyon und Marseille, um eine revolutionäre Bewegung hervorzurufen, seine Bemühungen blieben jedoch erfolglos.

Im September 1871 beriefen Marx und Engels eine geheime Konferenz der „Internationalen" nach London, an der fast ausschließlich entschiedene Anhänger der Organisation teilnahmen. Die Londoner Konferenz verstärkte die Gewalt des Generalrats den einzelnen Sektionen gegenüber noch bedeutend und sprach sich sehr entschieden für den täglichen politischen Kampf des Proletariats aus.

Am 12. November 1871 gründete die Mehrheit der „Romanischen Föderation" gemeinsam mit der Genfer Sektion der „Revolutionären Propaganda", die sich aus französischen Emigranten anläßlich der Kommune und den früheren Mitgliedern der Genfer Sektion des „Internationalen Verbandes der sozialistischen

Demokratie" zusammensetzte, die „Jura-Föderation", die nach dem Kongreß der „Internationalen" im Haag 1872 der Keim einer neuen anarchistischen Internationalen wurde, die einige Jahre Bestand hatte.

In der ersten Hälfte des Jahres 1872 gab der Generalrat der „Internationalen" ein geheimes Rundscheiben heraus, das von Marx entworfen und später veröffentlicht wurde, und in dem die Unterschiede besprochen wurden. Statt die grundsätzlichen Gegensätze in Programm und Taktik der beiden streitenden Parteien auseinanderzusetzen, führte es die Unterschiede auf persönliche Ränke Bakunins und seiner Freunde zurück, wobei namentlich gegen Bakunin beleidigende Vorwürfe erhoben wurden.

Am 2. September des gleichen Jahres erfolgte die Eröffnung des Kongresses der „Internationalen" im Haag, wo unter anderem die Angelegenheit Bakunins und seiner Anhänger, die dem Generalrat Widerstand leisteten, endgültig entschieden werden sollte.

Marx und seine Anhänger suchten eifrig, sich die Stimmenmehrheit zu sichern, was ihnen auch nach vieler Mühe gelang. Bakunins Sache wurde bis zuletzt aufgeschoben, als viele Mitglieder den Kongreß bereits verlassen hatten. Die Angelegenheit war einer Kommission von fünf Personen übergeben worden, die dem Kongreß Rechenschaft geben sollte. Dieser Rechenschaftsbericht enthielt keinerlei genau formulierte, namentlich keine bewiesenen Vorwürfe, und so verlangte die Kommission denn auch deutlich von dem Kongreß moralischen Kredit für ihren Vorschlag. Schließlich entschied der Kongreß mit 27 Stimmen gegen 8 Bakunins Ausschluß aus der „Internationalen". Acht Abgesandte hatten sich der Abstimmung enthalten.

Wie nichtig die Vorwürfe gegen Bakunin waren, beweist unter anderem die Tatsache, daß man ihn beschuldigte, er habe sich von den Polen 300 Rubel Vorschuß für die Übersetzung des ersten Bandes des „Kapitals" zahlen lassen, ohne diese Arbeit auszuführen. Bakunin hatte die Übersetzung tatsächlich angefangen, hatte sie später jedoch infolge politischer Ereignisse, an denen er sich beteiligte, unterbrechen müssen; die Über-

setzung hatten darauf andere unternommen, aber nicht zu Ende geführt.

Außer Bakunin wurden noch einige andere Mitglieder, die zu der gleichen Richtung gehörten und gleichfalls gegen den Generalrat kämpften, wie z. B. Guillaume, aus der „Internationalen“ ausgeschlossen.

Der Kongreß stärkte abermals die Stellung von Marx, aber in rein formaler Weise. Im Grunde genommen war die Opposition gegen den Generalrat sehr stark und zwar nicht nur in Ländern, wo seine persönliche Wirksamkeit fehlte. Selbst in England, seinem damaligen Aufenthaltsorte, stieß er bei den Trades-Unionisten auf einen starken Widerspruch, der allerdings anderen Gründen entsprang als in der Schweiz. Als Marx die Schwierigkeiten sah, die sich immer mehr vor ihm auftürmten, beschloß er, zusammen mit Engels den Generalrat nach Amerika zu verlegen. Ein Antrag Engels' wurde angenommen, der Generalrat möge seinen Sitz in Neuyork aufschlagen, wo Anhänger von Marx einflußreich waren.

Die Übersiedlung des Generalrats nach Neuyork war der Anfang vom Ende der „Internationalen“. Marx und Engels begriffen das sicherlich, aber da sie wahrscheinlich fühlten, daß die „Internationale“ ihnen entglitt, zogen sie es vor, die Auflösung der Organisation nicht unter ihrer Leitung erfolgen zu lassen. Nach der Übersiedlung des Generalrats traten sie formell aus ihm aus. Vielleicht wollten sie sich auch von den schweren, drückenden Angelegenheiten der „Internationalen“ befreien, um sich ganz der wissenschaftlichen Arbeit hinzugeben. Der weitere Ausbau ihrer Ideen, die Ausarbeitung der wissenschaftlichen sozialen Theorie war sicherlich für die Bewegung von höchster Bedeutung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die beiden Richtungen, wie sie Marx und Bakunin vertraten, nicht gleichzeitig in derselben Organisation bestehen konnten, noch sollten. Man kann es daher Marx nicht verübeln, daß er sich von Bakunin befreien wollte, aber er hätte anders vorgehen müssen; er hätte von seinem Standpunkt aus die Schädlichkeit der Bakuninschen Politik beleuchten, hätte eingehend die theoretischen Gegensätze

darlegen müssen, statt diese Gegensätze den Ränken seiner Gegner zuzuschreiben und sie als gemeine Menschen darzustellen, die sich nur von ihren persönlichen Interessen und einem ungeheuren Ehrgeiz treiben ließen.

Betrachtet man heute gewissenhaft die Dokumente, die Guillaume in dem bereits angeführten Werk bringt, so muß man das Vorgehen von Marx gegen Bakunin auf das schärfste tadeln. Guillaume könnte ja allerdings durch seine Vorliebe für die Gegenpartei befangen sein, aber die angeführten Beweise besagen allein schon genug.

Die Art, wie Marx in der „Internationalen" mit seinen Gegnern umsprang, wie er grundsätzliche und taktische Gegensätze zur ausschlaggebenden Richtung als die Ergebnisse persönlicher Neigungen darstellte und die Betreffenden am liebsten beschuldigte, Händel zu suchen, ist überhaupt in den sozialdemokratischen Parteien eine traurige Überlieferung geworden. Die Führer ahmen in dieser Hinsicht oft Marx nach, ohne ihm in seinen genialen wissenschaftlichen Gedanken gleichzukommen. Neben den ungeheuren Vorzügen, die Marx besaß, und die auch Bakunin offen anerkannte, verblassen seine Fehler; von denen, die in den gegenwärtigen sozialdemokratischen Organisationen die Rolle von Marx spielen wollen, läßt sich das leider nicht behaupten.

Auf dem Haager Kongreß trat die Mehrheit der Opposition aus der „Internationalen" aus und gründete auf dem Kongreß in Saint-Imier am 15. September 1872 eine neue „Internationale", deren Leitung die „Jura-Föderation" übernahm.

Ich gehe hier nicht auf das weitere Schicksal der beiden „Internationalen" ein; ihre spätere Geschichte steht in keinem Zusammenhang mehr mit unserem Thema. Ich bemerke nur, daß sie zwar nur kurze Zeit bestanden, aber beide in der späteren sozialistischen und anarchistischen Bewegung Spuren hinterließen.

IV.

Es sei hier noch auf zwei Sektionen hingewiesen, in denen sich Russen befanden: die russische, die Utin gründete, und die sogenannte slawische, die einen anarchistischen Anstrich hatte.

Am 22. März 1870 bestätigte der Generalrat der „Internationalen" die Satzungen der russischen Sektion, wovon diese zwei Tage später durch einen Brief von Marx benachrichtigt wurde, von dem noch die Rede sein soll.

Die Satzungen der russischen Sektion der „Internationalen" [1]) enthalten nichts, was einer besonderen Erwähnung wert wäre.

Im ersten Teil des zweiten Paragraphen lesen wir nicht ohne Überraschung, das russische Volk sei stets bestrebt gewesen, die großen Grundsätze der „Internationalen" zu verwirklichen: den gemeinsamen Besitz des Grund und Boden und der Produktionsmittel. An anderen Stellen tritt der Glaube an die Lebensfähigkeit des Gemeindeeigentums an Grund und Boden in Rußland hervor und endlich die Überzeugung, die gleichen Gründe, die im Westen zur Entstehung der „Internationalen" geführt hätten, würden sie auch in Rußland unentbehrlich machen.

Im zweiten Teil wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, gleichartige Sektionen in den übrigen slawischen Ländern, in Polen, in Österreich und der Türkei zu begründen. Im fünften Paragraphen des gleichen Teiles heißt es, Polens Unterjochung sei ein Hindernis für die Befreiung des russischen und polnischen Volkes.

Über die konkreten Angelegenheiten der laufenden Politik in Rußland enthalten die Satzungen nichts Bestimmtes.

In Nummer 1 der „Sache des Volkes" von 1870 finden sich in einem Aufsatz über die neuentstandene russische Sektion der „Internationalen" Ausfälle gegen „die falschen Freunde des Volkes", die es lenken wollen, ohne mit ihm gemeinsam zu arbeiten; ebenso werden die alten Emigranten angegriffen, die die Leute in Rußland mit ihren Ideen anstecken usw. Alles das richtet sich offenbar grundlos gegen Marx.

In seinem Brief an die russische Sektion sagt Marx an-

---

1) Neben alten Ausgaben finden sich diese Satzungen in dem bekannten Werkchen von Kuklin, „Das Fazit der revolutionären Bewegung in Rußland" (in russischer Sprache). Über die slawische Sektion ist einiges in Band V der Sammlung „Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland" S. 207-208 zu finden; ebenso in Bakunins Briefen, herausgegeben von Dragomanow S. 499—503.

läßlich des fünften Paragraphen des zweiten Teils, die Unterjochung Polens sei der Grund des militärischen Despotismus in Deutschland, auf dem Kontinent überhaupt; die Sozialisten, die an der Befreiung Polens arbeiteten, nähmen also gleichzeitig die hohe Aufgabe auf sich, die militärische Herrschaft in Europa zu zerstören, was der Befreiung des europäischen Proletariats jedenfalls vorhergehen müsse.

Die russische Sektion der „Internationalen" erklärte deutlich, sie träume nicht davon, die Arbeiterbewegung in Rußland zu lenken, sie wolle nur zwischen dieser und der Bewegung in den slawischen Ländern und ganz Europa vermitteln. Die Sektion hatte in Rußland selbst keinen bedeutenden Einfluß. Ihr Gründer und Leiter Utin kehrte während des russisch-türkischen Krieges infolge der Vermittlung eines Großkaufmanns als legaler Untertan nach Rußland zurück. Wahrscheinlich mußte er seine „Jugendsünden" offiziell bereuen. Er begann sich mit handelstechnischen Operationen zu beschäftigen und dachte nicht im entferntesten mehr an die „Befreiung" des russischen Proletariats.

Die slawische Sektion der „Internationalen" wurde 1872 in Zürich von Bakunin gegründet und trat in die „Jura-Föderation" ein. Auf dem Haager Kongreß stimmten die Mitglieder gegen den Generalrat. Nach dem Zerfall der „Internationalen" in zwei feindliche Lager gehörte die slawische Sektion zu der anarchistischen.

Das Programm der slawischen Sektion hatte Bakunin selbst entworfen, es ist auch völlig der Ausdruck seiner anarchistischen Ideen. Den zentralisierten Staaten, die allgemeine Gesetze von oben hinunter erlassen, wie sein Lieblingsausdruck lautet, werden freie Verbände gegenübergestellt, die von unten hinauf arbeiten, ohne staatliche Organisation, ohne bindende Gesetze usw. Das Programm erklärt weiter, die Mitglieder seien Materialisten und Atheisten, sie hätten Achtung vor der positiven Wissenschaft und verlangten die gleiche Ausbildung für alle ohne Unterschied des Geschlechts; doch seien sie entschiedene Gegner jeder Art von Gelehrtenherrschaft, namentlich wenn diese anmaßend und schädlich sei. Die slawische Sektion spricht sich sowohl gegen

den Panslawismus, als gegen den Pangermanismus und auch gegen jede Obergewalt im Schoße der „Internationalen" selbst aus; sie erkennt keine allgemeinen politischen Programme an, die alle Sektionen verpflichten und von einer Kongreßmehrheit beschlossen werden.

Die slawische Sektion hatte etwa 12 bis 15 Mitglieder und setzte sich aus Russen, Serben, Tschechen und Kroaten zusammen. Zwischen ihr und der polnischen Sektion brachen Streitigkeiten aus, weil zu dieser letzten auch Anton Stempkowski gehörte, ein russischer Spitzel, wie sich später erwies; er war der Regierung behilflich gewesen, Nietschajew in der Schweiz zu verhaften und an Rußland auszuliefern. Die slawische Sektion zerfiel schon im darauffolgenden Jahre, da zwischen Rolli und noch einigen Mitgliedern auf der einen und Bakunin auf der andern Seite Meinungsverschiedenheiten entstanden waren.

Obgleich weder die russische noch die slawische Sektion der „Internationalen" größeren Einfluß auf die revolutionäre Kreise in Rußland besaß, so waren sie beide doch gewiß nicht ohne Bedeutung für die Jugend unter der Emigration. Dagegen begannen Bakunins Ansichten unmittelbar auf die revolutionäre Jugend in Rußland zu wirken, die zu Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre den Reizen der „Internationalen" und der Pariser Kommune zu unterliegen begann. Der Versuch des Pariser Proletariats, neue Formen des sozialen Lebens zu schaffen, war auf die Einbildungskraft der revolutionär gestimmten russischen Jugend von großem Einfluß. Diese Jugend suchte damals neue Wege, sie verachtete die in Rußland sehr schwache liberale Bewegung und rechnete ausschließlich auf das Volk.

Vielleicht gab sich die russische Jugend damals nicht einmal von den letzten Zielen der Kommune Rechenschaft; sie untersuchte wahrscheinlich die Theorien der Kommune nicht näher und merkte deren Schwächen nicht; sie sah in der Kommune nur einen kühnen Versuch des Proletariats, die Gesellschaft auf einer neuen Grundlage aufzubauen.

V.

Sehen wir jetzt zu, wie sich Bakunins Ansichten in den letzten Jahren seines Lebens gestalteten, da sein Einfluß gerade in der Zeit von 1873 bis 1879 in den revolutionären russischen Kreisen besonders stark war. Die allgemeinen Umrisse kennen wir bereits, es bleibt uns nur noch die Beleuchtung einiger bestimmter Punkte übrig.

Im Jahre 1870 schrieb und veröffentlichte Bakunin ein Schriftchen unter dem Titel „Die Wisseschaft und die gegenwärtige revolutionäre Bewegung“, die zum Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen und Streitigkeiten in den Kreisen der revolutionären Jugend und ebenso in der geheimen Presse wurde.

Über die Bedeutung der Wissenschaft für die Volksmassen hatte sich Bakunin noch in der ersten Nummer der „Sache des Volkes“, also 1868, geäußert. Er erklärte damals, die Regierung werde zwar sicherlich die Gründung von Volksschulen verhindern, die auf der Höhe ihrer Aufgabe ständen, das habe die russischen Revolutionäre jedoch nicht von einer Tätigkeit in dieser Richtung abzuhalten; man müsse die Regierung daher bei der Gründung von Schulen unterstützen. Gleichzeitig meinte er aber, das große Elend des Volkes und der Widerstand der Regierung würden bewirken, daß man in Rußland keine großen Ergebnisse durch das Schulwesen erzielen würde.

In dem erwähnten Schriftchen geht Bakunin noch viel weiter und kommt zu dem Schluß, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland sei die Wissenschaft für das Volk überhaupt unzugänglich und völlig bedeutungslos. Die Regierung würde nie eine wirkliche Volksaufklärung durch die wahre Wissenschaft zugeben; eine tote oder verzerrte Wissenschaft aber, die dem Bewußtsein des Volkes falsche Begriffe und Anschauungen einimpfen würde, könnte ihm nur schaden; eine solche Wissenschaft würde für das Volk ein Gift sein, denn sie könnte es von dem abbringen, was unter den bestehenden Verhältnissen das einzig Nützliche und Erlösende wäre: vom Aufstand.

Der Ausgangspunkt in Bakunins Ausführungen über Rußland ist der Satz von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Begriff des Staates und gegen die staatlichen Reformatoren,

die den Staat für das entsprechende Mittel halten, das Wohlergehen des Volkes zu sichern, und die daher meinen, der Staat müsse so stark und blühend als möglich sein. Den Staatsanhängern stellt Bakunin die Revolutionäre entgegen, die er in zwei Gruppen teilt, in Doktrinäre und in Menschen der Tat. Die ersteren kämen durch Bücher zu der Notwendigkeit der Revolution, die anderen durch das Leben selbst. Die Doktrinäre wissen sehr wohl und können auch beweisen, warum in der gegenwärtigen Zeit jeder anständige Mensch revolutionär sein müsse; doch sie selbst seien sehr selten wirkliche Revolutionäre. Ihre revolutionäre Leidenschaft, sagt Bakunin, ist vorwiegend geistig-abstrakt, selten gefühlsmäßig. Nach ihrer Theorie ist der bestehende Zustand wirklich widerlich, aber er verfügt über bedeutende Kräfte, die nicht von der Willkür des einen oder anderen Einzelnen abhängen, sondern aus der Gesamtheit der Bedingungen; diese Kräfte sind für die Doktrinäre das notwendige Ergebnis alles in der Gesellschaft Lebenden und Wirkenden; kein einzelner vermöge die Gesellschaft einfach aufzuheben, es sei daher töricht, wenn einer oder einige sich widersetzen wollen. Man dürfe sich nicht in unnützen Aufständen verzetteln; dagegen müsse man alle Bemühungen darauf richten, die Bedingungen in der sozialen Umwelt zu ändern. Man müsse unermüdlich und fortwährend, aber vernünftig und behutsam vorgehen, man dürfe nicht darauf rechnen, daß sich das Ziel sogleich erreichen lasse, man müsse sich vielmehr mit dem Gedanken zufrieden geben, daß unsere Bemühungen die Verwirklichung einer sozialen Ordnung für künftige Generationen vorbereiten. Die reifen sozialen Ideen verbreiten, in Wort und Schrift für sie Propaganda treiben, sich Bildung aneignen, das sei das Notwendige. Ein solches Vorgehen würde eine Reihe von gebildeten, ehrlichen Führern des Volkes hervorbringen, und wenn es ihrer erst viele gäbe, wenn sie erst stärker als die Regierung sein würden, dann würde es ihnen auch gelingen, die großen Hindernisse zu bewältigen, endlich zum Volke selbst zu gelangen und das zurückgedämmte, verhaltene soziale Leben in ihm zu wecken.

Bakunin faßt die Grundsätze der doktrinären Revolutionäre in drei Sätze zusammen:

1) Jedes Volk hat die Regierung, die es bei seinem Bildungsstand einzig haben könne;

2) Jede Regierung ist der Ausdruck der Summe, oder noch besser der Kombination der Volkswünsche;

3) Jede Regierung ist das Ergebnis des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen sozialen Kräften.

Daraus, sagt Bakunin, ziehen die doktrinären Revolutionäre dann den Schluß, eine Regierung könne nicht geändert werden, solange in einem bestimmten Lande nicht der Bildungsgrad der Staatsbürger sich ändere, die Bedürfnisse des Volkes nicht andere würden, das Gleichgewicht der sozialen Kräfte sich nicht verschiebe.

Dieser Theorie stellt nun Bakunin seine eigene gegenüber, von der er erklärt, sie sei aus der Beobachtung der geschichtlichen Tatsachen hervorgegangen: neue soziale Kräfte können durch Verabredung geschaffen werden, ein Aktionsplan kann ausgearbeitet und die möglichst günstige Verteilung der Kräfte kann dann nach dem gefaßten Plane vorgenommen werden. Der Staat, erklärt Bakunin, ist wie ein Schwert, mit dessen Hilfe die organisierte Minderheit, die das Bildungsmonopol besitzt, die aus unorganisierten Massen bestehende Mehrheit ausbeutet. Je länger dieser Zustand aber währe, desto mehr festige sich auch in der Gesellschaft die Überzeugung, diese Ordnung der Dinge sei vollkommen richtig; das einzige Ziel der Regierungspolitik ist dann, nie oder möglichst spät im Volke das Bewußtsein von seinen Rechten und Interessen aufkommen zu lassen. In dieser Beziehung leiste auch die Religion dem Staate große Dienste.

Die langsame Entwicklung des sozialen und politischen Bewußtseins ist nach Bakunin das Ergebnis der schweren Daseinsbedingungen, unter denen die Menschen zu leiden haben; namentlich der Kampf ums Dasein halte sie auf. Die höheren Schichten, die unter besseren Bedingungen leben, könnten sich allerdings frei entwickeln und das hervorbringen, was wir als Zivilisation bezeichnen. Bisher kenne die Geschichte keine andere Zivilisation als eine ständische. Würde sich die Standesbildung immer weiter entwickeln, fährt er fort, und würde dem Bewußtsein des Volkes die Möglichkeit der Entwicklung fehlen, so

würde auch die Unfreiheit der Massen nie aufhören. Glücklicherweise sei dem nicht so. In der Zivilisation selbst stecke der Wurm, der an ihr nagt: das Privilegium, die Lüge, die Ausnutzung, und auf diese Weise verwandle sich die Standesgewalt in Zügellosigkeit, in Schwäche, in Ruin.

Wirkliche Führer der Volksbefreiung könnten nur Menschen sein, die dem Volke entstammen. Mit dem Verfall des ständischen Geistes und der ständischen Kraft steige der Geist des Volkes und seine Kraft.

Die Bücherbildung ist zwar dem Volke unerreichbar, sagt Bakunin, aber doch steige seine intellektuelle Entwicklung langsam an. Seine Weisheit aber schöpfe das Volk aus zwei Quellen: aus der traurigen Lebenserfahrung, aus dem Elend, dem Unrecht, dem Druck, den es täglich seitens der Regierung und der bevorrechteten Stände immer wieder von neuem erfährt, und aus der lebendigen Überlieferung von Generation zu Generation, die immer größer und reicher wird.

Die Stände kämpfen untereinander um Macht und Reichtum, d. h. um die beiden Formen der Ausnutzung. Allen historischen Fragen: den religiösen wie den nationalen und politischen und zwar nicht nur denen, welche die arbeitenden Klassen betreffen, sondern auch denen, die alle Stände angehen, ja dem Staat selbst und der Kirche liege das wirtschaftliche Moment, als das allerrealste, zugrunde: „Ich achte weder die Wissenschaft noch das Denken gering“, sagt Bakunin, „aber ich weiß, daß sie nur ein kaltes Licht verbreiten, wenn sie nicht Hand in Hand mit dem Leben gehen.“

Jedes Volk als Ganzes und jeder Arbeiter im besonderen ist seiner Lage nach Sozialist, erklärt Bakunin. Der wirkliche Unterschied zwischen einem gebildeten Sozialisten, wenn er vielleicht auch nur seiner Bildung nach zu der Welt des Staates und der Stände gehört, und dem unbewußten Sozialisten aus dem Volke besteht darin, daß der erstere beim besten Willen nie völlig Sozialist sein könne, während der andere es tatsächlich ist, aber es nicht ahnt, da er nicht weiß, daß eine soziale Wissenschaft existiert; er hat nie das Wort Sozialismus gehört.

Die ganze soziale Frage ist sehr einfach, sagt Bakunin. Die

Volksmasse hat bisher überall in Elend und Unfreiheit gelebt und hat gleichzeitig eine ungeheure Mehrheit im Verhältnis zu der Schicht gebildet, die auf ihr ruhte. Die numerische Kraft war und ist stets auf seiten des Volkes. Warum hat es sie nie zu seiner Befreiung benutzt?

Den Grund der großen und jahrhundertelangen Geduld des Volkes sieht Bakunin in der Unwissenheit des Volkes; diese ist schuld, daß das Volk die Hauptquellen seines Unglücks nicht kennt und oft die Erscheinungen statt der Ursachen haßt. Bakunin ist der Ansicht, erst jetzt (d. h. mit dem Erscheinen des Schriftchens) sei die soziale Frage klar vor das Bewußtsein des Volkes gebracht; erst jetzt beginne es, den wahren Grund seines Unglücks und gleichzeitig sein numerisches Übergewicht über das Häuflein der Bevorrechteten zu begreifen.

Innerhalb der Stände, sagt Bakunin, spielen sich oft erfolgreiche Bewegungen ab, die dem Volke selbst jedoch keinerlei Nutzen bringen. Keine Revolution, auch die gewalttätigste und kühnste nicht, habe bisher gewagt, den Staat zu zertrümmern. Und doch folge aus dem Wesen jeder Gewalt, daß sie das Böse tun müsse: sie muß sich bestreben, das Volk zu unterdrücken und es in Unfreiheit zu halten; für das, was man heute Zivilisation nenne, sei die Unterdrückung eine Frage auf Leben und Tod.

Bakunin ist sich der großen Schwierigkeiten bewußt, die dem Volk in seinem Kampf gegenüberstehen; er gibt zu, daß der Staat auf das vorzüglichste organisiert ist, daß die besitzenden Klassen, die ganze bestehende Ordnung über eine Unmenge von legalen und illegalen Mitteln verfügen. Die Volksmassen seien allerdings ihrer Zahl nach unendlich größer, aber sie stellen keine wirkliche Macht dar, solange sie nicht organisiert sind. Die Macht des Staates, sagt Bakunin, stützt sich auf das Übergewicht, das die organisierte Minderheit über die Mehrheit hat. Aufgabe der Volksmassen sei also in erster Reihe, sich zu organisieren; gerade diese Aufgabe habe auch die „Internationale Vereinigung der Arbeiter" zu der ihren gemacht.

Bakunin stimmt mit den doktrinären Revolutionären darin überein, daß jeder Staat das Ergebnis des Gleichgewichts zwi-

schen den sozialen Kräften sei, und meint, dieses Gleichgewicht werde durch die Organisation der Massen ins Wanken kommen; das Resultat werde dann der Zusammenbruch der Regierung, des Staates usw. sein.

Im Jahre 1873 erschien eine weitere Schrift Bakunins: „Der Staat und die Anarchie“.

In dieser Arbeit legt Bakunin seine Ansichten über die wichtigsten Ereignisse in Westeuropa seit der Französischen Revolution dar. Er beginnt damit, es sei eine Tatsache, daß die europäischen Regierungen in ständiger Angst vor der internationalen Arbeiterbewegung seien, und schildert auch die Maßnahmen, die gegen sie ergriffen werden. Dann betrachtet Bakunin die Veränderungen in der europäischen Politik, die der Sieg Deutschlands über Frankreich herbeigeführt habe. Er bespricht auch verschiedene politische Ereignisse, um endlich in einer Beilage auch seine Ansichten über Rußland niederzulegen. In dem ganzen Werk ist er sichtlich bemüht, die Schädlichkeit aller Regierungsformen und die Notwendigkeit ihrer Aufhebung darzutun.

Zur deutlicheren Charakteristik Bakunins erwähne ich hier seine interessantesten und wichtigsten Ausführungen.

Deutschland ist nach seiner Ansicht nach dem Kriege mit Frankreich die stärkste politische Macht in Europa geworden, mit der sich kein Staat in militärischer Hinsicht mehr messen könne. Ein Zusammenstoß zwischen Rußland und Deutschland werde einmal erfolgen müssen, zurzeit aber brauchten die beiden Staaten noch einander. Rußland werde sich bemühen, so lange neue Gebiete in Asien zu erobern, bis es einmal Aug' in Aug' vor China stehen würde, denn auch China müsse sein für die Bevölkerung zu eng gewordenes Gebiet erweitern, was es aber nur auf Kosten der asiatischen Besitzungen Rußlands erreichen könne.

Bakunin sieht Deutschland als die Hauptfeste der europäischen Reaktion an: eine ganze Reihe von Tatsachen zeige die sehr geringe Entwicklung des Freiheitsgefühls im deutschen Volke. In einer anderen Arbeit, „L'Empire Knouto-Germanique et la Révolution Sociale“, bemüht sich Bakunin, die geschicht-

lichen Ursachen dieser Erscheinung aufzudecken. Marx und seinen Anhängern wirft er vor, sie seien doktrinär und hätten staatsfreundliche Bestrebungen. Die revolutionäre Tendenz, erklärt Bakunin, wird von den romanischen Völkern ausgehen, namentlich von den Italienern, die er sehr schätzt. Nicht die gelernten, gutbezahlten Arbeiter bilden das revolutionäre Element, erklärt Bakunin, sondern das Lumpenproletariat und die im Elend lebenden Bauern.

Großen Einfluß im sozialen und politischen Leben räumt Bakunin Rassenfaktoren ein, was aus seinen Ansichten über die Deutschen und Juden hervorgeht; die letzteren liebte er augenscheinlich nicht. Sein Unwille nahm jedoch keine antigermanischen oder antisemitischen Formen an; wünschte er doch nichts weniger als die Anwendung bestimmter Maßnahmen gegen sie; er sah nur einige ihrer Eigenschaften als ungünstig an.

In dem erwähnten Werk finden wir auch einen ganzen Absatz über die Regierungen der Gelehrten, die auch ihm von großem Schaden sein würden. Bakunin ist der Ansicht, die Wissenschaft sei ein Ergebnis des sozialen Lebens, das ihr vorauseilt; die Wissenschaft sei also nur eine Erscheinung des sozialen Lebens, nicht umgekehrt. Er ist auch dagegen, daß die positiven Ideale der sozialen Ordnung vorher geschaffen werden, man könne sie nur verneinend formulieren, d. h. man könne sagen, in der künftigen Ordnung werde es keinen Staat, kein Privateigentum an Produktionsmitteln geben, die Menschen würden sich nicht von oben nach unten zusammenschließen, sondern freie Gruppen von unten hinauf bilden; alle anderen Vermutungen seien überflüssig, da sich nichts festlegen lasse.

Bakunin spricht sich nicht nur gegen den Staat als dauernde Institution nach der sozialen Revolution aus, er will ihn auch nicht als Übergangsform gelten lassen, die lediglich die Aufgabe hätte, die neue Ordnung der Dinge zu festigen; er ist ebenso gegen jede revolutionäre Diktatur.

Ich kann hier aus Raummangel nicht auf die Einzelheiten eingehen[1]. Wir wollen nur noch jene Anschauungen Bakunins

---

1) Den Leser, der die Theorien Bakunins im einzelnen kennen lernen will,

betrachten, die sich besonders mit Rußland beschäftigen, und die er in einem Anhang zu dem Werke niedergelegt hat.

Damit die Revolution ausbricht und siegreich bleibt, sagt Bakunin, genügt es nicht, daß die Massen infolge von Elend unzufrieden sind: sie müssen auch noch ein soziales Ideal, wenigstens in allgemeinen Umrissen besitzen. Das russische Volk aber besitze ein solches Ideal. Es liegt in den folgenden Anschauungen des Volkes: 1) daß der Grund und Boden dem ganzen Volke gehöre, 2) daß nicht der einzelne, sondern nur die Gemeinde (Obschtschina) ein Recht auf ihn besitzen und ihn zeitweise unter ihre Mitglieder verteilen solle, 3) daß die Gemeinde das Recht auf völlige Autonomie habe, wodurch sie sich im Gegensatz zum Staate befinde.

In diesen Behauptungen läßt sich ein gewisser Widerspruch aufdecken: gehört der Grund und Boden dem ganzen Volke, so muß auch eine Einrichtung vorhanden sein, die das Volk den einzelnen Gemeinden gegenüber vertritt, was wieder die absolute Autonomie der Gemeinden im Sinne der Anarchisten unmöglich macht. Dieser Widerspruch ist in allen Theorien der kollektivistischen und auch kommunistischen Anarchisten vorhanden.

Dieses Ideal des russischen Volkes wird aber nach Bakunin durch drei charakteristische Eigenschaften verdunkelt: 1) durch die patriarchalischen Zustände, die im Volke herrschen, 2) durch das Aufgehen des einzelnen in der russischen Wirtschaftsgemeinde (in der Obschtschina), 3) durch den Glauben des Volkes an den Zaren.

Zu diesen Eigenschaften, sagt Bakunin, könnte man noch den christlichen Glauben hinzufügen, ob er nun regierungsfreundlich, orthodox oder sektiererhaft ist. Doch ist er der Ansicht, der Glaube habe hier andere Eigentümlichkeiten als der Katholizismus und Protestantismus im Westen, in Rußland sei er in erster Reihe das Ergebnis des Elends und der materiellen Leiden überhaupt und werde daher durch die soziale Revolution untergraben werden. Die Kirche sei für das Volk etwas in der Art

---

verweise ich auf eine andere Arbeit von mir, „Der moderne Anarchismus“, Abschnitt Bakunin (in polnischer Sprache).

eines himmlischen Wirtshauses. Die revolutionären Sozialisten in Rußland müßten bei Gelegenheit dem russischen Volke die Augen öffnen und aufrichtig ihren Überzeugungen von der Nichtigkeit aller Religionen Ausdruck verleihen; doch sollten sie eine derartige Propaganda nicht in die erste Reihe rücken, wie dies viele Freidenker innerhalb des Bürgertums täten. Ein solches Vorgehen wäre ein Verrat am Volke.

Wie wir sehen, glaubte Bakunin die Religion im Westen gefestigter als in Rußland, doch entwickelte er diesen Gedanken nicht genügend und bewies ihn auch nicht. Diese nichtbewiesene Behauptung wurde übrigens von vielen russischen Schriftstellern und Publizisten wiederholt.

Der Kampf gegen die patriarchalischen Gepflogenheiten habe im russischen Volke auf der ganzen Linie bereits eingesetzt, erklärt Bakunin, was von großer Bedeutung sei. Auch der Glaube an den Zaren gehe im Volke allmählich zurück, infolge der verfehlten Verteilung des Grund und Bodens nach Aufhebung der Leibeigenschaft und der ewigen Versicherungen, es würden keine anderen Freiheiten erteilt werden als bereits gegeben wurden.

Das größte Hindernis bei der Organisierung der Massen zum allgemeinen Aufstand sei die Sonderstellung der einzelnen russischen Wirtschaftsgemeinden, von denen jede eine geschlossene Welt für sich bilde. Über diesen Gemeinden erhebe sich die despotisch-militärische Regierung.

Daß ein allgemeiner Aufstand aber nicht ganz unmöglich sei, sagt Bakunin, beweisen die Bauernbewegungen unter Stienka Rasin und unter Pugatschew, doch bedürfe es einer großen Tatkraft, man müsse viel Eifer und Geschicklichkeit mitbringen, das Volk und seine Bedürfnisse gut kennen, um erst die Verbindung zwischen den einzelnen Gemeinden herzustellen und dann an die Organisation selbst zu gehen.

Wenn auch einzelne, lokale, unterdrückte Aufstände nach Bakunin von Nutzen sind, da sie die Massen erziehen, so könne doch nur ein allgemeiner, planmäßig durchgeführter Aufstand das Volk wirklich befreien.

Bakunins rascher Geist erfaßte schon damals die wichtigste Ursache der damaligen ökonomischen und der daraus folgenden

politischen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands; er sah ganz richtig, daß dieser Hauptgrund in der Sonderstellung der einzelnen Wirtschaftsgemeinden lag, die ihrerseits wieder die natürliche Folge der niedrigen Stufe der Produktionskräfte war. Erst der sich rasch entwickelnde Kapitalismus hat von Grund aus die wirtschaftlichen Bedingungen des russischen Dorflebens und des ganzen russischen Lebens überhaupt verändert, er hat einen Sturm im Wirtschaftsleben entfacht und dadurch auch das ganze Land in einen sozialen, politischen und kulturellen Wirbel hineingestoßen; der Kapitalismus hat das Wachstum der alten und die Entstehung neuer Städte gesichert und hat die Arbeiterklasse vergrößert, diese unerläßliche Grundlage für jede politische Bewegung innerhalb der modernen Staaten.

Bakunin hat diese Schlüsse nicht gezogen; er scheint nicht einmal die einfache Wahrheit erkannt zu haben, daß das Fabrikproletariat bei weitem empfänglicher, revolutionärer und politischen und sozialen Aktionen geneigter ist, als die Landbevölkerung; er warf sogar der deutschen Sozialdemokratie und allen Anhängern von Marx Bauernverachtung vor; gerade im russischen Bauern sah er vorwiegend die Macht, die die alte Ordnung in Rußland umstoßen würde. Eben darin lag einer der großen Irrtümer der revolutionären Bestrebungen und Ideen in Rußland.

Unstreitig waren und sind die Bauern ein sehr wichtiger Faktor in der freiheitlichen und sozialen Bewegung, aber weder in Rußland noch anderswo konnten sie die Führer der sozialistischen Bewegung in ihren verschiedenen Formen sein, noch dem Sozialismus eine ausschlaggebende Richtung geben. Nur das Fabrikproletariat vermochte eine große sozialistische Bewegung einzuleiten.

Auf Bakunins Anschauungen von den Bauern war wahrscheinlich auch der Umstand von Einfluß, daß das Fabrikproletariat im damaligen Rußland verhältnismäßig wenig zahlreich war. Hätte er sich jedoch auf den Standpunkt der sozialen Notwendigkeit gestellt, so wäre er zu der Überzeugung gekommen, daß Rußland den Weg der kapitalistischen Entwicklung würde beschreiten müssen.

Die schwache Seite Bakunins bestand darin, daß er die objektiven Faktoren in der sozialen Entwicklung nicht genügend einschätzte; er war überzeugt, es genüge bereits, wenn das Volk unzufrieden ist und gewisse soziale Ideen habe; das übrige könne die revolutionäre Energie hinzufügen.

Bakunin irrte auch darin, daß er dem russischen Volke Ideale zuschrieb, die dieses in Wahrheit nie besaß. Die Überzeugung, daß der Grund und Boden allen gehöre und daß die Gemeinden das Nutzrecht haben müssen, könnte bei der Durchführung sehr verschiedene Formen annehmen. Diese Überzeugung verträgt sich ausgezeichnet mit der Anerkennung bedeutender Vermögensunterschiede unter den Bauern, sowohl in bezug auf das Inventar als in bezug auf das bewegliche Vermögen überhaupt, sie verträgt sich auch mit der individualistischen Bearbeitung des Bodens. Bakunin wollte die Bauern allerdings an eine kollektivistische Bearbeitung des Bodens gewöhnen, aber das wäre nicht leicht geworden.

Übrigens entstand im Schoße der russischen Gemeinde selbst eine Differenzierung der sozialen Gruppen; das russische Dorf besitzt heute reiche, an Zahl verhältnismäßig geringe, mittlere und vollkommen elende Bauernwirtschaften; den letzteren fehlt jedes Inventar, im allgemeinen gebricht es ihnen sogar an den notwendigsten Mitteln zur Wirtschaftsführung. Zu Bakunins Zeiten hatte dieser Differenzierungsprozeß im russischen Dorfleben noch nicht einen solchen Umfang erreicht wie heute, aber das ganze Wirtschaftsleben strebte ihm schon notwendig zu.

Auch diesen Fehler Bakunins wiederholten viele russische Schriftsteller und soziale Führer.

In einer Beilage zu „Staat und Anarchie" bespricht Bakunin noch zwei Methoden, wie die Bewegung ins Leben gerufen und die Bedingungen für den Triumph der neuen Ordnung vorbereitet werden können.

Die erste Methode sei die des alten Kunktator, sie bestände in der allmählichen Propaganda im Volke, in der Gründung von Kooperativgenossenschaften, die die künftige soziale Wirtschaft vorbereiten sollen. Die andere, die revolutionäre, beruhe auf der Agitation unter den Massen, die darauf hinauslaufe, einen

allgemeinen Aufstand hervorzurufen, und weiter in der Organisierung dieser Massen.

Bakunin erklärt sich für die zweite Art. Die Einzelheiten dieser Methode will er jedoch aus konspirativen Gründen nicht besprechen.

Von den beiden Methoden soll im zweiten Bande die Rede sein; dort wollen wir auch untersuchen, warum Bakunins Gedanken in Rußland wirkten und warum sie in der revolutionären Bewegung von 1870 bis 1879 den Hauptton angaben.

Beilagen zur deutschen Ausgabe.

Zu Kapitel III. Über den im Text erwähnten Aufruhr im Siemionower Regiment unter der Regierung Alexanders I. hat Professor Siemiewski in „Biloje“ (Jahrgang 1907, Januar-, Februar- und Märzheft) auf Grund archivalischer Quellenstudien eine Spezialarbeit veröffentlicht. Die Untersuchung deckte damals keinerlei Verschwörung auf. Man fand jedoch rätselhafte Proklamationen, die sich gegen den Despotismus im allgemeinen und Kaiser Alexander I. im besonderen wandten.

Zu Kapitel V. Die Aufzeichnungen des Kaisers Nikolaus I. über die Dezemberrevolution erschienen ungekürzt in „Biloje“, Jahrgang 1907, Oktoberheft S. 76—88. Aufzeichnungen des Großfürsten Michael über die Dezemberereignisse erschienen in der Zeitschrift „Minuwschie gody“ (Vergangene Jahre), Jahrgang 1908, Oktoberheft S. 32—48. Aus diesen Quellen geht einerseits hervor, daß der Hof vollkommen ahnungslos war und von den Vorgängen überrascht wurde, anderseits, daß die „Dekabristen“ höchst ungeschickt vorgingen. Einer von ihnen, Fürst Odojewski, hatte z. B. offenen Zutritt zu Hofe und war tagtäglich dort. Niemand hatte auch nur eine Ahnung, daß er zu einer Verschwörung gehörte.

Zu Kapitel VI. Über die russischen Bauernaufstände während des Krimkrieges in den Jahren 1854 und 1855 sowie in der späteren Epoche von 1861 bis 1863 hat J. Ignatowitsch eine Reihe von Aufsätzen in der Zeitschrift „Minuwschie gody“, Jahrgang 1908, Mai-November veröffentlicht.

Zu Kapitel IX. In „Biloje“, das jetzt im Ausland unter Burzews Redaktion erscheint, hat Antonow in Heft 8 des Jahr-

gangs 1908 (S. 65—70) einen Aufsatz „Tschernischewski und die Revolution“ veröffentlicht. Aus sehr sorgfältig zusammengestellten Zitaten aus verschiedenen Aufsätzen des berühmten russischen Schriftstellers weist der Verfasser nach, Tschernischewski sei der Ansicht gewesen, eine große politische Umwälzung müsse sich in der Form einer gewaltsamen Revolution vollziehen; diejenigen, die eine solche Umwälzung wünschten, müßten also auf große Erschütterungen gefaßt sein. Tschernischewski erklärte sogar den Terrorismus unter bestimmten Bedingungen für ein wirksames Mittel; so schrieb er z. B., Napoleon III. habe nach dem Anschlag Orsinis an den italienischen Angelegenheiten teilgenommen und eine Aktion gegen Österreich vorgenommen, um sein Leben zu retten. Doch hielt Tschernischewski eine Massenrevolution für das beste Mittel, politische und soziale Veränderungen zu erzwingen. Tschernischewski nahm an, Westeuropa werde in den Jahren 1861 und 1862 der Schauplatz einer revolutionären Bewegung werden, die auch auf Rußland übergreifen werde. Alle in dem erwähnten Aufsatz angeführten Zitate sprechen durchaus für die Hypothese, die ich im Text aufstelle: daß nämlich Tschernischewski trotz der fehlenden unmittelbaren Beweise tatsächlich nicht nur ein revolutionärer Ideologe, sondern auch ein revolutionärer Verschwörer war.

Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha.


BUCHDRUCKEREI
FRIEDRICH ANDREAS PERTHES
AKTIENGESELLSCHAFT
GOTHA